

STEPHAN HECK

**INTERREGIONALE UND INTERPERSONELLE EINKOMMENS-
VERTEILUNGSWIRKUNGEN DER ÖFFENTLICHEN INNERDEUT-
SCHEN FINANZTRANSFERSTRÖME SEIT DER DEUTSCHEN
VEREINIGUNG IN WESTDEUTSCHLAND – EINE THEORETISCHE
UND EMPIRISCHE ANALYSE**

INHALTSVERZEICHNIS

Tabellenverzeichnis	X
Abbildungsverzeichnis	XV
Übersichtsverzeichnis	XVI
Abkürzungsverzeichnis	XVII
1. Einleitung	1
1.1 Problemstellung und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	1
1.2 Gang der Arbeit	4
HAUPTTEIL 1	6
ANALYSE DER INTERREGIONALEN EINKOMMENSVERTEILUNGSWIRKUNGEN DER ÖFFENTLICHEN INNERDEUTSCHEN FINANZTRANSFERSTRÖME SEIT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG	
2. Kennzeichnung und statistische Erfassung der öffentlichen innerdeutschen Bruttofinanztransferströme seit der deutschen Vereinigung	6
2.1 Kennzeichnung und Abgrenzung der öffentlichen Bruttofinanztransfers von Westdeutschland nach Ostdeutschland	6
2.2 Erfassung der öffentlichen Bruttofinanztransfers von Westdeutschland nach Ostdeutschland nach Trägern	9
2.2.1 Der Kreditabwicklungsfonds	10
2.2.2 Der Fonds „Deutsche Einheit“	11
2.2.3 Die Treuhandanstalt	12
2.2.4 Der Erblastentilgungsfonds	13
2.2.5 Sonstige Sondervermögen des Bundes und Förderbanken des Bundes	14

2.2.6 Die westdeutschen Sozialversicherungsträger	15
2.2.6.1 Die Bundesanstalt für Arbeit	15
2.2.6.2 Die Gesetzliche Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	16
2.2.6.3 Die Gesetzliche Krankenversicherung	19
2.2.7 Die Gebietskörperschaften der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland	20
2.2.7.1 Der Bund	20
2.2.7.2 Die westdeutschen Bundesländer	21
2.2.7.3 Die westdeutschen Gemeinden	23
2.3 Statistische Erfassung des Gesamtvolumens und der Trägerstruktur der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch verschiedene Institutionen	24
3. Kennzeichnung und statistische Erfassung der öffentlichen innerdeutschen Nettofinanztransferströme seit der deutschen Vereinigung	28
3.1 Kennzeichnung des „Eigenbeitrags“ Ostdeutschlands zur Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers	28
3.1.1 Eingesparte „teilungsbedingte“ Lasten im alten Bundesgebiet	28
3.1.2 Steuer- und Verwaltungseinnahmen des Bundes in Ostdeutschland	29
3.1.3 Öffentliche Mehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ aus dem vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet	30
3.2 Statistische Erfassung des Gesamtvolumens der öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers durch verschiedene Institutionen	38
4. Diskussion um die Relevanz der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme für die interregionale Einkommensverteilung zwischen West- und Ostdeutschland	40

HAUPTTEIL 2**44**

**PERSONELLE VERTEILUNGSANALYSE DER ÖFFENTLICHEN INNER-
DEUTSCHEN FINANZTRANSFERSTRÖME SEIT DER DEUTSCHEN VER-
EINIGUNG FÜR DIE ALTE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

5. Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch öffentliche Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen in Westdeutschland aus vereinigungsbedingten diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen	44
5.1 Finanzierung durch Steuermehreinnahmen der Gebietskörperschaften aus vereinigungsbedingten diskretionären Steuererhöhungen	46
5.2 Finanzierung durch die vereinigungsbedingte Verschuldung der öffentlichen Nettofinanztransferträger	51
5.3 Finanzierung durch Mehreinnahmen der westdeutschen Sozialversicherungsträger aus vereinigungsbedingten diskretionären Erhöhungen der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge	55
5.4 Finanzierung durch Ausgabeneinsparungen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger aus vereinigungsbedingten diskretionären Ausgabenkürzungen	57
6. Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch öffentliche Mehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet	61
6.1 Statistische Erfassung des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet und Darstellung seiner Bestimmungsfaktoren	62
6.2 Finanzierung durch Steuermehreinnahmen der Gebietskörperschaften aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet	64
6.2.1 Steuermehreinnahmen aus der „Scheingewinnbesteuerung“	64
6.2.2 Steuermehreinnahmen aus der „Scheinzinsbesteuerung“	65
6.2.3 Steuermehreinnahmen aus der „kalten“ Progression	68
6.2.4 Statistische Erfassung der Steuermehreinnahmen aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet	70

6.3	Finanzierung durch reale „Ausgabeneinsparungen“ der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet	73
6.3.1	Die inflationsinduzierte Realabwertung staatlicher Sozialleistungen	73
6.3.2	Die inflationsinduzierte Realabwertung staatlicher Tilgungs- und Zinszahlungen	82
7.	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland aus der diskretionären Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers	89
7.1	Methodische Grundlagen einer personellen Verteilungsanalyse der öffentlichen Finanzen	89
7.2	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags und aus den vereinigungsbedingten diskretionären Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge	94
7.2.1	Formale Inzidenzanalyse	94
7.2.1.1	Formale Inzidenzanalyse der Erhebung des Solidaritätszuschlags bei der deutschen Einkommensteuer	94
7.2.1.2	Formale Inzidenzanalyse der vereinigungsbedingten diskretionären Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge	98
7.2.2	Materielle Inzidenzanalyse	107
7.2.2.1	Materielle Inzidenzanalyse der Erhebung des Solidaritätszuschlags bei der Lohnsteuer und der höheren anteiligen Sozialversicherungsbeiträge der sozialversicherten Arbeitnehmer	109
7.2.2.2	Materielle Inzidenzanalyse der Erhebung des Solidaritätszuschlags bei der veranlagten Einkommensteuer und der höheren (anteiligen) Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen und Arbeitgeber	118
7.2.2.3	Gesamteinschätzung der materiellen Inzidenz des Solidaritätszuschlags und der höheren Sozialversicherungsbeiträge	133

7.3	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland aus den diskretionären Erhöhungen indirekter Steuern	135
7.3.1	Wirkungsanalyse der Erhöhung der Mehrwertsteuer	135
7.3.1.1	Formale Inzidenzanalyse	135
7.3.1.2	Materielle Inzidenzanalyse	136
7.3.2	Wirkungsanalyse der Erhöhung spezieller Verbrauchssteuern	144
7.3.2.1	Formale Inzidenzanalyse	144
7.3.2.1.1	Formale Inzidenz der Erhöhung der deutschen Mineralölsteuer	145
7.3.2.1.2	Formale Inzidenz der Erhöhung der deutschen Versicherungsteuer	147
7.3.2.1.3	Formale Inzidenz der Erhöhung der deutschen Tabaksteuer	148
7.3.2.2	Materielle Inzidenzanalyse	149
7.4	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus der vereinigungsbedingten Verschuldung der öffentlichen Nettofinanztransferträger	157
7.4.1	Überblick über die theoretischen Ansätze zur personellen Inzidenz der öffentlichen Verschuldung	157
7.4.2	Analyse der personellen Inzidenz der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung im vereinten Deutschland	162
7.4.2.1	Zinsmehreinkommen, Zinsmehrkosten und sonstige finanzielle Lasten aus der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung im westdeutschen privaten Sektor	162
7.4.2.2	Personelle Verteilung der Gewinner und Verlierer aus dem Kreditmengen- und Zinssatzeffekt der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung im westdeutschen privaten Sektor	182

7.4.2.2.1	Analyse der personellen Verteilung der (schuldeninduzierten Bruttozinsmehrereinkommen der) Staatsschuldgläubiger aus dem Inland	182
7.4.2.2.2	Analyse der personellen Verteilung der (schuldeninduzierten Bruttozinsmehrereinkommen der) sonstigen Kapitalanbieter aus dem Inland	193
7.4.2.2.3	Analyse der personellen Verteilung der (schuldeninduzierten Zinsmehrkosten und sonstigen finanziellen Lasten der) privaten Kapitalnachfrager aus dem Inland	196
7.4.2.2.4	Analyse der personellen Verteilung der (schuldeninduzierten Bruttogeldvermögensverluste der) privaten Wertpapierbesitzer im Inland	201
7.4.3	Gesamteinschätzung der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung	203
7.5	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus den vereinigungsbedingten diskretionären Ausgabenkürzungen in Westdeutschland	207
7.5.1	Personelle Inzidenzanalyse der Kürzungen staatlicher Personalausgaben	207
7.5.2	Personelle Inzidenzanalyse der Kürzungen staatlicher Sachausgaben	208
7.5.2.1	Formale Inzidenzanalyse der diskretionären Kürzungen der staatlichen Sachausgaben für das materielle Infrastrukturangebot	209
7.5.2.2	Materielle Inzidenzanalyse der diskretionären Kürzungen der staatlichen Sachausgaben für das materielle Infrastrukturangebot	223
7.5.3	Personelle Inzidenzanalyse der Kürzungen staatlicher Sozialleistungen	224
7.5.4	Personelle Inzidenzanalyse der Kürzungen staatlicher Subventionen	226
7.5.4.1	Formale Inzidenzanalyse	226

7.5.4.2 Materielle Inzidenzanalyse	227
8. Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls und aus dem vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet	229
8.1 Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet	229
8.1.1 Formale Inzidenzanalyse	229
8.1.1.1 Analyse der „kalten Progression“ bei der deutschen Einkommensteuer	230
8.1.1.2 Analyse der „Scheingewinnbesteuerung“ und der „Scheinzinsbesteuerung“ der westdeutschen privaten Haushalte und Unternehmen	231
8.1.1.3 Analyse der inflationsinduzierten Realabwertung staatlicher Sozialleistungen an die westdeutschen privaten Haushalte	232
8.1.1.4 Analyse der inflationsinduzierten Realabwertung staatlicher Tilgungs- und Zinszahlungen an die westdeutschen Staatsschuldgläubiger	232
8.1.1.5 Analyse der inflationsinduzierten Realabwertung privater Tilgungs- und Zinszahlungen im westdeutschen privaten Sektor	233
8.1.1.6 Analyse der inflationsinduzierten funktionellen Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland („Lohn-Lag-Hypothese“)	235
8.1.1.7 Analyse der inflationsinduzierten interpersonellen Einkommensumverteilung zwischen den Beziehern staatlicher Sozialtransfers und den Beziehern von Bruttolohneinkommen in Westdeutschland	236
8.1.1.8 Analyse der inflationsinduzierten interpersonellen Vermögensumverteilung zwischen den privaten Geldvermögensbesitzern und den privaten Sachvermögensvermögensbesitzern in Westdeutschland	237
8.1.2 Materielle Inzidenzanalyse	240

8.2	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen des vereinigungsbedingten realen Wachstumspulses im alten Bundesgebiet	242
9.	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland aus der Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte	248
9.1	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus der Inanspruchnahme der staatlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland durch westdeutsche Investoren	248
9.2	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus der Nutzung des staatlichen materiellen Infrastrukturangebotes in Ostdeutschland durch westdeutsche private Haushalte und Unternehmen	255
9.3	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus der finanziellen Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des Volksvermögens der ehemaligen DDR	256
10.	Gesamtbilanz der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme seit der deutschen Vereinigung in Westdeutschland	263
10.1	Bilanz der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers	263
10.2	Bilanz der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte	270
10.3	Gesamtwirkung der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme auf die personelle Nettoeinkommensverteilung in Westdeutschland	273
11.	Schlussbetrachtung	276
	Anhang	XVIII
	Literaturverzeichnis	XXXII

TABELLENVERZEICHNIS

In dieser Studie wird ein Teil der erstellten Tabellen gesondert im Anhang aufgeführt, weil diese Tabellen für die interregionale Verteilungsanalyse in Hauptteil 1 und für die personelle Verteilungsanalyse in Hauptteil 2 lediglich einen ergänzenden bzw. erklärenden Charakter besitzen. In den Tabellen 1 bis 3 wird dargestellt, wie die im Text aufgeführten Bruttofinanztransferbeträge der westdeutschen Gesetzlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherung nach Ostdeutschland jeweils berechnet wurden. In Tabelle 6 wird als Ergänzung zur Diskussion um die Höhe und die Trägerstruktur der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers zwischen 1991 und 1997 deren Zweckbestimmung genauer dargestellt. Schließlich zeigen die Tabellen 17, 24, 27, 29, 31, 35, 36, 38, 40 und 41 den Gang der Berechnung von Gini-Koeffizienten im Rahmen der personellen Verteilungsanalyse in Kapitel 7.

Tabelle 1:	Entwicklung des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit in West- und Ostdeutschland zwischen 1990 und 1997 (in Mrd. DM)	XVIII
Tabelle 2:	Entwicklung des bereinigten Finanzierungssaldos der Bundesanstalt für Arbeit in West- und Ostdeutschland zwischen 1991 und 1997 (in Mrd. DM)	XIX
Tabelle 3a:	Entwicklung des Haushalts der Gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland zwischen 1990 und 1997 (in Mrd. DM)	XX
Tabelle 3b:	Entwicklung des Haushalts der Gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1997 (in Mrd. DM)	XX
Tabelle 4:	Berechnungen verschiedener Institutionen zur Höhe der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers zwischen 1991 und 1997 (in Mrd. DM)	24
Tabelle 5:	Berechnungen der Bundesbank zur Höhe und zur Trägerstruktur der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers zwischen 1991 und 1997	26
Tabelle 6:	Berechnungen der Bundesbank zur Zweckbestimmung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers zwischen 1991 und 1997	XXI
Tabelle 7:	Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland zwischen 1989 und 1994	32

Tabelle 8:	Statistische Erfassung des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses und der wachstumsinduzierten Steuer- und Sozialbeitragsmehreinnahmen im alten Bundesgebiet zwischen 1990 und 1993	35
Tabelle 9:	Berechnungen verschiedener Institutionen zur Höhe der öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers zwischen 1991 und 1997 (in Mrd. DM)	39
Tabelle 10:	Entwicklung von wichtigen Kennzahlen der öffentlichen Verschuldung in Deutschland zwischen 1989 und 1997	53
Tabelle 11:	Diskretionäre Veränderungen des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherung zwischen 1991 und 1995 und ihre geschätzten kassenmäßigen Auswirkungen in Gesamtdeutschland	56
Tabelle 12:	Erfassung der primären Steuermehreinnahmen aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet zwischen 1991 und 1993	71
Tabelle 13:	Entwicklung der Finanzierungssalden der volkswirtschaftlichen Sektoren in Deutschland seit der deutschen Vereinigung (in Mrd. DM)	85
Tabelle 14:	Entwicklung der Gläubigerstruktur der öffentlichen Nettokreditaufnahme und der öffentlichen Gesamtverschuldung in Deutschland seit der deutschen Vereinigung	87
Tabelle 15:	Erfassung der realen Schuldnergewinne der öffentlichen Haushalte aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet zwischen 1991 und 1993	88
Tabelle 16:	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen des 7,5%igen Solidaritätszuschlags im alten Bundesgebiet in den Jahren 1991 und 1992	97
Tabelle 17:	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven 7,5%igen Solidaritätszuschlags auf die Steuern auf Einkommen und Vermögen im alten Bundesgebiet im Jahr 1993	XXII
Tabelle 18:	Verteilung der Ausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für die Pflichtbeiträge zur Gesetzlichen Sozialversicherung in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	99

Tabelle 19: Verteilung der monatlichen Ausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für die Pflichtbeiträge zur Gesetzlichen Sozialversicherung in 1993 nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands	101
Tabelle 20: Verteilung des Bruttoeinkommens der westdeutschen privaten Haushalte in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	102
Tabelle 21: Verteilung der Haushalte von Selbständigen, Arbeitnehmern und Beamten im alten Bundesgebiet in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	103
Tabelle 22: Verteilung der Haushalte mit Bruttogeldvermögen im alten Bundesgebiet am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	104
Tabelle 23: Verteilung des Aktienbesitzes der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	105
Tabelle 24: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Pflichtbeitragszahlungen zur gesetzlichen Sozialversicherung im alten Bundesgebiet im Jahr 1993	XXIII
Tabelle 25: Verteilung der Ausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für Mineralölprodukte in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	147
Tabelle 26: Verteilung der Staatsschuld-papiere der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	184
Tabelle 27: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung des durchschnittlichen Guthabens in Staatsschuld-papieren je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet	XXIV
Tabelle 28: Verteilung der Sparbücher der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	187
Tabelle 29: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung des durchschnittlichen Sparguthabens je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet	XXV

Tabelle 30:	Verteilung der Sparbriefe der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	189
Tabelle 31:	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung des durchschnittlichen Sparbriefguthabens je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet	XXVI
Tabelle 32:	Bruttogeldvermögen und Bruttogeldvermögenseinkommen des Sektors der privaten Haushalte in Deutschland seit 1990 (in Mrd. DM)	192
Tabelle 33:	Verteilung der Investmentfondszertifikate der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	194
Tabelle 34:	Verteilung der sonstigen Wertpapiere der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	195
Tabelle 35:	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung des durchschnittlichen Guthabens in Investmentfondszertifikaten je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet	XXVII
Tabelle 36:	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung des durchschnittlichen Guthabens in sonstigen Wertpapieren je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet	XXVIII
Tabelle 37:	Verteilung der Konsumentenkredite der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	198
Tabelle 38:	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung der durchschnittlichen Kreditverpflichtungen bei Konsumentenkrediten je Haushalt am 31.12.1998 im alten Bundesgebiet	XXIX
Tabelle 39:	Verteilung der Bausparverträge der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 und Verteilung ihrer monatlichen Zinsausgaben für Baudarlehen in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	200

Tabelle 40: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der monatlichen Zinsausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für Baukredite im Jahr 1993	XXX
Tabelle 41: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Rückgangs des durchschnittlichen Aktienguthabens je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet	XXXI
Tabelle 42: Verteilung der Ersparnis der westdeutschen privaten Haushalte in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	205
Tabelle 43: Verteilung monatlicher Konsumausgaben der westdeutschen privaten Haushalte in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	217
Tabelle 44: Verteilung der Bruttoeinkommen aus öffentlichen Sozialtransfers im alten Bundesgebiet in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	225
Tabelle 45: Verteilung des Bruttogrundvermögens der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen	239
Tabelle 46: Indikatoren zur Verteilung des Volkseinkommens im alten Bundesgebiet zwischen 1989 und 1994	244

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Entwicklung der Inflationsrate in Deutschland seit 1989 (in %)

63

ÜBERSICHTSVERZEICHNIS

- Übersicht 1: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen der diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen seit der deutschen Vereinigung aus formaler Sicht und aus materieller Sicht 267/268
- Übersicht 2: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses und des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet aus formaler Sicht und aus materieller Sicht 271/272

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
ca.	circa
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EWS 1	Europäisches Währungssystem
f.	folgende
ff.	fortfolgende
excl.	exclusive
Hrsg.	Herausgeber
incl.	inclusive
i.d.R.	in der Regel
Jg.	Jahrgang
Mrd.	Milliarden
Nr.	Nummer
S.	Seite
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
vgl.	vergleiche
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
WWSU	Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

1. Einleitung

1.1 Problemstellung und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes

Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und des Einigungsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bot sich der ostdeutschen Bevölkerung nicht nur die Möglichkeit zur Verwirklichung der ökonomischen und politischen Freiheitsrechte, sondern auch die Chance zu einer raschen Annäherung ihrer Einkommensverhältnisse und ihres Lebensstandards an das westdeutsche Niveau. Daher war die Vereinigungseuphorie der ostdeutschen Bürger und der deutschen Politiker sehr groß. Allerdings wurden die negativen Folgen Wirkungen aus den gravierenden ordnungspolitischen Mängeln der zentralplanwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung der ehemaligen DDR im Vergleich zur marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland erheblich unterschätzt.¹ So waren die offiziellen Schätzungen über den marktwirtschaftlichen Nutzungswert des Sachkapitalstocks der ehemaligen DDR zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung in der Mehrzahl viel zu optimistisch. Dieser war nämlich größtenteils technologisch veraltet, unproduktiv sowie national und international nicht-wettbewerbsfähig.² Außerdem entsprach die Infrastrukturausstattung der DDR sowohl in qualitativer Hinsicht als auch in quantitativer Hinsicht nicht den marktwirtschaftlichen Erfordernissen, da die staatlichen Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionen in die Infrastruktur in der ehemaligen DDR viel zu niedrig waren.³

Dementsprechend setzte die Übertragung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland auf die ehemalige DDR dort fast zwangsläufig einen umfassenden marktwirtschaftlichen Strukturwandel in Gang. Er führte in kurzer Zeit zu einer Entwertung des veralteten gesamtwirtschaftlichen Sach- und Humankapitalstocks und für eine unbestimmte Dauer zu gravierenden strukturellen, sozialen und beschäftigungspolitischen Problemen.⁴

¹ Hierzu zählten insbesondere: ein hoher betrieblicher Konzentrationsgrad, die weitgehende Abkopplung von der internationalen Arbeitsteilung und dem internationalen Güterhandel, Steuerungsprobleme bei der Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch die Zentralinstanz, das Fehlen eines funktionsfähigen Wettbewerbs und marktwirtschaftlichen Preissystems sowie mangelnde marktwirtschaftliche Anreize und Sanktionen für autonome unternehmerische Entscheidungen. Vgl. Kantzenbach, E. (1991), S. 37 ff. und Cox, H. (1991), S. 115 ff.

² Vgl. Dietrich, V. u.a. (1997), S. 37 f. und Leis, G. (1994), S. 95 ff.

³ Vgl. Heilemann, U. /Rappen, H. (1997), S. 39 und Junkernheinrich, M. (1995), S. 158 ff.

⁴ Vgl. Meinhardt, V. u.a. (1995), S. 87 und Kantzenbach, E. (1991), S. 35 ff.

Daraufhin sah sich die deutsche Finanzpolitik zu einer aktiven struktur- und sozialpolitischen Flankierung des ostdeutschen Transformationsprozess durch öffentliche Finanztransfers aus Westdeutschland gezwungen. Während die strukturpolitisch motivierten West-Ost-Finanztransfers der Modernisierung und dem Neuaufbau des gesamtwirtschaftlichen Sachkapitalstocks dienten, sollten die West-Ost-Sozialtransfers die massiven sozialen Probleme in den neuen Bundesländern soweit wie möglich verringern.⁵

In der westdeutschen Wirtschaft, im Kreis der Wirtschaftswissenschaftler und bei den deutschen Finanzpolitikern lösten die West-Ost-Finanztransfers bereits unmittelbar nach der deutschen Vereinigung eine heftige Diskussion aus. Diese war zum einen darauf zurückzuführen, dass der erwartete Finanzbedarf Ostdeutschlands für eine unbestimmte Zeit sehr hoch war und die öffentlichen Transferträger die Finanztransfers nach Ostdeutschland nur zu einem sehr geringen Teil durch vorhandene Haushaltsüberschüsse aufbringen konnten. Eine merkliche Zurückdrängung der Ansprüche der westdeutschen privaten Haushalte und Unternehmen an das aktuelle und zukünftig erwirtschaftete Sozialprodukt erschien aus finanzpolitischer Sicht unvermeidlich. Allerdings mussten die Finanzpolitiker davon auszugehen, dass der westdeutsche private Sektor nur für eine begrenzte Zeit und nur in begrenzter Höhe auf einen Teil des westdeutschen Volkseinkommens zu Gunsten Ostdeutschlands verzichten wollte. Zum zweiten sorgten die West-Ost-Finanztransfers und ihre Finanzierung im alten Bundesgebiet für eine rege wissenschaftliche und politische Diskussion über ihre Auswirkungen auf das reale westdeutsche Wirtschaftswachstum, auf die interregionale Einkommensverteilung zwischen West- und Ostdeutschland, auf die personelle, regionale und sektorale Einkommensverteilung in Westdeutschland und auf die intergenerationale Einkommensverteilung in Gesamtdeutschland.⁶

Die vorliegende Studie greift diese verteilungspolitische Diskussion um die öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme seit der deutschen Vereinigung auf und analysiert ihre interregionalen Einkommensverteilungswirkungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland und ihre interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland. Bei der interregionalen Verteilungsanalyse wird der Frage nachgegangen, in welchem Ausmaß die öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme eine interregionale Einkommensumverteilung von West- nach Ostdeutschland generiert haben. Bei der interpersonellen Verteilungsanalyse werden ihre Auswirkungen auf die personelle Einkommensverteilung in der alten Bundesrepublik Deutschland genauer analysiert.

⁵ Vgl. Ragnitz, J. (1997), S. 9 ff. und Stille, F. (1997), S. 15 ff.

⁶ Vgl. Vesper, D. (1995), S. 368 f. und Leis, G. (1994), S. 111 und S. 140 f.

Nach Ansicht des Autors dieser Studie sind die bisher veröffentlichten theoretischen und empirischen Studien zu den interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme unbefriedigend, da sie sich durch zwei zentrale konzeptionelle Mängel auszeichnen: Zum einen analysieren die Studien nur die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen von einigen ausgewählten diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen zur Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers. Dazu zählen v.a. die Mehrwertsteuererhöhung, die Einführung des Solidaritätszuschlags und die Erhöhung der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge. Daraus wurde die provokante These abgeleitet, dass bei der Finanzierung der West-Ost-Bruttofinanztransfers eine „personelle Gerechtigkeitslücke“ aufgetreten sei.⁷ Diese selektive Vorgehensweise ist jedoch unbefriedigend, weil erstens das gesamte diskretionäre Maßnahmenbündel und zweitens auch die nicht-diskretionäre Finanzmittelaufbringung durch den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls und den vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet verteilungswirksam waren.

Zum zweiten beschränken sich die meisten Studien auf eine personelle Verteilungsanalyse der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Finanztransfers. Damit vernachlässigen sie die Relevanz der Nutzung der investiven West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte für die personelle Einkommensverteilung in Westdeutschland. Deshalb analysiert die vorliegende Studie zusätzlich auch die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Inanspruchnahme der staatlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland durch westdeutsche Investoren, aus der Nutzung des staatlichen Infrastrukturangebotes in Ostdeutschland durch westdeutsche private Haushalte und Unternehmen und aus der finanziellen Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des Volksvermögens der ehemaligen DDR. Erst dadurch wird es möglich, die Gesamtwirkung der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme auf die personelle Einkommensverteilung in Westdeutschland abzuleiten und verteilungspolitisch zu bewerten. Aufgrund des lückenhaften statistischen Datenmaterials ist eine Quantifizierung der Einzelwirkungen und der Gesamtwirkung leider nicht möglich. Deshalb beschränkt sich diese Studie auf die Beantwortung der Frage, ob die interpersonelle Gesamtwirkung per Saldo vermutlich eher einkommensdifferenzierend oder eher einkommensnivellierend war.

⁷

Vgl. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1992), S. 1 ff.

1.2 Gang der Arbeit

Nachdem der Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Studie in Abschnitt 1.1 in zwei zentrale Fragestellungen abgegrenzt wurde, wird der Gang der Arbeit durch diese beiden Fragestellungen vorgegeben. Im Hauptteil 1 werden die interregionalen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme seit der deutschen Vereinigung genauer analysiert. Dazu ist zunächst eine Kennzeichnung, Abgrenzung und statistische Erfassung der seit der deutschen Vereinigung von West- nach Ostdeutschland geleisteten öffentlichen Bruttofinanztransfers notwendig. Nach einer Definition und Abgrenzung der relevanten Begriffe in Abschnitt 2.1 gibt Abschnitt 2.2 einen Überblick über die Träger der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers und Abschnitt 2.3 einen Überblick über die Berechnungen diverser Institutionen zum Gesamtvolumen und zur Trägerstruktur der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers.

Er bildet die Grundlage für die Kennzeichnung, Abgrenzung und statistische Erfassung der öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers in Kapitel 3. Dazu wird der „Eigenbeitrag“ Ostdeutschlands zur Finanzierung der kumulierten West-Ost-Bruttofinanztransfers zunächst in Abschnitt 3.1 näher spezifiziert und anschließend in Abschnitt 3.2 statistisch erfasst. Schließlich wird in Kapitel 4 die Relevanz der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland für die interregionale Einkommensverteilung genauer analysiert. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob die kumulierten öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers eine geeignete Messgröße für das Ausmaß der interregionalen Einkommensumverteilung zwischen West- und Ostdeutschland sind. Dazu wird untersucht, in welcher Weise der vereinigungsbedingte Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet, die Nutzung der staatlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland und des staatlichen Infrastrukturangebotes in Ostdeutschland durch westdeutsche private Haushalte und Unternehmen und die finanzielle Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des DDR-Volkvermögens die interregionale Einkommensverteilung beeinflussten.

Im Hauptteil 2 werden in den Kapiteln 5 bis 8 die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers und in Kapitel 9 die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Nutzung der West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte analysiert. Anschließend werden die abgeleiteten Inzidenzergebnisse in Kapitel 10 zusammengefasst. In Kapitel 5 und 6 erfolgt die Darstellung der diskretionären Finanzierung der West-Ost-Bruttofinanztransfers und der nicht-diskretionären Finanzierung der West-Ost-Bruttofinanztransfers durch den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet. In Kapitel 5 werden die Steuererhöhungen, die vereinigungsbedingte Verschuldung der öffentlichen Nettofinanztransferträger, die Erhöhungen der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge und die Ausgabenkür-

zungen in Westdeutschland genauer betrachtet. Im Anschluss wird in Kapitel 6 der Frage nachgegangen, über welche Mechanismen der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls alten Bundesgebiet öffentliche Mehreinnahmen und reale „Ausgabeneinsparungen“ generierte.

Darauf aufbauend erfolgt in den Kapiteln 7 und 8 eine Analyse der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der diskretionären und nicht-diskretionären Finanzmittelaufbringung. Nach einer Darstellung der für eine personelle Verteilungsanalyse der öffentlichen Finanzen notwendigen methodischen Grundlagen in Abschnitt 7.1 untersuchen die Abschnitte 7.2 bis 7.5 die formale und materielle Inzidenz der vereinigungsbedingten diskretionären Finanzierungsmaßnahmen. Daran anschließend analysiert das Kapitel 8 die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Finanzierung der West-Ost-Bruttofinanztransfers durch den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls und realen Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet. In Abschnitt 8.1 wird untersucht, in welcher Weise die inflationsinduzierte Einkommens- und Vermögensumverteilung vom westdeutschen privaten Sektor zum staatlichen Sektor und in welcher Weise die interpersonellen Einkommensumverteilungswirkungen des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses innerhalb des westdeutschen privaten Sektors die personelle Einkommensverteilung in Westdeutschland beeinflussten. In Abschnitt 8.2 wird die personelle Inzidenz der funktionellen Einkommensverteilungswirkungen aus dem vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls in Westdeutschland analysiert.

Anschließend erfolgt Kapitel 9 eine Analyse der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland aus der Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte. Dazu wird analysiert, wie die Nutzung der staatlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland und des staatlichen Infrastrukturangebotes in Ostdeutschland durch westdeutsche private Haushalte und Unternehmen und die finanzielle Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des DDR-Volkvermögens die personelle Einkommensverteilung in Westdeutschland beeinflussten.

Darauf aufbauend wird in Kapitel 10 eine Gesamtbilanz der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme seit der deutschen Vereinigung aufgestellt, indem die in den Kapiteln 7, 8 und 9 abgeleiteten interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen zusammengefasst werden. Mit Hilfe dieser Gesamtbilanz wird der Frage nachgegangen, ob die West-Ost-Bruttofinanztransfers tatsächlich mit einer (verteilungspolitisch ungerechten) interpersonellen Einkommensumverteilung von „unten nach oben“ in Westdeutschland verbunden waren oder nicht.

Schließlich endet die Studie in Kapitel 11 mit einer Zusammenfassung und Einschätzung der wichtigsten Ergebnisse der interregionalen Verteilungsanalyse für Gesamtdeutschland aus Kapitel 4 und der interpersonellen Verteilungsanalyse für Westdeutschland aus Kapitel 10.

HAUPTTEIL 1

ANALYSE DER INTERREGIONALEN EINKOMMENSVERTEILUNGSWIRKUNGEN DER ÖFFENTLICHEN INNERDEUTSCHEN FINANZTRANSFERSTRÖME SEIT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG

2. Kennzeichnung und statistische Erfassung der öffentlichen innerdeutschen Bruttofinanztransferströme seit der deutschen Vereinigung

2.1 Kennzeichnung und Abgrenzung der öffentlichen Bruttofinanztransfers von Westdeutschland nach Ostdeutschland

Nachdem die Deutsche Einheit durch den Staats- und Einigungsvertrag vertraglich fundiert wurde, ist ein massiver Strom von öffentlichen Bruttofinanztransfers aus Westdeutschland in die ehemalige DDR geflossen. Diese sollten die gravierenden strukturellen, sozialen und beschäftigungspolitischen Folgen des branchenübergreifenden marktwirtschaftlichen Anpassungsprozesses in Ostdeutschland soweit wie möglich kompensieren. Da die sozialen und strukturellen Probleme unerwartet stark und lange ausfielen, weitete sich die kurzfristig angelegte „Anschubfinanzierung“ im Laufe der Zeit zu einem dauerhaften und quantitativ bedeutenden Bruttofinanztransferstrom von Westdeutschland nach Ostdeutschland aus.⁸

Im Hinblick auf ihre Zweckbestimmung können die öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers in Bruttofinanztransfers mit konsumtiver Zweckbestimmung und in Bruttofinanztransfers mit investiver Zweckbestimmung eingeteilt werden. Bei den konsumtiven West-Ost-Bruttofinanztransfers hatten die Sozialtransfers an die ostdeutschen privaten Haushalte eine herausragende Bedeutung. Dagegen waren die Bruttofinanztransfers zur Finanzierung der laufenden Personal und Sachmittelausgaben der ostdeutschen öffentlichen Haushalte weniger bedeutsam.⁹ Bei den investiven West-Ost-Bruttofinanztransfers standen die Finanztransfers für die Finanzierung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen und für die staatliche Förderung der privaten Investitionstätigkeit in Ostdeutschland im Mittelpunkt. Diese dienten der strukturpolitischen Lenkung des marktwirtschaftlichen Strukturwandels und der Modernisierung des öffentlichen und privaten Sachkapitalstocks in Ostdeutschland.¹⁰

⁸ Vgl. Kantzenbach, E. (1991), S. 35 ff. und Meinhardt, V. u.a. (1995), S. 98 f.

⁹ Vgl. Meinhardt, V. u.a. (1995), S. 39 ff. und S. 98 f. und Heilemann, U./Rappen H. (1997), S. 41.

¹⁰ Vgl. Ragnitz, J. (1997), S. 11 und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1992/1993), Ziffer 300, 305 f. und Ziffer 309 f.

Im Hinblick auf ihre Rechtsgrundlage werden in der Literatur häufig „unechte West-Ost-Bruttofinanztransfers“ und „echte West-Ost-Bruttofinanztransfers“ unterschieden. Die „unechten Bruttofinanztransfers“ beruh(t)en auf der Einbeziehung der ehemaligen DDR in die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialverfassung der Bundesrepublik Deutschland durch den Einigungsvertrag und den Vertrag zur WWSU, d.h. ihre Rechtsgrundlage waren bundeseinheitliche Rechtsbestimmungen. Damit waren sie unmittelbar auf die Ausweitung der grundgesetzlich verankerten Aufgabenkompetenz des Bundes und auf die Übertragung des westdeutschen Sozialversicherungsrechts auf das Beitrittsgebiet zurückzuführen.¹¹ Dagegen beruh(t)en die „unechten Bruttofinanztransfers“ auf spezifischen Sonderregelungen zu Gunsten des Beitrittsgebietes im Vergleich zum alten Bundesgebiet. Daher stellen in rechtlicher Hinsicht nur sie öffentliche „Sonderleistungen“ an das Beitrittsgebiet dar. Während die „originären Sonderleistungen“ im alten Bundesgebiet überhaupt keine rechtliche Entsprechung hatten, resultierten die „nicht-originären Sonderleistungen“ aus Sonderkonditionen, die der Staat den Leistungsempfängern im Beitrittsgebiet bei Leistungen nach westdeutschem Recht gegenüber den westdeutschen Leistungsempfängern einräumte. Deshalb sind sie in Ostdeutschland im Vergleich zu den entsprechenden Leistungen im alten Bundesgebiet in überproportionaler Höhe angefallen.¹² In dieser Studie wird bei der statistischen Erfassung der West-Ost-Bruttofinanztransfers allerdings keine Unterscheidung zwischen „echten“ und „unechten“ West-Ost-Bruttofinanztransfers“ vorgenommen.

Nach ihrer haushaltswirtschaftlichen Herkunft werden die über die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte abgewickelten direkten Finanzmittelzahlungen nach Ostdeutschland als „explizite“ West-Ost-Bruttofinanztransfers und die öffentlichen Steuermindereinnahmen in Westdeutschland aufgrund von Steuervergünstigungen für das Beitrittsgebiet als „implizite“ West-Ost-Bruttofinanztransfers bezeichnet. Es ist unbestritten, dass die Bruttomehrausgaben und Bruttomindereinnahmen mit Transfercharakter in den Haushalten der öffentlichen Transferträger ohne die Deutsche Einheit nicht angefallen wären. Deshalb können sie direkt oder indirekt auf den ostdeutschen Transformationsprozess und seine prozesspolitische Flankierung zurückgeführt und daher eindeutig als „vereinigungsbedingt“ bezeichnet werden. Während sich die „impliziten“ West-Ost-Bruttofinanztransfers nicht direkt in den innerdeutschen Bruttofinanztransferströmen niedergeschlagen haben, sind die „expliziten“ West-Ost-Bruttofinanztransfers entweder direkt oder indirekt über die ostdeutschen Länder- und Ge-

¹¹ Vgl. Deutsche Bundesbank (10/1996), S. 30 f. und Ragnitz, J. (2000), S. 18 f. und S. 25 f.

¹² Vgl. Kroker, R./Lichtblau, K. (2000), S. 46 ff. und Schaden, B./Schreiber, C. (1997), S. 155 f.

meindehaushalte und Sozialversicherungsträger an die ostdeutschen privaten Haushalte und Unternehmen in Form von Geldzahlungen geflossen.¹³

Bei einem geringen Teil der „vereinigungsbedingten“ Bruttomehrausgaben und Bruttomindereinnahmen der ehemaligen westdeutschen Gebietskörperschaften handelte es sich allerdings um „vereinigungsbedingte Budgetmehrbelastungen ohne interregionalen Transfercharakter“. Diese „vereinigungsbedingten“ Bruttomehrausgaben und Bruttomindereinnahmen wurden nicht nach Ostdeutschland geleistet und haben damit zu keiner effektiven Begünstigung des Beitrittsgebietes geführt. Dazu zählen die Zahlungen des Bundes zur Finanzierung des Abzugs der Sowjettruppen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR, die Mehrausgaben für Sozialtransfers an arbeitslose Übersiedler aus Ostdeutschland und die zinsinduzierten Zinsmehrausgaben für die öffentliche Gesamtschuld seit der deutschen Vereinigung.¹⁴ Des Weiteren besitzen die vereinigungsbedingten wachstumsinduzierten Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben im alten Bundesgebiet keinen interregionalen Transfercharakter. Diese waren darauf zurückzuführen, dass die Finanzierung der West-Ost-Bruttofinanztransfers und die Nutzung der staatlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland durch westdeutsche Investoren das reale Wirtschaftswachstum in Westdeutschland dämpften.¹⁵

Schließlich zählen noch die Zinszahlungen für die „vereinigungsbedingte“ Verschuldung der öffentlichen Bruttofinanztransferträger zu den „vereinigungsbedingten Budgetmehrbelastungen ohne Transfercharakter“, da sie dem Beitrittsgebiet nicht effektiv zugute kamen. Dieser Klassifikation muss man allerdings entgegenhalten, dass sie nicht nach der Herkunft der zugrundeliegenden Kreditverpflichtungen differenziert. So besitzen die Zinsausgaben tatsächlich doch einen räumlichen Transfercharakter, wenn die zugrundeliegenden öffentlichen oder privaten Schuldverhältnisse ursprünglich in der ehemaligen DDR eingegangen und nach der deutschen Vereinigung in den öffentlichen Gesamthaushalt der Bundesrepublik Deutschland integriert wurden. Da die öffentlichen Haushalte in Westdeutschland die Zinsverpflichtungen übernahmen, konnten die ostdeutschen Länder und Gemeinden die eingesparten Finanzmittel für die Erfüllung dieser Zinsverpflichtungen für eine vermehrte Bereitstellung öffentlicher Leistungen im Beitrittsgebiet verwenden. Daher profitierte die ostdeutsche Bevölkerung auf indirektem Wege zumindest teilweise von den Zinszahlungen für die „vereinigungsbedingte“ Verschuldung. Demgegenüber besitzen die Zinszahlungen für die

¹³ Vgl. Meinhardt, V. (1995), S. 14 und S. 16 und Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 4 ff.

¹⁴ Vgl. Postlep, R.-D. (1992), S. 38 und Schulz, W./Gramer-Muck, S. (1994), S. 15.

¹⁵ Vgl. Ragnitz, J. (1995), S. 442 und Vesper, D. (1995), S. 37.

„vereinigungsbedingte“ Nettoneuverschuldung der öffentlichen Bruttofinanztransferträger eindeutig keinen interregionalen Transfercharakter, weil sie das Resultat von finanzpolitischen Entscheidungen des Bundes und der westdeutschen Bundesländer zur geeigneten Refinanzierung ihrer nach Ostdeutschland geleisteten Bruttoleistungen waren.

2.2 Erfassung der öffentlichen Bruttofinanztransfers von Westdeutschland nach Ostdeutschland nach Trägern

In diesem Abschnitt wird ein Überblick über die wichtigsten Träger der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers gegeben. Dazu zähl(t)en die ehemaligen westdeutschen Gebietskörperschaften, die Sondermögen und Förderbanken des Bundes und die westdeutschen Sozialversicherungsträger. Daneben traten noch zahlreiche weitere deutsche und europäische parafiskalische Organisationen als Transferträger auf (z.B. die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die Europäischen Strukturfonds).¹⁶ Dabei erfüll(t)en das ERP-Sondervermögen, die Treuhandanstalt, die Förderbanken des Bundes und die westdeutschen Sozialversicherungsträger im Auftrag des Bundes sozialpolitische und/oder strukturpolitische Aufgaben im Beitrittsgebiet. Daher beteiligt(e) sich der Bund auch an der Finanzierung ihrer „vereinigungsbedingten“ Bruttomehrausgaben und Bruttomindereinnahmen durch interne Finanzzuweisungen. Des weiteren agier(t)en die mit den Verträgen zur Deutschen Einheit neu errichteten Sondervermögen des Bundes (z.B. der Fonds „Deutsche Einheit“) als reine Finanzintermediäre, indem sie interne Finanzzuweisungen der ehemaligen westdeutschen Gebietskörperschaften empfangen und an die privaten und öffentlichen Transferempfänger in Ostdeutschland lediglich weiterleiteten.¹⁷

Bei der statistischen Erfassung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers nach Transferträgern wird zwischen „unmittelbaren“ West-Ost-Bruttofinanztransfers, die direkt an die ostdeutschen Transferempfänger geflossen sind, und „mittelbaren“ Bruttofinanztransfers, die indirekt über Einschaltung der „Erfüllungsgehilfen“ des Bundes und der intermediären Bruttofinanztransferträger nach Ostdeutschland geflossen sind, unterschieden. Zur Vermeidung von Doppelzählungen dürfen die internen Finanzzuweisungen entweder nur dem effektiv belasteten Bundes- bzw. Länderhaushalt (Option 1) oder nur dem auszahlenden öffentlichen

¹⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank (10/1996), S. 20 ff; Meinhardt, V. u.a. (1995), S. 19 ff; Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 1 ff.

¹⁷ Vgl. Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 10 f. und Meinhardt, V. u.a. (1995), S. 27.

Haushalt zugerechnet werden (Option 2). Bei Option 1 wird ein föderaler Vergleich der Bruttofinanztransfertätigkeit der ehemaligen westdeutschen Gebietskörperschaften möglich.¹⁸

2.2.1 Der Kreditabwicklungsfonds

Der Kreditabwicklungsfonds wurde mit dem Einigungsvertrag am 3.10.1990 als ein Sondervermögen des Bundes neu errichtet. Er sollte den öffentlichen und privaten Sektor im Beitrittsgebiet von Verbindlichkeiten entlasten, die ihren Ursprung in der ehemaligen DDR hatten oder im Zuge der ersten ordnungspolitischen Schritte der Systemtransformation seit dem 2. Halbjahr 1990 angefallen waren. Dazu zählten aufgelaufene Inlandsschulden des DDR-Haushalts gegenüber den Banken (ohne Verbindlichkeiten der ostdeutschen Wohnungswirtschaft), Eventualverbindlichkeiten des Bundes aus der Gewährträgerhaftung der DDR für die Staatsbank Berlin, aufgelaufene Nettoauslandsverbindlichkeiten aus dem Außenhandels- und Valutamonopol der DDR und aus dem Wirtschaftsverkehr der DDR mit den RGW-Ländern sowie Verbindlichkeiten, die bei der Zuweisung von Ausgleichsforderungen an ostdeutsche Kreditinstitute und Außenhandelsbetriebe im Zusammenhang mit der Währungsumstellung gegenüber dem „Ausgleichsfonds Währungsumstellung“ entstanden waren.¹⁹

Mit dem „Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms“ wurde das kumulierte Schuldenvolumen des Kreditabwicklungsfonds am 31.12.1994 in Höhe von ca. 103 Mrd. DM zum 1.1.1995 auf den Erblastentilgungsfonds übertragen. Dabei betrug die kumulierte Übernahme von Altschulden der ehemaligen DDR zwischen dem 3.10.1990 und 31.12.1994 ca. 75 Mrd. DM. Dieser Betrag kann als ein West-Ost-Bruttovermögenstransfer aufgefasst werden, wenn die übertragenen Schulden tatsächlich getilgt worden sind. Hinzu trat die jährliche Nettokreditaufnahme am Kapitalmarkt. Diese diente der Finanzierung des Schuldendienstes für die übernommenen DDR-Altschulden und für die laufend aufgenommenen Neukredite. Die dafür anfallenden Zinsausgaben stellen ebenfalls Transfers dar. Sie wurden dem Kreditabwicklungsfonds je zur Hälfte durch den Bund und durch die Treuhandanstalt erstattet.²⁰

¹⁸ Vgl. Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 10 ff. und S. 21 und Bach, S./Vesper, D. (2000), S. 196.

¹⁹ Vgl. Pilz, F./Ortwein, H. (1992), S. 182 ff und Deutsche Bundesbank (8/1991), S. 37: Da bei der Währungsumstellung die Forderungen der Sparer an das Bankensystem im Verhältnis 1,8:1 und die Forderungen des Bankensystems an die Kreditnehmer im Verhältnis 2:1 umgestellt wurden, mussten die entsprechenden Bilanzverluste der Kreditinstitute und Außenhandelsbetriebe durch Ausgleichsforderungen gedeckt werden.

²⁰ Vgl. Kitterer, W. (1993), S. 48 und Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 12 und S. 19.

2.2.2 Der Fonds „Deutsche Einheit“

Der Fonds „Deutsche Einheit“ wurde auf der Grundlage des Staatsvertrages vom 18.5.1990 zum Stichtag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1.7.1990 errichtet. Er diente bis zur Unterzeichnung des Einigungsvertrages zur Deckung der Haushaltsdefizite des DDR-Haushalts durch westdeutsche Finanzmittel. Mit dem Einigungsvertrag vom 31.8.1990 wurden die ostdeutschen Bundesländer und Gemeinden zum 1.1.1991 in die Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland und damit in die Regelungen zum föderalen Finanzausgleich einbezogen. Dabei erhielten die ostdeutschen Bundesländer aber ausschließlich die Ertragshoheit über die Landessteuern und eine prozentuale Beteiligung am Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen nach dem örtlichen Aufkommen. Dagegen traten die bundesdeutschen Regelungen zur vertikalen Verteilung des Umsatzsteueraufkommens, zum horizontalen Umsatzsteuervorwegausgleich, zum horizontalen Länderfinanzausgleich und zum System der Bundesergänzungszuweisungen bis zum 31.12.1994 noch nicht in Kraft. Diese Ausnahmeregelung wurde damit begründet, dass eine vollständige Einbeziehung der neuen Bundesländer in den bundesdeutschen Finanzausgleich den Bund und die alten Bundesländer durch unangemessen hohe Ausgleichszahlungen belastet hätten.²¹

Als Ausgleich für die Steuerausfälle erhielten die ostdeutschen Länder- und Gemeinden Finanzzuweisungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“. Unter Berücksichtigung der zweimaligen Aufstockung des Gesamtvolumens leistete der Fonds „Deutsche Einheit“ bis zum 31.12.1994 brutto ca. 160,7 Mrd. DM an die neuen Bundesländer und Berlin-Ost im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl. Dieser kumulierte Bruttofinanztransfer wurde einerseits durch Zuschüsse des Bundes (zu ca. 49,6 Mrd. DM) und der alten Bundesländer (zu ca. 16,1 Mrd. DM) und andererseits durch Kredite des Bundes und der alten Bundesländer in Höhe von jeweils 47,5 Mrd. DM gegenfinanziert.²²

Mit dem „Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms“ traten zum 1.1.1995 Neuregelungen für den bundesdeutschen Finanzausgleich in Kraft. Es regelte die vollständige und gleichberechtigte Einbeziehung der neuen Bundesländer in den gesamt-

²¹ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1994), S. 50 und Vesper, D. (1995), S. 369 ff: Bei der vertikalen Verteilung des Umsatzsteueraufkommens wurde für die neuen Länder unabhängig von der Einwohnerzahl eine reduzierte und im Zeitablauf steigende Beteiligung der ostdeutschen Länder am Umsatzsteueraufkommen festgelegt. Zunächst betrug ihr Anteil pro Einwohner nur 55 % des durchschnittlichen westdeutschen Betrages.

²² Vgl. Bach, S./Vesper, D. (2000), S. 196 und Renzsch, W. (1997), S. 65 f: Nach dem „Haushaltsbegleitgesetz“ vom 24.6.1991 erhielten die ostdeutschen Bundesländer rückwirkend zum 1.1.1991 den ihrer Einwohnerzahl entsprechenden Anteil am Umsatzsteueraufkommen.

deutschen vertikalen und horizontalen Finanzausgleich und die Auflösung des Fonds Deutsche Einheit.²³ Außerdem wurde das Volumen der Bundesergänzungszuweisungen aufgestockt und erstmals auch an die neuen Bundesländer ausgezahlt. Die Bundesergänzungszuweisungen nach Ostdeutschland basierten mit Ausnahme der „Sonderbundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten“ auf der rechtlichen Gleichstellung der neuen Bundesländer mit den alten Bundesländern beim Finanzausgleich.²⁴

2.2.3 Die Treuhandanstalt

Die Treuhandanstalt wurde im März 1990 gegründet. Im Treuhandgesetz wurde verankert, dass sie das volkseigene Vermögen verwalten und die Herausbildung marktfähiger Unternehmen und einer effizienten Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland unterstützen sollte. Deshalb bestanden ihre Kerngeschäftsfelder in der Entflechtung der Kombinate, in der rechtlichen und wirtschaftlichen Verselbständigung der ihr übertragenen Betriebe, in der Privatisierung der Treuhandunternehmen und in der Stilllegung nicht-privatisierungsfähiger Treuhandunternehmen. Im Verlauf ihrer Geschäftstätigkeit weitete sich ihr Aufgabenspektrum auf aktive industrie-, struktur-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Aktivitäten aus. Dazu zählte z.B. die Aufstellung und Finanzierung von Sozialplänen bei der Stilllegung von Treuhandunternehmen oder bei der Entlassung von Arbeitskräften, die bilanzielle Sanierung überschuldeter Treuhandunternehmen und die laufende Sanierung der Treuhandunternehmen.²⁵

Dementsprechend waren die laufenden Privatisierungsausgaben, die Zinserstattungen an den Kreditabwicklungsfonds, die Zinsverpflichtungen für die neu aufgenommenen Kapitalkredite, die Ausgaben für die Sanierung des laufenden Geschäfts der Treuhandunternehmen und die Ausgaben für die Stilllegung nicht-privatisierungsfähiger Treuhandunternehmen die wichtigsten Ausgabeposten im Haushalt der Treuhandanstalt.²⁶ Da in jedem Geschäftsjahr die laufenden Gesamtausgaben die laufenden Privatisierungserlöse überstiegen, sammelte sich bis zum Ende der offiziellen Geschäftstätigkeit der Treuhandanstalt am

²³ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1994), S. 51 und Schaden, B./Schreiber, C. (1997), S. 146 f. Die auf das kumulierte Schuldenvolumen anfallenden Zins- und Tilgungsverpflichtungen des Fonds Deutsche Einheit trugen bis Ende 1994 je zur Hälfte der Bund und die westdeutschen Bundesländer und Gemeinden. Seit dem 1.1.1995 tragen die westdeutschen Bundesländer 72% der jährlichen Annuität.

²⁴ Vgl. Bach, S./Vesper, D. (2000), S. 196 ff. und Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1994), S. 51.

²⁵ Vgl. Meinhardt, V. (1995), S. 54 ff.

²⁶ Vgl. Weltring, S. (1997), S. 53 f.

31.12.1994 eine kumulierte Nettoneuverschuldung in Höhe von 204,6 Mrd. DM an. Dieses Schuldenvolumen ging nach dem „Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms“ zum 1.1.1995 in den neu errichteten Erblastentilgungsfonds über.²⁷

Darüber hinaus entstanden der Treuhandanstalt auch noch Verbindlichkeiten aus der laufenden Entschuldung der Treuhandunternehmen. Bei ihren Entschuldungsaktivitäten räumte sie überschuldeten sanierungsfähigen Treuhandunternehmen für deren Schulden Ausgleichsforderungen gegen sich selbst ein. Diese Ausgleichsforderungen dienten der Kompensation der auf die Währungsumstellung zurückgehenden Überbewertung der Altschulden der Treuhandunternehmen. In vielen Fällen übernahm die Treuhandanstalt sogar die Altschulden der Treuhandunternehmen und verzichtete auf die Begleichung des Schuldendienstes.²⁸ Nach den Berechnungen von Boss/Rosenschon übernahm die Treuhandanstalt zwischen dem 2. Halbjahr 1990 und dem 31.12.1994 insgesamt Verbindlichkeiten in Höhe von ca. 78 Mrd. DM von den Treuhandunternehmen. Dieser Betrag wurde zum 1.1.1995 direkt auf den Bundeshaushalt übertragen. Damit stellt er faktisch einen Bruttovermögenstransfer des Bundeshaushalts an den ostdeutschen Unternehmenssektor dar. Insgesamt schätzen Boss/Rosenschon den kumulierten Bruttofinanztransfer der Treuhandanstalt an das Beitrittsgebiet zwischen dem 1.1.1991 und dem 31.12.1994 auf einen Betrag von ca. 176 Mrd. DM. Er ergibt sich als Summe aus dem kumulierten Bruttovermögenstransfer in Höhe von ca. 78 Mrd. DM und aus dem kumulierten laufenden Haushaltsdefizit in Höhe von ca. 98 Mrd. DM. Das jährliche Haushaltsdefizit berechnen sie als Überschuss der laufenden Ausgaben über die laufende Einnahmen abzüglich der Zinserstattungen an den Kreditabwicklungsfonds und abzüglich der Zinsausgaben für das kumulierte, um die Zinserstattungen an den Kreditabwicklungsfonds bereinigte Budgetdefizit der Vorperiode.²⁹

2.2.4 Der Erblastentilgungsfonds

Nach dem „Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms“ wurde der Erblastentilgungsfonds zum 1.1.1995 als ein nicht-rechtsfähiges Sondervermögen des Bundes errichtet. Er übernahm zunächst die kumulierte Nettoneuverschuldung der Treuhandanstalt von ca. 204,6 Mrd. DM und das kumulierte Schuldenvolumen des Kreditabwicklungs-

²⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank (3/1997), S. 20 ff. und Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 5: Seit dem 1.1.1995 hat die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderausgaben (BfS) als Nachfolgeorganisation der Treuhandanstalt die Aufgabe der Betreuung abgeschlossener Privatisierungsverträge und der Restprivatisierung übernommen.

²⁸ Vgl. Müller, L. (1993), S. 123 und Deutsche Bundesbank (4/1994), S. 23 f.

²⁹ Vgl. Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 12 f. und Boss, A. (1998), S. 3.

fonds von ca. 102,4 Mrd. DM. Darüber hinaus übernahm er zum 1.7.1995 ca. 29 Mrd. DM von den kumulierten Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in Höhe von insgesamt 50,5 Mrd. DM.³⁰ In den folgenden Jahren übernahm der Erblastentilgungsfonds weitere Schulden und Ausgleichsforderungen, so z.B. die kumulierten Schulden der gesellschaftlichen Einrichtungen der Gemeinden in der ehemaligen DDR in Höhe von 8,4 Mrd. DM. Da die jährlichen Tilgungsverpflichtungen größtenteils durch Bundeszuschüsse von mind. 7,5% des jeweiligen Schuldenstandes und die jährlichen Zinsverpflichtungen ausschließlich durch Bundeszuschüsse finanziert werden, stellt das insgesamt übernommene Schuldenvolumen faktisch einen West-Ost-Bruttovermögenstransfer dar.³¹

2.2.5 Sonstige Sondervermögen des Bundes und Förderbanken des Bundes

Nach der deutschen Vereinigung übernahmen das **ERP-Sondervermögen** und die **Förderbanken des Bundes** (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Berliner Industriebank und Deutsche Ausgleichsbank) im Auftrag des Bundes strukturpolitische Aufgaben im Beitrittsgebiet. Dabei wickeln die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Deutsche Ausgleichsbank und bis zum 30.9.1992 die Berliner Industriebank die ERP-Programme ab. Im Rahmen der ERP-Programme erhielten ostdeutsche mittelständische Unternehmen und Freiberufler rückzahlbare Darlehen mit besonders langen Laufzeiten und niedrigeren Darlehenszinsen. Des weiteren vergaben die Förderbanken des Bundes zins-, laufzeit- und tilgungsgünstige Darlehen an die gewerbliche ostdeutsche Wirtschaft, an die ostdeutsche Wohnungswirtschaft und an die ostdeutschen Kommunen. Da der Bund die Zinsaufwendungen und die sonstigen Aufwendungen des ERP-Sondervermögens und der Förderbanken finanziert, stellen ihre Bruttofinanztransfers nach Ostdeutschland „mittelbare“ Bruttofinanztransfers des Bundes dar.³²

Nach dem Entschädigungsgesetz vom 1.12.1994 leistet der am 1.8.1991 errichtete **Entschädigungsfonds** eine finanzielle Kompensation an die Alteigentümer der in der ehemaligen DDR enteigneten Vermögenswerte, wenn eine Rückgabe aus rechtlichen oder sachlichen Gründen nicht möglich war oder aus Gründen der Investitionsförderung außer Kraft gesetzt wurde. Da sein Finanzbedarf im wesentlichen durch Bundeszuschüsse und durch

³⁰ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1995/1996), Ziffer 187 und Tabelle 37: Nach dem Einigungsvertrag übernahmen die ostdeutschen Kommunen bis zum 31.12.1994 das Vermögen und die Altschulden der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen der ehemaligen DDR in Höhe von ca. 38,5 Mrd. DM. Hinzu traten die bis Ende 1994 gestundeten Zinszahlungen von ca. 12 Mrd. DM.

³¹ Vgl. Renzsch, W. (1997), S. 74 f. und Deutsche Bundesbank (3/1997), S. 21 f.

³² Vgl. Hoffmann, L. (1993), S. 124 f. und Meinhardt, V. u.a. (1995), S. 57 ff.

Beiträge der BfS gedeckt wird, stellen die Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen an die ostdeutschen Alteigentümer größtenteils einen „mittelbaren“ Bruttofinanztransfer des Bundes nach Ostdeutschland dar.³³ Im Rahmen der Bahnstrukturreform³⁴ wurde der bundeseigene **Fonds Bundeseisenbahnvermögen** errichtet. Er übernahm den kumulierten Schuldenstand der Deutschen Bundesbahn von 65,8 Mrd. DM und der Deutschen Reichsbahn von 7,8 Mrd. DM und finanziert seine jährlichen Tilgungs- und Zinsausgaben durch Kredite. Daher leistete er einen Bruttovermögenstransfer in Höhe von 7,8 Mrd. DM nach Ostdeutschland.³⁴

2.2.6 Die westdeutschen Sozialversicherungsträger

2.2.6.1 Die Bundesanstalt für Arbeit

Mit dem Vertrag zur Sozialunion am 1.7.1990 wurden die gesetzlichen Regelungen der westdeutschen gesetzlichen Arbeitslosenversicherung und damit die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der Bundesanstalt für Arbeit noch im vierten Quartal des Jahres 1990 auf die neuen Bundesländer übertragen. Daraufhin verzeichnete die Bundesanstalt für Arbeit-Ost bereits im vierten Quartal des Jahres 1990 ein geringes Haushaltsdefizit in Höhe von 1,2 Mrd. DM und in den folgenden Jahren ein deutlich höheres Haushaltsdefizit, da die Umstellung der Löhne von DDR-Mark in DM im Verhältnis 1:1, die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit und die starken Erhöhungen der ostdeutschen Tariflöhne die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik in die Höhe trieben und einen starken Rückgang der Beitragseinnahmen auslösten.³⁵ Darüber hinaus erhielten die ostdeutschen Beitragszahler und Leistungsempfänger beim Vollzug des westdeutschen Sozialrechts in Ostdeutschland bei der Beitragsbemessung und bei der Leistungsgewährung temporär spezielle Vergünstigungen. Diese stellten „nicht-
originäre Sonderleistungen“ an die ostdeutsche Versichertengemeinschaft dar.³⁶

Demgegenüber erzielte die Bundesanstalt für Arbeit-West seit 1991 in jedem Jahr einen Haushaltsüberschuss. Dahinter standen v.a. konjunkturbedingt expandierende Beitragseinnahmen, konjunkturbedingt sinkende Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, mehrfache Erhöhungen des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung seit 1991

³³ Vgl. Weltring, S. (1997), S. 55 f. und Willgeroth, H. (1993), S. 241 f. und S. 251 ff.

³⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank (3/1997), S. 21 und Weltring, S. (1997), S. 56.

³⁵ Vgl. Deutsche Bundesbank (7/1994), S. 33 ff. und DIW (Wochenbericht Nr.46/2000), S. 783.

³⁶ Vgl. Mackscheidt, K. (1993), S. 114 und Ragnitz, J. (2000), S. 23 ff: Hierzu zählten z.B. eine niedrigere Beitragsbemessungsgrenze, das Kurzarbeitergeld, günstigere Konditionen bei der Gewährung von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld sowie weniger restriktive Bestimmungen bei der Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

und diverse Kürzungen der arbeitsmarktpolitischen Leistungen seit 1991.³⁷ Da der Vertrag zur Sozialunion einen gesamtdeutschen Finanzverbund und damit einen internen Finanzausgleich zwischen der Bundesanstalt für Arbeit-West und der Bundesanstalt für Arbeit-Ost zum 1.1.1991 vorsah, wurde der jährliche Haushaltsüberschuss im alten Bundesgebiet in jedem Jahr in voller Höhe an die Bundesanstalt für Arbeit-Ost zur Abdeckung ihres Haushaltsdefizits transferiert. Des weiteren leistete der Bund seit 1991 in jedem Jahr Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit-Ost, da er per Gesetz zum Ausgleich eines nach dem internen Finanzausgleich verbleibenden gesamtdeutschen Haushaltsdefizits der Bundesanstalt für Arbeit verpflichtet ist. Daher leisteten seit 1991 neben den westdeutschen Beitragszahlern der Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung auch die westdeutschen Steuerzahler einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung der Ausgabenüberschüsse der Bundesanstalt für Arbeit-Ost.³⁸

In Tabelle 1 im Anhang wurde für den Zeitraum 1991-1997 ein kumulierter Finanztransfer der Bundesanstalt für Arbeit-West an die Bundesanstalt für Arbeit-Ost von 173,2 Mrd. DM berechnet. Er ergibt sich als Summe der jährlichen Haushaltsüberschüsse der Bundesanstalt für Arbeit-West in diesem Zeitraum. Hinzu trat ein kumulierter Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit-Ost zwischen 1990 und 1997 von 81,3 Mrd. DM. Allerdings lag der tatsächliche kumulierte Finanztransfer der Bundesanstalt für Arbeit-West nach Ostdeutschland niedriger, weil ein Teil des westdeutschen Beitragsaufkommens dem Beitrittsgebiet zugerechnet werden muss. Dahinter steht die Tatsache, dass die Beschäftigten im alten Bundesgebiet mit Wohnsitz im Beitrittsgebiet ihre Beitragszahlungen im alten Bundesgebiet entrichteten.³⁹ Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung betrug der bereinigte kumulierte Finanztransfer der Bundesanstalt für Arbeit-West nach Ostdeutschland zwischen 1991 und 1997 nur noch ca. 122,7 Mrd. DM (vgl. Tabelle 2 im Anhang).⁴⁰

2.2.6.2 Die Gesetzliche Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten

In der ehemaligen DDR war die Rentenversicherung ein Teil der in den Staatshaushalt integrierten Einheitsversicherung aus Renten-, Kranken- und Unfallversicherung. Es gab mit der „Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten“ und der „Sozialversicherung der Staatlichen Versicherung der DDR“ zwei Träger der Rentenversicherung der DDR. Da sich die

³⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank (7/1994), S. 33 ff. und DIW (Wochenbericht Nr. 46/2000), S. 783.

³⁸ Vgl. Mackscheidt, K. (1993), S. 119 ff. und Deutsche Bundesbank (7/1994), S. 34 f.

³⁹ Vgl. Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 15 f. und Mackscheidt, K. (1993), S. 122 ff.

⁴⁰ Vgl. DIW (Wochenbericht Nr. 45/1999), S. 815.

Rentenversicherung der DDR hinsichtlich der Kriterien Organisation, Versicherungspflicht, Finanzierung, Rentenhöhe und Leistungsgewährung durch fundamentale Unterschiede zur Gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik auszeichnete, musste das westdeutsche Rentenversicherungsrecht auf Ostdeutschland übertragen werden. Dazu musste das Mindestsicherungssystem der DDR in das einkommensorientierte Versicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland überführt werden.⁴¹

Dementsprechend regelte bereits der *Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion* die Einführung des Selbstverwaltungsprinzips, des Prinzips der Beitragsfinanzierung, des Prinzips der Lohn- und Beitragsbezogenheit der Renten und des Prinzips einer monatlichen Beitragsbemessungsgrenze in Ostdeutschland. Außerdem regelte das *Rentenangleichungsgesetz u.a.* die Umstellung der DDR-Renten auf DM-Beträge zum Kurs von 1:1, die relative Angleichung der ostdeutschen Bestandsrenten an das westdeutsche Nettorentenniveau, die Einführung einer nettolohnbezogenen Rentendynamisierung und die Schließung der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung.⁴² Im *Einigungsvertrag* waren u.a. Bestimmungen zur Angleichung der beiden deutschen Rentenversicherungssysteme und zur Ausweitung der allgemeinen Bundeszuschüsse an die Gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten auf die GRV-Ost enthalten. Schließlich regelte das *Rentenüberleitungsgesetz u.a.* die beitragsbezogene Neuberechnung der Bestands- und Zugangsrenten nach dem bundesdeutschen Recht, den Aufbau einer Schwankungsreserve, die Überführung der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme in die Gesetzliche Rentenversicherung und die Einrichtung eines gesamtdeutschen Finanzverbundes innerhalb der Gesetzlichen Rentenversicherung zum 1.1.1992. Außerdem regelte es noch die Anwendung der Bestimmungen des „Rentenreformgesetzes 1992“ in Ostdeutschland.⁴³

Bei der beitragsbezogenen Neuberechnung der Bestands- und Zugangsrenten erhielten die ostdeutschen Bestands- und Zugangsrentner aus Vertrauensschutzgründen längstens bis zum 31.12.1996 Auffüllbeträge und einen steuerfinanzierten Sozialzuschlag, wenn die Übertragung des westdeutschen Rentenrechts auf das Beitrittsgebiet zu einer finanziellen

⁴¹ Vgl. Böhm S./Pott, A. (1992), S. 171 ff. und Schmä, W. (1991), S. 52 ff.

⁴² Nach dem Rentenangleichungsgesetz wurde auf Basis des DDR-Rechts die Eckrente eines Durchschnittsverdieners mit 45 Versicherungsjahren zum 1.7.1990 in einem Schritt auf 70% des durchschnittlichen monatlichen Nettoarbeitsentgelts je Beschäftigten (960 DM) angehoben. Wenn die Rente mangels anrechenbarer Versicherungsjahre geringer ausfiel, dann erhielt die Rentner zunächst einen Rentenzuschlag. Darüber hinaus erhielten die Rentner ohne einen Antrag und eine Bedürftigkeitsprüfung einen Sozialzuschlag als pauschalisierte Sozialhilfeleistung, wenn die neu berechnete Rente einen Mindestbetrag von 495 DM pro Monat unterschreitet.

⁴³ Vgl. Andel, N. (1993), S. 69 ff. und Schmä, W. (1991), S. 65 ff.

Schlechterstellung gegenüber der auf der Grundlage des bis Ende 1991 gültigen Rechts berechneten Rente führte. Dies war durchaus zu erwarten, da bei der Rentenüberleitung die weite Definition der Versicherungsjahre und die Mindestsicherungselemente im Rentenversicherungsrecht der DDR nicht beibehalten wurden.⁴⁴ Da die Auffüllbeträge und der Sozialzuschlag im bundesdeutschen Rentenrecht keine rechtliche Entsprechung hatten, stellten sie „originäre Sonderleistungen“ an die ostdeutschen Leistungsempfänger dar.⁴⁵

In den Jahren 1990 und 1991 verzeichnete die GRV-Ost ein Haushaltsdefizit, da die Rentangleichung zu einem deutlichen Anstieg der Leistungsausgaben für Alters- und Witwenrenten und die hohe Arbeitslosigkeit zu einem Rückgang der Beitragseinnahmen führte (vgl. Tabelle 3b im Anhang). Nach dem Einigungsvertrag mussten die GRV-West und die GRV-Ost bis Ende 1991 eine getrennte Haushaltsführung durchführen. Deshalb erhielt die GRV-Ost im Jahr 1990 einen Bundeszuschuss in Höhe von 2,3 Mrd. DM und eine Anschubfinanzierung aus dem DDR-Staatshaushalt in Höhe von 1,3 Mrd. DM und im Jahr 1991 einen Bundeszuschuss in Höhe von 5,6 Mrd. DM. Es ist zu vermuten, dass der größere Teil der Bundeszuschüsse an die GRV-Ost und der Bundesausgaben für den Sozialzuschlag durch westdeutsche Steuereinnahmen finanziert wurde. Daher leisteten die westdeutschen Steuerzahler in den Jahren 1990 und 1991 einen nennenswerten Beitrag zur Finanzierung der Anpassung der ostdeutschen Renten an das westdeutsche Rentenniveau.⁴⁶

Demgegenüber mussten die jährlichen Haushaltsdefizite der GRV-Ost seit 1992 durch die jährlichen Haushaltsüberschüsse der GRV-West und ggf. durch einen Abbau der westdeutschen Schwankungsreserve gedeckt werden, da innerhalb der Gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten ein gesamtdeutscher Finanzverbund eingerichtet war. Daher leisteten seit 1992 neben den westdeutschen Steuerzahlern auch die westdeutschen Beitragszahler und Leistungsempfänger der Gesetzlichen Rentenversicherung einen Beitrag zur Finanzierung der Anpassung der ostdeutschen Bestands- und Zugangsrenten an das westdeutsche Rentenniveau.⁴⁷ Im Jahr 1992 ergab sich nach Abschluss des internen Defizitenausgleichs noch ein gesamtdeutscher Haushaltsüberschuss in Höhe von 5,7 Mrd. DM. Dagegen musste der Gesamthaushalt der Gesetzlichen Rentenversicherung das Haushaltsjahr 1993 und die folgenden Haushaltsjahre jeweils mit einem Haushaltsdefizit abschließen.

⁴⁴ Vgl. Böhm S./Pott, A. (1992), S. 192 ff.

⁴⁵ Vgl. Andel, N. (1993), S. 99 und S. 103 f.

⁴⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank (3/1995), S. 19 f. und Pilz, F./Ortwein, H. (1992), S. 212 f.

⁴⁷ Vgl. DIW (Wochenbericht Nr. 40/1997), S. 727 f. und Schmähl, W. (1992), S. 45 f.

Dieses wurde jeweils durch einen Abbau der westdeutschen Schwankungsreserve gedeckt. Im Zeitraum 1992 bis 1997 betrug das kumulierte Haushaltsdefizit der GRV-Ost ca. 75,9 Mrd. DM (vgl. Tabelle 3a und 3b im Anhang).⁴⁸ Dieser Betrag stellt allerdings nur einen Näherungswert für den tatsächlichen kumulierten Finanztransfer der GRV-West an die GRV-Ost dar, da die Ost-West-Pendler ihre Beiträge in Westdeutschland zahlten und die Erlöse der Rentenversicherung aus der Anlage liquider Mittel nicht aufgeteilt werden.⁴⁹

Im Hinblick auf seine rechtliche Grundlage setzt sich das kumulierte Haushaltsdefizit der GRV-Ost von ca. 75,9 Mrd. DM aus zwei Komponenten zusammen: zum einen aus direkten Finanzaufweisungen der GRV-West in Höhe von 29,7 Mrd. DM auf der Grundlage des internen Defizitausgleichs i.e.S. und zum anderen aus indirekten Finanzaufweisungen der westdeutschen Rentenversicherung der Angestellten an die ostdeutsche Rentenversicherung der Arbeiter in Höhe von 46,2 Mrd. DM. Die indirekten Finanzaufweisungen resultierten daraus, dass die GRV-Ost mit dem Inkrafttreten des Rentenüberleitungsgesetzes zugleich auch in den internen Finanzausgleich zwischen der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten nach §218 SGB VI aufgenommen wurde. Danach stockt(e) die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Schwankungsreserve der Rentenversicherung der Arbeiter auf, wenn diese einen Mindestbetrag unterschreitet.⁵⁰

2.2.6.3 Die Gesetzliche Krankenversicherung

Mit dem Einigungsvertrag trat das westdeutsche Krankenversicherungsrecht zum 1.1.1991 in Ostdeutschland in Kraft. Außerdem wurde ein gegliedertes System von Krankenkassen nach westdeutschem Muster mit einem einheitlichen Beitragssatz von 12,8% und einer Beitragsbemessungsgrenze von 2.250 DM eingeführt und eine getrennte Haushaltsführung der GKV-West und der GKV-Ost ohne einen Risikostrukturausgleich zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Krankenkassen festgelegt. Deshalb musste die GKV-West keine direkten Bruttofinanztransfers an die GKV-Ost zur Abdeckung der hohen Haushaltsdefizite der ostdeutschen Krankenkassen leisten.⁵¹

Dennoch erhielt die GKV-Ost seit der deutschen Vereinigung öffentliche Bruttofinanztransfers aus Westdeutschland. Dazu zählen die Bundeszuschüsse in den Jahren 1991 und 1992

⁴⁸ Vgl. Boss, A. (1998), S. 9 f. und DIW (Wochenbericht Nr. 45/1999), S. 815.

⁴⁹ Vgl. Grosseckertler, H. (1996), S. 218.

⁵⁰ Vgl. Mackscheidt, K. (1990), S. 151.

⁵¹ Vgl. Boss, A. (1998), S. 13 und Schmähl, W. (1992), S. 44.

zur Finanzierung der im Einigungsvertrag verankerten sozial-motivierten Übergangs- und Härtefallregelungen bei der Übertragung des westdeutschen Krankenversicherungsrechts auf Ostdeutschland.⁵² Des weiteren war der parafiskalische Finanzausgleich zwischen den Trägern der Sozialversicherung untereinander mit einem indirekten Bruttofinanztransfer von der Bundesanstalt für Arbeit-West und der GRV-West an die GKV-Ost verbunden. Beim parafiskalischen Finanzausgleich erstattet die Bundesanstalt für Arbeit die Beitragszahlungen für die arbeitslosen Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherung und die Gesetzliche Rentenversicherung den Arbeitgeberanteil an den Krankenversicherungsbeiträgen für die krankenversicherten Rentner an die Gesetzliche Krankenversicherung.⁵³ Diese Regelung löste einen indirekten West-Ost-Bruttofinanztransfer an die GKV-Ost aus, da ein großer Teil der Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherung in Ostdeutschland Rentner und Arbeitslose waren und seit dem zweiten Halbjahr 1990 bei der Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung bzw. seit dem 1.1.1992 bei der Gesetzlichen Rentenversicherung ein gesamtdeutscher Finanzverbund existierte. Dieser indirekte West-Ost-Bruttofinanztransfer belastete teilweise auch den Bundeshaushalt, da der Bund die Haftung für ein Defizit im Gesamthaushalt der Bundesanstalt für Arbeit übernimmt und allgemeine Zuschüsse an die westdeutsche Gesetzliche Rentenversicherung leistet.⁵⁴

2.2.7 Die Gebietskörperschaften der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland

2.2.7.1 Der Bund

Im Bundeshaushalt sind seit der deutschen Vereinigung erhebliche „vereinigungsbedingte“ Bruttomehrausgaben und Bruttomindereinnahmen für die nach Ostdeutschland geleisteten Bruttofinanztransfers angefallen. Nach ihrer Rechtsgrundlage waren die Bruttofinanztransfers des Bundes in erster Linie auf die Ausweitung seiner zentralstaatlichen Aufgabenkompetenz auf die neuen Bundesländer zurückzuführen. Demnach beruhten die Bruttofinanztransfers des Bundes größtenteils auf bundeseinheitlichen Rechtsbestimmungen und auf einer rechtlichen Gleichstellung der neuen Bundesländer mit den alten Bundesländern.⁵⁵ Dagegen hat-

⁵² Vgl. Henke, K.-D./Leber, W.-D. (1993), S. 17 ff. und Meinhardt, V. (1995), S. 44.

⁵³ Vgl. Mackscheidt, K. (1990), S. 152 ff. und Henke, K.-D./Leber, W.-D. (1993), S. 34 f.

⁵⁴ Vgl. Henke, K.-D./Leber, W.-D. (1993), S. 34 f. und Meinhardt, V. (1995), S. 44.

⁵⁵ Hierzu zählen z.B. die gesetzlichen Sozialtransfers an die ostdeutsche Bevölkerung, die Bundesergänzungszuweisungen, die Ausgaben für das Angebot öffentlicher Güter im Beitrittsgebiet (z.B. für die öffentliche Verwaltung, für Verteidigung und für die Verfassungsorgane) oder die Ausgaben für den anteiligen Staatsverbrauch des Bundes in Ostdeutschland. Vgl. Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 17 und Pilz, F./Ortwein, H. (1992), S. 162.

ten die Bruttofinanztransfers für spezifische struktur- und sozialpolitische Maßnahmen im Beitrittsgebiet in der alten Bundesrepublik keine (vergleichbare) rechtliche Entsprechung.⁵⁶

Bei den „expliziten“ Bruttofinanztransfers nach Ostdeutschland lassen sich zweckungebundene Bruttofinanztransfers ohne gesetzlich vorgegebenen Verwendungszweck und zweckgebundene Bruttofinanztransfers für gesetzlich vorgegebene soziale Zwecke (z.B. Kindergeld, Wohngeld oder Sozialhilfe) und investive Zwecke (z.B. die Förderung privater Investitionen durch Investitionszuschüsse und Investitionszulagen oder die finanzielle Beteiligung des Bundes an öffentlichen Infrastrukturinvestitionen über das Gemeinschaftswerk „Aufschwung-Ost“) voneinander unterscheiden.⁵⁷

Die „impliziten“ Bruttofinanztransfers nach Ostdeutschland resultier(t)en aus den steuerlichen Vergünstigungen für private Bau- und Ausrüstungsinvestitionen in Ostdeutschland (z.B. Sonderabschreibungen auf die Anschaffungs- oder Herstellkosten).⁵⁸ Da die westdeutschen Investoren über die Nutzung der Steuervergünstigungen ihre Bemessungsgrundlage bei der Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer im alten Bundesgebiet reduzierten, verminderten sich zwangsläufig auch die anteiligen Steuereinnahmen des Bundes aus dem großen Steuerverbund.⁵⁹ Dieser subventionsinduzierte „negative Bemessungsgrundlageneffekt“ war dann besonders stark, wenn die westdeutschen Investoren die geförderten Investitionsprojekte endgültig nach Ostdeutschland verlagerten oder private Investitionen im alten Bundesgebiet endgültig unterließen.⁶⁰

2.2.7.2 Die westdeutschen Bundesländer

Des weiteren leisteten die westdeutschen Bundesländer seit der deutschen Vereinigung Bruttofinanztransfers an die ostdeutschen öffentlichen Haushalte. Dabei waren die „expliziten“ Bruttofinanztransfers eher unbedeutend. Dazu zählen die Finanzaufweisungen für die finanzielle Beteiligung an öffentlichen Investitionsprojekten in Ostdeutschland (z.B. im Rahmen des „Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost“) und für die personelle und sachliche Ver-

⁵⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank (10/1996), S. 30 und Ragnitz, J. (2000), S. 18 und S. 22 f.

⁵⁷ Vgl. Junkernheinrich, M. (1995), S. 161 f. und Stille, F. (1997), S. 22 ff.

⁵⁸ Vgl. Ragnitz, J. (2000), S. 19 und S. 25 ff.

⁵⁹ Vgl. Deutsche Bundesbank (10/1996), S. 23 und Meinhardt, V. u.a. (1995), S. 32 f.

⁶⁰ Vgl. Wohlers, E. (1994), S. 98.

waltungshilfe.⁶¹ Des weiteren waren die kumulierten Zuschüsse an den Fonds „Deutsche Einheit“ zwischen 1993 und 1994 von 16,2 Mrd. DM und die Tilgungsausgaben für die kreditfinanzierten Bruttoleistungen des Fonds Deutsche Einheit „explizite“ Bruttofinanztransfers.⁶²

Dagegen waren die „impliziten“ Bruttofinanztransfers wesentlich bedeutsamer. So belastete der „negative Bemessungsgrundlageneffekt“ der steuerlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland im alten Bundesgebiet zugleich auch die westdeutschen Länderhaushalte durch rückläufige Steuereinnahmen aus dem vertikalen Steuerverbund bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.⁶³ Außerdem verloren die westdeutschen Bundesländer anteilige Gewerbesteuererinnahmen an die ostdeutschen Bundesländer und Gemeinden, da einige westdeutsche Gewerbebetriebe aus steuerlichen Gründen Investitionsaktivitäten nach Ostdeutschland verlagerten.⁶⁴ Darüber hinaus gingen die Umsatzsteuereinnahmen der westdeutschen Bundesländer aus dem vertikalen Steuerverbund mit dem Bund und den westdeutschen Gemeinden seit 1991 deutlich zurück, da sich die horizontale Verteilung des Länderanteils am Umsatzsteueraufkommen auf die Bundesländer nach der tatsächlichen Einwohnerzahl rückwirkend zum 1.1.1991 auch auf die neuen Bundesländer erstreckte. Im Zuge der vollständigen Einbeziehung der neuen Bundesländer in den horizontalen Länderfinanzausgleich und in das System der Bundesergänzungszuweisungen verringerten sich ihre Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen und ihre Steuereinnahmen nochmals.⁶⁵

Schließlich mussten die westdeutschen Bundesländer seit der deutschen Vereinigung einen Rückgang von Einnahmen aus vertikalen Finanzaufweisungen des Bundes für die Erfüllung originärer Länderaufgaben und für die Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben auf Länderebene hinnehmen. Soweit der Bund die eingesparten Ausgabenbeträge nicht endgültig kürzte und stattdessen nach Ostdeutschland leistete, spiegeln sich die entsprechenden Einnahmeverluste der westdeutschen Bundesländer in höheren Bruttofinanztransfers des Bundes wider. Deshalb werden sie üblicherweise nicht als „implizite“ Bruttofinanztransfers der westdeutschen Bundesländer statistisch erfasst.⁶⁶

⁶¹ Vgl. Renzsch, W. (1998), S. 353 f. und Deutsche Bundesbank (4/1995), S. 35 ff.

⁶² Vgl. Bach, S./Vesper, D. (2000), S. 196 und Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 11 f.

⁶³ Vgl. Hoffmann, L. (1993), S. 119.

⁶⁴ Vgl. Postlep, R.-D. (1992), S. 38 f.

⁶⁵ Vgl. Renzsch, W. (1998), S. 352 und S. 354 und Bach, S./Vesper, D. (2000), S. 195 ff.

⁶⁶ Vgl. Postlep, R.-D. (1992), S. 39.

So führte die mehrfache Verringerung des vertikalen Umsatzsteueranteils der westdeutschen Bundesländer seit 1991 zu einem sukzessiven Rückgang der Verbundmasse im kommunalen Finanzausgleich. Dadurch gingen die Umsatzsteuereinnahmen der westdeutschen Gemeinden auch zurück. Des weiteren verloren die westdeutschen Gemeinden seit 1993 Gewerbesteuerereinnahmen, da sie sich über eine Erhöhung der Gewerbesteuerumlage an den Zuschüssen der westdeutschen Bundesländer an den Fonds „Deutsche Einheit“ und an den Einnahmefällen der westdeutschen Bundesländer aus der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs finanziell beteiligten.⁶⁸ Darüber hinaus belastete der „negative Bemessungsgrundlageneffekt“ der steuerlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer im alten Bundesgebiet auch die westdeutschen Gemeinden durch Steuermindereinnahmen aus dem vertikalen Steuerverbund mit dem Bund und den westdeutschen Bundesländern. Außerdem verloren sie anteilige Gewerbesteuerereinnahmen an die ostdeutschen Bundesländer und Gemeinden, da einige westdeutsche Gewerbebetriebe aus steuerlichen Gründen Investitionsaktivitäten nach Ostdeutschland verlagerten.⁶⁹ Schließlich mussten die westdeutschen Gemeinden seit der deutschen Vereinigung einen Rückgang der allgemeinen und zweckgebundenen Finanzaufweisungen des Bundes für die Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben und für die Durchführung von öffentlichen Investitionsprojekten auf Gemeindeebene hinnehmen. Hierzu zählt z.B. die finanzielle Beteiligung des Bundes an der Städtebauförderung, an dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

⁶⁹ Vgl. Postlep, R.-D. (1992), S. 38 f. und Renzsch, W. (1998), S. 353.

tur oder an der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur. Da der Bund die eingesparten Ausgabenbeträge größtenteils nicht endgültig kürzte und stattdessen nach Ostdeutschland leistete, spiegeln sich die entsprechenden Einnahmeverluste der westdeutschen Gemeinden größtenteils in höheren Bruttofinanztransfers des Bundes nach Ostdeutschland wider.⁷⁰

2.3 Statistische Erfassung des Gesamtvolumens und der Trägerstruktur der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch verschiedene Institutionen

Seit der deutschen Vereinigung beschäftigten sich zahlreiche empirische Studien von Bundesministerien, Wirtschaftsforschungsinstituten und Ökonomen mit der Quantifizierung der jährlichen und kumulierten West-Ost-Bruttofinanztransfers. Da sich die „vereinigungsbedingten“ Bruttomehrausgaben und Bruttomindereinnahmen mit Transfercharakter mit zunehmender zeitlicher Entfernung vom Zeitpunkt der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der Deutschen Einheit immer schwieriger kausal und quantitativ zuordnen lassen, wird der Untersuchungszeitraum im Folgenden auf den Zeitraum 1991 bis 1997 beschränkt.

Tabelle 4: Berechnungen verschiedener Institutionen zur Höhe der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers zwischen 1991 und 1997 (in Mrd. DM)

Institution	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Σ
Deutsche Bundesbank/Bundesfinanzministerium	139	151	167	169	185	187	183	1.181
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	134	164	171	174	212	k.A.	k.A.	855
Institut für Wirtschaftsforschung Halle	142	172	197	194	187	188	185	1.265
Institut für Weltwirtschaft	152	281	229	200	179	183	k.A.	1.224
Institut der deutschen Wirtschaft	165	185	208	205	197	187	k.A.	1.147

Quelle: Deutsche Bundesbank (4/1998), S. 53; Ragnitz, J. (2000), S. 17; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1995/1996), Tabelle 40; Boss, A. (1998), S. 17; Institut der deutschen Wirtschaft (1996), S. 5.

In Tabelle 4 wird deutlich, dass die Berechnungsergebnisse zur absoluten Höhe und zum zeitlichen Verlaufsprofil der jährlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers z.T. sehr unterschiedlich ausfallen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die verschiedenen Studien keine einheitliche Abgrenzung des öffentlichen Sektors, keine einheitliche Definition des Bruttofinanztransferbegriffs, keine einheitliche Abgrenzung der Bruttofinanztransfers von „vereinigungsbedingten Budgetmehrbelastungen ohne Transfercharakter“ und keine einheitliche statisti-

⁷⁰

Vgl. Junkernheinrich, M (1996), S. 115 f. und Deutsche Bundesbank (4/1994), S. 23.

sche Datenbasis zu Grunde legen. Diese methodischen Unterschiede werden bei einem Vergleich der Bruttofinanztransferrechnung der Deutschen Bundesbank bzw. des Bundesfinanzministeriums und der Bruttofinanztransferrechnung des Instituts für Weltwirtschaft besonders deutlich.⁷¹

Die Bruttofinanztransferrechnung der Deutschen Bundesbank

Bei der Bruttofinanztransferrechnung der Deutschen Bundesbank aus dem Jahr 1998 wurden folgende Bruttofinanztransferträger explizit berücksichtigt: Bund, westdeutsche Bundesländer und Gemeinden, Fonds „Deutsche Einheit“, Europäische Union, Gesetzliche Rentenversicherung und Bundesanstalt für Arbeit. Damit ordnet die Bundesbank die Bruttofinanztransfers der Förderbanken und der Sondervermögen des Bundes einheitlich den Gebietskörperschaften und die Treuhandanstalt dem privatwirtschaftlichen Bereich zu. Deshalb gehen die Bruttofinanztransfers der Treuhandanstalt bis Ende 1994 nicht in die Berechnungen ein. Dies gilt auch für die Steuermindereinnahmen der ehemaligen westdeutschen Gebietskörperschaften aus der steuerlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland. Diese Vorgehensweise wird damit begründet, dass über die Einnahmeausfälle keine zeitnahen und keine vollständigen statistischen Daten existieren, und die Steuerausfälle zunächst nur dem westdeutschen Privatsektor zugute gekommen seien. Des weiteren klammert die Bundesbank die Zins- und Tilgungsausgaben des Bundes und der alten Bundesländer für die Schulden des Kreditabwicklungs- und Erblastentilgungsfonds, für die Nettoneuverschuldung des Fonds „Deutsche Einheit“ und für die Altschulden der Deutschen Reichsbahn aus den Berechnungen aus, da sie den neuen Bundesländern nicht effektiv zugute gekommen seien. Schließlich berücksichtigt die Bundesbank den Subventionsgehalt der zinsverbilligten Darlehensprogramme und sonstigen Förderprogramme des ERP-Sondervermögens und der Förderbanken des Bundes mit dem Hinweis auf statistische Datenprobleme lediglich unvollständig.⁷²

Im Zeitraum 1991 bis 1997 betrug der durchschnittliche West-Ost-Bruttofinanztransfer ca. 169 Mrd. DM und der kumulierte West-Ost-Bruttofinanztransfer ca. 1.181 Mrd. DM. Dabei erklärt sich der sprunghafte Anstieg des Bruttofinanztransferbetrages im Jahr 1995 durch die Übertragung der kumulierten Nettoneuverschuldung der Treuhandanstalt auf den Erblastentilgungsfonds und die damit verbundenen höheren Zinszahlungen. Es zeigt sich, dass der Bund und die westdeutsche Sozialversicherung (ohne Gesetzliche Krankenversicherung) zusammen mit großem Abstand die wichtigsten Transferträger waren. So betrug ihr Anteil im

⁷¹ Vgl. Tofaute, H. (1995), S. 163 und Fuest, W./Kroker, R. (1993), S. 9 ff.

⁷² Vgl. Deutsche Bundesbank (10/1996), S. 22 ff. und Deutsche Bundesbank (4/1998), S. 52.

Jahr 1994 zusammen ca. 85% und seit dem Jahr 1995 sogar über 90%. Darüber hinaus zeigen die Berechnungen der Bundesbank zur Verwendungsstruktur der West-Ost-Bruttofinanztransfers in Tabelle 6 im Anhang, dass der Anteil der Sozialleistungen (für arbeitsmarktpolitische und sonstige soziale Zwecke) an den West-Ost-Bruttofinanztransfers zwischen 1991 und 1997 im Durchschnitt ca. 42% betrug. Ihr Anteil an den zurechenbaren West-Ost-Bruttofinanztransfers betrug im Durchschnitt sogar zwei Drittel. Dagegen lag der Anteil der investiven West-Ost-Bruttofinanztransfers (Subventionen und Investitionen) im Durchschnitt nur bei ca. 24%.⁷³

Tabelle 5: Berechnungen der Bundesbank zur Höhe und zur Trägerstruktur der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers zwischen 1991 und 1997

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
West-Ost-Bruttofinanztransfers in Mrd. DM, davon (in %):	139	151	167	169	185	187	183
-Bund	54,1	58,3	68,2	67,5	73,0	73,8	71,6
-Westdeutsche Bundesländer und Gemeinden	3,5	3,3	6,0	8,3	5,4	5,9	6,0
-Fonds Deutsche Einheit	22,3	15,9	9,0	3,0	-	-	-
-EG-Haushalt (Struktur- und Regionalfonds)	2,9	3,3	3,0	3,5	3,8	3,7	3,8
-Bundesanstalt für Arbeit	17,2	15,9	8,4	10,6	8,6	6,4	8,7
-Gesetzliche Rentenversicherung	-	3,3	5,4	7,1	9,2	10,2	9,8

Quelle: Deutsche Bundesbank (4/1998), S. 53.

Die Bruttofinanztransferrechnung des Instituts für Weltwirtschaft

Bei der Bruttofinanztransferrechnung des Instituts für Weltwirtschaft aus dem Jahr 1998 für den Zeitraum 1991 bis 1996 wurden folgende Bruttofinanztransferträger explizit berücksichtigt: Bund, westdeutsche Bundesländer und Gemeinden, Fonds „Deutsche Einheit“, Europäische Union, Gesetzliche Rentenversicherung, Bundesanstalt für Arbeit, Treuhandanstalt, Kreditabwicklungs- und Erblastentilgungsfonds. Nach der Art der getätigten West-Ost-Bruttofinanztransfers wird zwischen Ausgaben und Mindereinnahmen im alten Bundesgebiet unterschieden. Im Gegensatz zur Bundesbank berücksichtigen die zuständigen Autoren bei ihren Berechnungen auch einen Schätzwert für die kumulierten Steuermindereinnahmen im alten Bundesgebiet aus der steuerlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland. Diese stellten einen Bruttofinanztransfer dar, weil die Steuermindereinnahmen für die Begünstigten

⁷³

Vgl. Deutsche Bundesbank (4/1998), S. 52.

in West- und Ostdeutschland eindeutig finanzielle Vorteile darstellten. Mit Hilfe der steuerlichen Investitionsförderung verbesserte sich nämlich die öffentliche Infrastruktur in Ostdeutschland und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Nutzer der steuerlichen Förderinstrumente. Insgesamt ergibt sich nach den Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft für den Zeitraum 1991 bis 1996 ein kumulierter West-Ost-Bruttofinanztransfer in Höhe von ca. 1.224 Mrd. DM. Damit betrug der durchschnittliche West-Ost-Bruttofinanztransfer pro Jahr ca. 204 Mrd. DM. Dagegen berechnete die Bundesbank für diesen Zeitraum lediglich einen kumulierten West-Ost-Bruttofinanztransfer in Höhe von ca. 998 Mrd. DM und einen durchschnittlichen West-Ost-Bruttofinanztransfer pro Jahr von ca. 166 Mrd. DM.⁷⁴

Nach den Prinzipien der VGR erfassen die zuständigen Autoren die durch den Kreditabwicklungs- bzw. Erblastentilgungsfonds und die Treuhandanstalt übernommenen Altschulden aus der ehemaligen DDR einheitlich im Jahr der Schuldenübernahme als ein West-Ost-Bruttovermögenstransfer und die kreditfinanzierten laufenden West-Ost-Bruttofinanztransfers einheitlich im Jahr des tatsächlichen Zahlungszuflusses bei den öffentlichen oder privaten Transferempfängern in Ostdeutschland. Dementsprechend zählen sie die bei Fälligkeit der Kredite anfallenden Tilgungsausgaben nicht zu den West-Ost-Bruttofinanztransfers. Schließlich klammern sie die jährlichen Zinsausgaben für die aufgenommenen Neukredite und die übernommenen Schulden aus ihren Berechnungen aus, da sie das Beitrittsgebiet nicht effektiv begünstigen würden.⁷⁵

Insgesamt betrachtet grenzt das Institut für Weltwirtschaft den Bruttofinanztransferbegriff also deutlich weiter ab als die Deutsche Bundesbank und die anderen Institutionen. Deshalb liegt der für den Zeitraum 1991-1996 berechnete kumulierte West-Ost-Bruttofinanztransfer in der Bruttofinanztransferrechnung des Instituts für Weltwirtschaft zwangsläufig höher als in der Bruttofinanztransferrechnung der Deutschen Bundesbank und der anderen Institutionen. Ein Vergleich der Berechnungsmethoden der verschiedenen Institutionen zeigt, dass die Methodik des Instituts für Weltwirtschaft dem Ziel einer möglichst umfassenden Definition der West-Ost-Bruttofinanztransfers am nächsten kommt. Deshalb gibt der berechnete kumulierte West-Ost-Bruttofinanztransfer in Höhe von ca. 1.224 Mrd. DM für den Zeitraum 1991 bis 1996 den tatsächlichen kumulierten West-Ost-Bruttofinanztransfer dieses Zeitraums zumindest näherungsweise an. Dieser Aspekt wird im Rahmen der interregionalen Verteilungsanalyse in Kapitel 4 nochmals aufgegriffen.

⁷⁴ Vgl. Boss, A. (1998), S. 17 und Deutsche Bundesbank (4/1998), S. 52.

⁷⁵ Vgl. Deutsche Bundesbank (10/1996), S. 26 und Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 11 ff, 19 und S. 23.

3. Kennzeichnung und statistische Erfassung der öffentlichen innerdeutschen Nettofinanztransferströme seit der deutschen Vereinigung

3.1 Kennzeichnung des „Eigenbeitrags“ Ostdeutschlands zur Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers

Bei der Kennzeichnung und statistischen Erfassung der öffentlichen innerdeutschen Bruttofinanztransferströme seit der deutschen Vereinigung in Kapitel 2 wurde noch nicht berücksichtigt, dass Ostdeutschland einen „Eigenbeitrag“ zur Finanzierung der kumulierten West-Ost-Bruttofinanztransfers leistete. Deshalb lag das im Zeitraum 1990 bis 1997 netto nach Ostdeutschland geleistete Finanztransfervolumen deutlich unter dem Volumen der West-Ost-Bruttofinanztransfers. Dieser „Eigenbeitrag“ resultierte daraus, dass die ehemaligen westdeutschen Gebietskörperschaften und die westdeutschen Sozialversicherungsträger als Folge des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik, des ordnungspolitischen Systemwechsels der ehemaligen DDR und der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers quasi automatisch - ohne die Notwendigkeit diskretionärer Änderungen staatlicher Einnahmen- und Ausgabenparameter - „vereinigungsbedingte“ Mehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ erzielten. Dazu zählen die eingesparten „teilungsbedingten“ Ausgaben und Steuermindereinnahmen im alten Bundesgebiet, die Steuer- und Verwaltungseinnahmen des Bundes in Ostdeutschland und die Steuermehreinnahmen, Beitragsmehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ aus dem vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet.⁷⁶

3.1.1 Eingesparte „teilungsbedingte“ Lasten im alten Bundesgebiet

Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Einigungsvertrages beschloss die Bundesregierung den Abbau der bestehenden „teilungsbedingten“ Ausgaben und Steuervergünstigungen bis zum Ende des Jahres 1994, da eine Kompensation der finanziellen und persönlichen Nachteile der privaten Haushalte und Unternehmen in Berlin und im Zonenrandgebiet aus der Teilung Deutschlands nach dem Wegfall der innerdeutschen Grenze nicht mehr notwendig war.⁷⁷ Bei den „teilungsbedingten“ Ausgaben handelte es sich u.a. um die Ausgaben für die Transitzuschüsse, den Häftlingsfreikauf, die Besuchereinreisegebühren, das Begrüßungsgeld bei Besuchen von DDR-Bürgern im alten Bundesgebiet, den im Dezember 1989 errichteten Reisedevisenfonds, die Straßenbenutzungsgebühren, die Leistungen an Übersiedler, die Bewachung der innerdeutschen Grenze, die Familienzusammenführung und die

⁷⁶ Vgl. Fuest, W./Kroker, R. (1993), S. 11 ff. und Postlep, R.D. (1992), S. 39 ff.

⁷⁷ Vgl. Meinhardt, V. u.a. (1995), S. 84 f. und Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1992), S. 35 und S. 105 ff.

Zonenrand- und Berlinförderung. Bei den „teilungsbedingten“ Steuermindereinnahmen handelte es sich v.a. um Steuervergünstigungen bei der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer zur Förderung der Investitionen und der Arbeitnehmer in Berlin und im Zonenrandgebiet (z.B. Tarifiermäßigungen, Sonderabschreibungen, Investitionszulagen und die Umsatzsteuerpräferenz).⁷⁸ Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sparten der Bund und die westdeutschen Bundesländer und Gemeinden bis Ende 1994 insgesamt ca. 10 Mrd. DM ein.⁷⁹

3.1.2 Steuer- und Verwaltungseinnahmen des Bundes in Ostdeutschland

Mit der Unterzeichnung des Staats- und Einigungsvertrages wurden die westdeutsche Finanzverfassung und das westdeutsche Steuersystem auf Ostdeutschland übertragen. Dadurch weitete sich die hoheitliche Einnahmenkompetenz des Bundes auf die neuen Bundesländer aus.⁸⁰ Davon profitierte der Bundeshaushalt unmittelbar durch Steuereinnahmen aus der Erhebung der Bundessteuern in Ostdeutschland, durch anteilige Steuereinnahmen aus dem Steuerverbund mit den ostdeutschen Bundesländern und Gemeinden bei den Gemeinschaftssteuern (Einkommen- und Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer) und durch Mehreinnahmen aus Privatisierungserlösen, aus Mieten und Pachten und aus der Verwaltungstätigkeit in Ostdeutschland.⁸¹

Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank betrugen die Steuer- und Verwaltungseinnahmen des Bundes in Ostdeutschland im Zeitraum 1991 bis 1997 ca. 291 Mrd. DM. Nach Schätzungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle betrugen sie im gleichen Zeitraum zusammen sogar ca. 302 Mrd. DM. Dagegen ergaben die Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft für den Zeitraum 1991 bis 1996 nur einen Betrag ca. 198,8 Mrd. DM.⁸² Da die in Ostdeutschland agierenden westdeutschen Unternehmen die dem Beitrittsgebiet zuzurechnenden Steuern z.T. auch im alten Bundesgebiet abführten, waren die Steuereinnahmen des Bundes in Ostdeutschland tatsächlich noch höher.⁸³

⁷⁸ Vgl. Fritzsche, B. u.a. (1991), S. 24 und Karl-Bräuer-Institut (1991), S. 39 ff.

⁷⁹ Vgl. Meinhardt, V. u.a. (1995), S. 86.

⁸⁰ Vgl. Deutsche Bundesbank (3/1993), S. 22 f.

⁸¹ Vgl. Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 13 f. und Postlep, R.-D. (1992), S. 40.

⁸² Vgl. Deutsche Bundesbank (4/1998), S. 53; Ragnitz, J. (2000), S. 17; Boss, A. (1998), S. 17.

⁸³ Vgl. Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 13 f.

3.1.3 Öffentliche Mehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ aus dem vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet

Schließlich leistete der vereinigungsbedingte reale Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet einen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers, da die ehemaligen westdeutschen Gebietskörperschaften wachstumsinduzierte Steuermehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ bei Sozialleistungen und die westdeutschen Sozialversicherungsträger wachstumsinduzierte Mehreinnahmen an Sozialversicherungsbeiträgen und „Ausgabeneinsparungen“ bei arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Leistungen erzielten.⁸⁴ Dadurch brachten die Bruttofinanztransferträger einen Teil ihrer Bruttofinanztransfers ohne die Zurückdrängung privater Ansprüche an das Sozialprodukt im alten Bundesgebiet auf.⁸⁵

(1) Erklärung des vereinigungsbedingten Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet

In der ehemaligen DDR war bereits unmittelbar nach der Maueröffnung am 9.11.1989 und verstärkt seit dem zweiten Halbjahr 1990 ein expansiver Nachfrageimpuls nach Gütern und Dienstleistungen zu beobachten. Dieser Nachfrageimpuls ging zum einen auf einen deutlichen Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen in Verbindung mit dem hohen konsumtiven Nachholbedarf der ostdeutschen Bürger zurück. Zum anderen induzierte die steigende private und öffentliche Investitionstätigkeit in Ostdeutschland einen expansiven Nachfrageimpuls nach Investitionsgütern. Nach der Maueröffnung erhielten die ostdeutschen Bürger bei Besuchen in Westdeutschland Einkommenstransfers, und zwar bis zum 31.12.1989 ein Begrüßungsgeld und zwischen dem 1.1.1990 und 30.6.1990 DM-Beträge aus dem „Reisendevisenfonds“. Nach dem Inkrafttreten des Vertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1.7.1990 nahmen die verfügbaren Einkommen der ostdeutschen privaten Haushalte deutlich zu. Dahinter stand v.a. die günstige Währungsumstellung, die rasche und deutliche Annäherung der ostdeutschen Tarifföhne und Altersrenten an das westdeutsche Niveau und das hohe Volumen der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers.⁸⁶

Bei der Währungsumstellung wurden die Geldbestände, Verbindlichkeiten und Bankguthaben der ostdeutschen Bürger und Betriebe in DDR-Mark zum Stichtag des 1.7.1990 zu einem Kurs von 2:1 auf DM umgestellt. Aufgrund sozial motivierter Sonderregelungen betrug

⁸⁴ Vgl. Schaden, B./Schreiber, C. (1997), S. 152 und Schulz, W./Gramer-Muck, S. (1994), S. 9 f. und S. 27.

⁸⁵ Vgl. Deutsche Bundesbank (4/1997), S. 37 f. und Leis, G. (1994), S. 21 und S. 112 f.

⁸⁶ Vgl. Ragnitz, J. (1995), S. 438 f. und Deutsche Bundesbank (10/1991), S. 16 ff.

der rechnerische Gesamt-Umstellungskurs allerdings nur 1,81:1. Dies implizierte eine deutliche Überbewertung der DDR-Mark gegenüber der DM. Insgesamt wurden 446,6 Mrd. DDR-Mark auf 246,0 Mrd. DM umgestellt. In der Abgrenzung der Geldmenge M3 betrugen die umgestellten Geldbestände der Nichtbanken in der ehemaligen DDR ca. 180 Mrd. DM bzw. 14,7% der westdeutschen Geldmenge M3. Dies entsprach einem Geldangebotsschock in Höhe von 4,5% der Geldmenge M3, da die ökonomisch angemessene potentialorientierte Anstiegsrate nur bei ca. 10% der westdeutschen Geldmenge M3 bzw. bei 120 Mrd. DM lag.⁸⁷ Die ostdeutschen Bürger verwendeten einen Teil der empfangenen DM-Beträge sofort für den Kauf von Konsumgütern und Dienstleistungen. Zugleich bauten sie zusätzliche Kassenbestände auf, da sie ihre alten Zahlungsgewohnheiten nur langsam änderten und ihre hohe Nachfrage nach Transaktionskasse nur langsam reduzierten. Daher trat zu dem temporären Geldangebotsschock ein temporärer Geldnachfrageschock hinzu. Dieser Liquiditätsüberhang dokumentierte sich in einem temporären Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge M3 und wurde in den Folgejahren noch zum Teil nachfragewirksam.⁸⁸

Dieser expansive Nachfrageimpuls in Ostdeutschland nach Konsum- und Investitionsgütern und Dienstleistungen war aufgrund der starken Qualitätsmängel der ostdeutschen Produkte und der geringen nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen in erster Linie ein Nachfrageimpuls nach westdeutschen und ausländischen Gütern und Dienstleistungen. Daher koppelte sich in Ostdeutschland die steigende Güter- und Dienstleistungsnachfrage von der rückläufigen Produktion ab.⁸⁹ Da der Nachfrageimpuls die westdeutsche Wirtschaft in einer Phase mit einem hohen Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und einer hohen privaten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen traf, richtete sich ein Teil der überschüssigen ostdeutschen Güternachfrage auch auf ausländische Produkte und Dienstleistungen. Dabei wurden die ausländischen Güter und Dienstleistungen entweder direkt importiert oder über westdeutsche Lieferanten indirekt aus dem Ausland bezogen („Durchleitungsimporte“). Dementsprechend verzeichnete das alte Bundesgebiet seit 1990 sowohl einen deutlichen Anstieg des Saldos im innerdeutschen Leistungsverkehr als auch einen deutlichen Anstieg der Importe aus dem Ausland.⁹⁰

⁸⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank (7/1991), S. 19; Bofinger, P. (1997), S. 207 ff. und S. 212 ff; Gawel, E. (1994), S. 163 f, 227 ff. und S. 239 f.

⁸⁸ Vgl. Gawel, E. (1994), S. 171 f. und Francke, H.-H./Nitsch, H. (1996), S. 48 ff. und S. 57 ff.

⁸⁹ Vgl. Ragnitz, J. (1995), S. 437 ff und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1991/1992), Ziffer 88, 95 und 110.

⁹⁰ Vgl. Leis, G. (1994), S. 121 ff. und Deutsche Bundesbank (7/1991), S. 27.

In Tabelle 7 wird deutlich, dass sich der expansive Nachfrageimpuls nach westdeutschen Gütern und Dienstleistungen im alten Bundesgebiet in den Jahren 1990 und 1991 in hohen Wachstumsraten des realen Bruttosozialproduktes, der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme, der realen Bruttoinvestitionen und der Zahl der Erwerbstätigen niederschlug. Des weiteren erreichte in diesen Jahren der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials einen hohen Wert von 98% und die Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials einen hohen Wert von 3%. Dies war auf die kräftige Belebung der privaten Sachkapitalbildung und auf den Zustrom von Arbeitskräften aus der ehemaligen DDR und Osteuropa in das alte Bundesgebiet zurückzuführen.⁹¹ Dennoch konnten die westdeutschen Unternehmen ihre gestiegene Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften nur teilweise befriedigen. Deshalb ging gleichzeitig zum Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen die westdeutsche Arbeitslosenquote in 1990 und 1991 nur moderat zurück.⁹²

Tabelle 7: Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland zwischen 1989 und 1994

	1989	1990	1991	1992	1993
Reales Bruttosozialprodukt (in Mrd. DM)*	2.411	2.544	2.668	2.702	2.635
Reales Bruttosozialprodukt (Veränderung in %)*	4,1	5,5	4,9	1,3	-2,5
Bruttolohn- und -gehaltssumme (in Mrd. DM)	993	1.070	1.155	1.229	1.242
Bruttolohn- und -gehaltssumme (Veränderung in %)	4,6	7,9	7,8	6,4	1,1
Reale Bruttoinvestitionen (in Mrd. DM)*	432	474	504	500	448
Reale Bruttoinvestitionen (Veränderung in %)*	6,6	9,7	6,1	-0,1	-10,4
Erwerbstätige Inländer (in 1000)	27.261	28.479	29.189	29.457	29.002
Zahl der Arbeitslosen (in Mill.)	2.038	1.883	1.689	1.808	2.270
Arbeitslosenquote (in %)**	7,9	7,2	6,3	6,6	8,2

* in Preisen von 1991

** = Zahl der Arbeitslosen in % der abhängigen Erwerbspersonen

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1999, Stuttgart/Mainz 2000, Tabelle 6.13.1; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Reihe 1.2 (Konten und Standardtabellen), Hauptbericht 1996 und 1994, Tabelle 3.1.1; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1997/1998), Tabelle 26*, 29*, 33* und 37*; eigene Berechnungen.

⁹¹ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1992/1993), Ziffer 131 und Issing, O. (1993), S. 2.

⁹² Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1991/1992), Ziffer 132-139.

Aufgrund der günstigen konjunkturellen Situation im alten Bundesgebiet zum Vereinigungszeitpunkt löste der expansive Nachfrageimpuls aus Ostdeutschland neben dem realen Wachstumsimpuls im zweiten Halbjahr 1990 eine Nachfragesoginflation aus. Diese mündete im Verlauf von 1991 in eine Lohnkostendruckinflation, da die nicht-produktivitätsorientierte Lohnpolitik der Gewerkschaften und die diversen Steuer- und Abgabenerhöhungen mit kosteninduzierten Steigerungen der Güterpreise verbunden waren.⁹³ Dieser Lohnkostenanstieg war einer der Hauptgründe für die bereits Ende 1991 einsetzende konjunkturelle Eintrübung und die seit Mitte 1992 zu beobachtende starke konjunkturelle Abschwächung bis hin zur Rezession im Jahr 1993. Daneben wirkten sich die niedrige ausländische Güternachfrage, die nachlassende ostdeutsche Güternachfrage, die nachfragedämpfenden Effekte der Steuer- und Abgabenerhöhungen, die investitionsdämpfenden Effekte der hohen Kapitalmarktzinsen und die DM-Aufwertung im EWS konjunkturdämpfend aus. Daraufhin gingen die Wachstumsrate des realen Bruttosozialproduktes auf 1,3% in 1992 und auf -2,5% in 1993 und die Wachstumsrate der realen Bruttoinvestitionen der Unternehmen auf einem negativen Wert von -0,1% in 1992 und von -10,4% in 1993 zurück. Zugleich stieg die Zahl der Arbeitslosen in 1993 auf ca. 2,3 Millionen an, während die Zahl der Erwerbstätigen auf ca. 29 Millionen sank (vgl. Tabelle 7).⁹⁴ Dadurch verringerte sich der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials in 1993 auf 94,3%. Darauf reagierten die westdeutschen Unternehmen mit starker Zurückhaltung bei ihren realen Ausrüstungsinvestitionen.⁹⁵ In den folgenden Jahren war die Kausalität zwischen dem realen Wirtschaftswachstum in Westdeutschland und dem vereinigungsbedingten expansiven Nachfrageimpuls nach westdeutschen Gütern und Dienstleistungen nur noch sehr gering. Deshalb beschränkt sich der Untersuchungszeitraum im Folgenden auf die Jahre 1990 bis 1993.

(2) Statistische Erfassung des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet

Bei der statistischen Erfassung des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet besteht das Problem, dass das reale Wirtschaftswachstum in Westdeutschland seit der deutschen Vereinigung nicht ausschließlich „vereinigungsbedingt“ war,

⁹³ Vgl. Tullio, G. u.a. (1996), S. 15 ff. und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1992/1993), Ziffer 95-97.

⁹⁴ Vgl. Ragnitz, J. (1995), S. 439 f. und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1992/1993), Ziffer 119-121, 130-133 und 136.

⁹⁵ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1992/1993), Ziffer 77-80 und (Jahresgutachten 1993/1994), Ziffer 45 und 88-104.

und dass das vereinigungsbedingte und vereinigungsunabhängige reale Wirtschaftswachstum mit fortschreitender wirtschaftlicher Integration von West- und Ostdeutschland statistisch immer schlechter voneinander getrennt werden können. Deshalb beschränkt sich die statistische Analyse ebenfalls auf die Jahre 1990 bis 1993.

In Tabelle 8 wurde der vereinigungsbedingte reale Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet näherungsweise mit Hilfe der realen „West-Ost-Exportüberschüsse“ zwischen 1990 und 1993 berechnet. Eine exakte Berechnung war nicht möglich, weil die VGR die westdeutschen „Durchleistungsimporte“ zugleich als westdeutsche Importe aus dem Ausland und als westdeutsche Exporte nach Ostdeutschland erfasst. Deshalb überzeichnet der in Tabelle 8 ausgewiesene unbereinigte jährliche „West-Ost-Exportüberschuss“ den jährlichen effektiven Nachfrageimpuls aus Ostdeutschland nach westdeutschen Gütern und Dienstleistungen und den darauf zurückgehenden jährlichen realen Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet. In Tabelle 8 wurde der jährliche „West-Ost-Exportüberschuss“ um eine fiktive jährliche Durchleistungsquote (= Anteil der Durchleistungsimporte an den westdeutschen Importen) von 35% bereinigt. Außerdem muss man sich bei der statistischen Erfassung der westdeutschen „Exportüberschüsse“ gegenüber Ostdeutschland mit Schätzwerten begnügen, da die VGR den westdeutschen Leistungsverkehr nach Ostdeutschland und die Direktkäufe ostdeutscher Bürger in Westdeutschland teilweise nicht erfasst. Außerdem wird eine getrennte statistische Erfassung des innerdeutschen Leistungsverkehrs mit fortschreitender Integration der beiden Wirtschaftsräume immer schwieriger. Zum dritten enthalten die berechneten Schätzwerte für den vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls nicht die expansiven Multiplikator- und Akzeleratorwirkungen aus dem effektiven Nachfrageimpuls im alten Bundesgebiet, da sie in dem jährlichen realen „West-Ost-Exportüberschuss“ noch nicht enthalten sind.⁹⁶

Im Zeitraum 1989-1991 expandierte der bereinigte jährliche „West-Ost-Exportüberschuss“ (in Preisen von 1985) zunächst von 6 Mrd. DM auf 100 Mrd. DM. Danach ging der jährliche Anstieg wieder deutlich zurück, da der einkommensinduzierte Anstieg der ostdeutschen Konsumnachfrage allmählich nachließ und die ostdeutschen Unternehmen ihre zunächst geringe Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den westdeutschen Unternehmen allmählich verbesserten. Insgesamt betrug der kumulierte bereinigte „West-Ost-Exportüberschuss“ im Zeitraum 1990 bis 1993 379 Mrd. DM.⁹⁷ Zur Ermittlung des prozentualen realen Wachstumsbeitrags der realen „West-Ost-Exportüberschüsse“ pro Jahr wurde die jährliche Veränderung des bereinigten realen „West-Ost-Exportüberschusses“ durch das reale Bruttosozialprodukt des Vor-

⁹⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank (10/1991), S. 18 und Leis, G. (1994), S. 121 ff.

⁹⁷ Vgl. Leis, G. (1994), S. 116 ff. und Ragnitz, J. (1995), S. 441.

jahres dividiert. Dieser Quotient gibt seinen prozentualen realen Wachstumsbeitrag pro Jahr an und stellt eine Näherungsgröße für den vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls pro Jahr dar. Nach dieser Methode ergibt sich für 1990 ein vereinigungsbedingter realer Wachstumsimpuls von ca. 1,8% und für 1991 von ca. 2,7%. In 1992 und in 1993 war er mit 0,5% bzw. 0,4% deutlich niedriger, da die Wachstumsrate der „West-Ost-Exporte“ in diesen Jahren deutlich zurückging.

Tabelle 8: Statistische Erfassung des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses und der wachstumsinduzierten Steuer- und Sozialbeitragsmehreinnahmen im alten Bundesgebiet zwischen 1990 und 1993

	1989	1990	1991	1992	1993
Reales Bruttosozialprodukt (in Mrd. DM)*	2.050	2.150	2.227	2.246	2.226
Reales Bruttosozialprodukt (Veränderung in %)*	4,0	4,9	3,6	0,9	-0,9
Nominales Bruttosozialprodukt (in Mrd. DM)	2.249	2.449	2.668	2.821	2.836
Nominales Bruttosozialprodukt (Veränderung in %)	6,7	8,9	8,9	5,7	0,5
West-Ost-Exportüberschuss (in Mrd. DM) (unbereinigt)*	9	65	154	171	185
West-Ost-Exportüberschuss (Veränderung in Mrd. DM) (unbereinigt)*	k.A.	56	89	17	14
West-Ost-Exportüberschuss (in Mrd. DM) (bereinigt)*	6	42	100	111	120
West-Ost-Exportüberschuss (Veränderung in Mrd. DM) (bereinigt)*	k.A.	36	58	11	9
Vereinigungsbedingter realer Wachstumsimpuls (in %)*	-	1,8	2,7	0,5	0,4
Steueraufkommen nach VGR (in Mrd. DM)	560	573	654	707	716
Steuer- und Sozialbeitragsaufkommen nach VGR (in Mrd. DM)	943	983	1103	1189	1223
Steuereinnahmen aus dem nominalen Sozialproduktswachstum (in Mrd. DM)	-	54,8	56,1	41,1	3,9
Steuereinnahmen aus dem vereinigungsbedingten realen Sozialproduktswachstum (in Mrd. DM)	-	11,1	17,0	3,6	3,1
Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen aus dem nominalen Sozialproduktswachstum (in Mrd. DM)	-	75,5	78,7	56,6	5,3
Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen aus dem vereinigungsbedingten realen Sozialproduktswachstum (in Mrd. DM)	-	15,3	23,9	5,0	4,2

* in Preisen von 1985

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.1 und 1.2 (Konten und Standardtabellen), Vorbericht und Hauptbericht 1992, Tabelle 3.1.1; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1997/1998), Tabelle 39*; eigene Berechnungen.

Diese Schätzergebnisse zur Höhe des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet decken sich mit den Simulationsergebnissen anderer empirischer Studien. In diesen wurde der vereinigungsbedingte reale Wachstumsimpuls mit Hilfe eines hypothetischen Referenzszenarios ohne die Deutsche Einheit geschätzt. Dieses Szenario simuliert durch eine getrennte Fortschreibung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland die Entwicklung der Wachstumsrate des realen Bruttosozialproduktes im alten Bundesgebiet ohne die Deutsche Einheit und ihre finanzpolitischen Konsequenzen. Durch einen Vergleich der Simulationsergebnisse mit der tatsächlichen Entwicklung wurde dann der vereinigungsbedingte Anstieg des westdeutschen realen Bruttosozialproduktes berechnet.⁹⁸

(3) Statistische Erfassung der wachstumsinduzierten öffentlichen Mehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ in Westdeutschland

Die öffentlichen Haushalte im alten Bundesgebiet profitierten von dem vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls durch Steuer- und Sozialbeitragsmehreinnahmen und durch „Ausgabeneinsparungen“ bei Sozialleistungen. So führten die steigenden westdeutschen „Güterexporte“ nach Ostdeutschland direkt zu Steuermehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer und bei den speziellen Verbrauchsteuern. Außerdem induzierte der konjunkturbedingte Anstieg der Erwerbstätigenzahl und der Bruttoerwerbs- und Bruttovermögens Einkommen der privaten Haushalte Steuermehreinnahmen bei der Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbebeertragsteuer.⁹⁹ Der weiteren erzielten die Gebietskörperschaften „Ausgabeneinsparungen“ bei Sozialleistungen an Arbeitslose (z.B. bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe) und bei indirekt mit Arbeitslosigkeit verbundenen Sozialleistungen (z.B. beim Wohngeld), da die Zahl der Leistungsempfänger konjunkturbedingt zurückging.¹⁰⁰

Darüber hinaus erzielten die westdeutschen Sozialversicherungsträger höhere Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen, da die Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme als Bemessungsgrundlage der Sozialbeiträge und die Zahl der versicherten Erwerbstätigen konjunkturbedingt expandierten. Außerdem verringerten sich für die Bundesanstalt für Arbeit-West als Folge der rückläufigen Arbeitslosigkeit automatisch die Ausgaben für Leistungen an Arbeits-

⁹⁸ Vgl. Müller, G. (2000), S. 51 ff; DIW (Wochenbericht Nr. 32/1991), S. 448 ff; Deutsche Bundesbank (10/1996), S. 29.

⁹⁹ Vgl. Deutsche Bundesbank (4/1997), S. 37 ff. und Deutsche Bundesbank (3/1993), S. 22, 24 und S. 28 f.

¹⁰⁰ Vgl. Stein, P. (1994), S. 114 f. und Deutsche Bundesbank (4/1996), S. 38 ff.

lose (z.B. für Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld). Schließlich profitierte die Gesetzliche Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten von dem Rückgang der Arbeitslosigkeit, da die Zahl der Anträge älterer arbeitsloser Arbeitnehmer auf Frühverrentung zurückging.¹⁰¹

Aufgrund des lückenhaften statistischen Datenmaterials verzichtet diese Studie auf eine rechnerische Erfassung der wachstumsinduzierten „Ausgabeneinsparungen“ der westdeutschen Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger bei arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Leistungen. Bei der rechnerischen Erfassung der wachstumsinduzierten Steuer- und Sozialbeitragsmehreinnahmen wird die Aufkommenselastizität des Steuer- und Sozialabgabensystems als Hilfsgröße herangezogen. Diese gibt die relative Veränderung des gesamten Steuer- und Sozialbeitragsaufkommens bei einer 1%igen Veränderung des nominalen Sozialproduktes an. Die Aufkommenselastizität des Steuersystems wird als ein gewichteter Durchschnitt aus den Aufkommenselastizitäten der Einzelsteuern mit dem prozentualen Anteil der Einzelsteuern am Gesamtsteueraufkommen als Gewicht ermittelt.^{102 103}

Nach empirischen Schätzungen liegt die Aufkommenselastizität des deutschen Steuersystems zwischen 0,95 und 1,1 und die Aufkommenselastizität des deutschen Steuer- und Sozialabgabensystems bei ca. 0,9. Diese Schätzwerte spiegeln die relativ hohe Aufkommenselastizität der Einkommensteuer von ca. 1,26, die relativ niedrige Aufkommenselastizität der indirekten Steuern von ca. 0,7 und die Aufkommenselastizität der Sozialbeiträge von ca. 0,8 wider.¹⁰⁴ Bei der Ermittlung dieser Schätzwerte wurde das jährliche Steueraufkommen der Einzelsteuern allerdings ausschließlich um die kassenmäßigen Auswirkungen der rechtlichen Änderungen beim Steuertarif bereinigt. Diese Bereinigungsmethode ist allerdings in statistischer Hinsicht unbefriedigend, da die kassenmäßigen Auswirkungen der rechtlichen Änderungen bei der Bemessungsgrundlage der Einzelsteuern nicht berücksichtigt werden.¹⁰⁵

Dennoch sollen mit Hilfe dieser Schätzwerte die jährlichen Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen aus dem vereinigungsbedingten nominalen Sozialproduktswachstum in West-

¹⁰¹ Vgl. Deutsche Bundesbank (4/1995), S. 36 ff. und Deutsche Bundesbank (4/1997), S. 37 f.

¹⁰² Vgl. Deutsche Bundesbank (4/1997), S. 39 und Körner, J. (1987), S. 98.

¹⁰³ Die Aufkommenselastizität einer Einzelsteuer hängt vom Progressionsgrad des Steuertarifs und von der Besteuerungsmengenelastizität in Bezug auf das nominale Sozialprodukt ab. Vgl. dazu Hahn, G. (1977), S. 51 ff.

¹⁰⁴ Vgl. DIW (Wochenbericht Nr. 38/2000), S. 616 f; Körner, J. (1987), S. 84 ff; IFO-Institut (1999), S. 17; Deutsche Bundesbank (4/1997), S. 39.

¹⁰⁵ Vgl. Körner, J. (1987), S. 35 f. und IFO-Institut (1999), S. 16 f.

deutschland zwischen 1990 und 1993 näherungsweise berechnet werden. Diese lassen sich einerseits auf das jährliche vereinigungsbedingte und vereinigungsunabhängige reale Sozialproduktswachstum und andererseits auf das jährliche inflationsinduzierte Sozialproduktswachstum zurückführen. Nach Tabelle 8 betrugen im Zeitraum 1990 bis 1993 die Steuermehreinnahmen aus dem vereinigungsbedingten realen Sozialproduktswachstum 34,8 Mrd. DM und die Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen aus dem vereinigungsbedingten realen Sozialproduktswachstum 48,4 Mrd. DM. Diese Beträge sind jedoch nur grobe Schätzwerte, da der unbereinigte jährliche „West-Ost-Exportüberschusses“ und die tatsächliche „Durchleitungsquote“ nicht exakt bekannt sind. Außerdem enthält der unbereinigte „West-Ost-Exportüberschuss“ nicht die expansiven Multiplikator- und Akzeleratorwirkungen aus dem effektiven Nachfrageimpuls im alten Bundesgebiet. Schließlich dürfen die wachstumsinduzierten Steuer- und Sozialbeitragsmehreinnahmen nicht auf der Grundlage gegebener Werte für die Aufkommenselastizität des Steuer- und Sozialabgabensystems berechnet werden, wenn sich ihr Wert im Zuge des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses zwischen 1990 und 1994 veränderte. Dies ist aber gerade plausibel, weil sich mit dem Preisniveau i.d.R. auch die relativen Güterpreise und damit die Aufkommenselastizitäten der Einzelsteuern verändern. Außerdem können inflationsinduzierte Einkommensverteilungswirkungen das relative Gewicht der Einzelsteuern am Gesamtsteueraufkommen verändern.¹⁰⁶

3.2 Statistische Erfassung des Gesamtvolumens der öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers durch verschiedene Institutionen

Bei den institutionellen Berechnungen zur Höhe und zum zeitlichen Verlaufprofil der jährlichen öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers im Zeitraum 1991 bis 1997 sind die Berechnungsergebnisse ebenfalls sehr unterschiedlich (vgl. Tabelle 9). Dies liegt neben der uneinheitlichen Definition und Abgrenzung des Bruttofinanztransferbegriffs daran, dass die verschiedenen Institutionen die vereinigungsbedingten Mehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ der öffentlichen Haushalte im alten Bundesgebiet unterschiedlich weit abgrenzen und daher unterschiedlich hoch schätzen. Außerdem werden die eingesparten „teilungsbedingten“ Lasten und die öffentlichen Mehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ aus dem vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet unterschiedlich hoch veranschlagt.¹⁰⁷

¹⁰⁶ Vgl. Rajan, R.R./Asher, M.G. (1997), S. 75 und Hahn, G. (1977), S. 67 ff. und S. 78 ff.

¹⁰⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank (10/1996), S. 22 ff. und Fuest, W./Kroker, R. (1993), S. 10 ff.

Nach der Nettofinanztransferrechnung der Deutschen Bundesbank bzw. des Bundesfinanzministeriums wurden zwischen 1991 und 1997 pro Jahr netto im Durchschnitt ca. 127 Mrd. DM und insgesamt ca. 890 Mrd. DM nach Ostdeutschland transferiert. Diese Nettofinanztransferbeträge liegen z.T. deutlich unter den berechneten Nettofinanztransferbeträgen der anderen Institutionen, da die Bundesbank zum einen den Bruttofinanztransferbegriff relativ eng abgrenzt und zum zweiten die kumulierten Steuer- und Verwaltungseinnahmen des Bundes in Ostdeutschland mit einem relativ hohen Schätzwert veranschlagt.¹⁰⁸

In der Nettofinanztransferrechnung des Instituts für Weltwirtschaft liegen die jährlichen Nettofinanztransferbeträge und der kumulierte West-Ost-Nettofinanztransfer zwischen 1991 und 1996 mit 1.026 Mrd. DM eindeutig am höchsten. Dies ergibt einen Durchschnittswert von ca. 171 Mrd. DM pro Jahr. Dieser höhere Durchschnittswert ist erstens auf die umfassende Definition und die weite Abgrenzung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers zurückzuführen. Im Vergleich zur Nettofinanztransferrechnung der Deutschen Bundesbank wurden zweitens die kumulierten Steuer- und Verwaltungseinnahmen des Bundes in Ostdeutschland zwischen 1991 und 1996 mit einem Betrag von ca. 198,8 Mrd. DM deutlich niedriger geschätzt als von der Bundesbank (mit einem Betrag von ca. 247 Mrd. DM für den gleichen Zeitraum). Dementsprechend berechnet die Bundesbank für den Zeitraum 1991 bis 1996 „nur“ einen kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfer in Höhe von ca. 754 Mrd. DM.¹⁰⁹

Tabelle 9: Berechnungen verschiedener Institutionen zur Höhe der öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers zwischen 1991 und 1997 (in Mrd. DM)

Institution	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Σ
Deutsche Bundesbank/Bundesfinanzministerium	106	114	128	126	140	140	136	890
Institut für Wirtschaftsforschung Halle	110	133	150	149	140	140	136	958
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	106	131	136	131	161	k.A.	k.A.	665
Institut für Weltwirtschaft	130	253	199	164	139	141	k.A.	1026

Quelle: Deutsche Bundesbank (4/1998), S. 53; Ragnitz, J. (2000), S. 17; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1995/1996), Tabelle 40; Boss, A. (1998), S. 17.

¹⁰⁸ Vgl. Deutsche Bundesbank (4/1998), S. 53.

¹⁰⁹ Vgl. Boss, A. (1998), S. 17 und Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 14 und S. 19.

4. Diskussion um die Relevanz der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme für die interregionale Einkommensverteilung zwischen West- und Ostdeutschland

Bei einer interregionalen Verteilungsanalyse der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme seit der deutschen Vereinigung muss zunächst ein geeigneter Indikator für die Messung der interregionalen Einkommensumverteilung von West- nach Ostdeutschland gefunden werden. Nach den Ausführungen in Abschnitt 3.1 bilden die umfassend definierten kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers eine geeignete Messgröße für das Ausmaß der interregionalen Einkommensübertragung von West- nach Ostdeutschland. Diese geben den nach Ostdeutschland transferierten Teil des westdeutschen Volkseinkommens an, da die interregionalen Finanzmittelzahlungen nach Ostdeutschland, die Einnahmenverzichte zu Gunsten Ostdeutschlands und die interregionalen Vermögensübertragungen nach Ostdeutschland durch die Übernahme von öffentlichen und privaten Schulden aus der ehemaligen DDR durch öffentliche Haushalte im alten Bundesgebiet jeweils mit einer effektiven Netobegünstigung des Beitrittsgebietes verbunden waren. In einem Referenzszenario ohne die deutsche Einheit hätte dieser Teil des westdeutschen Volkseinkommens nicht nach Ostdeutschland transferiert werden müssen und damit für eine Verwendung im alten Bundesgebiet zur Verfügung gestanden bzw. überhaupt nicht aufgebracht werden müssen. Daher hätten die westdeutschen privaten Haushalte und Unternehmen ohne die deutsche Einheit höhere Ansprüche an das aktuelle und zukünftig erwirtschaftete Sozialprodukt stellen können.

In der Literatur werden im Hinblick auf ihre Rechtsgrundlage „echte“ und „unechte“ West-Ost-Nettofinanztransfers voneinander abgegrenzt. Nach Ansicht einiger Autoren besitzen die „unechten“ West-Ost-Nettofinanztransfers keinen interregionalen Transfercharakter, da sie unmittelbar auf der Übertragung der grundgesetzlich verankerten Aufgabenkompetenz des Bundes und auf der Übertragung des westdeutschen Sozialversicherungsrechts auf das Beitrittsgebiet beruhen. Demnach resultieren sie lediglich aus der Vergrößerung des Bundesgebietes und aus der Anwendung bundeseinheitlicher Regelungen in Ostdeutschland nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Im engeren Sinne bezeichnen diese Autoren nur diejenigen West-Ost-Nettofinanztransfers als „echt“, die nicht (allein) auf bereits gültigem Recht in der alten Bundesrepublik beruhten, sondern auf Sonderregelungen zu Gunsten des Beitrittsgebietes bei der Anwendung von westdeutschen Recht zurückzuführen sind.¹¹⁰

¹¹⁰

Vgl. Ragnitz, J. (2000), S. 18 f. und S. 25 ff. und Kroker, R./Lichtblau, K. (2000), S. 46 ff.

Demgegenüber werden im Rahmen der interregionalen Verteilungsanalyse dieser Studie die gesamten öffentlichen Nettoleistungen von West- nach Ostdeutschland seit der deutschen Vereinigung als West-Ost-Nettofinanztransfers erfasst, weil die „vereinigungsbedingten“ Bruttomehrausgaben und Bruttomindereinnahmen des Bundes und der westdeutschen Sozialversicherung für die „unechten“ West-Ost-Nettofinanztransfers in einem Szenario ohne die deutsche Einheit definitiv nicht angefallen wären. Daher stellen sie einen Teil des westdeutschen Volkseinkommens dar, der den ostdeutschen Haushalten und Unternehmen in Form höherer Faktor- und Transfereinkommen effektiv zugute kam und in einem Szenario ohne die deutsche Einheit im alten Bundesgebiet hätte verwendet werden können.

Es stellt sich nun die Frage, ob die umfassend definierten kumulierten („echten und unechten“) West-Ost-Nettofinanztransfers das Ausmaß der interregionalen Einkommensumverteilung von Westdeutschland nach Ostdeutschland tatsächlich exakt wiedergeben. Diese Frage muss allein schon deshalb verneint werden, weil in den umfassend definierten West-Ost-Nettofinanztransfers die Zinszahlungen der öffentlichen Bruttofinanztransferträger für die vereinigungsbedingte Verschuldung überhaupt nicht enthalten sind. Bei der Erfassung der West-Ost-Bruttofinanztransfers in Abschnitt 2.3 wurden sie nämlich als „vereinigungsbedingte Budgetmehrbelastungen ohne Transfercharakter“ bezeichnet, obwohl ein Teil der öffentlichen Zinsausgaben letztlich doch einen interregionalen Bruttofinanztransfercharakter hatte. Dies gilt für die öffentlichen Zinsausgaben für die ursprünglich in der ehemaligen DDR eingegangenen und nach der deutschen Vereinigung in den öffentlichen Gesamthaushalt der Bundesrepublik Deutschland integrierten öffentlichen und privaten Schuldverhältnisse (z.B. Altschulden der Treuhandunternehmen, Altschulden des DDR-Haushalts und Altschulden der volkseigenen Betriebe der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR). Da die ostdeutschen Unternehmen direkt Zinsausgaben einsparen und die ostdeutschen Bundesländer und Gemeinden die eingesparten Zinsausgaben für eine vermehrte Bereitstellung öffentlicher Leistungen im Beitrittsgebiet verwenden konnten, profitierten die ostdeutsche Wirtschaft und die ostdeutsche Bevölkerung zumindest von einem Teil der öffentlichen Zinsausgaben für die vereinigungsbedingte Verschuldung. Dieser Teil muss in einer korrekten interregionalen Verteilungsanalyse eigentlich berücksichtigt werden.

Darüber hinaus enthalten die umfassend definierten West-Ost-Nettofinanztransfers größtenteils nicht die nach Ostdeutschland geleisteten nicht-monetären Realtransfers des Bundes, da sie bei der Erfassung der West-Ost-Bruttofinanztransfers in Kapitel 2 lediglich teilweise berücksichtigt wurden. Die West-Ost-Realtransfers des Bundes resultierten daraus, dass der Bund mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und mit der Übertragung der bundesdeutschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialverfassung auf das Beitrittsgebiet unmittelbar „öffentliche Güter“ (z.B. Infrastrukturleistungen) in Ostdeutschland anbieten musste, da

sich das Bundesgebiet auf die neuen Bundesländer ausgeweitet hatte. Daher fielen im Bundeshaushalt vereinigungsbedingte Bruttomehrausgaben für die Erstellung und für das Angebot „öffentlicher Güter“ in Ostdeutschland an (z.B. Mehrausgaben für die Bundesverwaltung oder Mehrausgaben für die innere und äußere Sicherheit). Diese Bruttomehrausgaben schlugen sich in den öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers nicht oder nur teilweise nieder, obwohl die ostdeutschen privaten Haushalte und Unternehmen vom dem bundesstaatlichen Angebot „öffentlicher Güter“ profitierten. Deshalb müssen sie in einer korrekten interregionalen Verteilungsanalyse vollständig berücksichtigt werden.¹¹¹

Schließlich resultierte aus der Privatisierung des Volksvermögens der ehemaligen DDR auf der Grundlage des Restitutionsprinzips und aus der Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt ein Vermögenstransfer von Ostdeutschland nach Westdeutschland. Er muss bei einer Nettobetrachtung den West-Ost-Bruttofinanztransfers gegengerechnet werden. Dies war bei der Erfassung der umfassend definierten kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers in Abschnitt 3.1 aber nur teilweise der Fall. So wurden die seit der deutschen Vereinigung in Bundes Eigentum übergegangenen Vermögenswerte der ehemaligen DDR überhaupt nicht erfasst. Dazu zählten z.B. das gesamte Auslandsvermögen und der Großteil des Finanz- und Verwaltungsvermögens (Sondervermögen von Bahn und Post, Liegenschaften, Gebäude und Ausrüstungen der Staatsorgane). Außerdem übernahmen die westdeutschen Kreditinstitute das Vermögen des Banken- und Versicherungssystems der ehemaligen DDR. Des weiteren resultierte aus der Rückgabe der in der ehemaligen DDR enteigneten Vermögenswerte an die früheren Eigentümer in Westdeutschland ein direkter Ost-West-Vermögenstransfer. Schließlich stellten die finanziellen Vergünstigungen der westdeutschen Investoren bei der Privatisierung der Treuhandunternehmen einen Ost-West-Vermögenstransfer dar. Er hätte bei der Erfassung der kumulierten West-Ost-Bruttofinanztransfers der Treuhandanstalt vollständig abgezogen werden müssen, da sich die finanziellen Vergünstigungen über geringere Privatisierungserlöse in einer höheren Nettoneuverschuldung der Treuhandanstalt niederschlugen, obwohl sie effektiv eindeutig das alte Bundesgebiet begünstigten.¹¹²

Insgesamt betrachtet eignen sich die umfassend definierten kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers noch immer nur bedingt zur Messung der tatsächlichen interregionalen Einkommensumverteilungswirkungen der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme zwischen West- und Ostdeutschland. Dies gilt noch viel mehr für die institutionellen Berech-

¹¹¹ Vgl. Deutsche Bundesbank (10/1996), S. 28 ff. und Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 16 f.

¹¹² Vgl. Zerche, J. (1996), S. 130, 138 und S. 143; Thimann, C. (1996), S. 23 f, 143 ff. und S. 148; Busch, U. (2000), S. 165 f, 181 f. und S. 185 ff.

nungen zur Höhe der kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers, da die ihnen zugrundeliegenden offiziellen Finanztransferstatistiken weder die West-Ost-Bruttofinanztransfers noch die „vereinigungsbedingten“ Mehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ der öffentlichen Haushalte im alten Bundesgebiet in ihrer korrekten Höhe erfassen. Daher sind die berechneten kumulierten Nettofinanztransferbeträge ein wenig exakter Indikator für die tatsächliche interregionale Einkommensumverteilung von Westdeutschland nach Ostdeutschland. Dennoch bilden sie zumindest einen geeigneten Ausgangspunkt für die Erfassung der interregionalen Einkommensumverteilungswirkungen.

Bei der Abgrenzung des Bruttofinanztransferbegriffs kommt die Methodik des Instituts für Weltwirtschaft dem Ideal einer umfassenden Definition der West-Ost-Bruttofinanztransfers am nächsten. Deshalb gibt der berechnete kumulierte West-Ost-Bruttofinanztransfer in Höhe von ca. 1.224 Mrd. DM für den Zeitraum 1991 bis 1996 den umfassend definierten kumulierten West-Ost-Bruttofinanztransfer dieses Zeitraums zumindest näherungsweise an. Dagegen stellt der berechnete kumulierte West-Ost-Nettofinanztransfer in Höhe von ca. 1.026 Mrd. DM nur eine grobe Obergrenze für den tatsächlichen West-Ost-Nettofinanztransfer zwischen 1991 und 1996 dar, da das Institut für Weltwirtschaft die Steuer- und Verwaltungsmehreinnahmen des Bundes in Ostdeutschland zwischen 1991 und 1996 mit ca. 199 Mrd. DM relativ niedrig veranschlagt. Außerdem wurden die bis Ende 1995 eingesparten „teilungsbedingten“ Lasten sowie die öffentlichen Mehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ aus dem vereinigungsbedingten Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet nicht berücksichtigt.

Nach den Schätzergebnissen aus Abschnitt 3.1 müsste von dem Schätzwert des Instituts für Weltwirtschaft in Höhe von 1.026 Mrd. DM zunächst der Schätzwert für die wachstumsinduzierten Steuer- und Sozialbeitragsmehreinnahmen in Westdeutschland zwischen 1990 und 1993 in Höhe von ca. 48,4 Mrd. DM und der Schätzwert für die bis Ende 1995 eingesparten „teilungsbedingten“ Lasten in Höhe von ca. 10 Mrd. DM abgezogen werden. Außerdem müssten noch die wachstumsinduzierten „Ausgabeneinsparungen“ bei Sozialleistungen in Westdeutschland zwischen 1990 und 1993 berücksichtigt werden. Schließlich müsste das danach verbleibende kumulierte Nettofinanztransfervolumen noch um die Schätzwerte für den kumulierten Ost-West-Vermögenstransfer, für den noch nicht-erfassten kumulierten West-Ost-Realtransfer des Bundes und für die Zinsausgaben der Bruttofinanztransferträger für die übernommenen Schuldverhältnisse aus der ehemaligen DDR im Zeitraum 1990 bis 1996 korrigiert werden. Dieser korrigierte Wert wäre dann ein geeigneter Indikator für die tatsächliche transferinduzierte Einkommensumverteilung von Westdeutschland nach Ostdeutschland zwischen 1991 und 1996.

HAUPTTEIL 2

PERSONELLE VERTEILUNGSANALYSE DER ÖFFENTLICHEN INNERDEUTSCHEN FINANZTRANSFERSTRÖME SEIT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG FÜR DIE ALTE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

5. Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch öffentliche Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen in Westdeutschland aus vereinigungsbedingten diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen

In den Ausführungen in Hauptteil 1 wurde deutlich, dass der ordnungspolitische Übergang der DDR zur bundesdeutschen Wirtschaftsordnung und die finanzpolitische Flankierung des ostdeutschen Transformationsprozesses in Ostdeutschland durch öffentliche Nettofinanztransfers aus der alten Bundesrepublik Deutschland die Haushalte der Nettofinanztransferträger durch hohe Nettomehrausgaben und Nettomindereinnahmen belasteten. Dadurch entstand ein zusätzlicher Finanzmittelbedarf, den sie sowohl über die Einnahmenseite als auch über die Ausgabenseite ihrer Haushalte aufbringen mussten. Da die öffentlichen Finanzen im alten Bundesgebiet zum Vereinigungszeitpunkt eine Finanzmittelaufbringung ohne die Zurückdrängung privater Ansprüche an das westdeutsche Sozialprodukt nicht zuließen, musste der westdeutsche Privatsektor seit der deutschen Vereinigung in jedem Jahr auf einen Teil des Volkseinkommens verzichten.¹¹³

Bei der Finanzmittelaufbringung standen den öffentlichen Transferträgern als Finanzierungsquellen in erster Linie Steuereinnahmen, Krediteinnahmen, Sozialversicherungsbeitragseinnahmen, Ausgabeneinsparungen und Privatisierungserlöse zur Verfügung. In dieser Studie wird zwischen der diskretionären Finanzmittelaufbringung durch öffentliche Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen und zwischen der nicht-diskretionären Finanzmittelaufbringung durch die kassenmäßigen Auswirkungen des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet auf die öffentlichen Haushalte unterschieden. Die diskretionäre Finanzmittelaufbringung zeichnete sich dadurch aus, dass der Gesetzgeber fallweise im Rahmen eines eigenen Gesetzgebungsverfahrens rechtliche Änderungen der staatlichen Einnahmen- und Ausgabenparameter durchführte.¹¹⁴

¹¹³ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1991/1992), Ziffer 353 und Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 3 ff.

¹¹⁴ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1990/1991), Ziffer 347 ff. und Leis, G. (1994), S. 140 ff.

In diesem Kapitel werden die vereinigungsbedingten diskretionären Steuererhöhungen, die vereinigungsbedingte Verschuldung der öffentlichen Nettofinanztransferträger, die vereinigungsbedingten diskretionären Erhöhungen der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge und die vereinigungsbedingten diskretionären Ausgabenkürzungen in Westdeutschland genauer betrachtet. Darauf aufbauend werden dann in Kapitel 7 die interpersonellen Verteilungswirkungen der diskretionären Finanzmittelaufbringung genauer untersucht.

Bei der folgenden Analyse wird implizit unterstellt, dass die öffentlichen Transferträger die diskretionären Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen zweckgebunden für die Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers verwendeten. Diese Annahme ist aus haushaltsrechtlicher Sicht sicherlich nicht haltbar, da nach Haushaltsprinzip der Nichtzweckbindung die gesamten (Steuer-)Einnahmen eines Haushaltsjahres zur Finanzierung aller Ausgaben unabhängig von ihrer Herkunft verwendet werden müssen.¹¹⁵

Des weiteren bleiben die diskretionären Privatisierungsaktivitäten der Gebietskörperschaften in Westdeutschland und die diskretionären Erhöhungen kommunaler Gebühren und Beiträge seit der deutschen Vereinigung in der Analyse unberücksichtigt. Damit wird vernachlässigt, dass die westdeutschen Gebietskörperschaften ihre West-Ost-Nettofinanztransfers teilweise auch durch außerordentliche Einnahmen aus dem Verkauf von öffentlichen Finanzvermögen (z.B. finanzielle Beteiligungen an privatrechtlichen Gesellschaften), Sachvermögen (z.B. öffentliche Infrastruktureinrichtungen, Verwaltungsgebäude, Liegenschaften) und öffentlichen Unternehmen im alten Bundesgebiet finanzierten. Es war zweifellos so, dass sie unter dem Druck der hohen vereinigungsbedingten Nettolasten die Durchführung der bereits vor der deutschen Vereinigung anvisierten Privatisierungsvorhaben beschleunigten und zusätzlich neue Privatisierungsvorhaben beschlossen.¹¹⁶ Da allerdings die einzelnen Privatisierungsmaßnahmen in Westdeutschland seit der deutschen Vereinigung gleichzeitig auch durch vereinigungsunabhängige Faktoren motiviert waren, ist es nicht möglich zu bestimmen, ob und in welchem Ausmaß sie auch in einem hypothetischen Referenzszenario ohne die deutsche Einheit durchgeführt worden wären. Daher ist ihre direkte Kausalität zu dem vereinigungsbedingten Aufbringungsproblem der Nettofinanztransferträger nur z.T. gegeben.

¹¹⁵ Vgl. Funke, S. (1994), S. 80.

¹¹⁶ Vgl. Leis, G. (1994), S. 168 f. und Renzsch, W. (1997), S. 79.

5.1 Finanzierung durch Steuermehreinnahmen der Gebietskörperschaften aus vereinigungsbedingten diskretionären Steuererhöhungen

In diesem Abschnitt wird ein Überblick über die wichtigsten vereinigungsbedingten diskretionären Erhöhungen direkter und indirekter Steuern im deutschen Steuersystem seit der deutschen Vereinigung und ihre kassenmäßigen Auswirkungen gegeben. Diese Analyse bildet die Grundlage für die personelle Verteilungsanalyse der diskretionären Steuererhöhungen in Abschnitt 7.2 und 7.3. Am Ende wird ein Näherungswert für das Gesamtvolumen der diskretionären Steuermehreinnahmen und damit auch ein Näherungswert für den prozentualen Beitrag der diskretionären Steuererhöhungen zur Finanzierung der kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers ermittelt. Dabei müssen die diskretionären Steuermindereinnahmen aus den Steuersenkungen seit der deutschen Vereinigung immer dann gegengerechnet werden, wenn sie mit dem Ziel der Kompensation der steuerlichen Mehrbelastung aus den vereinigungsbedingten diskretionären Steuererhöhungen durchgeführt wurden. In der vorliegenden Studie wird auf eine solche Saldierung verzichtet, da die genaue finanzpolitische Motivation der diskretionären Steuersenkungen seit der deutschen Vereinigung nicht bekannt ist.¹¹⁷

Des weiteren wird vereinfachend unterstellt, dass die diskretionären Steuererhöhungen und die daraus resultierenden diskretionären Steuermehreinnahmen seit der deutschen Vereinigung vollständig vereinigungsbedingt waren, d.h. ausschließlich zum Zweck der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers beschlossen wurden. Mit dieser Annahme wird vernachlässigt, dass mit fortschreitender zeitlicher Entfernung vom Vereinigungszeitpunkt die Stärke dieser Kausalität immer mehr nachließ und vereinigungsunabhängige Faktoren einen immer stärkeren Einfluss auf das deutsche Steuerrecht ausübten. Diesem Umstand wird in dieser Studie aber zumindest teilweise dadurch Rechnung getragen, dass sich die Analyse ausschließlich auf die wichtigsten tariflichen Steuererhöhungen seit der deutschen Vereinigung im Untersuchungszeitraum 1991 bis 1995 erstreckt. Dazu zählt nach Ansicht des Autors die Einführung des Solidaritätszuschlags, die Einführung der Zinsabschlagsteuer, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Erhöhung diverser spezieller Verbrauchsteuern. Diese steuerpolitischen Maßnahmen lassen sich nämlich hinsichtlich ihrer finanzpolitischen Motivation und ihrer quantitativen Bedeutung einigermaßen verlässlich dem vereinigungsbedingten Aufbringungsproblem kausal zuordnen. Außerdem können ihre kassenmäßigen Auswirkungen mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial zumindest nä-

117

Hierzu zählt z.B. die dritte Stufe der Steuerreform im Jahr 1990, die Abschaffung der Börsenumsatz-, Wechsel- und Gesellschaftsteuer in 1991, die Verbesserung des Familienlastenausgleichs in 1992 oder die Absenkung der Körperschaftsteuersätze und des Spitzensatzes bei der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte in 1994. Vgl. Renzsch, W. (1998), S. 353 und Teichmann, D./Meinhardt, V. (1993), S. 134 f.

herungsweise erfasst werden. Dies unterscheidet sie von den seit der deutschen Vereinigung verabschiedeten rechtlichen Änderungen zur Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage bei den Einzelsteuern (insbesondere bei der Einkommensteuer). Diese steuerpolitischen Maßnahmen verabschiedete der Gesetzgeber im Gegensatz zu den tariflichen Steuererhöhungen vergleichsweise kontinuierlich und häufig. Dabei bestanden die Maßnahmen häufig aus einer Vielzahl von Einzelregelungen, deren genaue finanzpolitische Motivation sich im Nachhinein nicht mehr nachvollziehen lässt. Deshalb werden sie und die daraus resultierenden diskretionären Steuermehreinnahmen nicht explizit erfasst.

Schließlich besteht bei der statistischen Erfassung der diskretionären Steuermehreinnahmen das Problem, dass die in der Finanzstatistik ausgewiesene jährliche Veränderung des kassenmäßigen Steueraufkommens bei den Einzelsteuern zwischen 1991 und 1995 nur bedingt Aufschluss über das Volumen der diskretionären Steuermehreinnahmen aus den jeweiligen Tarifierhöhungen gibt. Da das kassenmäßige Steueraufkommen auch durch die steuerliche Bemessungsgrundlage bestimmt wurde und darin gleichzeitig vereinigungsabhängige und vereinigungsunabhängige Faktoren zum Ausdruck kamen, lässt sich die jährliche Veränderung des kassenmäßigen Steueraufkommens in eine vereinigungsbedingte und eine vereinigungsunabhängige Komponente zerlegen. Dabei besteht die vereinigungsbedingte Komponente nicht nur aus einer positiven tarifbedingten Komponente, sondern auch aus einer negativen Mengenkompente, wenn die Steuerpflichtigen als Reaktion auf Tarifierhöhungen ihre steuerpflichtige Einkommenserzielung bzw. ihren steuerpflichtigen Güterverbrauch verminderten oder dem Finanzamt nicht zur Kenntnis brachten. In diesem Fall standen den tarifbedingten Steuermehreinnahmen mengenbedingte Steuermindereinnahmen gegenüber.

Aufgrund dieser Problematik greift die vorliegende Studie auf vorliegende offizielle Schätzwerte des Bundesfinanzministeriums für die Steuermehreinnahmen aus den Tarifierhöhungen zwischen 1991 und 1995 zurück. Diese Schätzwerte beziehen sich auf das gesamte Bundesgebiet und lassen sich deshalb nicht in einen westdeutschen Wert und in einen ostdeutschen Wert zerlegen. Des weiteren geben die Schätzwerte keinen Aufschluss darüber, inwieweit die Schätzungen bereits einen potentiellen negativen „Bemessungsgrundlageneffekt“ der Tarifierhöhungen berücksichtigen. Bei der Tabak-, Versicherungs- und Mineralölsteuer liegen die offiziellen Schätzwerte für die jährlichen Steuermehreinnahmen z.B. teilweise deutlich über der jährlichen Veränderung des kassenmäßigen Steueraufkommens laut Finanzstatistik. Diese Diskrepanz deutet darauf hin, dass die Schätzungen des Bundesfinanzministeriums für die Steuermehreinnahmen aus den Tarifierhöhungen deutlich zu hoch waren. Offensichtlich fanden bei den Schätzungen die potentiellen Anpassungsreaktionen der Steuerpflichtigen auf die Tarifierhöhungen und die daraus resultierenden Steuermindereinnahmen nicht ausreichend Berücksichtigung.

(1) Einführung des Solidaritätszuschlags

Nach dem „Solidaritätsgesetz“ vom 24.6.1991 wurde im Zeitraum vom 1.7.1991 bis zum 30.6.1992 ein prozentual gleicher Solidaritätszuschlag in Höhe von 7,5% auf die Steuerschuld der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen und juristischen Personen als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben. Er sollte die gestiegenen finanziellen Lasten der Bundesrepublik Deutschland aus der Deutschen Einheit und dem Golfkrieg finanzieren. Bei einer Veranlagung zur Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer wurde der Solidaritätszuschlag nach der für die Veranlagungszeiträume 1991 und 1992 festgesetzten Einkommensteuerschuld bzw. positiven Körperschaftsteuerschuld berechnet.¹¹⁸

Laut Finanzstatistik betrug das kassenmäßige Gesamtaufkommen des Solidaritätszuschlags in 1991 ca. 10,5 Mrd. DM und in 1992 ca. 13 Mrd. DM. Da der Solidaritätszuschlag zwischen 1993 und 1994 nicht erhoben wurde, sind in diesen Jahren nur noch verzögert eingegangene Steuereinnahmen in Höhe von 0,1 Mrd. DM und 1,6 Mrd. DM angefallen. Mit dem „Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms“ trat der Solidaritätszuschlag zum 1.1.1995 unbefristet wieder in Kraft. Daraus resultierte ein jährliches Gesamtaufkommen von ca. 26,3 Mrd. DM. Insgesamt betrugen die Steuereinnahmen aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags im Zeitraum 1991 bis 1995 ca. 51,5 Mrd. DM. Dabei deutet die Entwicklung der kassenmäßigen Steuereinnahmen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer in West- und Ostdeutschland seit 1991 darauf hin, dass dieser Betrag größtenteils im alten Bundesgebiet aufgebracht wurde. Im Folgenden wird unterstellt, dass der durchschnittliche Beitrag Westdeutschlands zum Gesamtaufkommen des Solidaritätszuschlags im Zeitraum 1991-1995 90% betrug, da die westdeutschen Steuerzahler in den Jahren 1991 und 1992 laut Finanzstatistik 90% des Gesamtaufkommens der Einkommen- und Körperschaftsteuer aufbrachten. Unter dieser Annahme beträgt das kumulierte Steueraufkommen beim Solidaritätszuschlag in Westdeutschland zwischen 1991 und 1995 ca. 46,4 Mrd. DM.¹¹⁹

(2) Einführung der Zinsabschlagsteuer

Mit dem Zinsabschlaggesetz vom 9.11.1992 wurde zum 1.1.1993 die Einführung einer Zinsabschlagsteuer in Höhe von 30% auf Zinserträge aus Kapitalforderungen jeder Art bzw. in Höhe von 35% bei Zinserträgen aus Tafelgeschäften geregelt. Der Zinsabschlag stellt eine Vorauszahlung auf die Steuerschuld bei Einkünften aus Kapitalvermögen dar. Er wird von

¹¹⁸ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1992), S. 109 f. und Kaiser, K. (1992), S. 469 f.

¹¹⁹ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 2001), Tabelle 12.

der inländischen Zahlstelle als Quellenabzug einbehalten und an das Finanzamt abgeführt. Damit können ihn die Steuerpflichtigen bei der jährlichen Veranlagung zur Einkommensteuer anrechnen, so dass den Steuermehreinnahmen aus der Zinsabschlagsteuer Steuerminderungen bei der veranlagten Einkommensteuer gegenüber stehen. Nach der Finanzstatistik betrug das kassenmäßige Gesamtaufkommen aus der Zinsabschlagsteuer im Zeitraum 1993 bis 1995 ca. 37,1 Mrd. DM. Laut Finanzstatistik brachten die westdeutschen Steuerzahler in den Jahren 1993 und 1994 das Gesamtaufkommen der Zinsabschlagsteuer zu ca. 99% auf. Deshalb wird angenommen, dass der durchschnittliche Beitrag des alten Bundesgebietes zum Gesamtaufkommen zwischen 1993 und 1995 ebenfalls 99% betrug. Unter dieser Prämisse ergibt sich für das kumulierte Steueraufkommen bei der Zinsabschlagsteuer in Westdeutschland insgesamt ein Betrag von ca. 36,7 Mrd. DM.¹²⁰

(3) Erhöhung der Mehrwertsteuer

Mit dem Steueränderungsgesetz vom 25.2.1992 trat zum 1.1.1993 eine Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer von 14% auf 15% in Kraft. Obwohl die Bundesregierung die Mehrwertsteuererhöhung offiziell mit den hohen finanziellen Lasten des Golfkrieges und den Harmonisierungsbestrebungen in der Europäischen Union begründete, wurden die Steuermehreinnahmen tatsächlich zur Finanzierung der aufgestockten Bruttoleistungen des Fonds Deutsche Einheit verwendet.¹²¹ Nach offiziellen Schätzungen erbrachte die 1%ige Erhöhung der Mehrwertsteuer im gesamten Bundesgebiet im Jahr 1993 Steuermehreinnahmen in Höhe von ca. 10,5 Mrd. DM und in den folgenden Jahren durchschnittlich in Höhe von ca. 12,5 Mrd. DM. Damit betrugen die kumulierten Steuermehreinnahmen zwischen 1993 und 1995 schätzungsweise 35,5 Mrd. DM. Dieser Betrag wurde im wesentlichen im alten Bundesgebiet aufgebracht, da die kassenmäßigen Steuereinnahmen bei der Mehrwertsteuer in 1993 und 1994 laut Finanzstatistik zu 93% im alten Bundesgebiet angefallen sind. Wenn man für den Zeitraum 1993 bis 1995 ebenfalls einen durchschnittlichen Beitrag des alten Bundesgebietes zum Gesamtaufkommen der Mehrwertsteuer von 93% unterstellt, dann können die kumulierten Steuermehreinnahmen in Westdeutschland auf ca. 33 Mrd. DM veranschlagt werden.¹²²

¹²⁰ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1994), S. 117 f. und Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 2001), Tabelle 12.

¹²¹ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1993), S. 112 und Duschek, K.-J./Richter, H. (1993), S. 7.

¹²² Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 2001), Tabelle 12 und Heilemann, U. u.a. (1994), S. 56.

(4) Erhöhung der Mineralölsteuer

Mit dem Solidaritätsgesetz vom 24.6.1991 trat zum 1.7.1991 eine Erhöhung der Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um 22 Pf/l, für verbleites Benzin um 25 Pf/l, für Dieselkraftstoff um 10 Pf/l und für leichtes Heizöl um 2,34 Pf/l in Kraft. Des weiteren wurde die Erdgassteuer um 1 Pf/10 KWh auf 3,6 Pf/10 KWh erhöht. Daraus resultierten nach offiziellen Angaben im zweiten Halbjahr 1991 ca. 5,4 Mrd. DM und in den folgenden Jahren ca. 13,2 Mrd. DM an Steuermehreinnahmen. Sodann brachte die Erhöhung zum 1.1.1994 für bleifreies Benzin um 16 Pf/l, für verbleites Benzin um 16 Pf/l und für Dieselkraftstoff um 7 Pf/l in 1994 ca. 7,9 Mrd. DM und in 1995 ca. 8,7 Mrd. DM an Steuermehreinnahmen.¹²³ Insgesamt summieren sich die geschätzten Steuermehreinnahmen aus der zweimaligen Erhöhung der Mineralölsteuer gegenüber der ursprünglichen Regelung vor dem 1.7.1991 im Zeitraum 1991 bis 1995 im gesamten Bundesgebiet also auf ca. 74,8 Mrd. DM.¹²⁴

(5) Erhöhung der Versicherungsteuer

Mit dem Solidaritätsgesetz vom 24.6.1991 wurde die Versicherungsteuer auf die Vertragssumme privater Versicherungsverträge um 3 Prozentpunkte auf 10% des versicherungspflichtigen Entgelts erhöht. Sie trat bei Schadensversicherungen zum 1.7.1991 und bei Reiseversicherungen zum 1.1.1992 in Kraft. Daraus resultierten nach offiziellen Schätzungen im Vergleich zu der ursprünglichen Regelung im 2. Halbjahr 1991 ca. 0,7 Mrd. DM und in den folgenden Jahren ca. 2,2 Mrd. DM an Steuermehreinnahmen.¹²⁵ Mit dem „Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms“ vom 23.6.1993 trat eine nochmalige 2%ige Anhebung des Regelsteuersatzes zum 1.7.1993 und eine weitere 3%ige Anhebung des Regelsteuersatzes zum 1.1.1995 in Kraft. Daraus resultierten nach offiziellen Schätzungen im 2. Halbjahr 1993 Steuermehreinnahmen in Höhe von ca. 0,6 Mrd. DM, in 1994 Steuermehreinnahmen in Höhe von ca. 1,6 Mrd. DM und in 1995 Steuermehreinnahmen in Höhe von 4 Mrd. DM. Insgesamt summieren sich die geschätzten Steuermehreinnahmen aus der

¹²³ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1992), S. 110 und (Finanzbericht 1995), S. 140; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1995/1996), Tabelle 48; Heilemann, U. u.a. (1994), S. 63.

¹²⁴ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 2001), Tabelle 12.

¹²⁵ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1992), S. 110 und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1995/1996), Tabelle 48.

dreimaligen Erhöhung der Versicherungsteuer gegenüber der ursprünglichen Regelung vor dem 1.7.1991 im Zeitraum 1991 bis 1995 im Bundesgebiet auf ca. 15,7 Mrd. DM.¹²⁶

(6) Erhöhung der Tabaksteuer

Mit dem Solidaritätsgesetz vom 24.6.1991 trat zum 1.3.1992 eine Erhöhung der Tabaksteuer um durchschnittlich 1 Pf je Zigarette in Kraft. Daraus resultierten nach offiziellen Schätzungen in 1992 ca. 0,7 Mrd. DM und in den folgenden Jahren bis 1995 ca. 1,3 Mrd. DM an Steuermehreinnahmen. Insgesamt betrugen die geschätzten Steuermehreinnahmen im Bundesgebiet im Zeitraum 1992 bis 1995 also ca. 4,6 Mrd. DM.¹²⁷

Schätzung des Gesamtbeitrags der diskretionären Steuererhöhungen zur Finanzierung der kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers

Bei der Schätzung des Gesamtbeitrags der diskretionären Steuererhöhungen zur Finanzierung der kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers werden die diskretionären Steuermehreinnahmen im Bundesgebiet von insgesamt 219,2 Mrd. DM zu Grunde gelegt, weil die diskretionären Steuermehreinnahmen in Ostdeutschland die Finanzkraft der öffentlichen Haushalte erhöhten und damit ihren Finanzbedarf verminderten. Damit haben sie ebenfalls einen Finanzierungsbeitrag geleistet. Wenn man die Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft zur Höhe der kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers von 886 Mrd. DM zu Grunde legt, ergibt sich für den Zeitraum 1991 bis 1995 ein durchschnittlicher Beitrag der diskretionären Steuererhöhungen zur Finanzierung der West-Ost-Nettofinanztransfers von ca. 24,7%. Dieser Prozentwert stellt allerdings aufgrund der eingangs dargestellten statistischen Probleme bei der Erfassung der diskretionären Steuermehreinnahmen lediglich einen groben Schätzwert für den tatsächlichen Finanzierungsbeitrag der diskretionären Steuererhöhungen dar.

5.2 Finanzierung durch die vereinigungsbedingte Verschuldung der öffentlichen Nettofinanztransferträger

Die Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers durch öffentliche Krediteinnahmen war bereits unmittelbar nach der vertraglichen Unterzeichnung der deutschen Einheit und in den Folgejahren eine bedeutende Quelle der diskretionären Finanzmittelaufbrin-

¹²⁶ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1994), S. 126; Heilemann, U./Rappen, H. (1996), S. 94; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1995/1996), Tabelle 48.

¹²⁷ Vgl. Heilemann, U./Rappen, H. (1996), S. 94 und Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1992), S. 110.

gung.¹²⁸ Für diese Finanzierungsform führte die Mehrzahl der Ökonomen und Finanzpolitiker v.a. zwei Argumente an: Nach dem Argument des „tax-smoothing“ soll ein durch ein außergewöhnliches politisches oder ökonomisches Ereignis verursachter, schockartig aufgetretener und in seiner Höhe außergewöhnlicher öffentlicher Finanzmittelbedarf temporär durch öffentliche Kredite finanziert werden. Dadurch werden im Vergleich zu einer vollständigen Steuerfinanzierung zu hohe Steuerverpflichtungen der gegenwärtigen Generation vermieden.¹²⁹ Ein völliger Verzicht auf eine Kreditfinanzierung wäre einem sprunghaften Anstieg der Grenz- und Durchschnittssteuersätze gleichgekommen. Dadurch wären die Zusatzlasten der Besteuerung und damit die allokativen Effizienzverluste zu hoch ausgefallen.¹³⁰

Nach dem „intertemporalen Lastverschiebungsargument“ ist eine partielle Kreditfinanzierung der öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers deshalb zulässig, weil sich auch zukünftige Generationen in den neuen Bundesländern an den gegenwärtigen Finanzierungslasten für die investiven West-Ost-Nettofinanztransfers beteiligen müssen. Diese dürfen an der Finanzierung des Schuldendienstes für die aktuellen Kredite beteiligt werden, weil die staatliche Investitionsförderung für Ostdeutschland und die hohen öffentlichen Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur im Beitrittsgebiet in zukünftigen Perioden volkswirtschaftlichen Erträge stiften und darüber ein höheres gesamtwirtschaftliches Produktionspotential und ein höheres reales Volkseinkommen induzieren.¹³¹ Dementsprechend gewährleistet eine intertemporale Lastverschiebung in allokativer Hinsicht eine intertemporale fiskalische Äquivalenz zwischen Nutzen und Kosten aus den öffentlichen Investitionsprojekten in Ostdeutschland und in distributiver Hinsicht eine gerechte intergenerationale Einkommensverteilung und eine gerechte interregionale Einkommensverteilung zwischen West- und Ostdeutschland.¹³²

In Tabelle 10 wird erstens deutlich, dass sich der öffentliche Gesamtschuldenstand in Deutschland zwischen 1989 und 1997 um ca. 1.287 Mrd. DM erhöhte. Darin ist noch nicht der Schuldenzuwachs bei der Treuhandanstalt zwischen 1989 und 1994 in Höhe von insgesamt ca. 204,6 Mrd. DM enthalten. Entsprechend expandierte die Gesamtverschuldungsquote von 41,8% in 1989 bis auf deutlich über 50% in 1995 und knapp über 60% in 1997. Des

¹²⁸ Vgl. Wenzel, H.-D. (1993), S. 117 ff.

¹²⁹ Vgl. Wenzel, H.-D. (1992), S. 347 und Hirte, G. (1997), S. 11 f.

¹³⁰ Vgl. Bröcker, J./Raffelhüschen, B. (1997), S. 147 f. und S. 157 und Funke, S. (1994), S. 94 f.

¹³¹ Vgl. Bröcker, J./Raffelhüschen, B. (1997), S. 147 f. und S. 157.

¹³² Vgl. Funke, S. (1994), S. 88 f. und Weltring, S. (1997), S. 32 f.

weiteren zeigt sich zweitens, dass die kumulierte öffentliche Nettokreditaufnahme am Kapitalmarkt zwischen 1990 und 1997 ca. 909 Mrd. DM betrug. Entsprechend verzeichnete die Nettoneuverschuldungsquote bereits im Jahr 1990 einen sprunghaften Anstieg auf 5,1% gegenüber 1,9% in 1989 und verharrte bis Ende 1997 auf einem deutlich höheren Niveau als vor der deutschen Vereinigung.

Tabelle 10 Entwicklung von wichtigen Kennzahlen der öffentlichen Verschuldung in Deutschland zwischen 1989 und 1997

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Öffentlicher Gesamtschuldenstand, davon (in Mrd. DM):	928,8	1053,5	1173,9	1345,2	1509,2	1659,6	1993,5	2126,3	2215,9
- Bund	490,5	542,2	586,5	611,1	685,3	712,5	756,8	839,9	905,7
- westdeutsche Bundesländer	309,9	328,8	347,4	366,6	393,6	415,1	442,5	477,4	505,3
- ostdeutsche Bundesländer	-	-	4,9	22,5	40,3	55,7	69,2	81,0	90,2
- westdeutsche Gemeinden	121,4	125,6	132,1	140,1	149,2	153,4	157,3	158,6	160,2
- ostdeutsche Gemeinden	-	-	8,6	14,5	23,6	32,2	36,8	39,0	38,7
- Bundeseisenbahnvermögen	-	-	-	-	-	71,2	78,4	77,8	77,3
- ERP-Sondervermögen	7,1	9,5	16,4	24,3	28,3	28,0	34,2	34,1	33,7
- Fonds Deutsche Einheit	-	19,8	50,5	74,4	87,7	89,2	87,1	83,6	79,7
- Ausgleichsfonds Steinkohle	-	-	-	-	-	-	2,2	3,1	3,3
- Kreditabwicklungsfonds bzw. Erblastentilgungsfonds	-	27,6	27,5	91,7	101,2	102,4	328,9	331,9	322,0
nachrichtlich: Schuldenstand der Treuhandanstalt in Mrd. DM	-	14,1	39,4	106,8	168,3	204,6	-	-	-
Nettokreditaufnahme in Mrd. DM	43,0	124,7	120,4	106,8	154,6	85,8	97,6	123,3	95,8
Gesamtverschuldungsquote in %	41,8	43,4	40,0	42,6	46,6	48,9	56,7	59,3	60,4
Nettoneuverschuldungsquote in %	1,9	5,1	4,1	3,4	4,8	2,5	2,8	3,4	2,6

Quelle: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Laufende Monatsberichte, Jahrgänge Nr. 12/1995, 12/1998 und 12/2000, Frankfurt a.M., Tabelle VIII.7 und VIII.8.; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1999, Stuttgart/Mainz 2000, Tabelle 24.3; Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Köln, laufende Jahrgänge, Tabelle „Verschuldung der Gebietskörperschaften“; Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 13; eigene Berechnungen.

Diese expansive Entwicklung der öffentlichen Verschuldung seit 1990 wurde neben vereinigungsunabhängigen Faktoren durch zwei vereinigungsbedingte Faktoren hervorgerufen: Zum einen erhöhte sich der öffentliche Gesamtschuldenstand seit der deutschen Vereinigung bereits ohne Aktivitäten der öffentlichen Haushalte auf dem Kapitalmarkt, weil die

„Schuldenerblast der DDR“ sukzessive in den öffentlichen Gesamthaushalt der Bundesrepublik Deutschland übergang.¹³³ Dazu zählten die einmaligen Ausgleichsverbindlichkeiten infolge der asymmetrischen Währungsumstellung und den Altschulden des DDR-Haushalts in Höhe von zusammen ca. 75 Mrd. DM, die Altschulden der Deutschen Reichsbahn in Höhe von 7,8 Mrd. DM, die Altschulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in Höhe von 29 Mrd. DM, die Schulden auf gesellschaftliche Einrichtungen der DDR-Gemeinden in Höhe von 8,4 Mrd. DM und die übernommenen Ausgleichsverbindlichkeiten und Altschulden der sanierungsfähigen Treuhandunternehmen von ca. 78 Mrd. DM. Insgesamt betrug die vereinigungsbedingte Schuldenübernahme zwischen 1990 und 1997 also ca. 198,2 Mrd. DM.¹³⁴

Zum zweiten weiteten die ehemaligen westdeutschen Gebietskörperschaften und die Sondervermögen des Bundes seit der deutschen Vereinigung ihre laufende Nettokreditaufnahme am Kapitalmarkt vereinigungsbedingt drastisch aus. Dies führte zusammen mit der laufenden Nettokreditaufnahme der ostdeutschen Länder und Gemeinden zwischen 1990 und 1997 zu der öffentlichen Nettokreditaufnahme von insgesamt ca. 909 Mrd. DM. Bei der statistischen Erfassung der vereinigungsbedingten laufenden Nettoneuverschuldung der öffentlichen Nettofinanztransferträger zwischen 1990 und 1997 besteht das Problem, dass die einzelnen öffentlichen Kreditaktivitäten auf dem Kapitalmarkt seit 1990 zu einem Teil auch auf vereinigungsunabhängige Faktoren zurückzuführen waren (z.B. auf die dritte Stufe der „Einkommensteuerreform 1990“ in 1991 oder auf konjunkturbedingte Defizite in 1993). Insbesondere die laufende Nettokreditaufnahme der westdeutschen Gebietskörperschaften zwischen 1990 und 1997 war teilweise nicht „vereinigungsbedingt“. Daher wäre ein Teil der kumulierten öffentlichen Nettokreditaufnahme zwischen 1990 und 1997 von ca. 909 Mrd. DM auch in einem Szenario ohne die deutsche Einheit angefallen. Dabei ist es plausibel anzunehmen, dass der Anteil der jährlichen vereinigungsbedingten öffentlichen Nettoneuverschuldung an der jährlichen Gesamtnettoneuverschuldung mit fortschreitender Entfernung vom Vereinigungszeitpunkt stetig zurückging, da die Kreditaktivitäten der öffentlichen Haushalte immer stärker durch vereinigungsunabhängige Faktoren motiviert wurden.¹³⁵

In statistischer Hinsicht lässt sich nur die Nettokreditaufnahme des Bundes und der westdeutschen Bundesländer für die Finanzierung der Bruttoleistungen des Fonds Deutsche Einheit in Höhe von 95 Mrd. DM, die kumulierte Nettoneuverschuldung des Kreditabwicklungs-

¹³³ Vgl. Müller, L. (1993), S. 123 und Deutsche Bundesbank (3/1997), S. 18 f.

¹³⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank (3/1997), S. 18 ff. und Funke, S. (1994), S. 80.

¹³⁵ Vgl. Deutsche Bundesbank (3/1997), S. 19 und Rentzsch, W. (1997), S. 98 ff.

fonds in Höhe von ca. 28 Mrd. DM, die kumulierte Nettoneuverschuldung der Treuhandanstalt in Höhe von ca. 204,6 Mrd. DM und größtenteils die Nettokreditaufnahme des ERP-Sondervermögens seit 1990 in Höhe von schätzungsweise 20 Mrd. DM eindeutig der deutschen Vereinigung zuordnen. Daraus ergibt sich ein Gesamtbetrag von ca. 347,6 Mrd. DM als Untergrenze für die vereinigungsbedingte öffentliche Nettokreditaufnahme zwischen 1990 und 1997 unter der Annahme, dass die vereinigungsbedingte Nettokreditaufnahme der westdeutschen Gebietskörperschaften in diesem Zeitraum Null war. Es lässt sich nicht statistisch ermitteln, wie hoch diese tatsächlich war. Nach den Daten der Tabelle 10 betrug die Obergrenze für die vereinigungsbedingte öffentliche Nettokreditaufnahme zwischen 1990 und 1997 ca. 1.089 Mrd. DM. Diesen Betrag erhält man, wenn man die kumulierte vereinigungsbedingte Schuldenübernahme zwischen 1990 und 1997 von ca. 198 Mrd. DM vom dem kumulierten Gesamtschuldenzuwachs dieses Zeitraums in Höhe von 1.287 Mrd. DM abzieht.

Insgesamt betrachtet beträgt die Untergrenze für die gesamte vereinigungsbedingte Verschuldung zwischen 1990 und 1997 unter Berücksichtigung des vereinigungsbedingten absoluten Schuldenzuwachses (von insgesamt ca. 198,2 Mrd. DM) also ca. 545,8 Mrd. DM (= 198,2 Mrd. DM + 347,6 Mrd. DM). Dieser Schätzwert bildet die Grundlage für die Analyse der interpersonellen Verteilungswirkungen der vereinigungsbedingten Verschuldung in Abschnitt 7.4 dieser Studie. Wenn man die Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft zur Höhe der kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers von 886 Mrd. DM zu Grunde legt, ergibt sich für den Zeitraum 1991 bis 1995 ein durchschnittlicher Beitrag der diskretionären vereinigungsbedingten Verschuldung zur Finanzierung der West-Ost-Nettofinanztransfers von ca. 61,6%. Dieser Schätzwert stellt aufgrund der genannten statistischen Erfassungsprobleme allerdings lediglich eine grobe Untergrenze für den tatsächlichen Finanzierungsbeitrag dar.

5.3 Finanzierung durch Mehreinnahmen der westdeutschen Sozialversicherungsträger aus vereinigungsbedingten diskretionären Erhöhungen der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge

In der westdeutschen Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung und Gesetzlichen Rentenversicherung wurde der kumulierte West-Ost-Nettofinanztransfer in erster Linie durch Beitragsmehreinnahmen aus diskretionären Erhöhungen der Beitragssätze finanziert. Diese wurden durch die Beitragsmindereinnahmen aus den diskretionären Beitragssatzsenkungen per Saldo nicht kompensiert, so dass die Belastung der sozialversicherten Erwerbstätigen und ihrer Arbeitgeber mit Sozialabgaben seit der deutschen Vereinigung per Saldo deutlich anstieg. In diesem Kapitel werden die vereinigungsbedingten diskretionären Beitragssatzveränderungen als Grundlage für die Analyse ihrer interpersonellen Verteilungswirkungen in Abschnitt 7.2 genauer untersucht (vgl. Tabelle 11). Angesichts der hohen Haushaltsüberschüsse der Bundesanstalt für Arbeit und der Gesetzlichen Rentenversicherung in Westdeutschland seit 1990

hätte in einem Szenario ohne die Notwendigkeit eines gesamtdeutschen Defizitausgleichs nicht nur Spielraum für einen Verzicht auf die diskretionären Beitragssatzerhöhungen, sondern sogar für diskretionäre Beitragssatzsenkungen bestanden. Daher war die tatsächliche Beitragsmehrbelastung höher als die prozentuale Beitragsmehrbelastung.¹³⁶

Tabelle 11: Diskretionäre Veränderungen des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherung zwischen 1991 und 1995 und ihre geschätzten kassenmäßigen Auswirkungen in Gesamtdeutschland

Finanzpolitische Maßnahme	Kassenmäßige Auswirkung im Jahr des Inkrafttretens (in Mrd. DM)	Geschätzte kassenmäßige Auswirkung zwischen 1991 und 1995 (in Mrd. DM)
Anhebung des Beitragssatzes zur GAV von 4,3% auf 6,8% vom 1.4.1991	+20,5	+129,8
Senkung des Beitragssatzes zur GRV von 18,7% auf 17,7% vom 1.4.1991	-8,5	-53,8
Senkung des Beitragssatzes zur GAV von 6,8% auf 6,3% vom 1.1.1992	-6	-24
Anhebung des Beitragssatzes zur GAV von 6,3% auf 6,5% vom 1.1.1993	+2,5	+7,5
Senkung des Beitragssatzes zur GRV von 17,7% auf 17,5% vom 1.1.1993	-2,5	-7,5
Anhebung des Beitragssatzes zur GRV von 17,5% auf 19,2% vom 1.1.1994	+21	+42
Senkung des Beitragssatzes zur GRV von 19,2% auf 18,6% vom 1.1.1995	-8	-8

Quelle: Heilemann, U./Rappen, H. (1996), S. 94 und Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1999), S. 304 f.

Bei der Analyse wird vereinfachend unterstellt, dass die diskretionären Veränderungen der Beitragssätze zur Gesetzlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherung seit der deutschen Vereinigung in vollem Umfang vereinigungsbedingt waren, d.h. dem Aufbringungsproblem der westdeutschen Sozialversicherungsträger kausal zugeordnet werden können. Damit wird vernachlässigt, dass die Stärke dieser Kausalität mit fortschreitender Entfernung vom Vereinigungszeitpunkt vermutlich immer mehr nach ließ, da vereinigungsunabhängige Faktoren im Zeitablauf einen wachsenden Einfluss auf die Entwicklung der Beitragssätze ausübten. Deshalb betrachtet diese Studie ausschließlich die diskretionären Beitragssatzänderungen

¹³⁶

Vgl. Heilemann, U./Rappen, H. (1996), S. 95 f. und Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1999), S. 304 f.

zwischen 1991 und 1995. In Tabelle 11 wurden auf der Grundlage der gesamtdeutschen Schätzwerte des Rheinisch-Westfälischen-Instituts für Wirtschaftsforschung für die kassenmäßigen Auswirkungen der diskretionären Beitragssatzänderungen im Jahr des Inkrafttretens die kumulierten kassenmäßigen Auswirkungen in Gesamtdeutschland zwischen 1991 und 1995 geschätzt. Insgesamt ergeben sich ca. 86 Mrd. DM an diskretionären Beitragsmehreinnahmen. Wenn man die Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft zur Höhe der kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers von 886 Mrd. DM zu Grunde legt, ergibt sich für den Zeitraum 1991 bis 1995 ein durchschnittlicher Beitrag der saldierten diskretionären Beitragssatzerhöhungen zur Finanzierung der West-Ost-Nettofinanztransfers von ca. 9,7%.

5.4 Finanzierung durch Ausgabeneinsparungen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger aus vereinigungsbedingten diskretionären Ausgabenkürzungen

Schließlich finanzierten die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger im alten Bundesgebiet ihre West-Ost-Nettofinanztransfers teilweise durch diskretionäre Kürzungen staatlicher Ausgaben. Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über die wichtigsten Bereiche der diskretionären Ausgabenkürzungen seit der deutschen Vereinigung als Grundlage für die personelle Verteilungsanalyse der diskretionären Ausgabenkürzungen in Abschnitt 7.5. Dabei werden die staatlichen Ausgaben in vier Kategorien unterteilt: Sachausgaben für den Erwerb von Gütern und Diensten, Personalausgaben für die öffentlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten, Ausgaben für Sozialleistungen an private Haushalte (Sozialtransfers) und Ausgaben für Transferzahlungen an private Unternehmen (Subventionen).¹³⁷

In dieser Studie erfolgt keine genaue statistische Erfassung der vereinigungsbedingt eingesparten Ausgabenbeträge in den westdeutschen öffentlichen Haushalten seit 1990, da die Finanzstatistik und die VGR keine Auskunft darüber geben, ob und in welchem Ausmaß die einzelnen diskretionären Ausgabenkürzungen seit der deutschen Vereinigung auch in einem hypothetischen Referenzszenario ohne die deutsche Einheit durchgeführt worden wären. Deshalb können die bei den einzelnen Ausgabenkategorien jährlich eingesparten Ausgabenbeträge nicht per se als „vereinigungsbedingt“ aufgefasst werden. Außerdem führten die diskretionären Sparmaßnahmen in einigen Jahren nur zu einer Begrenzung des absoluten Ausgabenanstiegs und nicht zu einem absoluten Rückgang der Ausgaben. In diesen Fällen ist eine Quantifizierung der vereinigungsbedingt eingesparten Ausgabenbeträge überhaupt nicht möglich. Schließlich stellt sich das Problem, dass die VGR die staatlichen Ausgaben nur noch bis 1994 getrennt für West- und Ostdeutschland ausweist. In der Finanzstatistik

¹³⁷

Vgl. Leis, G. (1994), S. 166 ff. und Andel, N. (1970), S. 6.

werden bereits ab 1991 gesamtdeutsche Daten ausgewiesen. Da die vereinigungsunabhängigen Faktoren mit fortschreitender Entfernung vom Vereinigungszeitpunkt ohnehin einen immer stärkeren Einfluss auf die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in Westdeutschland ausübten, beschränkt sich die folgende Analyse auf den Zeitraum 1990 bis 1994. In diesem Zeitraum können die folgenden staatlichen Konsolidierungsgesetze als „vereinigungsbedingt“ eingestuft werden: das „Gesetz zur Änderung von Fördervoraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und anderen Gesetzen“ vom 18.12.1992, das „Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms“ vom 23.6.1993 und das „erste Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms“ vom 21.12.1993.

Bei den **staatlichen Personalausgaben** sparte der Gesetzgeber über eine Rückführung des Anstiegs der Zahl der öffentlichen Bediensteten Ausgaben ein.¹³⁸ Des weiteren erzielten die öffentlichen Haushalte über die mehrfach verzögerte Anpassung der Beamtengehälter an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst im Zeitraum 1990 bis 1994 Ausgabeneinsparungen. Nach der Finanzstatistik und der VGR führten diese Maßnahmen aber in jedem Jahr nur zu einer Begrenzung des Ausgabenanstiegs und nicht zu einem absoluten Ausgabenrückgang. Deshalb ist eine Quantifizierung der jährlich eingesparten Ausgabenbeträge nicht möglich.¹³⁹

Bei den **staatlichen Sachausgaben** wurden zum einen die Ausgaben für laufende Güter- und Dienstleistungskäufe gekürzt. Diese Ausgabenkürzungen werden in Abschnitt 7.5 nicht genauer betrachtet und deshalb an dieser Stelle nicht quantifiziert. Zum zweiten wurden die Ausgaben für die Erstellung, Erhaltung und Bereitstellung der öffentlichen materiellen Infrastruktur im alten Bundesgebiet durch staatliche Investitionen gekürzt. Diese Ausgabenkürzungen betrafen v.a. den Verkehrsbereich (Brücken- und Straßenbau), den Verteidigungsbereich (Bundeswehr), den Bereich der öffentlichen Sicherheit (Polizei), den Gesundheitsbereich (Leistungen der GKV), den Bildungsbereich (Schulen und Hochschulen) und den Kultur- und Freizeitbereich (öffentliche Parks und Sportanlagen, Theater).¹⁴⁰ Nach den Daten der VGR gingen die staatlichen Bruttoinvestitionen in Ausrüstungen und Bauten im alten Bundesgebiet nur in den Jahren 1993 (um ca. 2,9 Mrd. DM) und 1994 (um ca. 4,8 Mrd. DM) absolut zurück. In den Jahren 1990 bis 1992 führten die diskretionären Ausgabenkürzungen dagegen nur zu einer Begrenzung des absoluten Ausgabenanstiegs, da die staatlichen Bruttoinvestitionen jeweils absolut expandierten. Deshalb sind die zwischen 1993 und 1994 ins-

¹³⁸ Vgl. Leis, G. (1994), S. 167 f. und Hickel, R./Priewe, J. (1994), S. 143 ff. und S. 154 ff.

¹³⁹ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1991/1992), Ziffer 190 und (Jahresgutachten 1997/1998), Tabelle 39*.

¹⁴⁰ Vgl. Heilemann, U. u.a. (1994), S. 70 und Fritzsche, B. u.a. (1995), S. 8 und S. 12.

gesamt eingesparten 7,7 Mrd. DM letztlich nur ein sehr grober unterer Schätzwert für den tatsächlich eingesparten Gesamtbetrag im Zeitraum 1990 bis 1994.¹⁴¹

Bei den **Ausgaben der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger für Sozialleistungen** an die westdeutschen privaten Haushalte erzielte der Gesetzgeber seit der deutschen Vereinigung in mehreren Schritten diskretionäre Ausgabeneinsparungen. Diese betrafen in erster Linie die arbeitsmarktpolitischen Leistungen und die Sozialhilfe. Im Sozialbericht 1997 und der VGR wird deutlich, dass damit in jedem Jahr aber nur eine Begrenzung des absoluten Ausgabenanstiegs und keine Absenkung der Sozialausgaben erreicht wurde. So expandierte das Sozialbudget im alten Bundesgebiet auch nach der deutschen Vereinigung von Jahr zu Jahr.¹⁴² Deshalb ist eine Quantifizierung der zwischen 1990 und 1994 jährlich eingesparten Sozialausgaben nicht möglich. Im Folgenden sollen aber zumindest die zentralen Bereiche der vereinigungsbedingt gekürzten Sozialausgaben dargestellt werden:

Mit dem „Gesetz zur 10. AFG-Novelle“ wurde ab dem 1.1.1993 die arbeitsmarktpolitischen Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit gesenkt. Es regelte eine Entlastung der Beitragszahler von den Ausgaben für das Eingliederungsgeld an Aussiedler, die Aufstellung strengerer Kriterien bei der Überprüfung der Zweckmäßigkeit geförderter beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen, eine Einschränkung der Förderhöhe und der Förderdauer beim Einarbeitungszuschuss für Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen und eine Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen beim Bezug von Arbeitslosengeld.¹⁴³ Mit dem „Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms“ trat zum 1.1.1994 eine Verschärfung der Meldepflicht für Arbeitslose, eine Verschärfung der Missbrauchsbekämpfung bei arbeitsmarktpolitischen Leistungen und eine Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen bei einigen Sozialleistungen in Kraft (z.B. beim Kinder- und Erziehungsgeld, BAföG, Sozialhilfe).¹⁴⁴

Mit dem „ersten Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms“ traten im Verlauf des Jahres 1993 weitere Kürzungen gesetzlicher Sozialleistungen in Kraft: Bei der Sozialhilfe wurden die Anhebungen der Bedarfssätze auf die Zuwachsraten

¹⁴¹ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1997/1998), Tabelle 37* und Tabelle 39*.

¹⁴² Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1999), Tabelle I-4.2 und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1997/1998), Tabelle 39*.

¹⁴³ Vgl. Deutsche Bundesbank (7/1994), S. 38 ff. und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1993/1994), Ziffer 111 f. und Tabelle 29.

¹⁴⁴ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Finanzbericht 1994), S. 19 und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1993/1994), Ziffer 117.

der durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelte bzw. auf maximal 2% beschränkt. Beim BAföG wurden die Anpassungen vorübergehend ausgesetzt. Beim Kinder- und Erziehungsgeld wurden die Anspruchsvoraussetzungen durch eine Erhöhung der Einkommensgrenzen verschärft. Des weiteren regelte das Gesetz eine Kürzung der Leistungssätze bei Lohnersatzleistungen (Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld) und bei der Arbeitslosenhilfe zum 1.1.1994 um einen Prozentpunkt bei Empfängern mit mindestens einem Kind und um drei Prozentpunkte bei allen anderen Empfängern. Daneben trat eine Verlängerung der Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe, eine Verkürzung der Zahlungsperiode beim Schlechtwettergeld um zwei Monate sowie eine Senkung des Leistungssatzes und eine Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen beim Unterhaltsgeld in Kraft.¹⁴⁵

Bei den **staatlichen Subventionen** an den westdeutschen Unternehmenssektor richteten sich die diskretionären Ausgabenkürzungen seit der deutschen Vereinigung auf die Streichung staatlicher Steuervergünstigungen und auf die Streichung direkter Finanzhilfen (z.B. Barzahlungen und zinsverbilligte Darlehen).¹⁴⁶ In sektoraler Hinsicht war lediglich in den Bereichen Wohnungsvermietung, Bundesbahn, Forschung und Entwicklung, Luft- und Raumfahrzeugbau, Steinkohlebergbau, Land- und Forstwirtschaft und Schiffbau ein Rückgang der direkten Finanzhilfen zu beobachten.¹⁴⁷ Insgesamt betrachtet waren die diskretionären Kürzungen direkter Finanzhilfen nicht besonders hoch, weil die eingesparten direkten Finanzhilfen zum großen Teil auf den stufenweisen Abbau „teilungsbedingter“ Finanzhilfen zurückgingen und damit quasi automatisch erzielt wurden.¹⁴⁸ Nach Berechnungen des DIW gingen die direkten Finanzhilfen im alten Bundesgebiet nur in den Jahren 1990 (um 1,4 Mrd. DM), 1991 (um 3,5 Mrd. DM) und 1993 (um 3,2 Mrd. DM) zurück. Bei den Steuervergünstigungen war ein Rückgang in den Jahren 1991 (um 0,4 Mrd. DM), 1992 (um 0,9 Mrd. DM), 1991 (um 0,4 Mrd. DM) und 1994 (um 1 Mrd. DM) zu beobachten.¹⁴⁹ Damit ergibt sich für den Zeitraum 1990 bis 1994 als grobe Untergrenze ein Einsparvolumen von insgesamt 10,8 Mrd. DM. Dabei wird angenommen, dass dieser Betrag vollständig vereinigungsbedingt eingespart wurde.

¹⁴⁵ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1993/1994), Ziffer 117 und Tabelle 32 und Hickel, R./Priewe, J. (1994), S. 154 ff.

¹⁴⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank (12/2000), S. 15 ff; Boss, A./Rosenschon, A. (1998), S. 3 ff; Löbke, K. (1993), S. 224 ff.

¹⁴⁷ Vgl. DIW (Wochenbericht Nr. 46/1992), S. 618 und DIW (Wochenbericht Nr. 4/1995), S. 106 ff.

¹⁴⁸ Vgl. Deutsche Bundesbank (12/2000), S. 21 ff. und DIW (Wochenbericht Nr. 4/1995), S. 106 ff.

¹⁴⁹ Vgl. DIW (Wochenbericht Nr. 4/1995), S. 108 und DIW (Wochenbericht Nr. 50/1997), S. 954.

6. Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch öffentliche Mehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet

In der öffentlichen Diskussion über die Finanzierung der Deutschen Einheit blieb der Beitrag des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet zur Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Nettofinanztransfers vielfach unbeachtet, da diese nicht-diskretionäre Form der Finanzmittelaufbringung für die Wirtschaftsteilnehmer relativ unmerklich war. Dieses Kapitel gibt nach einer statistischen Erfassung und Erklärung des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses in Abschnitt 6.1 in den Abschnitten 6.2 und 6.3 einen Überblick über die wichtigsten Auswirkungen des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses auf die Einnahmen- und Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte. Dabei werden die inflationsinduzierten öffentlichen Mehreinnahmen und „Ausgabeneinsparungen“ im alten Bundesgebiet – soweit statistisch möglich – näherungsweise quantifiziert. In Kapitel 6.2 werden die inflationsinduzierten Steuermehreinnahmen aus der Besteuerung betrieblicher Scheingewinne („Scheingewinnbesteuerung“), aus der Besteuerung nomineller Zinserträge („Scheinzinsbesteuerung“) und aus der „kalten Progression“ des Steuersystems näher analysiert. In Kapitel 6.3. werden die inflationsinduzierten „Ausgabeneinsparungen“ der ehemaligen westdeutschen Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger bei den nominalen Sozialausgaben und bei den nominalen Tilgungs- und Zinsausgaben für die öffentliche Verschuldung analysiert.¹⁵⁰

Nicht genauer analysiert werden die inflationsinduzierten „Ausgabeneinsparungen“ der ehemaligen westdeutschen Gebietskörperschaften bei den nominalen Sachausgaben für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen und bei den Personalausgaben für die öffentlich Bediensteten. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass als Folge des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses die privaten Unternehmen einen temporären Rückgang ihrer realen Bruttogewinne und die Beamten, Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes einen temporären Rückgang ihrer realen Bruttolohneinkommen hinnehmen mussten. Im Gegenzug haben die öffentlichen Haushalte in dem Ausmaß profitiert, in dem die staatlichen realen Sach- und Personalausgaben inflationsbedingt (temporär) zurückgingen.¹⁵¹

Des weiteren bleibt der inflationsinduzierte Gewinn der Deutschen Bundesbank aus der Schöpfung von nominellen Zentralbankgeld aus der folgenden Analyse ausgeklammert. Er entspricht dem Realwert der von der Zentralbank zusätzlich in Umlauf gebrachten nominalen

¹⁵⁰ Vgl. Sinn, H.-W. (1983), S. 115 ff. und Francke, H.-H./Nitsch, H. (1996), S. 62 ff.

¹⁵¹ Vgl. Conrad, E.-A. (1997), S. 238 und S. 240 ff. und Timm, H. (1980), S. 210 f.

Zentralbankgeldmenge und ergibt sich aus der inflationsinduzierten Veränderung der nominalen Zentralbankgeldmenge, deflationiert mit dem Preisniveau („realer monetärer Seigniorage“).¹⁵² Ein inflationsinduzierter Geldschöpfungsgewinn kommt dadurch zustande, dass die direkte inflationsinduzierte Realabwertung des nominalen Betriebsgewinns der Notenbank durch eine indirekte inflationsinduzierte Erhöhung seines nominalen Betrages überkompensiert wird, weil die privaten Wirtschaftssubjekte auf die Inflation mit einer Erhöhung ihrer nominalen Geldnachfrage reagieren und die gestiegene Geldnachfrage über die Mindestreserveverpflichtung der Geschäftsbanken und die Bargeldhaltungsgewohnheiten der Nichtbanken einen Anstieg der umlaufenden nominalen Zentralbankgeldmenge induziert.¹⁵³

6.1 Statistische Erfassung des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet und Darstellung seiner Bestimmungsfaktoren

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wird der Begriff „Inflation“ üblicherweise als eine anhaltende (mehrjährige) Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus über eine unvermeidliche Rate von ca. 1,5% hinaus definiert. Die Wachstumsrate des Preisniveaus zwischen zwei Perioden gibt den realen Kaufkraftverlust des Geldes in diesen Zeitraum an. In Abbildung 1 wird die Inflationsrate durch die prozentuale Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte gegenüber dem Vorjahr (1991 = 100) gemessen. Seit der deutschen Vereinigung stieg die westdeutsche Inflationsrate sprunghaft von 2,7% in 1990 bis auf 3,6% in 1991 und auf einen Spitzenwert von 4% in 1992 an. Im Jahr 1994 erreichte sie schließlich wieder das Niveau vor der deutschen Vereinigung von 2,7%. Im Zeitraum 1992 bis 1994 lag die gesamtdeutsche Inflationsrate deutlich höher als die westdeutsche Inflationsrate, da die ostdeutsche Inflationsrate von 1992 bis 1994 sehr hoch war.¹⁵⁴

Es stellt sich nun die Frage, in welchem Ausmaß der empirisch zu beobachtende Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im alten Bundesgebiet seit 1990 (1991: 0,9%; 1992: 1,3%; 1993: 0,9%) vereinigungsbedingt war. Da eine getrennte statistische Erfassung des vereinigungsunabhängigen und vereinigungsbedingten Inflationsimpulses nicht möglich ist, wird im Folgenden angenommen, dass der Inflationsimpuls in den Jahren 1991 bis 1993 vollständig auf den ordnungspolitischen Übergang der DDR zur Sozialen Marktwirtschaft und auf die hohen West-Ost-Bruttofinanztransfers zurückzuführen und damit vereinigungsbedingt war. Deshalb beschränkt sich die folgende Analyse auf die Jahre

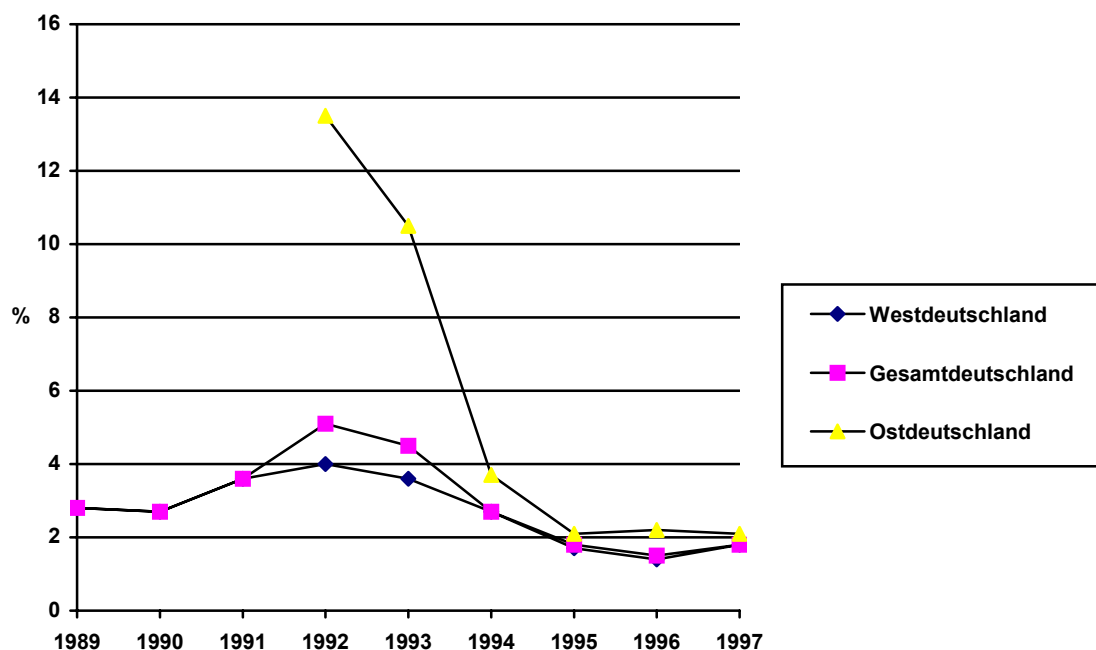
¹⁵² Vgl. Larbig, G.A. (1999), S. 200 ff. und S. 204 f. und Lange, C./Nolte, F. (1998), S. 495 ff.

¹⁵³ Vgl. Lange, C. (1995), S. 105 ff., 124 ff. und S. 129 ff. und Banaian, K. u.a. (1994), S. 31 ff.

¹⁵⁴ Vgl. Cassel, D. (1999), S. 289 ff.

1991 bis 1993. Diese Annahme ist plausibel, weil die westdeutsche Inflationsrate im Jahr 1994 wieder das Niveau von 1989 erreichte und in 1995 sogar zurückging. Demnach war der Einfluss vereinigungsunabhängiger Faktoren auf die westdeutsche Inflationsentwicklung offensichtlich erst wieder seit 1995 bedeutsam.¹⁵⁵

Abbildung 1: Entwicklung der Inflationsrate in Deutschland seit 1989 (in %)*



Quelle: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Laufende Monatsberichte, Tabelle IX.7.

In Abschnitt 3.1.3 wurde bereits dargestellt, dass der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls auf den Nachfrageschub aus Ostdeutschland nach westdeutschen Konsum- und Investitionsgütern im alten Bundesgebiet zurückzuführen war. Dieser expansive Nachfrageimpuls traf die westdeutsche Wirtschaft in einer konjunkturellen Boomphase mit einem hohen Auslastungsgrad der betrieblichen Produktionskapazitäten. Da die westdeutschen Unternehmen ihre Produktion nur noch begrenzt steigern und die überschüssige Güternachfrage nur teilweise befriedigen konnten, induzierte der Nachfrageüberschuss bereits am Ende des Jahres 1990 eine von der Bundesbank ungewollt alimentierte Nachfragesoginflation.¹⁵⁶ Diese mündete im Verlauf des Jahres 1991 in eine Lohnkostendruckinflation. Dahinter stand ein starker Anstieg der betrieblichen Lohn- und Lohnnebenkosten in Westdeutschland als Folge der angespannten Lage auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt, der wenig produktivitätsorientier-

¹⁵⁵ Vgl. Tullio, G. u.a. (1996), S. 15 ff; Müller, L. (1993), S. 126; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1991/1992), Ziffer 121-125.

¹⁵⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank (1/1992), S. 24 ff. und Francke, H.-H./Nitsch, H. (1996), S. 56 ff.

ten Lohnpolitik der Gewerkschaften und der diskretionären Sozialabgabenerhöhungen.¹⁵⁷ Da die westdeutschen Unternehmen einen kosteninduzierten Gewinnrückgang vermeiden wollten, überwälzten sie die gestiegenen Lohnkosten auf die Güterpreise. Außerdem nutzten sie die anhaltend hohe Güternachfrage aus Ostdeutschland zu einer Erhöhung ihrer Gewinnspanne. Daraufhin wurde zusätzlich noch eine Gewinnruckinflation ausgelöst.¹⁵⁸

6.2 Finanzierung durch Steuermehreinnahmen der Gebietskörperschaften aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet

6.2.1 Steuermehreinnahmen aus der „Scheingewinnbesteuerung“

Im deutschen Steuerrecht wird der betriebliche Gewinn bei der veranlagten Einkommensteuer, bei der Körperschaftsteuer und bei der Gewerbebeertragsteuer auf der Grundlage des Nominalwertprinzips ermittelt und besteuert. Damit folgt das deutsche Steuerrecht dem Konzept der nominalen Geldkapitalerhaltung. Danach soll das um Entnahmen und Einlagen bereinigte nominale Geldkapital am Ende einer Periode die gleiche Höhe wie das nominale Geldkapital am Periodenanfang aufweisen.¹⁵⁹

Bei Inflation führt die nominalwertorientierte Ertragsbesteuerung der Unternehmen allerdings zur Besteuerung betrieblicher „Scheingewinne“, da das für die betrieblichen Sachinvestitionen eingesetzte Eigenkapital bei der steuerlichen Gewinnermittlung nicht in Höhe seines Realwertes, sondern in Höhe seines inflationsbedingt gestiegenen Nominalwertes berücksichtigt wird. Demnach behandelt das deutsche Steuerrecht eine inflationsinduzierte nominale Wertsteigerung des betrieblichen Eigenkapitals als einen „echten“ betrieblichen Gewinn, obwohl sie lediglich den in Geldeinheiten bewerteten realen Eigenkapitalbestand erhalten bzw. den inflationsinduzierten Kaufkraftverlust des Eigenkapitals ausgleichen soll. Daraufhin sinkt der Realwert des eingesetzten Eigenkapitals. Diese Realabwertung ist umso größer, je geringer die Fremdfinanzierungsquote des Unternehmens ist. Wenn der nominale Steuerbi-

¹⁵⁷ Die Gewerkschaften forderten bei ihren tariflichen Nominallohnforderungen nicht nur einen Ausgleich für die Steuer- und Sozialabgabenerhöhungen und die gestiegenen Lebenshaltungskosten, sondern zusätzlich auch eine Beteiligung der Arbeitnehmer an den hohen Unternehmensgewinnen aus dem westdeutschen Vereinigungsboom.

¹⁵⁸ Vgl. Tullio, G. u.a. (1996), S. 15 ff. und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1992/1993), Ziffer 95-97.

¹⁵⁹ Vgl. Hessler, H.-D. (1994), S. 404 ff. und S. 408 ff. und Sell, A. (1997), S. 20 f. und S. 24.

lanzgewinn über dem realen Gewinn liegt, dann vermindern die Steuerzahlungen auf die „Scheingewinne“ nicht nur die Liquidität, sondern auch die Substanz des Unternehmens.¹⁶⁰

Die Entstehungsquelle betrieblicher „Scheingewinne“ liegt sowohl im betrieblichen Anlagevermögen als auch im betrieblichen Umlaufvermögen: Beim Umlaufvermögen treten inflationsinduzierte „Scheingewinne“ z.B. auf, wenn die Unternehmen in Zeiten steigender Preise für Vorprodukte im Verkaufspreis weniger als die inflationsbedingt gestiegenen Wiederbeschaffungspreise vergütet bekommen, da sie in der Steuerbilanz die historischen Beschaffungspreise ansetzen müssen. Dann liegt der nominale Steuerbilanzgewinn über dem realen Gewinn.¹⁶¹ Beim Anlagevermögen sind die abnutzbaren Güter des Anlagevermögens die Hauptquelle für das Entstehen betrieblicher „Scheingewinne“. Dies liegt daran, dass zwischen dem eigenkapitalfinanzierten Kauf eines abnutzbaren Wirtschaftsgutes mit einer mehrjährigen Nutzungsdauer und dem steuerlichen Abzug seiner Anschaffungs- bzw. Herstellkosten über Abschreibungen eine Zeitspanne von mehreren Jahren liegt. Es kommt zum Ausweis betrieblicher „Scheingewinne“, wenn in dieser Zeitspanne das allgemeine Preisniveau ansteigt und dadurch der Realwert des steuerlichen Abzugs, zurückgerechnet auf den Zeitpunkt der Anschaffung bzw. Herstellung, unter dem Wert der Anschaffungs- bzw. Herstellkosten liegt. Dies widerspricht dem Konzept der realen Geldkapitalerhaltung. Danach darf ein „echter“ realer Gewinn erst anfallen, wenn das Eigenkapital real erhalten bleibt.¹⁶² Nach dem Konzept der substantiellen Sachkapitalerhaltung entspricht der „Scheingewinn“ der Differenz zwischen dem Anschaffungs- und Wiederbeschaffungswert des Wirtschaftsgutes.¹⁶³

6.2.2 Steuermehreinnahmen aus der „Scheinzinsbesteuerung“

In Deutschland ist das Phänomen der „Scheinzinsbesteuerung“ bei der veranlagten Einkommensteuer, bei der Körperschaftsteuer und bei der Gewerbeertragsteuer relevant. Es ist darauf zurückzuführen, dass die Zinserträge im deutschen Steuerrecht nach dem Nominalwertprinzip besteuert werden. Dadurch müssen die Empfänger von Zinserträgen neben den realen Zinserträgen auch inflationsinduzierte nominale Zinserträge versteuern. Daraufhin steigt trotz konstanter realer Zinserträge die steuerliche Belastung ihrer Zinserträge an.¹⁶⁴

¹⁶⁰ Vgl. Sinn, H.-W. (1999), S. 8 f. und Institut „Finanzen und Steuern“ (1999), S. 9 ff.

¹⁶¹ Vgl. Sell, A. (1997), S. 17 ff. und S. 37 und Bierle, K. (1974), S. 44 ff.

¹⁶² Vgl. Institut „Finanzen und Steuern“ (1999), S. 12 und 26 ff. und Sinn, H.-W. (1983), S. 128 ff.

¹⁶³ Vgl. Institut „Finanzen und Steuern“ (1999), S. 26 ff. und Hessler, H.-D. (1994), S. 406 ff.

¹⁶⁴ Vgl. Glaß, S. (1996), S. 136 ff. und Tödter, K.-H./Ziebarth, G. (1999), S. 60.

Davon profitieren die öffentlichen Haushalte in Form von Steuermehreinnahmen, wenn die Zinszahler die Zinsen aus bereits versteuertem Einkommen leisten (z.B. bei Konsumentenkrediten) oder wenn die Gruppe der Bezieher von Zinserträgen einem höheren durchschnittlichen Grenzsteuersatz unterliegt als die Gruppe der Zinszahler. Im zweiten Fall sind die auf die „Scheinzinsbesteuerung“ der Zinsempfänger zurückgehenden Steuermehreinnahmen größer als die auf den „Scheinzinsausgabenabzug“ der Zinszahler zurückgehenden Steuermindereinnahmen. Die inflationsinduzierten Steuermindereinnahmen resultieren daraus, dass die Zinszahler inflationsinduzierte nominale Zinsausgaben unter bestimmten rechtlichen Voraussetzungen von ihrer steuerlichen Bemessungsgrundlage bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer abziehen und darüber ihre Steuerschuld vermindern können.¹⁶⁵

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, über welchen Mechanismus die Anleger inflationsinduzierte nominale Zinserträge beziehen und aus welchem Grund diese „Scheinzinserträge“ darstellen. Nach dem vereinfachten Zinstheorem von I. Fisher entspricht in einer Volkswirtschaft mit anhaltenden Preisniveausteigerungen und positiven Inflationserwartungen der vertraglich vereinbarte Nominalzinssatz nominal fixierter und nicht-indexierter verzinslicher Vermögensanlagen gerade der Summe aus dem vom Anleger für den Anlagezeitraum erwarteten Realzinssatz bei Preisniveaustabilität und der erwarteten Inflationsrate. Bei einem Anstieg der erwarteten Inflationsrate fordert der Geldgläubiger unverzüglich einen höheren Nominalzinssatz zum Ausgleich für den erwarteten inflationsinduzierten Realwertverlust der nominalen Zins- und Tilgungszahlungen des Geldschuldners.¹⁶⁶

Ein perfekter Inflationsausgleich gelingt dann, wenn die Marktteilnehmer die zukünftige Inflationsentwicklung mit vollkommener Voraussicht perfekt erwarten können, wenn bei der Erwartungsbildung keine Transaktions- und Informationskosten anfallen, und wenn die Marktteilnehmer ihre Antizipationswünsche in ihren Wirtschaftsplänen unverzüglich und vollständig durchsetzen können.¹⁶⁷ In diesem Fall wird der erwartete reale Zinsverlust durch einen um die erwartete Inflationsrate höheren Nominalzinssatz gerade ausgeglichen. Wenn der Gläubiger zusätzlich noch den erwarteten inflationsinduzierten Realvermögensverlust kompensieren möchte, dann muss er vom Schuldner einen überproportional höheren Nominalzinssatz fordern.¹⁶⁸ Auf dem Kapitalmarkt führt der Anstieg der erwarteten Inflationsrate zu einem

¹⁶⁵ Vgl. Wiswesser, R. (1993), S. 4 und Glaß, S. (1996), S. 137.

¹⁶⁶ Vgl. Sell, A. (1997), S. 55 ff. und Tanzi, V. (1993), S. 227 f.

¹⁶⁷ Vgl. Gebauer, W. (1982), S. 3 f. und S. 13 ff. und Cassel, D. (1999), S. 318.

¹⁶⁸ Vgl. Jordan, T. (1994), S. 55 und Filc, W. (1992), S. 81 und 96 f.

Anstieg des gleichgewichtigen Nominalzinssatzes. Bei identischen und korrekten Inflationserwartungen der Marktteilnehmer entspricht der Anstieg des Nominalzinssatzes genau der erwarteten Steigerung der Inflationsrate.¹⁶⁹

Bei der Darstellung des Zinstheorems von Fisher zeigt sich also, dass inflationsinduzierte nominale Zinserträge der Anleger keine „echten“ realen Zinseinkünfte darstellen, da sie nur den erwarteten inflationsinduzierten Realwertverlust der Zins- und Tilgungszahlungen des Schuldners ausgleichen. Bei einer Besteuerung der Zinserträge nach dem Nominalwertprinzip werden diese „Scheinzinserträge“ allerdings steuerlich erfasst. Dadurch sinkt selbst im Falle einer erfolgreich antizipierten Inflation die reale Nettorendite und ggf. der Realwert der verzinslichen Vermögensanlage.¹⁷⁰ Da eine proportionale Anpassung des Nominalzinssatzes an einen Anstieg der erwarteten Inflationsrate zur Vermeidung eines realen Zinsverlustes des Gläubigers offensichtlich nicht ausreicht, muss er einen überproportional höheren Nominalzinssatz fordern. Wenn sich dieser höhere Nominalzinssatz nicht am Markt durchsetzt, dann ist die Überwälzung der „Scheinzinsertragsteuer“ auf den Schuldner nicht erfolgreich. Folglich sinkt die reale Nettorendite und ggf. der Realwert der Vermögensanlage.¹⁷¹

In einer empirischen Studie von Glaß zur Entwicklung der nominalen und realen Brutto- und Nettozinssätze verzinslicher Vermögensanlagen in Deutschland zwischen 1973 und 1994 wurde gezeigt, dass die Halter kurzfristiger Termineinlagen in den meisten Jahren eine äußerst niedrige Nettorealverzinsung ihrer Termineinlagen und trotz positiver realer Bruttozinserträge sogar eine negative Nettorealverzinsung und damit reale Vermögensverluste tragen mussten. Dementsprechend lag die effektive Steuerbelastung der realen Bruttozinserträge der Sparer deutlich höher als die formal-rechtliche Steuerbelastung. Dabei variierte der effektive Grenzsteuersatz auf die nominalen Bruttozinserträge positiv mit dem formal-rechtlichen Grenzsteuersatz des Sparer. Bei einem formal-rechtlichen Grenzsteuersatz von 30% betrug der „Keil“ zwischen dem effektiven und dem formal-rechtlichen Grenzsteuersatz ca. 54 Prozentpunkte, bei einem formal-rechtlichen Grenzsteuersatz von 50% bereits ca. 90 Prozentpunkte. Des weiteren zeigt die Studie, dass die realen Nettorenditen festverzinslicher Wertpapiere zwischen 1973 und 1994 zwar positiv aber ebenfalls niedriger als die realen Brutto-

¹⁶⁹ Vgl. Friedman, B.J. (1978), S. 834 f. Bei festverzinslichen Wertpapieren führt der Anstieg der erwarteten Inflationsrate zusätzlich noch zu einem Angebotsüberschuss und damit zu einem Kursrückgang auf dem Wertpapiermarkt, da zum gegebenen Kursniveau das Wertpapierangebot steigt und die Wertpapiernachfrage sinkt.

¹⁷⁰ Vgl. Edey, M. (1994), S. 110 und Petersen, H.-G. (1977), S. 75 und S. 77 ff.

¹⁷¹ Vgl. Black, R. u.a. (1997), S. 328 und Sell, A. (1997), S. 56 f.

renditen waren. Dabei lag die effektive Steuerbelastung der realen Bruttozinserträge umso mehr über der formal-rechtlichen Steuerbelastung, je höher der formal-rechtliche Grenzsteuersatz des Wertpapierhalters war. Insgesamt bestätigt die Studie von Glaß, dass das Phänomen der „Scheinzinsbesteuerung“ im alten Bundesgebiet in den Jahren 1990 bis 1993 tatsächlich auftrat.¹⁷²

6.2.3 Steuermehreinnahmen aus der „kalten Progression“

In diesem Abschnitt wird die Herkunft der inflationsinduzierten Steuermehreinnahmen aus der „kalten Progression“ bei der deutschen Einkommensteuer erklärt. Dieses Phänomen setzt die Anwendung des Nominalwertprinzips bei der Erhebung der Einkommensteuer voraus. Dieses Prinzip dokumentiert sich im deutschen Einkommenssteuerrecht darin, dass das Steuerobjekt der Einkommensteuer das nominale Bruttoeinkommen ist, und dass der tarifliche Grundfreibetrag, die Tarifformel und die Abzugs- und Freibeträge bei der Ermittlung des „zu versteuernden Einkommens“ nominal fixiert sind.¹⁷³ Darüber hinaus ist das Phänomen der „kalten Progression“ an die Bedingung geknüpft, dass der Einkommenssteuertarif progressiv ausgestaltet ist und/oder die Anpassung der nicht-dynamisierten nominalen Abzugs- und Freibeträge an einen Anstieg der Inflationsrate (temporär) unvollständig ist.¹⁷⁴

(1) Inflationsinduzierte Steuermehreinnahmen infolge der progressiven Ausgestaltung des deutschen Einkommensteuertarifs

Bei der deutschen Einkommensteuer führt ein Inflationsimpuls zu einem mengenbedingt zu einem Anstieg der steuerlichen Durchschnittsbelastung der Steuerpflichtigen im gesamten Einkommensbereich, weil die nominalen steuerpflichtigen Bruttoeinkommen der Steuerpflichtigen rein inflationsbedingt ansteigen. Zum zweiten steigt die steuerliche Durchschnittsbelastung bei einigen Steuerpflichtigen auch noch tarifbedingt an, weil der deutsche Einkommenssteuertarif sowohl indirekt als auch direkt progressiv ausgestaltet ist. Aus beiden Gründen müssen die Steuerpflichtigen einen Rückgang ihrer realen Nettoeinkommen hinnehmen, da ihre realen Bruttoeinkommen unverändert geblieben waren. Dementsprechend erhält der Staat inflationsinduzierte mengen- und tarifbedingte Steuermehreinnahmen.¹⁷⁵

¹⁷² Vgl. Glaß, S. (1996), S. 138 ff.

¹⁷³ Vgl. Wiswesser, R. (1996), S. 27 ff. und Stern, V. (2000), S. 38 f.

¹⁷⁴ Vgl. Heilemann, U. u.a. (1994), S. 63 ff. und Wiswesser, R. (1996), S. 27 ff.

¹⁷⁵ Vgl. Wiswesser, R. (1993), S. 8 und Stern, V. (2000), S. 38.

Während des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses zwischen 1990 und 1993 hatte der Einkommensteuertarif für ledige Steuerpflichtige folgenden Tarifverlauf: In der Nullzone war das „zu versteuernde Einkommen“ bis zum Grundfreibetrag steuerlich freigestellt. Bei Überschreiten des Grundfreibetrages wurde das darüber liegende „zu versteuernde“ Einkommen bis zu einem Einkommen von 8.150 DM mit einem konstanten Grenzsteuersatz von 19% besteuert.¹⁷⁶ In dieser „unteren Proportionalzone“ ergibt sich ein indirekter Progressionseffekt, da der Durchschnittssteuersatz trotz des konstanten Grenzsteuersatzes mit einem steigenden „zu versteuernden“ Einkommen ansteigt. Dieser indirekte Progressionseffekt geht mit einem steigenden „zu versteuernden“ Einkommen allerdings kontinuierlich zurück.¹⁷⁷ In der darauffolgenden direkten Progressionszone stieg der Grenzsteuersatz für „zu versteuernde Einkommen“ zwischen 8.151 DM und 120.003 DM kontinuierlich von 19% bis auf 53% an. Daraus resultiert ein direkter Progressionseffekt, da der Durchschnittssteuersatz mit einer steigenden Bemessungsgrundlage kontinuierlich ansteigt und stets unterhalb des steigenden Grenzsteuersatzes liegt. In der oberen Proportionalzone betrug der Grenzsteuersatz für zu versteuernde Einkommen über 120.003 DM schließlich konstant 53%.¹⁷⁸

Bei einem indirekt und direkt progressiven Einkommensteuertarif fällt der inflationsinduzierte tarifbedingte Anstieg der steuerlichen Durchschnittsbelastung dort besonders groß aus, wo das nominale „zu versteuernde“ Einkommen inflationsbedingt den nominal fixierten steuerlichen Grundfreibetrag oder nominal fixierte Progressionsstufen überschreitet. In beiden Fällen kommt es zu einem sprunghaften Anstieg des Grenzsteuersatzes.¹⁷⁹ Daraus folgt im Hinblick auf den deutschen „Einkommensteuertarif 1990“, dass der inflationsinduzierte Anstieg der steuerlichen Durchschnittsbelastung beim Übergang von der Nullzone zur unteren Proportionalzone und beim Übergang von der unteren Proportionalzone zur Progressionszone besonders hoch war. Beim Übergang in den Bereich der unteren Proportionalzone stieg der Grenzsteuersatz sprunghaft auf 19% an. Beim Übergang in den Bereich der Progressionszone „wuchsen“ die Steuerpflichtigen mit ihrem „zu versteuernden Einkommen“ in einem Bereich mit einem höheren nominalen Grenzsteuersatz als 19% hinein. Dagegen fiel der inflationsinduzierte Anstieg der steuerlichen Durchschnittsbelastung innerhalb der unteren Proportionalzone und der oberen Proportionalzone weniger stark aus, da er bei konstantem

¹⁷⁶ Vgl. van Essen, U. u.a. (1988), S. 4 ff. und Hinterberger, F./Müller, K. (1988), S. 357 ff.

¹⁷⁷ Vgl. Wiswesser, R. (1996), S. 29 f. und S. 34 ff. und Hahn, G. (1977), S. 55.

¹⁷⁸ Vgl. van Essen, U. u.a. (1988), S. 4 ff. und Hinterberger, F./Müller, K. (1988), S. 357 ff.

¹⁷⁹ Vgl. Razin, A. (1997), S. 442 f. und Wiswesser, R. (1996), S. 32 ff. und S. 36 ff.

Grenzsteuersatz von 19% bzw. 53% ausschließlich auf die indirekte Progression zurückzuführen war. Außerdem schwächte sich der Effekt der „kalten Progression“ innerhalb dieser beiden Tarifzonen mit einem steigenden „zu versteuernden Einkommen“ stetig ab, da der indirekt progressive Effekt des steuerlichen Grundfreibetrages zurückging.¹⁸⁰

(2) Inflationsinduzierte Steuermehreinnahmen infolge der nicht-dynamisierten nominalen Abzugs- und Freibeträge

Bei der deutschen Einkommensteuer führt ein Inflationsimpuls auch deshalb zu einem Anstieg der steuerlichen Durchschnittsbelastung der Steuerpflichtigen im gesamten Einkommensbereich, weil im deutschen Einkommensteuerrecht der tarifliche Grundfreibetrag, die Freibeträge bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens (z.B. Sparer-Freibetrag, und Kinderfreibetrag) sowie die pauschalen Abzugsbeträge für die Kosten der Einkommenserzielung (Werbungs- und Betriebskosten), für Sonderausgaben und für außergewöhnliche Belastungen nominal fixiert und nicht dynamisiert sind. Da der Nominalwert der Frei- und Abzugsbeträge in der Praxis nur unregelmäßig bzw. nur unvollständig an die inflationäre Entwicklung angepasst wird, geht ihr Realwert bei Inflation (vorübergehend) zurück. Dadurch erhöht sich die steuerliche Durchschnittsbelastung der Steuerpflichtigen.¹⁸¹ Bei dieser inflationsinduzierten Realabwertung der pauschalen Abzugsbeträge werden allerdings nur diejenigen Steuerpflichtigen zusätzlich belastet, die inflationsbedingt niedrigere Ausgabenbeträge als die nominalen Pauschalbeträge nachweisen. In diesem Fall werden die nominalen Pauschalbeträge bei der Ermittlung des „zu versteuernden Einkommens“ automatisch abgezogen. Dagegen können die Steuerpflichtigen eine höhere Steuerbelastung vermeiden, wenn sie per Einzelausweis inflationsbedingt höhere Ausgabenbeträge als die nominalen Pauschalbeträge nachweisen können.¹⁸²

6.2.4 Statistische Erfassung der Steuermehreinnahmen aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet

In diesem Abschnitt werden die Steuermehreinnahmen der ehemaligen westdeutschen Gebietskörperschaften aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet näherungsweise berechnet. Da eine getrennte Schätzung der inflationsinduzierten Steuermehreinnahmen aus der „Scheinzinsbesteuerung“, aus der „Scheingewinnbesteuerung“ und

¹⁸⁰ Vgl. Bierle, K. (1974), S. 68 f. und Wiswesser, R. (1996), S. 27 ff., 32 ff. und S. 35 ff.

¹⁸¹ Vgl. Wiswesser, R. (1993), S. 8 f. und Caanen, C. (1993), S. 4 und S. 8.

¹⁸² Vgl. Wiswesser, R. (1996), S. 34 f. und Petersen, H.-G. (1977), S. 59 f.

aus der „kalten“ Progression statistisch äußerst schwierig und aufwendig ist, wird an dieser Stelle darauf verzichtet. Dafür wurde in Tabelle 12 der Gesamtbetrag der vereinigungsbedingten inflationsinduzierten Steuermehreinnahmen mit Hilfe der Aufkommenselastizität des deutschen Steuersystems von 1,1 geschätzt. Diese Berechnungsmethode wurde bereits bei der Schätzung der jährlichen Steuereinnahmen aus dem nominalen Sozialproduktwachstum und aus dem vereinigungsbedingten realen Sozialproduktwachstum in Westdeutschland zwischen 1990 und 1993 in Abschnitt 3.1.3 verwendet (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 12: Erfassung der primären Steuermehreinnahmen aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet zwischen 1991 und 1993

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Reales Bruttosozialprodukt (in Preisen von 1991) (Veränderung in %)	4,1	5,5	4,9	1,3	-2,5	1,7
Nominales Bruttosozialprodukt (Veränderung in %)	6,7	8,9	8,9	5,7	0,5	3,9
Inflationärer Wachstumsimpuls (in %)	2,6	3,4	4,0	4,4	3,0	2,2
Steuermehreinnahmen aus dem nominalen Sozialproduktwachstum (in Mrd. DM)	-	54,8	56,1	41,1	3,9	30,7
Steuermehreinnahmen aus dem inflationsinduzierten Sozialproduktwachstum (in Mrd. DM)	-	20,9	25,2	32,0	23,4	17,3
Inflationsrate (in %)	2,7	2,7	3,6	4,0	3,6	2,7
Vereinigungsbedingter Inflationsimpuls (in %)	0	0	0,9	1,3	0,9	0
Steuermehreinnahmen aus dem vereinigungsbedingten inflationsinduzierten Sozialproduktwachstum (in Mrd. DM)	0	0	6,3	10,4	5,9	0

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.2, Hauptbericht 1996 und 1994, Wiesbaden, Tabelle 3.1.1; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1997/1998), Tabelle 39*; eigene Berechnungen.

In Tabelle 12 wurden auf der Grundlage der Daten aus Tabelle 8 mit Hilfe des inflationären Wachstumsimpulses zunächst die jährlichen Steuermehreinnahmen aus dem inflationsinduzierten Sozialproduktwachstum in Westdeutschland zwischen 1990 und 1994 geschätzt. Anschließend wurden für jedes Jahr die inflationsinduzierten Steuermehreinnahmen, die auf den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls zurückgingen, berechnet. Damit wird berücksichtigt, dass der jährliche inflationäre Wachstumsimpuls nur zum Teil vereinigungsbedingt war, weil die jährliche Inflationsrate nur zum Teil vereinigungsbedingt zustande kam. Nach den Berechnungen betrugen die primären Steuermehreinnahmen aus dem vereinigungsbedingten inflationsinduzierten Sozialproduktwachstum im alten Bundesgebiet zwischen 1991 und 1993 insgesamt ca. 22,6 Mrd. DM. Dieser Schätzwert stellt einen umso besseren Indikator für die tatsächlichen Steuermehreinnahmen aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls

im alten Bundesgebiet in diesem Zeitraum dar, je geringer der Einfluss der vereinigungsunabhängigen Faktoren auf die Entwicklung der westdeutschen Inflationsrate und damit auf das inflationsinduzierte Sozialproduktwachstum in diesem Zeitraum war. In Abschnitt 6.1 wurde aber angenommen, dass die jährliche Veränderung der Inflationsrate im Zeitraum 1991 bis 1993 annahmegemäß vollständig vereinigungsbedingt war. Deshalb kann der obige Schätzwert in voller Höhe als „vereinigungsbedingt“ bezeichnet werden.

Allerdings standen den vereinigungsbedingten inflationsinduzierten Steuermehreinnahmen sekundäre Steuermindereinnahmen gegenüber, da die Steuerpflichtigen auf eine inflationsinduzierte reale Steuer mehrbelastung mit Anpassungsprozessen reagieren. Diese reichen von der Verlagerung der realen steuerlichen Mehrbelastung auf andere Personengruppen über die legale Vermeidung des steuerpflichtigen Tatbestandes und die legale Verminderung der steuerlichen Bemessungsgrundlage bis hin zur Verzögerung der Steuerzahlung und zur illegalen Steuerhinterziehung. In der Praxis hängen die Häufigkeit und die Intensität dieser Anpassungsreaktionen v.a. von der Dauer und Stärke des Inflationsprozesses, von der wirtschaftlichen Stellung des Steuerobjekts, von der Steuermoral der Steuerpflichtigen und von der Organisation und Kontrollintensität der Steuererhebung ab.¹⁸³ Außerdem determiniert der Grad der Risikoaversion des Steuerpflichtigen die Steuerhinterziehungsaktivitäten, da ein risikoscheuer Steuerpflichtiger auf eine inflationsinduzierte Erhöhung seiner realen Steuerschuld mit weniger Steuerhinterziehung reagiert als ein risikofreudiger Steuerpflichtiger.¹⁸⁴

Darüber hinaus ist es denkbar, dass der inflationsinduzierte Anstieg des Steueraufkommens real betrachtet unter dem inflationsinduzierten Anstieg der aggregierten Steuerschuld der Steuerpflichtigen liegt. Nach dem sogenannten „Olivera-Tanzi-Effekt“ führt ein Anstieg des allgemeinen Preisniveaus bei den veranlagten Steuern oder bei einer eigenmächtigen Verzögerung der Steuerzahlung durch den Steuerpflichtigen zu einem Rückgang der realen Steuereinnahmen des Staates, wenn der Inflationsimpuls während des Zeitraums zwischen dem Eintritt des steuerpflichtigen Tatbestandes und der Zahlung der Steuerschuld an die Finanzbehörde eintritt. In diesem Fall kann der Steuerpflichtige die nominal fixierte Steuerschuld mit entwerteten Geld zahlen. Der reale Wert seiner Steuerschuld ist gesunken.¹⁸⁵

¹⁸³ Vgl. Hahn, G. (1977), S. 169 f. und Oberheide, R. (1998), S. 30 f. und S. 36.

¹⁸⁴ Vgl. Fishlow, A./Friedman, J. (1994), S. 111 f. und Crane, S.E./Nourzad, F. (1986), S. 218 f. und S. 222.

¹⁸⁵ Vgl. Wiswesser, R. (1996), S. 42 f. und Fishlow, A./Friedman, J. (1994), S. 111.

6.3 Finanzierung durch reale „Ausgabeneinsparungen“ der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet

6.3.1 Die inflationsinduzierte Realabwertung staatlicher Sozialleistungen

In Deutschland sind die Sozialleistungen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger an die privaten Haushalte nominal fixiert. Dadurch kann es im Falle einer Inflation zu einer (temporären) Realabwertung staatlicher Sozialleistungen kommen, wenn eine automatische Dynamisierung der Sozialleistungen nicht vorgesehen ist oder die diskretionäre Dynamisierung der Sozialleistungen unvollständig ist bzw. lediglich zeitlich verzögert erfolgt. Davon profitieren die staatlichen Transferegeber in realer Hinsicht, da sie die nominalen Sozialleistungen (temporär) in entwerteten Geld auszahlen können und damit reale Sozialausgaben „einsparen“.¹⁸⁶ Nach der „Transfereinkommen-Lag-Hypothese“ ist die inflationsinduzierte Realabwertung nominal fixierter staatlicher Sozialleistungen darauf zurückzuführen, dass die Bezieher staatlicher Transfereinkommen aufgrund ihrer „passiven“ Stellung keine Möglichkeit zum Ausgleich eines inflationsinduzierten Kaufkraftverlustes ihrer Transfereinkommen über den Markt besitzen. Sie sind also darauf angewiesen, dass die politischen Entscheidungsträger entweder die Sozialleistungen durch eine Festlegung von Anpassungsregeln automatisch dynamisieren oder den Nominalwert der nicht automatisch dynamisierten Sozialleistungen auf diskretionärem Wege vollständig und zeitlich unverzögert an den Anstieg der allgemeinen Preisniveaus anpassen. In der Realität ist der Inflationsausgleich allerdings unvollständig und zeitlich verzögert. Aus beidenn Gründen gehen die Realeinkommen der Transferempfänger inflationsbedingt (temporär) zurück.¹⁸⁷

Es ist mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial leider nicht möglich, die auf den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet zurückgehende Realabwertung nominaler staatlicher Sozialleistungen an die westdeutschen privaten Haushalte zu quantifizieren und damit die realen „Ausgabeneinsparungen“ der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger in Westdeutschland zu erfassen. Deshalb geht die vorliegende Studie anhand von Plausibilitätsüberlegungen der Frage nach, ob die These einer inflationsinduzierten Realabwertung nominaler staatlicher Sozialleistungen im alten Bundesgebiet zwischen 1991 bis 1993 eher plausibel oder eher unplausibel ist. Es wird gezeigt, dass ein temporärer „Transfereinkommen-Lag“ durchaus plausibel ist, da der größere Teil der staatlichen Sozial-

¹⁸⁶ Vgl. Fricke, D. (1981), S. 144 ff. und Scholz, W./Drouin, A. (1998), S. 54.

¹⁸⁷ Vgl. Mückl, W. (1975), S. 27 ff. und S. 93 f. und Easterly, W./Fischer, S. (2001), S. 160.

leistungen vom Gesetzgeber lediglich auf diskretionärem Wege dynamisiert wird und bei den automatisch-dynamisierten staatlichen Sozialleistungen trotz Dynamisierung eine temporäre Realabwertung auftritt.¹⁸⁸ Bei den automatisch-dynamisierten Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten (Altersrenten und Hinterbliebenenrenten) führte der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls zwischen 1991 und 1993 aus zwei Gründen zu einer temporären Realabwertung: erstens die verzögert dynamische Ausgestaltung der Rentenformel und zweitens die empirische Relevanz der „Lohn-Lag-Hypothese“.

(1) Die temporäre inflationsinduzierte Realabwertung der automatisch dynamisierten Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung

In Deutschland schlagen sich anhaltenden Steigerungen des Preisniveaus über eine dynamische Rentenformel automatisch in höheren nominalen Bestands- und Zugangsrenten nieder. Dadurch ist sichergestellt, dass die reale Kaufkraft der nominalen Bestandsrenten und daher die relative Einkommensposition der Bestandsrentner gegenüber der aktiven Erwerbsbevölkerung nicht ständig sinkt. Außerdem passt sich das Niveau der Zugangsrenten an das allgemeine Lohnniveau und damit indirekt an die allgemeine Preisniveauentwicklung automatisch an. Bei der dynamischen Rente werden also die Rentner an realwirtschaftlich und inflationär bedingten nominalen Einkommenszuwächsen der aktiven Erwerbstätigen automatisch, d.h. ohne die Notwendigkeit diskretionärer Anpassungsgesetze, beteiligt.¹⁸⁹

In der bis Ende 1991 gültigen Rentenformel erfolgte die regelgebundene Dynamisierung der jährlich festzusetzenden Bestandsrenten über die „Allgemeine Bemessungsgrundlage“. Diese wurde in jedem Jahr zum 1. Juli nach Maßgabe der Entwicklung der durchschnittlichen *Bruttolöhne und -gehälter* der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer in den drei Vorjahren durch Rechtsverordnung neu festgesetzt. Damit gab sie den gegenwartsnahen absoluten Wert der durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelte der erwerbstätigen Arbeitnehmer an. Bei der erstmaligen Festsetzung der individuellen Zugangsrente im Zeitpunkt t wurde die „Allgemeine Bemessungsgrundlage“ im Zeitpunkt t und die individuelle Erwerbsbiographie des Versicherten zu Grunde gelegt.¹⁹⁰ Bei der jährlichen Neufestsetzung der individuellen Bestandsrente zum 1. Juli jedes Jahres wurde die Bestandsrente nach Maßgabe der Verände-

¹⁸⁸ Vgl. Francke, H.-H./Nitsch, H. (1996), S. 64 f. und Richter, H. (1994), S. 107.

¹⁸⁹ Vgl. Bäcker, G. u.a. (2000), S. 273 ff. und Frerich, J. (1996), S. 160 f., 165 f. und S. 388 ff.

¹⁹⁰ Diese umfasste die „Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre“, die „persönliche Bemessungsgrundlage“ als Ausdruck für die durchschnittliche relative Bruttolohn- bzw. Bruttogehaltsposition des Versicherten gegenüber allen Versicherten und den „Steigerungssatz“ in Höhe von 1,5% bzw. 2,0% der persönlichen Bemessungsgrundlage.

rungsrate der durchschnittlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme der erwerbstätigen Arbeitnehmer in den drei Vorjahren quasi fortgeschrieben bzw. angepasst.¹⁹¹

In der seit 1992 gültigen Rentenformel werden die jährlichen Bestands- und Zugangsrenten gemäß der Entwicklung der durchschnittlichen *Nettolohn- und Nettogehaltssumme* der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer im Vorjahr dynamisiert. Dabei vollzieht sich die Dynamisierung über den „aktuellen Rentenwert“. Bei der erstmaligen Festsetzung der individuellen Zugangsrente im Zeitpunkt *t* werden zunächst die „persönlichen Entgeltpunkte“ des Versicherten und der „Rentenartfaktor“ miteinander multipliziert. Dieses Produkt wird mit dem in DM bezifferten „aktuellen Rentenwert“ multipliziert, der den aktuellen Wert eines persönlichen Entgeltpunktes angibt. Er wird jährlich zum 1. Juli neu ermittelt und per Rechtsverordnung entsprechend dem politisch angestrebten Rentenanpassungssatz so festgelegt, dass die Rente - je nach der Zahl der persönlichen Entgeltpunkte des Versicherten - einen bestimmten Prozentsatz des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer erreicht. Demnach bewirkt der „aktuelle Rentenwert“ eine jährliche Dynamisierung der Bestandsrenten nach Maßgabe der Entwicklung der durchschnittlichen nominalen Nettolöhne und -gehälter der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer im Vorjahr. Bei der jährlichen Dynamisierung wird im jedem Jahr die Veränderungsrate des aktuellen Rentenwertes gegenüber dem Vorjahr zu Grunde gelegt. Diese hängt von der Veränderung des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts der erwerbstätigen Arbeitnehmer und von der Veränderung der hierauf entfallenden direkten Belastung durch die Lohnsteuer und die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung ab. Dementsprechend schlagen sich realwirtschaftlich bedingte und inflationsinduzierte Steigerungen der aktuellen nominalen Nettolöhne und -gehälter der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer nach einem Jahr in höheren Bestandsrenten nieder.¹⁹²

Trotz dieser automatischen Dynamisierung der Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten hat sich der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls zwischen 1991 und 1993 aus zwei Gründen temporär doch nur in einem unterproportionalen Anstieg der nominalen Rentenbeträge und damit in einer Realabwertung der nominalen Renteneinkommen niedergeschlagen: (a) die verzögert-dynamische Ausgestaltung der Rentenformel und (b) die empirische Relevanz der „Lohn-Lag-Hypothese“.

¹⁹¹ Vgl. Frerich, J. (1996), S. 157 ff, 165 f. und S. 388 ff. und Schwarze, J. (1999), S. 131 ff. und S. 137.

¹⁹² Vgl. Bäcker, G. u.a. (2000), S. 267 ff. und Schmähl, W. (1997), S. 424 f. und S. 429.

Zu (a) Die verzögert-dynamische Ausgestaltung der bundesdeutschen Rentenformel

Es wurde oben bereits gezeigt, dass im deutschen Rentenrecht eine Verzögerungsperiode zwischen realwirtschaftlich bedingten und/oder inflationsinduzierten Veränderungen der aktuellen Brutto- bzw. Nettoarbeitsentgelte der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer einerseits und den korrespondierenden Veränderungen der „Allgemeinen Bemessungsgrundlage“ bzw. den korrespondierenden Veränderungen des „aktuellen Rentenwertes“ in der deutschen Rentenformel andererseits eingebaut ist. Daher „hinkt“ die Entwicklung der nominalen Alters- und Hinterbliebenenrenten prinzipiell hinter der Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus hinterher. Im deutschen Rentenrecht ist also ein „Anpassungslag“ der aktuellen nominalen Rentenbeträge an die aktuelle Preisniveauentwicklung direkt institutionalisiert.¹⁹³

Zu (b) Die empirische Relevanz der „Lohn-Lag-Hypothese“

Darüber hinaus erhalten die Sozialrentner über die dynamische Ausgestaltung der deutschen Rentenformel für ihre nominale Renteneinkommen lediglich in dem Maße einen automatischen Inflationsausgleich, wie die erwerbstätigen Arbeitnehmer bzw. die Gewerkschaften den aktuellen Inflationsimpuls in der Vorperiode korrekt erwarten und die angestrebte Anpassung der nominalen Bruttoarbeitsentgelte an die allgemeine Preisniveauentwicklung in ihren nominalen Lohn- bzw. Gehaltsforderungen gegenüber den Arbeitgebern erfolgreich vertraglich durchsetzen können. Dementsprechend geht also ein unvollständiger Inflationsausgleich bzw. ein zeitlich verzögerter Inflationsausgleich bei der Aushandlung der (tariflichen) Bruttoarbeitsentgelte mit einem unterproportionalen Anstieg der nominalen Bruttoarbeitsentgelte der Arbeitnehmer im Vergleich zum Anstieg des allgemeinen Preisniveaus einher, wenn nicht in der vergangenen Periode der Anstieg des allgemeinen Preisniveaus höher war. Dieser „Anpassungslag“ führt dann über die dynamisch ausgestaltete Rentenformel zu einem unvollständigen Inflationsausgleich bzw. zu einem zeitlich verzögerten Inflationsausgleich bei den nominalen Bestands- und Zugangsrenten der Rentner.¹⁹⁴

Dies ist nach der „Lohn-Lag-Hypothese“ aber gerade der Fall.¹⁹⁵ Ein „Lohn-Lag“ ist zum einen dann zu erwarten, wenn die Arbeitnehmer den Inflationsimpuls in der aktuellen Periode zum Zeitpunkt der vertraglichen Festlegung der nominalen Bruttoarbeitsentgelte in der Vorperiode nicht oder nicht in seiner tatsächlichen Höhe erwarteten. Dann haben sie in ihren

¹⁹³ Vgl. Bäcker, G. u.a. (2000), S. 273 ff. und Frerich, J. (1996), S. 160 f. und S. 390 f.

¹⁹⁴ Vgl. Bäcker, G. u.a. (2000), S. 273 ff. und Cassel, D./Thieme, H.-J. (1976), S. 113 f.

¹⁹⁵ Vgl. Fricke, D. (1981), S. 126 ff. und Sinn, H.-W. (1999), S. 8 f.

früheren nominalen Bruttolohn- und -gehaltsforderungen keine (ausreichende) Inflationsprämie berücksichtigt und müssen den verpassten Inflationsausgleich ex-post nachholen. Es verbleibt dann aber zumindest noch ein Zinsverlust als Folge der zeitlich verzögerten Anpassung der Bruttoarbeitsentgelte.¹⁹⁶ Außerdem müssen sie auf der Grundlage ihrer revidierten Inflationserwartungen noch einen Inflationsausgleich für die kommende Periode fordern.¹⁹⁷

Zum anderen tritt ein „Lohn-Lag“ (vorübergehend) dann auf, wenn die Arbeitnehmer den Inflationsimpuls in der aktuellen Periode in der Vergangenheit zwar korrekt erwarteten, aber (kurzfristig) nicht erfolgreich in den nominalen Bruttolohn- und -gehaltsforderungen gegenüber den Arbeitgebern antizipieren konnten. Dann schlägt sich der korrekt erwartete Inflationsimpuls entweder erst nach einer gewissen Anpassungsperiode in proportional höheren nominalen Bruttolöhnen und Bruttogehältern oder lediglich in unterproportional höheren nominalen Bruttolöhnen und -gehältern nieder.¹⁹⁸ Beispielsweise sind die nominalen Bruttolöhne und Bruttogehälter zumindest kurzfristig rigide, wenn die mit den Arbeitgebern ausgehandelten Verträge noch eine gewisse Restlaufzeit besitzen. Dann können die Arbeitnehmer den angestrebten Inflationsausgleich erst nach dem Auslaufen der Verträge durchsetzen. Es ist sogar denkbar, dass sie den angestrebten Inflationsausgleich aufgrund hoher Transaktionskosten (Informations- und Anpassungskosten), aufgrund eines geringen Organisationsgrades und/oder aufgrund einer geringen Machtposition gegenüber den Arbeitgebern auch nach einer gewissen Anpassungsperiode lediglich teilweise durchsetzen können.¹⁹⁹

In zahlreichen empirischen Studien für die Bundesrepublik Deutschland und die USA wurde festgestellt, dass die „Lohn-Lag-Hypothese“ in der Realität nicht bzw. allenfalls im Anfangsstadium eines inflationären Prozesses mit einem „Anpassungslag“ von deutlich unter einem Jahr empirisch relevant ist. Diese Studien sind allerdings mit mehr oder minder großen methodischen Mängeln behaftet. Es gibt aus empirischer Sicht auch keine eindeutigen Anhaltspunkte für einen länger andauernden Lohn-Lag als ein Jahr.²⁰⁰ In der Realität schlägt sich ein Anstieg des allgemeinen Preisniveaus dann relativ stark und relativ schnell in höheren nominalen Bruttolöhnen und -gehältern nieder, wenn die Inflationsrate bereits bestimmte

¹⁹⁶ Vgl. Alcala, F./Sancho, J. (2000), S. 5 f. und Ziercke, M. (1970), S. 46 ff.

¹⁹⁷ Vgl. Silber, J.G./Zilberfarb, B. (1994), S. 42 ff.

¹⁹⁸ Vgl. Molitor, B. (1973a), S. 79 ff. und Nickell, S./Quintini, G. (2001), S. 8 ff.

¹⁹⁹ Vgl. Holden, S. (1997), S. 236 f. und Groshen, E.L./Schweitzer, M.E. (1999), S. 273 ff.

²⁰⁰ Vgl. Ukpolo, V. (1997), S. 54 ff; Grant, D. (2001), S. 34 ff; Nickell, S./Quintini, G. (2001), S. 13 ff; Ziercke, M. (1970), S. 49 ff, 70 ff, 80 f. und S. 86 ff; Wagner, H. (1983), S. 27 ff. und S. 36 ff.

„Sensibilitätsschwellen“ der Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaften überschritten hat, die Inflationsdynamik gleichmäßig ist, die Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaften aufgrund vergangener Erfahrungen keinen dauerhaften und systematischen Inflationsirrtümern unterliegen, die Arbeitnehmer gut organisiert sind und eine starke Machtposition gegenüber den Arbeitgebern besitzen, die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungslage günstig ist, die Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage gegenüber der Lohnelastizität des Angebotes niedrig ist und die Laufzeit der abgeschlossenen Verträge bzw. Tarifverträge kurz oder variabel ist.²⁰¹ Außerdem beeinflusst der Inflationstyp (Nachfrage-, Kostendruck- oder Gewinninflation) den Antizipationsgrad und die Antizipationsdauer einer Inflation in den nominalen Bruttoarbeitsentgelten.²⁰²

Insgesamt betrachtet zeigen die vorangegangenen Ausführungen, dass die Wahrscheinlichkeit für einen länger andauernden „Lohn-Lag“ und damit für eine länger andauernde inflationsinduzierte Realabwertung der nominalen Sozialrenten über die dynamisch ausgestaltete bundesdeutsche Rentenformel in Deutschland wohl eher gering ist. Dafür spricht die zu beobachtende Tendenz zu einer Verkürzung der durchschnittlichen Laufzeit der Tarifverträge zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften, die relativ moderate und gleichmäßige Inflationsentwicklung sowie der hohe Organisationsgrad und die starke Machtposition der Gewerkschaften in Deutschland. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass im Anfangsstadium des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet ein temporärer „Lohn-Lag“ aufgetreten ist. Es ist plausibel anzunehmen, dass die Gewerkschaften den Inflationsimpuls angesichts der moderaten Inflationsentwicklung auf niedrigem Niveau bis zur deutschen Vereinigung und angesichts der schnellen Abfolge der finanzpolitischen Ereignisse nach der deutschen Vereinigung kurzfristig nicht korrekt erwarteten und eine gewisse Zeitspanne für die erfolgreiche Durchsetzung des angestrebten Inflationsausgleichs in den Tarifverhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden benötigten. Sie mussten zunächst ihre zu niedrigen Inflationserwartungen nach oben revidieren, ihre höheren Lohnforderungen ankündigen und mit den Arbeitgebern aushandeln. Außerdem könnte der konjunkturbedingte Anstieg der nominalen Bruttoarbeitsentgelte der westdeutschen Arbeitnehmer nach der deutschen Vereinigung ihre Forderungen nach einem sofortigen Inflationsausgleich hinausgezögert haben, da ein Kaufkraftverlust der nominalen Bruttoarbeitsentgelte die Arbeitnehmer bei steigenden nominalen Bruttoarbeitsentgelten weniger stark trifft.

Diese Thesen bestätigen sich auch in empirischer Hinsicht. Es wurde bereits in Tabelle 7 gezeigt, dass die kräftige Expansion der nominalen Bruttolöhne und -gehälter, die Anspan-

²⁰¹ Vgl. Alcala, F./Sancho, J. (2000), S. 3 ff. und Wagner, H. (1983), S. 49 ff.

²⁰² Vgl. Silber, J.G./Zilberfarb, B. (1994), S. 45 ff. und Fricke, D. (1981), S. 33 ff. und S. 120 ff.

nung des Arbeitsmarktes und die Lohnkosteninflation in Westdeutschland erst mit einer zeitlichen Verzögerung Ende 1990 einsetzten. Der deutliche Anstieg des Index der Tariflöhne (Tarifgehälter) im alten Bundesgebiet in 1991 um 6,1% (6,0%) gegenüber 1990 bestätigt diese These. Er ist allerdings nur bedingt aussagekräftig, weil er neben der inflationsbedingten Anpassung der Bruttoarbeitsentgelte u.a. auch noch abgabeninduzierte Anpassungen der Bruttoarbeitsentgelte und den realwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt widerspiegelt. Dennoch sind diese Arbeitsmarktdaten zumindest ein Indiz für einen temporären „Anpassungslag“ der nominalen Bruttolöhne und -gehälter der westdeutschen Arbeitnehmer an den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls. Während dieses „Anpassungslags“ expandierten die nominalen Sozialrenten nur unterproportional zum allgemeinen Preisniveau. Dabei hat der Übergang von der Bruttolohn- zur Nettolohnorientierung in 1992 den Anpassungs-Lag verstärkt, weil die steigende Belastung der Bruttolöhne mit Steuern und Beiträgen die Renten nochmals langsamer ansteigen ließ als die Bruttolöhne. Nach dem Auslaufen des „Anpassungslags“ schlug sich der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls dann temporär überproportional in den Wachstumsraten der nominalen Sozialrenten in Westdeutschland nieder.²⁰³

(2) Die inflationsinduzierte Realabwertung der diskretionär dynamisierten staatlichen Sozialleistungen

Bei den diskretionär dynamisierten Sozialleistungen passt sich der Nominalwert nicht automatisch an einen Anstieg des allgemeinen Preisniveaus an. Daher sind diese Sozialleistungen bei Inflation nicht realwertgesichert, wenn die politischen Entscheidungsträger den Inflationsausgleich nur mit einer zeitlichen Verzögerung bzw. in unregelmäßigen Abständen und/oder lediglich unvollständig durch diskretionäre Anpassungsgesetze herbeiführen. Dabei sind die inflationsinduzierten Realeinkommensverluste der Sozialtransferempfänger umso höher, je später und je unvollständiger die diskretionäre Dynamisierung der nominal fixierten Sozialleistungen im Vergleich zur allgemeinen Preisniveauentwicklung ausfällt.²⁰⁴

In Deutschland erfolgt die diskretionäre Dynamisierung bei fast allen Sozialleistungen in der Praxis tatsächlich erst mit einer längeren zeitlichen Verzögerung bzw. lediglich in unregelmäßigen Abständen über eine diskretionäre Anhebung der Leistungssätze nach Maßgabe der allgemeinen Preisniveauentwicklung. Dies war auch zwischen 1991 und 1993 der Fall.²⁰⁵ Eine diskretionäre Dynamisierung erfolgt z.B. bei der Arbeitslosenhilfe, bei dem Wohn- und

²⁰³ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1998), Tabelle 5.1.

²⁰⁴ Vgl. Timm, H. (1980), S. 211 und Fricke, D. (1981), S. 151 ff.

²⁰⁵ Vgl. Scholz, W./Drouin, A. (1998), S. 54 f. und S. 62 f. und Molitor, B. (1973a), S. 83 ff.

Erziehungsgeld, bei den Einkommensleistungen der berufsständischen Versorgungswerke und bei denjenigen staatlichen Sozialleistungen, die einen nach Ansicht des Gesetzgebers förderwürdigen Tatbestand erfüllen und bei denen der Gesetzgeber die für die Förderung maßgeblichen nominal fixierten Größen anpassen muss (z.B. die Abschreibungssätze beim Wohneigentum, die Bedarfssätze bei Leistungen nach dem BAföG oder die Sätze beim Kindergeld). Bei der Sozialhilfe erfolgt die diskretionäre Dynamisierung ebenfalls unregelmäßig durch eine Anhebung des Sozialhilferegelsatzes nach Maßgabe der allgemeinen Preisniveauentwicklung. Bei den Geldleistungen der Gesetzlichen Unfallversicherung (z.B. Renten an Verletzte, Beihilfen und Abfindungen an Hinterbliebene, Übergangsgeld bei Rehabilitation, Renten wegen Erwerbsminderung, Sterbe- und Bestattungsgeld) und bei den Geldleistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung (z.B. Krankengeld, Übergangsgeld bei Rehabilitation) erfolgt die diskretionäre Dynamisierung regelmäßig zum 1. Juli jedes Jahres nach Maßgabe der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme der versicherten Arbeitnehmer im Vorjahr. Bei den nicht-dynamisierten Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung (z.B. Übergangsgeld bei Rehabilitation, Renten wegen Erwerbsminderung) erfolgt die Dynamisierung ebenfalls jedes Jahr nach Maßgabe der automatischen Dynamisierung der Alters- und Hinterbliebenenrenten. Außerdem ist die jährliche Dynamik in der gesetzlichen Rentenversicherung noch maßgeblich für die jährliche Dynamisierung der Geldleistungen im Rahmen der Kriegsopferversorgung (z.B. Hinterbliebenenrenten einschließlich Abfindungen, einmalige Beihilfen und laufende Unterhaltsbeihilfen an Beschädigte bzw. Hinterbliebene, Bestattungs- und Sterbegeld). Bei der Beamtenversorgung (z.B. Ruhegehälter, Hinterbliebenenversorgung, Ortszuschläge, Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit, Sterbe- und Bestattungsgeld) ist im Normalfall die aktuelle Entwicklung der Dienstbezüge der aktiv bediensteten Beamten maßgeblich für die regelmäßige jährliche Dynamisierung. Nach der deutschen Vereinigung erfolgte die Dynamisierung dort allerdings unvollständig bzw. erst mit einer zeitlichen Verzögerung. Bei der Zusatzversorgung für öffentliche Arbeiter und Angestellte erfolgt die Dynamisierung ebenfalls regelmäßig nach Maßgabe der Dynamisierung der Beamtenversorgung und der Dynamisierung der Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung. Bei den Geldleistungen der Bundesanstalt für Arbeit für Lohnersatzleistungen (Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld), für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Unterhaltsgeld bei beruflicher Fortbildung und Umschulung) und für die Rehabilitation (Übergangsgeld) werden die Leistungssätze in regelmäßigen Abständen bzw. jährlich gemäß der allgemeinen Preisniveauentwicklung neu festgesetzt.²⁰⁶

²⁰⁶

Vgl. Frerich, J. (1996), S. 174 ff, 189 ff, 198 ff, 203 ff, 211 ff, 216 ff, 223 ff, 227 ff, 237 ff, 242 ff, 247 ff, 255 ff, 279 ff. und S. 301 ff.

Schließlich variiert die nominale Leistungshöhe bei einigen staatlichen Sozialleistungen negativ mit dem nominalen Bruttoeinkommen des Anspruchsberechtigten, seines Ehepartners, seiner Eltern und/oder aller Familienmitglieder. Daher vermindert sich der gesetzliche Leistungsanspruch automatisch bei Überschreiten bestimmter Einkommensgrenzen (z.B. beim Kinder- und Wohngeld oder bei der Kriegsopferversorgung). Er erlischt sogar bei Überschreiten der obersten Einkommensgrenze (z.B. beim Erziehungsgeld, bei Leistungen nach dem BAföG oder bei der Sozialhilfe).²⁰⁷ Bei diesen Sozialleistungen führt ein Inflationsimpuls nicht nur zu einer Realabwertung des nominalen Transferbetrages, sondern auch zu einem Rückgang der nominalen Leistungshöhe, wenn das nominale Bruttoeinkommen des Anspruchsberechtigten bzw. seiner Verwandten inflationsbedingt ansteigt und dadurch die relevanten Einkommensgrenzen bei der Bemessung der nominale Leistungshöhe überschreitet.²⁰⁸

Insgesamt betrachtet zeigt sich, dass die politischen Entscheidungsträger den diskretionären Inflationsausgleich bei nicht automatisch-dynamisierten staatlichen Sozialleistungen in der Praxis und damit auch zwischen 1991 und 1993 allein schon auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen größtenteils lediglich mit einer einjährigen Verzögerung und teilweise sogar nur in unregelmäßigen Abständen durchführen (mussten). Außerdem wird die diskretionäre Dynamisierung in der Praxis durch eine finanzpolitische Erkennungs-, Entscheidungs- und Handlungsverzögerung im Prozess der politischen Entscheidungsfindung verzögert. Diese kommt dadurch zustande, dass die politischen Entscheidungsträger die Notwendigkeit eines diskretionären Inflationsausgleichs häufig erst bei Überschreiten bestimmter merklicher und sozial tolerierbarer Schwellenwerte der Kaufkraftminderung erkennen und danach für die politische Beschlussfassung und die administrative Umsetzung der diskretionären Anpassungsgesetze einen gewisse Zeit benötigen.²⁰⁹ Dieser „inside-lag“ lässt sich auch für die Anfangsphase des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet plausibel ableiten. Es ist unwahrscheinlich, dass die politischen Entscheidungsträger den Inflationsimpuls in 1990 angesichts der schnellen Abfolge der politischen und finanzpolitischen Ereignisse nach der deutschen Vereinigung korrekt erwarteten und zeitlich unverzögert darauf reagierten. Außerdem richtete sich das finanzpolitische Interesse angesichts der vergleichsweise moderaten Inflationsentwicklung und des hohen Finanzmittelbedarfs der öffentlichen Nettofinanztransferträger in erster Linie auf die Erschließung neuer Einnahmequellen und weniger auf die Durchführung eines diskretionären Inflationsausgleichs bei allen nicht-

²⁰⁷ Vgl. Gern, K.-J. (1996), S. 6 ff. und Frerich, J. (1996), S. 223 ff, 229 f, 256 ff und S. 302.

²⁰⁸ Vgl. Fritzsche, B. (1982), S. 138 ff. und Gern, K.-J. (1996), S. 6 ff.

²⁰⁹ Vgl. Fricke, D. (1981), S. 145 f. und Scholz, W./Drouin, A. (1998), S. 57 f.

dynamisierten staatlichen Sozialleistungen.²¹⁰ In einer Zeit eines hohen Finanzbedarfs – wie zwischen 1991 und 1994 – ist die Bereitschaft der politischen Entscheidungsträger zu einer vollen Kompensation inflationsinduzierter Realeinkommensverluste der Sozialtransferempfänger ohnehin begrenzt. So sprechen z.B. wahltaktische Überlegungen gegen eine übermäßige Belastung der Erwerbstätigen mit den finanziellen Zusatzlasten eines vollständigen diskretionären Inflationsausgleichs bei den staatlichen Sozialleistungen. Außerdem stellen die politischen Entscheidungsträger bei einem Konflikt zwischen konjunktur-, finanz- und sozialpolitischen Zielen regelmäßig sozialpolitische Ziele zurück.²¹¹ Daher ist nicht auszuschließen, dass seit der deutschen Vereinigung bei vielen Sozialleistungen die diskretionäre Dynamisierung sowohl zeitlich verzögert als auch unvollständig ausfiel.

6.3.2 Die inflationsinduzierte Realabwertung staatlicher Tilgungs- und Zinszahlungen

In Deutschland ist auch die Verschuldung der Gebietskörperschaften und der Sondervermögen des Bundes nominal fixiert und nicht indexiert. Dadurch kann es im Falle eines Anstiegs des allgemeinen Preisniveaus zu einer (temporären) Realabwertung der staatlichen Zins- und Tilgungszahlungen an die Staatsschuldgläubiger kommen. Davon profitieren die öffentlichen Haushalte auf der Ausgabenseite in realer Hinsicht, da die realen Zins- und Tilgungsausgaben (vorübergehend) inflationsbedingt zurückgehen. Im Gegenzug muss die Gruppe der Staatsschuldgläubiger einen (vorübergehenden) Realvermögensverlust in Höhe der Realabwertung der nominalen Tilgungszahlungen des Staates und einen (vorübergehenden) realen Zinsverlust in Höhe der Realabwertung der nominalen Zinserträge hinnehmen.²¹²

Diese inflationsinduzierte Wohlfahrtsumverteilung von den Gläubigern zu den Schuldern nominal fixierter nicht-indexierter Geldforderungen ist darauf zurückzuführen, dass die Gläubiger den Inflationsimpuls in der aktuellen Periode zum Zeitpunkt der Anlageentscheidung bzw. zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Kreditvertrages nicht in seiner tatsächlichen Höhe erwarteten. Es ist auch denkbar, dass sie den Inflationsimpuls zwar korrekt erwarteten, aber (kurzfristig) nicht erfolgreich in den Kreditverträgen antizipieren konnten.²¹³ Im ersten Fall berücksichtigen die Anleger in ihren Nominalzinsforderungen keine Inflationsprämie, die

²¹⁰ Vgl. Francke, H.-H./Nitsch, H. (1996), S. 62 ff. und Stern, V. (2000), S. 39.

²¹¹ Vgl. Mückl, W. (1975), S. 93 ff. und Fricke, D. (1981), S. 149 ff.

²¹² Vgl. Solveen, R. (1996), S. 4 und S. 8 f. und Jordan, T. (1994), S. 54 f.

²¹³ Vgl. Schlesinger, H. u.a. (1993), S. 49 f. und Kasten, G. (2000), S. 123.

den tatsächlichen inflationsinduzierten Realwertverlust der nominalen Geldforderung und der nominalen Zinserträge vollständig ausgleicht.²¹⁴ Im zweiten Fall schlägt sich der korrekt erwartete Inflationsimpuls erst nach einer Anpassungsperiode in einem proportional höheren Nominalzinssatz oder nur in einem unterproportional höheren Nominalzinssatz nieder.²¹⁵ In beiden Fällen sinkt der Realwert der nominalen Geldschulden und der Realwert der nominalen Zinszahlungen der Schuldner solange, bis die Gläubiger ihre Nominalzinsforderungen (vollständig) an den tatsächlichen Inflationsimpuls angepasst haben („Gläubiger-Schuldner-Hypothese“).²¹⁶ Einen realen Vermögens- und Zinsgewinn erzielen die Schuldner aber nur dann, wenn sie die Kreditmittel für den Erwerb realer Vermögenswerte verwenden, da deren Nominalwert i.d.R. mindestens proportional zum allgemeinen Preisniveau ansteigt.²¹⁷

In den meisten Studien zur empirischen Relevanz der „Gläubiger-Schuldner-Hypothese“ in der USA und in Europa wird gezeigt, dass die erwartete Inflationsrate tatsächlich einen zeitlich verteilten signifikant positiven Einfluss auf den nominalen Kapitalmarktzinssatz ausübt, weil er sich erst über einen längeren Anpassungszeitraum an Veränderungen der erwarteten Inflationsrate anpasst. Dieser „Anpassungs-Lag“ geht tendenziell mit dem Erwartungs- und Antizipationsgrad der Inflation und mit der Höhe und Dauer der Inflation zurück.²¹⁸ Bei der Bewertung der empirischen Untersuchungsergebnisse gilt es jedoch zu beachten, dass sie den tatsächlichen Zusammenhang zwischen Preisniveau, Nominalzinssatz und Realzinssatz aufgrund einiger methodischer Mängel nicht exakt wieder geben. So verzerren die Zinseffekte wirtschaftspolitischer Maßnahmen und der anderen Determinanten des nominalen Kapitalmarktzinssatzes (z.B. Volkseinkommen, Einkommenserwartungen der Kapitalanbieter und Kapitalnachfrager, Geldangebot und Geldnachfrage, ausländischer Nominalzins, Staatsschuld, Zinserwartungen) die Ergebnisse der Regressionsstudien.²¹⁹ Darüber hinaus hängen

²¹⁴ Vgl. Pelaez, R.F. (1995), S. 334 und S. 343 und Gebauer, W. (1982), S. 35 ff., 90 ff. und 113 f.

²¹⁵ Beispielsweise können Transaktionskosten, ungleichgewichtige Marktmachtverhältnisse zu Gunsten der Kapitalnachfrager, gesetzliche Restriktionen oder eine lange vertraglich fixierte Restlaufzeit und Nominalverzinsung der Schuldtitel einem sofortigen und/oder vollständigen Inflationsausgleich entgegenstehen. Vgl. Jordan, T. (1994), S. 54 f. und Wagner, H. (1983), S. 109 ff.

²¹⁶ Vgl. Bleaney, M. (1998), S. 141 und Sell, A. (1997), S. 7 und S. 56 ff.

²¹⁷ Vgl. Glaß, S. (1996), S. 137 und Siebke, J./Willms, M. (1972), S. 182 ff.

²¹⁸ Vgl. Schlesinger, H. u.a. (1993), S. 49 f; Gebauer, W. (1982), S. 52 ff; Spiwoks, M. (1992), S. 37 ff; Mishkin, F.S. (1992), S. 195 ff; Bleaney, M. (1998), S. 141 ff; Barnes, M. u.a. (1999), S. 738 ff; Döpke, J./Pierdzioch, C. (1999), S. 1 ff; Koustas, Z./Serletis, A. (1999), S. 105 ff.

²¹⁹ Vgl. Carlson, J.A. (1977), S. 469 f. und Wagner, H. (1983), S. 128 f.

die Untersuchungsergebnisse entscheidend von der Länge des Untersuchungszeitraums, von der Art der untersuchten Variable (kurzfristige vs. langfristige Zinsen), von der unterstellten geldpolitischen Konzeption der Notenbank und von den verwendeten statistischen Daten ab.²²⁰ Ein weiterer Nachteil ist, dass die meisten Studien eine adaptive Inflationserwartungsbildung unterstellen. Hier können die Marktteilnehmer systematischen Erwartungsirrtümern unterliegen.²²¹ Schließlich gehen die meisten Studien implizit von einem konstanten und von der erwarteten Inflationsrate unabhängigen erwarteten Realzinssatz aus. Damit schließen sie aus, dass sich der tatsächliche Realzinssatz auch von den Inflationserwartungen der Anleger und von realwirtschaftlichen Faktoren (z.B. der Grenzproduktivität des Kapitals oder der realen Güternachfrage) determiniert wird. Deshalb besteht die Möglichkeit, dass ein realwirtschaftlich induzierter oder ein inflationsinduzierter Rückgang des tatsächlichen Realzinssatzes fälschlicherweise als Beleg für die Irrelevanz des Fisher-Effektes interpretiert wird.²²²

Insgesamt betrachtet wurde die empirische Relevanz der „Gläubiger-Schuldner-Hypothese“ für Deutschland bisher zwar nicht eindeutig nachgewiesen. Dennoch ist die These eines zeitlich verteilten signifikant positiven Einflusses der erwarteten Inflationsrate auf den nominalen Kapitalmarktzinssatz nach den vorliegenden Studien empirisch relevanter als das Zinstheorem von Fisher. In der Realität passt sich der nominale Kapitalmarktzinssatz also keinesfalls sofort und keinesfalls vollständig an geänderte Inflationserwartungen der Anleger an. Dementsprechend ist in den Jahren 1991 bis 1993 eine verzögerte positive Korrelation zwischen der Preisniveauentwicklung und der Entwicklung des Nominalzinssatzes am deutschen Kapitalmarkt durchaus plausibel.²²³ Im Zeitraum 1991 bis 1993 hat sich der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls also lediglich unterproportional in einem Anstieg des nominalen Kapitalmarktzinssatzes und damit in einem Rückgang des realen Kapitalmarktzinssatzes niedergeschlagen, da die privaten Kapitalanbieter den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls vermutlich nicht korrekt erwarteten und/oder nicht erfolgreich antizipierten. Dadurch kam es zu einer inflationsinduzierten Wohlfahrtsumverteilung von den Gläubigern zu den Schuldnern nominal fixierter (verzinslicher) Vermögensanlagen, da der Realwert der nominalen Zins- und Tilgungszahlungen zurückging. Diese Realabwertung war umso stärker, je geringer der Erwar-

²²⁰ Vgl. Lanne, M. (2001), S. 358 und S. 361 ff. und Mishkin, F.S. (1992), S. 195 ff.

²²¹ Vgl. Neumann, M.J.M. (1977), S. 216 ff.

²²² Vgl. Tanzi, V. (1993), S. 225 ff. und S. 236 ff. und Gupta K.L./Moazzami, B. (1996), S. 68.

²²³ Vgl. Mishkin, F.S. (1992), S. 196 ff. und Gupta K.L./Moazzami, B. (1996), S. 71 ff. und S. 85 ff.

tungsgrad und der Antizipationsgrad der privaten Kapitalanbieter tatsächlich war.²²⁴ Da sich weder die Länge und Variabilität des „Anpassungs-Lags“ noch die Stärke des positiven Zusammenhangs zwischen der (erwarteten) Inflationsrate und dem Nominalzinssatz ohne viele fragwürdige Annahmen exakt messen lassen, verzichtet die vorliegende Studie darauf zu untersuchen, in welchem Ausmaß und über welchen Zeitraum sich der nominale Kapitalmarktzinssatz in Deutschland seit der deutschen Vereinigung an die gestiegenen Inflationserwartungen der Marktteilnehmer angepasst hat.

Nach den Zahlen der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank in Tabelle 13 ist dennoch eine qualitative Aussage möglich: So hat die inflationsinduzierte Wohlfahrtsumverteilung die Nettogläubigersektoren „private Haushalte“, „finanzielle Institutionen“ und „Ausland“ real belastet und die Nettoschuldnersektoren „Produktionsunternehmen“, „Wohnungswirtschaft“ und „öffentliche Haushalte“ real entlastet. Damit bestätigt sich die eingangs formulierte These, dass die öffentlichen Haushalte als Nettoschuldner von dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls auf der Ausgabenseite in realer Hinsicht profitierten. Es verminderte sich temporär der Realwert der nominal fixierten Zins- und Tilgungsausgaben für die vor und nach der deutschen Vereinigung ausgegebenen Staatsschuldtitel.

Tabelle 13: Entwicklung der Finanzierungssalden der volkswirtschaftlichen Sektoren in Deutschland seit der deutschen Vereinigung (in Mrd. DM)

	1989	1990 ¹	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Private Haushalte	147,0	187,6	213,7	233,7	220,3	213,7	224,0	237,1	230,1
Produktionsunternehmen	-36,6	-34,1	-123,4	-112,7	-34,5	-60,9	-37,1	-29,4	-46,5
Wohnungswirtschaft	-31,6	-43,5	-59,7	-85,2	-114,8	-138,0	-140,0	-138,0	-131,7
Finanzielle Institutionen ²	22,4	22,8	30,0	21,0	17,0	29,9	29,6	27,4	41,3
Öffentliche Haushalte ³	2,8	-60,5	-94,7	-87,2	-111,8	-87,3	-113,8	-125,9	-101,9
Ausland ⁴	-104,0	-72,3	34,1	30,4	23,9	42,6	37,3	28,8	8,7

¹ bis 1.7.1990 altes Bundesgebiet

² Bundesbank, Kreditinstitute, Bausparkassen, Versicherungen

³ Inklusive Sozialversicherung

⁴ Ein positiver Wert besagt, dass sich das Inland per Saldo im Ausland verschuldet hat.

Quelle: Deutsche Bundesbank (5/1995), S. 23 und Deutsche Bundesbank (5/1998), S. 29.

In Tabelle 14 wird deutlich, dass die inländischen Kreditinstitute, die inländischen Nichtbanken und die Staatsschuldgläubiger im Ausland seit der deutschen Vereinigung einen vorübergehenden Realwertverlust ihrer nominalen Staatsschuldtitel und ihrer nominalen Zinserträge tragen mussten. Dabei war der reale Wohlfahrtsverlust der inländischen Kreditinstitute am stärksten, da sie seit der deutschen Vereinigung der dominierende Staatsgläubiger waren. Zwischen 1990-1997 ist ihr Anteil an der öffentlichen Gesamtschuld zwar leicht gesunken, lag aber immer noch über 50%. Außerdem absorbierten sie durchschnittlich ca. 47% der öffentlichen Nettokreditaufnahme dieses Zeitraumes von ca. 909 Mrd. DM. Im Jahr 1994 betrug ihr Anteil an der Nettokreditaufnahme sogar ca. 84%. Des weiteren mussten auch die ausländischen Staatsschuldgläubiger einen hohen realen Wohlfahrtsverlust hinnehmen, da seit 1990 der ausländische Anteil an der öffentlichen Gesamtschuld tendenziell und der ausländische Anteil an der jährlichen Nettokreditaufnahme deutlich von 13,5% bis auf einen Spitzenwert von 70,6% in 1993 anstieg. Im Vergleich dazu fiel der reale Wohlfahrtsverlust der inländischen Nichtbanken gering aus, da ihr Anteil an der öffentlichen Gesamtschuld seit 1990 zurückging und die inländischen Nichtbanken nur unmittelbar nach der deutschen Vereinigung (im 2. Halbjahr 1990 und in 1991) und im Jahr 1994 als Nettokreditgeber auftraten.

Für eine exakte Berechnung der inflationsinduzierten realen Schuldnergewinne der öffentlichen Haushalte im alten Bundesgebiet zwischen 1991 und 1993 müsste bei jeder einzelnen Kreditbeziehung der Umfang der staatlichen Schuldenposition, der nominale Schuldzinssatz, die Laufzeit der Kreditbeziehung und die Höhe eines hypothetischen Nominalzinssatzes zu Beginn der Kreditbeziehung bei Annahme von Preisniveaustabilität bekannt sein. Dann entspräche die Differenz zwischen dem nominalen Schuldzinssatz und dem hypothetischen Nominalzinssatz der „durchgesetzten Rate der Antizipation“ des Gläubigers bei diesem Kredit. Mit ihrer Hilfe ließe sich für jede einzelne Kreditbeziehung der inflationsinduzierte reale Schuldnergewinn des Staates berechnen. Dazu müsste man die Differenz zwischen der Inflationsrate und der „durchgesetzten Rate der Antizipation“ bilden und mit der nominalen Kreditsumme multiplizieren. Die staatlichen realen Schuldnergewinne eines Haushaltsjahres ergäben sich dann als Summe der realen Schuldnergewinne bei allen Kreditbeziehungen.²²⁵

²²⁵

Vgl. Jordan, T. (1994), S. 55 und Ziercke, M. (1970), S. 130 f.

Tabelle 14: Entwicklung der Gläubigerstruktur der öffentlichen Nettokreditaufnahme und der öffentlichen Gesamtverschuldung in Deutschland seit der deutschen Vereinigung

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Öffentliche Nettokreditaufnahme (in Mrd. DM)	25,8	124,7	120,4	106,8	154,6	85,8	97,7	123,3	95,8
Anteile der Staatsschuldgläubiger an der jährlichen Nettokreditaufnahme in %									
Inländische Kreditinstitute	6,6	31,7	24,1	39,6	48,5	83,9	47,6	58,8	45,8
Inländische Nichtbanken	22,2	55,0	31,0	-13,9	-15,3	42,2	-9,0	-4,6	-30,1
Ausland	72,8	13,5	44,7	68,7	70,6	-24,4	63,6	46,5	84,3
Bundesbank	-1,6	-0,2	0,2	5,6	-3,8	-1,7	-2,2	-0,7	0,0
Öffentlicher Gesamtschuldenstand (in Mrd. DM)	928,8	1.053,5	1.173,9	1.345,2	1.509,2	1.659,6	1.993,5	2.126,3	2.215,9
Anteile der Staatsschuldgläubiger an der Gesamtverschuldung in %									
Inländische Kreditinstitute	57,5	55,3	52,3	53,5	53,2	55,2	52,7	53,2	52,8
Inländische Nichtbanken	18,9	22,5	23,5	19,5	16,7	18,2	18,6	17,1	15,0
Ausland	22,2	20,9	23,1	25,6	29,2	25,9	28,2	29,3	31,8
Bundesbank	1,4	1,3	1,1	1,4	0,9	0,7	0,5	0,4	0,4

Quelle: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Monatsbericht Dezember, laufende Jahrgänge, Frankfurt a.M., Tabelle VIII.7-9.

In der Realität ist der durchschnittliche hypothetische Nominalzinssatz und damit die durchschnittliche „durchgesetzte Rate der Antizipation“ statistisch unbekannt. Deshalb werden die jährlichen Schuldnergewinne der öffentlichen Haushalte im alten Bundesgebiet zwischen 1991 und 1993 aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls nur näherungsweise ermittelt. Dazu wird vereinfachend unterstellt, dass die Staatsschuldgläubiger den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls überhaupt nicht antizipierten und deshalb den inflationsinduzierten realen Vermögens- und Zinsverlust vollständig tragen mussten. Mit dieser Prämisse lässt sich die jährliche inflationsinduzierte Wohlfahrtsumverteilung zu Gunsten des Staates als Produkt aus dem jährlichen vereinigungsbedingten Inflationsimpuls gegenüber dem Jahr 1990 und der Gesamtschuld der öffentlichen Haushalte im alten Bundesgebiet dieses Jahres berechnen. Nach den Berechnungen in Tabelle 15 betrug der kumulierte reale Schuldnergewinn der öffentlichen Haushalte aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet zwischen 1991 und 1993 ca. 40,4 Mrd. DM. Dieser Schätzwert stellt allerdings nur eine sehr grobe Obergrenze dar, weil der durchschnittliche Antizipationsgrad des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses in der Realität deutlich größer als Null war, und weil die empirisch zu beobachtende Inflationsentwicklung im alten Bundesgebiet zwischen 1991 und 1993 teilweise auch auf vereinigungsunabhängige Faktoren zurückzuführen war.

Tabelle 15 Erfassung der realen Schuldnergewinne der öffentlichen Haushalte aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet zwischen 1991 und 1993

	1990	1991*	1992	1993	1994
Öffentlicher westdeutscher Gesamtschuldenstand (in Mrd. DM)	1053,5	1160,4	1308,2	1445,3	1571,7
Westdeutscher vereinigungsbedingter Inflationsimpuls (in %)	0	0,9	1,3	0,9	0
Inflationsinduzierte Realabwertung des westdeutschen öffentlichen Gesamtschuldenstandes (in Mrd. DM)	0	10,4	17,0	13,0	0

Quelle: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Laufende Monatsberichte, Jahrgänge Nr. 12/1995, 12/1998 und 12/2000, Frankfurt a.M., Tabelle VIII.7, VIII.8 und IX.7; eigene Berechnungen.

7. Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland aus der diskretionären Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers

7.1 Methodische Grundlagen einer personellen Verteilungsanalyse der öffentlichen Finanzen

In diesem Abschnitt werden die für eine personelle Verteilungsanalyse der öffentlichen Finanzen notwendigen Grundbegriffe und aufeinanderfolgenden methodische Schritte genauer erläutert. Dazu zählt die Festlegung und Definition des Verteilungsobjektes, die Gruppierung des Verteilungsobjektes, die Festlegung des Inzidenzkonzeptes und die Festlegung eines fiktiven Vergleichszustandes ohne staatliche Aktivitäten:

(1) Festlegung und Definition des Verteilungsobjektes

In der Finanzwissenschaft sind das Einkommen und das Vermögen die zentralen Untersuchungsobjekte verteilungstheoretischer Analysen. Die staatlichen (finanzpolitischen) Aktivitäten können die Einkommens- und Vermögensverteilung eines Landes in vielfältiger Weise beeinflussen und die relative Einkommensposition der Einkommensbezieher und die relative Vermögensposition der Vermögensbesitzer verändern. Im Mittelpunkt dieser Studie steht eine Analyse der Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen Einnahmen- und Ausgabenpolitik. Es werden ggf. auch ihre Auswirkungen auf die Vermögensverteilung analysiert, da Vermögensverteilungswirkungen auf indirektem Wege die Einkommensverteilung beeinflussen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der private Vermögensbesitz eine Quelle von Vermögenseinkommen ist und die Erzielung von Erwerbseinkommen begünstigt.²²⁶

Bei der Festlegung einer geeigneten Definition des Verteilungsobjektes „Einkommen“ stehen verschiedene theoretische und empirische Einkommenskonzepte zur Verfügung. Im deutschen Einkommensteuergesetz ist das individuelle „zu versteuernde Einkommen“ die relevante Größe für die Erfassung der steuerlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen. Es wird schrittweise aus den Bruttoeinkünften des Steuerpflichtigen ermittelt.²²⁷ In der VGR des Statistischen Bundesamtes ist die Abgrenzung zwischen dem „Volkseinkommen“ und dem „verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte“ sowie zwischen dem „Primäreinkommen“ und dem „Sekundäreinkommen“ besonders bedeutsam. Das Volkseinkommen bezeichnet

²²⁶ Vgl. Hasslinger, F./Stöner, O. (1998), S. 224.

²²⁷ Vgl. Rosinus, W. (2000), S. 458.

die an den inländischen privaten und staatlichen Sektor über volkswirtschaftliche Märkte zu-
geflössenen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und Bruttoeinkommen aus Unter-
nehmertätigkeit und Vermögen. Daraus lässt sich durch Subtraktion der Bruttoeinkommen
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen des Staates und der unverteilen Bruttogewinne der
Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit der Anteil des Sektors der privaten Haushalte
am Volkseinkommen berechnen. Er bildet die Grundlage für die Ermittlung des „verfügbaren
Einkommens aller privaten Haushalte“. Dieses erhält man durch eine Subtraktion der direk-
ten Steuern und der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und durch eine Addition der staat-
lichen und sonstigen Einkommensübertragungen an den privaten Sektor.²²⁸

Nach dem Kriterium „Ansatzpunkt der staatlichen finanzpolitischen Aktivitäten“ unterscheidet
die VGR zwischen dem nominalen „Primäreinkommen“ und dem nominalen „Sekundärein-
kommen“ aller privaten Haushalte. Das „Primäreinkommen“ gibt das Bruttoleistungseinkom-
men der privaten Haushalte aus dem Marktprozess an. Die staatlichen finanzpolitischen Ak-
tivistäten beeinflussen die „Primärverteilung der Nominaleinkommen“ einerseits über staatlich
induzierte Veränderungen der Preise und Mengen auf den Güter- und Faktormärkten. Ande-
rerseits korrigiert der Staat die „Primärverteilung der Nominaleinkommen“ durch direkte
Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und Transfers. Man erhält die Nettoeinkommensvertei-
lung.²²⁹ In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes glied-
ert sich das „Haushaltsbruttoeinkommen“ in das „Haushaltseinkommen aus unselbständiger
Arbeit, Unternehmertätigkeit und Vermögen“ und in die „empfangenen staatlichen und priva-
ten Einkommens- und Vermögensübertragungen“. Daraus wird durch Subtraktion der ge-
zahlten Einkommen- und Vermögensteuer und der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
das „verfügbare Einkommen“ eines Haushalts („Haushaltsnettoeinkommen“) berechnet.²³⁰

Bei der Abgrenzung zwischen der „Realverteilung der Nettoeinkommen“ und der „Sekundär-
verteilung der Nominaleinkommen“ wird berücksichtigt, dass die reale Kaufkraft des nomina-
len Nettoeinkommens einer Person bzw. eines Haushalts bei Inflation sinkt und sich im Zuge
von inflationsinduzierten Preisstrukturveränderungen oder staatlich induzierten Preisstruktur-
veränderungen (z.B. durch indirekte Steuern und staatlichen Subventionen) unterschiedlich
stark verändern kann. In diesem Fall sind die „Realverteilung der Nettoeinkommen“ und die
„Sekundärverteilung der Nominaleinkommen“ nicht identisch. Schließlich können die „Real-

²²⁸ Vgl. Gröske, K.-D. (1978), S. 39 ff. und Statistisches Bundesamt (2000), Tabelle 24.2 und 24.5.

²²⁹ Vgl. Hauser, H.-J. (1979), S. 15 f. und Statistisches Bundesamt (2000), Tabelle 24.2 und 24.5.

²³⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (1997a), Tabelle 1.

verteilung der Nettoeinkommen“ und die „Finalverteilung der Einkommen“ voneinander abweichen, wenn die privaten Haushalte unterschiedlich viel nicht-monetäres Einkommen aus der Nutzung des verbilligten oder kostenlosen staatlichen Güterangebotes beziehen.²³¹

(2) Gruppierung des Verteilungssubjektes

Bei der Gruppierung der Verteilungssubjekte „Einkommensbezieher“ und „Vermögensbesitzer“ folgt diese Studie der Gruppierung nach der Höhe des Einkommens bzw. Vermögens von Personen bzw. Personengruppen. Im Mittelpunkt steht eine Analyse der Auswirkungen der öffentlichen Finanzen auf die nach Größenklassen des Haushaltsnettoeinkommens gruppierte personelle Nettoeinkommensverteilung. Ein einkommensdifferenzierender Effekt liegt vor, wenn eine interpersonelle Einkommensverteilungswirkung die relativen Einkommenspositionen der privaten Haushalte zu Gunsten der Haushalte in den oberen Nettoeinkommensklassen und zu Lasten der Haushalte in den unteren Nettoeinkommensklassen verändert. Dann steigt Ungleichheit der personellen Nettoeinkommensverteilung an.²³²

Darüber hinaus analysiert diese Studie ggf. noch die Auswirkungen der öffentlichen Finanzen auf die funktionelle Einkommensverteilung und auf die personelle Vermögensverteilung, da staatliche finanzpolitische Aktivitäten die personelle Nettoeinkommensverteilung auch mittelbar über funktionelle Einkommensverteilungswirkungen und über interpersonelle Vermögensverteilungswirkungen beeinflussen. Die funktionelle Einkommensverteilung bezeichnet die (Primär-)Verteilung des Volkseinkommens auf die an der Entstehung des Volkseinkommens beteiligten Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital.²³³ In der Realität geben funktionelle Einkommensverteilungswirkungen aber nur bedingt Aufschluss über Veränderungen der personellen Nettoeinkommensverteilung, da die Individualeinkommen innerhalb der funktionellen Einkommensgruppen vom Durchschnittseinkommen dieser Einkommensgruppen abweichen, da die Lohneinkommensbezieher i.d.R. auch Einkommen aus anderen Quellen beziehen und diese „Querverteilung“ relativ stark ausgeprägt ist, und da die Nichterwerbstätigen ohne Kapitaleinkommen keiner funktionellen Einkommensgruppe angehören.²³⁴

²³¹ Vgl. Bohnet, A. (1999), S. 25 f. und S. 156 ff.

²³² Vgl. Hauser, H.-J. (1979), S. 15 f. und Hasslinger, F./Stöner, O. (1998), S. 224.

²³³ Vgl. Kalmbach, P. (1995), S. 273 ff. und Zwiener, R./Stille, F. (1993), S. 117: Demnach gibt die Lohnquote das Verhältnis zwischen Lohneinkommen und Volkseinkommen und die Gewinnquote das Verhältnis zwischen Gewinneinkommen (= Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) und Volkseinkommen an.

²³⁴ Vgl. Hasslinger, F./Stöner, O. (1998), S. 224 und Kalmbach, P. (1995), S. 274 f.

(3) Festlegung des Inzidenzkonzeptes

Nach einer Definition von Musgrave bezeichnet der Begriff „Inzidenz“ die von den staatlichen Ausgaben und Einnahmen ausgehenden Einkommens- und Vermögensverteilungswirkungen. Deshalb werden die Begriffe „Verteilungsanalyse“ und „Inzidenzanalyse“ im Folgenden synonym verwendet. Bei der Systematisierung der theoretischen Inzidenzkonzepte ist die wirkungsorientierte Systematisierung in gesetzliche Inzidenz, formale Inzidenz und materielle (effektive) Inzidenz sehr bedeutsam. Während die gesetzliche Inzidenz die Verteilungswirkungen aus den gesetzlich vorgegebenen Zahlungsströmen der staatlichen finanzpolitischen Aktivitäten angibt, erfasst die formale Inzidenz die vom Gesetzgeber beabsichtigten Verteilungswirkungen aus den finanzpolitischen Aktivitäten. Es wird also berücksichtigt, dass die von den finanzpolitischen Aktivitäten unmittelbar betroffenen Wirtschaftssubjekte (z.B. die Steuerzahler oder die Empfänger staatlicher Leistungen) durchaus von den belasteten bzw. begünstigten Wirtschaftssubjekten nach dem Willen des Gesetzgebers abweichen können.²³⁵ In einer formalen Inzidenzanalyse wird üblicherweise eine plausible Hypothese über die vom Gesetzgeber beabsichtigten Überwälzungsvorgänge auf den Güter- und Faktormärkten unterstellt und gleichzeitig von sonstigen Anpassungsreaktionen der belasteten und begünstigten Wirtschaftssubjekte abstrahiert.²³⁶

Demgegenüber gibt die materielle (effektive) Inzidenz die endgültigen Verteilungswirkungen nach Berücksichtigung aller verteilungsrelevanten Wirkungsverläufe der staatlichen finanzpolitischen Aktivitäten und nach Abschluss aller privatwirtschaftlichen Anpassungsreaktionen an. Damit berücksichtigt das materielle Inzidenzkonzept, dass die von den finanzpolitischen Aktivitäten nach dem Willen des Gesetzgebers (potentiell) belasteten und begünstigten Wirtschaftssubjekte in der Ankündigungs- und/oder Vollzugsphase der Maßnahmen vom Gesetzgeber nicht-erwartete Anpassungsreaktionen zeigen (können). Diese Anpassungsreaktionen können die formal abgeleiteten Verteilungswirkungen nachträglich verändern. Außerdem beeinflussen sie die private Konsum-, Spar- und Investitionstätigkeit und das private Leistungs- und Freizeitverhalten. Daraus resultieren weitere mittelbare Verteilungswirkungen.²³⁷ In der Ankündigungsphase können die Wirtschaftssubjekte die erwarteten finanziellen Lasten bzw. Vorteile aus finanzpolitischen Maßnahmen durch Substitutionsaktivitäten umgehen bzw. sichern. In der Vollzugsphase können die Wirtschaftssubjekte versuchen, die

²³⁵ Vgl. Hauser, H.-J. (1979), S. 17 und S. 19 f. und Simon, S. (2001), S. 237.

²³⁶ Vgl. Fehr, H./Wiegard, W. (1998), S. 202 und Homburg, S. (1997), S. 100 f. und S. 103 f.

²³⁷ Vgl. Simon, S. (2001), S. 237 f. und Gröske, K.-D. (1978), S. 16 f.

finanziellen Lasten bzw. die Vorteile aus der Durchführung der Maßnahmen durch Substitutions-, Überwälzungs- oder Kompensationsaktivitäten zu verringern bzw. zu vergrößern. Bei der Überwälzung geben die betroffenen Wirtschaftssubjekte die finanziellen Lasten bzw. die empfangenen Vorteile über eine Veränderung der Marktpreise an andere Wirtschaftssubjekte weiter. Bei einer Vorwälzung verändern sie die Angebotspreise für abgegebene Güter und Leistungen gegenüber den Nachfragern, bei einer Rückwälzung die Nachfragepreise für empfangene Güter und Leistungen gegenüber den Anbietern.²³⁸

(4) Festlegung eines fiktiven Vergleichszustandes ohne staatliche Aktivitäten

In einer umfassenden theoretischen Inzidenzanalyse der öffentlichen Finanzen müssen noch die Verteilungswirkungen des staatlichen Instrumenteneinsatzes mit den Verteilungswirkungen einer relevanten Alternative verglichen werden. Dazu werden in der Literatur drei verschiedene Inzidenzkonzepte voneinander abgegrenzt: Bei einer spezifischen Inzidenzanalyse werden die Verteilungswirkungen einer speziellen finanzpolitischen Maßnahme auf der Einnahmenseite oder auf der Ausgabenseite des öffentlichen Haushalts im Vergleich zu den Verteilungswirkungen in einem fiktiven oder tatsächlichen Szenario ohne die Durchführung dieser Maßnahme untersucht. Dabei wird die Konstanz der jeweils anderen staatlichen Aktionsparameter unterstellt. Bei einer differentiellen Inzidenzanalyse werden die (potentiellen) Verteilungswirkungen zweier alternativer (fiktiver) finanzpolitischer Maßnahmen auf der Einnahmenseite oder auf der Ausgabenseite unter der Prämisse konstanter Staatsausgaben bzw. konstanter Staatseinnahmen verglichen. Dabei wird Aufkommensgleichheit der beiden Maßnahmen unterstellt. Bei einer Budgetniveauintzidenzanalyse werden die Verteilungswirkungen von zwei aufkommensgleichen finanzpolitischen Maßnahmen auf der Einnahmenseite und auf der Ausgabenseite des staatlichen Budgets miteinander verglichen.²³⁹

In der folgenden personellen Verteilungsanalyse der diskretionären Finanzmittelaufbringung in den Abschnitten 7.2 bis 7.5 wird sowohl das formale spezifische Indizenzkonzept als auch das materielle spezifische Indizenzkonzept verwendet. Bei der Analyse der vereinigungsbedingten Verschuldung in Abschnitt 7.4 wird zusätzlich mit dem differentiellen materiellen Inzidenzkonzept gearbeitet.

²³⁸ Vgl. Bohnet, A. (1999), S. 167 ff.

²³⁹ Vgl. Homburg, S. (1997), S. 102 f. und Simon, S. (2001), S. 238 f.

7.2 Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags und aus den vereinigungsbedingten diskretionären Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge

In diesem Abschnitt werden im Rahmen einer spezifischen Inzidenzanalyse die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags und aus den Erhöhungen der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge aus theoretischer und empirischer Sicht analysiert. Dabei werden die mittelbaren interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus den negativen realen Wachstumseffekten der Abgabenerhöhungen im alten Bundesgebiet nicht betrachtet und dafür in Abschnitt 10.3 genauer untersucht.

7.2.1 Formale Inzidenzanalyse

7.2.1.1 Formale Inzidenzanalyse der Erhebung des Solidaritätszuschlags bei der deutschen Einkommensteuer

Bei der formalen personellen Inzidenzanalyse des Solidaritätszuschlags auf die Einkommensteuerschuld wird unterstellt, dass die Steuerpflichtigen die Einkommensteuerschuld und damit den Solidaritätszuschlag vollständig tragen müssen, d.h. die Steuerzahllast und die Steuertraglast identisch sind. Damit bleiben die Anpassungsreaktionen der Steuerpflichtigen auf die Erhebung des Solidaritätszuschlags vollkommen unberücksichtigt.²⁴⁰ In der jüngeren Vergangenheit wurde die formale Inzidenz der deutschen Einkommensteuer in mehreren empirischen Studien analysiert. Diese greifen in erster Linie auf die Daten der deutschen Lohn- und Einkommensteuerstatistik und auf die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes zurück. Es zeigt sich, dass die deutsche Einkommensteuer nivellierend wirkt, da die steuerliche Durchschnittsbelastung des Bruttoeinkommens über den gesamten Einkommensbereich im Durchschnitt aller Steuerpflichtigen und im Durchschnitt aller Einkunftsarten ansteigt. Daher ist die personelle Nettoeinkommensverteilung gleichmäßiger als die personelle Bruttoeinkommensverteilung.²⁴¹

Bei der Analyse der Entstehungsursachen der einkommensnivellierenden Wirkung der deutschen Einkommensteuer steht die einkommensnivellierende Wirkung des direkt und indirekt progressiven Steuertarifs außer Frage. Dagegen ist es weniger eindeutig, ob die steuerrechtlichen Regelungen zur Ermittlung des „zu versteuernden Einkommens“ aus den Bruttoein-

²⁴⁰ Vgl. Kramer, G. (1999), S. 76.

²⁴¹ Vgl. z.B. Müller, K./Bork, C. (1998), S. 214 ff; Kramer, G. (1999), S. 83 ff. und S. 130 ff; Rosinus, W. (2000), S. 459 ff; Bohnet, A. (1999), S. 77 ff, 86 ff, 185 und S. 187 f.

künften der Steuerpflichtigen den tarifären Nivellierungseffekt per Saldo verstärken oder abschwächen.

Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass das deutsche Einkommenssteuerecht eine Vielzahl von Regelungen mit zum Teil entgegengerichteten interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen enthält.²⁴² Dazu zählen z.B. die Regelungen zur Ermittlung der steuerpflichtigen Bruttoeinkünfte. Bei den „Gewinneinkünften“ kommt ein Betriebsvermögensvergleich zur Anwendung. Dagegen werden die „Überschusseinkünfte“ durch eine Überschussrechnung der laufenden Einnahmen über die tatsächlichen oder pauschalierten Werbungskosten ermittelt. Des weiteren hat der Gesetzgeber bei der Festlegung der steuerbaren Bruttoeinkünfte bestimmte Einkünfte von der Besteuerung völlig ausgenommen (z.B. Nachtzuschläge oder Arbeitslosengeld), weitgehend ausgenommen (z.B. Renten) oder steuerlich unterschiedlich belastet (z.B. die Steuerfreiheit privater Veräußerungsgewinne außerhalb von Spekulationsfristen vs. die Steuerpflicht betrieblicher Veräußerungsgewinne). Sodann können die Steuerpflichtigen einen horizontalen, vertikalen und intertemporalen Verlustausgleich beanspruchen. Schließlich können die Steuerpflichtigen diverse Abzugs- und Freibeträge geltend machen. Diese dienen wirtschaftspolitischen Zielen (z.B. der Sparer- und Arbeitnehmerfreibetrag), der Berücksichtigung der Kosten der Einkommenserzielung (Werbungskosten und Betriebsausgaben) oder der Berücksichtigung der persönlichen Lebensumstände des Steuerpflichtigen (Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen).²⁴³

Dieser kurze Überblick zeigt bereits deutlich, dass die faktischen Steuergestaltungsmöglichkeiten der Steuerpflichtigen bei der Ermittlung des „zu versteuernden Einkommens“ letztlich durch den gesetzlich gegebenen Kreis der begünstigten Bruttoeinkünfte und begünstigten Steuerpflichtigen determiniert werden. Deshalb verteilen sie sich in der Praxis ungleich auf die Steuerpflichtigen. So besitzen die Bezieher von Gewinneinkünften (aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus selbständiger Arbeit) aufgrund der Art ihrer Tätigkeit und der Art der Einkunftsermittlung mehr Steuergestaltungsmöglichkeiten als die Bezieher von Überschusseinkünften. Außerdem setzen einige Steuergestaltungsmöglichkeiten eine steuerliche Gewinnermittlung voraus (z.B. Sonderabschreibungen, der intertemporale Verlustausgleich oder Bewertungswahlrechte). Sodann lassen sich die nicht-abzugsfähigen

²⁴² Vgl. Müller, K./Bork, C. (1998), S. 213 ff., 217 und S. 230.

²⁴³ Vgl. Müller, K./Bork, C. (1998), S. 225 ff. und Sachs, H. (1998), S. 102 ff, 108 ff, 126 ff, 190, 214 ff. und S. 224 ff.

Aufwendungen für die private Lebensführung von den abzugsfähigen Betriebsausgaben weniger eindeutig abgrenzen als von den abzugsfähigen Werbungskosten.²⁴⁴

Zum zweiten ist auch die tatsächliche Inanspruchnahme der faktischen Steuergestaltungsmöglichkeiten in der Praxis ungleich auf die Steuerpflichtigen verteilt. So stellen die hohe Komplexität und die geringe Transparenz des deutschen Steuerrechts für die Steuerpflichtigen mit einem niedrigen steuerbaren Bruttoeinkommen einen größeren Ausschlussfaktor für die Nutzung dar als für die Steuerpflichtigen mit einem hohen steuerbaren Bruttoeinkommen, da sie schlechter über Existenz, Art und rechtliche Voraussetzungen der Steuergestaltungsmöglichkeiten informiert sind und ein geringeres steuertechnisches Verständnis besitzen. Daraufhin verzichten sie mehr oder minder unwissentlich auf eine Inanspruchnahme ihrer Steuergestaltungsmöglichkeiten. Dieser Umstand ist u.a. darauf zurückzuführen, dass sie die Kosten der Informationsbeschaffung (z.B. für einen Steuerberater) weniger leicht tragen können als Steuerpflichtigen mit einem hohen steuerbaren Bruttoeinkommen. Außerdem haben die Steuerpflichtigen mit einem niedrigen steuerbaren Bruttoeinkommen einen geringeren Anreiz zur Nutzung ihrer Steuergestaltungsmöglichkeiten, da ihre erzielbare Steuerersparnis relativ niedrig ausfällt und häufig nicht die Informationskosten abdeckt.²⁴⁵

Insgesamt betrachtet zeigt die vorausgehende Analyse, dass die deutsche Einkommensteuer aus formaler Sicht nivellierend in Bezug auf die personelle Nettoeinkommensverteilung wirkt. Dementsprechend geht von dem Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuerschuld ebenfalls ein einkommensnivellierender Effekt aus. Er trifft zwar alle Steuerpflichtigen proportional zu ihrer Steuerschuld. Da aber die steuerliche Durchschnittsbelastung des Bruttoeinkommens mit einem steigenden „zu versteuernden Einkommen“ überproportional ansteigt, gilt dies auch für den Solidaritätszuschlag. Dahinter steht eindeutig die progressive Belastungswirkung des Steuertarifs. Dagegen ist es weniger eindeutig, ob die Steuergestaltungsmöglichkeiten der Steuerpflichtigen bei der Ermittlung des „zu versteuernden Einkommens“ die tarifbedingte einkommensnivellierende Wirkung des Solidaritätszuschlags zusätzlich verstärkt oder abgeschwächt haben.²⁴⁶ Nach einer Studie von Müller/Bork (1998) wirkt die Gesamtheit der Steuergestaltungsmöglichkeiten der Steuerpflichtigen bei der Ermittlung des „zu versteuernden Einkommens“, entgegen den obigen Ausführungen, sowohl im Durchschnitt aller Einkunftsarten als auch innerhalb jeder Einkunftsart einkommensnivellierend, da die

²⁴⁴ Vgl. Hessler, H.-D. (1994), S. 441 ff. und S. 452 f. und Schneider, D. (1991), S. 1087.

²⁴⁵ Vgl. Oberheide, R. (1998), S. 41 f.

²⁴⁶ Vgl. Gern, K.-J. (1998), S. 7 und Bedau, K.-D. (1998a), S. 5 f.

Steuergestaltungsmöglichkeiten die Steuerpflichtigen mit einem niedrigen steuerbaren Bruttoeinkommen in der Mehrzahl überdurchschnittlich begünstigen, da der steuerliche Erfassungsgrad der deklarierten Bruttoeinkünfte bei allen Einkunftsarten mit einem steigenden Bruttoeinkommen tendenziell ansteigt, und da der steuerliche Erfassungsgrad bei den Gewinneinkünften höher ist als bei den Überschusseinkünften.²⁴⁷

Nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen-Instituts für Wirtschaftsforschung war die relative Belastung des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommens durch den 7,5%igen Solidaritätszuschlag im alten Bundesgebiet in den Jahren 1991 und 1992 bei den oberen 25% der Haushalte überdurchschnittlich hoch und bei den unteren 25% der Haushalte Null (vgl. Tabelle 16). Demnach belastete der Solidaritätszuschlag die Haushalte im oberen Einkommensbereich bezogen auf das Haushaltsbruttoeinkommen relativ stärker als die Haushalte im unteren Einkommensbereich. Daraus resultierte eine einkommensnivellierende Wirkung in Bezug auf die personelle Nettoeinkommensverteilung.²⁴⁸

Tabelle 16: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen des 7,5%igen Solidaritätszuschlags im alten Bundesgebiet in den Jahren 1991 und 1992

	1991	1992	1991		1992	
Haushalte nach der Höhe ihres Bruttoeinkommens	Bruttoeinkommen*	Bruttoeinkommen*	absolute monatliche Belastung (in DM)	relative monatliche Belastung (in %)	absolute monatliche Belastung (in DM)	relative monatliche Belastung (in %)
1.Quartil	2 200	2 300	0	0	0	0
2.Quartil	4 100	4 300	30	0,73	10	0,23
3.Quartil	6 600	6 800	70	1,06	30	0,44
4.Quartil	13 100	13 400	180	1,37	100	0,75
davon:						
75 bis 95 %	10 300	10 600	130	1,26	60	0,57
95 bis 100 %	23 900	24 500	370	1,55	280	1,14
Insgesamt	6 500	6 700	70	1,08	40	0,60

* = durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen in DM pro Monat gemäß EVS 1988

Quelle: Heilemann, U. u.a. (1994), S. 63 und Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1992), S. 4.

²⁴⁷ Vgl. Müller, K./Bork, C. (1998), S. 217 ff. und S. 233 ff.

²⁴⁸ Vgl. Heilemann, U. u.a. (1994), S. 59 ff. und Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1992), S. 3 ff.

Dieses Inzidenzergebnis bestätigen auch die fiktiven Berechnungen in Tabelle 17 im Anhang. Hier wurde das in der EVS für das Jahr 1993 ausgewiesene durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat im alten Bundesgebiet nach Nettoeinkommensklassen um einen fiktiven 7,5%igen Solidaritätszuschlag auf die von den privaten Haushalten monatlich gezahlten Steuern auf Einkommen und Vermögen korrigiert. Dies ergibt das fiktive durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat nach Nettoeinkommensklassen. Dadurch wird es möglich, die personelle Inzidenz des fiktiven Solidaritätszuschlags anhand des Gini-Koeffizienten zu messen. Bei der Berechnung wird unterstellt, dass die monatlich gezahlte Vermögensteuer quantitativ unbedeutend ist. Es zeigt sich, dass die Verteilung des fiktiven durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens pro Monat mit einem Gini-Koeffizienten von 0,31613 geringfügig gleichmäßiger ist als die Verteilung des tatsächlichen durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens pro Monat mit einem Gini-Koeffizienten von 0,31788.

Schließlich stellt sich noch die Frage nach der voraussichtlichen Stärke der formalen nivellierenden Wirkung des Solidaritätszuschlags auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet. In Abschnitt 5.1 wurde festgestellt, dass die kumulierten Steuereinnahmen aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags zwischen 1991 und 1995 in Deutschland ca. 51,5 Mrd. DM betrugen. Dieser hohe Betrag spricht dafür, dass das quantitative Gewicht der einkommensnivellierenden Wirkung des Solidaritätszuschlags durchaus erheblich war.

7.2.1.2 Formale Inzidenzanalyse der vereinigungsbedingten diskretionären Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge

Bei der formalen Analyse der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus den vereinigungsbedingten diskretionären Erhöhungen der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge (vgl. dazu Tabelle 11 in Abschnitt 5.3) wird ebenfalls unterstellt, dass die Beitragszahler trotz der Erhebung höherer Sozialversicherungsbeiträge keine Anpassungsreaktionen mit dem Ziel der Verminderung ihrer Beitragsmehrlast zeigten. In diesem Fall waren die formale Beitragslast und effektive Beitragstraglast identisch.²⁴⁹ In der folgenden Analyse richtet sich das Interesse nur auf die beitragsinduzierten interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen im Querschnitt. Damit bleiben die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Leistungsgewährung und aus der Beitragsentrichtung im Längsschnitt vollkommen unberücksichtigt. Bei einer Längsschnittsbetrachtung erweisen sich nämlich viele zeitpunktbezogene interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen nur als eine rein intertemporale intrapersonale Umverteilung der individuellen Lebenseinkommen der Versicherten, da sich

²⁴⁹

Vgl. Simon, S. (2000), S. 143 f. und S. 234 f. und Pfeiffer, D. (1989), S. 51.

die zeitpunktbezogenen individuellen Begünstigungen und Belastungen im Zeitablauf ausgleichen. Demgegenüber ergibt sich bei der intertemporalen interpersonellen Einkommensumverteilung für die einzelnen Versicherten über den Lebenslauf hinweg eine Nettobegünstigung oder eine Nettobelastung.²⁵⁰

Tabelle 18: Verteilung der Ausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für die Pflichtbeiträge zur Gesetzlichen Sozialversicherung in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung je Haushalt pro Monat (in DM)	Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung je Haushalt pro Monat in % des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommens
unter 1000	907,70	37,15	4,1
1000 - 1600	1433,43	77,69	5,4
1600 - 2000	2036,46	150,32	7,4
2000 - 2500	2676,81	253,42	9,5
2500 - 3000	3375,86	359,90	10,7
3000 - 4000	4267,91	441,41	10,3
4000 - 5000	5609,82	603,32	10,8
5000 - 6000	6984,63	728,60	10,4
6000 - 7500	8548,52	808,42	9,4
7500 - 10.000	10.900,22	847,06	7,8
10.000 - 35.000	16.838,03	747,64	4,4

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.1; eigene Berechnungen.

In Tabelle 18 wird deutlich, dass die Gesamtwirkung höherer Sozialversicherungsbeiträge auf die personelle Nettoeinkommensverteilung aus formaler Sicht weder eindeutig differenzierend noch eindeutig nivellierend ist. So ist die relative Belastung des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommens mit Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung bei den Haushalten aus den oberen Nettoeinkommensklassen ähnlich hoch wie bei den Haushalten aus den unteren Nettoeinkommensklassen. Sie steigt ausgehend von der untersten Nettoeinkommensklasse mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen zunächst kontinuierlich von 4,1% auf 10,7% an, bleibt im mittleren Nettoeinkommensbereich zwischen 2.500 DM

²⁵⁰

Vgl. Bäcker, G. (1986), S. 189 f. und Schmähl, W. (1980), S. 45 f.

und unter 6.000 DM nahezu konstant und geht danach wieder kontinuierlich bis auf 4,4% in der obersten Nettoeinkommensklasse zurück. Es ergibt sich also ein bogenförmiger Belastungsverlauf in Bezug auf die personelle Bruttoeinkommensverteilung.²⁵¹

Dieser bogenförmige Belastungsverlauf ist zum einen darauf zurückzuführen, dass bei einer Erhöhung der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge ab dem mittleren Nettoeinkommensbereich die *regressive Belastungswirkung der Beitragsbemessungsgrenze* verteilungsrelevant wird: Da die beitragspflichtigen Bruttoerwerbseinkommen nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze mit dem proportionalen Beitragssatz belastet werden, fallen bei Bruttoerwerbseinkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze für den übersteigenden Betrag keine weiteren Sozialversicherungsbeiträge an.²⁵² Deshalb steigt die relative Belastung des Bruttoerwerbseinkommens mit Sozialversicherungsbeiträgen mit steigendem Bruttoerwerbseinkommen lediglich bis zur Beitragsbemessungsgrenze proportional an. Bei einem Bruttoerwerbseinkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze geht die relative Beitragsbelastung mit einem weiter steigenden Bruttoerwerbseinkommen wieder zurück, da die Grenzbelastung Null ist und damit der durchschnittliche Beitragssatz sinkt. Daraus resultiert eine differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung, da sich die relativen Nettoeinkommenspositionen der Beitragszahler zu Gunsten der Beitragszahler mit einem Bruttoerwerbseinkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze verändern.²⁵³

Zum zweiten erklärt die *Begrenzung des sozialversicherungspflichtigen Personenkreises* den bogenförmigen Belastungsverlauf: In Deutschland müssen nämlich die obligatorisch nicht-sozialversicherten Erwerbstätigen, die freiwillig nicht-sozialversicherten Erwerbstätigen mit einem beitragspflichtigen Bruttoerwerbseinkommen oberhalb der „Beitragsbemessungsgrenze“ und die Nichterwerbstätigen keine Beitragszahlungen an die Sozialversicherung leisten. Während alle Arbeitnehmer mit einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis (Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Auszubildende) selbst sozialversicherungspflichtig sind, sind die Beamten (incl. Berufssoldaten), die Beschäftigten mit einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis, die Personen mit einem freiwilligen sozialen Jahr, die Nichterwerbstätigen, die Freiberufler und größtenteils die Selbständigen nicht sozialversicherungspflichtig.²⁵⁴

²⁵¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (1997b), Tabelle 1.1.

²⁵² Vgl. Wan Sik Hong (1998), S. 14 und S. 27 f. und Simon, S. (2000), S. 177 f. und S. 299.

²⁵³ Vgl. Helberger, C./Wagner, G. (1981) S. 347 und S. 387 f. und Wan Sik Hong (1998), S. 27 f.

²⁵⁴ Vgl. Schwarze, J. (1999), S. 130 ff. und Wan Sik Hong (1998), S. 12 ff.

Diese Begrenzung führt dazu, dass die Bezieher von Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit größtenteils keine und die Bezieher von Bruttoeinnahmen aus Vermögen keine gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge entrichten müssen. Entsprechend wird das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Haushalte von Selbständigen, Gewerbetreibenden und Freiberuflern mit Werten unter 4% deutlich geringer durch die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung gekürzt als das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit der Arbeitnehmerhaushalte (Arbeiter und Angestellte) mit Werten über 10%. Sodann verwenden die Beamtenhaushalte nur 1,9% ihres monatlichen durchschnittlichen Bruttoeinkommens für die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, weil sie nicht sozialversicherungspflichtig sind und im Gegensatz zu den selbständig Erwerbstätigen keine Beiträge für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer zahlen müssen. Schließlich ist der Anteil der monatlichen Ausgaben der Haushalte für die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen bei den Arbeitslosenhaushalten Null und bei den Haushalten der sonstigen Nichterwerbstätigen mit 4,5% nur unterdurchschnittlich hoch, da die Arbeitslosen keinem und die Nichterwerbstätigen größtenteils keinem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis nachgehen (vgl. Tabelle 19).²⁵⁵

Tabelle 19: Verteilung der monatlichen Ausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für die Pflichtbeiträge zur Gesetzlichen Sozialversicherung in 1993 nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands

	Durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung pro Monat in DM (in %)*
Landwirte	6406,64	865,66 (13,5)
Selbständige	10.066,58	355,26 (3,5)
Gewerbetreibende und Freiberufler	10.601,97	280,60 (2,6)
Angestellte	8146,03	919,34 (11,3)
Arbeiter	6299,03	920,86 (14,6)
Beamte	8299,88	158,20 (1,9)
Arbeitslose	2876,60	/
Nichterwerbstätige	3799,61	172,77 (4,5)

* in % des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommens

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.1-1.11; eigene Berechnungen.

Im Folgenden wird zur genaueren Erklärung des bogenförmigen Belastungsverlaufs untersucht, wie sich die überdurchschnittliche Belastung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit der Arbeitnehmer, die unterdurchschnittliche Belastung der Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit und Gewerbebetrieb und die Nichtbelastung der Bruttoeinkommen aus Vermögen und der Bruttoeinkommen aus öffentlichen Sozialtransfers mit Sozialversicherungsbeiträgen jeweils auf die personelle Nettoeinkommensverteilung auswirken. Dazu werden die Daten der Tabellen 20 bis 23 herangezogen. Bei der Analyse bleiben die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Verwendung der Beitragsmehreinnahmen unberücksichtigt. Allerdings haben die westdeutschen Beitragszahler davon nicht in gleicher Höhe in Form höherer Leistungen profitiert, weil die Beitragsmehreinnahmen zur Refinanzierung der Bruttofinanztransfers der westdeutschen Sozialversicherung an die ostdeutsche Sozialversicherung verwendet wurden. Insofern wurde keine Gruppenäquivalenz hergestellt.

Tabelle 20: Verteilung des Bruttoeinkommens der westdeutschen privaten Haushalte in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	Durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Haushalt pro Monat in DM (in %*)	Durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit je Haushalt pro Monat in DM (in %*)	Durchschnittliche Haushaltsbruttoeinnahmen aus Vermögen je Haushalt pro Monat in DM** (in %*)
unter 1000	907,70	82,00 (9,0)	64,34 (7,1)	/
1000 - 1600	1433,43	208,14 (14,5)	75,62 (5,3)	29,47 (2,1)
1600 – 2000	2036,46	500,24 (24,6)	81,19 (4,0)	53,66 (2,6)
2000 – 2500	2676,81	1031,18 (38,5)	79,21 8 (3,0)	75,48 (2,8)
2500 – 3000	3375,86	1630,06 (48,3)	115,32 (3,4)	91,14 (2,7)
3000 – 4000	4267,91	2138,79 (50,1)	191,27 (4,5)	147,09 (3,4)
4000 – 5000	5609,82	3358,96 (59,9)	266,59 (4,8)	176,4 (3,1)
5000 - 6000	6984,63	4494,89 (64,4)	409,56 (5,9)	221,47 (3,2)
6000 - 7500	8548,52	5764,94 (67,4)	508,42 (5,9)	270,54 (3,1)
7500 - 10.000	10.900,22	7277,43 (66,8)	997,48 (9,1)	358,75 (3,3)
10.000 - 35.000	16.838,03	8451,66 (50,2)	4535,81 (26,9)	753,24 (4,5)

* in % des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommens

** = Bruttoeinnahmen aus Vermögen abzüglich der Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und abzüglich des fiktiven Mietwertes der Eigentümerwohnungen

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.1; eigene Berechnungen.

Nach den Daten der Tabelle 20 werden die überdurchschnittlich belasteten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit der Arbeitnehmer überdurchschnittlich von Haushalten aus dem mittleren Nettoeinkommensbereich erzielt. So ist der schichtenspezifische Anteil der durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im mittleren Nettoeinkommensbereich überdurchschnittlich hoch. Dagegen ist er im unteren Nettoeinkommensbereich deutlich und in der obersten Nettoeinkommensklasse merklich niedriger. Dementsprechend konzentrieren sich die Arbeitnehmerhaushalte mit 16,9% überdurchschnittlich im mittleren Nettoeinkommensbereich und nur unterdurchschnittlich im unteren Nettoeinkommensbereich und in der obersten Nettoeinkommensklasse (vgl. Tabelle 21).

Tabelle 21: Verteilung der Haushalte von Selbständigen, Arbeitnehmern und Beamten im alten Bundesgebiet in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Haushalte von Selbständigen in 1.000 (in % aller Selbständigenhaushalte)	Haushalte von Arbeitnehmern in 1.000 (in % aller Arbeitnehmerhaushalte)	Haushalte von Beamten in 1.000 (in % aller Beamtenhaushalte)
unter 1000	/	/	/
1000 - 1600	/	266 (1,8)	/
1600 – 2000	/	369 (2,5)	/
2000 – 2500	/	835 (5,6)	/
2500 – 3000	/	1.114 (7,5)	/
3000 – 4000	215 (10,7)	2.313 (15,6)	142 (8,9)
4000 – 5000	211 (10,6)	2.500 (16,9)	186 (11,6)
5000 - 6000	230 (11,5)	2.198 (14,8)	247 (15,4)
6000 - 7500	265 (13,3)	2.278 (15,3)	376 (23,5)
7500 - 10.000	337 (16,9)	1.935 (13,1)	384 (24,0)
10.000 - 25.000	529 (26,5)	1.006 (6,8)	198 (12,4)

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.2, 1.5 und 1.6; eigene Berechnungen.

Dagegen begünstigt die weitgehende Beitragsbefreiung der Freiberufler, Gewerbetreibenden und Selbständigen und die völlige Beitragsbefreiung der Bezieher von Bruttoeinnahmen aus Vermögen überdurchschnittlich die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen und lediglich unterdurchschnittlich die Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen, weil die Selbständigen und die Eigentümer und Anteilseigner der gewerblichen Unternehmen überdurchschnittlich im oberen Nettoeinkommensbereich vertreten sind. Nach den Daten der

Tabelle 20 werden die Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit und die Bruttoeinnahmen aus Vermögen, zu denen auch die Bruttoeinnahmen der Anteilseigner aus ihren verbrieften Anteilsscheinen an einkommensteuerpflichtigen Unternehmen gehören, überdurchschnittlich von Haushalten aus dem oberen Nettoeinkommensbereich erzielt. So erreicht der Anteil der durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit am gesamten durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen mit 26,9% ausschließlich in der obersten Nettoeinkommensklasse einen überdurchschnittlich hohen Wert. Er schwankt im Nettoeinkommensbereich zwischen 1.000 DM und unter 7.500 DM nur zwischen 3,0% und 5,9%. Dementsprechend konzentrieren sich die Selbständigenhaushalte mit einem Anteil von 26,5% eindeutig in der obersten Nettoeinkommensklasse (vgl. Tabelle 21).

Nach den Daten der Tabelle 20 steigt auch der schichtenspezifische Anteil der durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinnahmen aus Vermögen am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen zwar nicht sehr stark, aber doch tendenziell von 2,1% auf 4,5% in der obersten Nettoeinkommensklasse an. Dementsprechend steigt auch der schichtenspezifische Anteil der Haushalte mit Bruttogeldvermögen (als Quelle der monatlichen Bruttoeinnahmen aus Vermögen) an der Zahl der Haushalte pro Nettoeinkommensklasse mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen nahezu stetig von 81,3% auf 99,7% an (vgl. Tabelle 22).

Tabelle 22: Verteilung der Haushalte mit Bruttogeldvermögen im alten Bundesgebiet am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Haushalte pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Bruttogeldvermögen pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Bruttogeldvermögen in % der Haushalte pro Klasse
unter 1000	1.474	1.198	81,3
1000 - 1600	2.752	2.451	89,1
1600 – 2000	2.529	2.408	95,2
2000 – 2500	4.075	3.959	97,2
2500 – 3000	3.190	3.143	98,5
3000 – 4000	5.201	5.143	98,9
4000 – 5000	3.757	3.738	99,5
5000 - 7500	4.178	4.168	99,8
7500 – 35000	1.491	1.486	99,7

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.29, eigene Berechnungen.

Nach den Daten der Tabelle 23 sind die Aktionäre der börsennotierten körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen ebenfalls überdurchschnittlich im oberen Nettoeinkommensbereich vertreten, da die Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen gegenüber den Haushalten mit einem niedrigen Nettoeinkommen überdurchschnittlich Aktien halten und ein überdurchschnittlich hohes Aktienguthaben besitzen. So steigt der schichtenspezifische Anteil der westdeutschen privaten Haushalte mit Aktien an der Zahl der Haushalte pro Nettoeinkommensklasse mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen sowohl stetig als auch deutlich von 3,2% auf 29,8% an. Des weiteren steigt das schichtenspezifische durchschnittliche Aktienguthaben je Haushalt mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen zwar nicht stetig aber zumindest tendenziell an. Es erreicht in den beiden oberen Nettoeinkommensklassen deutlich höhere Werte als im unteren Nettoeinkommensbereich (bis unter 2.000 DM). Es ist leider nicht möglich zu überprüfen, ob die Anteilseigner nicht-börsennotierter körperschaftsteuerpflichtiger Unternehmen (z.B. die Besitzer von GmbH-Anteilen) ebenfalls überdurchschnittlich den oberen Nettoeinkommensklassen und lediglich unterdurchschnittlich den unteren Nettoeinkommensklassen angehören, da die EVS das Bruttowertpapiervermögen der privaten Haushalte ohne GmbH-Anteilsscheine ausweist. Nach Ansicht des Autors ist diese These aber durchaus plausibel.

Tabelle 23: Verteilung des Aktienbesitzes der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Haushalte pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Aktien pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Aktien in % der Haushalte pro Klasse	Durchschnittliches Aktienguthaben je Haushalt (in DM)
unter 1000	1.474	(48)	(3,2)	(8.919)
1000 - 1600	2.752	(104)	(3,8)	(15.479)
1600 - 2000	2.529	137	5,4	15.638
2000 - 2500	4.075	244	5,9	23.449
2500 - 3000	3.190	309	9,7	17.157
3000 - 4000	5.201	637	12,2	16.906
4000 - 5000	3.757	583	15,5	16.531
5000 - 7500	4.178	920	22,0	29.229
7500 - 35000	1.491	445	29,8	48.912

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.12; eigene Berechnungen.

Darüber hinaus begünstigt die Ausgrenzung der Beamten aus dem sozialversicherungspflichtigen Personenkreis überdurchschnittlich die Haushalte aus den mittleren Nettoeinkommensklassen und teilweise noch die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen und lediglich unterdurchschnittlich die Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen. Nach Tabelle 21 gehören die Beamtenhaushalte überdurchschnittlich dem mittleren und teilweise noch dem oberen Nettoeinkommensbereich an. Mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen steigt der schichtenspezifische Anteil der Beamtenhaushalte an der Gesamtzahl der Beamtenhaushalte zunächst von 8,9% bis auf 24% kontinuierlich an und geht erst in der obersten Nettoeinkommensklasse wieder deutlich auf 12,4% zurück.

Schließlich profitieren von der Beitragsbefreiung der Bruttoeinkommen aus öffentlichen Sozialtransfers an Arbeitslose und Nichterwerbstätige überdurchschnittlich die Haushalte aus den unteren und teilweise noch aus den mittleren Nettoeinkommensklassen, da die Nichterwerbstätigen überdurchschnittlich im unteren und mittleren Nettoeinkommensbereich und die Arbeitslosen und die am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmer (einfache Arbeiter und Angestellte, gering und nicht-qualifizierte Arbeitnehmer) überdurchschnittlich im unteren Nettoeinkommensbereich vertreten sind. Nach der EVS gehört die Gesamtzahl der Haushalte von Arbeitslosen zu 32,7% und die Gesamtzahl der Haushalte von Nichterwerbstätigen zu 15,1% dem Nettoeinkommensbereich unter 1.600 DM an, zu 54,5% bzw. 39,7% dem Nettoeinkommensbereich unter 2.500 DM an und zu 36,8% bzw. 41,8% dem Nettoeinkommensbereich von 2.500 DM bis unter 5.000 DM an.²⁵⁶

Insgesamt betrachtet geht aus den dargestellten Gründen von höheren Sozialversicherungsbeiträgen also aus formaler Sicht ein bogenförmiger Belastungsverlauf in Bezug auf die personelle Bruttoeinkommensverteilung aus. Nach den Daten der EVS ist die Gesamtwirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung also weder eindeutig differenzierend noch eindeutig nivellierend. Dagegen zeigen die fiktiven Berechnungen in Tabelle 24 im Anhang, dass höhere Sozialversicherungsbeiträge eine schwache differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung induzieren. Bei den Berechnungen wurde unterstellt, dass die in der EVS 1993 ausgewiesenen monatlichen Pflichtbeitragszahlungen der westdeutschen privaten Haushalte zur Sozialversicherung je Haushalt einen fiktiven Anstieg der monatlichen Beitragszahlungen um 1% enthalten, der auf eine fiktive Erhöhung der Beitragsätze zurückgeht. Da bei jedem Haushalt das monatliche Haushaltsnettoeinkommen um die fiktiven monatlichen Pflichtbeitragsmehrzahlungen zur Sozialversicherung geringer ausgefallen ist, ergibt sich das fiktive durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat in jeder

²⁵⁶

Vgl. Statistisches Bundesamt (1997b), Tabelle 1.1-1.10 und (1997a), Tabelle 1.29.

Nettoeinkommensklasse durch Addition der fiktiven monatlichen Pflichtbeitragsmehrzahlungen zur Sozialversicherung je Haushalt zu dem in der EVS ausgewiesenen durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Es zeigt sich, dass sich das fiktive Haushaltsnettoeinkommen pro Monat (ohne fiktive Pflichtbeitragsmehrzahlungen) unter den getroffenen Annahmen gleichmäßiger verteilt als das tatsächliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat (incl. fiktiver Pflichtbeitragsmehrzahlungen), da der „fiktive“ Gini-Koeffizient 0,31782605 kleiner ist als der „tatsächliche“ Gini-Koeffizient 0,31788107.

Nach den Berechnungen in Abschnitt 5.3 betrugen die kumulierten Beitragsmehreinnahmen aus den vereinigungsbedingten diskretionären Beitragssatzänderungen zwischen 1991 und 1995 in Deutschland per Saldo ca. 86 Mrd. DM. Dieser hohe Betrag spricht dafür, dass die differenzierende Wirkung der höheren Sozialversicherungsbeiträge seit 1991 auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet quantitativ bedeutsam war.

7.2.2 Materielle Inzidenzanalyse

In materieller Hinsicht weichen die effektive Steuertraglast und die formale Steuerlast aus dem Solidaritätszuschlag sowie die formale Beitragslast und die effektive Beitragstraglast aus höheren Sozialversicherungsbeiträgen voneinander ab, wenn die Betroffenen auf die Erhebung des Solidaritätszuschlags bzw. auf die Erhebung der höheren Sozialversicherungsbeiträge mit „aktiven“ und/oder „passiven“ Anpassungsreaktionen reagieren. Dadurch können sie nämlich ihre Steuer- bzw. Beitragstraglast (auf Kosten anderer Marktteilnehmer) reduzieren.²⁵⁷ Als Folge der Anpassungsreaktionen kommt es auf den Güter- und Faktormärkten zu Preis- und Mengeneffekten. Diese beeinflussen die personelle Nettoeinkommensverteilung sowohl unmittelbar über die Einkommensverwendung der privaten Haushalte als auch mittelbar über die Einkommenserzielung der Haushalte und über die Gewinnerzielung der Unternehmen. Diese interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen können die formal einkommensnivellierende Wirkung des Solidaritätszuschlags bzw. die schwache einkommensdifferenzierende Wirkung höherer Sozialversicherungsbeiträge modifizieren.²⁵⁸

Bei der „Steuerumgehung“ nutzt der Steuerpflichtige auf legale Weise seine individuelle Gestaltungsfreiheit bei der Einkommenserzielung und bei der Ermittlung der steuerlichen Bemessungsgrundlage zum Zweck der Steuerersparnis. Er versucht, den steuerpflichtigen Tatbestand zu umgehen oder den Tatbestand einer Steuervergünstigung zu erfüllen. Damit

²⁵⁷ Vgl. Fehr, H./Wiegard, W. (1998), S. 202 f. und Wrede, M. (1993), S. 8 ff. und S. 21 ff.

²⁵⁸ Vgl. Simon, S. (2000), S. 142 f. und S. 236 f. und von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 37.

handelt er allerdings gegen den Sinn der steuerrechtlichen Regelungen. Dazu zählt z.B. die intertemporale Einkommensverlagerung zum Zweck der Steuerstundung, die Umwandlung von steuerbaren Bruttoeinkünften in steuerbefreite oder steuerbegünstigte Bruttoeinkünfte, die Umwandlung von steuerlich nicht-abzugsfähigen Aufwendungen in steuerlich abzugsfähige Aufwendungen, der Erwerb von Aktiva mit steuerbegünstigten oder steuerbefreiten Bruttoerträgen, die Ausnutzung der fehlenden Rechtsform-, Finanzierungs- und Standortneutralität der Besteuerung und die Verlagerung von Bruttoerträgen, von steuerlich abzugsfähigen Kosten oder von Schulden zwischen der betrieblichen und privaten Sphäre.²⁵⁹

Bei der „Vermeidung“ versuchen die Steuer- bzw. Beitragspflichtigen, den Eintritt des steuer- bzw. sozialversicherungspflichtigen Tatbestandes durch eine legale räumliche, sachliche oder zeitliche Verlagerung der Einkommenserzielung („Substitution“) zu vermeiden oder die Bemessungsgrundlage der höheren Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträge zu vermindern. Außerdem können sie die fehlende Rechtsform-, Finanzierungs- und räumliche Standortneutralität der Besteuerung legal ausnutzen.²⁶⁰ Bei der „Hinterziehung“ reagieren die Steuer- bzw. Beitragspflichtigen mit einer Nichtangabe oder Verfälschung steuer- bzw. beitragspflichtiger Tatbestände oder einer Verfälschung steuerlicher Abzugsbeträge gegenüber dem Finanzamt. Dadurch reduzieren sie auf illegale Weise die Bemessungsgrundlage der höheren Steuern bzw. Beiträge.²⁶¹ Bei der „Überwälzung“ geben die Steuer- bzw. Beitragspflichtigen eine höhere Steuer- bzw. Beitragslast über eine Veränderung der Preise auf den Güter- und/oder Faktormärkten partiell oder vollständig an andere Wirtschaftssubjekte weiter. Dadurch verringern sie ihre Last auf Kosten anderer Marktteilnehmer.²⁶² Bei der „Einholung“ versuchen die Steuer- bzw. Beitragspflichtigen, ihre höhere Steuer- bzw. Beitragslast durch eine Erhöhung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten zum Zweck der Einkommenserzielung zu kompensieren, um den Rückgang ihres Nettoeinkommens aufzufangen.²⁶³

Schließlich können die Steuer- bzw. Beitragspflichtigen auf eine höhere Steuer- bzw. Beitragslast mit „passiver“ Anpassung reagieren. So können die privaten Haushalte auf die abgabeinduzierte Verminderung ihres Nettoeinkommens mit einer Einschränkung ihrer Kon-

²⁵⁹ Vgl. Stiglitz, J.E. (1985), S. 325 ff. und Oberheide, R. (1998), S. 29 ff. und S. 191 ff.

²⁶⁰ Vgl. Oberheide, R. (1998), S. 191 ff. und Pfeiffer, D. (1989), S. 51 ff.

²⁶¹ Vgl. Wrede, M. (1993), S. 11 ff. und S. 18 ff.

²⁶² Vgl. Homburg, S. (1997), S. 103 ff. und Petersen, H.-G. (1984), S. 83.

²⁶³ Vgl. Simon, S. (2000), S. 143 ff. und Pfeiffer, D. (1989), S. 51 ff.

sum- und Spartätigkeit und/oder ihres Arbeitsangebotes und die Unternehmen auf den die abgabeinduzierten Rückgang ihres Nettogewinns mit dem Abbau von Produktionskapazitäten und/oder einer Einschränkung ihrer Investitionstätigkeit reagieren. Daraus resultieren Mengen- und Preiseffekte auf den betroffenen Güter- und Faktormärkten.²⁶⁴

7.2.2.1 Materielle Inzidenzanalyse der Erhebung des Solidaritätszuschlags bei der Lohnsteuer und der höheren anteiligen Sozialversicherungsbeiträge der sozialversicherten Arbeitnehmer

In diesem Abschnitt werden zunächst die „aktiven“ Anpassungsreaktionen der Lohnsteuerpflichtigen auf die Erhebung der Lohnsteuer und damit auch auf die Erhebung des Solidaritätszuschlags auf die Lohnsteuerschuld untersucht. Damit werden gleichzeitig auch die „aktiven“ Anpassungsreaktionen der sozialversicherten Arbeitnehmer auf ihre höheren anteiligen Sozialversicherungsbeiträge analysiert. Damit beschäftigt sich der Unterabschnitt (1). Anschließend wird in Unterabschnitt (2) die materielle Inzidenz des Solidaritätszuschlags auf die Lohnsteuerschuld und die materielle Inzidenz höherer anteiliger Sozialversicherungsbeiträge der sozialversicherten Arbeitnehmer abschließend eingeschätzt.

(1) Darstellung der „aktiven“ Anpassungsreaktionen

Vermeidungs-, Umgehungs- und Einholungsaktivitäten

In der Praxis sind die legalen Steuervermeidungsmöglichkeiten der Lohnsteuerpflichtigen und die legalen Beitragsvermeidungsmöglichkeiten der sozialversicherten Arbeitnehmer sehr begrenzt. Dies gilt zumindest für diejenigen Arbeitnehmer, die bei ihrer Einkommenserzielung aufgrund der Art ihrer Tätigkeit, ihrer erworbenen Qualifikation oder sonstiger persönlicher Merkmale lediglich eine begrenzte räumliche und berufliche Mobilität aufweisen und in kurzfristiger Hinsicht auf das Bruttoarbeitsentgelt als Einkommensquelle angewiesen sind. Dabei besitzen höher qualifizierte Arbeitnehmer aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen deutlich bessere Vermeidungsmöglichkeiten als gering qualifizierte Arbeitnehmer aus den unteren Nettoeinkommensklassen, da ihre räumliche und berufliche Mobilität aufgrund ihrer umfassenden beruflichen und schulischen Ausbildung deutlich höher ist.²⁶⁵ Darüber hinaus verfügen die Arbeitnehmer auch nur über begrenzte Umgehungsmöglichkeiten, da die Lohnsteuer und die Sozialversicherungsbeiträge beide nach dem Quellenabzugsverfahren erhoben werden und die Arbeitnehmer hier die Ermittlung des „zu versteuernden

²⁶⁴ Vgl. Zimmermann, H./Henke, K.D. (1994), S. 222 ff. und Simon, S. (2001), S. 144 f.

²⁶⁵ Vgl. Oberheide, R. (1998), S. 126 und S. 184 ff. und Simon, S. (2001), S. 146 f.

Einkommens“ kaum beeinflussen können.²⁶⁶ Sodann besitzen viele Arbeitnehmer keine allzu großen Möglichkeiten zu einem Wechsel in eine selbständige Tätigkeit, in die „Scheinselbständigkeit“ oder in ein sozialversicherungsbefreites Beschäftigungsverhältnis.²⁶⁷

Schließlich können die meisten Arbeitnehmer lediglich in einem begrenzten Ausmaß „Einholung“ betreiben, da sie die Arbeitszeit bei ihrem bestehenden Beschäftigungsverhältnis, die Anzahl ihrer Beschäftigungsverhältnisse und die Anzahl ihrer Überstunden nicht autonom ausweiten können. Dieser Umstand ist u.a. auf (tarif-)vertraglich festgelegte Arbeitszeiten, auf berufs- und qualifikationsspezifische Merkmale des Arbeitnehmers und auf sonstige persönliche Merkmale des Arbeitnehmers zurückzuführen. Außerdem setzt die „Einholung“ zwingend ein Arbeitsplatz- und/oder Überstundenangebot der Arbeitgeber voraus.²⁶⁸

Aber selbst unter der Prämisse einer autonomen Arbeitszeit-Freizeit-Entscheidung ist die Wirkung eines höheren Grenzsteuersatzes (bzw. höherer Sozialversicherungsbeiträge) auf die Arbeitszeit der Arbeitnehmer keineswegs eindeutig. Im neoklassischen Einkommens-Freizeit-Modell veranlasst ein steuerinduzierter Rückgang des Nettoeinkommens die Arbeitnehmer zwar einerseits zu einer Ausweitung ihrer Arbeitszeit zu Lasten ihrer Freizeit („Steuereinholung“). Andererseits substituieren die Arbeitnehmer wegen der gestiegenen Opportunitätskosten der Freizeit aber Arbeitszeit durch Freizeit („sachliche Steuervermeidung“).²⁶⁹ In der Praxis ist bei Arbeitnehmern mit einem niedrigen Nettoeinkommen sicherlich eher eine „Einholung“ wahrscheinlich, da sie von einem steuer- bzw. beitragsinduzierten Rückgang ihres Nettoeinkommens stärker getroffen werden und sich einen weiteren Rückgang ihres Bruttoeinkommens als Folge einer Verringerung ihrer offiziellen Arbeitszeit nicht „leisten“ können. Dagegen werden Arbeitnehmer mit einem hohen Nettoeinkommen auf die relative Verteuerung der offiziellen Arbeitszeit gegenüber der Freizeit eher mit einer (sachlichen) Substitution von Arbeitszeit durch Freizeit reagieren.²⁷⁰

Insgesamt lässt dieser kurze Überblick über die Vermeidungs-, Umgehungs- und Einholungsmöglichkeiten der Lohnsteuerpflichtigen und der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer in der Praxis vermuten, dass sie ihre Steuerbelastung aus der Erhebung des Solidari-

²⁶⁶ Vgl. Hagedorn, R. (1991), S. 5 f. und S. 47 f.

²⁶⁷ Vgl. Simon, S. (2000), S. 145 ff.

²⁶⁸ Vgl. Schneider, D./Enste, D. (2000), S. 61 f.

²⁶⁹ Vgl. Simon, S. (2001), S. 147 ff. und Schneider, D./Enste, D. (2000), S. 57 ff. und S. 71 ff.

²⁷⁰ Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 63 ff.

tätzuschlags auf die Lohnssteuerschuld zwischen dem 1.7.1991 und dem 30.6.1992 und im Jahr 1995 und ihre Beitragsmehrlast aus ihren höheren anteiligen Sozialversicherungsbeiträgen seit 1991 nicht nennenswert durch legale Entzugsmöglichkeiten reduzieren konnten.

Überwälzungsaktivitäten

Bei der Rückwälzung versuchen die Arbeitnehmer, ihre höhere Steuer- bzw. Beitragslast in ihrer Eigenschaft als Konsumenten über niedrigere Güterpreise auf die Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zurückzuwälzen. Diese Strategie ist in der Praxis allerdings wenig erfolgsversprechend. Demgegenüber ist eine erfolgreiche Vorwälzung der Steuer- bzw. Beitragsmehrlast auf die Arbeitgeber durchaus vorstellbar. Dazu müssen die Arbeitnehmer in den Lohnverhandlungen als Ausgleich für die höhere Belastung der Bruttolöhne und Bruttogehälter mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen gegenüber ihren Arbeitgebern entsprechend höhere Bruttoarbeitsentgelte durchsetzen. Dadurch können sie den steuer- bzw. beitragsinduzierten Rückgang ihrer Nettolöhne bzw. Nettogehälter ausgleichen.²⁷¹

In der Praxis sind die Vorwälzungsbestrebungen der sozialversicherten Arbeitnehmer besonders ausgeprägt, wenn sie die beitragsinduzierte Kürzung ihres aktuellen Nettoeinkommens stärker gewichten als den höheren Konsum in der Zukunft, der durch die erzwungene Ersparnis in der Gegenwart in Form höherer Sozialleistungen möglich wird. Dieses „Nettolohndenken“ ist dann zu erwarten, wenn die relative Beitragsbelastung der Bruttoarbeitsentgelte bereits hoch ist, wenn die Bruttoarbeitsentgelte konjunkturbedingt sinken, oder wenn die Äquivalenz zwischen den Beitragszahlungen an die Sozialversicherung und den Leistungsansprüchen aus der Sozialversicherung schwach ausgeprägt ist.²⁷² Bei einem geringen Leistungs-Gegenleistungs-Bezug erwarten die Arbeitnehmer für ihre aktuellen Beitragszahlungen keine (große) spezifische Gegenleistung aus der Sozialversicherung in der Zukunft. Deshalb betrachten sie die Sozialversicherungsbeiträge als eine proportionale direkte Steuer auf ihr Bruttoarbeitsentgelt. Ihre Bereitschaft zur Übernahme der höheren Beitragslast fällt dann umso geringer aus, je weniger ihr Grenznutzengewinn aus den späteren zusätzlichen Leistungen ihren Grenznutzenverlust aus den höheren Beitragszahlungen kompensiert.²⁷³

Es stellt sich nun die Frage, ob die Arbeitnehmer eine Steuer- bzw. Beitragsmehrlast in der Realität tatsächlich vollständig auf die Arbeitgeber vorwälzen können, oder

²⁷¹ Vgl. Pfeiffer, D. (1989), S. 58 f. und Simon, S. (2001), S. 149 ff.

²⁷² Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 78 ff.

²⁷³ Vgl. Breuer, M. (1999), S. 53 f. und S. 55 ff.

ob sie diese zumindest teilweise selbst tragen müssen. Im Modell der neoklassischen „Grenzproduktivitätstheorie des Lohns“ ist der Vorwählungsgrad auf die Bruttolöhne auf einem nicht-organisierten Arbeitsmarkt mit dem Lohnsatz als Erwartungsparameter der Anbieter und der Nachfrager umso höher, je niedriger die Lohnelastizität der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsnachfrage gegenüber der Lohnelastizität des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebotes ist. In diesem Fall reagieren die Arbeitgeber auf die höheren Bruttolohnforderungen der Arbeitnehmer lediglich mit einer geringen Einschränkung ihrer Arbeitsnachfrage. Dadurch kommt es zu keinem starken nachfrageinduzierten Rückgang des Bruttolohnsatzes.²⁷⁴

Diese Elastizitätskonstellation ist in einer konjunkturellen Boomsituation mit einem hohen Auslastungsgrad der betrieblichen Produktionskapazitäten, einer hohen Güternachfrage und einer niedrigen Arbeitslosigkeit durchaus plausibel, da die Arbeitgeber ihre vorhandenen Arbeitskräfte in der Produktion benötigen und sie die zusätzlich benötigten Arbeitskräfte nur noch zu steigenden Bruttolöhnen anwerben können. Im Boom wird die Arbeitskräftenachfrage in erster Linie nachfrageseitig determiniert. Demgegenüber sind die Vorwählungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer in einer ungünstigen konjunkturellen Situation mit unausgelasteten betrieblichen Produktionskapazitäten und einer niedrigen gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage weniger günstig, da die Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage deutlich höher ist. Hier werden die Arbeitgeber als Reaktion auf einen Bruttolohnanstieg ihre Arbeitsnachfrage stark einschränken, da der geringe Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten die Entlassung nicht-benötigter Arbeitskräfte erlaubt, die Produktionskosten die Arbeitskräftenachfrage stark beeinflussen und die Arbeitgeber freigesetzte Arbeitskräfte leichter durch gleich qualifizierte Arbeitskräfte mit niedrigeren Bruttolohnforderungen ersetzen können.²⁷⁵ Dabei sind die Vorwählungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer zusätzlich dann ungünstig, wenn die Arbeitgeber als Reaktion auf höhere Bruttolohnforderungen die Arbeitsintensität der Produktion reduzieren können (sachliche Substitution) oder die Produktion in Regionen mit niedrigeren Bruttolöhnen verlagern können (räumliche Substitution).²⁷⁶ In der Realität ist die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitnehmern sicherlich deutlich Lohnunelastischer als die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitnehmern. Deshalb besitzen gering qualifizierte Arbeitnehmer schlechtere Vorwählungsmöglichkeiten als hoch qualifizierte Arbeitnehmer.²⁷⁷

²⁷⁴ Vgl. Blankart, C.B. (1998), S. 323 ff. und von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 53 f. und S. 81 ff.

²⁷⁵ Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 53 ff., 69 und S. 80 ff.

²⁷⁶ Vgl. Homburg, S. (1997), S. 129.

²⁷⁷ Vgl. Simon, S. (2001), S. 150 f.

Schließlich ist nach herrschender Ansicht die Lohnelastizität des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebotes in der Realität relativ gering, da die meisten Arbeitnehmer ihr individuelles Arbeitsangebot nicht völlig autonom variieren und sich keinen Rückgang ihres Bruttolohneinkommens und daher keine freiwillige Arbeitslosigkeit leisten können. Dies gilt besonders für die gering qualifizierten Arbeitnehmer mit einem niedrigen Nettoeinkommen.²⁷⁸

In der bundesdeutschen Praxis eines organisierten Arbeitsmarktes determiniert neben der Elastizitätskonstellation auf dem Arbeitsmarkt auch noch das Verhalten der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände in und außerhalb der Tarifverhandlungen die Lohnbildung am Arbeitsmarkt. Hier schränken verhandlungsspezifische Interessen der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen, ökonomische Faktoren und organisatorisch-institutionelle Faktoren die Vorwältungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer und/oder die Vorwältungsbestrebungen der Arbeitnehmer ein. Dazu zählt z.B. eine Restlaufzeit der Tarifverträge, der überbetriebliche Charakter der Tarifabschlüsse, die relativ ausgeglichene Verhandlungsmacht der Tarifparteien in den kollektiven Tarifverhandlungen, eine ungünstige gesamtwirtschaftliche Beschäftigungslage und die Erwartung einer langen Streik- oder Aussperrungsdauer mit hohen Einkommenseinbußen der Arbeitnehmer. Diese Faktoren schwächen auch das Nettolohndenkens der Arbeitnehmer und damit das Gewicht der Arbeitnehmerbeiträge im Verhandlungskalkül der Gewerkschaften ab. Des weiteren übt die öffentliche Meinung i.d.R. Druck auf die Gewerkschaften zu einem freiwilligen Verzicht auf Streiks aus. Diese Faktoren entschärfen also den rein ökonomischen Konflikt um die Aufteilung der Steuer- bzw. Beitragslast zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Deshalb ist die Wahrscheinlichkeit für eine erfolgreiche Vorwältung einer höheren Steuer- bzw. Beitragslast von den Arbeitnehmern auf die Arbeitgeber am organisierten Arbeitsmarkt geringer als am nicht-organisierten Arbeitsmarkt. Außerdem ist ihre Vorwältung auf die tariflichen Nominallöhne ganzer Branchen in der Praxis eher schwierig, wenn sie individuell unterschiedlich hoch ausfällt.²⁷⁹

Es stellt sich nun noch die Frage, in welcher Weise das gesamtwirtschaftliche Umfeld in Westdeutschland während der Erhebung des Solidaritätszuschlags und der diskretionären Erhöhungen des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung zwischen 1991 und 1995 die realwirtschaftlichen Bedingungen für eine erfolgreiche Vorwältung der Steuer- und Beitragsmehrlast der westdeutschen Arbeitnehmer auf ihre Arbeitgeber beeinflusste. Nach den Erkenntnissen aus Abschnitt 3.1.3 war die konjunkturelle Situation im alten Bundesgebiet zwischen 1990 und Mitte 1992 günstig. Deshalb ist davon auszugehen,

²⁷⁸ Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 53 ff., 69 und S. 80 ff.

²⁷⁹ Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 91 f., 95 ff. und S. 101 ff. und Pfeiffer, D. (1989), S. 62 ff.

dass insbesondere qualifizierte westdeutsche Arbeitnehmer mit einem mittleren und hohen Nettoeinkommen in diesem Zeitraum einen Teil ihrer Beitragsmehrlast aus der diskretionären Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung vom 1.4.1991 und einen Teil ihrer Steuermehrlast aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags zwischen Mitte 1990 und Mitte 1991 über höhere Bruttoarbeitsentgelte auf ihre Arbeitgeber vorwälzen konnten. Aufgrund der hohen gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage und Kapazitätsauslastung und der relativ angespannten Beschäftigungssituation auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt war die Lohnelastizität der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsnachfrage (v.a. in Bezug auf qualifizierte Arbeitskräfte) relativ niedrig. Da die westdeutschen Unternehmen an der Kapazitätsgrenze produzierten, konnten sie auf ihre vorhandenen Arbeitskräfte nicht verzichten und zusätzlich benötigte Arbeitskräfte nur noch zu steigenden Bruttolöhnen anwerben. Außerdem fiel ihr Widerstand gegen die Vorwälzungsversuche ihrer vorhandenen Beschäftigten vermutlich nicht allzu stark aus, da die Bedingungen für eine erfolgreiche Vorwälzung höherer Lohnkosten auf die Nachfrager zumindest aus makroökonomischer Sicht günstig waren. Ein Blick auf den Index der Tariflöhne (Tarifgehälter) im alten Bundesgebiet in den Jahren 1991 und 1992 bestätigt die These einer gelungenen Vorwälzung der Steuermehrlast. Er stieg in 1991 um 6,1% (6,0%) und in 1992 um 5,8% (5,2%) an. Allerdings lässt der Index der Tariflöhne (Tarifgehälter) nur bedingt Aussagen über den Vorwälzungsgrad zu, weil er neben abgabeinduzierten Bruttoentgeltforderungen zugleich auch Anpassungen der Bruttoarbeitsentgelte wegen Inflation und realwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritten widerspiegelt.²⁸⁰

Demgegenüber waren die realwirtschaftlichen Bedingungen für eine erfolgreiche Vorwälzung der höheren Steuer- und Beitragslast der Arbeitnehmer auf die Arbeitgeber während der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung zwischen Mitte 1992 und 1995 vermutlich deutlich ungünstiger, da die Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage konjunkturbedingt hoch war. Dahinter standen die ungünstige gesamtwirtschaftliche Beschäftigungslage, der niedrige Auslastungsgrad der betrieblichen Produktionskapazitäten und die niedrige gesamtwirtschaftliche Güternachfrage. Daher ist es plausibel anzunehmen, dass die westdeutschen Arbeitnehmer ihre Steuermehrlast aus dem Solidaritätszuschlag im Jahr 1995 und ihre Beitragsmehrlast aus der diskretionären Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung vom 1.1.1993 und aus der diskretionären Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung vom 1.1.1995 kaum auf ihre Arbeitgeber vorwälzten und damit nahezu vollständig selbst tragen mussten.

280

Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1998), Tabelle 5.1.

Hinterziehungsaktivitäten

Bei den illegalen Anpassungsreaktionen der Arbeitnehmer beschränken sich die Reaktionsmöglichkeiten auf das Verschweigen der in der Schattenwirtschaft erzielten Einkommen aus Schwarzarbeit, da die Lohnsteuer und die gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge nach dem Quellenabzugsverfahren erhoben werden.²⁸¹ Ein Arbeitnehmer kann entweder bei gegebener Gesamtarbeitszeit die Beschäftigung im offiziellen Sektor durch Beschäftigungsverhältnisse im „schattenwirtschaftlichen“ Sektor vollständig oder teilweise substituieren („illegale Substitution“) oder zusätzlich zur Beschäftigung im offiziellen Sektor eine Schwarzarbeit zu Lasten seiner Freizeit ausüben („illegale Einholung“). Diese Entscheidung hängt maßgeblich von dem erwarteten Ertrag aus der inoffiziellen Erwerbstätigkeit im Vergleich zum Ertrag aus der offiziellen Erwerbstätigkeit ab. Demnach vergleicht der Steuerpflichtige den Nettolohnsatz im offiziellen Sektor mit dem Bruttolohnsatz im inoffiziellen Sektor. Außerdem berücksichtigt er die erwartete Strafe bei einer Aufdeckung der Schwarzarbeit.²⁸²

In der Praxis hängen die Möglichkeiten der Arbeitnehmer zur Aufnahme einer Schwarzarbeit entscheidend von der Höhe und der Flexibilität der offiziellen Arbeitszeit des Arbeitnehmers, von der Art der Ausbildung und der beruflichen Qualifikation des Arbeitnehmers, von der Ausstattung des Arbeitnehmers mit Realkapital und von der Nachfrage nach Schwarzarbeit durch private Haushalte und Unternehmen ab. Deshalb verteilen sie sich in sachlicher Hinsicht und in zeitlicher Hinsicht ungleich auf die Arbeitnehmer. Des weiteren sind die Präferenzen der Arbeitnehmer zur Aufnahme einer Schwarzarbeit unterschiedlich hoch, da die Steuerbelastung, der Grad der Risikoaversion, die Steuermoral, die erwartete Kontrollintensität und Kontrollhäufigkeit der Finanzbehörden individuell differieren. Daneben hängen die Präferenzen der Arbeitnehmer zur Aufnahme einer Schwarzarbeit noch von der Höhe der staatlichen Lohnersatzleistungen, dem individuellen Beschäftigungsrisiko, der Beschäftigungslage auf dem offiziellen Arbeitsmarkt, dem Angebot an öffentlichen Gütern sowie der Höhe und der Bemessungsgrundlage der erwarteten Geldstrafe ab.²⁸³

²⁸¹ Vgl. Müller, K./Bork, C. (1998), S. 218.

²⁸² Vgl. Cowell, F.A. (1985), S. 19 f. und S. 25 f. und Schneider, D./Enste, D. (2000), S. 64 ff. und S. 78 ff.

²⁸³ Vgl. Schneider, D./Enste, D. (2000), S. 42 f, 61 ff, 67 ff, 77 ff, 95 f, 140 f. und S. 147 ff. und Hagedorn, R. (1991), S. 50 ff.

Im neoklassischen Einkommens-Freizeit-Modell ist die Gesamtwirkung eines höheren Grenzsteuersatzes auf die inoffizielle Arbeitszeit nur dann eindeutig, wenn der nutzenmaximierende Arbeitnehmer seine inoffizielle Arbeitszeit zu Lasten der Freizeit ausdehnt („illegale Steuereinholung“ bzw. „Einkommenseffekt“) und seine offizielle Arbeitszeit durch inoffizielle Arbeitszeit substituiert („illegale Steuervermeidung“ bzw. „Substitutionseffekt“). Dies ist im Modell aber nur dann zu erwarten, wenn der Arbeitnehmer risikoneutral ist oder seine absolute Risikoaversion nicht vom seinem Nettoeinkommen abhängt, wenn der Arbeitnehmer im Entdeckungsfall das hinterzogene Einkommen aus Schwarzarbeit nachträglich nicht versteuern muss, und wenn das hinterzogene Einkommen aus Schwarzarbeit die Bemessungsgrundlage der Geldstrafe ist. Bei einer Erhöhung des Grenzsteuersatzes erhält er einen Anreiz zur „illegalen Steuervermeidung“, weil der Preis einer offiziellen Arbeitsstunde gesunken ist, d.h. Schwarzarbeit gegenüber der offiziellen Arbeit relativ lohnender geworden ist.²⁸⁴

Demgegenüber ist im neoklassischen Einkommens-Freizeit-Modell der Substitutionseffekt in Bezug auf das Niveau der Schwarzarbeit unbestimmt, wenn der Arbeitnehmer im Entdeckungsfall das Einkommen aus Schwarzarbeit zu dem höheren Grenzsteuersatz nachträglich versteuern muss und/oder die hinterzogene Steuerschuld die Bemessungsgrundlage der Geldstrafe ist. In beiden Fällen vermindert die Erhöhung des Grenzsteuersatzes den Preis einer inoffiziellen Arbeitsstunde. Daraufhin ist auch die Gesamtwirkung auf das Niveau der Schwarzarbeit ebenfalls unbestimmt. Dasselbe gilt auch dann, wenn der Einkommenseffekt in Bezug auf das Niveau der Schwarzarbeit negativ ist, weil die absolute Risikofreude des Arbeitnehmers mit einem steigenden Nettoeinkommen zunimmt. In diesem Fall schlägt sich nämlich die Erhöhung des Grenzsteuersatzes in einer geringeren inoffiziellen Arbeitszeit nieder, weil der Arbeitnehmer als Reaktion auf den Rückgang seines Nettoeinkommens eine weniger risikofreudigere Position einnimmt.²⁸⁵

Insgesamt lässt sich also ein positiver Einfluss des Grenzsteuersatzes auf das Niveau der Schwarzarbeit theoretisch nicht eindeutig ableiten. Dagegen weisen empirische Studien einen signifikant positiven Einfluss des Grenzsteuersatzes auf das Niveau der Schwarzarbeit in den westlichen Industrieländern nach. Es zeigt sich, dass die Haushalte im unteren und mittleren Nettoeinkommensbereich überproportional Schwarzarbeit anbieten und die Haushalte im mittleren und oberen Nettoeinkommensbereich überproportional Schwarzarbeit

²⁸⁴ Vgl. Wiegart, W. (1984), S. 125 ff. und S. 136 ff.

²⁸⁵ Vgl. Schneider, D./Enste, D. (2000), S. 64 ff. und S. 69 ff. und Wiegart, W. (1984), S. 125 ff. und S. 136 ff.

nachfragen.²⁸⁶ In der folgenden Analyse wird der These gefolgt, dass die westdeutschen Arbeitnehmer ihre Steuermehrlast aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags auf die Lohnsteuerschuld und ihre Beitragsmehrlast aus den höheren Sozialversicherungsbeiträgen zwischen 1991 und 1995 aufgrund begrenzter Hinterziehungsmöglichkeiten kaum durch eine illegale Einholung und eine illegale Vermeidung reduzieren konnten.

(2) Gesamteinschätzung der materiellen Inzidenz des Solidaritätszuschlags auf die Lohnsteuerschuld und der materiellen Inzidenz höherer anteiliger Sozialversicherungsbeiträge der sozialversicherten Arbeitnehmer

Insgesamt betrachtet hat die Analyse der Vermeidungs-, Umgehungs-, Einholungs-, Überwälzungs- und Hinterziehungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer in Abschnitt (1) gezeigt, dass ihre Möglichkeiten zu einem legalen und illegalen Entzug bei der deutschen Lohnsteuer und bei den Sozialversicherungsbeiträgen in der Praxis begrenzt sind. Dafür spricht u.a. die relativ hohe Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage am nicht-organisierten Arbeitsmarkt und die ausgeglichene Verhandlungsmacht der Tarifparteien in den kollektiven Tarifverhandlungen am organisierten Arbeitsmarkt. In der Praxis besitzen die gering qualifizierten Arbeitnehmer aus dem unteren Nettoeinkommensbereich nochmals deutlich schlechtere Möglichkeiten zu einer Verminderung ihrer Steuer- bzw. Beitragsmehrlast als hochqualifizierte Arbeitnehmer aus dem mittleren und oberen Nettoeinkommensbereich. Deshalb werden sie als Reaktion auf den steuer- bzw. beitragsinduzierten Rückgang ihres Nettolohneinkommens v.a. ihre Konsum- und Sparaktivitäten verändern. Daraus resultieren allerdings auch verteilungsrelevante Preis- und Mengeneffekte auf den Güter- und Faktormärkten.

Letztendlich bestätigt sich also die in der finanzwissenschaftlichen Literatur vertretene Auffassung, dass die formale und die materielle Inzidenz der deutschen Lohnsteuer nahezu übereinstimmen, so dass auch die formale und die materielle Inzidenz des Solidaritätszuschlags auf die Lohnsteuerschuld nahezu übereinstimmen müssen. Dies bedeutet, dass die Lohnsteuerpflichtigen die Steuerlast aus dem Solidaritätszuschlag auf die Lohnsteuerschuld größtenteils selbst tragen mussten. Demnach hatte die in Abschnitt 7.2.1.1 abgeleitete progressive Belastungswirkung des Solidaritätszuschlags auf die Lohnsteuerschuld auch aus materieller Sicht weitgehend Bestand. Des weiteren hatte auch die formal schwach einkommensdifferenzierende Wirkung der höheren anteiligen Sozialversicherungsbeiträge der sozialversicherten Arbeitnehmer zwischen 1991 und 1995 aus materieller Sicht weitgehend Bestand, weil die sozialversicherten Arbeitnehmer ihre Beitragsmehrlast aus den höheren Sozi-

²⁸⁶

Vgl. z.B. die Studien Johnson, S. u.a. (1998), S. 389; Lemieux, T. u.a. (1994), S. 246 ff. und S. 250 f; Schneider, D./Enste, D. (2000), S. 140 f. und S. 175 f.

alversicherungsbeiträgen zur Gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung seit 1991 ebenfalls größtenteils selbst tragen mussten.²⁸⁷

7.2.2.2 Materielle Inzidenzanalyse der Erhebung des Solidaritätszuschlags bei der veranlagten Einkommensteuer und der höheren (anteiligen) Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen und Arbeitgeber

In diesem Abschnitt werden in Unterabschnitt (1) zunächst die „aktiven“ Anpassungsreaktionen der veranlagten Steuerpflichtigen auf die Erhebung des Solidaritätszuschlags auf die Einkommensteuerschuld untersucht. Damit werden gleichzeitig auch die „aktiven“ Anpassungsreaktionen der sozialversicherten selbständig Erwerbstätigen und Arbeitgeber sozialversicherter Arbeitnehmer auf ihre höheren (anteiligen) Sozialversicherungsbeiträge analysiert. Nach dem Konzept der materiellen Inzidenz müssen diese Personengruppen eine höhere Steuer- bzw. Beitragslast nicht vollständig aus ihren Bruttogewinnen bzw. aus ihren Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit tragen, da sie auf eine höhere Steuer- bzw. Beitragslast mit legalen und illegalen Anpassungsreaktionen reagieren und darüber ihre Steuer- bzw. Beitragsmehrlast verringern können.²⁸⁸ Anschließend wird in Unterabschnitt (2) die materielle Inzidenz des Solidaritätszuschlags auf die Steuerschuld bei der veranlagten Einkommensteuer und die materielle Inzidenz höherer (anteiliger) Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen und Arbeitgeber abschließend eingeschätzt.

(1) Darstellung der „aktiven“ Anpassungsreaktionen

Vermeidungs-, Umgehungs- und Einholungsaktivitäten

Bei der veranlagten Einkommensteuer sind die Steuervermeidungs-, Steuerumgehungs- und Steuereinholungsmöglichkeiten für die Steuerpflichtigen deutlich größer als bei der Lohnsteuer, da sie bei der Ermittlung des „zu versteuernden Einkommens“ aktiv mitwirken und damit die legalen Steuerentzugsmöglichkeiten besser ausnutzen können. Deshalb können sie als Reaktion auf die Erhebung des Solidaritätszuschlags durchaus ihre bereits vorhandenen Steuervermeidungs-, Steuerumgehungs- und Steuereinholungsaktivitäten nochmals intensivieren. Dies gilt insbesondere für die Bezieher von Einkünften aus Kapitalvermögen und für die Bezieher von Einkünften aus selbständiger Arbeit und aus Gewerbebetrieb. So können die Bezieher von Einkünften aus Kapitalvermögen eine höhere Steuerschuld durch eine räumliche Verlagerung des steuerpflichtigen Tatbestandes (z.B. durch eine Geld-

²⁸⁷ Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 169 f. und Simon, S. (2000), S. 143 f. und S. 150 f.

²⁸⁸ Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 37.

anlage im Ausland), durch eine sachliche Substitution des steuerpflichtigen Tatbestandes (z.B. den Erwerb von Aktien anstelle festverzinslicher Wertpapiere) oder durch eine „Steuerarbitrage“ reduzieren.²⁸⁹ Die Selbständigen und die einkommensteuerpflichtigen Unternehmen können eine höhere Steuerschuld durch eine Änderung der Faktorproportionen in der Produktion, durch eine Ausnutzung der fehlenden Rechtsformneutralität der Besteuerung oder durch eine Verlagerung der steuerpflichtigen Gewinnerzielung in Regionen mit einer niedrigeren Steuerbelastung reduzieren. Darüber hinaus können sie die Unterschiede zwischen der Unternehmensbesteuerung und der Besteuerung natürlicher Personen hinsichtlich Steuertarif und Bemessungsgrundlage ausnutzen, indem sie steuerbare Erträge oder steuerlich abzugsfähige Kosten zwischen der betrieblichen und privaten Sphäre verlagern.²⁹⁰

Bei einer Erhöhung ihrer Sozialversicherungsbeiträge können die selbständig Erwerbstätigen und die Arbeitgeber sozialversicherter Arbeitnehmer durch arbeitssparende Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen die Faktorproportion im Produktionsprozess zu Gunsten des Faktors Kapital verändern oder sozialversicherungspflichtige durch sozialversicherungsbefreite Beschäftigungsverhältnisse ersetzen (sachliche Substitution). Dadurch reduzieren sie die Kosten des Faktors Arbeit und verlagern einen Teil ihrer Beitragsmehrlast auf die freigesetzten Arbeitskräfte. Außerdem können sie ihre Gewinn- bzw. Einkommenserzielung in Regionen mit einer niedrigen Beitragsbelastung verlagern (räumliche Substitution).

Schließlich besitzen die veranlagten Steuerpflichtigen und die Beitragszahler noch die Möglichkeit zu einer Kompensation ihrer steuer- bzw. beitragsinduzierten Nettogewinn- und Nettoeinkommenseinbußen durch Produktivitätsfortschritte und/oder Kosteneinsparungen, wenn eine Umgehung und Vermeidung nicht möglich oder nicht gewollt sind. Dadurch verlagern sie ebenfalls einen Teil ihrer Steuer- bzw. Beitragsmehrlast auf ihre Beschäftigten, wenn der technische Fortschritt arbeitssparend ist oder die durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen mit einem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden sind.²⁹¹

Insgesamt lässt dieser kurze Überblick über die Vermeidungs-, Umgehungs- und Einholungsmöglichkeiten vermuten, dass die veranlagten Steuerpflichtigen ihre Steuermehrlast aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags auf die Einkommensteuerschuld zwischen dem 1.7.1991 und dem 30.6.1992 und im Jahr 1995 durchaus nennenswert legal reduzieren konnten. Des weiteren konnten die sozialversicherten selbständig Erwerbstätigen und die

²⁸⁹ Vgl. Simon, S. (2001), S. 152 f. und Zimmermann, H./Henke, K.D. (1994), S. 222 ff.

²⁹⁰ Vgl. Oberheide, R. (1998), S. 221 ff., 227 ff. und S. 235 ff. und Raab, M. (1992), S. 417 ff.

²⁹¹ Vgl. Simon, S. (2001), S. 153.

Arbeitgeber sozialversicherter Arbeitnehmer ihre Beitragsmehrlast aus den Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge seit 1991 vermutlich nennenswert legal reduzieren.

Vorwälzungsaktivitäten

Bei der Vorwälzung geben die Selbständigen und Unternehmen ihre höhere Steuer- bzw. Beitragslast vollständig oder teilweise über die Absatzseite an die Nachfrager von Gütern und Dienstleistungen weiter. Dazu müssen sie die Preise der angebotenen Güter und Dienstleistungen erhöhen oder eine versteckte Qualitätsverschlechterung an die Nachfrager weitergeben. Nach den Erkenntnissen der partialanalytischen mikroökonomischen Ansätze und totalanalytischen makroökonomischen Ansätze zur materiellen Inzidenz einer Einkommensteuer auf Unternehmensgewinne hängt der Vorwälzungsgrad einer Gewinnsteuer auf die Güterpreise von vielen Faktoren ab²⁹². Diese mikro- und makroökonomischen Faktoren determinieren zugleich auch die Möglichkeiten der sozialversicherten selbständig Erwerbstätigen und der Arbeitgeber sozialversicherter Arbeitnehmer zu einer erfolgreichen Vorwälzung ihrer höheren (anteiligen) Sozialversicherungsbeiträge auf die Nachfrager.

In mikroökonomischer Hinsicht hängt der Vorwälzungsgrad auf einem Gütermarkt entscheidend von der Marktform und Wettbewerbsintensität, von der Preiselastizität der Nachfrage und des Angebots, vom Preissetzungsverhalten des Anbieters und vom Verlauf der Durchschnittskosten des Anbieters ab. Es zeigt sich, dass ein gewinnmaximierender Anbieter eine Gewinnsteuerlast auf einem Konkurrenzmarkt nicht vorwälzen kann. Dagegen verbessern sich die Vorwälzungsmöglichkeiten im Oligopol und im Monopol, weil der einzelne Anbieter bei der Festlegung seines Angebotspreises aufgrund von Marktmacht einen (gewissen) Preiserhöhungsspielraum hat. Dies gilt aber nur unter der Prämisse, dass der Anbieter seinen Angebotspreis pro Stück nach der Methode der Aufschlagskalkulation festlegt. Dann kann der Anbieter die Gewinnsteuerlast durch eine Erhöhung des Bruttogewinnaufschlags auf die Durchschnittskosten auf die Nachfrager vorwälzen. Dabei hängt der Vorwälzungsgrad negativ von der Preiselastizität der Nachfrage ab, da preiselastische Nachfrager auf die Erhöhung des Bruttopreises mit einer Einschränkung ihrer Nachfrage reagieren. Nach empirischen Untersuchungen streben die Unternehmen in der Realität größtenteils kein Gewinnmaximum, sondern alternative Ziele an (z.B. einen angemessenen Mindestgewinn, Umsatzmaximierung, eine angemessene Rentabilität des eingesetzten Kapitals oder ein angemessenes Unternehmenswachstum). Dieser Umstand deutet darauf hin, dass marktmächtige

²⁹²

Vgl. Simon, S. (2001), S. 153 und Homburg, S. (1997), S. 104 und S. 134.

Unternehmen mit unausgenutzten Preiserhöhungsspielräumen durchaus Möglichkeiten zu einer partiellen Vorwälzung einer Gewinnsteuer besitzen.²⁹³

In makroökonomischer Hinsicht begünstigen eine expansive Ausrichtung der Finanzpolitik, eine expansive Ausrichtung der Geldpolitik und eine günstige konjunkturelle Situation die Vorwälzung einer Einkommensteuer auf Unternehmensgewinne auf die Güterpreise. Im Modell der makroökonomischen Budgetniveauintidenanalyse von Föhl können die Unternehmen eine Gewinnsteuer immer dann vollständig auf die Konsumenten vorwälzen, wenn der Staat die Gewinnsteuereinnahmen unter der Prämisse von Vollbeschäftigung umgehend im privaten Sektor verausgabt und dabei das Geldangebot vollkommen elastisch ist. Bei Vollbeschäftigung induziert die zusätzliche staatliche Güternachfrage nämlich einen Anstieg des Preisniveaus, der die nominalen Bruttogewinne des Unternehmenssektors genau in Höhe der staatlichen Gewinnsteuereinnahmen ansteigen lässt. Deshalb bleibt die Nettogewinnposition der steuerzahlenden Unternehmen letztendlich unverändert. Folglich müssen die Arbeitnehmer die volle Gewinnsteuerlast in Höhe der inflationsinduzierten Verringerung ihres realen Nettoeinkommens tragen.²⁹⁴ Eine vollständige Vorwälzung setzt allerdings voraus, dass die Notenbank mit Hilfe einer expansiven Geldpolitik den inflatorischen Prozess monetär alimentiert und damit den steuerinduzierten Rückgang der erwarteten Nettorendite der Investitionsprojekte kompensiert. Ansonsten schränken die Unternehmen ihre Investitionsnachfrage ein. Daraufhin würde die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage um einen geringeren Betrag ansteigen als die staatlichen Gewinnsteuereinnahmen.²⁹⁵

In der Realität ist die These einer vollständigen Vorwälzung einer Gewinnsteuer auf die Nachfrager auf den Gütermärkten aufgrund der äußerst restriktiven Prämissen des Modells von Föhl sicherlich nicht haltbar. Dennoch zeigt die Analyse von Föhl, dass das gesamtwirtschaftliche und wirtschaftspolitische Umfeld zum Zeitpunkt der Erhebung der Gewinnsteuer die Steuervorwälzungsmöglichkeiten entscheidend determiniert. Deshalb wird im Folgenden anhand von Plausibilitätsüberlegungen untersucht, ob das gesamtwirtschaftliche und wirtschaftspolitische Umfeld in Westdeutschland zwischen 1990 und 1995 eher für oder eher gegen gute Vorwälzungsmöglichkeiten spricht. Bei guten Vorwälzungsmöglichkeiten konnten die westdeutschen Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen ihre Steuermehrlast aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags und die westdeutschen Selbständi-

²⁹³ Vgl. Bohnet, A. (1999), S. 189 ff. und S. 201 ff. und Petersen, H.G. (1993), S. 318 ff.

²⁹⁴ Vgl. Sell, A. (1997), S. 60 f. und Föhl, C. (1956/1957), S. 2 f.

²⁹⁵ Vgl. Oberhauser, A. (1963), S. 61 ff. und S. 65 ff.

gen und westdeutschen Arbeitgeber sozialversicherter Arbeitnehmer ihre Beitragsmehrlast aus den vereinigungsbedingten diskretionären Erhöhungen der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge seit 1991 vermutlich zumindest partiell auf die Nachfrager vorwälzen.

Es wurde bereits festgestellt, dass die konjunkturelle Situation im alten Bundesgebiet während der einjährigen Erhebungsperiode des Solidaritätszuschlags zwischen dem 1.7.1991 und 30.6.1992 und während der diskretionären Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung vom 1.4.1991 sehr günstig war. Angesichts der hohen gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage und der hohen gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung besaßen die westdeutschen Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen in realwirtschaftlicher Hinsicht also durchaus Spielraum für eine Erhöhung der Güter- und Dienstleistungspreise. Da die Preiselastizität des Angebots, die Preiselastizität der Nachfrage und der Konkurrenzdruck der Unternehmen auf den einzelnen Märkten konjunkturbedingt relativ niedrig ausfielen, konnten die Anbieter von einem relativ schwachen Rückgang der realen Nachfrage ausgehen, wenn sie ihre Preise erhöhten. Des weiteren spricht die expansive Finanzpolitik nach der deutschen Vereinigung für günstige realwirtschaftliche Vorwälzungsbedingungen. Im Untersuchungszeitraum ist der größte Teil der Steuerzahlungen der westdeutschen Selbständigen und Unternehmen für den Solidaritätszuschlag wieder auf den westdeutschen Güter- und Dienstleistungsmärkten nachfragewirksam geworden und über Kreislaufwirkungen in den westdeutschen Unternehmenssektor zurückgefließen. Diese Annahme ist plausibel, da der Bund die Steuermehreinnahmen aus dem Solidaritätszuschlag größtenteils zur Finanzierung seiner Nettofinanztransfers nach Ostdeutschland verwendete und die West-Ost-Nettofinanztransfers eine wesentliche Ursache für den expansiven Nachfrageimpuls aus Ostdeutschland nach westdeutschen Gütern und Dienstleistungen waren. Schließlich waren die realwirtschaftlichen Vorwälzungsbedingungen auch deshalb günstig, weil die Erhebung des Solidaritätszuschlags die private Investitionstätigkeit nicht wesentlich dämpfte. Dafür spricht der starke positive Einfluss nicht-steuerlicher Faktoren auf die private Investitionsneigung im Untersuchungszeitraum. Dazu zählten z.B. die hohen verfügbaren Finanzierungsmittel der Unternehmen, der rasche technische Fortschritt, die positiven Absatzerwartungen und die staatlichen Maßnahmen der Investitionsförderung. Dieser Umstand dokumentiert sich in den hohen Wachstumsraten der realen Bruttoinvestitionen der westdeutschen Unternehmen in diesem Zeitraum (vgl. Tabelle 7).

Dagegen war die Föhl'sche Modellprämisse einer hohen Elastizität des Geldangebotes in den Jahren 1991 und 1992 auf den ersten Blick nicht erfüllt, da die Deutsche Bundesbank bereits unmittelbar nach der deutschen Vereinigung einen stabilitätsorientierten geldpolitischen Kurs verfolgte und entsprechend ihre Leitzinspolitik von Ende 1989 bis Ende 1992 restriktiv ausrichtete. Dennoch hatten die westdeutschen Selbständigen und Unternehmen

auch aus monetärer Sicht einen gewissen Spielraum für Preiserhöhungen, da der sprunghafte Anstieg der Zentralbankgeldmenge nach der Währungsumstellung die Überwälzungsprozesse temporär finanzierte. Demnach war das Geldangebot kurzfristig doch relativ elastisch. Insgesamt betrachtet ist also zu vermuten, dass die westdeutschen Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen während der einjährigen Erhebungsperiode des Solidaritätszuschlags einen Teil ihrer Steuermehrlast erfolgreich auf die Nachfrager vorwälzten. Dementsprechend ist es auch plausibel anzunehmen, dass die westdeutschen selbständig Erwerbstätigen und die Arbeitgeber sozialversicherter Arbeitnehmer einen Teil ihrer Beitragsmehrlast aus der diskretionären Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung vom 1.4.1991 erfolgreich auf die Nachfrager vorwälzten.

Demgegenüber stellten sich die realwirtschaftlichen Vorwälzungsbedingungen zwischen Mitte 1992 und 1995 ungünstiger dar, da die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung aufgrund der rezessiven Tendenzen in den Vorjahren deutlich niedriger ausfielen. Dementsprechend waren die Preiselastizität des Angebots, die Preiselastizität der Nachfrage und der Konkurrenzdruck der Unternehmen auf den einzelnen Märkten konjunkturbedingt relativ hoch. Da eine Erhöhung der Güterpreise einen relativ starken Rückgang der realen Güternachfrage erwarten ließ, nahmen die Unternehmen ihre Vorwälzungsbestrebungen vermutlich freiwillig zurück. Des weiteten sind die Steuerzahlungen der westdeutschen Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen für den Solidaritätszuschlag in diesem Zeitraum nicht mehr im früheren Ausmaß in den westdeutschen Unternehmenssektor zurückgeflossen, weil der ostdeutsche Unternehmenssektor deutlich stärker von den Nettofinanztransfers des Bundes nach Ostdeutschland profitierte. Außerdem beeinträchtigte der Solidaritätszuschlag die bereits konjunkturell abgeschwächte private Investitionstätigkeit. Dagegen waren die monetären Vorwälzungsbedingungen auf den ersten Blick günstiger als im Zeitraum 1991 bis Mitte 1992, weil die Deutsche Bundesbank ihre Geldpolitik seit Mitte 1992 konjunkturbedingt expansiv ausrichtete. Dennoch war die Föhl'sche Modellprämisse eines vollkommen elastischen Geldangebotes sicherlich nicht erfüllt, da die Deutsche Bundesbank in der Vergangenheit auch bei günstigen realwirtschaftlichen Bedingungen für eine Erhöhung der Güterpreise einen stabilitätsorientierten Kurs verfolgte und eine Gefährdung der Preisniveaustabilität durch nachfrageseitige, kostenseitige oder steuerinduzierte Überwälzungsprozesse konsequent verhinderte. Dagegen vergrößerte die moderate Tarifpolitik der Gewerkschaften seit dem Jahr 1993 den Spielraum für Preiserhöhungen. Insgesamt ist es aber plausibel anzunehmen, dass die Vorwälzungsaktivitäten der westdeutschen Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen im Jahr 1995 vermutlich wenig erfolgreich waren. Entsprechend konnten auch die westdeutschen selbständig Erwerbstätigen und die westdeutschen Arbeitgeber ihre Beitragsmehrlast aus der diskretionären Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung

vom 1.1.1993 und aus der diskretionären Erhöhung des Beitragsatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung vom 1.1.1995 vermutlich kaum auf die Nachfrager vorwälzen.

Rückwälzungsaktivitäten

Bei der Rückwälzung geben die Selbständigen und die Unternehmen ihre höhere Steuer- bzw. Beitragslast vollständig oder teilweise über die Beschaffungsmärkte an ihre Beschäftigten (z.B. durch niedrigere Bruttoarbeitsentgelte), an ihre Lieferanten (z.B. durch niedrigere Vorleistungspreise), an die Betriebsmittelhersteller (z.B. durch niedrigere Betriebsmittelpreise) oder an ihre Kreditgeber (z.B. durch niedrigere Kreditzinsen) weiter.²⁹⁶

Bei der Rückwälzung einer höheren Steuer- bzw. Beitragslast auf die Arbeitnehmer über eine Absenkung der Bruttolöhne und Bruttogehälter ist der Rückwälzungsgrad auf einem nicht-organisierten atomistischen Arbeitsmarkt umso höher, je geringer die Lohnelastizität des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebotes gegenüber der Lohnelastizität der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsnachfrage ist. Da hier der gleichgewichtige Bruttomarktlohnsatz für den einzelnen gewinnmaximierenden Arbeitsnachfrager ein Datum ist, kann er ausschließlich mit einer Verminderung seiner Arbeitsnachfrage reagieren. Er muss zum herrschenden Bruttomarktlohnsatz seine Nachfrage nach Arbeitskräften vermindern. Daraus resultiert ein Rückgang der Beschäftigungsmenge und ein Rückgang des Bruttomarktlohnsatzes.²⁹⁷

Bei einer geringen Lohnelastizität des Arbeitsangebotes schlagen sich die Lohneinbußen der Arbeitnehmer in keinem nennenswerten Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebotes und damit in keinem nennenswerten angebotsinduzierten Wiederanstieg des gleichgewichtigen Bruttolohnsatzes auf dem Arbeitsmarkt nieder, weil die Arbeitnehmer ihr Arbeitsangebot nahezu aufrechterhalten.²⁹⁸ In der Praxis ist die Lohnelastizität des Arbeitsangebotes umso geringer, je weniger die Arbeitnehmer ihr individuelles Arbeitsangebot aufgrund vertraglicher Restriktionen, qualifikations- und berufsspezifischer Merkmale oder sonstiger Faktoren autonom variieren können und je geringer ihr Nettoeinkommen ist. Ein Arbeitnehmer mit einem niedrigen Nettoeinkommen kann sich einen Rückgang seines Bruttolohneinkommens und daher freiwillige Arbeitslosigkeit kaum leisten. Daher reagiert er auf die Lohneinbußen eher mit einer Aufrechterhaltung oder Ausweitung seines Arbeitsangebo-

²⁹⁶ Vgl. Simon, S. (2001), S. 153 f.

²⁹⁷ Vgl. Simon, S. (2000), S. 154 f. und Pfeiffer, D. (1989), S. 53 ff. und S. 56 f.

²⁹⁸ Vgl. Blankart, C.B. (1998), S. 323 ff. und von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 53 f, 57 ff, 63 ff. und S. 170 ff.

tes.²⁹⁹ Sodann besitzen gering qualifizierte Arbeitnehmer deutlich schlechtere Möglichkeiten zu einer Abwehr der Rückwälzungsversuche ihrer Arbeitgeber als qualifizierte Arbeitnehmer, da die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitnehmern deutlich lohnelastischer ist.³⁰⁰

Bei Unterbeschäftigung und günstigen sachlichen Substitutionsmöglichkeiten sind die Rückwälzungsmöglichkeiten der Arbeitgeber noch besser, da dann die Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage niedrig ist. In einer Rezession können die Arbeitgeber gegenüber ihren Beschäftigten deutlich leichter eine Absenkung der Bruttolöhne durchsetzen als im Boom, da sie das gestiegene individuelle Beschäftigungsrisiko der Arbeitnehmer als Druckmittel für die Akzeptanz niedrigerer Bruttolöhne einsetzen und bei Bedarf leichter neue Arbeitskräfte mit einer gleich hohen Qualifikation und geringeren Bruttolohnforderungen anwerben können.³⁰¹

Eine vollständige Rückwälzung einer Beitragsmehrlast auf die Arbeitnehmer gelingt dann, wenn ein angebotsinduzierter Wiederanstieg des gleichgewichtigen Bruttomarktlohnsatzes ausbleibt. Dies setzt entweder ein vollkommen lohnunelastisches individuelles und gesamtwirtschaftliches Arbeitsangebot oder ein „Gesamtlohndenken“ der Arbeitnehmer voraus. Beim „Gesamtlohndenken“ sehen die Arbeitnehmer den Arbeitgeberbeitrag als einen Bestandteil ihres Gesamtlohns an, der ihnen zwar momentan vorenthalten wird, aber später über höhere Leistungen aus dem Sozialversicherungssystem wieder zugute kommt. Deshalb bewerten sie ihn als einen „barlohngleichen Vorteil“. Da die Gesamtentlohnung durch den zurückgewälzten Arbeitgeberbeitrag nicht verringert wird, haben die Arbeitnehmer keinen Anlass zu einer Reduktion ihres Arbeitsangebotes. Dementsprechend ist eine vollständige Rückwälzung einer Beitragsmehrlast auf die Arbeitnehmer nicht zu erwarten, wenn für die Arbeitnehmer entweder nur der Nettolohn maßgeblich ist (= „Nettolohndenken“), oder wenn das individuelle und gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot nicht vollkommen lohnunelastisch sind. Beim „Nettolohndenken“ betrachten die Arbeitnehmer den Arbeitgeberbeitrag als einen Abzug von ihrem Nettolohn, da die Äquivalenz zwischen den individuellen Beitragszahlungen an die Sozialversicherung und den individuellen Leistungsansprüchen aus der Sozialversicherung schwach ausgeprägt ist. Er ist für sie eher eine Steuer denn eine erzwungene Ersparnis. Daraufhin schränken die Arbeitnehmer ihr individuelles Arbeitsangebot ein, wenn die Arbeitgeber den Arbeitgeberbeitrag zurückwälzen möchten. Bei einem nicht vollkommen

²⁹⁹ Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 63 ff. und Schneider, D./Enste, D. (2000), S. 61 f.

³⁰⁰ Vgl. Simon, S. (2001), S. 150 f.

³⁰¹ Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 69 und Homburg, S. (1997), S. 129.

lohnunelastischen Arbeitsangebot reagieren die Arbeitnehmer auf den Rückgang des Bruttolohnsatzes ebenfalls mit einer Einschränkung ihres individuellen Arbeitsangebotes.³⁰²

Am organisierten bundesdeutschen Arbeitsmarkt ist die Wahrscheinlichkeit für eine erfolgreiche Rückwälzung einer Steuer- bzw. Beitragsmehrlast auf die Arbeitnehmer vergleichsweise geringer als am nicht-organisierten neoklassischen Arbeitsmarkt, da verhandlungsspezifische Interessen der Arbeitgeberverbände in den Tarifverhandlungen, institutionelle Faktoren und ökonomische Faktoren die Rückwälzungsbestrebungen abschwächen und die Rückwälzungsmöglichkeiten einschränken. Dazu zählen u.a. die Restriktionen der Arbeits- und Sozialgesetzgebung (z.B. Tarifverträge mit einer Restlaufzeit oder der Kündigungsschutz), der überbetriebliche Charakter der Tarifverhandlungen, die ausgeglichene Verhandlungsmacht der Tarifparteien in den Tarifverhandlungen, eine günstige gesamtwirtschaftliche Beschäftigungslage, günstige Bedingungen für eine Vorwälzung der Steuer- bzw. Beitragsmehrlast auf die Nachfrager oder die Erwartung einer langen Streik- oder Aussperrungsdauer mit hohen Kosten für die Unternehmen. Diese Faktoren können die Arbeitgeber zu einem Verzicht auf eine (vollständige) Rückwälzung ihrer Steuer- bzw. Beitragsmehrlast bewegen. Andererseits schwächen freiwillige betriebliche Sozialleistungen (z.B. die betriebliche Alterssicherung) und der Druck der öffentlichen Meinung auf die Gewerkschaften zu einer Verkürzung der Streikdauer die Streikbereitschaft der Arbeitnehmer und damit ihren Widerstand gegen etwaige Rückwälzungsversuche der Arbeitgeber tendenziell ab. Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit für eine erfolgreiche Rückwälzung einer Steuer- bzw. Beitragsmehrlast von den Arbeitgebern auf die Arbeitnehmer am organisierten bundesdeutschen Arbeitsmarkt aber deutlich geringer als am nicht-organisierten neoklassischen Arbeitsmarkt.³⁰³

Insgesamt betrachtet zeigt sich, dass die Selbständigen und die Unternehmen einen Teil ihrer Steuermehrlast aus höheren Steuern und ihrer Beitragsmehrlast aus höheren (anteiligen) Sozialversicherungsbeiträgen durchaus erfolgreich auf ihre Beschäftigten und dabei insbesondere auf die gering qualifizierten Arbeitnehmer aus dem unteren Nettoeinkommensbereich zurückwälzen können. Dafür spricht zum einen die relativ hohe Lohnelastizität der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsnachfrage im Vergleich zur Lohnelastizität des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebotes am nicht-organisierten Arbeitsmarkt. Außerdem reagieren die Arbeitnehmer mit einem niedrigen Nettoeinkommen auf die Lohneinbußen eher mit einer Aufrechterhaltung oder sogar Ausweitung ihres Arbeitsangebotes denn mit einer Einschränkung ihres Arbeitsangebotes, da sie sich einen Rückgang ihres Bruttolohneinkommens und

³⁰² Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 59 ff. und S. 63 ff. und Groser, M. (1994), S. 210.

³⁰³ Vgl. Pfeiffer, D. (1989), S. 62 ff. und von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 91 ff. und S. 170 ff.

daher freiwillige Arbeitslosigkeit nicht leisten können. Außerdem ist das „Nettolohndenken“ innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmer keine generelle Erscheinung. Schließlich können die freiwilligen betrieblichen Sozialleistungen und der Druck der öffentlichen Meinung auf die Gewerkschaften zu einem Verzicht auf Streiks oder zu einer Verkürzung der Streikdauer die Streikbereitschaft der Arbeitnehmer und damit ihren Widerstand gegen die Rückwälzungsversuche der Unternehmen abschwächen. Allerdings ist eine vollständige Rückwälzung einer Steuer- bzw. Beitragsmehrlast auf die Arbeitnehmer in der Realität nicht zu erwarten, weil das „Nettolohndenken“ der Arbeitnehmer doch verbreitet ist, das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot nicht vollkommen lohnunelastisch ist und die gesamtwirtschaftliche Arbeitsnachfrage konjunkturbedingt durchaus lohnunelastisch ausfallen kann. Außerdem bewegen die relativ ausgeglichene Verhandlungsmacht der Tarifparteien und die hohen erwarteten Streikkosten die Arbeitgeber häufig zu einem Verzicht auf eine vollständige Rückwälzung.³⁰⁴

Es stellt sich nun wieder die Frage, in welcher Weise das gesamtwirtschaftliche Umfeld in Westdeutschland zwischen 1990 und 1995 die realwirtschaftlichen Rückwälzungsbedingungen und die Versuche der westdeutschen Selbständigen und Unternehmen zu einer Rückwälzung ihrer Steuermehrlast aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags und ihrer Beitragsmehrlast aus den diskretionären Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge seit 1991 auf ihre Beschäftigten beeinflussten. Im Zeitraum 1991 bis Mitte 1992 waren die realwirtschaftlichen Bedingungen für eine erfolgreiche Rückwälzung ihrer Steuermehrlast aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags und ihrer Beitragsmehrlast aus der diskretionären Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung vom 1.4.1991 relativ ungünstig. Außerdem waren ihre Rückwälzungsversuche vermutlich schwach ausgeprägt. Dafür sprechen die günstigen realwirtschaftlichen und monetären makroökonomischen Vorwälzungsbedingungen und die relativ niedrige Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage während des Vereinigungsbooms. Dagegen stellten sich die realwirtschaftlichen Rückwälzungsbedingungen seit Mitte 1992 günstiger dar, da die Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage relativ hoch war. Dahinter stand die ungünstige gesamtwirtschaftliche Beschäftigungslage, der niedrige Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten und die niedrige gesamtwirtschaftliche Güternachfrage. Außerdem hatten die westdeutschen Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen einen großen Anreiz zu Rückwälzungsaktivitäten, da die makroökonomischen Vorwälzungsbedingungen ungünstig geworden waren. Insgesamt ist also zu vermuten, dass sie einen Teil ihrer Steuermehrlast aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags im Jahr 1995 und einen Teil ihrer Beitragsmehrlast aus der diskretionären Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung vom 1.1.1993 und aus der diskretio-

304

Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 170 ff. und Simon, S. (2001), S. 155 f.

nären Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung vom 1.1.1995 auf ihre Beschäftigten und dabei insbesondere auf gering qualifizierte Arbeitnehmer aus dem unteren Nettoeinkommensbereich verlagerten. Allerdings fiel der Widerstand der Arbeitnehmer dagegen vermutlich stark aus, da sie selber höhere Abgaben zahlen mussten. Ein Blick auf den Index der Tariflöhne (Tarifgehälter) im alten Bundesgebiet im Zeitraum 1993 bis 1995 spricht zumindest nicht gegen die These einer partiellen Rückwälzung der Steuer- und Beitragsmehrlast auf die Arbeitnehmer. So betrug die jährliche Veränderungsrate in 1993 nur noch 4% (4,1%), in 1994 nur noch 1,4% (1,4%) und in 1995 nur noch 2,8% (2,9%) gegenüber 5,8% (5,2%) in 1992.³⁰⁵ Wie bereits angedeutet, lässt der Index der Tariflöhne und Tarifgehälter allerdings nur bedingt Aussagen über den tatsächlichen Rückwälzungsgrad zu, weil er neben den abgabeinduzierten Bruttoentgeltabsenkungen zugleich auch inflationsbedingte und wachstumsbedingte Anpassungen der Bruttoarbeitsentgelte widerspiegelt.

Hinterziehungsaktivitäten

Bei der veranlagten Einkommensteuer sind die Steuerhinterziehungsmöglichkeiten der Steuerpflichtigen deutlich größer als bei der Lohnsteuer, da die Steuerpflichtigen durch ihre aktive Mitwirkung bei der Ermittlung des „zu versteuernden Einkommens“ einen maßgeblichen Einfluss auf die Höhe ihrer Steuerschuld ausüben können. Nach neueren empirischen Studien für Deutschland ist der Anteil der hinterzogenen Bruttoeinkünfte an den steuerbaren Bruttoeinkünften bei den veranlagten Einkunftsarten tatsächlich deutlich höher als bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit. Dies gilt v.a. für die Bruttoeinkünfte aus Kapitalvermögen.³⁰⁶ Bei der Beitragshinterziehung verschweigen die Beitragszahler gegenüber dem Finanzamt sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, oder sie beschäftigen illegal nicht-sozialversicherte Arbeitnehmer. Dadurch sparen sie den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung ein.³⁰⁷

Im Modell von Allingham/Sandmo (1972) wurde die Gesamtwirkung einer Erhöhung des Grenzsteuersatzes auf das Niveau der nicht-deklarierten Bruttoeinkünfte und auf ihrem Anteil am steuerbaren Bruttoeinkommen untersucht. Nach ihren Untersuchungen ist die Gesamtwirkung unbestimmt, wenn die absolute Risikoaversion des Steuerpflichtigen mit einem steigenden Nettoeinkommen sinkt und das hinterzogene Bruttoeinkommen die Bemessungsgrundlage der Geldstrafe ist. Dann fördert zwar der steigende Grenzertrag der Steuerhinter-

³⁰⁵ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1998), Tabelle 5.1.

³⁰⁶ Vgl. Müller, K./Bork, C. (1998), S. 218 und Hagedorn, R. (1991), S. 5 ff. und S. 65 ff.

³⁰⁷ Vgl. Simon, S.(2001), S. 152 f.

ziehung die Steuerhinterziehung, aber der steuerinduzierte Rückgang des Nettoeinkommens dämpft die Steuerhinterziehung.³⁰⁸ Dagegen sind beide Effekte und damit die Gesamtwirkung positiv, wenn die absolute Risikoaversion des Steuerpflichtigen mit einem steigenden Nettoeinkommen steigt oder konstant bleibt. Sodann verschwindet der positive Substitutionseffekt, wenn die Bemessungsgrundlage der Geldstrafe die hinterzogene Steuerschuld ist. In diesem Fall führt eine Erhöhung des Grenzsteuersatzes allein über den negativen Einkommenseffekt zu einem Rückgang des Niveaus der nicht-deklarierten Bruttoeinkünfte, da der Steuerpflichtige als Reaktion auf den Rückgang seines Nettoeinkommens eine weniger riskante Position einnimmt.³⁰⁹ Schließlich ist die Gesamtwirkung eines höheren Grenzsteuersatzes auf das Niveau der nicht-deklarierten Bruttoeinkünfte unbestimmt, wenn die Geldstrafe positiv vom Nettoeinkommen des Steuerpflichtigen abhängt. Dann müssen Steuerpflichtige mit einem höheren Nettoeinkommen für eine gleich hohe hinterzogene Steuerschuld eine höhere Geldstrafe zahlen. Es ergibt sich ein positiver Substitutionseffekt und ein negativer Einkommenseffekt.³¹⁰

In der modelltheoretischen Analyse der Steuerhinterziehung zeigt sich letztlich, dass mit steigendem Grenzsteuersatz das Niveau der Steuerhinterziehung nicht zwingend zunimmt. In den vorliegenden empirischen Studien wurde ebenfalls keine signifikant positive Korrelation zwischen diesen beiden Größen in den westlichen Industrieländern festgestellt. Dieser Umstand wird u.a. darauf zurückgeführt, dass das Niveau der nicht-deklarierten Bruttoeinkünfte durch eine Vielzahl weiterer Faktoren simultan beeinflusst wird. Dazu zählt z.B. die Risikoaversion des Steuerpflichtigen, die Höhe und Bemessungsgrundlage der Geldstrafe sowie die Kontroll- und Entdeckungswahrscheinlichkeit.³¹¹ Des weiteren bestimmen noch finanzpsychologische und soziologische Faktoren (z.B. die Steuermoral, die Steuermentalität und die subjektiv empfundene Steuerbelastung) und die Nutzen der Steuerpflichtigen aus den Staatsausgaben das Niveau der Steuerhinterziehung.³¹² Schließlich zeigen die empiri-

³⁰⁸ Vgl. Allingham, M.G./Sandmo, A. (1972), S. 323 ff. und Yaniv, G. (1999), S. 760 ff.

³⁰⁹ Vgl. Andreoni, J. u.a. (1998), S. 824 f. und S. 838 f. und Crane, S.E./Nourzad, F. (1986), S. 221.

³¹⁰ Vgl. Crane, S.E./Nourzad, F. (1986), S. 217 f. und S. 220 ff. und Hagedorn, R. (1991), S. 16 ff, 28 f, 34 ff. und S. 37 ff.

³¹¹ Vgl. Andreoni, J. u.a. (1998), S. 824 ff, 838 ff. und S. 841 ff. und Hagedorn, R. (1991), S. 13 f.

³¹² Vgl. Falkinger, J. (1988), S. 388 ff.

schen Studien zur Steuerhinterziehung, dass das steuerbare Bruttoeinkommen der Steuerpflichtigen einen positiven Einfluss auf das Niveau der Steuerhinterziehung ausübt.³¹³

Insgesamt zeigt dieser kurze Überblick über die theoretischen Modelle und empirischen Studien zur Steuerhinterziehung bei der veranlagten Einkommensteuer, dass die westdeutschen veranlagten Steuerpflichtigen und dabei insbesondere die Steuerpflichtigen mit einem hohen steuerbaren Bruttoeinkommen ihre Steuermehrlast aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags auf die Einkommensteuerschuld zwischen dem 1.7.1991 und dem 30.6.1992 und im Jahr 1995 über die illegale Steuervermeidung durchaus merklich reduzieren konnten.

(2) Gesamteinschätzung der materiellen Inzidenz des Solidaritätszuschlags bei der veranlagten Einkommensteuer und der höheren (anteiligen) Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen und Arbeitgeber

Insgesamt betrachtet besitzen die veranlagten Steuerpflichtigen in der Praxis durchaus gute Möglichkeiten zu einem Steuerentzug bei der veranlagten Einkommensteuer. Dies gilt insbesondere für die Bezieher von Einkünften aus Kapitalvermögen und für die Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen. Daraus folgt, dass die formale und die materielle Inzidenz der veranlagten Einkommensteuer und damit auch die formale und die materielle Inzidenz des Solidaritätszuschlags auf die Einkommensteuerschuld voneinander abweichen. Darüber hinaus zeigte die Analyse, dass die Selbständigen und die Arbeitgeber sozialversicherter Arbeitnehmer in Westdeutschland ihre Beitragsmehrlast aus den erhöhten Sozialversicherungsbeiträgen in den Jahren 1991, 1993 und 1995 zumindest partiell durch erfolgreiche Einholungs-, Substitutions- und Überwälzungsaktivitäten verringern konnten.

In der folgenden Analyse wird mit Hilfe der Tabellen 20-23 gezeigt, dass die Beitragsentzugsmöglichkeiten der Selbständigen und der Arbeitgeber sozialversicherter Arbeitnehmer in Westdeutschland die in Abschnitt 7.2.1.2 abgeleitete formal einkommensdifferenzierende Wirkung der höheren Sozialversicherungsbeiträge aus materieller Sicht vermutlich verstärkten, weil die effektive Verminderung ihrer formal eingetretenen Beitragsmehrlast vermutlich einkommensdifferenzierend wirkte. Außerdem haben die Steuerentzugsaktivitäten der veranlagten Steuerpflichtigen die in Abschnitt 7.2.1.1 abgeleitete formal einkommensnivellierende Wirkung der veranlagten Einkommensteuer und damit auch die formal einkommensnivellierende Wirkung des Solidaritätszuschlags auf die Einkommensteuerschuld aus materieller Sicht vermutlich abgeschwächt, weil die effektive Verminderung ihrer formal eingetretenen Steuermehrlast vermutlich auch einkommensdifferenzierend wirkte. Diese These ist bereits

³¹³

Vgl. Oberheide, R. (1998), S. 110 und S. 121 f. und Andreoni, J. u.a. (1998), S. 838 ff.

deshalb plausibel, weil der Steuerentzug für veranlagte Steuerpflichtige mit einem hohen steuerbaren Bruttoeinkommen lohnender ist als für veranlagte Steuerpflichtige mit einem niedrigen steuerbaren Bruttoeinkommen. Wegen der hohen Grenzsteuersätze können sie eine höhere Steuerersparnis erzielen und mit dieser Steuerersparnis die Kosten des Steuerentzugs (z.B. Informations- und Beratungskosten) leichter finanzieren. Daher vermindert ein veranlagter Steuerpflichtiger einen umso größeren Teil seines steuerbaren Bruttoeinkommens durch Steuerentzugsaktivitäten, je höher sein steuerbares Bruttoeinkommen ist.³¹⁴

Bei den Beziehern von Bruttoeinkünften aus Kapitalvermögen wirkte die geringere materielle Steuerlast aus dem Solidaritätszuschlag im Vergleich zur formalen Steuerlast vermutlich einkommensdifferenzierend, weil die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich gegenüber den Haushalten im unteren Nettoeinkommensbereich überdurchschnittlich profitierten. Dahinter steht die ungleiche Verteilung der Bezieher von Bruttoeinkünften aus Kapitalvermögen und die ungleiche Verteilung der privaten Haushalte mit Bruttogeldvermögen zu Gunsten des mittleren und oberen Nettoeinkommensbereichs (vgl. Tabelle 20 und 22).

Bei den Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen profitierten von der geringeren materiellen Steuerlast aus dem Solidaritätszuschlag im Vergleich zur formalen Steuerlast und von der geringeren materiellen Beitragslast im Vergleich zur formalen Beitragslast in erster Linie die privaten Eigentümer bzw. die Anteilseigner der Unternehmen, da ein höherer Nettogewinn teilweise im Unternehmen verbleibt und teilweise an diese Personengruppen weitergegeben wird. Dabei konnten die Eigentümer den vollen Nettomehrge Gewinn beanspruchen, während die Anteilseigner nur einen höheren Anteil am Nettogewinn und/oder höhere Dividendenzahlungen erhielten und ggf. noch Kursgewinne bei ihren Aktien erzielten. Demnach schlug sich ein Teil des höheren Nettogewinns der einkommensteuerpflichtigen Unternehmen auf indirektem Wege im Sektor der privaten Haushalte in Bruttoerwerbs- und Bruttovermögensmehreinkommen nieder.

Es lässt sich leider nicht endgültig empirisch überprüfen, ob die geringere materielle Steuer- und Beitragslast der Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen im Vergleich zur formalen Steuer- und Beitragslast die formal einkommensnivellierende Wirkung des Solidaritätszuschlags abschwächte und die formal einkommensdifferenzierende Wirkung der höheren Sozialversicherungsbeiträge verstärkte. Dazu müsste verglichen werden, wie sich die Verteilung des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens incl. der direkten und indirekten Bruttomehreinkommen der privaten Haushalte und die Verteilung des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens ohne die direkten und indirekten

³¹⁴

Vgl. Alm, J. (1988), S. 33 ff. und Oberheide, R. (1998), S. 41 f.

Bruttomehreinkommen der privaten Haushalte unterscheiden. Dieser Vergleich ist mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial leider nicht möglich.

Dennoch kann mit Hilfe der Daten der Tabellen 20 und 21 zumindest plausibel abgeleitet werden, dass die effektive Verminderung der formal eingetretenen Steuer- und Beitragsmehrlast der Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen (z.B. auf Kosten von Konsumenten oder auf Kosten von Arbeitnehmern) vermutlich einkommensdifferenzierend wirkte. Es profitierten nämlich auf direktem und indirektem Wege die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich gegenüber den Haushalten im unteren Nettoeinkommensbereich überdurchschnittlich, da die direkt begünstigten Selbständigen und die indirekt begünstigten Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen überdurchschnittlich den oberen Nettoeinkommensklassen und nur unterdurchschnittlich den unteren Nettoeinkommensklassen angehören. Dahinter steht die Tatsache, dass die Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit und die korrigierten Bruttoeinnahmen aus Vermögen, zu denen auch die Bruttoeinnahmen der Anteilseigner aus ihren verbrieften Anteilsscheinen an Unternehmen gehören, überdurchschnittlich an Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen fließen.

Bei der erfolgreichen Umverteilung der formalen Steuerlast der Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen aus dem Solidaritätszuschlag im Jahr 1995 und der formalen Beitragsmehrlast in 1993 und 1995 durch Rückwälzungsaktivitäten auf die Arbeitnehmer wurden nicht nur die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich überdurchschnittlich begünstigt, sondern zugleich auch die Haushalte im mittleren Nettoeinkommensbereich überdurchschnittlich belastet. Dahinter steht die Tatsache, dass sich die Arbeitnehmerhaushalte überdurchschnittlich im mittleren Nettoeinkommensbereich und nur unterdurchschnittlich im unteren Nettoeinkommensbereich und in der obersten Nettoeinkommensklasse konzentrieren (vgl. Tabelle 21). Da aber die direkt begünstigten Selbständigen und die indirekt begünstigten Eigentümer und Anteilseigner der einkommensteuerpflichtigen Unternehmen sehr viel stärker den oberen Nettoeinkommensklassen angehören als die Arbeitnehmer, ist per Saldo ein einkommensdifferenzierender Effekt zumindest nicht unplausibel.

Bei der erfolgreichen Umverteilung der formalen Steuerlast der Selbständigen und einkommensteuerpflichtigen Unternehmen aus dem Solidaritätszuschlag zwischen dem 1.7.1991 und 30.6.1992 und der formalen Beitragsmehrlast in 1991 durch Vorwälzungsaktivitäten auf die Konsumenten ist neben der Ungleichverteilung der Selbständigen und der Eigentümer und Anteilseigner der einkommensteuerpflichtigen Unternehmen zu Gunsten des oberen Nettoeinkommensbereichs auch die Verteilung der privaten Konsumausgaben für die im Preis gestiegenen Konsumgüter nach Nettoeinkommensklassen verteilungsrelevant. Deshalb lässt sich die materielle Inzidenz ohne genauere Kenntnisse über den schichtenspezifischen Anteil der monatlichen Konsumausgaben für die im Preis gestiegenen Konsumgüter

am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen nicht ableiten. Es ergibt sich per Saldo vermutlich eine einkommensdifferenzierende Wirkung, wenn die höheren Güterpreise die Haushalte, bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen, umso weniger belasten, je höher ihr Nettoeinkommen ist. Dies ist z.B. im Falle eines Anstiegs aller Konsumgüterpreise der Fall, weil die durchschnittliche Konsumquote der privaten Haushalte mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen stetig sinkt. Dann geht der schichtenspezifische Anteil der monatlichen Konsumausgaben für die teureren Konsumgüter am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen zurück.³¹⁵

7.2.2.3 Gesamteinschätzung der materiellen Inzidenz des Solidaritätszuschlags und der höheren Sozialversicherungsbeiträge

Bei der materiellen Inzidenzanalyse in Abschnitt 7.2.2.1 und Abschnitt 7.2.2.2 wurde festgestellt, dass die Anpassungsreaktionen der Steuer- und Beitragspflichtigen auf die Erhebung des Solidaritätszuschlags und die Erhebung höherer Sozialversicherungsbeiträge seit 1991 mit einer Vielzahl verteilungsrelevanter Preis- und Mengeneffekte auf den Güter- und Faktormärkten verbunden waren. Deshalb lässt sich die materielle Inzidenz theoretisch nicht eindeutig ableiten. Es konnte zunächst gezeigt werden, dass sich die legalen und illegalen Entzugsmöglichkeiten ungleich auf die Steuer- und Beitragspflichtigen verteilen. Dies gilt sowohl in horizontaler Hinsicht zwischen Steuer- und Beitragspflichtigen mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit als auch in vertikaler Hinsicht zwischen Steuer- und Beitragspflichtigen mit einem unterschiedlich hohen Bruttoeinkommen. Außerdem nehmen die Steuerpflichtigen die Steuerentzugsmöglichkeiten in der Realität unterschiedlich stark in Anspruch. Deshalb gehen von dem Abgabenzug vertikale und horizontale interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus. Diese sind quantitativ und qualitativ unbestimmt, da die Verteilung der Entzugsmöglichkeiten auf die Steuerpflichtigen und ihre tatsächliche Nutzung von einer Reihe ökonomischer Faktoren, institutioneller Faktoren, soziologischer Faktoren und persönlicher Merkmale der Steuer- und Beitragspflichtigen abhängt. Außerdem gibt es bisher noch keine exakten empirischen Berechnungen zur quantitativen Bedeutung der legalen Steuervermeidung, Steuerumgehung und Steuerüberwälzung und zur quantitativen Bedeutung der illegalen Steuerhinterziehung bei der Einkommensbesteuerung in den westlichen Industrieländern. Daher ist eine exakte Messung der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen des Steuerentzugs nicht möglich.³¹⁶

³¹⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (1997b), Tabelle 1.1-1.10 und (1997a), Tabelle 1.29.

³¹⁶ Vgl. Oberheide, R. (1998), S. 41 f. und Bishop, J.A. u.a. (2000), S. 337 f. und S. 340 ff.

In einer empirischen Studie von Lang (1997) wurde zumindest die personelle Verteilung der Steuerentzugsmöglichkeiten bei der deutschen Einkommensteuer genauer untersucht. Diese Studie zeigt, dass sich die Steuerentzugsmöglichkeiten tatsächlich ungleich zu Gunsten der Steuerpflichtigen mit einem hohen steuerbaren Bruttoeinkommen verteilen, und dass die Präferenz zur Steuerhinterziehung tatsächlich mit dem Bruttoeinkommen des Steuerpflichtigen ansteigt. Aus diesen Ergebnissen leitet Lang eine vertikale interpersonelle Einkommensumverteilung von „unten nach oben“ ab, da Steuerpflichtige mit einem hohen steuerbaren Bruttoeinkommen im Vergleich zu den Steuerpflichtigen mit einem niedrigen steuerbaren Bruttoeinkommen ihre Steuerschuld überdurchschnittlich verringern. Dies dokumentiert sich u.a. darin, dass die Lücke zwischen den formal-rechtlichen Grenzsteuersätzen und den effektiven Grenzsteuersätzen mit einem steigenden steuerbaren Bruttoeinkommen zunächst bis zum 8. Einkommensdezil kontinuierlich bis auf 16% ansteigt und in den beiden obersten Einkommensdezilen bei dem maximalen Wert von 16% verharrt.³¹⁷

In den vorliegenden empirischen Studien zur Schätzung der quantitativen Bedeutung des legalen und illegalen Steuerentzugs bei der Einkommensbesteuerung in den westlichen Industrieländern wurde festgestellt, dass die Steuermindereinnahmen aus der Steuervermeidung und Steuerumgehung und die Steuermindereinnahmen aus der Steuerhinterziehung in der 80er und 90er Jahren jeweils im Durchschnitt ca. 10-14% des Bruttosozialprodukts betrugen. Diese Schätzwerte deuten darauf hin, dass die einkommensdifferenzierende Wirkung des Steuerentzugs bei der deutschen Einkommensteuer quantitativ bedeutend ist.³¹⁸ Dementsprechend ist es plausibel anzunehmen, dass die einkommensnivellierende Wirkung des Solidaritätszuschlags auf die Einkommensteuerschuld aus materieller Sicht merklich schwächer ausfiel als aus formaler Sicht. Dabei hatte die einkommensnivellierende Wirkung des Solidaritätszuschlags auf die Lohnsteuerschuld aus materieller Sicht weitgehend Bestand. Dagegen schwächten die legalen und illegalen Steuerentzugsaktivitäten der veranlagten Steuerpflichtigen (insbesondere der einkommensteuerpflichtigen Unternehmen und der Bezieher von Bruttoeinkünften aus Kapitalvermögen) die einkommensnivellierende Wirkung des Solidaritätszuschlags auf die veranlagte Einkommensteuerschuld merklich ab. Diese Diskrepanz ist in erster Linie auf die deutlich besseren Steuerentzugsmöglichkeiten der veranlagten Steuerpflichtigen gegenüber den Lohnsteuerpflichtigen zurückzuführen.³¹⁹

³¹⁷ Vgl. Lang, O. (1997), S. 328, 330 ff. und S. 341 f.

³¹⁸ Vgl. Schneider, D./Enste, D. (2000), S. 30 ff; Johnson, S. u.a. (1998), S. 387 ff; Alm, J. (1988), S. 32; Lang, O. (1997), S. 343 f.

³¹⁹ Vgl. Schneider, D./Enste, D. (2000), S. 174 f. und Cowell, F.A. (1992), S. 523 f.

7.3 Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland aus den diskretionären Erhöhungen indirekter Steuern

7.3.1 Wirkungsanalyse der Erhöhung der Mehrwertsteuer

7.3.1.1 Formale Inzidenzanalyse

Bei der formalen Inzidenzanalyse einer Mehrwertsteuererhöhung wird davon ausgegangen, dass die Anbieter die höhere Mehrwertsteuer vollständig auf die Bruttopreise vorwälzen. Dazu dürfen die Verbraucher trotz der Erhöhung der Bruttopreise ihre realen Konsumausgaben und ihre Konsumstruktur nicht verändern, d.h. sie müssen auf die Preiserhöhungen vollkommen preisunelastisch reagieren.³²⁰ Diese Reaktion entspricht dem Willen des Gesetzgebers, weil die Anbieter den gesetzlich festgelegten Mehrwertsteueranteil am Bruttopreis an den Staat abführen und die Konsumenten die volle Mehrwertsteuerlast tragen sollen.³²¹

Es gibt bereits eine Reihe empirischer Studien zur formalen Inzidenz der deutschen Mehrwertsteuer und ihrer Erhöhung. In ihnen wird die formale Inzidenz der deutschen Mehrwertsteuer als Saldo von zwei entgegengerichteten interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen analysiert: Einerseits ergibt sich eine regressive Belastungswirkung in Bezug auf das Haushaltsnettoeinkommen, da die durchschnittliche Konsumquote der Haushalte mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen stetig sinkt.³²² Andererseits geht von der steuerlichen Differenzierung der Konsumgüter eine progressive Belastungswirkung aus, da der Anteil der Ausgaben für steuerbefreite und steuerermäßigte Konsumgüter an den gesamten Konsumausgaben mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen stetig sinkt.³²³

Insgesamt zeigen die Studien zur Belastungswirkung der deutschen Mehrwertsteuer, dass die relative Belastung des Haushaltsnettoeinkommens mit Mehrwertsteuer mit steigendem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zunächst bis zum mittleren Nettoeinkommensbereich leicht ansteigt (progressive Belastungswirkung), dann auf einem konstanten Niveau verharrt und danach wieder stetig und deutlich zurückgeht (regressive Belastungswirkung). Im Bereich niedriger Haushaltsnettoeinkommen dominiert also die progressive Belastungswirkung der steuerlichen Tarifiedifferenzierung die regressive Belastungswirkung der rückläufi-

³²⁰ Vgl. Bedau, K.-D. u.a. (1987), S. 26 ff. und DIW (Wochenbericht Nr. 38-39/1996), S. 629.

³²¹ Vgl. Hilzenbecher, M. (1990), S. 70 f. und Theile, C. (1996), S. 160 ff.

³²² Vgl. Kaiser, H. (1987), S. 11 f. und DIW (Wochenbericht Nr. 14/1998), S. 253.

³²³ Vgl. Duschek, K.-J./Richter, H. (1993), S. 10 und Tofaute, H. (1994), S. 647 f.

gen durchschnittlichen Konsumquote. Beim Übergang vom mittleren zum oberen Nettoeinkommensbereich kehrt sich diese Dominanz um. Es ergibt sich per Saldo eine leicht regressive Belastung des Haushaltsnettoeinkommens mit Mehrwertsteuer und damit eine schwache differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung.³²⁴

Angesichts dieser Inzidenzergebnisse zur Belastungswirkung der deutschen Mehrwertsteuer ist es schon überraschend, dass eine Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer, wie sie zum 1.1.1993 durchgeführt wurde, nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung die Haushalte mit einem unterschiedlich hohen Nettoeinkommen annähernd gleichmäßig trifft, da die relative Steuermehrbelastung über den gesamten Nettoeinkommensbereich annähernd gleich bleibt. Es ergibt sich also in formaler Hinsicht eine neutrale Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung.³²⁵ Bei der Interpretation dieses Inzidenzergebnisses ist allerdings zu beachten, dass die empirischen Studien auf der Grundlage von EVS-Daten die Konzentration in der Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens und damit auch die differenzierende interpersonelle Einkommensverteilungswirkung der Mehrwertsteuer unterschätzen, da die EVS die Haushalte mit einem Nettoeinkommen über 35.000 DM nicht und das Nettoeinkommen der erfassten Haushalte nur unvollständig erfasst.³²⁶ Daher kann die Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.1.1993 auf die personelle Nettoeinkommensverteilung in formaler Hinsicht tatsächlich doch schwach differenzierend ausgefallen sein.

7.3.1.2 Materielle Inzidenzanalyse

Bei einer materiellen Inzidenzanalyse einer Erhöhung der Mehrwertsteuer werden die Steuervermeidungs- und Steuerhinterziehungsaktivitäten der Konsumenten und die steuerinduzierten Veränderungen der realen Konsumausgaben als Reaktion darauf explizit berücksichtigt. Die Anpassungsreaktionen sind mit Preis- und Mengenwirkungen auf den Güter- und Faktormärkten verbunden. Diese beeinflussen die personelle Nettoeinkommensverteilung sowohl unmittelbar über die Einkommensverwendung der privaten Haushalte als auch mittelbar über die Einkommenserzielung der Arbeitnehmer und die Gewinnerzielung der Unter-

³²⁴ Vgl. z.B. Bedau, K.-D. u.a. (1987), S. 95 ff; Dennerlein, R. (1982a) S. 101 ff; Kaiser, H. (1987), S. 11 ff; Tofaute, H. (1994), S. 649 ff; Bedau, K.-D. (1998a), S. 18 ff.

³²⁵ Vgl. DIW (Wochenbericht Nr. 14/1998), S. 250 ff; DIW (Wochenbericht Nr. 38-39/1996), S. 629 ff; Bedau, K.-D. (1998a), S. 18 ff; Rheinisch-Westfälisches Institut (1996), S. 2 ff.

³²⁶ Vgl. Merz, J. (2001), S. 2 und S. 10: Dahinter steht die Tatsache, dass sich die Haushalte bei der Befragung selbst in Nettoeinkommensklassen einstufen müssen und die Bereitschaft zur Angabe der korrekten Nettoeinkommen v.a. im oberen Nettoeinkommensbereich begrenzt ist.

nehmen. Nach Abschluss aller Anpassungsreaktionen weichen die materielle Inzidenz und die formale Inzidenz der Mehrwertsteuererhöhung immer dann voneinander ab, wenn die Anpassungsreaktionen die Verteilung der formalen Steuermehrlast zwischen Konsumenten und Unternehmen und/oder zwischen Konsumenten aus unterschiedlichen Nettoeinkommensklassen nachträglich verändern, oder wenn die Anpassungsreaktionen mit einer (nachträglichen) Verlagerung der formalen Steuermehrlast von den Unternehmen auf die Gruppe der Arbeitnehmer verbunden sind.³²⁷

In diesem Abschnitt werden in den Unterabschnitten (1) und (2) zunächst die potentiellen Anpassungsreaktionen der Konsumenten auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer und deren Auswirkungen auf die personelle Nettoeinkommensverteilung analysiert. Anschließend wird in Unterabschnitt (3) die materielle Inzidenz einer Mehrwertsteuererhöhung unter besonderer Berücksichtigung der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.1.1993 abschließend eingeschätzt.

(1) Steuervermeidungs- und Steuerhinterziehungsaktivitäten der Konsumenten

Es wurde bereits angedeutet, dass die Konsumenten auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer mit legalen Steuervermeidungsaktivitäten reagieren können. Dadurch verändert sich die Höhe und die Struktur der realen Konsumnachfrage. In räumlicher Hinsicht ist z.B. eine Substitution der höher besteuerten Güter durch Güter aus ausländischen Grenzregionen mit einem niedrigerem Steuersatz möglich. In zeitlicher Hinsicht können die Konsumenten die höhere Steuerlast vermeiden, wenn sie bereits in der Ankündigungsphase der Erhöhung der Mehrwertsteuer Käufe von langlebigen und höherwertigen Konsumgütern zeitlich vorziehen. In sachlicher Hinsicht können die Verbraucher stärker besteuerte Güter durch geringer oder nicht besteuerte Güter ersetzen, wenn das Steuerrecht eine steuerliche Differenzierung der Konsumgüter vorsieht. Dagegen ist eine sachliche Substitution schwieriger, wenn die Erhöhung der Mehrwertsteuer alle Konsumgüter gleichmäßig trifft und damit die relativen Güterpreise nicht verändert.³²⁸ Darüber hinaus können die Verbraucher einige steuerpflichtige Güter im bedarfswirtschaftlichen Bereich der „Schattenwirtschaft“ legal selbst erstellen. Bei der illegalen Steuervermeidung verschweigen die Konsumenten den mehrwertsteuerpflichtigen Tatbestand gegenüber dem Finanzamt, indem sie illegale Tauschgeschäfte mit steuerpflichtigen Gütern tätigen.³²⁹

³²⁷ Vgl. Dennerlein, R. (1982a) S. 26 ff. und S. 41 ff. und Duschek, K.-J./Richter, H. (1993), S. 9 und S. 16 ff.

³²⁸ Vgl. DIW (Wochenbericht Nr. 14/1998), S. 250 und Bedau, K.-D. u.a. (1987), S. 26 f. und S. 33.

³²⁹ Vgl. Schneider, D./Enste, D. (2000), S. 7.

Aufgrund der Vielzahl der verteilungsrelevanten Preis- und Mengenwirkungen auf den Märkten der besteuerten Konsumgüter und der nicht-besteuerten Konsum- und Investitionsgüter lassen sich die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der Steuervermeidung bei der Mehrwertsteuer theoretisch nicht eindeutig und nicht umfassend ableiten. Deshalb wird in dieser Studie auf eine weitergehende Analyse verzichtet. Bei einer Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer ist z.B. zu erwarten, dass die abgesetzten Mengen und die Preise der stärker nachgefragten steuerbefreiten und steuerermäßigten Konsumgüter ansteigen und die der normal besteuerten Güter zurückgehen. Dies wirkt unmittelbar differenzierend auf die personelle Nettoeinkommensverteilung, weil die Käufer der steuerermäßigten und steuerbefreiten Güter von den Käufern der normal besteuerten Güter einen Teil der Steuertraglast übernehmen müssen und die steuerermäßigten und steuerbefreiten Güter überdurchschnittlich von Haushalten mit einem niedrigen Nettoeinkommen gekauft werden. Eine mittelbare interpersonelle Einkommensverteilungswirkung ergibt sich z.B. dann, wenn die steuerinduzierten Preis- und Mengenwirkungen auf den Gütermärkten eine Veränderung der Preise und Mengen auf den Faktormärkten und darüber funktionelle Einkommensverteilungswirkungen induzieren, weil die Konsumgüter mit unterschiedlichen Faktorintensitäten produziert werden und intersektorale Wanderungen der Produktionsfaktoren auftreten.³³⁰

(2) Einschränkung der realen Konsumausgaben

Des weiteren können die Konsumenten auf eine steuerinduzierte Erhöhung der Güterpreise mit einer absoluten Einschränkung ihrer realen Konsumausgaben reagieren. Dadurch fällt im Vergleich zu dem in der formalen Inzidenzanalyse unterstellten Fall einer vollständigen Vorwälzung der Mehrwertsteuermehrlast auf die Nachfrager die Steuertraglast der Anbieter effektiv höher und die Steuertraglast der Konsumenten effektiv geringer aus, da der Vorwälzungsgrad der Mehrwertsteuererhöhung auf die Güterpreise nicht mehr vollständig ist.³³¹

Nach den Erkenntnissen der mikroökonomischen partialanalytischen Ansätze zur materiellen Inzidenz einer Umsatzsteuer ist der Vorwälzungsgrad auf einem Gütermarkt umso höher, je geringer die Preiselastizität der Nachfrage und des Angebotes sind, je größer die Markmacht der Anbieter ist und je geringer ihr Konkurrenzdruck ist.³³² Bei einer preiselastischen Güternachfrage kann der Anbieter die höhere Mehrwertsteuerlast nur teilweise auf die Verbrau-

³³⁰ Vgl. Zimmermann, H./Henke, K.-D. (1994), S. 241 f. und Duschek, K.-J./Richter, H. (1993), S. 10 und S. 16 ff.

³³¹ Vgl. Bedau, K.-D. (1987), S. 26 f. und S. 33.

³³² Vgl. Kitterer, W. (1978), S. 264 und Petersen, H.-G. (1993), S. 310 ff.

cher vorwälzen, da die steuerinduzierte Preiserhöhung einen Rückgang der realen Konsumnachfrage und damit einen Rückgang abgesetzte Gütermenge induziert. Daraufhin muss der Anbieter einen Teil der höheren Mehrwertsteuerlast in Form eines niedrigeren Nettogewinns tragen. Hinzu tritt ein kosteninduzierter Nettogewinnrückgang, wenn er zu sinkenden Durchschnittskosten produziert.³³³ Da sich die mikroökonomischen Vorwälzungsbedingungen der Anbieter aber von Gütermarkt zu Gütermarkt unterscheiden, ist der Vorwälzungsgrad auf den einzelnen Gütermärkten unterschiedlich hoch. Es verändern sich die relativen Güterpreise zu Gunsten der Güter mit einem hohen Vorwälzungsgrad. Dies belastet überdurchschnittlich diejenigen Konsumenten, die einen überdurchschnittlichen Anteil ihrer Konsumausgaben für die relativ teurer gewordenen Güter verwenden. Außerdem generiert die preisinduzierte Veränderung der realen Konsumnachfrage eine Veränderung der abgesetzten Gütermengen. Darüber hinaus induzieren die steuerinduzierten Preis- und Mengenwirkungen auf den Gütermärkten u.U. Preis- und Mengenwirkungen auf den Faktormärkten.³³⁴

Nach den Erkenntnissen der makroökonomischen totalanalytischen Ansätze zur materiellen Inzidenz einer Umsatzsteuer hängt der Vorwälzungsgrad einer Mehrwertsteuererhöhung auf die Konsumenten entscheidend vom gesamtwirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Umfeld zum Zeitpunkt der Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Dazu zählt zum einen die Ausrichtung der Finanzpolitik, da der Staat einen steuerinduzierten Rückgang der realen Konsumnachfrage durch zusätzliche Staatsausgaben oder durch eine induzierte Belebung der privaten Nachfrage partiell oder vollständig kompensieren kann. In diesem Fall fällt der Vorwälzungsgrad auch unter der Prämisse einer preiselastischen Güternachfrage höher aus.^{335 336} Zum zweiten ist die Ausrichtung der Geldpolitik bedeutsam. So ist eine vollständige Vorwälzung einer Mehrwertsteuererhöhung auf die Güterpreise nur dann zu erwarten, wenn die Notenbank die steuerinduzierten Vorwälzungsprozesse der Unternehmen durch eine Ausweitung der angebotenen Zentralbankgeldmenge monetär alimentiert. Dagegen schränkt eine restriktive Geldpolitik die realwirtschaftlichen Vorwälzungsspielräume der Unternehmen

³³³ Vgl. Bedau, K.-D. u.a. (1987), S. 26 f. und S. 29 ff. und Theile, C. (1996), S. 160 ff.

³³⁴ Vgl. Neumann, M. J.M. (1985), S. 300 ff.

³³⁵ Vgl. Teichmann, D./Zwiener, R. (1987), S. 138 ff. und Dennerlein, R. (1982a), S. 31 und S. 35.

³³⁶ In der Realität weicht die zusätzliche staatliche Güternachfrage sicherlich zumindest in struktureller Hinsicht von der verdrängten privaten Güternachfrage ab. Deshalb erreichen die überdurchschnittlich profitierenden Anbieter einen höheren Vorwälzungsgrad als die unterdurchschnittlich profitierenden Anbieter. Vgl. Bedau, K.-D. u.a. (1987), S. 31.

ein.³³⁷ Zum dritten determiniert die konjunkturelle Situation zum Zeitpunkt der Erhöhung der Mehrwertsteuer den Vorwälzungsgrad. Im Boom mit einem hohen Auslastungsgrad der betrieblichen Produktionskapazitäten und einer hohen Güternachfrage besitzen die Anbieter bessere reale Vorwälzungsmöglichkeiten als in einer Rezession. Hier sind die Preiselastizität der Nachfrage und der Konkurrenzdruck der Unternehmen konjunkturbedingt niedrig. Ein hoher Vorwälzungsgrad im Boom gilt aber nur unter der Prämisse, dass die Notenbank trotz inflationärer Tendenzen keine restriktive Geldpolitik betreibt.³³⁸ Schließlich determiniert zum vierten die Lohnpolitik der Gewerkschaften zum Zeitpunkt der Erhöhung der Mehrwertsteuer die realwirtschaftlichen Vorwälzungsmöglichkeiten der Anbieter. Bei einer expansiven Lohnpolitik verringert sich ihr Spielraum für eine Vorwälzung der Mehrwertsteuerbelastung immer dann, wenn sie ihre Angebotspreise bereits aufgrund gestiegener Lohnkosten erhöht haben. Allerdings verbessern sich die Vorwälzungsmöglichkeiten bei expansiver Lohnpolitik evtl. dadurch, dass die Arbeitnehmer aufgrund ihrer gestiegenen Nettoeinkommen ihren einkommensabhängigen Konsum ausdehnen („Kaufkrafttheorie des Lohns“).³³⁹

Insgesamt betrachtet zeigt sich, dass die Anbieter bei ungünstigen mikro- und makroökonomischen Vorwälzungsbedingungen zumindest kurzfristig auf eine vollständige Vorwälzung einer höheren Mehrwertsteuer auf die Güterpreise verzichten und damit einen Teil der Mehrwertsteuerlast selbst tragen müssen. Daher werden sie die Vorwälzung bei günstigeren mikro- und makroökonomischen Vorwälzungsbedingungen versuchen vollständig nachzuholen. Es besteht aber kurzfristig auch die Möglichkeit einer Rückwälzung des nicht-vorgewälzten Teils der Mehrwertsteuerbelastung auf Lieferanten (durch niedrigere Einkaufspreise), auf Betriebsmittelhersteller (durch niedrigere Betriebsmittelpreise) oder auf ihre Beschäftigten (durch niedrigere Bruttoarbeitsentgelte). Dadurch ergeben sich mittelbare interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen, da diese Rückwälzungsaktivitäten die Einkommenserzielung der Arbeitnehmer und die Gewinnerzielung der Unternehmen beeinflussen.³⁴⁰ Schließlich können die Anbieter als Reaktion auf den steuerinduzierten Rückgang ihrer Nettogewinne kurzfristig ihre Investitionsnachfrage, ihre Produktionskapazitäten und ihre Beschäftigung einschränken, wenn die mikro- und makroökonomischen Rückwälzungsbedingungen ebenfalls ungünstig sind. Dadurch verringern sie ihre tatsächliche Steuertrag-

³³⁷ Vgl. Homburg, S. (1997), S. 143 und Bedau, K.-D. u.a. (1987), S. 31, 34 ff, 122 f. und S. 171 ff.

³³⁸ Vgl. Teichmann, D./Zwiener, R. (1987), S. 140 ff. und Bedau, K.-D. u.a. (1987), S. 31, 34 ff, 122 f. und S. 171 ff.

³³⁹ Vgl. Teichmann, D./Zwiener, R. (1987), S. 140 f.

³⁴⁰ Vgl. Derrick, F.W./Scott, C.E. (1998), S. 230 f. und Bedau, K.-D. u.a. (1987), S. 123 und S. 172.

last auf Kosten ihrer Beschäftigten und/oder auf Kosten anderer Unternehmen bzw. deren Eigentümern und Anteilseignern. Diese „passiven“ Anpassungsreaktionen beeinflussen die personelle Nettoeinkommensverteilung in kurzfristiger Hinsicht wiederum mittelbar über die Einkommenserzielung der Arbeitnehmer und die Gewinnerzielung der Unternehmen. Mittel- und langfristig induzieren sie unter Umständen sogar einen dämpfenden Effekt auf das reale Wirtschaftswachstum. Daraus resultieren weitere funktionelle Einkommensverteilungswirkungen und mittelbare interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen.³⁴¹

(3) Gesamteinschätzung der materiellen Inzidenz einer Mehrwertsteuererhöhung unter besonderer Berücksichtigung der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.1.1993

Insgesamt hat die materielle Inzidenzanalyse in Unterabschnitt (1) und (2) gezeigt, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer aus materieller Sicht weder eindeutig nivellierend noch eindeutig differenzierend auf die personelle Nettoeinkommensverteilung wirkt, da die effektive Verteilung der Steuertraglast zwischen Konsumenten und Unternehmen, zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern und zwischen Konsumenten aus unterschiedlichen Nettoeinkommensklassen von den Steuervermeidungs- und Steuerhinterziehungsaktivitäten der Konsumenten, von den mikro- und makroökonomischen Überwälzungsbedingungen auf den Güter- und Faktormärkten für die Anbieter und von etwaigen „passiven“ Anpassungsreaktionen der Anbieter an die Anpassungsreaktionen der Konsumenten abhängt. Es ist wegen der Vielzahl verteilungsrelevanter Anpassungsreaktionen nicht möglich, die materielle Inzidenz einer höheren Mehrwertsteuer theoretisch und empirisch eindeutig abzuleiten. Dazu müssten die steuerinduzierten Preis- und Mengenwirkungen auf den Güter- und Faktormärkten und ihre unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen auf die personelle Nettoeinkommensverteilung vollständig erfasst werden. Dies erfordert ein komplexes ökonometrisches Simulationsmodell, dass die dynamischen Wirkungen der Mehrwertsteuererhöhung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die Unternehmensnettogewinne und die Nettoeinkommen der privaten Haushalte über mehrere Jahre simuliert und alle Anpassungsreaktionen der Konsumenten und Unternehmen erfasst. Eine solche Simulationsrechnung würde den Rahmen dieser Arbeit allerdings sprengen.³⁴²

Deshalb beschränkt sich die Gesamteinschätzung der materiellen Inzidenz der Erhöhung der deutschen Mehrwertsteuer auf Plausibilitätsüberlegungen. In einem ersten Schritt wird gezeigt, dass ein steuerinduzierter Rückgang der realen Konsumnachfrage als Folge von Steu-

³⁴¹ Vgl. Bedau, K.-D. u.a. (1987), S. 34 f. und S. 172 und Duschek, K.-J./Richter, H. (1993), S. 16 f.

³⁴² Vgl. Teichmann, D./Zwiener, R. (1987), S. 148 und Bedau, K.-D. u.a. (1987), S. 54 ff.

ervermeidungsaktivitäten der Konsumenten und/oder einer preiselastischen realen Konsumnachfrage bei einer Mehrwertsteuererhöhung vermutlich nivellierend auf die personelle Nettoeinkommensverteilung wirkt und damit die in der formalen Inzidenzanalyse abgeleitete neutrale Wirkung der höheren Mehrwertsteuer auf die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen in eine einkommensnivellierende Wirkung modifiziert. Bei der formalen Inzidenzanalyse in Abschnitt 7.3.1.1 wurde nämlich von einer vollständigen Vorwälzung der höheren Mehrwertsteuerlast von den Anbietern auf die Konsumenten ausgegangen. Die einkommensnivellierende Wirkung einer unvollständigen Vorwälzung ist umso stärker, je weniger die Unternehmen ihre Steuerlast auf die Konsumenten verlagern und je weniger die Unternehmen ihre nicht-vorgewälzte Steuerlast auf Arbeitnehmer zurückwälzen.

Bei der Analyse der Tabellen 20, 21 und 23 zeigte sich, dass die Selbständigen und die Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen überdurchschnittlich im oberen Nettoeinkommensbereich vertreten sind. Deshalb belastet eine unvollständige Vorwälzung einer höheren Mehrwertsteuerlast von den Anbietern auf die Konsumenten auf direktem und indirektem Wege überdurchschnittlich die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich und nur unterdurchschnittlich die Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich. Dies wirkt im Vergleich zum formalen Inzidenzergbnis vermutlich einkommensnivellierend. Diese einkommensnivellierende Wirkung wird jedoch abgeschwächt, wenn die Unternehmen ihre nicht-vorgewälzte Steuermehrlast erfolgreich auf die Arbeitnehmer über niedrigere Bruttoarbeitsentgelte zurückwälzen können. In diesem Fall begünstigt die steuerliche Entlastung der Unternehmen die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich auf indirektem Wege überdurchschnittlich, während die Belastung der Arbeitnehmer die Haushalte im mittleren Nettoeinkommensbereich überdurchschnittlich belastet. Da aber die indirekt begünstigten Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen sehr viel stärker den oberen Nettoeinkommensklassen angehören als die belasteten Arbeitnehmer, wirken die Rückwälzungsaktivitäten der Unternehmen per Saldo vermutlich einkommensdifferenzierend. Diese These entzieht sich aber leider einer empirischen Überprüfung.

In einem zweiten Schritt wird nun noch überprüft, ob das gesamtwirtschaftliche und wirtschaftspolitische Umfeld in Westdeutschland zum Zeitpunkt der 1%igen Erhöhung des Normalsatzes der deutschen Mehrwertsteuer vom 1.1.1993 eher für oder eher gegen eine erfolgreiche Vorwälzung der Mehrwertsteuerlast der westdeutschen Unternehmen auf die Konsumenten spricht. Dadurch erhält man zugleich Aufschluss über etwaige Rückwälzungsbestrebungen der westdeutschen Unternehmen und über die makroökonomischen Rückwälzungsbedingungen im Jahr 1993. Leider lassen sich die Steuervermeidungsaktivitäten der Konsumenten und die mikroökonomischen Überwälzungsbedingungen der Unternehmen im Jahr 1993 statistisch nicht erfassen.

Es wurde bereits gezeigt, dass die konjunkturelle Situation im alten Bundesgebiet im Jahr 1993 ungünstig war. Deshalb besaßen die westdeutschen Unternehmen in realwirtschaftlicher Hinsicht wenig Spielraum für eine Erhöhung der Güter- und Dienstleistungspreise. Aufgrund der niedrigen gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage und der niedrigen gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung waren die Preiselastizität des Angebots, die Preiselastizität der Nachfrage und der Konkurrenzdruck der Unternehmen auf den einzelnen Märkten relativ hoch. Deshalb mussten die Unternehmen von einem relativ starken Rückgang der realen Nachfrage ausgehen, wenn sie ihre Preise steuerbedingt erhöhten. Darüber hinaus spricht die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik seit der deutschen Vereinigung nur auf den ersten Blick für günstige realwirtschaftliche Vorwälzungsbedingungen. Tatsächlich hat sie den konjunkturbedingt geringen realwirtschaftlichen Vorwälzungsspielraum der westdeutschen Unternehmen nicht nennenswert vergrößert, da sie nahezu ausschließlich auf Ostdeutschland ausgerichtet war und die West-Ost-Nettofinanztransfers seit 1993 deutlich stärker der ostdeutschen Wirtschaft zugute kamen als in den Jahren 1990 bis 1992. Dieser Umstand dokumentiert sich in dem starken Rückgang des transferinduzierten Nachfrageimpulses aus Ostdeutschland im alten Bundesgebiet seit Mitte 1992. Es ist zumindest unwahrscheinlich, dass die zusätzliche staatliche Güternachfrage den steuerinduzierten Rückgang der privaten Konsumnachfrage in Westdeutschland auch nur annähernd kompensierte. Dagegen eröffnete die moderate Lohnpolitik der Gewerkschaften im Jahr 1993 den westdeutschen Unternehmen durchaus realwirtschaftlichen Spielraum für steuerinduzierte Preiserhöhungen, weil sie den starken Anstieg der betrieblichen Lohnkosten im alten Bundesgebiet in den Vorjahren bremste. Dadurch erhöhte sich der unausgenutzte Spielraum der westdeutschen Unternehmen für die Durchführung steuerinduzierter Preiserhöhungen. Schließlich waren die monetären Vorwälzungsbedingungen im Jahr 1993 auf den ersten Blick etwas günstiger als in den Vorjahren, da die Deutsche Bundesbank als Reaktion auf die konjunkturelle Abschwächung ihre restriktive Geldpolitik seit Ende 1992 schrittweise lockerte. Es ist allerdings nicht davon auszugehen, dass die Bundesbank die steuerinduzierten Überwälzungsversuche der westdeutschen Unternehmen auf Kosten inflationärer Tendenzen aktiv monetär alimentierte. Dagegen spricht ihr konsequenter stabilitätsorientierter Kurs in der Vergangenheit. Dennoch ist eine gewisse Elastizität des Geldangebotes sicher plausibel.

Insgesamt betrachtet spricht das gesamtwirtschaftliche und wirtschaftspolitische Umfeld im alten Bundesgebiet im Jahr 1993 also eher dafür, dass die westdeutschen Unternehmen die zusätzliche Steuerlast aus der Mehrwertsteuererhöhung kurzfristig nur partiell auf die Konsumenten vorwälzen konnten und damit die angestrebte vollständige Vorwälzung über einen längeren Zeitraum verteilen mussten. Dementsprechend waren ihre Rückwälzungsbestrebungen vermutlich relativ stark ausgeprägt. Da die makroökonomischen Bedingungen für eine erfolgreiche Rückwälzung einer höheren Steuerlast der Unternehmen auf die (gering

qualifizierten) Beschäftigten in einer ungünstigen konjunkturellen Situation deutlich besser sind als im konjunkturellen Boom, ist es nicht auszuschließen, dass die westdeutschen Unternehmen einen Teil ihrer nicht-vorgewälzten Steuerlast aus der Mehrwertsteuererhöhung über niedrigere Bruttoarbeitsentgelte auf die Arbeitnehmer zurückwälzten. Dahinter steht die relativ hohe Lohnelastizität der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsnachfrage, wenn die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungslage ungünstig, der Auslastungsgrad der betrieblichen Produktionskapazitäten niedrig und die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage niedrig ist. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass die westdeutschen Unternehmen kurzfristig ihre gesamte nicht-vorgewälzte Mehrwertsteuerlast auf andere Marktteilnehmer verlagern konnten. Deshalb mussten sie einen Teil davon (vorübergehend) selbst übernehmen.

Dieses Inzidenzresultat deutet darauf hin, dass die Belastungswirkung der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.1.1993 auf die personelle Nettoeinkommensverteilung aus formaler Sicht zwar annähernd einkommensneutral war, aber aus materieller Sicht doch einkommensnivellierend war. Nach einer empirischen Studie von Duschek/Richter war eine solche Diskrepanz zwischen der formalen und der materiellen Inzidenz der Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 1993 tatsächlich empirisch relevant.³⁴³ In Abschnitt 5.1 wurde festgestellt, dass die kumulierten Mehrwertsteuererhöhungen zwischen 1993 und 1995 schätzungsweise 35,5 Mrd. DM betrugen. Daher war die zuvor abgeleitete materielle einkommensnivellierende Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.1.1993 quantitativ durchaus bedeutsam.

7.3.2 Wirkungsanalyse der Erhöhung spezieller Verbrauchsteuern

7.3.2.1 Formale Inzidenzanalyse

Bei der formalen Inzidenzanalyse der Erhöhung der speziellen Verbrauchsteuern wird implizit unterstellt, dass die Anbieter der besteuerten Güter die höheren speziellen Verbrauchsteuern an den Staat abführen und die Steuerlast gemäß dem Willen des Gesetzgebers vollständig auf die Käufer der besteuerten Güter vorwälzen.³⁴⁴ Eine statistische Erfassung der Steuerlast der privaten Haushalte aus speziellen Verbrauchsteuern beinhaltet das Problem, dass die besteuerten Güter nicht nur von den privaten Haushalten als Konsumenten, sondern auch von Unternehmen erworben werden. Deshalb fällt ein Teil der Steuerlast aus speziellen Verbrauchsteuern zunächst im Unternehmenssektor in Form höherer Produktionskosten an. Auch hier wird angenommen, dass die Unternehmen den steuerinduzierten

³⁴³ Vgl. Duschek, K.-J./Richter, H. (1993), S. 9 f.

³⁴⁴ Vgl. Dennerlein, R. (1982b), S. 22 und S. 26 f. und Müller, K. u.a. (1997), S. 111 und S. 114 f.

Kostenanstieg über die allgemeine Kostenkalkulation auf die Nettopreise überwälzen. Da sich die an den Haushaltssektor weitergeleitete Steuerlast aus speziellen Verbrauchsteuern den privaten Haushalten statistisch nicht direkt zurechnen lässt, bleibt sie bei der folgenden formalen Inzidenzanalyse unberücksichtigt.³⁴⁵

7.3.2.1.1 Formale Inzidenz der Erhöhung der deutschen Mineralölsteuer

Bei der deutschen Mineralölsteuer wird der käufliche Erwerb steuerpflichtiger Mineralöle (Benzin- und Dieselmotorkraftstoff, Schmierstoffe, mineralöhlhaltige Waren und Additive, Heizöl) mit einem proportionalen Steuersatz besteuert. Dabei unterliegen Heizöle und Dieselmotorkraftstoff einem ermäßigten Steuersatz. Es handelt sich um eine spezifische Stücksteuer, da die gekaufte Menge in Litern die Bemessungsgrundlage der Mineralölsteuer ist.³⁴⁶

In zwei empirischen Studien von Tofaute zur formalen Inzidenz der deutschen Mineralölsteuer in Westdeutschland wurde festgestellt, dass der Verlauf der relativen Mineralölsteuerbelastung des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens über den gesamten Nettoeinkommensbereich dem bogenförmigen Belastungsverlauf bei der Mehrwertsteuer ähnelt. So steigt die relative Belastung des Haushaltsnettoeinkommens mit Mineralölsteuer mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen zunächst bis zum mittleren Nettoeinkommensbereich deutlich an (progressive Belastungswirkung), da die Haushalte mit einem mittleren Nettoeinkommensniveau im Durchschnitt mehr Kraftfahrzeuge und mehr Kraftfahrzeuge mit einem höheren Kraftstoffverbrauch besitzen als Haushalte mit einem niedrigen Nettoeinkommen. Diese verzichten häufig sogar völlig auf den Unterhalt eines eigenen Kraftfahrzeugs und können aufgrund von Nichterwerbstätigkeit (vorübergehend) Kraftstoffausgaben einsparen (z.B. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner). Im mittleren Nettoeinkommensbereich bleibt die relative Belastung des Haushaltsnettoeinkommens mit Mineralölsteuer annähernd konstant. Im oberen Nettoeinkommensbereich geht sie wieder deutlich zurück (regressive Belastungswirkung), da die Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen leichter auf kraftstoffsparende teurere Kraftfahrzeuge ausweichen und darüber Kraftstoffausgaben einsparen können. Außerdem erreicht der Kraftstoffverbrauch im oberen Nettoeinkommensbereich sicherlich Sättigungsgrenzen. Insgesamt ergibt sich eine schwa-

³⁴⁵ Vgl. Wartenberg, U. (1979), S. 34 f. und Tofaute, H. (1996), S. 617 f.

³⁴⁶ Vgl. Kampmann, C. (1995), S. 14 und S. 27.

che regressive Belastungswirkung in Bezug auf das Haushaltsnettoeinkommen und damit eine schwache einkommensdifferenzierende Wirkung.³⁴⁷

Nach den empirischen Studien von Dennerlein (1982), Nagel (1993), Kampmann (1995) und Müller u.a. (1997) ist eine Erhöhung der Mineralölsteuer mit einem glockenförmigen steuerlichen Mehrbelastungsverlauf in Bezug auf das Haushaltsnettoeinkommen verbunden.³⁴⁸ Dieser Verlauf ist auf den glockenförmigen Verlauf des schichtenspezifischen Anteils der monatlichen Ausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für Mineralölprodukte (Heizöl und Ähnliches und Kraftstoffe) am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen über den gesamten Nettoeinkommensbereich zurückzuführen. Er steigt nach den Daten der Tabelle 25 mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen zunächst bis zum mittleren Nettoeinkommensbereich von 1,5% auf 3,2% an und sinkt bei einem weiter steigenden Haushaltsnettoeinkommen wieder auf 1,8% in der obersten Nettoeinkommensklasse.³⁴⁹

Insgesamt betrachtet deuten die formalen Inzidenzergebnisse der empirischen Studien also einheitlich darauf hin, dass die zweimalige Erhöhung der deutschen Mineralölsteuer seit der deutschen Vereinigung vom unteren Nettoeinkommensbereich bis zum mittleren Nettoeinkommensbereich (bis 5.000 DM) nivellierend in Bezug auf die personelle Nettoeinkommensverteilung und bei den Nettoeinkommensklassen darüber differenzierend in Bezug auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet wirkte. So stieg die relative Mehrbelastung des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens mit Mineralölsteuer ausgehend von der untersten Nettoeinkommensklasse mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen zunächst bis zum mittleren Nettoeinkommensbereich an. Dies wirkte progressiv belastend. Bei einem weiter steigenden Haushaltsnettoeinkommen ging die relative Mehrbelastung des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens mit Mineralölsteuer durchgängig und deutlich zurück. Dies wirkte regressiv belastend. Insgesamt ist eine einkommensdifferenzierende Wirkung plausibel. In Abschnitt 5.1 wurde festgestellt, dass die kumulierten Steuermehreinnahmen aus der zweimaligen Erhöhung der Mineralölsteuer im Zeitraum 1991 bis 1995 im Bundesgebiet schätzungsweise ca. 74,8 Mrd. DM betrugen. Daher war die formale einkommensdifferenzierende Wirkung der zweimaligen Mineralölsteuererhöhung vermutlich quantitativ bedeutsam.

³⁴⁷ Vgl. Tofaute, H. (1997), S. 110 f. und Tofaute, H. (1996), S. 617 ff, 621 ff. und S. 625 f.

³⁴⁸ Vgl. Nagel, T. (1993), S. 390 ff; Kampmann, C. (1995), S. 29 ff; Dennerlein, R. (1982b), S. 86 ff. und S. 118 ff; Müller, K. u.a. (1997), S. 114 f. und S. 117 f.

³⁴⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt (1997b), Tabelle 1.1 und (1997c), Tabelle 1.1.

Tabelle 25: Verteilung der Ausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für Mineralölprodukte in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	(1) Ausgaben für Heizöl und Ähnliches in % der gesamten Konsumausgaben pro Monat	(2) Ausgaben für Kraftstoffe in % der gesamten Konsumausgaben pro Monat	(3) Ausgaben für Mineralölprodukte in % der gesamten Konsumausgaben pro Monat	(4) Ausgaben für Mineralölprodukte in % des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens
unter 1000	/	1,7	1,7	1,5
1000 - 1600	0,3	1,4	1,7	1,8
1600 - 2000	0,6	1,6	2,2	2,2
2000 - 2500	0,6	2,1	2,7	2,5
2500 - 3000	0,5	2,6	3,1	2,9
3000 - 4000	0,7	2,8	3,5	3,0
4000 - 5000	0,8	3,1	3,8	3,2
5000 - 6000	0,8	3,1	3,9	3,0
6000 - 7500	0,8	3,0	3,8	2,8
7500 - 10.000	0,8	2,9	3,7	2,5
10.000 - 35.000	0,8	2,4	3,2	1,8

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4 (Tabelle 1.1); Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997c): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 5 (Tabelle 1.1); eigene Berechnungen.

7.3.2.1.2 Formale Inzidenz der Erhöhung der deutschen Versicherungsteuer

Bei der deutschen Versicherungsteuer werden die von den privaten Versicherungsnehmern an die privaten Versicherungsunternehmen gezahlten Versicherungsbeiträge und Versicherungsprämien mit einem proportionalen Steuersatz besteuert, wenn die privaten Versicherungsverträge steuerpflichtig sind. Dabei verhält sich die Höhe der Steuerzahlung proportional zur gezahlten Versicherungsprämie.³⁵⁰

In einer empirischen Studie von Tofaute (1996) zur formalen Inzidenz der deutschen Versicherungsteuer in Westdeutschland wurde festgestellt, dass die monatliche absolute Versicherungsteuerbelastung der privaten Haushalte mit einem steigenden monatlichen Haus-

³⁵⁰

Vgl. Weichenrieder, A.J. (1996), S. 63 und S. 66.

haltsnettoeinkommen durchgängig ansteigt, weil deren monatlichen Ausgaben für steuerpflichtige Beiträge an Privatversicherungen mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen kontinuierlich ansteigen. Dahinter steht die Tatsache, dass die Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen mehr steuerpflichtige Privatversicherungen (mit relativ hohen Versicherungsprämien) abschließen als Haushalte mit einem niedrigen Nettoeinkommen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ihr Haushaltsvorstand häufig selbst nicht sozialversicherungspflichtig ist, ihr Besitz an Kraftfahrzeugen (mit einer hohen Kraftfahrzeugsteuer) höher ist und ihre Einkommensverhältnisse den Abschluss privater Versicherungsverträge (z.B. einer Hausrat-, Brand-, Schadens- oder Kapitalversicherung) eher erlauben und eher rechtfertigen. Nach den Berechnungen von Tofaute ist die relative Belastung des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens mit Versicherungsteuer allerdings in allen Nettoeinkommensklassen gleich groß. Daher geht von der Versicherungsteuer eine proportionale Belastungswirkung in Bezug auf das Haushaltsnettoeinkommen und eine neutrale Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung aus.³⁵¹

Dieses Inzidenzresultat deutet darauf hin, dass die dreimalige Erhöhung der Versicherungsteuer seit 1991 das monatliche Haushaltsnettoeinkommen der Haushalte aller Nettoeinkommensklassen relativ gleich stark belastete. Diese proportionale Belastungswirkung veränderte die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet also nicht. Nach den Berechnungen in Abschnitt 5.1 betrugen die kumulierten Steuermehreinnahmen aus der dreimaligen Erhöhung der Versicherungsteuer im Zeitraum 1991 und 1995 im Bundesgebiet schätzungsweise ca. 15,7 Mrd. DM. Daher war die einkommensneutrale Verteilungswirkung der dreimaligen Versicherungsteuererhöhung ohnehin nicht besonders stark.

7.3.2.1.3 Formale Inzidenz der Erhöhung der deutschen Tabaksteuer

Bei der deutschen Tabaksteuer wird der käufliche Erwerb steuerpflichtiger Tabakwaren (Zigaretten, Zigarren, Zigarillos, Rauch-, Kau- und Schnupftabak, Feinschnitt) mit einem proportionalen Steuersatz besteuert. Dabei setzt sich die Tabaksteuer aus einer Preiskomponente und einer Mengenkomponekte zusammen, da der Käufer für die gekaufte Tabakmenge und auf den Bruttopreis einen bestimmten Steuersatz Tabaksteuer zahlen muss.³⁵²

In zwei empirischen Studien von Tofaute (1996) und Zimmermann (1987) zur formalen Inzidenz der deutschen Tabaksteuer in Westdeutschland wurde festgestellt, dass die relative

³⁵¹ Vgl. Tofaute, H. (1996), S. 619 und S. 621.

³⁵² Vgl. Körner, J. (1996), S. 30.

Belastung des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens mit Tabaksteuer mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen stetig zurückgeht. Diese durchgängig regressive Belastungswirkung in Bezug auf das Haushaltsnettoeinkommen generiert eine differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung.³⁵³ Dieses Inzidenzergebnis deutet darauf hin, dass die Tabaksteuererhöhung vom 1.3.1992 die privaten Haushalte, bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen, umso stärker belastete, je niedriger das Haushaltsnettoeinkommen war. Daraus resultierte eine differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung. Dieser Differenzierungseffekt war allerdings nicht besonders stark, weil die kumulierten Steuermehreinnahmen im Bundesgebiet zwischen 1992 und 1995 nach den Berechnungen in Abschnitt 5.1 nur ca. 4,6 Mrd. DM betrugen.

7.3.2.2 Materielle Inzidenzanalyse

In materieller Hinsicht kann die effektive Inzidenz einer erhöhten Mineralöl-, Tabak- und Versicherungsteuer von der formalen Inzidenz abweichen, wenn die Nachfrager auf die Erhöhung mit Steuervermeidungsaktivitäten und/oder mit einer Einschränkung ihrer realen Ausgaben für das besteuerte Gut reagieren. In beiden Fällen ist die in der formalen Inzidenzanalyse zugrundegelegte Annahme einer vollständigen Verlagerung der Steuermehrlast auf die Nachfrager nicht mehr haltbar, da sich die Steuermehrlast auf die Anbieter und auf die Nachfrager verteilt.³⁵⁴ Bei der Steuervermeidung reduzieren die Nachfrager über eine Verminderung der Bemessungsgrundlage und/oder eine Veränderung der Struktur ihres Verbrauchs ihre Konsumausgaben für die besteuerten Güter und darüber ihre Steuerbelastung.³⁵⁵

Bei einer unvollständigen Vorwälzung der Steuermehrlast auf die Nachfrager hängt der Vorwälzungsgrad auf die Nachfrager in makroökonomischer Hinsicht - ebenso wie bei der Einkommen- und Mehrwertsteuer – v.a. vom gesamtwirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Umfeld zum Zeitpunkt der Erhöhung ab, da eine expansive Ausrichtung der Finanz- und Geldpolitik, eine moderate Lohnpolitik und eine günstige konjunkturelle Situation die Vorwälzung tendenziell begünstigen. In mikroökonomischer Hinsicht wird der Vorwälzungsgrad wiederum durch die Marktform und Wettbewerbsintensität, die Marktmacht der Anbieter, die Preiselastizität des Angebotes und die Preiselastizität der Nachfrage auf dem besteuerten

³⁵³ Vgl. Tofaute, H. (1996), S. 620 f. und S. 623 f; Zimmermann, W.J. (1987), S.120 f; Statistisches Bundesamt (1997c), Tabelle 2.3.1.

³⁵⁴ Vgl. Dennerlein, R. (1982a), S. 26 ff. und S. 41 ff. und Tofaute, H. (1996), S. 619.

³⁵⁵ Vgl. Zimmermann, W.J. (1987), S. 57 f. und S. 66 und Homburg, S. (1997), S. 107 ff.

Gütermarkt, durch das Preissetzungsverhalten der Anbieter und durch den Verlauf der Durchschnittskosten bei den Anbietern determiniert.³⁵⁶

Darüber hinaus rufen die steuerinduzierten Anpassungsreaktionen der Nachfrager Preis- und Mengenwirkungen auf den besteuerten Gütermärkten, auf den nicht-besteuerten Gütermärkten und auf den Faktormärkten hervor. Diese beeinflussen die personelle Nettoeinkommensverteilung sowohl mittelbar über die Einkommenserzielung der Arbeitnehmer und die Gewinnerzielung der Unternehmen als auch unmittelbar, weil private Haushalte mit einem unterschiedlich hohen Nettoeinkommen eine differierende Konsumstruktur aufweisen. Es ist wegen der Vielzahl der Anpassungsreaktionen nicht möglich, die materielle Inzidenz der speziellen Verbrauchsteuern theoretisch und empirisch eindeutig abzuleiten. So ist der Nachfragerückgang bei den besteuerten Gütern mit einem Nachfrageanstieg bei nicht-besteuerten Gütern und einem Nachfragerückgang bei Komplementärgütern verbunden. Daraufhin verschieben sich die relativen Güterpreise zu Gunsten der stärker nachgefragten unbesteuerten und zu Lasten der weniger nachgefragten besteuerten Güter und Komplementärgüter. Dadurch verteilt sich ein Teil der Steuertraglast von den Käufern der besteuerten Güter und der Komplementärgüter auf die Käufer der nicht-besteuerten Güter. Außerdem sinken die Nettogewinne der Anbieter der besteuerten Güter und der Komplementärgüter.³⁵⁷

Im Folgenden wird in den Unterabschnitten (1) und (2) die materielle Inzidenz einer Erhöhung der deutschen Mineralöl- und Tabaksteuer empirisch untersucht. Auf eine gesonderte materielle Inzidenzanalyse der deutschen Versicherungsteuer wird verzichtet, da hierzu leider noch keine empirischen Studien existieren. Im Unterabschnitt (3) werden schließlich die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der Erhöhungen der Mineralöl-, Tabak- und Versicherungsteuer seit der deutschen Vereinigung abschließend eingeschätzt.

(1) Materielle Inzidenzanalyse einer Erhöhung der deutschen Mineralölsteuer

Bei einer Erhöhung der Mineralölsteuer können die Nachfrager die voll steuerpflichtigen Mineralölerzeugnisse im Rahmen von *Steuervermeidungsaktivitäten* durch unbesteuerte oder steuerermäßigte Ersatzgüter ersetzen (z.B. Dieselmotoren für Benzinmotoren oder Kohle für Heizöl) oder auf kraftstoffsparende Fahrzeuge oder verbrauchssparende Heizöfen ausweichen. Dagegen sind die Möglichkeiten zum zeitliche Vorziehen von Mineralölkäufen aufgrund begrenzter Kapazitätsreserven und zu einer räumlichen Substitution aufgrund von Raum-

³⁵⁶ Vgl. Kitterer, W. (1978), S. 264 und Homburg, S. (1997), S. 107 ff, 115 f. und S. 125.

³⁵⁷ Vgl. Zimmermann, H./Henke, K.-D. (1994), S. 222 ff, 228 f. und S. 241 f.

überwindungskosten eher begrenzt.³⁵⁸ Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass die Nachfrager die sachlichen Substitutionsmöglichkeiten per se ausnutzen, da ihre persönlichen Lebensumstände einer Verminderung des Mineralölverbrauchs entgegenstehen können oder ein geringerer Mineralölverbrauch nicht ihren Präferenzen entsprechen muss.³⁵⁹

Nach empirischen Studien von Kampmann (1996) und Müller u.a. (1997) verteilen sich die Fähigkeit und die Bereitschaft der Steuerpflichtigen zur Nutzung der sachlichen Substitutionsmöglichkeiten innerhalb der Gruppe der PKW-Besitzer ungleich zu Gunsten der Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich. Da sie also als Reaktion auf die Erhöhung der Mineralölsteuer ihren Kraftstoffverbrauch in Relation zu ihrem bisherigen Kraftstoffverbrauch stärker reduzieren als die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich, senken sie ihre absolute Mineralölsteuerbelastung in Relation zu ihrer bisherigen absoluten Mineralölsteuerbelastung absolut stärker. Daraufhin sinkt die relative Mineralölsteuerbelastung des Haushaltsnettoeinkommens im unteren Nettoeinkommensbereich stärker als im oberen Nettoeinkommensbereich. Daraus resultiert im Vergleich zum formalen Inzidenzerggebnis eine weniger starke regressive Belastungswirkung in Bezug auf das Haushaltsnettoeinkommen und damit eine Abschwächung der formal abgeleiteten einkommensdifferenzierenden Wirkung.³⁶⁰

In mikroökonomischer Hinsicht hängt die Reaktion der *realen Nachfrage nach Mineralölerzeugnissen* auf eine steuerinduzierte Erhöhung des Mineralölpreises und damit der Vorwälzungsgrad der Mineralölsteuermehrlast auf die Nachfrager entscheidend von der negativen Preiselastizität der Nachfrage nach Mineralölerzeugnissen ab. Demnach induziert eine Erhöhung der Mineralölsteuer direkt über den negativen Preiseffekt einen Rückgang der realen Nachfrage nach Mineralölerzeugnissen. Dabei fällt der steuerinduzierte Rückgang der realen Ausgaben der privaten Haushalte und Unternehmen für Mineralölerzeugnisse umso höher und damit der Vorwälzungsgrad der erhöhten Mineralölsteuer auf die Nachfrager umso geringer aus, je höher dieser Elastizitätswert ist. Daher ist ein hoher Wert der Preiselastizität

³⁵⁸ Vgl. Kampmann, C. (1995), S. 36 ff. und Müller, K. u.a. (1997), S. 118 ff.

³⁵⁹ Vgl. Kampmann, C./Wagner, G. (1996), S. 189 ff. und S. 197: So hängt die Fähigkeit und die Bereitschaft eines Arbeitnehmers zu einer Verminderung seiner Kraftstoffausgaben entscheidend von seinem Nettoeinkommen, Beruf, Alter und ökologischen Bewusstsein, von der Verkehrsverbindung, von der Qualität des öffentlichen Verkehrsnetzes, von den Unterhaltskosten für den PKW und von der örtlichen Lage der Wohnsitz- und Arbeitsplatzgemeinde ab.

³⁶⁰ Vgl. Müller, K. u.a. (1997), S. 121 ff. und Kampmann, C./Wagner, G. (1996), S. 189 ff.

der Nachfrage nach Mineralölzeugnissen grundsätzlich ein Indiz für eine relativ hohe Steuertraglast der Anbieter und eine relativ geringe Steuertraglast der Nachfrager.³⁶¹

Nach empirischen Berechnungen von Wenke (1994), Kampmann (1995) und Müller u.a. (1997) erreicht die Preiselastizität der Nachfrage nach Kraftstoffen im Haushalts- und Unternehmenssektor deutlich geringere Werte als die Einkommenselastizität der Kraftstoffnachfrage im Haushaltssektor mit einer Größenordnung zwischen 0,49 und 0,73. Dabei ist die Nachfrage nach Heizöl nicht wesentlich preiselastischer als die Nachfrage nach Kraftstoffen. Die Schätzwerte für die Preiselastizität der Kraftstoffnachfrage im Haushaltssektor liegen in der Größenordnung zwischen -0,14 und -0,3. Für den Unternehmenssektor konnten die Autoren keinen signifikanten Einfluss des Kraftstoffpreises auf die Kraftstoffnachfrage nachweisen. Diese Schätzergebnisse deuten zunächst einmal darauf hin, dass die reale Nachfrage nach Mineralölzeugnissen im Falle einer steuerinduzierten Erhöhung der Mineralölpreise nicht nennenswert zurückgeht.³⁶²

Bei dieser Einschätzung muss jedoch beachtet werden, dass eine materielle Inzidenzanalyse einer erhöhten Mineralölsteuer auf der Grundlage einer für alle Nachfrager identischen und einer zeitinvarianten Preiselastizität der Kraftstoffnachfrage nur bedingt aussagekräftig ist, da die Preiselastizität der Kraftstoffnachfrage mit dem spezifischen Fahrzweck, mit der Länge der Anpassungsperiode, mit der Entwicklungsrichtung des Kraftstoffpreises, mit der Haushaltsgröße, mit dem Haushaltsnettoeinkommen und mit der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes variiert.³⁶³ Nach den empirischen Studien hält ein Haushalt seine Kraftstoffnachfrage bei einer steuerinduzierten Kraftstoffpreiserhöhung umso eher aufrecht, je höher sein Nettoeinkommen ist. Demnach vermindern die relativ preiselastischen Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich ihre Kraftstoffnachfrage in Relation zu ihrer bisherigen Kraftstoffnachfrage und damit ihre absolute Mineralölsteuerbelastung in Relation zu ihrer bisherigen absoluten Mineralölsteuerbelastung stärker als die preisunelastischen Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich. Daraus resultiert im Vergleich zum formalen Inzidenzergbnis eine weniger starke regressive Belastungswirkung in Bezug auf das Haushaltsnettoeinkommen und damit eine Abschwächung der formal abgeleiteten einkommensdifferenzierenden

³⁶¹ Vgl. Müller, K. u.a. (1997), S. 114 f, 119 und S. 122 f. und Homburg, S. (1997), S. 109 ff. Die Preiselastizität der Nachfrage gibt die prozentuale Reaktion der Nachfrage bei einer 1%igen Veränderung des Mineralölpreises an.

³⁶² Vgl. Wenke, M. (1994), S. 44 ff. und S. 50; Kampmann, C. (1995), S. 36; Müller, K. u.a. (1997), S. 119 ff. und S. 122 f.

³⁶³ Vgl. Müller, K. u.a. (1997), S. 119 ff. und S. 122 f.

Wirkung, da der Rückgang der relativen Mineralölsteuerbelastung des Haushaltsnettoeinkommens mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen stetig zurückgeht.³⁶⁴

Des weiteren zeigen die empirischen Studien, dass die Preiselastizität der Kraftstoffnachfrage mittel- und langfristig mit einer Größenordnung von $-0,2$ bis $-0,9$ deutlich höher liegt als in kurzfristiger Hinsicht, weil die Nachfrager mittel- und langfristig bessere Möglichkeiten zu einer Reduktion der Kraftstoffausgaben besitzen (z.B. durch eine Verminderung der gefahrenen Kilometer zwischen Wohnort und Arbeitsplatz), und weil die höheren Kraftstoffpreise die Automobilindustrie zur Entwicklung kraftstoffsparender Motoren bewegen. Daraus folgt, dass die private Nachfrage nach Mineralölerzeugnissen im Zuge einer steuerinduzierten Erhöhung des Mineralölpreises kurzfristig weniger stark sinkt als mittel- und langfristig. Deshalb fällt der Vorwälzungsgrad einer Mineralölsteuererhöhung auf die Nachfrager in kurzfristiger Hinsicht höher aus als in mittel- und langfristiger Hinsicht.³⁶⁵

Insgesamt betrachtet ist also die in der formalen Inzidenzanalyse unterstellte These einer vollständigen Vorwälzung der Steuermehrlast auf die Nachfrager nicht haltbar, da die Anbieter auch in kurzfristiger Hinsicht einen gewissen steuerinduzierten Rückgang der abgesetzten Gütermenge hinnehmen und damit einen Teil der Mineralölsteuermehrlast selbst tragen müssen. In mittel- und langfristiger Hinsicht fällt ihre Mineralölsteuertraglast noch höher aus. Deshalb streben die Anbieter bereits kurzfristig eine Rückwälzung ihrer nicht-vorgewälzten Steuermehrlast auf ihre Beschäftigten (über niedrigere Bruttoarbeitsentgelte), auf ihre Lieferanten (über niedrigere Vorleistungspreise) und/oder auf die Betriebsmittelhersteller (über niedrigere Betriebsmittelpreise) an. Außerdem können sie ihre Steuertraglast durch „passive Anpassungsreaktionen“ auf Kosten ihrer Beschäftigten oder auf Kosten anderer privater Wirtschaftssubjekte versuchen zu verringern (z.B. durch einen Abbau von Produktionskapazitäten oder durch eine Verminderung der Investitionen).

(2) Materielle Inzidenzanalyse einer Erhöhung der deutschen Tabaksteuer

Bei der Erhöhung der Tabaksteuer können die Nachfrager nach Tabakwaren ihre steuerpflichtigen Tabakausgaben und ihre absolute Tabaksteuerbelastung durch zeitliche Substitutionsaktivitäten (z.B. das Vorziehen geplanter Käufe von Tabakwaren), durch räumliche Substitutionsaktivitäten (z.B. den Kauf der Tabakwaren im Ausland) oder durch sachliche Substitutionsaktivitäten (z.B. die Substitution von Zigaretten durch selbstgedrehte Zigaretten aus

³⁶⁴ Vgl. Müller, K. u.a. (1997), S. 120 ff. und Dennerlein, R. (1982b), S. 77 ff. und S. 79.

³⁶⁵ Vgl. Müller, K. u.a. (1997), S. 120 ff.

Feinschnitt) verringern.³⁶⁶ Des weiteren besteht die Möglichkeit zu einer Verminderung der realen Konsumausgaben für Tabakwaren. In mikroökonomischer Hinsicht hängt die Reaktion der realen Nachfrage nach Tabakwaren auf die steuerinduzierte Erhöhung des Tabakpreises ebenfalls von der negativen Preiselastizität der Nachfrage ab. Eine Erhöhung der Tabaksteuer induziert also über den negativen Preiseffekt einen Rückgang der realen Tabakausgaben. Da der Vorwälzungsgrad der Tabaksteuer auf die Konsumenten aber eindeutig negativ mit der Preiselastizität der Nachfrage variiert, signalisiert ein hoher Elastizitätswert³⁶⁷ eine hohe Steuertraglast der Anbieter und eine geringe Steuertraglast der Konsumenten.

Nach einer empirischen Studie von Körner (1996) über die Höhe der Preis-Absatz-Elastizität von Zigaretten korrespondieren die steuerinduzierten Erhöhungen des Durchschnittspreises von Zigaretten in Deutschland seit den 60er Jahren mit einem Anstieg der Preis-Absatz-Elastizität von Zigaretten. Diese misst die Reaktion des Tabakabsatzes auf eine 1%ige steuerinduzierte Erhöhung des Tabakpreises durch den Staat oder durch die anbietenden Unternehmen. Dazu wird die Veränderungsrate des Tabakabsatzes im Jahr nach der Steuererhöhung im Vergleich zum Jahr vor der Steuererhöhung berechnet und zu der Veränderungsrate des Tabakpreises zwischen den beiden Jahren in Beziehung gesetzt. Da eine Erhöhung des Tabakpreises mit einem Rückgang der abgesetzten Gütermenge verbunden ist, wenn die Konsumenten ein normales Nachfrageverhalten zeigen, ist die Preis-Absatz-Elastizität negativ. Nach den Berechnungen von Körner stieg seit den 60er Jahren der Durchschnittspreis von Zigaretten um ca. 7% und die Preis-Absatz-Elastizität der Zigaretten von -1,29 auf einen Wert von -1,53 an. Dementsprechend resultierte aus einem 1%igen Anstieg des Durchschnittspreises von Zigaretten ein 1,53%iger Rückgang des Zigarettenabsatzes. Dies ergibt einen Rückgang des Zigarettenabsatzes um ca. 11%.³⁶⁸

Insgesamt deutet die empirische Studie von Körner darauf hin, dass die private Nachfrage nach Tabakwaren im Zuge einer steuerinduzierten Erhöhung des Tabakpreises zumindest kurzfristig durchaus nennenswert zurückgeht, da die Tabaknachfrage kurzfristig durchaus negativ preiselastisch ist. Daher ist die in der formalen Inzidenzanalyse unterstellte These einer vollständigen Vorwälzung der Tabaksteuermehrlast der Anbieter auf die Konsumenten zumindest in kurzfristiger Hinsicht nicht haltbar. Die anbietenden Unternehmen müssen also

³⁶⁶ Vgl. Zimmermann, W.J. (1987), S. 66 und Körner, J. (1996), S. 30 ff.

³⁶⁷ Vgl. Zimmermann, W.J. (1987), S. 72 ff. und Homburg, S. (1997), S. 108 ff: Die Preiselastizität der Tabaknachfrage gibt die prozentuale Veränderung der Tabaknachfrage bei einer 1%igen Veränderung des Tabakpreises an.

³⁶⁸ Vgl. Körner, J. (1996), S. 32 ff.

vorübergehend einen Teil der Tabaksteuerlast selbst tragen. Es ist allerdings zu erwarten, dass sich der steuerinduzierte Anstieg der Preiselastizität der Nachfrage mit zunehmender Entfernung vom Zeitpunkt der Tabaksteuererhöhung wieder zurückbildet, weil die Verbraucher nach einer gewissen Anpassungsperiode wieder zu ihren „alten Verbrauchsgewohnheiten“ zurückkehren. Daraufhin lässt der steuerinduzierte Rückgang der abgesetzten Gütermenge im Zeitablauf ebenfalls wieder nach, so dass der Vorwälzungsgrad auf die Konsumenten im Zeitablauf wieder ansteigt.

(3) Gesamteinschätzung der materiellen Inzidenz der Erhöhungen der deutschen Mineralöl-, Versicherung- und Tabaksteuer seit der deutschen Vereinigung

Insgesamt betrachtet zeigt die theoretische und empirische Inzidenzanalyse in Unterabschnitt (1) und (2), dass die Verteilung der Steuertraglast zwischen den anbietenden Unternehmen und den Nachfragern, zwischen Konsumenten aus unterschiedlichen Nettoeinkommensklassen und zwischen den Unternehmen und Arbeitnehmern entscheidend von den Steuervermeidungsaktivitäten der Nachfrager und von den mikro- und makroökonomischen Überwälzungsbedingungen für die Anbieter auf den Güter- und Faktormärkten abhängt.

In der formalen Inzidenzanalyse in Abschnitt 7.3.2.1 wurden die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der höheren Mineralöl-, Versicherung- und Tabaksteuer aber unter der Prämisse einer vollständigen Vorwälzung der Steuermehrlast auf die Nachfrager abgeleitet. Deshalb ist es nach den Daten der Tabellen 20 bis 23 plausibel anzunehmen, dass der steuerinduzierte Rückgang der realen Nachfrage nach den besteuerten Gütern (als Folge von Steuervermeidungsaktivitäten der Konsumenten und/oder einer unvollständigen Vorwälzung der Steuermehrlast der Anbieter der besteuerten Güter auf die Güterpreise) in materieller Hinsicht die formal regressive Belastungswirkung der Mineralöl- und Tabaksteuer abschwächte und die proportionale Belastungswirkung der Versicherungsteuer in einer progressiven Belastungswirkung umwandelte. Dabei wirkten die steuerinduzierten Anpassungsreaktionen der Nachfrager gegenüber dem formalen Inzidenzergebnis vermutlich umso stärker einkommensnivellierend, je weniger die Anbieter der besteuerten Güter ihre Steuermehrlast auf die Konsumenten verlagern konnten.

Nach den Daten der Tabellen 20 bis 23 belastete die Steuertraglast der Anbieter aus der erhöhten Mineralöl-, Tabak- und Versicherungsteuer auf indirektem Wege überdurchschnittlich die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich und lediglich unterdurchschnittlich die Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich. Dahinter steht wiederum die ungleiche Verteilung der Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen zu Gunsten des oberen Nettoeinkommensbereichs. Außerdem begünstigte die im Vergleich zum formalen Inzidenzergebnis geringere Steuertraglast der Konsumenten von Mineralölerzeugnissen die Haushalte aus

dem mittleren Nettoeinkommensbereich, bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen, am stärksten, weil die relative Belastung des Haushaltsnettoeinkommens mit Mineralölsteuer bei diesen Haushalten am stärksten zurückgeht. Dagegen begünstigte die im Vergleich zum formalen Inzidenzerggebnis geringere Steuertraglast der Konsumenten von Tabakwaren die Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich, bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen, stärker als die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich, weil der Rückgang der relativen Belastung des Haushaltsnettoeinkommens mit Tabaksteuer mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen stetig sinkt. Schließlich begünstigte die im Vergleich zum formalen Inzidenzerggebnis geringere Steuertraglast der Nachfrager nach Privatversicherungen die Haushalte aller Nettoeinkommensklassen, bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen, gleich stark, da der Rückgang der relativen Belastung des Haushaltsnettoeinkommens mit Versicherungssteuer im gesamten Nettoeinkommensbereich absolut gleich hoch ist.

Es ist allerdings zu erwarten, dass die Anbieter der besteuerten Güter ihre nicht-vorgewälzte Steuerbelastung aus der erhöhten Mineralöl-, Tabak- und Versicherungssteuer durch erfolgreiche Rückwälzungsaktivitäten und/oder durch „passive Anpassungsreaktionen“ auf die Arbeitnehmer zumindest partiell verlagerten. In diesem Fall wirkten die steuerinduzierten Anpassungsreaktionen der Nachfrager auf eine höhere Mineralöl-, Tabak- und Versicherungssteuer vermutlich weniger stark einkommensnivellierend als oben dargestellt. Dadurch wurden nämlich die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich gegenüber den Haushalten im unteren Nettoeinkommensbereich auf indirektem Wege überdurchschnittlich begünstigt und die Arbeitnehmerhaushalte im mittleren Nettoeinkommensbereich überdurchschnittlich belastet. Daraus resultierte per Saldo vermutlich eine einkommensdifferenzierende Wirkung, da die indirekt begünstigten Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen sehr viel stärker den oberen Nettoeinkommensklassen angehören als die belasteten Arbeitnehmer.

7.4 Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus der vereinigungsbedingten Verschuldung der öffentlichen Nettofinanztransferträger

Dieses Kapitel analysiert die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung im alten Bundesgebiet. In Abschnitt 7.4.1 wird zunächst ein Überblick über die drei wichtigsten theoretischen Ansätze zur personellen Inzidenz der öffentlichen Verschuldung gegeben. Er bildet den Ausgangspunkt für die Analyse der personellen Inzidenz der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung in Abschnitt 7.4.2 und ihre abschließende Gesamteinschätzung in Abschnitt 7.4.3.

7.4.1 Überblick über die theoretischen Ansätze zur personellen Inzidenz der öffentlichen Verschuldung

Bei der wissenschaftlichen Diskussion um die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen Verschuldung ist der sogenannte „Transferansatz“ der Ausgangspunkt für die personelle Inzidenzanalyse der öffentlichen Verschuldung. Er untersucht die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen Verschuldung im Rahmen einer spezifischen Inzidenzanalyse. Darauf aufbauend haben N. Andel und O. Gandenberger die Prämissen, Methodik und Thesen des Transferansatzes kritisch betrachtet und eigene Inzidenzansätze entwickelt. Beide Ansätze vergleichen im Rahmen einer differentiellen Inzidenzanalyse die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen einer fiktiven Steuerfinanzierung mit denen der Kreditfinanzierung.³⁶⁹ In der folgenden Analyse werden der Transferansatz und der Ansatz von Gandenberger genauer dargestellt. In beiden Ansätzen wird von einer steuerfinanzierten Finanzierung der staatlichen Tilgungs- und Zinsausgaben und von einer unendlichen Laufzeit der Staatsschuld ausgegangen. Deshalb verzichten sie auf eine Analyse der personellen Inzidenz der „Schuldentilgungssteuer“. Schließlich gehen beide Ansätze gemeinsam von Vollbeschäftigung und von Preisniveaustabilität aus. Damit klammern sie alle verteilungsrelevanten Einkommens-, Beschäftigungs- und Preisniveaueffekte der staatlichen Kreditmittelverwendung aus der Analyse vollständig aus.³⁷⁰

(1) Transferansatz

Nach dem „Transferansatz“ verstärkt eine zusätzliche öffentliche Verschuldung über die Laufzeit der Staatsschuldtitel hinweg die bestehende Ungleichheit in der personellen Netto-

³⁶⁹ Vgl. Weltring, S. (1997), S. 225 f. und Zwiener, R. (1997), S. 163 f.

³⁷⁰ Vgl. Weltring, S. (1997), S. 226 ff. und Gandenberger, O. (1970), S. 2 ff.

einkommensverteilung. Dahinter steht die These, dass die neu ausgegebenen Staatsschuld-papiere überdurchschnittlich von privaten Haushalten mit einem hohen Nettoeinkommen erworben werden, so dass diese von den staatlichen Zinszahlungen absolut stärker profitieren als die privaten Haushalte mit einem niedrigen Nettoeinkommen. Daraus ergibt sich eine einkommensdifferenzierende Wirkung.³⁷¹ Bei der Analyse wird implizit unterstellt, dass die staatlichen Zinszahlungen in vollem Umfang Zinsmehreinkommen der Staatsschuldgläubiger darstellen und damit kausal auf die öffentliche Verschuldung zurückzuführen sind. Die Erhebung der „Zinszahlungssteuer“ wirkt zwar entgegengesetzt dazu einkommensnivellierend, wenn es sich um eine Steuer mit einer progressiven Belastungswirkung handelt. Insgesamt ergibt sich aber ein einkommensdifferenzierender Effekt, weil die einkommensdifferenzierende Wirkung der staatlichen Zinszahlungen die potentielle einkommensnivellierende Wirkung der Zinszahlungssteuer dominiert.³⁷² Demnach verfügen die Haushalte mit einem niedrigen Nettoeinkommen per Saldo über ein niedrigeres Nettoeinkommen als in einer fiktiven Situation ohne die öffentliche Verschuldung, während sich die relative Nettoeinkommensposition der Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen gegenüber dieser fiktiven Situation per Saldo verbessert. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Gruppe der betroffenen Steuerzahler größer ist als die Gruppe der Staatsschuldgläubiger, weil auch die Gruppe der Nicht-Staatsschuldgläubiger aus dem unteren Nettoeinkommensbereich einen Beitrag zur Finanzierung der staatlichen Zinszahlungen leisten muss. Dieser „Nettoeinkommenstransfer“ von Steuerzahlern aus dem unteren Nettoeinkommensbereich an die Staatsschuldgläubiger aus dem oberen Nettoeinkommensbereich wirkt insgesamt einkommensdifferenzierend.³⁷³

(2) Ansatz von Gandenberger

Beim Ansatz von Gandenberger wird die personelle Inzidenz der öffentlichen Verschuldung unter der Prämisse einer verteilungsneutralen Schuldenvermeidungs- und Zinszahlungssteuer analysiert. Er vertritt die Auffassung, dass die Zinseinkommen der Staatsschuldgläubiger nicht kausal auf die öffentliche Kreditaufnahme zurückgeführt werden können und damit keine Zinsmehreinkommen darstellen, da die privaten Haushalte unabhängig vom staatlichen Verschuldungsverhalten Ersparnisse bilden und diese auch ohne die Emission staatlicher Schuldtitel ertragbringend anlegen. Dadurch können sie Zinseinkommen aus privaten Zinszahlungen erzielen. Daher gehe von der öffentlichen Verschuldung kein direkter Einfluss

³⁷¹ Vgl. Gandenberger, O. (1980), S. 493 f. und You, J.I./Dutt, A.K. (1996), S. 336 f.

³⁷² Vgl. Hellner, U. (1996), S. 166 f. und Dieckheuer, G. (1979), S. 2 f.

³⁷³ Vgl. Michl, T.R. (1991), S. 360 ff. und Gandenberger, O. (1970), S. 5 f.

auf die personelle Nettoeinkommensverteilung aus. Es sei auf die mit einem steigenden Nettoeinkommen steigende Sparquote der privaten Haushalte zurückzuführen, dass die Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen überdurchschnittlich Staatsschuldtitel besitzen.³⁷⁴

Dennoch stellt Gandenberger die These auf, dass die interpersonelle Verteilung der staatlichen Zinszahlungen an die Staatsschuldgläubiger indirekt doch relevant für die personelle Inzidenz der öffentlichen Verschuldung sei, da die staatlichen Zinszahlungen partiell doch Zinsmehreinkommen darstellen würden und über funktionelle Einkommensverteilungswirkungen mittelbar die personelle Nettoeinkommensverteilung beeinflussen können. Dazu analysiert er in einem neoklassischen Kapitalmarktmodell den Zinssatzeffekt und den Mengeneffekt der öffentlichen Verschuldung im Vergleich zur Steuerfinanzierung.³⁷⁵

In diesem Modell determinieren in jeder Periode die zinsabhängigen Kapitalangebots- und Kapitalnachfrageströme den Kapitalmarktzinssatz. In einer geschlossenen Volkswirtschaft setzt sich die gesamtwirtschaftliche Kapitalnachfrage aus der Kapitalnachfrage der Unternehmen zur Finanzierung von Investitionen, der Kapitalnachfrage der privaten Haushalte für Konsum- und Baukredite und der staatlichen Kapitalnachfrage zusammen. Das gesamtwirtschaftliche Kapitalangebot wird durch die angebotenen Ersparnisse der privaten Haushalte und durch Veränderungen der privaten Kassenhaltung, der Giralgeldmenge und der Zentralbankgeldmenge bestimmt.³⁷⁶ In einer offenen Volkswirtschaft ist der Nettokapitalimport aus dem Ausland eine weitere Komponente des Kapitalangebotes im Inland. Dieser Fall wird von Gandenberger aber nicht betrachtet. Des weiteren unterstellt Gandenberger eine konstante angebotene Zentralbankgeldmenge und eine vom Kapitalmarktzinssatz, von der funktionellen Einkommensverteilung und vom Vermögen unabhängige Ersparnis.³⁷⁷

Im neoklassischen Kapitalmarktmodell generiert eine zusätzliche staatliche Kapitalnachfrage unter der Prämisse eines konstanten Kapitalmarktzinssatzes und eines gegebenen privaten Kapitalangebotes einen Nachfrageüberschuss in gleicher Höhe. Daraus resultiert ein Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes, da die privaten Kapitalanbieter die Staatsschuldtitel nur dann erwerben, wenn die Wertpapierrendite steigt. Dieser Zinsanstieg verdrängt zinselastische private Kapitalnachfrage und ist umso stärker, je zinsunelastischer das private Kapitalange-

³⁷⁴ Vgl. Gandenberger, O. (1970), S. 9 f. und Weltring, S. (1997), S. 226 f. und S. 229 ff.

³⁷⁵ Vgl. Hellner, U. (1996), S. 170 f. und Gandenberger, O. (1980), S. 494 f.

³⁷⁶ Vgl. Filc, W. (1992), S. 27 ff. und Stalder, I. (1997), S. 45.

³⁷⁷ Vgl. Gandenberger, O. (1970), S. 4 und S. 11 und Gandenberger, O. (1980), S. 484.

bot und die private Kapitalnachfrage sind.³⁷⁸ Bei einem partiellen crowding-out-Effekt verbleibt ein Anstieg des umgesetzten Kreditvolumens. Die Verdrängung ist umso stärker, je zinsunelastischer das private Kapitalangebot ist und je zinselastischer die private Kapitalnachfrage ist. Beim totalen crowding-out-Effekt sinkt die private realisierte Kreditmenge in Höhe der staatlichen Kapitalnachfrage, so dass das Kreditvolumen konstant bleibt. In einer geschlossenen Volkswirtschaft mit Vollbeschäftigung ist ein starker crowding-out-Effekt plausibel, da das gesamtwirtschaftliche Kapitalangebot hier sehr zinsunelastisch ist.³⁷⁹

Im Rahmen einer Differentialinzidenzanalyse vergleicht Gandenberger nun noch den Zinssatz- und Kreditmengeneffekt einer Kreditfinanzierung mit dem Zinssatz- und Kreditmengeneffekt einer fiktiven Steuerfinanzierung gegebener Staatsausgaben. Er kommt zu dem Ergebnis, dass das private Kapitalangebot im Kreditfinanzierungsfall höher ausfällt als im Steuerfinanzierungsfall, da die steuerinduzierte Verminderung der Haushaltsnettoeinkommen einen Rückgang der einkommensabhängigen privaten Ersparnis und damit des privaten Kapitalangebotes induziert. Dagegen können die privaten Haushalte im Kreditfinanzierungsfall aus einem unveränderten Nettoeinkommen gemäß der marginalen Sparquote vergleichsweise höhere Ersparnisse bilden und auf dem Kapitalmarkt anbieten. Daher wird bei einer Kreditfinanzierung ein steuerinduzierter Rückgang des umgesetzten Kreditvolumens vermieden. Er tritt also ein „differentieller positiver Kreditmengeneffekt“ auf. Deshalb verdrängt eine Kreditfinanzierung die private realisierte Kreditmenge selbst unter der Prämisse von Vollbeschäftigung nicht um den vollen Betrag der staatlichen Kapitalnachfrage.³⁸⁰

Des weiteren resultiert aus der Kreditfinanzierung noch ein „differentieller positiver Zinssatzeffekt“ gegenüber der Steuerfinanzierung. Es ist zwar nicht auszuschließen, dass die privaten Anleger mit ihrem angebotenen Kapital auch im Steuerfinanzierungsfall eine höhere Rendite erzielen können, wenn der steuerinduzierte Rückgang des privaten Kapitalangebotes stärker zinssteigernd wirkt als der steuerinduzierte Rückgang der privaten Kapitalnachfrage zinssenkend wirkt. Allerdings ist dieser steuerinduzierte Zinssatzeffekt auf jeden Fall schwächer als der schuldeninduzierte Zinssatzeffekt, da die Überschussnachfrage nach Kapital im Steuerfinanzierungsfall geringer ausfällt im Kreditfinanzierungsfall. Dies erklärt sich

³⁷⁸ Vgl. Filc, W. (1992), S. 46 f.

³⁷⁹ Vgl. Weltring, S. (1997), S. 159 ff. und S. 230 und Stalder, I. (1997), S. 45 ff.

³⁸⁰ Vgl. Gandenberger, O. (1970), S. 10 ff.

dadurch, dass die privaten Haushalte als Reaktion auf den steuerinduzierten Rückgang ihres Nettoeinkommens auch ihren laufenden Konsum reduzieren.³⁸¹

Beim Ansatz von Ganderberger determinieren der differentielle Kreditmengeneffekt und der differentielle Zinssatzeffekt der öffentlichen Verschuldung auf dem Kapitalmarkt zusammen die personelle Inzidenz der öffentlichen Verschuldung. Er zeigt zunächst, dass die staatlichen Zinszahlungen an die Staatsschuldgläubiger partiell „Zinsmehreinkommen“ darstellen, weil die Zinseinkommen der „Staatsschuldgläubiger“ aus privaten Zinszahlungen im Steuerfinanzierungsfall niedriger ausfallen als ihre Zinseinkommen aus staatlichen Zinszahlungen im Kreditfinanzierungsfall. Diese „differentiellen Zinsmehreinkommen“ sind zum einen auf den differentiellen Kreditmengeneffekt zurückzuführen, weil die „Staatsschuldgläubiger“ im Steuerfinanzierungsfall einen geringeren Geldbetrag in private Schuldtitel anlegen können als sie im Kreditfinanzierungsfall in Staatsschuldtitel anlegen können. Zum zweiten generiert der differentielle Zinssatzeffekt Zinsmehreinkommen der Staatsschuldgläubiger, weil sie im Steuerfinanzierungsfall für ihr Kapital keine vergleichbar hohe Rendite erzielt hätten.³⁸²

Darüber hinaus generieren der differentielle Kreditmengen- und Zinssatzeffekt zusammen auch noch Zinsmehreinkommen der sonstigen privaten Kapitalanbieter, da sie gegenüber dem Steuerfinanzierungsfall einen höheren Geldbetrag auf dem Kapitalmarkt ertragbringend anlegen und von ihren privaten Schuldnern einen höheren Nominalzinssatz fordern können. Dazu müssen sie zum Zeitpunkt des schuldeninduzierten Zinssatzanstiegs auf dem Kapitalmarkt tatsächlich zum Zuge kommen, d.h. sie müssen ihr Kapital in bereits ausgegebene Schuldtitel angelegt haben bzw. gerade in neu ausgegebene Schuldtitel anlegen. Außerdem müssen sie ihre höheren Nominalzinsforderungen gegenüber den aktuellen und potentiellen Kreditnehmern vertraglich durchsetzen. In diesem Fall stehen den zinsinduzierten Zinsmehreinkommen der privaten Kapitalanbieter allerdings zinsinduzierte Zinsmehrkosten der nicht vom Kapitalmarkt verdrängten privaten Kapitalnachfrager gegenüber.³⁸³

Insgesamt betrachtet kommt Ganderberger zu dem Ergebnis, dass die öffentliche Verschuldung über mengen- und zinsinduzierte „differentielle Zinsmehreinkommen“ der Staatsschuldgläubiger und sonstigen privaten Kapitalanbieter die funktionelle Einkommensverteilung zu Gunsten der Gewinneinkommensbezieher verschiebt. Daraus leitet Ganderberger eine mittelbare differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung ab,

³⁸¹ Vgl. Dieckheuer, G. (1979), S. 18 ff. und Ganderberger, O. (1970), S. 10 ff.

³⁸² Vgl. Hellner, U. (1996), S. 168 ff. und Ganderberger, O. (1979), S. 140 f.

³⁸³ Vgl. Ganderberger, O. (1970), S. 10, 12 und S. 14 und Dieckheuer, G. (1979), S. 4 f.

da die Bezieher der „differentiellen Zinsmehreinkommen“ überdurchschnittlich in den oberen Nettoeinkommensklassen vertreten sind. Dahinter steht die ungleiche Verteilung des privaten Bruttogeldvermögens (als Quelle privater Bruttozinseinkünfte) zu Gunsten der Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen.³⁸⁴ Letztendlich bestätigt Ganderberger also die These von den „unsozialen Verteilungswirkungen der öffentlichen Verschuldung“. Im Gegensatz zum Transferansatz ist die interpersonelle Verteilung der Staatsschuldtitel allein aber relativ belanglos für die personelle Inzidenz der öffentlichen Verschuldung. Diese hängt vielmehr davon ab, wie sich die Gesamtheit der Bezieher von „differentiellen Zinsmehreinkommen“ aus Staatsschuldtiteln und aus privaten Schuldtiteln und die Gesamtheit der privaten Kapitalnachfrager jeweils auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen verteilen.³⁸⁵

7.4.2 Analyse der personellen Inzidenz der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung im vereinten Deutschland

In diesem Abschnitt wird die personelle Inzidenz der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung analysiert. Dazu wird mittels statistischer Daten und Plausibilitätsüberlegungen untersucht, ob die Prämissen und die Thesen der beiden theoretischen Ansätze zur personellen Inzidenz der öffentlichen Verschuldung im vereinten Deutschland empirisch relevant waren, und ob die theoretischen Inzidenzansätze tatsächlich alle verteilungsrelevanten Wirkungen der öffentlichen Verschuldung berücksichtigen. In Abschnitt 7.4.2.1 wird der Frage nachgegangen, ob die vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung tatsächlich Zinsmehreinkommen, Zinsmehrkosten und ggf. sonstige finanzielle Lasten im westdeutschen privaten Sektor generierte. Anschließend untersucht der Abschnitt 7.4.2.2, welche Personengruppen von diesen Zinsmehreinkommen profitierten, welche Personengruppen durch die Zinsmehrkosten und sonstigen finanziellen Lasten belastet wurden, und wie sich diese Personengruppen auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen verteilen.

7.4.2.1 Zinsmehreinkommen, Zinsmehrkosten und sonstige finanzielle Lasten aus der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung im westdeutschen privaten Sektor

In diesem Abschnitt wird untersucht, ob die vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung, als Alternative zu weiteren diskretionären Steuererhöhungen, neben einer differentiellen Erhöhung der umgesetzten Kreditmenge auch einen differentiellen Anstieg des Zinssatzes am

³⁸⁴ Vgl. Ganderberger, O. (1980), S. 494 und Hellner, U. (1996), S. 170 f.

³⁸⁵ Vgl. Kurz, R. (1984), S. 220 f. und Ganderberger, O. (1970), S. 15.

deutschen Kapitalmarkt ausgelöst hat. Diese Analyse liefert Aufschluss darüber, ob die vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung neben differentiellen mengeninduzierten Zinsmehreinkommen zugleich auch differentielle zinsinduzierte Zinsmehreinkommen, Zinsmehrkosten und sonstige finanzielle Lasten im westdeutschen privaten Sektor generierte.

Bei der statistischen Erfassung der Zinseffekte der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung besteht das Problem, dass die vorliegenden empirischen Studien bisher noch keinen eindeutigen empirischen Nachweis für einen signifikant positiven Einfluss der öffentlichen Verschuldung auf den Kapitalmarktzinssatz erbrachten. Dieser Umstand ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der Kapitalmarktzinssatz durch zahlreiche ökonomische Variable und wirtschaftspolitische Maßnahmen simultan beeinflusst wird.³⁸⁶ Deshalb lässt sich die empirisch beobachtbare Entwicklung des Kapitalmarktzinssatzes weder qualitativ noch quantitativ eindeutig auf ihre einzelnen Determinanten aufschlüsseln. Daher gibt sie auch keinen verlässlichen Aufschluss über die Existenz und die Stärke einer schuldeninduzierten Angebotslücke und eines schuldeninduzierten Zinssatzanstiegs am Kapitalmarkt. Es besteht also weder in zeitlicher noch in quantitativer Hinsicht ein streng funktionaler positiver Zusammenhang zwischen der öffentlichen Verschuldung und dem Kapitalmarktzinssatz. So ist es z.B. denkbar, dass die öffentliche Verschuldung trotz eines empirisch beobachtbaren sinkenden Kapitalmarktzinssatzes ursächlich doch zinssteigernd gewirkt hat, wenn der Kapitalmarktzinssatz ohne die staatliche Kapitalnachfrage niedriger gewesen wäre.³⁸⁷ Zum zweiten sind die widersprüchlichen empirischen Untersuchungsergebnisse auch darauf zurückzuführen, dass die einzelnen Studien zum Teil unterschiedliche statistische Untersuchungsmethoden, unterschiedlich lange Untersuchungszeiträume sowie unterschiedliche Prämissen und Daten zu Grunde legen. Außerdem werden unterschiedliche Zinsdeterminanten berücksichtigt und unterschiedliche Variable analysiert (z.B. erwartete oder aktuelle Zinsen; kurzfristige oder langfristige Zinsen; ein konjunkturelles oder ein strukturelles Budgetdefizit).³⁸⁸

Angesichts dieser statistischen Erfassungsprobleme verzichtet die vorliegende Studie auf eine statistische Erfassung der Wirkungen der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschul-

³⁸⁶ Dazu zählen auch die tatsächliche und erwartete Inflationsrate, die Zinsstrukturserwartungen, das Zinsdifferential zum Ausland, der Grad der internationalen Kapitalmobilität, die Geldpolitik, das Volkseinkommen, die Ertragskraft des Realkapitals und die steuerliche Behandlung von Zinserträgen. Vgl. Feldstein, M./Eckstein, O. (1970), S. 363 ff. und Naggl, W. (1991), S. 278.

³⁸⁷ Vgl. Schlesinger, H. u.a. (1993), S. 162 und Duwendag, D. (1980), S. 68.

³⁸⁸ Vgl. z.B. Barth, J.R. u.a. (1991), S. 90 ff; Cebula, R. (1997), S. 36 ff; Krämer, J.W. (1996), S. 7 und S. 12; Ni, S. (1999), S. 1227 ff; Miller, S.M./Russek, F.S. (1991), S. 12 ff; Zimmermann, J.A. (1996), S. 63 ff; Gupta, K.L./Moazzami, (1996), S. 173 ff.

derung auf den deutschen Kapitalmarktzinssatz. Dafür wird anhand von Plausibilitätsüberlegungen der Frage nachgegangen, ob die vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung überhaupt einen Zinssatzanstieg auf dem deutschen Kapitalmarkt induzierte, wie stark dieser Zinssatzanstieg war, und wie lange er wirksam war. Dazu wird überprüft, ob die bei der neoklassischen Kapitalmarktanalyse von Ganderberger unterstellten makroökonomischen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und Determinanten für einen schuldeninduzierten Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes in Deutschland nach der deutschen Vereinigung tatsächlich empirisch relevant waren. Im neoklassischen Kapitalmarktmodell kommt ein Zinsanstieg unter folgenden Bedingungen zustande: (1) die staatliche Schuldenpolitik ist zinsrobust, (2) die öffentliche Kreditaufnahme erfolgt im inländischen privaten Sektor, (3) die öffentliche Kreditaufnahme erfolgt in einer günstigen konjunkturellen Situation bei einer restriktiv ausgerichteten Geldpolitik der Notenbank (ohne „Monetarisierung des Budgetdefizits“), (4) das private Kapitalangebot bleibt trotz öffentlicher Kreditaufnahme konstant, (5) das private Kapitalangebot ist zinsunelastisch, (6) die private Kapitalnachfrage ist zinsunelastisch.

Im Folgenden wird also die empirische Relevanz dieser sechs theoretischen Bedingungen für einen schuldeninduzierten Kapitalmarktzinsanstieg für das alte Bundesgebiet nach der deutschen Vereinigung konkret untersucht. Dadurch erhält man Aufschluss über die voraussichtliche Stärke und Dauer des vereinigungsbedingten schuldeninduzierten Zinsanstiegs am deutschen Kapitalmarkt. Im Falle eines Zinsanstiegs generierte die vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung nicht nur differentielle mengeninduzierte Zinsmehreinkommen der Staatsschuldgläubiger und sonstigen privaten Kapitalanbieter, sondern auch differentielle zinsinduzierte Zinsmehreinkommen aller privaten Kapitalanbieter und differentielle zinsinduzierte Zinsmehrkosten und sonstige finanzielle Lasten der privaten Kapitalnachfrager.

(1) Zinsrobustheit der staatlichen Schuldenpolitik

Im neoklassischen Kapitalmarktmodell fällt der schuldeninduzierte Zinssatzanstieg umso stärker aus, je zinsunelastischer die staatliche Kapitalnachfrage ist.³⁸⁹ In Deutschland war die staatliche Schuldenpolitik in der Vergangenheit sehr zinsrobust, da die Höhe der Zinskosten nicht das dominierende Kriterium bei der Entscheidung über die Höhe der jährlichen Nettokreditaufnahme war.³⁹⁰ Dies gilt auch für die finanzpolitischen Entscheidungen in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung, in denen die öffentlichen Haushalte die hohen Nettofinanztransfers relativ rasch nach Ostdeutschland leisten und durch Kredite finanzie-

³⁸⁹ Vgl. Ganderberger, O. (1980), S. 484.

³⁹⁰ Vgl. Hellner, U. (1996), S. 129.

ren mussten. Damals gab es also für eine Politik der Minimierung staatlicher Zinsausgaben keinen großen politischen Spielraum. Dies spricht für eine äußerst zinsunelastische vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung.³⁹¹ Es ist allerdings davon auszugehen, dass die geringe Zinselastizität der staatlichen Kapitalnachfrage seit Mitte der 90er Jahre zunahm, da der starke Anstieg der staatlichen Zinsausgaben für die kumulierte Verschuldung der Vorjahre den finanzpolitischen Handlungsspielraum von Jahr zu Jahr einschränkte.³⁹²

(2) Öffentliche Kreditaufnahme im inländischen privaten Sektor

Bei der neoklassischen Kapitalmarktanalyse von Gandenberger wurde das finanzielle crowding-out unter der Prämisse abgeleitet, dass die öffentliche Verschuldung über die Emission von Staatsschuldtiteln auf dem inländischen Wertpapiermarkt erfolgt, die ausschließlich von inländischen privaten Nichtbanken und Geschäftsbanken im Austausch gegen Zentralbankgeld erworben werden.³⁹³ In einer geschlossenen Volkswirtschaft verliert der private Sektor bei einer bondfinanzierten öffentlichen Verschuldung also Zentralbankgeld, da die Bondkäufer lediglich einen begrenzten Bestand an Zentralbankgeld zur Verfügung haben, wenn die Notenbank die Ausstattung des privaten Sektors mit Zentralbankgeld limitiert.³⁹⁴

In einer offenen Volkswirtschaft kann sich der Staat zusätzlich durch den Verkauf inländischer Staatsschuldtitel an ausländische Anleger oder durch ausländische Darlehen an inländische öffentliche Haushalte verschulden. Daraus resultieren Kapitalzuflüsse aus dem Ausland, die das Kapitalangebot im Inland vergrößern und einen Teil der zusätzlichen staatlichen Kapitalnachfrage absorbieren. Daher fällt der inländische Nachfrageüberschuss nach Kapital und damit auch der schuldeninduzierte Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes gegenüber dem Fall einer geschlossenen Volkswirtschaft deutlich geringer aus.³⁹⁵ Nach dieser „Kapitalimport-Hypothese“ löst ein schuldeninduzierter Kapitalmarktzinsanstieg also sofort Nettokapitalimporte aus, wenn die internationalen Kapitalströme zinselastisch sind und der Grad der internationalen Kapitalmobilität hoch ist.³⁹⁶

³⁹¹ Vgl. Weltring, S. (1997), S. 173 f.

³⁹² Vgl. Leis, G. (1994), S. 149 ff.

³⁹³ Vgl. Gandenberger, O. (1970), S. 4.

³⁹⁴ Vgl. Weltring, S. (1997), S. 122 ff. und Doch, K. (1991), S. 104.

³⁹⁵ Vgl. Penner, R. (1988), S. 45 f, 49 und S. 57 f. und Cezanne, W./Manning, W. (1994), S. 52.

³⁹⁶ Vgl. Zimmermann, J.A. (1996), S. 64 f. und Correia-Nunes, J./Stemitsiotis, L. (1995), S. 428 f.

Es stellt sich nun die Frage, ob die neoklassische Prämisse einer ausschließlich bondfinanzierten öffentlichen Verschuldung im Inland im vereinten Deutschland tatsächlich empirisch relevant war. Dies war nach den Daten der Tabelle 13 und 14 eindeutig nicht der Fall, weil die bondfinanzierte vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung im Ausland empirisch relevant und quantitativ bedeutend war. Im Jahr 1991 kehrte sich die deutsche Nettogläubigerposition gegenüber dem Ausland sogar in eine Nettoschuldnerposition um.³⁹⁷ Dementsprechend fiel die schuldeninduzierte Überschussnachfrage nach Kapital und der schuldeninduzierte Anstieg des deutschen Kapitalmarktzinssatzes in der Realität deutlich geringer aus, als im neoklassischen Kapitalmarktmodell unter der Prämisse einer geschlossenen Volkswirtschaft abgeleitet wurde. Als Folge der bondfinanzierten vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung kam es am deutschen Kapitalmarkt zu einer Überschussnachfrage nach Kapital. Diese löste einen Anstieg des Zinssatzes aus, der zusammen mit dem starken Anstieg der ostdeutschen Importnachfrage sofort hohe Nettokapitalimporte induzierte. Diese ausländischen Kapitalzuflüsse haben das Kapitalangebot im Inland vergrößert, einen Teil der zusätzlichen staatlichen Kapitalnachfrage absorbiert und den Kapitalmarktzinsanstieg geringer ausfallen lassen.³⁹⁸ Da Deutschland eine offene Volkswirtschaft mit einem international integrierten Kapitalmarkt ist und die deutschen Kapitalströme mit dem Ausland relativ zinselastisch sind, ist das gesamtwirtschaftliche Kapitalangebot in Deutschland – entgegen der neoklassischen Annahme – durchaus relativ zinselastisch.^{399 400}

(3) Öffentliche Kreditaufnahme in einer günstigen konjunkturellen Situation bei einer restriktiv ausgerichteten Geldpolitik der Notenbank

Im neoklassischen Kapitalmarktmodell von Ganderberger verschuldet sich der Staat in einer günstigen konjunkturellen Situation mit einem hohen Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und einer angespannten Liquiditätssituation auf dem inländi-

³⁹⁷ Vgl. Wenzel, H.-D. (1992), S. 345 f. und Deutsche Bundesbank (11/1996), S. 22.

³⁹⁸ Vgl. Leis, G. (1994), S. 132 ff. und Wenzel, H.-D. (1993), S. 115.

³⁹⁹ Vgl. Weltring, S. (1997), S. 35 und S. 230 f. und Boss, A./Lorz, O. (1995), S. 169.

⁴⁰⁰ In der Realität ist die Zinselastizität der internationalen Kapitalströme zwar relativ hoch aber keinesfalls unendlich, da Wechselkurs-, Inflations- und Insolvenzrisiken, Transaktionskosten, Kapitalverkehrsbeschränkungen, nationale Leistungsbilanzpolitiken und eine ausgeprägte Präferenz der Anleger für heimische Kapitalanlagen die internationale Mobilität des Kapitals einschränken. Vgl. Hellner, U. (1996), S. 74 f. und Gordon, R.H./Bovenberg, A.L. (1996), S. 1057 ff. sowie die Studien von Feldstein, M./Horioka, Ch. (1980), S. 314 ff; Feldstein, M. (1994), S. 679 ff; Kellermann, K./Schlag, C.-H. (1999), S. 99 ff; Deutsche Bundesbank (7/1997), S. 27 f.

schen Kapitalmarkt.⁴⁰¹ Diese Liquiditätsanspannung ist zum einen auf eine hohe zinsunelastische private Kapitalnachfrage für Sachinvestitionen zurückzuführen. Zum zweiten limitiert das zinsunelastische private Kapitalangebot eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlich realisierten Kreditmenge, da die Geschäftsbanken ihre primären Überschussreserven und ihre Refinanzierungsmöglichkeiten bereits weitgehend ausgeschöpft haben und sich weiteres Zentralbankgeld nur noch zu hohen Refinanzierungskosten beschaffen können.⁴⁰² Dies setzt voraus, dass die Notenbank stabilitätsorientiert eine restriktive Geldpolitik betreibt, d.h. als Reaktion auf den Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes die angebotene Zentralbankgeldmenge und damit die Ausstattung des privaten Sektors mit Zentralbankgeld nicht erhöht, d.h. keine akkomodierende Geldpolitik betreibt. Dadurch würde sie nämlich den Spielraum der Geschäftsbanken zu einer Ausweitung ihres Kapitalangebotes vergrößern und darüber die schuldeninduzierte Anspannung auf dem Kapitalmarkt verringern und den Kapitalmarktzinssatz auf einem niedrigeren Niveau stabilisieren.^{403 404} In dieser angespannten Liquiditätssituation auf dem Kapitalmarkt absorbiert das inländische private Kapitalangebot nur einen geringen Teil der zusätzlichen staatlichen Kapitalnachfrage. Daher ist eine Konkurrenzsituation zwischen privaten Kreditnachfragern und dem Staat, eine Überschussnachfrage nach Kapital und darüber ein Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes unvermeidlich.⁴⁰⁵

Im alten Bundesgebiet waren diese realwirtschaftlichen und monetären Bedingungen zwischen Mitte 1990 und Mitte 1992 weitgehend erfüllt. In diesem Zeitraum war die private Kapitalnachfrage der westdeutschen Unternehmen relativ hoch und relativ zinsunelastisch, da sich der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials während des konjunkturellen Aufschwungs in den 80er Jahren kontinuierlich seinem Normalniveau annähert hatte und die westdeutschen Unternehmen aufgrund der positiven Absatz- und Ertragserwartungen für die nächsten Quartale einen hohen Bedarf zur Erweiterung ihrer stark ausgelasteten Produktionskapazitäten durch Bau- und Ausrüstungsinvestitionen hatten. Es determinierten in erster Linie die günstigen Ertragserwartungen und weniger die hohen Kre-

⁴⁰¹ Vgl. Ganderberger, O. (1979), S. 139 ff.

⁴⁰² Vgl. Weltring, S. (1997), S. 160 f. und Hellner, U. (1996), S. 103 f.

⁴⁰³ Vgl. Solveen, R. (1996), S. 11 f. und S. 35 und Penner, R. (1988), S. 59.

⁴⁰⁴ Eine vollständige „Monetarisierung“ des Budgetdefizits kommt dann zustande, wenn das zusätzliche Kapitalangebot genau der staatlichen Kapitalnachfrage entspricht. In diesem Fall wird der schuldeninduzierte Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes genau kompensiert. Vgl. Elmendorf, D.W./Mankiv, N.G. (1998), S. 18 f. und Rajan, R.R./Asher, M.G. (1997), S. 68.

⁴⁰⁵ Vgl. Penner, R. (1988), S. 43 ff.

ditkosten die private Investitionsneigung. Des weiteren war die Zinselastizität des privaten Kapitalangebotes zwischen Mitte 1990 und Mitte 1992 relativ niedrig, da die privaten Haushalte während des konjunkturellen Vereinigungsbooms ihre Konsumausgaben zu Lasten ihrer vorsorgeorientierten Ersparnisse ausdehnten und die Deutsche Bundesbank die Ausstattung des privaten Sektors mit Zentralbankgeld durch eine restriktive Geldpolitik limitierte, also keine „aktive Monetarisierung des staatlichen Budgetdefizits“ betrieb. Es wurde bereits dargestellt, dass die Bundesbank ihren geldpolitischen Kurs bereits im Verlauf des Jahres 1989 restriktiv ausrichtete, da im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs erste nachfrage- und angebotsseitige inflatorische Impulse auftraten. Diesen Kurs behielt sie bis Ende 1992 bei.⁴⁰⁶ Allerdings wirkte der temporäre sprunghafte Anstieg der Geldmenge M3 unmittelbar nach der Währungsumstellung faktisch wie eine ungewollte „Monetarisierung“ der vereinigungsbedingten öffentlichen Nettokreditaufnahme.⁴⁰⁷ Diese Zielverfehlungen sind aber kein empirischer Beleg für eine akkomodierende Geldpolitik gegenüber der expansiven staatlichen Schuldenniveaupolitik in diesen Jahren. Es waren vielmehr von der Bundesbank nicht-beeinflussbare externe „Sonderfaktoren“ für diese übermäßige Geldmengenentwicklung verantwortlich. Außerdem bedeutet eine Überschreitung des jährlichen Geldmengenziels nicht notwendigerweise eine nicht-stabilitätsgerechte Entwicklung der Geldmenge.⁴⁰⁸ Insgesamt betrachtet sprechen also die realwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Westdeutschland zwischen Mitte 1990 und Mitte 1992 eindeutig für einen positiven Einfluss der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung auf den deutschen Kapitalmarktzinssatz. Dagegen waren die monetären Rahmenbedingungen für ein schuldeninduziertes finanzielles crowding-out am deutschen Kapitalmarkt trotz der restriktiven Geldpolitik unmittelbar nach der deutschen Vereinigung nur bedingt gegeben, weil die Geldmenge M3 unmittelbar nach der Währungsumstellung temporär nicht stabilitätsgerecht expandierte.

Demgegenüber waren die Bedingungen für ein finanzielles crowding-out am deutschen Kapitalmarkt zwischen Mitte 1992 und Ende 1995 aus realwirtschaftlicher Sicht und aus monetärer Sicht deutlich schlechter. Es gab vermutlich keinen signifikant positiven Einfluss der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung auf den deutschen Kapitalmarktzinssatz. In diesem Zeitraum war die Liquiditätssituation auf dem deutschen Kapitalmarkt nämlich wesentlich entspannter. Dahinter stand zum einen eine hohe Zinselastizität des privaten Kapitalangebotes. Diese war in erster Linie auf die Lockerung der restriktiven Geldpolitik der

⁴⁰⁶ Vgl. Willms, M. (1988), S. 113 f. und von Hagen, J. (1993), S. 805 ff.

⁴⁰⁷ Vgl. von Hagen, J. (1993), S. 806 ff. und S. 816 f. und Bofinger, P. (1997), S. 209 ff. und S. 217.

⁴⁰⁸ Vgl. Weltring, S. (1997), S. 139 ff. und S. 169 f. und Thieme, H.-J. (1994), S. 143 ff. und S. 151 f.

Bundesbank seit Ende 1992 zurückzuführen, weil eine deutliche konjunkturelle Abschwächung eintrat. Entsprechend konnte die Bundesbank die Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken bei der Beschaffung von Zentralbankgeld schrittweise senken und die Versorgung des privaten Sektors mit Zentralbankgeld ausweiten. Außerdem kompensieren die privaten Haushalte im konjunkturellen Abschwung den Rückgang ihrer einkommensabhängigen Ersparnisse i.d.R. durch höhere sicherheitsorientierte Ersparnisse. Zum zweiten verringerte die rückläufige Kapitalnachfrage der westdeutschen Unternehmen für Erweiterungsinvestitionen die Liquiditätsengpässe auf dem deutschen Kapitalmarkt. Angesichts der ungünstigen aktuellen Nachfragebedingungen, der unausgelasteten Produktionskapazitäten und der ungünstigen Absatz- und Ertragserwartungen für die nächsten Quartale hatten sie keinen (großen) Kapazitätserweiterungsbedarf. Dies dokumentierte sich in einer hohen Zinselastizität der privaten Kapitalnachfrage. Im konjunkturellen Abschwung legen die Unternehmen ohnehin ihre thesaurierten Nettogewinne eher in risikolose Finanzinvestitionen statt in risikoreiche Sachinvestitionen an.⁴⁰⁹ In einer ungünstigen konjunkturellen Situation, wie in Westdeutschland zwischen Mitte 1992 und Ende 1995, absorbiert der Staat durch seine zusätzliche Kapitalnachfrage lediglich das von den privaten Kapitalnachfragern nicht beanspruchte private Kapitalangebot. Deshalb bleibt der Kapitalmarktzinssatz unverändert.⁴¹⁰ Daraus folgt, dass die privaten Kapitalanbieter im alten Bundesgebiet zwischen Mitte 1992 und Ende 1995 keine zinsinduzierten Zinsmehreinkommen erzielten, sondern nur die Staatschuldgläubiger mengenbedingte Zinsmehreinkommen erzielten.

(4) Konstantes privates Kapitalangebot

Bei der Ableitung des finanziellen crowding-out im neoklassischen Kapitalmarktmodell wurde vernachlässigt, dass der zusätzlichen staatlichen Kapitalnachfrage trotz eines gegebenen Zentralbankgeldangebotes ein zusätzliches privates Kapitalangebot gegenübersteht, wenn die privaten Haushalte und Unternehmen als Reaktion auf die öffentliche Kreditaufnahme und/oder die staatliche Kreditmittelverwendung zusätzliche Ersparnisse bilden. Diese inländischen Kapitalzuflüsse dämpfen den schuldeninduzierten Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes ex-ante oder ex-post.⁴¹¹

⁴⁰⁹ Vgl. hierzu die Ausführungen und Literaturhinweise in Abschnitt 3.1.3 und Abschnitt 6.1. sowie Penner, R. (1988), S. 44 und Hellner, U. (1996), S. 102 ff. und S. 128 ff.

⁴¹⁰ Vgl. Ganderberger, O. (1980), S. 485.

⁴¹¹ Vgl. Ganderberger, O. (1980), S. 484 und Hellner, U. (1996), S. 104.

Im Folgenden werden die wichtigsten theoretischen Erklärungsansätze für einen schuldeninduzierten Anstieg des privaten Kapitalangebotes kurz dargestellt und hinsichtlich ihrer empirischen Relevanz für Westdeutschland überprüft. Dadurch erhält man Aufschluss darüber, ob der schuldeninduzierte Anstieg des deutschen Kapitalmarktzinssatzes ex-post oder sogar ex-ante durch einen schuldeninduzierten Anstieg des Kapitalangebotes gedämpft wurde.

(I) „Ricardo-Barro-Äquivalenztheorem“

Nach dem „Ricardo-Barro-Äquivalenztheorem“ erwarten die privaten Wirtschaftssubjekte bei einer öffentlichen Verschuldung in der aktuellen Periode in zukünftigen Perioden Steuererhöhungen zur Finanzierung des Schuldendienstes für die aufgenommenen Kredite. Daraufhin sparen sie die gegenwärtige „Steuerersparnis“ vollständig quasi als „Rückstellung“ für ihre zukünftig anfallenden Steuerzahlungen. Hier sind die Anleger also vollkommen frei von Schuldenillusion. Deshalb betrachten die Staatsgläubiger die erworbenen Staatsschuldtitel nicht als Nettovermögen.⁴¹² Da die zusätzlichen Ersparnisse der Staatsschuldgläubiger zum Zeitpunkt der öffentlichen Kreditaufnahme sofort als ein zusätzliches privates Kapitalangebot auf den Kapitalmarkt fließen und die negative Nettoersparnis des Staates genau kompensieren, bleiben auf dem Kapitalmarkt die gesamtwirtschaftliche Nettoersparnis und der Kapitalmarktzinssatz trotz der öffentlichen Verschuldung unverändert.^{413 414}

Es gibt derzeit allerdings für Deutschland einen eindeutigen empirischen Nachweis für die Gültigkeit des „Ricardo-Barro-Äquivalenztheorems“. Dies ist angesichts seiner zahlreichen restriktiven Prämissen wenig überraschend. Dazu zählen u.a. Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, rationale Erwartungen, Steuerfinanzierung des Schuldendienstes, vollkommene Information und Voraussicht der Bürger über die staatliche Budgetpolitik und die zukünftige Steuer mehrbelastung, ein vollkommener Kapitalmarkt und ein unendlicher Planungshorizont.⁴¹⁵ In den vorliegenden empirischen Studien sind die Ergebnisse teilweise widersprüchlich, weil die zugrundeliegenden statistischen Testverfahren und Datensätze voneinander

⁴¹² Vgl. Boss, A./Lorz, O. (1995), S. 163 f. und Elmendorf, D.W./Mankiv, N.G. (1998), S. 60 ff.

⁴¹³ Vgl. Rose, D.C./Hakes, D.R. (1995), S. 57 ff. und Cezanne, W./Manning, W. (1994), S. 72.

⁴¹⁴ In einigen empirischen Studien wird die Gültigkeit des „Ricardo-Barro-Äquivalenztheorems“ als Erklärung für die nicht signifikante positive Korrelation zwischen dem staatlichen Budgetdefizit und den langfristigen Zinsen herangezogen. Vgl. z.B. Zimmermann, J.A. (1996), S. 64 und Gupta, K.L./Moazzami, B. (1996), S. 237 ff.

⁴¹⁵ Vgl. Hirte, G. (1997), S. 10 f. und Stalder, I. (1997), S. 226 ff.

abweichen.⁴¹⁶ Nach einer Regressionsanalyse von Stalder (1996) für Deutschland übte das staatliche Budgetdefizit in den Zeiträumen 1961-1989 und 1990-1994 keinen signifikant negativen Einfluss auf den privaten Konsum aus. Daraus folgert sie, dass das „Ricardo-Barro-Äquivalenztheorem“ in diesen Zeiträumen nicht erfüllt war.⁴¹⁷ In einer Studie von Lucke (1998) wurde mit Hilfe der wichtigsten statistischen Testverfahren für den Zeitraum 1960 bis 1994 in Deutschland zwar keine empirische Evidenz gegen die Gültigkeit des Ricardo-Barro-Äquivalenztheorems in Deutschland festgestellt. Er verwirft allerdings das dem Theorem zugrundeliegende theoretische Modell.⁴¹⁸ Insgesamt betrachtet lässt sich also nicht nachweisen, ob und in welchem Ausmaß der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung ex-ante ein erwartungsbedingter Anstieg des privaten Kapitalangebotes gegenüberstand.

(II) „Fontänentheorie“

Nach der „Fontänentheorie“ von W. Stützel ist das private Kapitalangebot in der Phase der öffentlichen Kreditaufnahme variabel, wenn der Staat die aufgenommenen Kreditmittel unverzüglich und vollständig auf den inländischen Gütermärkten für Güter und Dienste verausgabt oder für eine Belebung der inländischen privaten Güternachfrage verwendet. In diesem Fall schlagen sich die verausgabten Kreditmittel über volkswirtschaftliche Kreislaufeffekte in einer zusätzlichen privaten Ersparnis nieder und fließen als ein zusätzliches privates Kapitalangebot der Geschäftsbanken und der Nichtbanken auf den Kapitalmarkt zurück. Es kommt zu multiplikativen Steigerungen der Produktion, der Beschäftigung, des Volkseinkommens und schließlich der einkommensabhängigen privaten Ersparnis (keyesianischer Einkommensmechanismus).⁴¹⁹ Dabei hängt die Stärke der „Fontänewirkung“ von der Sparneigung und Wiederanlagebereitschaft der privaten Nichtbanken, von der Wiederanlagebereitschaft der Geschäftsbanken und von den Kreditvergabemöglichkeiten der Geschäftsbanken ab. Es ist z.B. denkbar, dass die privaten Nichtbanken die ihnen über volkswirtschaftliche Kreislaufeffekte zufließenden Kreditmittel nicht sparen oder die privaten Nichtbanken und Geschäftsbanken die Ersparnisse nicht notwendigerweise am inländischen Kapitalmarkt anlegen.⁴²⁰

⁴¹⁶ Vgl. Kamphausen, H. (1994), S. 209 ff; Boss, A./Lorz, O. (1995), S. 165 ff; Elmendorf, D.W./Mankiv, N.G. (1998), S. 59 ff; Lucke, B. (1998), S. 290 ff.

⁴¹⁷ Vgl. Stalder, I. (1996), S. 342 ff.

⁴¹⁸ Vgl. Lucke, B. (1998), S. 288 ff.

⁴¹⁹ Vgl. Schlesinger, H. u.a. (1993), S. 187 ff. und Stützel, W. (1978), S. 445 ff.

⁴²⁰ Vgl. Duwendag, D. (1983), S. 95 f. und Duwendag, D. (1980), S. 72 ff. und S. 78 f.

Außerdem können die inflatorischen Effekte des „deficit spending“ den einkommensinduzierten Anstieg der privaten Ersparnis dämpfen, da die Inflation wie eine „Steuer“ auf die reale Kassenhaltung und auf nominal fixierte nicht-indexierte Vermögensanlagen wirkt.⁴²¹

In der Realität kommt Stützels „Selbstalimentierung des Kapitalmarktes“ im Zuge einer höheren öffentlichen Verschuldung lediglich teilweise zustande, da zeitliche, quantitative und qualitative Inkongruenzen zwischen dem nachgefragten und angebotenen Kapital eine einkommensinduzierte Zunahme der privaten Ersparnis im Ausmaß der zusätzlichen staatlichen Kapitalnachfrage verhindern. Andererseits trifft die neoklassische These eines konstanten privaten Kapitalangebotes in der Realität ebenfalls nicht zu, da die staatliche Kreditmittelverwendung doch einen mehr oder minder starken einkommensinduzierten Anstieg der privaten Ersparnis auslöst.⁴²² Deshalb ist es durchaus plausibel anzunehmen, dass ein Teil der staatlichen Krediteinnahmen aus der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung unter der Prämisse einer hohen Wiederanlagebereitschaft der privaten Nichtbanken und Geschäftsbanken über volkswirtschaftliche Kreislaufeffekte wieder als ein höheres privates Kapitalangebot auf den deutschen Kapitalmarkt zurückgefließen ist und den schuldeninduzierten Zinsanstieg gedämpft hat. Da der Staat die Kreditmittel größtenteils zur Finanzierung der West-Ost-Nettofinanztransfers verwendete, sind sie größtenteils wieder nachfragewirksam geworden und zumindest teilweise über zusätzliche Ersparnisse der privaten Nichtbanken in den Geschäftsbankensektor (insbesondere in Westdeutschland) als Wiederanlagepotential zurückgefließen. Demnach war der keynesianische Einkommensmechanismus in Westdeutschland nach der deutschen Vereinigung durchaus wirksam. Allerdings haben die günstige konjunkturelle Situation im alten Bundesgebiet, die inflationären Tendenzen und die restriktive Geldpolitik der Bundesbank zwischen Mitte 1990 und Ende 1992 den keynesianischen Einkommensmechanismus in diesem Zeitraum beeinträchtigt. Im Boom ist der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials bereits hoch und das preisunelastische reale Güterangebot kurzfristig kaum noch steigerbar. In dieser Situation verdrängt die preisunelastische staatliche Güternachfrage preiselastische private Güternachfrage, da die Anbieter auf die Kapazitätsengpässe und die Nachfrageüberhänge auf den betroffenen Gütermärkten mit einer Erhöhung ihrer Angebotspreise reagieren. Diese Preissteigerungen münden in einen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus bis hin zur Inflation.⁴²³

⁴²¹ Vgl. Schlesinger, H. u.a. (1993), S. 177 und S. 188 ff.

⁴²² Vgl. Duwendag, D. (1983), S. 95 f. und Duwendag, D. (1980), S. 72 ff. und S. 78 f.

⁴²³ Vgl. Kamphausen, G. (1993), S. 170 f. und Duwendag, D. (1983), S. 74 f.

(III) „Post-Keynesianische Kreislauftheorie der Verteilung“

Bei der „post-keynesianischen Kreislauftheorie der Verteilung“ von Kaldor löst eine schuldeninduzierte Überschussnachfrage auf dem Kapitalmarkt anstelle einer zinsinduzierten Verdrängung zinselastischer privater Investitionen eine verteilungsinduzierte Erhöhung der privaten Ersparnis aus (kaldorianischer Verteilungsmechanismus).⁴²⁴ Dies setzt erstens voraus, dass der Staat die Kreditmittel unter der Prämisse von Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren auf den Gütermärkten vollständig verausgabt. Bei gegebenem realen Güterangebot induziert der Nachfrageüberschuss nach Gütern über einen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus ein preisinduziertes totales crowding-out der privaten Konsumnachfrage. Da die nominalen Bruttogewinneinkommen inflationsbedingt vorübergehend stärker ansteigen als die nominalen Bruttolohneinkommen, verschiebt sich die funktionelle Einkommensverteilung temporär zu Gunsten der Gewinneinkommensbezieher. Daraus resultiert per Saldo ein Anstieg der privaten Ersparnis in Form thesaurierter Nettogewinne der Unternehmen, da die volkswirtschaftliche Sparquote im Vergleich zur Gewinnquote überproportional ansteigt. Dieser Mechanismus setzt allerdings zweitens voraus, dass die Notenbank die nachfragebedingten Preisniveausteigerungen durch eine Ausweitung der angebotenen Zentralbankgeldmenge monetär alimentiert und darüber eine zinsinduzierte Verdrängung zinselastischer privater Investitionen verhindert (vollkommen elastisches Geldangebot).⁴²⁵

Im Kaldor-Modell sorgt der kaldorianische Verteilungsmechanismus also im Vollbeschäftigungsfall allein und im Unterbeschäftigungsfall zusammen mit dem keynesianischen Einkommensmechanismus für eine Anpassung der privaten Ersparnis an eine zusätzliche staatliche Kapitalnachfrage. Im konjunkturellen Boom schwächt die verteilungsinduzierte Zunahme der privaten Ersparnis den schuldeninduzierten Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes ab, da die inflationsinduzierten Nettomehrgewinne der Unternehmen teilweise als ein zusätzliches Kapitalangebot auf den Kapitalmarkt fließen und einen Teil der zusätzlichen staatlichen Kapitalnachfrage absorbieren. Dagegen muss der klassische Zinsmechanismus einen Teil der Anpassungslast des kaldorianischen Verteilungsmechanismus übernehmen, wenn die auf den Anstieg des nominalen Volkseinkommens zurückgehende zusätzliche private Geldnachfrage kurzfristig nicht durch eine höhere Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und mittelfristig nicht durch ein vollkommen elastisches Zentralbankgeldangebot befriedigt wird.⁴²⁶

⁴²⁴ Vgl. Oberhauser, A. (1988), S. 100 ff. und Scherf, W. (1994), S. 1 ff. und S. 11 ff.

⁴²⁵ Vgl. Oberhauser, A. (1983), S. 6 f. und Scherf, W. (1998), S. 29.

⁴²⁶ Vgl. Oberhauser, A. (1983), S. 6 f. und S. 11 f. und Scherf, W. (1994), S. 20.

Scherf hat in einer Studie die empirische Relevanz des kaldorianischen Verteilungsmechanismus für Deutschland im Zeitraum 1970-1995 überprüft. In diesem Zeitraum war eine stark schwankende funktionelle Einkommensverteilung und eine stark schwankende private Sparquote zu beobachten. Er zeigt, dass die starken Schwankungen der privaten Sparquote weniger auf Schwankungen des Sparverhaltens der privaten Haushalte, sondern in erster Linie auf Schwankungen der thesaurierten Gewinne der Unternehmen zurückzuführen waren. Während sich der Anteil der Ersparnis der privaten Haushalte an der privaten Ersparnis im Trend relativ stabil entwickelte, schwankte der Anteil der thesaurierten Unternehmensgewinne relativ stark. Dies deutet darauf hin, dass sich in diesem Zeitraum die private Ersparnis an eine höhere staatliche oder private Kapitalnachfrage anpasste, indem die Unternehmen höhere thesaurierte Gewinne bildeten. Demnach war der kaldorianische Verteilungsmechanismus im Zeitraum 1970-1995 empirisch relevant. Daraus folgt, dass der vereinigungsbedingten zusätzlichen Kapitalnachfrage des Staates seit 1990 durchaus ein verteilungsinduzierter Anstieg des privaten Kapitalangebotes gegenüberstand.⁴²⁷

(5) Zinsunelastisches privates Kapitalangebot

Bei der neoklassischen Kapitalmarktanalyse von Gandenberger wurde der schuldeninduzierte Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes unter der Prämisse eines relativ zinsunelastischen privaten Kapitalangebotes abgeleitet. Diese Annahme setzt einen hohen Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, einen geringen Integrationsgrad der internationalen Güter- und Finanzmärkte und einen geringen Einfluss des Kapitalmarktzinssatzes auf die private Sparneigung voraus.⁴²⁸

Mit dieser Annahme vernachlässigt Gandenberger jedoch den Einfluss des Sparmotivs auf die Zinselastizität der privaten Ersparnis. Bei der vorsorgeorientierten Ersparnisbildung ist die Zinselastizität der privaten Ersparnis sicherlich noch gering, weil das Hauptziel des Sparens in der Bildung von Vermögensreserven für unerwartete Notfälle und für die langfristige Absicherung liegt. Außerdem dürfte auch die Ersparnisbildung für den geplanten Kauf langlebiger Gebrauchsgüter und für den geplanten Wohnungs- und Hauserwerb zinsunelastisch sein.⁴²⁹ Bei der ertragsorientierten Ersparnisbildung ist die Annahme einer zinsunelastischen Ersparnis dagegen nicht mehr haltbar, da ein ertragsorientierter Sparer als Reaktion auf einen steigenden Kapitalmarktzinssatz und damit auf steigende Opportunitätskosten des Ge-

⁴²⁷ Vgl. Scherf, W. (1998), S. 31 ff.

⁴²⁸ Vgl. Gandenberger, O. (1970), S. 11.

⁴²⁹ Vgl. Schlesinger, H. u.a. (1993), S. 193.

genwartskonsums aus einem gegebenen Nettoeinkommen einen höheren Betrag spart. Allerdings dämpft der steigende Kapitalmarktzinssatz zugleich auch die Sparneigung, weil die Sparer mit einem geringeren Sparbetrag einen gleich hohen Zinsertrag erzielen können.⁴³⁰

In der Realität hängt die Zinselastizität der privaten Ersparnis außer vom Sparmotiv noch von einer Vielzahl weiterer Faktoren ab, die im neoklassischen Kapitalmarktmodell vernachlässigt werden. Dazu zählen u.a. die steuerrechtlichen Regelungen zur Besteuerung der Zins-einkommen, die staatliche Sparförderung, die Inflationsrate und Inflationserwartungen, das Vererbungsmotiv des Sparens, die Altersstruktur der Bevölkerung, das Bevölkerungswachstum, die Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems und der wirtschaftliche Entwicklungsstand eines Landes. Insofern ist die neoklassische Annahme einer zinsunelastischen privaten Ersparnis in der Realität sicherlich nicht per se erfüllt.⁴³¹ Es gibt bisher leider noch keine eindeutigen empirischen Untersuchungsergebnisse zur Zinselastizität der privaten Ersparnis. Während einige Studien einen stabilen und signifikant positiven Einfluss des realen Zinssatzes vor Steuern auf die private Sparneigung nachweisen, negieren andere Studien gerade einen solchen positiven Einfluss.⁴³²

(6) Zinsunelastische private Kapitalnachfrage

Bei der neoklassischen Kapitalmarktanalyse von Gandenberger wurde der schuldeninduzierte Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes unter der Prämisse einer relativ zinsunelastischen privaten Kapitalnachfrage abgeleitet. Unter dieser Prämisse fällt der schuldeninduzierte Zinssatzeffekt relativ stark aus, da sich zinsunelastische private Kapitalnachfrager nur in geringem Umfang durch einen Anstieg der Kapitalkosten vom Markt verdrängen lassen.⁴³³

Diese Prämisse ist in der Realität nicht ohne weiteres haltbar, da der Kapitalmarktzinssatz durchaus einen signifikant negativen Einfluss auf die private Kapitalnachfrage für Konsum- und Bauzwecke ausüben und die private Kapitalnachfrage zur Finanzierung langfristiger, risikobehafteter Bau- und Ausrüstungsinvestitionen signifikant dämpfen kann. Bei eigenkapitalfinanzierten Investitionsprojekten führt ein Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes zu einem Anstieg der Opportunitätskosten der Anlage des Eigenkapitals in risikoreiche Sachinvestitio-

⁴³⁰ Vgl. van Essen, U. (1994), S. 120 und Rajan, R.S./Asher, M.G. (1997), S. 41.

⁴³¹ Vgl. Bosworth, B. (1993), S. 62 ff. und Rajan, R.S./Asher, M.G. (1997), S. 41 f.

⁴³² Vgl. zu einem Überblick Hellner, U. (1996), S. 115 f; Tease, W. u.a. (1991), S. 123 f; Bosworth, B. (1993), S. 70 ff. und S. 76 ff.

⁴³³ Vgl. Gandenberger, O. (1980), S. 484 und Weltring, S. (1997), S. 158 f.

nen anstatt in risikolose Finanzinvestitionen. Daraufhin erhalten die Unternehmen einen Anreiz zur Substitution von risikoreichen Sachkapital durch risikoloses Finanzkapital. Bei fremdkapitalfinanzierten Investitionsprojekten hebt ein Anstieg der Kreditkosten die Rentabilitätsschwelle an, da die erwartete Rentabilität des Investitionsprojektes mit dem Abstand zwischen dem Kapitalmarktzinssatz und der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sinkt.⁴³⁴ Darüber hinaus sind fremdfinanzierte Investitionsprojekte umso zinselastischer, je schlechter die Unternehmen einen Anstieg der Kreditkosten auf die Nachfrager vorwälzen können.⁴³⁵

In der Realität hängt die Zinselastizität der privaten Investitionsnachfrage außer vom Kapitalmarktzinssatz u.a. noch von den aktuellen und erwarteten Nachfrage- und Angebotsbedingungen auf den Gütermärkten ab. Dazu zählen die konjunkturelle Situation, die fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen, die steuerlichen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und die Lohnpolitik der Gewerkschaften.⁴³⁶ Im konjunkturellen Boom ist – wie im neoklassischen Modell angenommen – eine geringe Zinselastizität der privaten Sachinvestitionen plausibel, da ein Anstieg der Kreditkosten einen relativ schwachen negativen Einfluss auf die private Investitionsneigung ausübt. Dahinter stehen die hohen Nettogewinne der Unternehmen, die günstigen aktuellen Nachfragebedingungen, der hohe Auslastungsgrad der betrieblichen Produktionskapazitäten und die günstigen Absatz- und Gewinnerwartungen für die nächsten Perioden. Außerdem sind die makroökonomischen Bedingungen für eine erfolgreiche Vorwälzung höherer Kreditkosten auf die Nachfrager günstig.⁴³⁷ Diese Situation war in Westdeutschland zwischen 1990 und Mitte 1992 tatsächlich gegeben. In diesem Zeitraum wurde die Investitionsnachfrage der westdeutschen Unternehmen dominierend durch die hohen Unternehmensgewinne, die günstigen aktuellen Nachfragebedingungen und die positiven Absatz- und Ertragserwartungen und weniger durch hohe Kapitalmarktzinsen determiniert. Außerdem erhöhte die staatliche Investitionsförderung für Ostdeutschland die private Investitionsneigung angebotsseitig, da die staatlichen Fördermaßnahmen die Kapitalnutzungskosten der geförderten Investitionsprojekte zumindest partiell von der Entwicklung des Kapitalmarktzinssatzes abkoppelten und darüber ihre Zinselastizität verminderten.⁴³⁸

⁴³⁴ Vgl. Schlesinger, H. u.a. (1993), S. 149 f. und Duwendag, D. (1983), S. 77 f.

⁴³⁵ Vgl. You, J.I./Dutt, K. (1996), S. 345.

⁴³⁶ Vgl. Hellner, U. (1996), S. 129 ff. und Hauser, H.-J. (1979), S. 37.

⁴³⁷ Vgl. Dieckheuer, G. (1978), S. 107 ff. und Hellner, U. (1996), S. 129 ff.

⁴³⁸ Vgl. Weltring, S. (1997), S. 174 f. und Büsching, T. (1996), S. 156.

Demgegenüber war während der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung zwischen Mitte 1992 und 1995 ein negativer Einfluss der rückläufigen Unternehmensgewinne, der ungünstigen aktuellen Nachfragebedingungen, der unausgelasteten Produktionskapazitäten und der ungünstigen Absatz- und Ertragserwartungen auf die private Investitionsnachfrage zu beobachten. In diesem Zeitraum reagierte die Investitionstätigkeit der westdeutschen Unternehmen relativ elastisch auf einen Anstieg der Kreditkosten und relativ unelastisch auf einen Rückgang der Kreditkosten, da steigende Kreditkosten die nachfrageseitig gedämpfte private Investitionsneigung zusätzlich dämpften und die Unternehmen trotz sinkender Kreditkosten noch keinen (großen) Kapazitätserweiterungsbedarf besaßen.⁴³⁹

Gesamteinschätzung der Auswirkungen der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung auf den deutschen Kapitalmarktzinssatz

Insgesamt deuten die zuvor dargestellten makroökonomischen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland seit der deutschen Vereinigung plausibel darauf hin, dass die vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung zwischen dem 2. Halbjahr 1990 und Ende 1991 einen Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes induzierte. Dafür sprechen eindeutig die zinsrobuste staatliche Kapitalnachfrage, die relativ zinsunelastische private Kapitalnachfrage, die günstige konjunkturelle Situation im alten Bundesgebiet und die restriktive Geldpolitik der Deutschen Bundesbank in diesem Zeitraum. Allerdings war dieser Zinssatzanstieg vermutlich relativ moderat und lediglich von kurzer Dauer, weil schon im Verlauf von 1991 massiv Kapital aus dem Ausland auf den deutschen Kapitalmarkt strömte und bereits frühzeitig ein erwartungs-, einkommens-, verteilungs- und zinsinduzierter Anstieg der privaten Ersparnis einsetzte. Dadurch wurde die angespannte Liquiditätssituation auf dem deutschen Kapitalmarkt bereits im Verlauf von 1991 merklich abgeschwächt. Während der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung im alten Bundesgebiet zwischen Mitte 1992 und 1995 trat mit hoher Wahrscheinlichkeit kein (nennenswerter) schuldeninduzierter Anstieg des deutschen Kapitalmarktzinssatzes auf, da es keine (nennenswerte) Angebotslücke am deutschen Kapitalmarkt gab. In diesem Zeitraum war die private Kapitalnachfrage rückläufig und relativ zinselastisch und das private Kapitalangebot ansteigend und relativ zinselastisch, da die Bundesbank ihre restriktive Geldpolitik lockerte, die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland anhielten und weitere schuldeninduzierte Steigerungen der privaten Ersparnis auftraten.

Nach Ansicht der meisten Ökonomen wurde der nach der deutschen Vereinigung zu erwartende schuldeninduzierte Anstieg des deutschen Kapitalmarktzinssatzes größtenteils schon

439

Vgl. Dieckheuer, G. (1978), S. 107 ff. und Hellner, U. (1996), S. 129 ff.

vor der deutschen Vereinigung vorweggenommen. Da die Marktteilnehmer nach der Ankündigung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und ihrer finanzpolitischen Konsequenzen eine starke Ausweitung der Zentralbankgeldmenge, eine sprunghafte Erhöhung der öffentlichen Nettoneuverschuldung, eine restriktive Geldpolitik und eine starke Anspannung des deutschen Kapitalmarktes erwarteten, revidierten sie ihre Erwartungen über die zukünftige Entwicklung des Geldmarktzinssatzes und ihre Inflationserwartungen unverzüglich nach oben.⁴⁴⁰ Daraus resultierte bereits im Vorfeld der deutschen Vereinigung ein Anstieg des nominalen Kapitalmarktzinssatzes von 7,1% in 1989 auf 8,9% in 1990, obwohl die öffentliche Nettokreditaufnahme zwischen 1989 und dem 1. Halbjahr 1990 noch rückläufig war.⁴⁴¹

Dieser vorweggenommene Kapitalmarktzinssatzanstieg war zum einen auf einen „Inflationserwartungseffekt“ zurückzuführen, da die Marktteilnehmer als Ausgleich für den erwarteten Anstieg der Inflationsrate bereits in der aktuellen Periode bei ihren Nominalzinsforderungen eine Inflationsprämie einkalkulierten.⁴⁴² Zum zweiten wirkte der „Politikerwartungseffekt“ zinssteigernd, da die Marktteilnehmer als Reaktion auf die erwartete restriktive Geldpolitik und den erwarteten Anstieg der kurzfristigen Geldmarktzinsen bereits in der aktuellen Periode langfristige Finanzanlagen durch kurzfristige Finanzanlagen substituierten. Dadurch stiegen die aktuellen langfristigen Zinsen erwartungsbedingt an.⁴⁴³ Dieser Mechanismus ist nach der „Erwartungstheorie der Zinsstruktur“ darauf zurückzuführen, dass sich die aktuellen langfristigen Zinsen unter der Prämisse von rationalen Erwartungen, von der Abwesenheit von Transaktionskosten und von Informationseffizienz als ein gewichteter Durchschnitt aus den aktuellen kurzfristigen Zinsen und den erwarteten zukünftigen kurzfristigen Zinsen bilden.⁴⁴⁴ In der Realität weicht der langfristige Zinssatz üblicherweise vom Durchschnitt der für den Anlagezeitraum erwarteten kurzfristigen Zinssätze ab, da die Erwartungsbildung der Marktteilnehmer lediglich beschränkt rational ist, der Kapitalmarkt lediglich bedingt informationseffizient ist, risikoaverse Anleger zeitvariante Laufzeitpräferenzen besitzen und die Anleger bei langfristigen Finanzanlagen eine nicht-stationäre Risikoprämie für das Risiko eines realen Wertverlustes ihrer Finanzanlagen durch Kursrückgänge oder Inflation fordern. Dies bestätigt sich auch für das vereinte Deutschland. Dennoch ist es durchaus plausibel anzu-

⁴⁴⁰ Vgl. Deutsche Bundesbank (8/1991), S. 39 f. und Naggl, W. (1991), S. 292.

⁴⁴¹ Vgl. Deutsche Bundesbank (12/1998), Tabelle VII.5.

⁴⁴² Vgl. Lange, T./Pugh, G. (1998), S. 167 f. und Naggl, W. (1991), S. 292.

⁴⁴³ Vgl. Naggl, W. (1991), S. 292 und Hardy, D.C. (1998), S. 664 f.

⁴⁴⁴ Vgl. Ragnitz, J. (1994), S. 15 f. und Krämer, J.W. (1996), S. 10 ff.

nehmen, dass zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung die erwartete Konstellation auf dem deutschen Geldmarkt die aktuelle Konstellation auf dem Kapitalmarkt beeinflusste.⁴⁴⁵

Dementsprechend lässt sich der Rückgang des jahresdurchschnittlichen nominalen Kapitalmarktzinssatzes in 1991 um 0,2 Prozentpunkte auf 8,7% und in 1992 um 0,6 Prozentpunkte auf 8,1% auf einen umgekehrten „Politikerwartungseffekt“ und „Inflationserwartungseffekt“ zurückführen.⁴⁴⁶ Es gelang der Deutschen Bundesbank bereits im 2. Halbjahr von 1991, trotz der weiter expandierenden öffentlichen Kreditaufnahme und trotz des Geldangebotschocks aus der Währungsumstellung die Inflationserwartungen der Marktteilnehmer merklich zu dämpfen und Abwertungserwartungen für die DM zu verhindern. Deshalb forderten die Marktteilnehmer keine weitere Risikoprämie für das Inflationsrisiko und für das Risiko einer Abwertung der DM. Dahinter stand ein hohes Vertrauen in die stabilitätsorientierte Geldpolitik der Bundesbank, in die innere und äußere Stabilität der DM und in die Solvenz des deutschen Staates. Außerdem erwarteten die Marktteilnehmer schon bald eine Lockerung des restriktiven Kurses der Bundesbank und damit einen Rückgang des kurzfristigen Geldmarktzinssatzes. Daraus resultierten umgehend erwartungsinduzierte Arbitragetransaktionen zu Gunsten der langfristigen Finanzanlagen, die den aktuellen nominalen Kapitalmarktzinssatz schon im Verlauf des Jahres 1991 ebenfalls dämpften.⁴⁴⁷ Im Jahr 1993 betrug der nominale Kapitalmarktzinssatz jahresdurchschnittlich nur noch 6,4%, d.h. er lag schon deutlich unter dem Wert von 1989 von 7,1%. Daher wird in der folgenden Analyse angenommen, dass der vereinigungsbedingte schuldeninduzierte Anstieg des deutschen Kapitalmarktzinssatzes im Jahr 1992 endgültig auslief.⁴⁴⁸

⁴⁴⁵ Vgl. Filc, W. (1992), S. 107 ff. und S. 114 ff. und die Studien von Hassler, U./Nautz, D. (1998), S. 215 ff; Wolters, J. (1996), S. 197 ff; Nautz, D./Wolters, J. (1999), S. 398 ff.

⁴⁴⁶ Dagegen verzeichnete der Zinssatz für kurzfristiges Tagesgeld in 1991 nochmals einen Anstieg von 7,9% auf 8,8% und in 1992 einen Anstieg von 8,8% auf 9,4%. Damit bildete sich zwischen Juni 1991 und Juni 1992 eine inverse Zinsstruktur an den deutschen Finanzmärkten heraus. Vgl. Deutsche Bundesbank (12/1995), Tabelle I.1 und (11/1996), S. 19 f. und S. 27 f.

⁴⁴⁷ Vgl. Schwinn, O. (1997), S. 26 f. und S. 144 ff; Deutsche Bundesbank (11/1996), S. 27 f; Büsching, T. (1997), S. 148 ff. und S. 156 f.

⁴⁴⁸ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1997/1998), Tabelle 35*.

Fazit

In diesem Abschnitt wurde plausibel abgeleitet, dass die vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung als Alternative zu weiteren diskretionären Steuererhöhungen gegenüber 1989 tatsächlich einen temporären differentiellen Anstieg des deutschen Kapitalmarktzinssatzes von 1,8 % im Jahr 1990, 1,6% im Jahr 1991 und 1% im Jahr 1992 induzierte. Daher ist davon auszugehen, dass der westdeutsche private Sektor gegenüber dem fiktiven Steuerfinanzierungsfall zwischen 1990 und 1992 „differentielle zinsinduzierte Zinsmehreinkommen“ erzielte und gleichzeitig „differentielle zinsinduzierte Zinsmehrkosten und sonstige finanzielle Lasten“ tragen musste. Hinzu traten die Zinsmehreinkommen der Staatschuldgläubiger und sonstigen privaten Kapitalanbieter aus dem differentiellen Kreditmengeneffekt der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung. Diese mengeninduzierten Zinsmehreinkommen fielen im gesamten Zeitraum 1990 bis 1997 an und waren darauf zurückzuführen, dass die privaten Kapitalanbieter in diesem Zeitraum im fiktiven Steuerfinanzierungsfall lediglich einen niedrigeren Geldbetrag auf dem Kapitalmarkt hätten anlegen und damit bei gegebener Nominalverzinsung keine vergleichbar hohen Zinseinkommen aus privaten Schuldtiteln hätten erzielen können. Dementsprechend erzielten die Staatschuldgläubiger aus der Zeichnung der neu ausgegebenen Staatsschuldtitel sowohl zinsbedingt als auch mengenbedingt „echte“ Zinsmehreinkommen.

Da der schuldeninduzierte Anstieg des deutschen Kapitalmarktzinssatzes erwartungsbedingt größtenteils schon vor der deutschen Vereinigung auftrat und im Zeitraum 1990 bis 1992 nach und nach schwächer wurde, fielen die zinsinduzierten Zinsmehreinkommen, Zinsmehrkosten und sonstigen finanziellen Lasten zum großen Teil vor der deutschen Vereinigung an. Dies gilt für die zinsinduzierten Zinsmehreinkommen derjenigen privaten Kapitalanbieter, die im Vorfeld der deutschen Vereinigung auf dem Kapitalmarkt zum Zuge kamen und gegenüber ihren Schuldnern eine höhere Nominalverzinsung durchsetzen konnten. Darüber hinaus erzielten die Gläubiger der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung und die sonstigen privaten Kapitalanbieter zinsinduzierte Zinsmehreinkommen aus dem moderaten Kapitalmarktzinsanstieg nach der deutschen Vereinigung, wenn sie zwischen dem 2. Halbjahr 1990 und dem Auslaufen des schuldeninduzierten Zinssatzeffektes in 1992 Kapitalanbieter waren. Demgegenüber mussten die privaten Kapitalnachfrager, die während des schuldeninduzierten Zinssatzeffektes auf dem deutschen Kapitalmarkt vor und nach der deutschen Vereinigung zum Zuge kamen und höhere Nominalzinsen an ihre Gläubiger zahlten, zinsinduzierte Zinsmehrkosten hinnehmen. Des weiteren mussten die vom Kapitalmarkt verdrängten Kapitalnachfrager zinsinduzierte finanzielle Lasten tragen, da sie ihren Kapitalbedarf nicht (mehr) befriedigen konnten. Dabei haben die verdrängten aktuellen Kapitalnachfrager als Reaktion auf die gestiegenen Kreditkosten ihre Kredite vorzeitig getilgt, auf die Aufnahme

eine Anschlusskredits verzichtet oder auf eine Kreditverlängerung verzichtet. Die verdrängten potentiellen Kapitalnachfrager verzichteten ex-ante auf einen Markteintritt. Schließlich mussten die Besitzer von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien als Folge des schuldeninduzierten Rückgangs der Wertpapierkurse einen Bruttogeldvermögensverlust tragen, wenn sie ihre Wertpapiere zu den niedrigeren Kursen verkauften und damit die buchmäßigen Kursverluste realisierten. Dies betrifft zumindest diejenigen Wertpapierbesitzer, die einen Verkauf ihrer Wertpapiere nicht solange aufschieben konnten, bis erwartete buchmäßige Kursgewinne die aktuellen schuldeninduzierten buchmäßigen Kursverluste kompensieren.⁴⁴⁹

Mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial ist eine genaue Quantifizierung der differentiellen zins- und mengeninduzierten Zinsmehreinkommen der westdeutschen Staatschuldgläubiger und sonstigen privaten Kapitalanbieter zwischen 1990 und 1997 nicht möglich. Im Folgenden sollen mit Hilfe von Daten der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank aber zumindest grobe Schätzwerte für die zins- und mengeninduzierten Zinsmehreinkommen der gesamtdeutschen Kapitalanbieter im Zeitraum 1990 bis 1992 berechnet werden. Dadurch erhält man einen Einblick in ihre Größenordnung als Grundlage für die personelle Verteilungsanalyse in Abschnitt 7.4.2.2. Ab dem Jahr 1993 wurden ohnehin keine zinsinduzierten Zinsmehreinkommen mehr erzielt. Bei den Berechnungen wird angenommen, dass der Anstieg der Kreditmenge und des Zinssatzes am deutschen Kapitalmarkt in den Jahren 1990 bis 1992 gegenüber dem Jahr 1989 jeweils vollständig vereinigungsbedingt war. In einem ersten Schritt wird für die Jahre 1989 bis 1992 jeweils das Produkt aus der gehandelten Kreditmenge (gemessen durch die „Verpflichtungen und den Aktienumlauf der inländischen Sektoren am 31.12.“) und dem jahresdurchschnittlichen nominalen Kapitalmarktzinssatz berechnet. Dies ergibt für das Jahr 1989 Zinseinkommen in Höhe von ca. 583,86 Mrd. DM, für 1990 in Höhe von 800,81 Mrd. DM, für 1991 in Höhe von 845,23 Mrd. DM und für 1992 in Höhe von 849,22 Mrd. DM. In einem zweiten Schritt wird für jedes Jahr die Differenz zum Jahr 1989 gebildet. Dies ergibt dann die zins- und mengeninduzierten Zinsmehreinkommen jedes Jahres gegenüber der Referenzkapitalmarktsituation vor dem vereinigungsbedingten Anstieg der gehandelten Kreditmenge und dem vereinigungsbedingten Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes. Für 1990 erhält man Zinsmehreinkommen von ca. 216,95 Mrd. DM, für 1991 von ca. 261,37 Mrd. DM und für 1992 von 265,36 Mrd. DM. Insgesamt betrugen die zins- und mengeninduzierten Zinsmehreinkommen zwischen 1990 und 1992 gegenüber 1989 als Obergrenze ca. 743,68 Mrd. DM.⁴⁵⁰

⁴⁴⁹ Vgl. Fritzsche, B. u.a. (1991), S. 29 und Hellner, U. (1996), S. 172.

⁴⁵⁰ Vgl. Deutsche Bundesbank (1994), S. 46.

7.4.2.2 Personelle Verteilung der Gewinner und Verlierer aus dem Kreditmengen- und Zinssatzeffekt der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung im westdeutschen privaten Sektor

In diesem Abschnitt sollen die durch den Kreditmengen- und Zinssatzeffekt der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung begünstigten und belasteten Personengruppen im westdeutschen privaten Sektor (Staatsschuldgläubiger, sonstige private Kapitalanbieter, private Kapitalnachfrager, Besitzer von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien) auf die nach Nettoeinkommensklassen gruppierten westdeutschen privaten Haushalte statistisch zugerechnet werden. Dadurch erhält man Aufschluss über die Verteilung der schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen, der schuldeninduzierten Zinsmehrausgaben und der schuldeninduzierten sonstigen finanziellen Lasten des westdeutschen privaten Sektors zwischen 1990 und 1997 auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen und über deren Auswirkungen auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet.

7.4.2.2.1 Analyse der personellen Verteilung der (schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der) Staatsschuldgläubiger aus dem Inland

Bei der statistischen Zurechnung der (schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der) Staatsschuldgläubiger (zwischen 1990 und 1997) auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen besteht das Problem, dass die staatlichen Zinszahlungen größtenteils an Staatsschuldgläubiger außerhalb des Haushaltssektors fließen. Es wurde bereits gezeigt, dass die Deutsche Bundesbank, die inländischen privaten Nichtbanken (private Haushalte, nicht-finanzielle Unternehmen, Versicherungen, Pensionskassen und Kapitalsammelstellen), die inländischen Geschäftsbanken und das Ausland die Gläubiger der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung seit der deutschen Vereinigung waren (vgl. Tabelle 14).

Demnach ist ein nicht unerheblicher Teil der staatlichen Zinszahlungen für die vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung in das Ausland geflossen. Da die schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der ausländischen Staatsschuldgläubiger im Inland nicht verteilungswirksam wurden, werden sie im Folgenden außer Acht gelassen. Demgegenüber waren die schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der inländischen Staatsschuldgläubiger im Inland verteilungswirksam. Es profitierten zum einen die privaten Haushalte mit Staatsschuldtiteln in Form von direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen. Diese können relativ exakt auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet werden. Damit beschäftigt sich der Unterabschnitt (1). Zum zweiten erzielten die Geschäftsbanken mit Staatsschuldtiteln und die privaten Nichtbanken außerhalb des Haushaltssektors mit Staatsschuldtiteln (nicht-finanzielle Unternehmen, Versicherungen und sons-

tige Kapitalsammelstellen) direkte schuldeninduzierte Bruttozinsmehrerträge. Diese erreichten den Sektor der privaten Haushalte zu einem Teil auf indirektem Wege, da sie innerhalb der finanziellen und nicht-finanziellen Unternehmen teilweise thesauriert und teilweise an verschiedene unternehmensinterne und unternehmensexterne Personengruppen weitergegeben werden. Daraufhin erzielten die indirekt begünstigten privaten Haushalte indirekte schuldeninduzierte Bruttovermögens- und Bruttoerwerbsmehreinkommen. Diese lassen sich allerdings weder detailliert noch umfassend auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen statistisch zurechnen. Deshalb müssen zunächst die indirekt begünstigten Personengruppen anhand von Plausibilitätsüberlegungen abgeleitet und anschließend näherungsweise auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet werden. Damit beschäftigen sich die Unterabschnitte (2) und (3).⁴⁵¹

(1) Analyse der personellen Verteilung der (direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der) privaten Haushalte mit Staatsschuldtiteln

Bei der statistischen Zurechnung der direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus Staatsschuldtiteln zwischen 1990 und 1997 auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen greift die vorliegende Studie auf die in der EVS 1993 ausgewiesene Verteilung der Staatsschuld-papiere der westdeutschen privaten Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zurück, da die EVS die Bruttoeinnahmen der privaten Haushalte aus Vermögen nicht in Bruttozinseinkünfte aus staatlichen und privaten Schuldtiteln aufschlüsselt. Nach den Daten der Tabelle 26 steigt der schichtenspezifische Anteil der Haushalte mit Staatsschuld-papieren an der Zahl der Haushalte pro Nettoeinkommensklasse mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen kontinuierlich und deutlich an. So halten die Haushalte in der obersten Nettoeinkommensklasse zu ca. 22,1% und die Haushalte in der untersten Nettoeinkommensklasse nur zu ca. 3,7% Staatsschuld-papiere, obwohl ihr Anteil an der Zahl der Haushalte pro Nettoeinkommensklasse jeweils ca. 5% beträgt. Des weiteren steigt das schichtenspezifische durchschnittliche Guthaben in Staatsschuld-papieren mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen fast stetig von 14.824 DM auf 47.763 DM an. Insgesamt zeigt sich, dass die Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen gegenüber den Haushalten mit einem niedrigen Nettoeinkommen überdurchschnittlich Staatsschuld-papiere halten und ein überdurchschnittlich hohes Guthaben in Staatsschuld-papieren besitzen. Dieser Umstand deutet darauf hin, dass sie auch überdurchschnittlich von den direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus Staatsschuld-papieren zwischen 1990 und 1997 profitierten.

⁴⁵¹

Vgl. Michl, T.R. (1991), S. 352 f. und Gandenberger, O. (1980), S. 494.

Tabelle 26: Verteilung der Staatsschuldapiere der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Haushalte pro Klasse (in 1.000)	Haushalte pro Klasse in % aller Haushalte	Haushalte mit Staatsschuldapiere pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Staatsschuldapiere in % der Haushalte pro Klasse	Durchschnittliches Guthaben in Staatsschuldapiere je Haushalt (in DM)
unter 1000	1.474	5,1	55	3,7	14.824
1000 - 1600	2.752	9,5	153	5,6	19.917
1600 - 2000	2.529	8,7	198	7,8	19.321
2000 - 2500	4.075	14,1	347	8,5	24.805
2500 - 3000	3.190	11,0	298	9,3	26.401
3000 - 4000	5.201	18,0	601	11,6	25.494
4000 - 5000	3.757	13,0	533	14,2	26.881
5000 - 7500	4.178	14,2	701	16,8	30.627
7500 - 35000	1.491	5,2	330	22,1	47.763

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.12; eigene Berechnungen.

In Tabelle 27 im Anhang wurde, stellvertretend für den gesamten Zeitraum 1990 bis 1997, für das Jahr 1993 untersucht, wie sich die direkten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus Staatsschuldapiere im Jahr 1993 auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet auswirkten. Dazu wurde ein fiktiver Anstieg der Verzinsung des durchschnittlichen Guthabens in Staatsschuldapiere je Haushalt um 1,5 Prozentpunkte unterstellt. Dadurch erhält man fiktive Bruttozinsmehreinkommen, die die direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus Staatsschuldapiere im Jahr 1993 darstellen sollen. Unter dieser fiktiven Annahme ist das in der EVS 1993 für jede Nettoeinkommensklasse ausgewiesene durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat im alten Bundesgebiet um die fiktiven monatlichen Bruttozinsmehreinkommen höher und um die mit dem gruppenspezifischen Einkommensteuersatz ermittelten Einkommensteuerzahlungen für die fiktiven Bruttozinsmehreinkommen pro Monat geringer ausgefallen. Man erhält für jede Nettoeinkommensklasse das fiktive durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat (ohne fiktive Bruttozinsmehreinkommen) durch Subtraktion der fiktiven Bruttozinsmehreinkommen aus Staatsschuldapiere pro Monat vom tatsächlichen durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen pro Monat und durch Addition der fiktiven Einkommensteuerzahlungen pro Monat zu diesem Differenzbetrag. Es zeigt sich, dass der Gini-Koeffizient der Verteilung des tatsächlichen durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens pro Monat in Höhe von 0,31788 niedriger ist als der Gini-Koeffizient der Verteilung des fiktiven

ven durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens pro Monat in Höhe von 0,31924. Daraus lässt sich unter den getroffenen Annahmen folgern, dass die Bruttozinsmehreinkommen der westdeutschen privaten Haushalte aus Staatsschuldpapieren zwischen 1990 und 1997 - trotz der bestehenden Konzentration in der Verteilung der Staatsschuldpapiere - die Ungleichverteilung der personellen Nettoeinkommensverteilung offensichtlich abschwächten. Offensichtlich sind die Nettoeinkommen ungleicher verteilt als die Staatsschuldpapiere.⁴⁵²

(2) Analyse der personellen Verteilung der direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträge der nicht-finanziellen Unternehmen, Versicherungen und sonstigen Kapitalsammelstellen mit Staatsschuldtiteln

Bei der statistischen Zurechnung der direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträge der nicht-finanziellen Unternehmen, Versicherungen und sonstigen Kapitalsammelstellen aus Staatsschuldtiteln zwischen 1990 und 1997 müssen die indirekt begünstigten Personengruppen im Sektor der privaten Haushalte auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet werden. Es profitierten in erster Linie die privaten Eigentümer bzw. die Anteilseigner der Unternehmen durch indirekte schuldeninduzierte Bruttoerwerbs- bzw. Bruttovermögensmehreinkommen, da die Bruttozinsmehrerträge aus Staatsschuldtiteln den Betriebsgewinn erhöhten und der Betriebsgewinn vollständig an die privaten Eigentümer fließt bzw. teilweise an die Anteilseigner weitergegeben wird. Des weiteren konnten die Aktionäre der Unternehmen ggf. noch Kursgewinne bei ihren Aktien erzielen.

Nach den Daten der Tabelle 20, 21 und 23 sind die Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen überdurchschnittlich in den oberen Nettoeinkommensklassen vertreten. Deshalb flossen die indirekten schuldeninduzierten Bruttomehreinkommen der Eigentümer und Anteilseigner überdurchschnittlich an Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen und lediglich unterdurchschnittlich an Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen. Daraus resultierte vermutlich eine differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung. Für eine genauere empirische Überprüfung dieser These müssten die Verteilung des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens incl. der indirekten Bruttomehreinkommen und die Verteilung des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens excl. der indirekten Bruttomehreinkommen miteinander verglichen werden. Dieser Vergleich ist mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial nicht möglich. In der weiteren Analyse wird von einer einkommensdifferenzierenden Wirkung ausgegangen, auch wenn diese These empirisch keinesfalls gesichert ist.

452

Vgl. Statistisches Bundesamt (1997a), Tabelle 1.12 und (1997b), Tabelle 1.1.

(3) Analyse der personellen Verteilung der direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträge der Geschäftsbanken mit Staatsschuldtiteln

Bei der statistischen Zurechnung der direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträge der Geschäftsbanken aus Staatsschuldtiteln zwischen 1990 und 1997 auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen wird zunächst die Verwendung der Bruttozinsmehrerträge innerhalb des Geschäftsbankensektors analysiert. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, an welche Personengruppen sie unmittelbar oder mittelbar weitergegeben wurden. Anschließend werden die von den weitergeleiteten schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträgen begünstigten Personengruppen auf die Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet.

Es profitierten erstens die privaten Sparer (Besitzer von Sicht- und Spareinlagen) und zweitens die privaten Besitzer sonstiger Geldforderungen gegenüber den Geschäftsbanken (z.B. die Besitzer Sparbriefen und anderen Wertpapieren) in Form indirekter schuldeninduzierter Bruttozinsmehreinkommen in dem Ausmaß, in dem die Geschäftsbanken ihre direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträge bei ihrem Passivgeschäft an ihre Kunden weitergaben. Diese Personengruppen können näherungsweise auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet werden, da die EVS die Verteilung der privaten Geldforderungen gegenüber Geschäftsbanken nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ausweist. Dieser Aspekt wird in den Unterabschnitten (3.1) und (3.2) genauer behandelt.

Darüber hinaus erhielten drittens die privaten Eigentümer und Anteilseigner der Geschäftsbanken einen höheren Betriebsgewinn bzw. einen höheren Anteil am Betriebsgewinn und/oder höhere Dividendenzahlungen auf ihre Anteilsscheine. Außerdem konnten die Aktionäre der privaten Geschäftsbanken ggf. noch Kursgewinne bei ihren Aktien erzielen. Dadurch erhielten sie indirekte schuldeninduzierte Bruttoerwerbs- und Bruttovermögensmehreinkommen. Diese Personengruppen lassen sich auf der Grundlage der Analyseergebnisse aus Unterabschnitt (2) allenfalls näherungsweise auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zurechnen. Damit beschäftigt sich der Unterabschnitt (3.3).

Demgegenüber entziehen sich die an die Deutsche Bundesbank zur Deckung der Refinanzierungskosten weitergeleiteten schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträge, die schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträge der öffentlich-rechtlichen Geschäftsbanken und die innerhalb des Geschäftsbankensektors versickernden schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträge einer statistischen Zurechnung, da sich die indirekt begünstigten Personengruppen im Sektor der privaten Haushalte nicht bestimmen lassen.⁴⁵³

⁴⁵³

Vgl. Kurz, R. (1983), S. 48 ff. und Michl, T.R. (1991), S. 352 f.

(3.1) Analyse der personellen Verteilung der indirekten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Sparer

In diesem Unterabschnitt werden die indirekten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus Spareinlagen auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet. Dazu wird die in der EVS 1993 ausgewiesene Verteilung der Sparbücher der westdeutschen privaten Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen herangezogen. Nach Tabelle 28 steigt der Anteil der Haushalte mit Sparbüchern an der Zahl der Haushalte pro Nettoeinkommensklasse mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen zunächst kontinuierlich von 76,1% auf 94,2% an und geht ab der drittobersten Nettoeinkommensklasse leicht zurück. Außerdem steigt das schichtenspezifische durchschnittliche Sparbuchguthaben je Haushalt mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen fast kontinuierlich an. Insgesamt zeigt sich, dass die Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen gegenüber den Haushalten mit einem niedrigen Nettoeinkommen überdurchschnittlich Sparbücher und ein überdurchschnittlich hohes Sparbuchguthaben besitzen. Dies lässt vermuten, dass die Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen auch überdurchschnittlich von den indirekten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der Sparer profitierten.⁴⁵⁴

Tabelle 28: Verteilung der Sparbücher der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Haushalte pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Sparbüchern pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Sparbüchern in % der Haushalte pro Klasse	Durchschnittliches Sparguthaben je Haushalt (in DM)
unter 1000	1.474	1.121	76,1	7.214
1000 - 1600	2.752	2.221	80,7	8.235
1600 - 2000	2.529	2.223	87,9	9.211
2000 - 2500	4.075	3.682	90,3	10.799
2500 - 3000	3.190	2.909	91,2	11.857
3000 - 4000	5.201	4.865	93,5	12.720
4000 - 5000	3.757	3.540	94,2	13.192
5000 - 7500	4.178	3.931	94,0	15.391
7500 - 35000	1.491	1.367	91,7	18.804

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.4, eigene Berechnungen.

⁴⁵⁴

Vgl. Statistisches Bundesamt (1997a), Tabelle 1.4 und Tabelle 1.29.

In Tabelle 29 im Anhang wurde für das Jahr 1993 untersucht, wie sich die indirekten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der westdeutschen privaten Sparer auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet auswirkten. Diese Berechnungen sollen stellvertretend für den gesamten Zeitraum 1990 bis 1997 sein. Dazu wurde fiktiv unterstellt, dass das tatsächliche durchschnittliche Sparguthaben je Haushalt am 31.12.1993 in jeder Nettoeinkommensklasse um 1,5% höher ausgefallen ist, weil die Geschäftsbanken ihre direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträge partiell über eine höhere Verzinsung der Sparbücher an die Sparer weitergaben. Unter dieser Annahme ist das in der EVS ausgewiesene durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat um die fiktiven monatlichen Bruttozinsmehreinkommen aus Sparsbuchguthaben höher und um die Einkommensteuerzahlungen für die fiktiven Bruttozinsmehreinkommen geringer ausgefallen. Unter dieser Annahme wurde nun analysiert, wie sich das tatsächliche durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat (incl. fiktiver Bruttozinsmehreinkommen aus Sparsbüchern) und das fiktive durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat (ohne fiktive Bruttozinsmehreinkommen aus Sparsbüchern) jeweils verteilen. Es zeigt sich, dass der Gini-Koeffizient der Verteilung des tatsächlichen durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens pro Monat von 0,31788107 niedriger ist als der Gini-Koeffizient der Verteilung des fiktiven durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens pro Monat von 0,31831983. Daraus lässt sich unter den getroffenen Annahmen folgern, dass von den indirekten Bruttozinsmehreinkommen der westdeutschen privaten Haushalte aus Sparsbüchern eine einkommensnivellierende Wirkung ausging. Dieses Inzidenzresultat ist zunächst überraschend, weil die Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen überdurchschnittlich Sparsbücher und ein überdurchschnittlich hohes Sparsbuchguthaben besitzen. Die Erklärung dürfte sein, dass der Grad der Ungleichverteilung der Haushalte mit Bruttogeldvermögen auf Sparsbüchern zu Gunsten des mittleren und oberen Nettoeinkommensbereichs geringer ist als der Grad der Ungleichverteilung der Nettoeinkommens zu Gunsten des mittleren und oberen Nettoeinkommensbereichs.

(3.2) Analyse der personellen Verteilung der indirekten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der Besitzer sonstiger Geldforderungen gegenüber den Geschäftsbanken

In diesem Unterabschnitt werden die indirekten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus sonstigen Geldforderungen gegenüber den Geschäftsbanken auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet. Dazu wird die in der EVS 1993 ausgewiesene Verteilung der Sparbriefe der westdeutschen privaten Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen analysiert (vgl. Tabelle 30). Über die personelle Verteilung der Termineinlagen und Festgelder liegen keine EVS-Daten vor. Bei der Analyse wird die personelle Inzidenz der von den Geschäftsbanken an die nicht-

finanziellen Unternehmen, Versicherungen und sonstigen Kapitalsammelstellen mit sonstigen Geldforderungen weitergeleiteten schuldeninduzierten Bruttozinsmehrträge aus Staatsschuldtiteln nicht analysiert. Es lässt sich wiederum nur feststellen, dass die indirekt begünstigten privaten Eigentümer und Anteilseigner der betroffenen Unternehmen überdurchschnittlich in den oberen Nettoeinkommensklassen vertreten sind. Daher ist eine differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung zwar plausibel aber nicht zwingend.

In Tabelle 30 wird deutlich, dass der Anteil der Haushalte mit Sparbriefen an der Zahl der Haushalte pro Nettoeinkommensklasse mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen kontinuierlich von 10,5% auf 29,3% ansteigt. Des weiteren ist das durchschnittliche Guthaben auf Sparbriefen in der obersten Nettoeinkommensklasse mehr als doppelt so hoch wie in der untersten Nettoeinkommensklasse. Es steigt mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen zwar nicht kontinuierlich aber doch tendenziell an. Insgesamt ist es plausibel anzunehmen, dass die Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen gegenüber den Haushalten mit einem niedrigen Nettoeinkommen überdurchschnittlich indirekte schuldeninduzierte Bruttozinsmehrträge aus ihren Sparbriefen erzielen, weil sie überdurchschnittlich Sparbriefe halten und ein überdurchschnittlich hohes Guthaben bei Sparbriefen besitzen.⁴⁵⁵

Tabelle 30: Verteilung der Sparbriefe der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Haushalte pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Sparbriefen (in 1.000)	Haushalte mit Sparbriefen in % der Haushalte pro Klasse	Durchschnittliches Sparbriefguthaben je Haushalt (in DM)
unter 1000	1.474	155	10,5	15.541
1000 - 1600	2.752	387	14,1	19.919
1600 - 2000	2.529	491	19,4	21.554
2000 - 2500	4.075	913	22,4	24.999
2500 - 3000	3.190	764	24,0	26.687
3000 - 4000	5.201	1.356	26,1	24.050
4000 - 5000	3.757	1.019	27,1	24.167
5000 - 7500	4.178	1.227	29,3	25.806
7500 - 35000	1.491	436	29,3	33.546

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.12; eigene Berechnungen.

⁴⁵⁵

Vgl. Statistisches Bundesamt (1997a), Tabelle 1.12.

Es stellt sich nun wieder die Frage, wie die indirekten schuldeninduzierten Bruttozinsmehr-einkommen der westdeutschen privaten Haushalte aus Sparbriefen zwischen 1990 und 1997 die personelle Nettoeinkommensverteilung beeinflussten. Dazu wurde in Tabelle 31 im Anhang für das Jahr 1993, stellvertretend für den gesamten Zeitraum, untersucht, wie sich das in der EVS ausgewiesene durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat (incl. fiktiver Bruttozinsmehr-einkommen aus Sparbriefen) und das fiktive durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat (ohne fiktive Bruttozinsmehr-einkommen aus Sparbriefen) jeweils verteilen. Bei den Berechnungen wurde fiktiv unterstellt, dass das tatsächliche durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat fiktive Bruttozinsmehr-einkommen aus einem Anstieg der Verzinsung des durchschnittlichen Sparbriefguthabens je Haushalt am 31.12.1993 um 1,5 Prozentpunkte enthält und um die Einkommensteuerzahlungen für die fiktiven Bruttozinsmehr-einkommen pro Monat geringer ausgefallen ist. Es zeigt sich, dass der Gini-Koeffizient der Verteilung des tatsächlichen durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens pro Monat von 0,31788107 niedriger ist als der Gini-Koeffizient der Verteilung des fiktiven durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens pro Monat von 0,31893985. Unter den getroffenen Annahmen ging also von den indirekten Bruttozinsmehr-einkommen der westdeutschen privaten Haushalte aus Sparbriefen eine einkommensnivellierende Wirkung aus.

(3.3) Analyse der personellen Verteilung der indirekten schuldeninduzierten Bruttomehr-einkommen der Eigentümer und Anteilseigner der Geschäftsbanken

Bei der statistischen Zurechnung der indirekten schuldeninduzierten Bruttoerwerbsmehr-einkommen der Eigentümer der privaten Geschäftsbanken und der indirekten schuldeninduzierten Bruttovermögensmehr-einkommen der Anteilseigner der privaten Geschäftsbanken auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen müssen wiederum die indirekt begünstigten Eigentümer und Anteilseigner auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet werden. Diese sind, genauso wie die Eigentümer und Anteilseigner der nicht-finanziellen Unternehmen, überdurchschnittlich in den oberen Nettoeinkommensklassen vertreten (vgl. Tabelle 20, 21 und 23). Diese Ungleichverteilung deutet darauf hin, dass die indirekten Bruttomehr-einkommen der Eigentümer und Anteilseigner der privaten Geschäftsbanken überdurchschnittlich an Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen flossen. Daraus resultierte zwar vermutlich aber nicht zwingend eine differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung.

Gesamtfazit

Nach den empirischen Untersuchungen in den Tabellen 26, 28 und 30 haben sich die schuldeninduzierten Bruttozinsmehr-einkommen und Bruttozinsmehr-erträge der westdeutschen Staatsschuldgläubiger überdurchschnittlich in direkten und indirekten Bruttomehr-einkommen

der privaten Haushalte aus dem mittleren und v.a. aus den oberen Nettoeinkommensbereich und lediglich unterdurchschnittlich in Bruttomehreincome der privaten Haushalte aus dem unteren Nettoeinkommensbereich niedergeschlagen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die schuldeninduzierten Bruttomehreincome zwangsläufig auch differenzierend auf die personelle Nettoeinkommensverteilung in Westdeutschland wirkten. Nach den fiktiven Berechnungen in den Tabellen 27, 29 und 31 im Anhang wirkten die direkten Bruttozinsmehreincome aus Staatsschuldtiteln und die indirekten Bruttozinsmehreincome aus Sparbüchern und Sparbriefen unter den getroffenen Annahmen sogar einkommensnivellierend. Dagegen ging von den indirekten Bruttomehreincome der privaten Eigentümer und Anteilseigner der nicht-finanziellen Unternehmen, Versicherungen, sonstigen Kapitalsammelstellen und Geschäftsbanken mit Staatsschuldtiteln und mit Geldforderungen gegenüber den Geschäftsbanken vermutlich, wenn auch nicht zwingend, eine einkommensdifferenzierende Wirkung aus. Für eine genauere empirische Überprüfung dieser These fehlen die erforderlichen statistischen Daten. Bei den innerhalb des Geschäftsbankensektors versickernden Bruttozinsmehrerträgen, den an die Bundesbank weitergeleiteten Bruttozinsmehrerträgen und den Bruttozinsmehrerträgen der öffentlich-rechtlichen Geschäftsbanken war eine personelle Inzidenzanalyse überhaupt nicht möglich.

Insgesamt betrachtet lässt sich also die Gesamtwirkung der schuldeninduzierten Bruttozinsmehreincome und Bruttozinsmehrerträge der westdeutschen Staatsschuldgläubiger auf die personelle Nettoeinkommensverteilung in Westdeutschland mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial weder quantifizieren noch hinsichtlich ihrer Richtung eindeutig empirisch ableiten. Dafür sind die einzelnen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen erstens zu wenig gleichgerichtet und zweitens mangels Quantifizierbarkeit auch nicht vergleichbar. Drittens lässt sich ihre Richtung teilweise überhaupt nicht und teilweise zumindest nicht eindeutig empirisch ermitteln.

Außerdem gilt es bei der Interpretation der oben abgeleiteten Inzidenzergebnisse zu berücksichtigen, dass die EVS die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 35.000 DM überhaupt nicht und das Nettoeinkommen und Bruttogeldvermögen der erfassten privaten Haushalte nur unvollständig erfasst, weil sie sich bei der Befragung selbst in Nettoeinkommensklassen einstufen müssen und die Bereitschaft zur Angabe der korrekten Einkommens- und Vermögensverhältnisse begrenzt ist. Dies gilt insbesondere für die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen. Nach der Depotstatistik der Deutschen Bundesbank besitzen die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 35.000 DM einen erheblichen Teil des privaten Wertpapierbesitzes. Infolgedessen unterschätzt die EVS die Konzentration in der Verteilung des privaten Bruttogeldvermögens. Deshalb besteht durchaus die Möglichkeit, dass die direkten Bruttozinsmehreincome der privaten Haushalte

te aus Staatsschuldtiteln und die indirekten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus Sparbüchern und Sparbriefen tatsächlich doch einkommensdifferenzierend wirkten.⁴⁵⁶

Es ist indes nicht zu erwarten, dass die direkten und indirekten schuldeninduzierten Bruttomehreinkommen der privaten Haushalte die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet spürbar beeinflussten. Dafür spricht erstens der relativ geringe Anteil der jährlichen Bruttogeldvermögenseinkommen des *Sektors der privaten Haushalte* am gesamten jährlichen Bruttoeinkommen dieses Sektors. Er erreichte im Zeitraum 1990 bis 1997 lediglich einen Wert zwischen 7,3% und 8,0% (vgl. Tabelle 32). Entsprechend ist auch der Anteil der durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinnahmen aus Vermögen *je Haushalt* (ohne Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und ohne den fiktiven Mietwert der Eigentümerwohnungen) am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen *je Haushalt* sowohl im Durchschnitt aller Haushalte als auch in den einzelnen Nettoeinkommensklassen relativ gering. Nach den Daten der Tabelle 20 erreichte er im alten Bundesgebiet im Durchschnitt aller Haushalte lediglich 3,4% und innerhalb der einzelnen Nettoeinkommensklassen lediglich Werte zwischen 2,1% und 4,5%. Schließlich zeigen die fiktiven Berechnungen in Tabelle 27, 29 und 31 im Anhang unter den getroffenen Annahmen lediglich eine geringe Abweichung des „tatsächlichen“ Gini-Koeffizienten vom „fiktiven“ Gini-Koeffizienten. Diese geringe Diskrepanz lässt vermuten, dass die direkten und indirekten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der westdeutschen privaten Haushalte aus Staatsschuldtiteln, Sparbüchern und Sparbriefen die personelle Nettoeinkommensverteilung nicht spürbar beeinflussten.

Tabelle 32: Bruttogeldvermögen und Bruttogeldvermögenseinkommen des Sektors der privaten Haushalte in Deutschland seit 1990 (in Mrd. DM)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Bruttogeldvermögen am Jahresende	3005,1	3485,9	3716,4	4092,2	4312,0	4652,3	4955,0	5361,6
Bruttogeldvermögensbildung pro Jahr*	205,5	248,1	257,8	235,3	229,8	237,2	249,2	243,2
Bruttogeldvermögenseinkommen	152,4	181,0	205,0	212,4	219,9	215,5	212,8	224,4
Bruttoeinkommen der privaten Haushalte	1971,9	2378,1	2563,7	2653,9	2735,1	2883,3	2910,1	2966,6
Bruttogeldvermögenseinkommen**	7,7	7,6	8,0	8,0	8,0	7,5	7,3	7,6

* Bruttogeldvermögensbildung = Wertänderungen des Bruttogeldvermögens + private Ersparnis korrigiert um empfangene und geleistete Vermögensübertragungen

** in % des gesamten Bruttoeinkommens der privaten Haushalte

Quelle: DIW (Wochenbericht Nr. 30/1999), S. 559 ff; DIW (Wochenbericht Nr. 30/1998), S. 541 ff; Schäfer, C. (1999), S. 746; eigene Berechnungen.

7.4.2.2.2 Analyse der personellen Verteilung der (schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der) sonstigen Kapitalanbieter aus dem Inland

Bei der Analyse des Kreditmengen- und Zinssatzeffektes der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung auf dem deutschen Kapitalmarkt in Abschnitt 7.4.2.1 zeigte sich, dass neben den Staatsschuldgläubigern auch die sonstigen privaten Kapitalanbieter aus dem Inland zins- und mengeninduzierte Bruttozinsmehreinkommen erzielten. Dies sind die Besitzer verzinslicher privater Schuldtitel. In diesem Abschnitt sollen die schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der sonstigen privaten Kapitalanbieter zwischen 1990 und 1997 auf die westdeutschen Haushalte nach Nettoeinkommensklassen statistisch zugerechnet werden.

Bei der statistischen Zurechnung der direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträge der nicht-finanziellen und finanziellen Unternehmen aus verzinslichen privaten Schuldtiteln stellt sich wiederum das Problem, dass sie den Sektor der privaten Haushalte erst auf indirektem Wege erreichten. Es profitierten erneut die privaten Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen in Form indirekter schuldeninduzierter Bruttoerwerbs- und Bruttovermögensmehreinkommen und die privaten Besitzer von Geldforderungen gegenüber den Geschäftsbanken in Form indirekter schuldeninduzierter Bruttozinsmehreinkommen. Nach den Erkenntnissen aus Abschnitt 7.4.2.2.1 flossen diese indirekten Bruttomehreinkommen überdurchschnittlich an Haushalte aus dem oberen Nettoeinkommensbereich und nur unterdurchschnittlich an Haushalte aus dem unteren Nettoeinkommensbereich. Daraus resultierte aber nicht zwangsläufig eine differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung, da die einzelnen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der weitergeleiteten schuldeninduzierten Bruttozinsmehrerträge gleichzeitig nivellierend und differenzierend waren. Außerdem lässt sich ihre Richtung mit dem statistischen Datenmaterial zum Teil nicht (eindeutig) empirisch ermitteln.

Demgegenüber lässt sich die personelle Verteilung der direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus privaten Schuldtiteln (ohne Aktien) genauer analysieren. Dazu werden die direkten Bruttozinsmehreinkommen aus Sparbüchern, Sparbriefen, Darlehen an Dritte, Investmentfondszertifikaten und sonstigen Wertpapieren auf die westdeutschen privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen statistisch zugerechnet. Bei der Inzidenzanalyse in Abschnitt 7.4.2.2.1 wurde bereits gezeigt, dass die zusätzlichen Bruttozinseinkommen der privaten Haushalte aus Sparbüchern und Sparbriefen einkommensnivellierend wirkten, obwohl die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen gegenüber den Haushalten aus den unteren Nettoeinkommensklassen überdurchschnittlich Sparbücher und Sparbriefe und ein überdurchschnittlich hohes Sparbuch- und Sparbriefguthaben besitzen. Bei der Zurechnung der direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus Investmentfondszertifikaten und aus sonstigen Wertpa-

pieren auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen wird die in der EVS 1993 ausgewiesene Verteilung der Investmentfondszertifikate und sonstigen Wertpapiere der westdeutschen Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen herangezogen.

Tabelle 33: Verteilung der Investmentfondszertifikate der westdeutschen Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Haushalte mit Investmentfondszertifikaten pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Investmentfondszertifikaten in % der Haushalte pro Klasse	Durchschnittliches Guthaben bei Investmentfondszertifikaten je Haushalt (in DM)
unter 1000	50	1,3	41.772
1000 - 1600	144	5,2	14.792
1600 - 2000	145	5,7	16.308
2000 - 2500	325	8,0	18.049
2500 - 3000	318	9,7	17.622
3000 - 4000	581	11,1	19.035
4000 - 5000	506	13,5	17.794
5000 - 7500	647	15,5	24.092
7500 - 35000	268	18,0	35.535

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.12; eigene Berechnungen.

Nach den Daten der Tabelle 33 und Tabelle 34 steigt der Anteil der Haushalte mit Investmentfondszertifikaten bzw. mit sonstigen Wertpapieren an der Zahl der Haushalte pro Nettoeinkommensklasse mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen fast stetig an. So halten die Haushalte aus der obersten Nettoeinkommensklasse zu ca. 18% bzw. zu ca. 15,6% und die Haushalte in der untersten Nettoeinkommensklasse nur zu ca. 1,3% bzw. zu 0% Investmentfondszertifikate bzw. sonstige Wertpapiere, obwohl ihr Anteil an der Zahl der Haushalte pro Nettoeinkommensklasse jeweils 5% beträgt. Demnach besitzen die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen gegenüber den Haushalten aus den unteren Nettoeinkommensklassen überdurchschnittlich Investmentfondszertifikate und sonstige Wertpapiere. Des weiteren steigt das schichtenspezifische durchschnittliche Guthaben in Investmentfondszertifikaten bzw. in sonstigen Wertpapieren mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen zumindest tendenziell an. Es erreicht im oberen Nettoeinkommensbereich jeweils deutlich höhere Werte als im unteren Nettoeinkommensbereich.⁴⁵⁷

⁴⁵⁷

Vgl. Statistisches Bundesamt (2002b), Tabelle 1.1 und (1997a), Tabelle 1.12.

Tabelle 34: Verteilung der sonstigen Wertpapiere der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Haushalte mit sonstigen Wertpapieren pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit sonstigen Wertpapieren in % der Haushalte pro Klasse	Durchschnittliches Guthaben in sonstigen Wertpapieren je Haushalt (in DM)
unter 1000	/	/	/
1000 - 1600	119	4,3	28.718
1600 - 2000	167	6,6	18.063
2000 - 2500	243	6,0	22.066
2500 - 3000	217	6,8	15.553
3000 - 4000	456	8,8	19.828
4000 - 5000	373	9,9	20.786
5000 - 7500	459	11,0	26.147
7500 – 35000	233	15,6	40.843

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.12; eigene Berechnungen.

Insgesamt zeigen die Daten in Tabelle 33 und Tabelle 34, dass die direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus Investmentfondszertifikaten und aus sonstigen Wertpapieren zwischen 1990 und 1997 überdurchschnittlich an Haushalte aus dem mittleren und v.a. oberen Nettoeinkommensbereich und lediglich unterdurchschnittlich an Haushalte aus dem unteren Nettoeinkommensbereich flossen. Daraus resultierte nach den fiktiven Berechnungen in Tabelle 35 und Tabelle 36 im Anhang für das Jahr 1993 aber sogar eine nivellierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung. Bei den Berechnungen wurde fiktiv unterstellt, dass das in der EVS ausgewiesene durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat um fiktive monatliche Bruttozinsmehreinkommen aus einem Anstieg der Verzinsung des durchschnittlichen Guthabens in Investmentfondszertifikaten je Haushalt bzw. der Verzinsung des durchschnittlichen Guthabens in sonstigen Wertpapieren je Haushalt am 31.12.1993 um je 1,5 Prozentpunkte höher und um die Einkommensteuerzahlungen für die fiktiven Bruttozinsmehreinkommen pro Monat geringer ausgefallen ist. Diese fiktiven Bruttozinsmehreinkommen sollen die direkten schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus Investmentfondszertifikaten und aus sonstigen Wertpapieren im Jahr 1993 darstellen. Es zeigt sich, dass das fiktive durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen (ohne fiktive Bruttozinsmehreinkommen aus Investmentfondszertifikaten bzw. aus sonstigen Wertpapieren) ungleichmäßiger verteilt ist als das tatsächliche durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen (incl. fiktiver Bruttozinsmehreinkommen aus Investmentfondszertifikaten bzw. aus sonstigen Wertpapieren), da der „tatsächli-

che“ Gini-Koeffizient von 0,31788107 niedriger ist als der „fiktive“ Gini-Koeffizient von 0,31898189 (Tabelle 35) bzw. 0,31911509 (Tabelle 36).

Bei der statistischen Zurechnung der direkten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus Darlehen an Dritte besteht das Problem, dass die EVS keine statistischen Daten über die Verteilung der Haushalte mit Darlehen an Dritte und über die Verteilung der durchschnittlichen vergebenen Darlehensbeträge nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen enthält. Deshalb kann die personelle Verteilung der direkten Bruttozinsmehreinkommen aus Darlehen an Dritte nicht ermittelt werden. Es lässt sich auf der Grundlage der EVS 1998 lediglich berechnen, dass der Anteil der monatlichen Ausgaben für „Ausleihungen von Geld an Dritte“ am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen zunächst bis zum mittleren Nettoeinkommensbereich von 0,88% auf 1,40% ansteigt und danach wieder auf Werte knapp über 1% zurückgeht. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass die Haushalte aus dem mittleren Nettoeinkommensbereich zugleich auch überdurchschnittlich von den direkten Bruttozinsmehreinkommen der privaten Haushalte aus Darlehen an Dritte profitierten.

Insgesamt betrachtet ist die Gesamtwirkung der schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der sonstigen privaten Kapitalanbieter aus verzinslichen privaten Schuldtiteln auf die personelle Nettoeinkommensverteilung also unbestimmt und nicht eindeutig empirisch ableitbar. Es ist aber erneut nicht davon auszugehen, dass die direkten und indirekten Bruttomehreinkommen der privaten Haushalte die personelle Nettoeinkommensverteilung spürbar beeinflussten. Dafür sind die durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinnahmen aus Bruttogeldvermögen je Haushalt in Relation zum durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen aller Haushalte mit einem Wert von lediglich 3,4% und innerhalb der einzelnen Nettoeinkommensklassen mit Werten zwischen 2,1% und 4,5% quantitativ zu unbedeutend und zwischen den Nettoeinkommensklassen zu wenig ungleichmäßig verteilt. Außerdem zeigen die fiktiven Berechnungen in Tabelle 26, 29, 30, 34 und 35 jeweils lediglich eine geringe Abweichung des „tatsächlichen“ vom „fiktiven“ Gini-Koeffizienten.

7.4.2.2.3 Analyse der personellen Verteilung der (schuldeninduzierten Zinsmehrkosten und sonstigen finanziellen Lasten der) privaten Kapitalnachfrager aus dem Inland

Bei der Analyse des Zinssatzeffektes der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung auf dem deutschen Kapitalmarkt in Abschnitt 7.4.2.1 wurde festgestellt, dass die westdeutschen privaten Kapitalnachfrager als Folge des steigenden Kapitalmarktzinssatzes vor und nach der deutschen Vereinigung zusätzliche Zinskosten tragen mussten, wenn sie an ihre Gläubiger höhere Nominalzinsen zahlen mussten. Außerdem mussten die vom Kapitalmarkt

verdrängten aktuellen Kapitalnachfrager und die nicht auf den Kapitalmarkt eintretenden potentiellen Kapitalnachfrager sonstige finanzielle Lasten tragen.

In diesem Abschnitt sollen die schuldeninduzierten Zinsmehrkosten und sonstigen finanziellen Lasten der westdeutschen privaten Kapitalnachfrager auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet werden. Dazu wird in Unterabschnitt (1) die Kapitalnachfrage der privaten nicht-finanziellen Unternehmen für Sachinvestitionen, in Unterabschnitt (2) die Kapitalnachfrage der privaten Haushalte für Konsumentenkredite und in Unterabschnitt (3) die Kapitalnachfrage der privaten Haushalte für Baukredite (z.B. für den Erwerb von Wohneigentum, für Neubauten oder für Modernisierungen) analysiert.

(1) Analyse der personellen Verteilung der schuldeninduzierten Zinsmehrkosten und sonstigen finanziellen Lasten der privaten nicht-finanziellen Unternehmen

Bei der statistischen Zurechnung der schuldeninduzierten Zinsmehrkosten und sonstigen finanziellen Lasten der privaten nicht-finanziellen Unternehmen seit 1990 auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen ist eine direkte und detaillierte Zurechnung nicht möglich, da sie sich über einen niedrigeren Betriebsgewinn der betroffenen Unternehmen erst auf „Umwegen“ im Sektor der privaten Haushalte in Form indirekter Bruttoerwerbs- und Bruttovermögensmindereinkommen der privaten Eigentümer bzw. Anteilseigner der betroffenen Unternehmen niederschlugen. Dabei mussten die privaten Eigentümer den Rückgang des Betriebsgewinns voll tragen, während die Anteilseigner einen geringeren Anteil am Betriebsgewinn oder niedrigere Dividendenzahlungen erhielten. Außerdem mussten sie ggf. noch Kursverluste bei ihren Aktien hinnehmen. Da die privaten Eigentümer und Anteilseigner der nicht-finanziellen Unternehmen überdurchschnittlich im oberen Nettoeinkommensbereich vertreten sind (vgl. Tabelle 20, 21 und 23), belasteten die indirekten schuldeninduzierten Bruttomindereinkommen diese Haushalte offensichtlich überdurchschnittlich. Nach den Erkenntnissen aus Abschnitt 7.4.2.2.1 ist eine nivellierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung zwar plausibel aber keinesfalls zwingend. Mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial lässt sich diese These leider nicht genauer empirisch überprüfen.

(2) Analyse der personellen Verteilung der schuldeninduzierten Zinsmehrkosten der privaten Haushalte bei Konsumentenkrediten

In diesem Unterabschnitt sollen die schuldeninduzierten Zinsmehrkosten der privaten Haushalte bei Konsumentenkrediten seit 1990 auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen statistisch zugerechnet werden. Dazu greift diese Studie zunächst auf die in der EVS 1993 ausgewiesene Verteilung der Konsumentenkredite (Klein-, Anschaffungs- und Dispositionskredite) der westdeutschen privaten Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zurück. Nach den Daten der Tabelle 37 steigt der schichtenspezifische

Anteil der Haushalte mit Konsumentenkrediten an der Zahl der Haushalte pro Nettoeinkommensklasse mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen zunächst kontinuierlich von 11% bis auf 21,4% in der Nettoeinkommensklasse von 4.000 DM bis unter 5.000 DM an und geht bei einem weiter steigenden Haushaltsnettoeinkommen wieder bis auf 17,7% zurück. Des weiteren zeigt die EVS 1998 für Westdeutschland eine positive Korrelation zwischen dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und den durchschnittlichen Kreditverpflichtungen bei Konsumentenkrediten. Diese steigen mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen fast kontinuierlich von 1.018 DM auf 4.845 DM an (vgl. Tabelle 38 im Anhang). Insgesamt zeigt sich, dass die Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen im Vergleich zu den Haushalten aus den unteren Nettoeinkommensklassen überdurchschnittlich Konsumentenkredite aufnehmen und überdurchschnittlich hohe Kreditverpflichtungen bei Konsumentenkrediten besitzen. Deshalb ist es plausibel anzunehmen, dass die schuldeninduzierten Zinsmehrkosten der privaten Haushalte bei Konsumentenkrediten seit dem Jahr 1990 die Haushalte im mittleren und oberen Nettoeinkommensbereich auch überdurchschnittlich belasteten.⁴⁵⁸

Tabelle 37: Verteilung der Konsumentenkredite der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Haushalte pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Konsumentenkrediten pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Konsumentenkrediten in % der Haushalte pro Klasse
unter 1000	1.474	162	11,0
1000 - 1600	2.752	308	11,2
1600 - 2000	2.529	361	14,3
2000 - 2500	4.075	704	17,2
2500 - 3000	3.190	593	18,6
3000 - 4000	5.201	1.037	20,0
4000 - 5000	3.757	806	21,4
5000 - 7500	4.178	844	20,2
7500 - 35000	1.491	264	17,7

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.25; eigene Berechnungen.

⁴⁵⁸

Vgl. Statistisches Bundesamt (1997a), Tabelle 1.25 und (2002a), Tabelle 13.7.1.

Es stellt sich nun wiederum die Frage, ob diese Ungleichverteilung der schuldeninduzierten Zinsmehrkosten der privaten Haushalte bei Konsumentenkrediten auch eine nivellierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung generierte. In Tabelle 38 im Anhang wird anhand von fiktiven Berechnungen für das Jahr 1998 gezeigt, dass die zusätzlichen Zinsausgaben der privaten Haushalte bei Konsumentenkrediten seit 1990 eher einkommensdifferenzierend wirkten. Nach den durchgeführten Berechnungen verteilt sich das fiktive durchschnittliche Haushaltsfinaleinkommen pro Monat (ohne fiktive monatliche Zinsmehrtausgaben aus einem fiktiven Anstieg der Verzinsung der durchschnittlichen Konsumentenkreditschulden je Haushalt pro Jahr um 1,5%) mit einem Gini-Koeffizienten von 0,33075770 weniger ungleichmäßig als das in der EVS ausgewiesene durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat (incl. fiktiver monatlicher Zinsmehrausgaben) mit einem Gini-Koeffizienten von 0,33082415. Bei den Berechnungen wurde unterstellt, dass das durchschnittliche Haushaltsfinaleinkommen pro Monat um die fiktiven monatlichen Zinsmehrausgaben über dem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen pro Monat gelegen hätte, wenn die Zinsmehrausgaben für Konsumentenkredite die Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten der privaten Haushalte nicht eingeschränkt hätten. Das abgeleitete Inzidenzergesult ist nicht überraschend, da der schichtenspezifische Anteil der fiktiven monatlichen Zinsmehrausgaben der westdeutschen Haushalte für Konsumentenkredite am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen tendenziell von 0,093% in der untersten Nettoeinkommensklasse bis auf 0,045% in der obersten Nettoeinkommensklasse zurückgeht. Offensichtlich ist die personelle Nettoeinkommensverteilung gleichmäßiger als die personelle Verteilung der schuldeninduzierten Zinsmehrkosten.

(3) Analyse der personellen Verteilung der schuldeninduzierten Zinsmehrkosten der privaten Haushalte bei Baukrediten

Bei der statistischen Zurechnung der schuldeninduzierten Zinsmehrkosten der privaten Haushalte bei Baukrediten seit 1990 auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen besteht das Problem, dass die EVS die Verteilung der Baukredite nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und die durchschnittlichen Kreditverpflichtungen bei Baukrediten nicht erfasst. Deshalb greift die vorliegende Studie zunächst auf die in der EVS 1993 ausgewiesene Verteilung der Bausparverträge der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 und auf die Verteilung ihrer monatlichen Ausgaben für die Verzinsung von Baukrediten nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zurück. Nach Tabelle 39 steigt der Anteil der Haushalte mit Bausparverträgen an der Zahl der Haushalte pro Nettoeinkommensklasse mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen bis zur zweitobersten Nettoeinkommensklasse kontinuierlich von 16% auf 60,1% an, um in der obersten Nettoeinkommensklasse wieder auf 54,4% zu sinken. Außerdem steigt der schichtenspezifische Anteil

der monatlichen Zinsausgaben für Baudarlehen am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, ausgehend von der Nettoeinkommensklasse von 2.000 DM bis unter 2.500 DM, mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen kontinuierlich von 0,32% auf 6,48% an. Insgesamt wird deutlich, dass die Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen im Vergleich zu den Haushalten aus den unteren Nettoeinkommensklassen überdurchschnittlich Bausparverträge besitzen und, bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen, überdurchschnittlich hohe monatliche Zinsausgaben für Baudarlehen tätigen. Dies lässt vermuten, dass sie auch überdurchschnittlich Baukredite aufnehmen und überdurchschnittlich hohe Kreditverpflichtungen bei Baukrediten besitzen. Deshalb ist es plausibel anzunehmen, dass die schuldeninduzierten Zinsmehrkosten der privaten Haushalte bei Baukrediten seit 1990 überdurchschnittlich die Haushalte im mittleren und oberen Nettoeinkommensbereich und nur unterdurchschnittlich die Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich belasteten. Dies spricht für eine nivellierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung. Dazu müsste allerdings die Nettoeinkommensverteilung ungleichmäßiger sein als die personelle Verteilung der schuldeninduzierten Zinsmehrkosten.

Tabelle 39: Verteilung der Bausparverträge der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 und Verteilung ihrer monatlichen Zinsausgaben für Baudarlehen in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Haushalte pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Bausparverträgen pro Klasse (in 1.000)	Haushalte mit Bausparverträgen in % der Haushalte pro Klasse	Zinsausgaben für Baudarlehen und Ähnliches je Haushalt pro Monat in DM (in %*)
unter 1000	1.474	236	16,0	/
1000 - 1600	2.752	446	16,2	/
1600 - 2000	2.529	610	24,1	6,39 (0,35)
2000 - 2500	4.075	1.330	32,6	7,26 (0,32)
2500 - 3000	3.190	1.292	40,5	15,48 (0,57)
3000 - 4000	5.201	2.585	49,7	44,70 (1,28)
4000 - 5000	3.757	2.174	57,9	84,27 (1,88)
5000 - 7500	4.178	2.510	60,1	235,02 (3,86)
7500 - 35000	1.491	811	54,4	673,69 (6,48)

* in % des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 2 (Tabelle 1.8); Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4 (Tabelle 1.1); eigene Berechnungen.

Diese These bestätigen die fiktiven Berechnungen in Tabelle 40 im Anhang für das Jahr 1993. In Analogie zu den Berechnungen in Tabelle 38 wurde hier analysiert, wie sich das fiktive durchschnittliche Haushaltsfinaleinkommen pro Monat (ohne fiktive monatliche Zinsmehrausgaben aus einem fiktiven Anstieg der Verzinsung der durchschnittlichen Baukreditschulden je Haushalt pro Jahr) und das in der EVS ausgewiesene durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat (incl. fiktiver monatlicher Zinsmehrausgaben) verteilen. Bei der Berechnung der fiktiven monatlichen Zinsmehrausgaben für Baudarlehen je Haushalt wurde davon ausgegangen, dass die tatsächlichen monatlichen Zinsausgaben für Baudarlehen je Haushalt im Jahr 1993 um 1,5% höher ausgefallen sind, weil die Verzinsung der durchschnittlichen Baukreditschulden je Haushalt in diesem Jahr fiktiv angestiegen ist. Da der Gini-Koeffizient der Verteilung des tatsächlichen durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens pro Monat von 0,31788107 niedriger ist als der Gini-Koeffizient der Verteilung des fiktiven durchschnittlichen Haushaltsfinaleinkommens pro Monat von 0,31804808, ging von den zusätzlichen Zinsausgaben der privaten Haushalte für Baukredite seit 1990 offensichtlich eine einkommensnivellierende Wirkung aus. Dieses Inzidenzergbenis passt mit der Tatsache zusammen, dass der schichtenspezifische Anteil der fiktiven monatlichen Zinsmehrausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für Baudarlehen je Haushalt am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen, ausgehend von der Nettoeinkommensklasse von 2.000 DM bis unter 2.500 DM, kontinuierlich von 0,005% auf 0,096% ansteigt.⁴⁵⁹

7.4.2.2.4 Analyse der personellen Verteilung der (schuldeninduzierten Bruttogeldvermögensverluste der) privaten Wertpapierbesitzer im Inland

Schließlich zeigte die Analyse des Zinssatzeffektes der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung auf dem deutschen Kapitalmarkt in Abschnitt 7.4.2.1, dass die Besitzer von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien als Folge des schuldeninduzierten Rückgangs der Wertpapierkurse auf dem Wertpapiermarkt in 1990 bis 1992 einen Bruttogeldvermögensverlust tragen mussten, wenn sie ihre Wertpapiere zu den niedrigeren Kursen verkauften und damit die buchmäßigen Kursverluste realisierten. Dies belastete gleichermaßen die Staatsschuldgläubiger und die Besitzer privater Schuldpapiere, da sich der Rückgang der Wertpapierkurse gleichermaßen auf staatliche Schuldpapiere und private Schuldpapiere erstreckte.

Bei der statistischen Zurechnung der schuldeninduzierten Bruttogeldvermögensverluste der inländischen privaten Wertpapierbesitzer auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkom-

⁴⁵⁹

Vgl. Statistisches Bundesamt (1997a), Tabelle 1.8 und (1997b), Tabelle 1.1.

mensklassen wird in zwei Schritten vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die schuldeninduzierten Bruttogeldvermögensverluste der privaten nicht-finanziellen und finanziellen Unternehmen aus dem Kursrückgang ihrer Wertpapiere näherungsweise zugerechnet. Nach den Erkenntnissen aus den vorherigen Abschnitten ist es plausibel anzunehmen, dass sie auf indirektem Wege die privaten Eigentümer und Anteilseigner der betroffenen Unternehmen durch indirekte Bruttoerwerbs- und Bruttovermögensmindereinkommen und die privaten Haushalte mit verzinslichen Geldforderungen gegenüber den Geschäftsbanken durch indirekte Bruttozinsmindereinkommen belasteten. Da die Eigentümer und Anteilseigner der finanziellen und nicht-finanziellen Unternehmen überdurchschnittlich im oberen Nettoeinkommensbereich vertreten sind (vgl. Tabelle 20, 21 und 23), belasteten ihre indirekten Bruttomindereinkommen überdurchschnittlich die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen. Daraus resultierte zwar vermutlich aber nicht zwingend eine einkommensnivellierende Wirkung. Darüber hinaus belasteten auch die indirekten Bruttozinsmindereinkommen der privaten Haushalte mit verzinslichen Geldforderungen gegenüber den Geschäftsbanken überdurchschnittlich die Haushalte aus den mittleren und v.a. oberen Nettoeinkommensklassen, da diese Haushalte überdurchschnittlich viele Sparbücher und Sparbriefe halten und ein überdurchschnittlich hohes Guthaben bei diesen Bruttogeldvermögensformen besitzen (vgl. Tabelle 28 und 30). Daraus resultierte nach den fiktiven Berechnungen in Tabelle 29 und 31 im Anhang aber keine nivellierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung. Es zeigte sich, dass von den indirekten Bruttozinsmindereinkommen aus Sparbüchern und Sparbriefen eine einkommensdifferenzierende Wirkung ausging.

In einem zweiten Schritt werden die direkten schuldeninduzierten Bruttogeldvermögensverluste der privaten Haushalte mit Staatsschuldtiteln, Investmentfondszertifikaten und sonstigen Wertpapieren auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet. Dazu werden zunächst die fiktiven Berechnungsergebnisse aus den Tabellen 27, 35 und 36 im Anhang herangezogen. In diesen Tabellen wurde gezeigt, dass zusätzliche Bruttozinseinkommen der privaten Haushalte aus Staatsschuldtiteln, aus Investmentfondszertifikaten und aus sonstigen Wertpapieren jeweils nivellierend auf die personelle Nettoeinkommensverteilung wirken. Dementsprechend ging von den Bruttogeldvermögensverlusten der privaten Haushalte aus einem Kursrückgang bei diesen Vermögensformen ungekehrt dazu jeweils eine einkommensdifferenzierende Wirkung aus.

In einem dritten Schritt wird schließlich noch anhand von fiktiven Berechnungen für das Jahr 1993 in Tabelle 41 im Anhang die personelle Inzidenz der schuldeninduzierten Bruttogeldvermögensverluste der privaten Haushalte aus einem Kursrückgang bei Aktien untersucht. Hier wurde analysiert, wie sich das fiktive durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat (ohne einen fiktiven realisierten Kursverlust bei Aktien) und das in der EVS ausgewie-

sene durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat (incl. eines fiktiven realisierten Kursverlustes bei Aktien) verteilen. Bei den Berechnungen wurde fiktiv unterstellt, dass das tatsächliche durchschnittliche Aktienguthaben je Haushalt am 31.12.1993 in jeder Nettoeinkommensklasse um 3% geringer ausgefallen ist, weil die Aktienkurse in diesem Jahr zinsbedingt gefallen sind und dadurch der Wert des Aktienguthabens gesunken ist. Unter dieser Annahme ist das tatsächliche durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Monat um die fiktiven monatlichen Bruttovermögensmindereinkommen geringer ausgefallen und um die Einkommensteuerersparnisse für die fiktiven realisierten Kursverluste höher ausgefallen. Die fiktiven Bruttovermögensmindereinkommen pro Jahr entsprechen dem fiktiven Verlust an Aktienguthaben je Haushalt pro Jahr. Da der Gini-Koeffizient der Verteilung des tatsächlichen durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens pro Monat in Höhe von 0,31788107 höher ist als der Gini-Koeffizient der Verteilung des fiktiven durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens pro Monat in Höhe von 0,31638372, wirkte der realisierte Kursverlust bei Aktien offensichtlich differenzierend auf die personelle Nettoeinkommensverteilung. Dieses Inzidenzresultat ist unerwartet, da die Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen gegenüber den Haushalten mit einem niedrigen Nettoeinkommen überdurchschnittlich Aktien halten und ein überdurchschnittlich hohes Aktienguthaben besitzen (vgl. Tabelle 23).

7.4.3 Gesamteinschätzung der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung

Insgesamt betrachtet haben die Untersuchungen zur personellen Inzidenz der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung in Abschnitt 7.4.2 die These von den „unsozialen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen Verschuldung“ weder eindeutig bestätigt noch eindeutig widerlegt. Es zeigte sich zunächst, dass die schuldeninduzierten Bruttozinsmehreinkommen der Staatsschuldgläubiger und sonstigen privaten Kapitalanbieter auf direktem und indirektem Wege in den Sektor der privaten Haushalte flossen und sich dort in direkten und indirekten schuldeninduzierten Bruttomehreinkommen der privaten Haushalte niederschlugen. Dabei begünstigten sie eindeutig überdurchschnittlich die Haushalte aus dem oberen Nettoeinkommensbereich und lediglich unterdurchschnittlich die Haushalte aus dem unteren Nettoeinkommensbereich. Im Gegenzug belasteten die schuldeninduzierten Zinsmehrausgaben und sonstigen finanziellen Lasten der privaten Kapitalnachfrager und die schuldeninduzierten Bruttogeldvermögensverluste der privaten Wertpapierbesitzer ebenfalls eindeutig überdurchschnittlich die Haushalte aus dem oberen Nettoeinkommensbereich.

Daraus resultierte per Saldo aber weder eindeutig eine differenzierende Wirkung noch eindeutig eine nivellierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung. Mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial ließ sich die Gesamtwirkung der vereinigungsbe-

dingten öffentlichen Verschuldung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet weder quantifizieren noch hinsichtlich ihrer Richtung eindeutig empirisch ableiten. Dazu sind die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der einzelnen abgeleiteten Begünstigungen und Belastungen zu wenig gleichgerichtet und mangels Quantifizierbarkeit nicht vergleichbar. Außerdem ließ sich ihre Richtung teilweise nicht oder nicht eindeutig empirisch ermitteln. Es wurde allerdings kein spürbarer Einfluss der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet nachgewiesen. Dafür ist das quantitative Gewicht der Einkommenskategorie „Bruttoeinnahmen aus Geldvermögen“ am monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen im Durchschnitt aller Haushalte zu gering und in den einzelnen Nettoeinkommensklassen auf geringem Niveau zu wenig ungleich verteilt.

Bei der Analyse muss allerdings berücksichtigt werden, dass die vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung über ihre interpersonellen Vermögensverteilungswirkungen eine mittelbare differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet generierte. Dies ist plausibel, weil die Verschuldung die Konzentration in der Verteilung des westdeutschen privaten Bruttogeldvermögens zu Gunsten der Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen zusätzlich verschärfte und darüber die Ungleichverteilung der Bruttogeldvermögenseinkommen der privaten Haushalte zu Gunsten dieser Haushalte zusätzlich verstärkte. Dieser Effekt resultiert daraus, dass die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen im Verschuldungsfall als Reaktion auf die Nichterhebung der „Schuldenvermeidungssteuer“ aus ihrer aktuellen „Steuerersparnis“ im Vergleich zu den Haushalten aus den unteren Nettoeinkommensklassen einen überproportional hohen Betrag sparen. Dahinter steht die Tatsache, dass die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen aus einem höheren „ausgabefähigen“ Einkommen mit einer deutlich höheren Sparquote Ersparnisse bilden. Nach den Daten der Tabelle 42 steigt die Sparquote der westdeutschen privaten Haushalte, ausgehend von negativen Werten in den drei untersten Nettoeinkommensklassen, mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen nämlich stetig an. Dementsprechend steigt auch die schichtenspezifische „Zusatzersparnis“ im Kreditfinanzierungsfall mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen stetig an. Da die private Ersparnis aber die wesentliche Komponente der privaten Bruttogeldvermögensbildung ist, impliziert die Entscheidung für eine Kreditfinanzierung anstelle einer Steuerfinanzierung eine höhere Konzentration in der Verteilung der Bruttogeldvermögensbildung und damit auch in der Verteilung der privaten Bruttogeldvermögensbestände.⁴⁶⁰

460

Vgl. Statistisches Bundesamt (1997a), Tabelle 1.1 und Kurz, R. (1983), S. 77 ff.

Tabelle 42: Verteilung der Ersparnis der westdeutschen privaten Haushalte in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Durchschnittliches ausgabefähiges Einkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	Ersparnis je Haushalt pro Monat (in DM)	Ersparnis je Haushalt pro Monat in % des durchschnittlichen ausgabefähigen Einkommens pro Monat
unter 1000	913,30	-201,24	-22,0
1000 - 1600	1.402,96	-55,90	-4,0
1600 - 2000	1.879,61	-3,69	-0,2
2000 - 2500	2.314,54	83,70	3,6
2500 - 3000	2.828,36	114,49	4,0
3000 - 4000	3.595,58	241,72	6,7
4000 - 5000	4.652,44	418,60	9,0
5000 - 6000	5.710,58	683,22	12,0
6000 - 7500	6.996,10	978,71	14,0
7500 - 10.000	8.934,88	1.463,11	16,4
10.000 - 35.000	13.817,18	3.721,35	26,9

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.1; eigene Berechnungen.

Bei einer kreislauftheoretischen Betrachtung hängt die personelle Inzidenz der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung nicht nur von der staatlichen Kreditaufnahme am Kapitalmarkt, sondern auch von der staatlichen Kreditmittelverwendung ab, wenn die neoklassischen Prämissen der Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren und der Preisniveaustabilität nicht erfüllt sind.⁴⁶¹ Dabei ist der Einfluss der realwirtschaftlichen und inflatorischen Effekte der staatlichen Kreditmittelverwendung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung sehr viel stärker als der Einfluss der Zinseffekte der öffentlichen Nettokreditaufnahme, da das nominale Nettoeinkommen eines Haushalts sehr viel stärker durch die nominalen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, aus selbständiger Arbeit, aus Vermietung und Verpachtung und aus staatlichen Transferzahlungen bestimmt wird als durch die nominalen Bruttoeinnahmen aus Geldvermögen (vgl. dazu Tabelle 20). In Abschnitt 3.1.3 und Abschnitt 6.1 wurde bereits festgestellt, dass die kreditfinanzierten West-Ost-Nettofinanztransfers eine Hauptursache für den vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls und für den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet waren. Deshalb wird in Kapitel 8 und in Abschnitt 10.3 noch genauer untersucht, in welcher Weise sie über einen multiplikativen

⁴⁶¹

Vgl. Hauser, H.-J. (1979), S. 44 ff. und You, J.I./Dutt, K. (1996), S. 346 f.

Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung, der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung, des Volkseinkommens und der Beschäftigung und über einen Anstieg der Inflationsrate die funktionelle Einkommensverteilung, die personelle Vermögensverteilung und die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet beeinflussten.⁴⁶²

In kreislauftheoretischer Hinsicht hängt die personelle Inzidenz der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung zusätzlich auch noch von der Verwendung der direkten und indirekten schuldeninduzierten Bruttomehreinkommen der privaten Haushalte und von der Verwendung der schuldeninduzierten Bruttozinzmehrerträge der Unternehmen ab, da sich dadurch eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Konsum- und Investitionsnachfrage und eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis ergeben kann. Daraus resultieren verteilungsrelevante Preis- und Mengeneffekte auf den Güter- und Faktormärkten.⁴⁶³

In einer umfassenden personellen Verteilungsanalyse der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung müssen schließlich noch die funktionellen Einkommensverteilungswirkungen und die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der schuldeninduzierten Verdrängung zinselastischer privater Nettoinvestitionen berücksichtigt werden. Nach Ansicht der sogenannten „Wachstumstheoretiker“ induziert eine schuldeninduzierte Verdrängung privater Nettoinvestitionen in zukünftigen Perioden eine „differentielle“ Verringerung des realen Wirtschaftswachstums. Diese reale Wachstumseinbuße ist bei einer längerfristigen Betrachtung für die personelle Inzidenz der öffentlichen Verschuldung relevant, weil die wachstumsinduzierten funktionellen Einkommensverteilungswirkungen mittelbar die personelle Nettoeinkommensverteilung beeinflussen.⁴⁶⁴ Darüber hinaus schlägt sich der schuldeninduzierte Rückgang des privaten Sachkapitalbestandes in zukünftigen Perioden zwangsläufig in einem von Periode zu Periode sinkenden Bestand an privaten Schuldtiteln nieder. Dadurch gehen die Bruttozinseinkommen der privaten Haushalte aus privaten Schuldtiteln mengeninduziert zurück. Diese Bruttomindereinkommen sind verteilungsrelevant.⁴⁶⁵

⁴⁶² Vgl. Hellner, U. (1996), S. 172 ff. und Hauser, H.-J. (1979), S. 44 ff.

⁴⁶³ Vgl. Hauser, H.-J. (1979), S. 60 ff.

⁴⁶⁴ Vgl. Kurz, R. (1983), S. 137 ff. und Schimmack, W. (1990), S. 22 ff. und S. 32.

⁴⁶⁵ Vgl. Dieckheuer, G. (1979), S. 16 ff. und S. 19 f.

7.5 Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus den vereinigungsbedingten diskretionären Ausgabenkürzungen in Westdeutschland

Dieser Abschnitt analysiert die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der in Abschnitt 5.4 dargestellten vereinigungsbedingten diskretionären Ausgabenkürzungen in Westdeutschland seit dem Jahr 1990. Eine Quantifizierung der einzelnen Einkommensverteilungswirkungen ist leider nicht möglich, weil das quantitative Gewicht der einzelnen diskretionären Ausgabenkürzungen mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial teilweise nicht und teilweise nur näherungsweise berechnet werden konnte. Dennoch ist eine personelle Verteilungsanalyse der Kürzungen staatlicher Personalausgaben, Sachausgaben, Sozialleistungen und Subventionen sinnvoll, weil das verfügbare statistische Datenmaterial zumindest Tendenzaussagen über die voraussichtliche Richtung der einzelnen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen erlaubt. Dazu werden in einem ersten Schritt die von den verschiedenen Kategorien staatlicher Ausgaben formal begünstigten Personengruppen genauer identifiziert. Dadurch erhält man Aufschluss über die von den diskretionären Ausgabenkürzungen formal belasteten Personengruppen im alten Bundesgebiet. In einem zweiten Schritt werden diese Personengruppen auf die westdeutschen privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen statistisch zugerechnet. Dabei greift die Studie auf die statistischen Daten der EVS und auf Plausibilitätsüberlegungen zurück. Bei der materiellen Inzidenzanalyse der einzelnen diskretionären Ausgabenkürzungen wird jeweils berücksichtigt, dass die westdeutschen Haushalte und Unternehmen auf die Ausgabenkürzungen Anpassungsreaktionen zeigten. Daher können die formale und die effektive Inzidenz voneinander abweichen.

In der folgenden Analyse werden die mittelbaren interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen, die von den wachstumsdämpfenden Effekten der diskretionären Ausgabenkürzungen im alten Bundesgebiet ausgingen, nicht betrachtet. Sie werden stattdessen in Abschnitt 10.3 genauer analysiert.

7.5.1 Personelle Inzidenzanalyse der Kürzungen staatlicher Personalausgaben

Bei den Kürzungen der staatlichen Personalausgaben für öffentliche Arbeiter, Angestellte und Beamte im alten Bundesgebiet seit dem Jahr 1990 können die betroffenen Personengruppen im westdeutschen Sektor der privaten Haushalte aus formaler Sicht relativ problemlos erfasst werden. Es waren die Haushalte von Beamten und die Haushalte von Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst. Nach den Daten der Tabellen 20 und 22 belasteten die Kürzungen der Personalausgaben für öffentliche Arbeiter und Angestellte überdurchschnittlich die Haushalte aus den mittleren Nettoeinkommensklassen, da die Arbeitnehmer überdurchschnittlich im mittleren Nettoeinkommensbereich vertreten sind. Des weiteren belasteten die Kürzungen der staatlichen Personalausgaben für Beamte die Haushalte aus den

mittleren Nettoeinkommensklassen und teilweise die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen überdurchschnittlich, da die Beamtenhaushalte überdurchschnittlich dem mittleren und dem oberen Nettoeinkommensbereich angehören. Insgesamt betrachtet wirkten die diskretionären Kürzungen staatlicher Personalausgaben im alten Bundesgebiet seit der deutschen Vereinigung also aus formaler Sicht weder eindeutig differenzierend noch eindeutig nivellierend auf die personelle Nettoeinkommensverteilung. Eine Quantifizierung dieser Einkommensverteilungswirkung ist mangels Quantifizierbarkeit der jährlichen Ausgabeneinsparungen ohnehin nicht möglich. In materieller Hinsicht ist sie ebenfalls unbestimmt, da die Anpassungsreaktionen der Bediensteten an den Rückgang ihres Bruttoarbeitseinkommens keine eindeutigen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen generieren.

7.5.2 Personelle Inzidenzanalyse der Kürzungen staatlicher Sachausgaben

In diesem Unterabschnitt werden von den gesamten Sachausgaben nur die Sachausgaben für die Erstellung und das Angebot staatlicher institutioneller, personeller und materieller Infrastrukturleistungen betrachtet. Im Rahmen der Inzidenzanalyse werden nur die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen untersucht, die von den diskretionären Kürzungen der staatlichen Sachausgaben für das materielle Infrastrukturangebot im alten Bundesgebiet seit der deutschen Vereinigung ausgingen. In Abschnitt 5.4 wurde bereits gezeigt, dass sich die diskretionären Kürzungen v.a. auf den Verkehrsbereich (Brücken- und Straßenbau), den Verteidigungsbereich (Bundeswehr), den Bereich der öffentlichen Sicherheit (Polizei), den Gesundheitsbereich (Leistungen der GKV), den Bildungsbereich (Schulen und Hochschulen) und den Kultur- und Freizeitbereich (öffentliche Sportanlagen, Theater) erstreckten. Eine Quantifizierung der einzelnen sektoralen Ausgabenkürzungen war mangels statistischer Daten nicht möglich. Deshalb muss in dieser Studie auf eine Quantifizierung der einzelnen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen verzichtet werden. In Abschnitt 5.4 wurde bei den staatlichen Bruttoinvestitionen für den Zeitraum 1990 bis 1994 ein Einsparvolumen von nur 7,7 Mrd. DM berechnet. Dieser Wert war allerdings als Untergrenze nur ein grober Schätzwert. Trotzdem ist nicht erwarten, dass von den diskretionären Kürzungen der staatlichen Infrastrukturausgaben im alten Bundesgebiet seit der deutschen Vereinigung quantitativ bedeutsame interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen ausgingen.

Im Abschnitt 7.5.2.1 wird der Frage nachgegangen, welche Personengruppen innerhalb des Haushaltssektors aus formaler Sicht von dem Angebot staatlicher materieller Infrastrukturleistungen unmittelbar und mittelbar profitieren und daher von der vereinigungsbedingten diskretionären Kürzungen der staatlichen Sachausgaben für materielle Infrastrukturleistungen unmittelbar und mittelbar betroffen waren. Dadurch erhält man Aufschluss über die voraussichtliche Richtung der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen. Anschließend untersucht die materielle Inzidenzanalyse in Abschnitt 7.5.2.2, in welcher Weise die formale

Inzidenz und die materielle Inzidenz der gekürzten staatlichen Sachausgaben für das materielle Infrastrukturangebot im alten Bundesgebiet nach Abschluss aller Anpassungsreaktionen an das gekürzte Infrastrukturangebot voneinander abweichen.

7.5.2.1 Formale Inzidenzanalyse der diskretionären Kürzungen der staatlichen Sachausgaben für das materielle Infrastrukturangebot

Bei der formalen Inzidenzanalyse der Kürzung staatlicher Sachausgaben für das Angebot materieller Infrastrukturleistungen müssen zunächst die privaten Empfänger der Infrastrukturleistungen genauer identifiziert werden. Dies sind einerseits die privaten Haushalte und andererseits die Unternehmen. Während die „rein haushaltsbezogenen“ Infrastrukturleistungen ausschließlich von den privaten Haushalten als Endprodukt konsumiert werden (z.B. Leistungen im Bildungs-, Gesundheits-, Kultur-, Sport- und Freizeitbereich), stehen die „nicht-rein haushaltsbezogenen“ Infrastrukturleistungen gleichermaßen privaten Haushalten und Unternehmen zur Verfügung. Dazu zählt z.B. die Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur, die Wasser- und Energieversorgung und die Abfall- und Abwasserbeseitigung.⁴⁶⁶ Die „unternehmensbezogenen“ Infrastrukturleistungen ermöglichen den Unternehmen Produktivitätssteigerungen und Kostenersparnisse in der Produktion, wenn sie eine komplementäre Beziehung zu privaten Sachinvestitionen besitzen oder den Unternehmen eine (kostenlose) Steigerung der privaten Faktorproduktivität und damit eine (kostenlose) Reduktion der Produktionskosten erlauben. Außerdem sparen die Unternehmen die Kosten der Selbsterstellung der Infrastrukturleistungen vollständig ein, wenn die staatlich angebotenen unternehmensbezogenen Infrastrukturleistungen für sie völlig kostenlos sind.⁴⁶⁷

Demnach erzielen die privaten Haushalte aus der Nutzung der haushaltsbezogenen Infrastrukturleistungen geldwerte Vorteile in Form von nicht-monetären Nutzenzuflüssen und die Unternehmen aus der Nutzung der unternehmensbezogenen Infrastrukturleistungen geldwerte Vorteile in Form von Kostenersparnissen und Produktivitätssteigerungen. Da aber die Nutzer das staatliche materielle Infrastrukturangebot in der Praxis nicht mit der gleichen Nutzungshäufigkeit und Nutzungsdauer nutzen, verlieren sie im Falle einer Kürzung der staatlichen Sachausgaben für das materielle Infrastrukturangebot zwangsläufig ungleich viele absolute geldwerte Vorteile. Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, dass sich die Nutzungsmöglichkeiten ungleich auf die potentiellen Nutzer verteilen und die Präferenzen für

⁴⁶⁶ Vgl. Pfähler, W. u.a. (1995), S. 76 und S. 79 f. und Hofmann, U. (1996), S. 5 und S. 9 f.

⁴⁶⁷ Vgl. hierzu genauer Pfähler, W. u.a. (1995), S. 79 f, 84 ff. und S. 132 ff; Hofmann, U. (1996), S. 15 ff; Kellermann, K./Schlag, C.-H. (1998), S. 315 ff.

das staatliche Infrastrukturangebot unterschiedlich sind. Diese beiden Faktoren führen unabhängig voneinander zu einer ungleichen Verteilung der Nutzungsintensität auf die Nutzer.⁴⁶⁸

Dementsprechend haben sich auch die gekürzten geldwerten Vorteile der westdeutschen privaten Haushalte und Unternehmen aus der Nutzung ungleich verteilt. Dieser Aspekt wird in Unterabschnitt (1) genauer behandelt. Daran anschließend wird in Unterabschnitt (2) untersucht, in welcher Weise sich die ungleiche Verteilung der gekürzten geldwerten Vorteile auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet auswirkte.

(1) Erklärung der ungleichen Verteilung der gekürzten geldwerten Vorteile auf die Nutzer mit der ungleichen Verteilung der nutzungsbedingten geldwerten Vorteile

In der Realität zeichnen sich viele staatlich angebotene materielle Infrastrukturleistungen durch unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten für die potentiellen Nutzer aus, da eine kollektive Nutzungsmöglichkeit aufgrund von Rivalitäten im Konsum und/oder aufgrund der Festlegung eines bestimmten Ausschlussmechanismus nicht gegeben ist.⁴⁶⁹ Eine kollektive Nutzungsmöglichkeit ist erstens dann nicht gegeben, wenn der Staat den Empfängerkreis der Infrastrukturleistungen per Gesetz auf gesellschaftliche Gruppen beschränkt und damit den Großteil der Gesellschaft von der Nutzung per se ausschließt.⁴⁷⁰ Zweitens stellt die räumliche Entfernung zwischen dem Wohn- bzw. Produktionsort des potentiellen Nutzers und dem Standort der staatlichen Infrastruktureinrichtung ein Ausschlussfaktor für die Nutzung dar, weil die Kosten der Raumüberwindung und die Informationsdefizite über die räumliche Verfügbarkeit der Infrastrukturleistungen mit der räumlichen Entfernung ansteigen.⁴⁷¹ Drittens begründen Informationsdefizite der potentiellen Nutzer über Qualität, Quantität und Nutzen der staatlichen Infrastrukturleistungen eine ungleiche Verteilung der Nutzungsmöglichkeiten, da sich diese Informationsdefizite ungleich auf die potentiellen Nutzer verteilen.⁴⁷² Viertens verteilen sich die Nutzungsmöglichkeiten bei staatlichen Infrastruktureinrichtungen mit einer

⁴⁶⁸ Vgl. Siebert, H. (1970), S. 33 f, 39 ff. und S. 49 f. und Bischoff, I./Heck, S. (2001), S. 201 f.

⁴⁶⁹ Bei Infrastrukturleistungen ohne Konsumrivalitäten beeinträchtigen sich die Nutzer bei der Nutzung nicht gegenseitig in ihren Nutzungsmöglichkeiten, weil die Infrastrukturleistung ausschließlich positive externe Effekte generiert und aufgrund von Unteilbarkeiten allen potentiellen Nutzern gleichermaßen für eine Nutzung zur Verfügung steht. Bei Infrastrukturleistungen ohne Ausschlussmechanismus schließt der Nutzungsakt eines Nutzers die Nutzung eines anderen Nutzers nicht aus. Vgl. Haghani, S. (1999), S. 71 f. und Faber, M. (1986), S. 1 f.

⁴⁷⁰ Vgl. Molitor, B. (1973b), S. 150 f.

⁴⁷¹ Vgl. Siebert, H. (1970), S. 42 ff. und Mackscheidt, K. (1976), S. 68 ff.

⁴⁷² Vgl. Frey, R.L. (1970), S. 60 und Kruber, K.-P. (1976), S. 196.

kurzfristig nicht-veränderbaren Kapazitätsgrenze ungleich auf die potentiellen Nutzer, da jenseits der Kapazitätsgrenze eine weitere Steigerung der Nutzerzahl nur noch auf Kosten des Nutzens der bisherigen Nutzer möglich ist oder sogar den Ausschluss bisheriger Nutzer erfordert.⁴⁷³ Fünftens stehen viele staatlich angebotene Infrastrukturleistungen in einem komplementären Verhältnis zu privaten Gütern. Diese Komplementärbeziehung kann soweit gehen, dass die Nutzung der Infrastrukturleistungen ohne den Einsatz privater Güter nicht möglich ist. Bei diesen Infrastrukturleistungen ist der Nicht-Besitz privater Komplementärgüter ein Ausschlussfaktor für die Nutzung. Daraus resultiert eine ungleiche Verteilung der Nutzungsmöglichkeiten, da die ungleiche personelle Nettoeinkommensverteilung die personelle Verteilung des Besitzes privater Güter determiniert.⁴⁷⁴ Bei einer schwachen Komplementärbeziehung ist der Besitz privater Komplementärgüter zwar keine notwendige Voraussetzung für die Nutzung der staatlichen Infrastrukturleistung. Dennoch können die Nutzer durch den freiwilligen Einsatz von Komplementärgütern ihre geldwerten Vorteile aus der Nutzung steigern. Diese zusätzlichen geldwerten Vorteile sind umso höher, je mehr und je höherwertige Komplementärgüter der Nutzer verwendet.⁴⁷⁵

Schließlich sind die individuellen Präferenzen der potentiellen Nutzer für die staatlichen materiellen Infrastrukturleistungen weder bei den Infrastrukturleistungen mit einer kollektiven Nutzungsmöglichkeit noch bei den Infrastrukturleistungen ohne kollektive Nutzungsmöglichkeit identisch. Daraus resultiert ebenfalls eine ungleiche Verteilung der Nutzungsintensität des staatlichen Infrastrukturangebotes. Es profitieren überdurchschnittlich diejenigen Nutzer, deren Präferenzen das staatliche Infrastrukturangebot qualitativ und quantitativ am besten entspricht.⁴⁷⁶ So ist es denkbar, dass ein potentieller Nutzer aus persönlichen Gründen eine staatliche Infrastrukturleistung weniger intensiv nutzt oder sogar auf eine Nutzung verzichtet. Dafür kommen z.B. soziale Widerstände, soziales Prestigedenken oder die Präferenz für qualitativ bessere private Substitutionsgüter als Gründe in Frage.⁴⁷⁷

⁴⁷³ Vgl. Siebert, H. (1970), S. 46 ff. und Kruber, K.-P. (1976), S. 196 f.

⁴⁷⁴ Vgl. Hanusch, H. (1977), S. 90 ff. und Becker, I. (1999a), S. 209 ff.

⁴⁷⁵ Vgl. Bischoff, I./Heck, S. (2001), S. 203.

⁴⁷⁶ Vgl. Siebert, H. (1970), S. 39 ff. und Henke, K.-D. (1975), S. 183.

⁴⁷⁷ Vgl. Hanusch, H. (1977), S. 85 und S. 94 und Besley, T./Coate, S. (1991), S. 979.

(2) Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus der ungleichen Verteilung der gekürzten geldwerten Vorteile auf die Nutzer

Im vorangegangenen Unterabschnitt wurde abgeleitet, dass sich die gekürzten geldwerten Vorteile der westdeutschen privaten Haushalte und Unternehmen aus der Nutzung der staatlichen materiellen Infrastrukturleistungen ungleich auf die Nutzer verteilen. Im Folgenden wird untersucht, wie sich die gekürzten geldwerten Vorteile auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen verteilen. Dazu müssen die geldwerten Vorteile zunächst monetär bewertet und anschließend auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen statistisch zugerechnet werden. Dies ist sowohl bei den gekürzten direkten geldwerten Vorteilen der privaten Haushalte aus der Nutzung haushaltsbezogener Infrastrukturleistungen als auch bei den an die privaten Haushalte weitergeleiteten gekürzten geldwerten Vorteilen der Unternehmen aus der Nutzung unternehmensbezogener Infrastrukturleistungen nur begrenzt möglich. Dieses Problem besteht deshalb, weil viele Infrastrukturleistungen einen starken Kollektivgutcharakter besitzen, weil die Präferenzen der Nutzer individuell differieren und nicht messbar sind, und weil für staatliche Infrastrukturleistungen i.d.R. keine Marktpreise als monetärer Maßstab für die individuelle Wertschätzung der Nutzer existieren. Deshalb wird auf eine monetäre Bewertung und auf eine exakte statistische Zurechnung der gekürzten geldwerten Vorteile auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen verzichtet.⁴⁷⁸

Bei der Zurechnung der gekürzten geldwerten Vorteile der westdeutschen Unternehmen auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen gilt es zu berücksichtigen, dass sie sich zu einem Teil auf indirektem Wege im Haushaltssektor in Form niedrigerer Bruttoerwerbs- und Bruttovermögenseinkommen der privaten Eigentümer und Anteilseigner der betroffenen Unternehmen niederschlugen. Aufgrund der ungleichen Verteilung der Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen zu Gunsten des oberen Nettoeinkommensbereichs (vgl. Tabelle 20, 21 und 23) wurden auf indirektem Wege überdurchschnittlich die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen und lediglich unterdurchschnittlich die Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen belastet. Daraus resultierte zwar vermutlich aber nicht zwingend eine nivellierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung.

Bei der Zurechnung der gekürzten geldwerten Vorteile der westdeutschen privaten Haushalte auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen müssen die potentiellen Nutzer der haushaltsbezogenen Infrastrukturleistungen zunächst in Nutzergruppen abgegrenzt und anschließend die Nutzergruppen näherungsweise auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet werden. Diese Zuordnung ist umso schwieriger, je ausge-

⁴⁷⁸

Vgl. Hanusch, H. (1977), S. 117 ff. und S. 124 ff. und Faber, M. (1986), S. 1 ff. und S. 14 ff.

prägender Kollektivgutcharakter der staatlichen Infrastrukturleistung ist. Ein absoluter regressiver Belastungseffekt (absoluter progressiver Belastungseffekt) ergibt sich dann, wenn die gekürzten geldwerten Vorteile der privaten Haushalte mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen absolut zurückgehen (absolut ansteigen). Daraus resultiert allerdings nicht zwingend eine differenzierende Wirkung (nivellierende Wirkung) auf die personelle Nettoeinkommensverteilung, weil die gekürzten geldwerten Vorteile zunächst noch monetär bewertet und am Haushaltsnettoeinkommen relativiert werden müssen. Außerdem ist die Wirkung auf die Verteilung der Haushaltsfinaleinkommen unbestimmt, weil das nicht-monetäre Haushaltseinkommen in Form geldwerter Vorteile noch in monetäre Größen überführt und am Haushaltsfinaleinkommen relativiert werden muss. Das Haushaltsfinaleinkommen setzt sich aus dem nicht-monetären Haushaltseinkommen und aus dem realen Haushaltsnettoeinkommen zusammen und determiniert die tatsächlichen Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten der privaten Haushalte. Ein Haushalt kann nämlich sein reales Nettoeinkommen alternativ für den Erwerb privater Güter und Dienstleistungen verwenden, wenn er aus der Nutzung des kostenlosen oder verbilligten staatlichen Infrastrukturangebotes geldwerte Vorteile zieht.⁴⁷⁹

In dieser Studie werden die Wirkungen der gekürzten geldwerten Vorteile der westdeutschen privaten Haushalte aus der Nutzung haushaltsbezogener Infrastrukturleistungen auf die personelle Nettoeinkommensverteilung und auf die Verteilung der Haushaltsfinaleinkommen nicht explizit analysiert, da solche Berechnungen in statistischer Hinsicht äußerst aufwendig sind und den Rahmen dieser Arbeit sprengen würden. Stattdessen wird untersucht, ob die gekürzten geldwerten Vorteile eher absolut progressiv belastend oder eher absolut regressiv belastend wirkten. Dazu werden nach einer Klassifikation von Hanusch (1977) drei verschiedene Gruppen haushaltsbezogener Infrastrukturleistungen genauer analysiert:

„Dominante rein öffentliche Kollektivleistungen“

Diese staatlichen Infrastrukturleistungen stehen allen privaten Haushalten gleichermaßen und kostenlos für eine Nutzung zur Verfügung (z.B. Verteidigung, übergeordnete Verwaltung, oberste Staatsorgane und auswärtige Angelegenheiten). Es gilt das Nichtausschlussprinzip und Nichtrivalität im Konsum. Deshalb verteilen sich die Nutzungsmöglichkeiten absolut gleich auf die Nutzer. Dennoch verteilt sich die Nutzungsintensität ungleich auf die Nutzer, da die individuellen Präferenzen der potentiellen Nutzer für diese Güter differieren und diese unterschiedlichen Präferenzen ungleich verteilt sind. Aufgrund des Kollektivgutcharakters der „dominanten rein öffentlichen Kollektivleistungen“ ist eine Eingrenzung des Nutzerkreises nicht möglich. Deshalb müssen die gekürzten geldwerten Vorteile aus der Nutzung mittels

⁴⁷⁹

Vgl. Gröske, K.-D. (1978), S. 58 ff. und Bohnet, A. (1999), S. 26 und S. 157 f.

eines groben Verteilungsschlüssels auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet werden. Dazu stehen mehrere Verteilungsschlüssel zur Verfügung:⁴⁸⁰

Bei der Zuteilung der gekürzten geldwerten Vorteile nach Maßgabe der „personellen Vermögensverteilung“ ergibt sich ein absoluter progressiver Belastungseffekt, weil die Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen vor der Kürzung der staatlichen Infrastrukturausgaben mehr geldwerte Vorteile erhalten als die Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen. Dahinter steht die Konzentration in der personellen Vermögensverteilung. Diesem Verteilungsschlüssel liegt die Annahme zu Grunde, dass die geldwerten Vorteile aus der Nutzung der staatlichen Infrastrukturleistung „innere und äußere Sicherheit“ überdurchschnittlich an Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen, weil diese mehr „zu beschützende Werte“ und daher eine höhere Präferenz für innere und äußere Sicherheit besitzen als Haushalte mit einem niedrigen Nettoeinkommen.⁴⁸¹

Bei der Zuteilung der gekürzten geldwerten Vorteile nach Maßgabe der „personellen Nettoeinkommensverteilung“ ergibt sich ebenfalls ein absoluter progressiver Belastungseffekt, da sich das Haushaltsnettoeinkommen ungleich zu Gunsten der Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen verteilt. Diesem Verteilungsschlüssel liegt die Annahme zu Grunde, dass die „dominanten rein öffentlichen Kollektivleistungen“ wegen ihres Schutz- und Ordnungscharakters eine notwendige Voraussetzung für die private Wirtschaftstätigkeit und damit für die Einkommenserzielung sind. Deshalb müssten die geldwerten Vorteile aus der Nutzung in dem Verhältnis auf die privaten Haushalte aufgeteilt werden, in dem sie Nettoeinkommen beziehen. Unter dieser Prämisse erzielen die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen vor der Kürzung der staatlichen Infrastrukturausgaben absolut mehr geldwerte Vorteile als die Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen.⁴⁸²

Bei der Zuteilung der gekürzten geldwerten Vorteile nach dem Ansatz von Aaron/McGuire (1970) ergibt sich ebenfalls ein absoluter progressiver Belastungseffekt. Hier werden die nicht-monetären Nutzenzuflüsse der privaten Haushalte aus der Nutzung reiner öffentlicher Güter im umgekehrten Verhältnis zum Grenznutzen des Haushaltsnettoeinkommens auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet. Damit ist der absolute Nutzenzufluss umso höher, je niedriger der Grenznutzen seines Nettoeinkommens ist. Vor der Kürzung der staatlichen Infrastrukturausgaben ergibt sich ein absoluter progressiver Begüns-

⁴⁸⁰ Vgl. Schwartz, G./Ter-Minassian, T. (2000), S. 344 f. und Hanusch, H. (1977), S. 153 ff.

⁴⁸¹ Vgl. Hanusch, H. (1977), S. 155 und S. 157 und Bedau, K.-D. (1998b), S. 85, 94 f. und S. 111 f.

⁴⁸² Vgl. Gröske, K.-D. (1978), S. 144 f. und Becker, I. (1999a), S. 209 ff.

tigungseffekt, da der absolute Nutzenzufluss mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen ansteigt, wenn der Grenznutzen des Nettoeinkommens mit steigendem Nettoeinkommen sinkt, d.h. die Grenznutzenelastizität des Nettoeinkommens negativ ist. Dahinter steht die inverse Beziehung zwischen der negativen Grenznutzenelastizität des Nettoeinkommens und der Grenzrate der Substitution zwischen öffentlichen und privaten Gütern. Da diese mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen sinkt, ist die Grenznutzenelastizität des Nettoeinkommens im oberen Nettoeinkommensbereich höher als im unteren Nettoeinkommensbereich.⁴⁸³

„Dominante limitiert öffentliche Kollektivleistungen“

Diese staatlichen Infrastrukturleistungen zeichnen sich durch einige wenige diskriminierende Leistungsmerkmale (z.B. Kapazitätsgrenzen oder eine unterschiedliche regionale Verfügbarkeit) und/oder durch schwache Substitutions- oder Komplementärbeziehungen zu privaten Gütern aus. Dies gilt z.B. für den Rechtsschutz, für die Öffentliche Sicherheit und Ordnung oder für die Stadtplanung. Da die Nichtrivalität im Konsum und das Nicht-Ausschlussprinzip nicht mehr uneingeschränkt gegeben sind, verteilen sich die Nutzungsmöglichkeiten ungleich auf die potentiellen Nutzer. Aufgrund des eingeschränkten Kollektivgutcharakters ist eine bessere Zurechnung der gekürzten geldwerten Vorteile aus der Nutzung auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen möglich. Es bietet sich ein Verteilungsschlüssel aus den Zurechnungskriterien „Zahl der Haushalte“ und „personelle Vermögensverteilung“ oder aus den Zurechnungskriterien „Zahl der Haushalte“ und „personelle Nettoeinkommensverteilung“ an. Bei beiden Verteilungsschlüsseln ergibt sich ein absoluter progressiver Belastungseffekt, da vor der Kürzung der staatlichen Infrastrukturausgaben die geldwerten Vorteile der Haushalte mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen ansteigen.⁴⁸⁴

„Gruppenleistungen mit spezifischer Begünstigung“

Diese staatlichen Infrastrukturleistungen zeichnen sich im Vergleich zu den „dominanten limitiert öffentlichen Kollektivleistungen“ durch mehrere diskriminierende Leistungsmerkmale und durch ausgeprägte Substitutions- oder Komplementärbeziehungen zu privaten Gütern aus. Dies gilt z.B. für die Infrastrukturleistungen im Bereich Gesundheit, Bildung, Verkehr, Sport und Freizeit, Kultur. Daraus resultiert wiederum eine ungleiche Verteilung der Nutzungsmöglichkeiten auf die potentiellen Nutzer. Da bei diesen Leistungen die „Individualekomponente“ gegenüber der „Kollektivkomponente“ deutlich überwiegt, lassen sich die gekürzten geldwer-

⁴⁸³ Vgl. Mackscheidt, K. (1976), S. 109 ff; Maital, S. (1977), S. 143 ff; Aaron, H./McGuire, M. (1970), S. 907 ff.

⁴⁸⁴ Vgl. Hanusch, H. (1977), S. 84 ff, 106 ff. und 158 ff. und Gröske, K.-D. (1978), S. 145 ff.

ten Vorteile aus der Nutzung leichter auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zurechnen als bei den „dominanten limitiert öffentlichen Kollektivleistungen“.⁴⁸⁵

Bei der Zurechnung der gekürzten geldwerten Vorteile kann die Verteilung der Ausgaben der privaten Haushalte für private Komplementärgüter oder für private Substitutionsgüter nach Nettoeinkommensklassen als weiterer Verteilungsschlüssel verwendet werden. Dies setzt voraus, dass die „Gruppenleistungen mit spezifischer Begünstigung“ als ein Argument in die individuelle Nachfragefunktion nach privaten Gütern eingehen, d.h. die Nachfrage nach „Gruppenleistungen mit spezifischer Begünstigung“ und die Nachfrage nach privaten Gütern interdependent sind. In diesem Fall geben die privaten Ausgaben für komplementäre oder substitutive private Güter Aufschluss über die Nutzungsintensität und damit über die absoluten geldwerten Vorteile der privaten Haushalte aus Nutzung der „Gruppenleistungen mit spezifischer Begünstigung“. Bei einer komplementären Beziehung hängt die Nachfrage nach privaten Gütern positiv vom staatlichen Angebot der „Gruppenleistungen mit spezifischer Begünstigung“ ab, weil die Nutzung der staatlichen Infrastrukturleistungen den Besitz privater Konsumgüter zwingend voraussetzt. Dagegen liegt eine substitutive Beziehung vor, wenn das staatliche Angebot direkt die Nachfrage nach privaten Konsumgütern dämpft, weil die privaten Haushalte ihre vorhandenen Bedürfnisse kostengünstiger befriedigen können.⁴⁸⁶

Im Folgenden wird die personelle Inzidenz der gekürzten geldwerten Vorteile der westdeutschen privaten Haushalte aus der Nutzung staatlicher „Gruppenleistungen mit spezifischer Begünstigung“ anhand ausgewählter Beispiele analysiert:

Personelle Inzidenz der gekürzten geldwerten Vorteile der westdeutschen privaten Haushalte aus der Nutzung des staatlichen Gesundheitsinfrastrukturangebotes

Im Bereich Gesundheit stiften die staatlichen Infrastrukturleistungen den Nutzern individuelle geldwerte Vorteile und der gesamten Gesellschaft externe Nutzen, da die medizinische Versorgung des Einzelnen zugleich auch die Allgemeinheit vor Krankheiten schützt. Außerdem erzielt der einzelne Nutzer über die geldwerten Vorteile hinaus monetäre Nutzen, da die medizinische Versorgung eine Voraussetzung für die Einkommenserzielung ist.⁴⁸⁷

In der folgenden Analyse müssen die gekürzten geldwerten Vorteile aus der Nutzung mit Hilfe eines geeigneten Verteilungsschlüssels näherungsweise auf die privaten Haushalte

⁴⁸⁵ Vgl. Hanusch, H. (1977), S. 108 und 162 ff. und Gröske, K.-D. (1978), S. 56 und S. 147 ff.

⁴⁸⁶ Vgl. Faber, M. (1986), S. 16 ff. und S. 34 ff. und Weltring, S. (1997), S. 152 ff.

⁴⁸⁷ Vgl. Hanusch, H. (1977), S. 164.

nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet werden, da eine statistische Erfassung der Nutzer staatlicher Gesundheitsleistungen nicht möglich ist. Als Verteilungsschlüssel dient die in der EVS 1993 ausgewiesene Verteilung der Ausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für den Bereich Gesundheit nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, weil davon ausgegangen wird, dass zwischen den staatlichen Leistungen im Bereich Gesundheit und den privaten Ausgaben für Gesundheit eine substitutive Beziehung besteht. Dazu zählen die „Ausgaben für Gesundheitspflege“ und die „freiwilligen Beiträge zu privaten Krankenversicherungen“ (vgl. Spalte 2 und 3 in Tabelle 43).⁴⁸⁸

Tabelle 43: Verteilung monatlicher Konsumausgaben der westdeutschen privaten Haushalte in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Monatliche Ausgaben für Gesundheitspflege*	Monatliche Ausgaben für Beiträge zu privaten Krankenversicherungen*	Monatliche Ausgaben für Bildung*	Monatliche Ausgaben für Verkehr*
unter 1000	1,4	(1,2)	3,2	(11,7)
1000 - 1600	2,0	0,3	2,3	8,2
1600 - 2000	2,4	0,4	2,2	8,6
2000 - 2500	2,2	0,6	2,5	9,2
2500 - 3000	2,1	0,7	2,1	11,5
3000 - 4000	2,3	1,0	1,9	11,6
4000 - 5000	2,4	1,2	1,8	12,5
5000 - 6000	2,4	1,5	1,7	12,4
6000 - 7500	3,0	1,7	1,6	11,9
7500 - 10.000	2,9	2,1	1,5	11,1
10.000 - 35.000	2,6	2,7	1,4	9,5

* in % des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4 (Tabelle 1.1); Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997c): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 5 (Tabelle 1.1); eigene Berechnungen.

Nach Tabelle 43 steigt der schichtenspezifische Anteil der monatlichen Ausgaben für freiwillige Beiträge zu privaten Krankenversicherungen am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen fast kontinuierlich von 0,4% auf 2,7% an. Des weiteren ist der Anteil der monatlichen Ausgaben für Gesund-

⁴⁸⁸

Vgl. Hanusch, H. (1977), S. 164 f. und Cornes, R.C. (1995), S. 145 ff.

heitspflege am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen im oberen Nettoeinkommensbereich höher als im unteren Nettoeinkommensbereich. Er steigt mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen im unteren Nettoeinkommensbereich leicht von 1,4% auf 2,4% an, geht im Nettoeinkommensbereich von 2.000 DM bis unter 3.000 DM leicht zurück, steigt im mittleren Nettoeinkommensbereich wieder stetig bis auf 3,0% an und geht bei einem weiter steigenden Haushaltsnettoeinkommen auf 2,6% zurück.⁴⁸⁹

Insgesamt zeigt sich, dass die monatlichen Ausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für den Bereich Gesundheit in Relation zum durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen zwar nicht stetig ansteigen, aber zumindest tendenziell zunehmen und daher im oberen Nettoeinkommensbereich höher sind als im unteren Nettoeinkommensbereich. Daraus lässt sich unter der Prämisse einer substitutiven Beziehung zu den staatlichen Leistungen im Bereich Gesundheit ein absoluter regressiver Begünstigungseffekt des staatlichen Gesundheitsinfrastrukturangebotes ableiten, da die Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich mit relativ geringen Ausgaben für den Bereich Gesundheit eine höhere Nutzungsintensität besitzen und daher absolut mehr geldwerte Vorteile erzielen als die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich mit relativ hohen Ausgaben für den Bereich Gesundheit. Dementsprechend ging von den Kürzungen der Sachausgaben für das staatliche Gesundheitsinfrastrukturangebot ein absoluter regressiver Belastungseffekt aus, weil die gekürzten geldwerten Vorteile der privaten Haushalte mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen absolut abnahmen. Daraus resultierte allerdings nicht zwingend eine einkommensdifferenzierende Wirkung, weil die gekürzten geldwerten Vorteile noch am Haushaltsnettoeinkommen relativiert werden müssen.

Personelle Inzidenz der gekürzten geldwerten Vorteile der westdeutschen privaten Haushalte aus der Nutzung des staatlichen Bildungsinfrastrukturangebotes

Im Bereich Bildung stiften die staatlichen Infrastrukturleistungen den privaten Haushalten mit Kindern, Auszubildenden und/oder Studenten geldwerte Vorteile, da sie das staatliche Bildungsinfrastrukturangebot quasi kostenlos nutzen können. Daraus resultieren im Querschnitt interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen zwischen Haushalten mit und ohne Kindern, zwischen Haushalten mit und ohne Auszubildenden bzw. Studenten, zwischen Haushalten mit Studenten verschiedener Fachrichtungen und zwischen Haushalten mit Kindern, Auszubildenden bzw. Studenten mit einer unterschiedlichen Bildungs-, Ausbildungs- bzw. Studienzeit. Dabei sind die sozioökonomischen Merkmale des elterlichen Haushalts unmittelbar verteilungsrelevant, da sie die Nutzungsintensität der staatlichen Leistungen im Be-

⁴⁸⁹

Vgl. Statistisches Bundesamt (1997a), Tabelle 1.1 und (1997c), Tabelle 1.1.

reich Bildung determinieren. Dazu zählt z.B. die Nettoeinkommensklasse, die Haushaltsgröße oder der soziale Status der Eltern. In mittel- und langfristiger Hinsicht erzielen die Kinder, Auszubildenden und Studenten aus der Nutzung des staatlichen Bildungsinfrastrukturangebotes interne Erträge in Form höherer Bruttoerwerbseinkommen, da das individuelle Bildungs- und Ausbildungsniveau eine wesentliche Determinante für die Einkommenserzielungsmöglichkeiten eines Erwerbstätigen sind. Daraus resultieren im Längsschnitt interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen zwischen Erwerbstätigen mit unterschiedlich hohen internen Nettoerträgen aus ihrer Bildungszeit.⁴⁹⁰

Bei der statistischen Zurechnung der gekürzten geldwerten Vorteile der privaten Haushalte aus der Nutzung des staatlichen Bildungsinfrastrukturangebotes auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen wird die Verteilung der privaten Bildungsausgaben nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen als Verteilungsschlüssel verwendet, da zwischen den staatlichen Bildungsleistungen und den privaten Bildungsausgaben eine interdependente Beziehung besteht. In der Realität ist einerseits eine komplementäre Beziehung beobachtbar, z.B. bei den Ausgaben für private Verbrauchs- und Gebrauchsgüter, die bei der Nutzung der staatlichen Bildungsinfrastruktur zwingend benötigt werden. Andererseits ist aber auch eine substitutive Beziehung zu beobachten, z.B. bei den Ausgaben für private Bildungsstätten als Substitut für staatliche Bildungsstätten.⁴⁹¹ Nach herrschender Ansicht ist in der Praxis insgesamt eher eine substitutive Beziehung zu beobachten. Unter dieser Prämisse signalisieren niedrige private Bildungsausgaben eine hohe Nutzungsintensität des staatlichen Bildungsinfrastrukturangebotes, da die Haushalte ihre Bildungsausgaben freiwillig reduzieren, wenn der Staat kostenlos oder verbilligt substitutive Bildungsleistungen anbietet. Daraufhin erreichen die geldwerten Vorteile der privaten Haushalte aus der Nutzung der Bildungsinfrastruktur überdurchschnittlich die Haushalte mit niedrigen privaten Bildungsausgaben und nur unterdurchschnittlich die Haushalte mit hohen privaten Bildungsausgaben.⁴⁹²

In der EVS 1993 werden die privaten Bildungsausgaben durch die „privaten Ausgaben für Bücher, Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften“ und durch die „sonstigen Bildungskosten“ repräsentiert. Nach den Daten der Tabelle 43 in Spalte 4 geben die Haushalte aus dem oberen Nettoeinkommensbereich zwar absolut mehr für private Bildungsgüter aus als die Haushalte aus dem unteren Nettoeinkommensbereich. Dennoch geht der schichtenspezifische

⁴⁹⁰ Vgl. Gröske, K.-D. (1994), S. 74 ff.

⁴⁹¹ Vgl. Fernandez, R./Rogerson, R.D. (1994), S. 3 f. und Weltring, S. (1997), S. 153.

⁴⁹² Vgl. Weltring, S. (1997), S. 153 f.

Anteil der monatlichen Bildungsausgaben am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen fast stetig von 3,2% bis auf 1,4% in der obersten Nettoeinkommensklasse zurück. Dieses Inzidenzresultat ist durchaus unerwartet, weil die Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen häufig aus sozialen Prestigegründen oder aufgrund einer ausgeprägten Präferenz für qualitativ bessere private Substitutionsgüter im Bildungsbereich anstelle kostenloser staatlicher Bildungsleistungen entgeltliche private Bildungsleistungen in Anspruch nehmen und dafür hohe private Bildungsausgaben tätigen. Eine denkbare Begründung für das abgeleitete Inzidenzresultat ist, dass die EVS die privaten Bildungsausgaben für Substitutionsgüter lediglich unvollständig erfasst. Da die in der EVS ausgewiesene Sammelposition „sonstige Bildungskosten“ über die privaten Bildungsausgaben für private Komplementärgüter und Substitutionsgüter keinerlei Auskunft gibt, ist es nicht ausgeschlossen, dass die Berechnungen auf der Grundlage von EVS-Daten die positive Korrelation zwischen den privaten Bildungsausgaben für Substitutionsgüter und dem Haushaltsnettoeinkommen tendenziell unterschätzen.⁴⁹³

Das zuvor abgeleitete Inzidenzresultat deckt sich aber zumindest mit den empirischen Untersuchungsergebnissen von Gröske (1994) zur personellen Inzidenz des staatlichen Hochschulangebotes. Nach seinen Berechnungen fließen die geldwerten Vorteile aus der Nutzung des staatlichen Hochschulangebotes überdurchschnittlich an Haushalte aus dem mittleren und gehobenen Nettoeinkommensbereich, da die Studenten überdurchschnittlich aus Haushalten mit einem mittleren und gehobenen Nettoeinkommensniveau stammen.⁴⁹⁴

Insgesamt betrachtet deuten die Daten in Tabelle 43 darauf hin, dass die absoluten geldwerten Vorteile der privaten Haushalte aus der Nutzung der staatlichen Bildungsinfrastruktur unter der Prämisse einer substitutiven Beziehung zwischen den staatlichen Leistungen im Bildungsbereich und den privaten Bildungsausgaben überdurchschnittlich an Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen mit relativ geringen privaten Bildungsausgaben (und daher einer hohen Nutzungsintensität) und nur unterdurchschnittlich an Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen mit relativ hohen privaten Bildungsausgaben (und daher einer niedrigen Nutzungsintensität) fließen. Daraus resultiert ein absoluter progressiver Begünstigungseffekt. Dementsprechend ging von den Kürzungen der Sachausgaben für das staatliche Bildungsinfrastrukturangebot ein absoluter progressiver Belastungseffekt aus, weil die gekürzten geldwerten Vorteile mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen absolut anstiegen. Daraus resultierte allerdings nicht zwingend eine einkommensnivellierende Wir-

⁴⁹³ Vgl. Statistisches Bundesamt (1997c), Tabelle 1.1.

⁴⁹⁴ Vgl. Gröske, K.-D. (1994), S. 89 ff.

kung, weil die gekürzten geldwerten Vorteile noch am Haushaltsnettoeinkommen relativiert werden müssen.

Personelle Inzidenz der gekürzten geldwerten Vorteile der westdeutschen privaten Haushalte aus der Nutzung des staatlichen Verkehrsinfrastrukturangebotes

Im Verkehrsbereich stiften die staatlichen Infrastrukturleistungen den privaten Haushalten direkt geldwerte Vorteile, da sie das Verkehrsinfrastrukturangebot kostenlos nutzen können.⁴⁹⁵ Bei der statistischen Zurechnung der gekürzten direkten geldwerten Vorteile auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen wird die in der EVS 1993 ausgewiesene Verteilung der Ausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für den Bereich Verkehr nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen als Verteilungsschlüssel herangezogen. Diese setzen sich aus den Ausgaben für eigene Verkehrsmittel (incl. Kraftstoffausgaben) und aus den Ausgaben für Verkehrsdienstleistungen Dritter zusammen. Im Folgenden wird unterstellt, dass zwischen den privaten Ausgaben und den staatlichen Infrastrukturleistungen im Verkehrsbereich eine komplementäre Beziehung besteht, da die Nutzung der Verkehrsinfrastruktur den Besitz eines eigenen Verkehrsmittels oder die Inanspruchnahme von Verkehrsdienstleistungen Dritter voraussetzt. Damit variiert die Nutzungsintensität des staatlichen Verkehrsinfrastrukturangebotes positiv mit den privaten Ausgaben für Verkehr.

Nach den Daten der Tabelle 43 in Spalte 5 steigt der schichtenspezifische Anteil der monatlichen Ausgaben für den Bereich Verkehr am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, ausgehend von der zweituntersten Nettoeinkommensklasse, mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen lediglich bis zum mittleren Nettoeinkommensbereich stetig an und ist danach wieder rückläufig. Er erreicht in der zweituntersten Nettoeinkommensklasse einen minimalen Wert von 8,2%, in der Nettoeinkommensklasse von 4.000 DM bis unter 5.000 DM einen maximalen Wert von 12,5% und in der obersten Nettoeinkommensklasse einen Wert von 9,5%. Dieser Verlauf deutet darauf hin, dass die direkten geldwerten Vorteile der privaten Haushalte aus der Nutzung des staatlichen Verkehrsinfrastrukturangebotes überdurchschnittlich an Haushalte im mittleren Nettoeinkommensbereich mit relativ hohen Ausgaben für den Bereich Verkehr fließen, da sie die höchste Nutzungsintensität besitzen. Es lässt sich also weder eindeutig ein absoluter regressiver Begünstigungseffekt noch eindeutig ein absoluter progressiver Begünstigungseffekt ableiten. Dementsprechend wirkten die Kürzungen der Sachausgaben für das staatliche Verkehrsinfrastrukturangebot weder eindeutig absolut progressiv belastend noch eindeutig absolut regressiv belastend, da die

⁴⁹⁵

Vgl. Cornes, R.C. (1995), S. 142 f. und Hanusch, H. (1977), S. 169 ff.

Haushalte im mittleren Nettoeinkommensbereich die höchste Nutzungsintensität besitzen und daher absolut am meisten geldwerte Vorteile verloren.

Personelle Inzidenz der gekürzten geldwerten Vorteile der privaten Haushalte aus der Nutzung des staatlichen Sport-, Freizeit- und Kulturangebotes

Bei der formalen Inzidenzanalyse der gekürzten geldwerten Vorteile der privaten Haushalte aus der Nutzung des staatlichen Sport- Freizeit- und Kulturangebotes wird auf eine empirische Studie von Bischoff/Heck zurückgegriffen. Diese analysiert auf der Grundlage der Zeitbudgeterhebung 1991/1992 des Statistischen Bundesamtes die Verteilung der geldwerten Vorteile der privaten Haushalte aus der Nutzung des staatlichen Infrastrukturangebotes im Bereich Sport- und Freizeit und im Bereich Kultur auf die privaten Haushalte nach der Haushaltsgröße und nach dem monatlichen Haushaltneuttoeinkommen. Es zeigt sich, dass die geldwerten Vorteile in ihrer Höhe nicht unerheblich sind und im Kulturbereich deutlich höher liegen als im Sport- und Freizeitbereich. In beiden Bereichen steigen sie mit der Haushaltsgröße und mit dem Haushaltneuttoeinkommen kontinuierlich an. Dabei ist die positive Einkommensabhängigkeit der geldwerten Vorteile im Sport- und Freizeitbereich lediglich indirekter Natur, da die geldwerten Vorteile zugleich mit der Haushaltsgröße ansteigen und die Haushaltsgröße und das Haushaltneuttoeinkommen positiv korreliert sind. Dieser Umstand deutet darauf hin, dass sich die geldwerten Vorteile der privaten Haushalte aus der Nutzung des staatlichen Sport- und Freizeitinfrastrukturangebotes annähernd gleichmäßig auf die Haushalte aller Nettoeinkommensklassen verteilen. Es ergibt sich ein absoluter proportionaler Begünstigungseffekt. Demgegenüber ist im Kulturbereich eine schwache direkte positive Korrelation zwischen der Höhe der absoluten geldwerten Vorteile und dem Haushaltneuttoeinkommen zu beobachten. Dies spricht für einen schwachen absoluten progressiven Begünstigungseffekt des staatlichen Kulturangebotes. Dieses Inzidenzergebnis kann man damit erklären, dass zwischen dem Haushaltneuttoeinkommen und dem Bildungsgrad des Haushalts eine positive Korrelation besteht und die Nutzungsintensität mit dem Bildungsgrad tendenziell ansteigt, weil höher gebildete Haushalte eine höhere Präferenz für und einen besseren Informationsstand über das staatliche Kulturangebot besitzen. Außerdem ist die Nutzung des staatlichen Kulturangebotes i.d.R. mit privaten Ausgaben für Eintrittspreise und für komplementäre private Güter verbunden. Diese stellen für Haushalte mit einem niedrigen Nettoeinkommen sicherlich einen bedeutsameren Ausschlussfaktor für die Nutzung dar als für Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen.⁴⁹⁶

496

Vgl. Bischoff, I./Heck, S. (2001), S. 203 ff.

Insgesamt lassen diese Inzidenzergebnisse vermuten, dass die Kürzungen der Sachausgaben für das staatliche Sport- und Freizeitinfrastrukturangebot einen absoluten proportionalen Belastungseffekt und die Kürzungen der Sachausgaben für das staatliche Kulturangebot einen absoluten progressiven Belastungseffekt generierten. Im Sport- und Freizeitbereich verloren die Haushalte aller Nettoeinkommensklassen absolut gleich viele geldwerte Vorteile. Im Kulturbereich verloren die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen absolut mehr geldwerte Vorteile als die Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen.

Gesamteinschätzung der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der Kürzungen staatlicher Sachausgaben für das materielle Infrastrukturangebot im alten Bundesgebiet

Insgesamt betrachtet war die Gesamtwirkung der Kürzungen der staatlichen Sachausgaben für das materielle Infrastrukturangebot im alten Bundesgebiet seit der deutschen Vereinigung weder eindeutig absolut progressiv belastend noch eindeutig absolut regressiv belastend, da sich eine Vielzahl absoluter progressiver Belastungswirkungen und absoluter regressiver Belastungswirkungen gegenüberstanden. Dementsprechend war auch die Gesamtwirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung und auf die Verteilung der Haushaltsfinaleinkommen unbestimmt. Außerdem impliziert selbst eine absolute progressive (regressive) Gesamtbelastungswirkung nicht zwingend eine einkommensnivellierende (einkommensdifferenzierende) Wirkung. Dies lässt sich nur dann genau feststellen, wenn der Rückgang der geldwerten Vorteile der westdeutschen privaten Haushalte aus der Nutzung der gekürzten haushaltsbezogenen Infrastrukturleistungen monetär bewertet und zusammen mit den indirekten Bruttomindereinkommen der Eigentümer und Anteilseigner der direkt belasteten Unternehmen am Haushaltsnettoeinkommen relativiert wird. Auf solche Berechnungen muss in dieser Arbeit wegen fehlender statistischer Daten verzichtet werden.

7.5.2.2 Materielle Inzidenzanalyse der diskretionären Kürzungen der staatlichen Sachausgaben für das materielle Infrastrukturangebot

Bei der formalen Inzidenzanalyse der Kürzung der staatlichen Sachausgaben für das materielle Infrastrukturangebot wurde angenommen, dass die Nutzer der Infrastrukturleistungen und dritte Wirtschaftsteilnehmer keine Anpassungsreaktionen an die gekürzten geldwerten Vorteile aus der Nutzung zeigen. Diese Annahme ist in der Realität nicht haltbar, so dass die formale Inzidenz und die effektive Inzidenz der gekürzten staatlichen Infrastrukturausgaben voneinander abweichen können. So können die Nutzer ihre Belastung durch Vorwälzungs- und Rückwälzungsaktivitäten (auf Kosten anderer Marktteilnehmer) reduzieren. Außerdem

induzieren die Anpassungsreaktionen verteilungsrelevante Preis- und Mengeneffekte auf den Güter- und Faktormärkten.⁴⁹⁷ Des weiteren ist eine Kürzung staatlicher Infrastrukturausgaben direkt mit Preis- und Mengeneffekten auf den Märkten der privaten Substitutions- und Komplementärgüter verbunden, da die Nachfrage nach Komplementärgütern sinkt und die Nachfrage nach Substitutionsgütern steigt.⁴⁹⁸ Schließlich beeinflusst eine Kürzung der staatlichen Sachausgaben für haushaltsbezogene Infrastrukturleistungen über Preis- und Mengeneffekte auf dem Arbeitsmarkt mittelbar die personelle Nettoeinkommensverteilung, weil die Qualität und Quantität der haushaltsbezogenen Infrastrukturleistungen des Staates die Arbeitszeit-Freizeit-Entscheidung der privaten Haushalte beeinflusst.⁴⁹⁹

7.5.3 Personelle Inzidenzanalyse der Kürzungen staatlicher Sozialleistungen

Bei den Kürzungen der staatlichen Ausgaben für Sozialleistungen an die westdeutschen privaten Haushalte lassen sich die belasteten Personengruppen aus formaler Sicht problemlos erfassen, da die Empfänger staatlicher Sozialtransfers wegen der gesetzlichen Kodifizierung der Sozialleistungen direkt ermittelt werden können. Es waren alle nach dem Gesetz anspruchsberechtigten privaten Haushalte. Deshalb zeichnen sich staatliche Sozialtransfers durch eine Identität von Zahlungsempfänger und Zahlungsdestinatär aus.⁵⁰⁰

Nach den Daten der Tabelle 44 belasteten die Kürzungen staatlicher Sozialleistungen überdurchschnittlich die Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich und unterdurchschnittlich die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich, da der Anteil der durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen aus öffentlichen Transferzahlungen am durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen stetig und deutlich von 60% auf 5,2% sinkt. Dieser Umstand ist v.a. darauf zurückzuführen, dass die Haushalte von Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen über 60% ihres monatlichen Haushaltsbruttoeinkommens aus staatlichen Sozialtransfers beziehen und überdurchschnittlich dem unteren Nettoeinkommensbereich angehören. Damit ergab sich in formaler Hinsicht eine differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung, weil die relative Belastung des Haushaltsbruttoeinkommens aus der Kürzung der staatlichen Sozialleistungen mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen stetig zurückging. Mangels statisti-

⁴⁹⁷ Vgl. Schwartz, G./Ter-Minassian, T. (2000), S. 345 ff. und Mackscheidt, K. (1976), S. 60.

⁴⁹⁸ Vgl. Hanusch, H. (1977), S. 90 ff. und Siebert, H. (1970), S. 44 ff.

⁴⁹⁹ Vgl. Siebert, H. (1970), S. 59.

⁵⁰⁰ Vgl. Schwartz, G./Ter-Minassian, T. (2000), S. 344.

scher Daten zum quantitativen Gewicht der jährlich gekürzten Sozialleistungen muss auf eine Quantifizierung dieser einkommensdifferenzierenden Wirkung verzichtet werden.⁵⁰¹

Tabelle 44: Verteilung der Bruttoeinkommen aus öffentlichen Sozialtransfers im alten Bundesgebiet in 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	Bruttoeinkommen aus öffentlichen Sozialtransfers je Haushalt pro Monat (in DM)	Bruttoeinkommen aus öffentlichen Sozialtransfers je Haushalt pro Monat in % des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsbruttoeinkommens
unter 1000	907,70	544,97	60,0
1000 - 1600	1433,43	924,23	64,5
1600 - 2000	2036,46	1164,32	57,1
2000 - 2500	2676,81	1217,16	45,5
2500 - 3000	3375,86	1234,86	36,6
3000 - 4000	4267,91	1338,09	31,3
4000 - 5000	5609,82	1244,41	22,2
5000 - 6000	6984,63	1135,31	16,3
6000 - 7500	8548,52	1066,68	12,5
7500 - 10.000	10.900,22	966,46	8,9
10.000 - 35.000	16.838,03	880,44	5,2

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.1; eigene Berechnungen.

In materieller Hinsicht weichen die formale Inzidenz und die effektive Inzidenz gekürzter staatlicher Sozialtransfers dann voneinander ab, wenn die Unternehmen als Reaktion auf den Rückgang der Bruttotransfereinkommen der Transferempfänger freiwillig ihre Preise für Konsumgüter senken oder wegen des Rückgangs der Konsumnachfrage der Transferempfänger die Preise senken müssen. Daraufhin übernehmen sie von den Transferempfängern einen Teil des gekürzten Bruttotransfereinkommens.⁵⁰² Dieser Vorgang schwächt die formal einkommensdifferenzierende Wirkung gekürzter staatlicher Sozialleistungen vermutlich ab, da er die Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich überdurchschnittlich begünstigt und die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich auf indirektem Wege überdurchschnittlich belastet. Dahinter steht das starke Gewicht der begünstigten Empfänger staatli-

⁵⁰¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (1997b), Tabelle 1.1, 1.9 und Tabelle 1.10.

⁵⁰² Vgl. von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 179 f. und S. 191 ff. und Henke, K.-D. (1975), S. 184 f.

cher Sozialleistungen im unteren Nettoeinkommensbereich und der indirekt belasteten Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen im oberen Nettoeinkommensbereich.

7.5.4 Personelle Inzidenzanalyse der Kürzungen staatlicher Subventionen

7.5.4.1 Formale Inzidenzanalyse

In diesem Abschnitt werden die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der Kürzung staatlicher Subventionen an den westdeutschen Unternehmenssektor seit deutschen Vereinigung analysiert. Dazu wird untersucht, welche Personengruppen im westdeutschen Haushaltssektor von der Subventionsgewährung formal profitierten und demnach von den Subventionskürzungen formal betroffen waren.⁵⁰³ In Kapitel 5.4 wurde gezeigt, dass die eingesparten Subventionen im Zeitraum 1991 bis 1995 insgesamt nur ca. 10,8 Mrd. DM betrugen. In sektoraler Hinsicht war nur in den Bereichen Wohnungsvermietung, Bundesbahn, Forschung und Entwicklung, Luft- und Raumfahrzeugbau, Steinkohlebergbau, Land- und Forstwirtschaft und Schiffbau ein Subventionsrückgang zu beobachten.⁵⁰⁴ Bei den direkten Finanzhilfen entsprach der gekürzte Subventionsvorteil entweder einer geringeren Barauszahlung (z.B. bei Betriebsmittel-, Produktions- oder Kapitalsubventionen) oder einem geringeren geldwerten Vorteil (z.B. bei Beschaffungs- oder Bürgschaftssubventionen).⁵⁰⁵

Bei der formalen Inzidenzanalyse wird unterstellt, dass die Subventionsempfänger den gekürzten Subventionsvorteil gemäß dem Willen des Gesetzgebers vollständig über die Märkte an den Subventionsdestinatar überwälzten und daher der Subventionsdestinatar auch der effektiv Belastete der Subventionskürzung war. Unter dieser Prämisse schlug sich der gekürzte Subventionsvorteil nach Beendigung des gesetzlich erwarteten Überwälzungsvorgangs ausschließlich in einem Rückgang seines Bruttogewinns nieder. Diese Annahme ist aber nur dann haltbar, wenn der Subventionsempfänger die gesetzlich erwarteten Überwälzungsaktivitäten tatsächlich durchführt und keine gesetzlich unerwarteten Anpassungsreaktionen zeigt, und wenn der Subventionsdestinatar den weitergegebenen gekürzten Subventionsvorteil vollständig behält und selber keinerlei Anpassungsreaktionen an die gekürzte Subvention zeigt. Diese restriktiven Annahmen sind in der Praxis sicherlich nicht erfüllt.⁵⁰⁶

⁵⁰³ Vgl. Zimmermann, H. (1976), S. 15, 19 ff, 33 ff. und S. 39 ff. und Haghani, S. (1999), S. 18 ff.

⁵⁰⁴ Vgl. DIW (Wochenbericht Nr. 46/1992), S. 618 und DIW (Wochenbericht Nr. 4/1995), S. 106 ff.

⁵⁰⁵ Vgl. Haghani, S. (1999), S. 18 ff.

⁵⁰⁶ Vgl. Nieder-Eichholz, M. (1995), S. 97 ff. und Hartig, R. (1990), S. 35 f.

Nach den Erkenntnissen aus Abschnitt 7.2 und 7.3 schlugen sich die vereinigungsbedingten diskretionären Subventionskürzungen im alten Bundesgebiet seit der deutschen Vereinigung über einen niedrigeren Bruttogewinn indirekt in niedrigeren Bruttoerwerbs- und Bruttovermögensseinkommen der privaten Eigentümer und Anteilseigner der Subventionsdestinatäre nieder. Dies belastete überdurchschnittlich die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich und lediglich unterdurchschnittlich die Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich. Dahinter steht das starke Gewicht der indirekt belasteten Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen im oberen Nettoeinkommensbereich (vgl. Tabelle 20, 21 und 23). Daraus resultierte vermutlich, wenn auch nicht zwingend, eine nivellierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung. Diese Verteilungswirkung war angesichts des geringen quantitativen Gewichts der Subventionskürzungen vermutlich aber nicht besonders bedeutsam.

7.5.4.2 Materielle Inzidenzanalyse

Bei der folgenden materiellen Inzidenzanalyse der diskretionären Subventionskürzungen im alten Bundesgebiet seit der deutschen Vereinigung werden die gesetzlich nicht erwarteten privatwirtschaftlichen Anpassungsreaktionen an die staatliche Subventionskürzung berücksichtigt, da sie den formalen Wirkungsendpunkt der gekürzten Subvention veränderten und darüber eine Abweichung zwischen der formalen Inzidenz und der materiellen Inzidenz generierten. Nach Beendigung aller privatwirtschaftlichen Anpassungsreaktionen können der Subventionsdestinatar und der effektive Subventionsbelastete voneinander abweichen.⁵⁰⁷

In der Realität kommt die vom Gesetzgeber beabsichtigte vollständige Überwälzung eines gekürzten Subventionsvorteils auf den Subventionsdestinatar häufig nicht zustande, weil die mikro- und/oder makroökonomischen Überwälzungsbedingungen für das subventionsempfangende Unternehmen ungünstig sind.⁵⁰⁸ Des weiteren wird der Subventionsdestinatar versuchen, die finanzielle Last aus einer Subventionskürzung gegen den Willen des Gesetzgebers durch niedrigere Preise für Investitionsgüter, Zwischenprodukte oder Vorleistungsgüter auf die Investitionsgüterproduzenten, Betriebsmittelhersteller oder Lieferanten, durch niedrigere Bruttolöhne auf die Arbeitnehmer oder durch höhere Güterpreise auf die Nachfrager zu überwälzen.⁵⁰⁹ Bei ungünstigen Überwälzungsbedingungen kann er den gekürzten Subventionsvorteil auch durch „passive“ Anpassungsreaktionen auf andere Marktteilnehmer verla-

⁵⁰⁷ Vgl. Nieder-Eichholz, M. (1995), S. 97 ff. und Krieger-Boden, C./Lammers, K. (1996), S. 6 ff, 11 f. und S. 19 f.

⁵⁰⁸ Vgl. Nieder-Eichholz, M. (1995), S. 98 f. und S. 203 und Hartig, R. (1990), S. 36 f.

⁵⁰⁹ Vgl. Siebe, T. (1993), S. 120 ff. und S. 136 ff. und Krieger-Boden, C./Lammers, K. (1996), S. 19.

gern. Dazu zählt u.a. der Kapazitätsabbau, die Verringerung der Nachfrage nach Investitionsgütern, die Realisierung von Produktivitätsreserven und von technischen Fortschritt und die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen und Rationalisierungsinvestitionen zu Lasten des Faktors Arbeit. Daraufhin müssen die freigesetzten Arbeitskräfte, die Beschäftigten, die Lieferanten und/oder die Investitionsgüterproduzenten einen Teil des gekürzten Subventionsvorteils tragen.⁵¹⁰ Schließlich kann der Subventionsdestinatar auf die Subventionskürzung mit sachlichen, zeitlichen und/oder räumlichen Substitutionsaktivitäten reagieren, weil sein Anreiz zur Schaffung des Subventionstatbestandes, zur Erfüllung der staatlichen Empfangsaufgaben und zur Ausweitung der Subventionsbemessungsgrundlage nachlässt. Dazu zählt z.B. die zeitliche Verschiebung subventionierter Investitionen oder eine Erhöhung der Arbeitsintensität im Produktionsprozess bei der Kürzung einer Kapitalsubvention.⁵¹¹

In materieller Hinsicht hängt die personelle Inzidenz der gekürzten staatlichen Subventionen im alten Bundesgebiet also davon ab, wie sich der gekürzte Subventionsvorteil nach Abschluss aller privatwirtschaftlichen Anpassungsreaktionen zwischen dem Unternehmenssektor und dem Sektor der privaten Haushalte und innerhalb des Haushaltssektors auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen verteilt. Dies lässt sich mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial leider nicht empirisch untersuchen. Dennoch ermöglicht eine materielle Inzidenzanalyse zumindest Tendenzaussagen. Im Vergleich zu dem oben abgeleiteten formalen Inzidenzerggebnis ergibt sich vermutlich eine Abschwächung der einkommensnivellierenden Wirkung, wenn die Unternehmen die gekürzten Subventionsvorteile erfolgreich auf die Arbeitnehmer verlagerten. Dadurch wurden nämlich die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich auf indirektem Wege überdurchschnittlich begünstigt und die Haushalte im mittleren Nettoeinkommensbereich überdurchschnittlich belastet. Dies wirkte per Saldo vermutlich einkommensdifferenzierend, da die indirekt begünstigten Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen sehr viel stärker in den oberen Nettoeinkommensklassen vertreten sind als die Arbeitnehmer. Bei einer Vorwälzung des gekürzten Subventionsvorteils von den Unternehmen auf die Konsumenten über höhere Güterpreise ist zusätzlich die Verteilung der privaten Konsumausgaben für die im Preis gestiegenen Konsumgüter nach Nettoeinkommensklassen in materieller Hinsicht verteilungsrelevant.

⁵¹⁰ Vgl. Krieger-Boden, C./Lammers, K. (1996), S. 19 und Siebe, T. (1993), S. 10 und S. 119 ff.

⁵¹¹ Vgl. Nieder-Eichholz, M. (1995), S. 97, 99 und S. 155.

8. Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls und aus dem vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet

In diesem Kapitel werden in Abschnitt 8.1 die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus dem vereinigungsbedingten Inflationsimpuls und in Abschnitt 8.2 die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus dem vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet analysiert. Dabei bleiben diejenigen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen ausgeklammert, die der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls mittel- und langfristig über reale Wachstumseffekte im alten Bundesgebiet induzierte. Diese werden dafür in Abschnitt 10.3 dieser Arbeit genauer untersucht. Des weiteren werden die verteilungsrelevanten Beschäftigungseffekte des Inflationsimpulses nicht explizit analysiert, da sie weder theoretisch noch empirisch eindeutig nachzuweisen sind.⁵¹²

8.1 Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet

8.1.1 Formale Inzidenzanalyse

In diesem Abschnitt wird gezeigt, dass die inflationsinduzierten interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland zum einen auf eine inflationsinduzierte Einkommens- und Vermögensumverteilung zwischen dem staatlichen und privaten Sektor und zum zweiten auf eine inflationsinduzierte Einkommens- und Vermögensumverteilung innerhalb des privaten Sektors zurückgingen. Bei einem unerwarteten und/oder nicht erfolgreich antizipierten Inflationsprozesses ist zudem davon auszugehen, dass nicht alle Einkommen und nicht alle Preise der Güter, Produktionsfaktoren und Vermögensformen mit der gleichen Rate und mit der gleichen Geschwindigkeit ansteigen wie das allgemeine Preisniveau. Daraus resultieren funktionelle Einkommensverteilungswirkungen und interpersonelle Vermögensverteilungswirkungen. Darüber hinaus induziert selbst ein erfolgreich antizipierter Inflationsprozess über seinen Einfluss auf die reale Kassenhaltung der privaten Haushalte und Betriebe interpersonelle Einkommens- und Vermögensverteilungswirkungen.⁵¹³

⁵¹² Vgl. Tödter, K.-H./Ziebarth, G. (1999), S. 52 f. und Cassel, D. (1999), S. 334 f: Nach der keynesianischen Theorie ermöglicht eine monetär alimentierte Nachfragesoginflation unter der Prämisse einer zeitlich verzögerten Anpassung der Nominallohne an die Inflationsentwicklung temporäre Beschäftigungsgewinne. Nach der monetaristischen Theorie existiert langfristig kein trade-off zwischen bestimmten Inflationsraten und bestimmten Arbeitslosenquoten.

⁵¹³ Vgl. Cassel, D. (1999), S. 337 ff. und Fricke, D. (1981), S. 119 ff.

8.1.1.1 Analyse der „kalten“ Progression bei der deutschen Einkommensteuer

Bei der Analyse des Phänomens der „kalten“ Progression in Abschnitt 6.2.3 wurde festgestellt, dass der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls bei der deutschen Einkommenssteuer einen Anstieg der steuerlichen Durchschnittsbelastung aller Steuerpflichtigen generierte und die Steuerpflichtigen mit einem unterschiedlich hohen „zu versteuernden Einkommen“ unterschiedlich stark traf. Der Anstieg der steuerlichen Durchschnittsbelastung war überdurchschnittlich hoch, wenn die Steuerpflichtigen mit ihrem „zu versteuernden Einkommen“ von der Nullzone in die untere Proportionalzone und von der unteren Proportionalzone in die Progressionszone „hineinwuchsen“, da dort der Grenzsteuersatz jeweils anstieg. Demnach belastete die „kalte“ Progression die Steuerpflichtigen mit einem „zu versteuernden Einkommen“ knapp unterhalb des Grundfreibetrags, knapp unterhalb der Progressionszone und innerhalb der Progressionszone, gemessen an der relativen Zunahme der steuerlichen Durchschnittsbelastung, stärker als die Steuerpflichtigen mit einem „zu versteuernden Einkommen“ innerhalb der unteren Proportionalzone und oberen Proportionalzone.⁵¹⁴

Es ist allerdings sinnvoller, die formale Inzidenz der „kalten“ Progression nicht mit Hilfe des Anstiegs der steuerlichen Durchschnittsbelastung, sondern mit Hilfe der inflationsinduzierten Veränderung des realen Nettoeinkommens der Steuerpflichtigen zu ermitteln, da diese sowohl die kalte Progression über die Tarifformel als auch die kalte Progression über die Realabwertung nominal fixierter Frei- und Abzugsbeträge widerspiegelt. Bei dieser Analyse zeigt sich, dass die reale zusätzliche Steuerschuld in absoluten Werten zwar über den gesamten Einkommensbereich stetig ansteigt. Dennoch müssen die Steuerpflichtigen mit einem hohen Nettoeinkommen einen geringeren inflationsinduzierten Rückgang ihres realen Nettoeinkommens hinnehmen als die Steuerpflichtigen mit einem niedrigen Nettoeinkommen. Dies impliziert eine differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung.⁵¹⁵

Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler aus dem Jahr 2000 betrugen die kumulierten Steuerermehreinnahmen aus der „kalten“ Progression zwischen 1991 und 1993 ca. 37 Mrd. DM (mit Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags). Davon ging zumindest ein Teil auf den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls in diesen Jahren zurück. Daher war die einkommensdifferenzierende Wirkung der „kalten“ Progression quantitativ durchaus bedeutsam.⁵¹⁶

⁵¹⁴ Vgl. Wiswesser, R. (1996), S. 32 f. und S. 36 ff. und Heilemann, U. u.a. (1994), S. 67.

⁵¹⁵ Vgl. Wiswesser, R. (1996), S. 38 ff. und Petersen, H.-G. (1977), S. 62 ff.

⁵¹⁶ Vgl. Stern, V. (2000), S. 42.

8.1.1.2 Analyse der „Scheingewinnbesteuerung“ und der „Scheinzinsbesteuerung der westdeutschen privaten Haushalte und Unternehmen

Bei der formalen Inzidenzanalyse der Besteuerung inflationsinduzierter nominaler Bruttozinseinkünfte der westdeutschen privaten Haushalte seit der deutschen Vereinigung („Scheinzinsbesteuerung“) wird auf die statistischen Daten zur Verteilung der verzinslichen Schuldtitel der westdeutschen privaten Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in Tabelle 26, 28, 30, 33 und 34 zurückgegriffen. Danach besitzen die Haushalte im mittleren und v.a. oberen Nettoeinkommensbereich überdurchschnittlich verzinsliche Schuldtitel und ein überdurchschnittlich hohes Guthaben bei verzinslichen Schuldtiteln. Deshalb werden die Bruttoeinnahmen aus Vermögen überdurchschnittlich von Haushalten im oberen Nettoeinkommensbereich erzielt (vgl. Tabelle 20). Diese Daten deuten darauf hin, dass die „Scheinzinsbesteuerung“ der westdeutschen privaten Haushalte mit Sparbüchern und verzinslichen Wertpapieren in formaler Hinsicht die Haushalte aus den mittleren und v.a. oberen Nettoeinkommensklassen überdurchschnittlich belastete. Nach den fiktiven Berechnungen in Tabelle 27, 29, 31, 35 und 36 im Anhang wirken zusätzliche Bruttozinseinkommen der privaten Haushalte aus Staatsschuldtiteln, Spareinlagen, Sparbriefen, Investmentfondszertifikaten und sonstigen Wertpapieren nämlich einkommensnivellierend. Deshalb wirkte der steuerinduzierte Rückgang der Nettorealrendite bei diesen Schuldtiteln während des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses umgekehrt dazu offensichtlich einkommensdifferenzierend.

Bei der formalen Inzidenzanalyse der Besteuerung inflationsinduzierter „Scheingewinne“ und nominaler Bruttozinseinkünfte der westdeutschen Unternehmen mit verzinslichen Schuldtiteln seit der deutschen Vereinigung („Scheinzinsbesteuerung“) besteht das Problem, dass sich ein Teil der realen Steuermehrbelastung der Unternehmen statistisch überhaupt nicht auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zurechnen lässt. Im Folgenden werden nur die indirekt belasteten Eigentümer und Anteilseigner der betroffenen Unternehmen und die indirekt belasteten privaten Besitzer verzinslicher Geldforderungen gegenüber den Geschäftsbanken auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet. Diese Personengruppen mussten nämlich auf indirektem Wege einen Rückgang ihrer Bruttoerwerbs- bzw. Bruttovermögenseinkommen hinnehmen, da die Unternehmen ihre reale Steuermehrbelastung aus der „Scheingewinn- und Scheinzinsbesteuerung“ zumindest partiell an sie weitergaben. Von der indirekten Belastung der privaten Eigentümer und Anteilseigner der betroffenen Unternehmen ging vermutlich eine nivellierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung aus, da sie überdurchschnittlich im oberen Nettoeinkommensbereich vertreten sind. Dagegen wirkte der Rückgang der Bruttozinseinkommen der westdeutschen privaten Haushalte aus Sparbüchern und Sparbriefen nach den fiktiven Berechnungen in Tabelle 29 und 31 einkommensdifferenzierend.

8.1.1.3 Analyse der inflationsinduzierten Realabwertung staatlicher Sozialleistungen an die westdeutschen privaten Haushalte

Bei der personellen Verteilungsanalyse der inflationsinduzierten Realabwertung nominal fixierter staatlicher Sozialleistungen in Westdeutschland können die direkt belasteten Personengruppen aus formaler Sicht problemlos erfasst werden, da die staatlichen Sozialleistungen in Deutschland gesetzlich kodifiziert sind. Es sind alle gesetzlich anspruchsberechtigten private Haushalte. Da die Empfänger staatlicher Sozialtransfers überdurchschnittlich in den unteren und kaum in den oberen Nettoeinkommensklassen vertreten sind, belastete die inflationsinduzierte Realabwertung nominal fixierter staatlicher Sozialleistungen überdurchschnittlich die Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich und nur unterdurchschnittlich die Haushalte im oberen Nettoeinkommensbereich (vgl. Tabelle 44). Daraus resultierte eine differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung.

8.1.1.4 Analyse der inflationsinduzierten Realabwertung staatlicher Tilgungs- und Zinszahlungen an die westdeutschen Staatsschuldgläubiger

Bei der personellen Verteilungsanalyse der inflationsinduzierten Realabwertung nominal fixierter nicht-indexierter staatlicher Zins- und Tilgungszahlungen in Westdeutschland seit der deutschen Vereinigung müssen zunächst die inländischen Gläubiger der öffentlichen Gesamtverschuldung in Deutschland identifiziert werden. Dies sind die privaten Haushalte mit Staatsschuldtiteln und die Staatsschuldgläubiger außerhalb des Haushaltssektors (nicht-finanzielle Unternehmen, Versicherungen, Geschäftsbanken).

In Abschnitt 7.4.2.2.1 wurde gezeigt, dass die staatlichen Zinszahlungen an die Staatsschuldgläubiger außerhalb des Haushaltssektors den Sektor der privaten Haushalte zu einem Teil auf indirektem Wege erreichen: Erstens in Form von indirekten Bruttomehereinkommen der Eigentümer und Anteilseigner der finanziellen und nicht-finanziellen Unternehmen mit Staatsschuldtiteln, zweitens in Form von indirekten Bruttozinsmehrereinkommen der privaten Sparer und Besitzer sonstiger Geldforderungen gegenüber den Geschäftsbanken. Daher ist es plausibel anzunehmen, dass sich die inflationsinduzierten realen Vermögens- und Zinsverluste der westdeutschen Staatsschuldgläubiger im Sektor der privaten Haushalte nicht nur direkt in Form von niedrigeren realen Bruttoeinkommen aus Geldvermögen der privaten Haushalte mit Staatsschuldtiteln niederschlugen. Es wurden auf indirektem Wege auch die obengenannten Personengruppen durch niedrigere reale Bruttoerwerbs- bzw. Bruttovermögenseinkommen belastet. In formaler Hinsicht belasteten die direkten und indirekten realen Bruttomindereinkommen überdurchschnittlich die Haushalte im mittleren und v.a. oberen Nettoeinkommensbereich und lediglich unterdurchschnittlich die Haushalte im unteren Net-

toeinkommensbereich (vgl. Tabelle 26, 28 und 30). Daraus resultierte allerdings aus den in Abschnitt 7.4.2.2.1 genannten Gründen nicht zwingend eine nivellierende Gesamtwirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung. Außerdem können sich die finanziellen und nicht-finanziellen Unternehmen mit Staatsschuldtiteln in der Realität sicherlich besser gegen einen Realwertverlust ihrer Staatsschuldtitel schützen als die privaten Haushalte mit Staatsschuldtiteln und dabei insbesondere die „Kleinsparer“, da bei ihnen der Antizipationsgrad der Inflation und der Durchsetzungsgrad der Antizipation höher ist. Dies wirkt für sich genommen vermutlich verteilungsdifferenzierend.⁵¹⁷

8.1.1.5 Analyse der inflationsinduzierten Realabwertung privater Tilgungs- und Zinszahlungen im westdeutschen privaten Sektor

Bei der Analyse der „Gläubiger-Schuldner-Hypothese“ in Abschnitt 8.1.1.4 wurden die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der inflationsinduzierten Wohlfahrtsumverteilung zwischen privaten Gläubigern und privaten Schuldnern nominal fixierter nicht-indexierter verzinslicher Geldforderungen in Westdeutschland seit der deutschen Vereinigung noch nicht betrachtet. Diese kam dadurch zustande, dass der kurzfristig unerwartete und daher nicht erfolgreich antizipierte vereinigungsbedingte Inflationsimpuls vorübergehend mit einer Realabwertung privater Zins- und Tilgungszahlungen an die Besitzer privater Schuldtitel verbunden war. Daraus resultierte zugleich eine Belastung und Begünstigung des westdeutschen Haushalts- und Unternehmenssektors, da Haushalte und Unternehmen gleichermaßen Kapital nachfragen und anbieten.⁵¹⁸ In gesamtwirtschaftlicher Hinsicht belastete die inflationsinduzierte Wohlfahrtsumverteilung innerhalb des westdeutschen privaten Sektors die Nettogläubigersektoren „private Haushalte“ und „finanzielle Unternehmen“ (Kreditinstitute, Versicherungen und sonstige Kapitalsammelstellen) und begünstigte die Nettoschuldnersektoren „Produktionsunternehmen“ und „Wohnungswirtschaft“ (vgl. Tabelle 13).

Bei der statistischen Zurechnung der inflationsinduzierten realen Vermögens- und Zinsverluste der westdeutschen privaten Haushalte mit privaten Schuldtiteln auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen können die Erkenntnisse aus Abschnitt 8.1.1.2 herangezogen werden. Danach mussten die Haushalte aus den mittleren und v.a. oberen Nettoeinkommensklassen in formaler Hinsicht überdurchschnittlich reale Vermögens- und Zinsverluste bei ihren privaten Schuldtiteln hinnehmen. Nach den fiktiven Berechnungen in Tabelle 29, 31, 35 und 36 im Anhang wirkten die inflationsinduzierten realen Vermögens- und Zins-

⁵¹⁷ Vgl. Molitor, B. (1973a), S. 86 f.

⁵¹⁸ Vgl. Gupta K.L./Moazzami, B. (1996), S. 71 ff. und S. 85 ff. und Sell, A. (1997), S. 7 und S. 56 f.

verluste der privaten Haushalte bei Spareinlagen, Sparbriefen, Investmentfondszertifikaten und sonstigen Wertpapieren jeweils einkommensdifferenzierend.

Bei der statistischen Zurechnung der inflationsinduzierten realen Vermögens- und Zinsverluste der westdeutschen finanziellen Unternehmen mit privaten Schuldtiteln auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen lässt sich mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial keine eindeutige Gesamtwirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung ableiten. So ist ein Teil der realen Vermögens- und Zinsverluste gar nicht auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zurechenbar. Nach den Erkenntnissen aus Abschnitt 8.1.1.2 belastete der Rückgang der Bruttoerwerbs- bzw. Bruttovermögenseinkommen der Eigentümer und Anteilseigner der betroffenen Unternehmen und der privaten Besitzer verzinslicher Geldforderungen gegenüber den Geschäftsbanken in formaler Hinsicht überdurchschnittlich die Haushalte im mittleren und v.a. oberen Nettoeinkommensbereich. Während aber die indirekte Belastung der privaten Eigentümer und Anteilseigner vermutlich einkommensnivellierend wirkte, ging von dem Rückgang der Bruttozinseinkommen der privaten Haushalte aus Sparbüchern und Sparbriefen eine einkommensdifferenzierende Wirkung aus.

Bei der statistischen Zurechnung der realen „Ausgabeneinsparungen“ der westdeutschen nicht-finanziellen Unternehmen bei nominal fixierten Tilgungs- und Zinszahlungen an die Besitzer privater Schuldtitel auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen ergibt sich dagegen eine einkommensdifferenzierende Wirkung, da die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen gegenüber den Haushalten aus den unteren Nettoeinkommensklassen auf indirektem Wege überdurchschnittlich begünstigt wurden. Dahinter steht wiederum die Ungleichverteilung der Eigentümer und Anteilseigner der nicht-finanziellen Unternehmen zu Gunsten des mittleren und v.a. oberen Nettoeinkommensbereichs.⁵¹⁹

Insgesamt betrachtet wirkte also die inflationsinduzierte Wohlfahrtsumverteilung zwischen privaten Geldschuldern und privaten Geldgläubigern in Westdeutschland in formaler Hinsicht weder eindeutig einkommensdifferenzierend noch eindeutig einkommensnivellierend, da die einzelnen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen zum Teil entgegengerichtet sind, nicht quantifizierbar sind und zum Teil nicht eindeutig ermittelt werden können. Außerdem muss bei der Verteilungsanalyse wiederum berücksichtigt werden, dass sich die finanziellen Unternehmen mit privaten Schuldtiteln besser gegen einen Realwertverlust ihrer Schuldtitel schützen können als die privaten Haushalte mit privaten Schuldtiteln und dabei

⁵¹⁹

Vgl. Wicke, L. (1975), S. 212 und S. 224 ff: Dabei ist die Begünstigung der Unternehmen umso höher, je höher ihre Fremdkapitalquote ist, da dann die inflationsinduzierte Realabwertung des Eigenkapitals umso geringer ausfällt („Scheingewinnbesteuerung“).

insbesondere die „Kleinsparer“, da sie einen Inflationsimpuls besser antizipieren können und ihre Antizipationswünsche besser durchsetzen können. Dies wirkte für sich genommen vermutlich verteilungsdifferenzierend.⁵²⁰

8.1.1.6 Analyse der inflationsinduzierten funktionellen Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland („Lohn-Lag-Hypothese“)

In Abschnitt 6.3.1 wurde festgestellt, dass im Anfangsstadium des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet ein temporärer „Lohn-Lag“ auftrat. Während dieses „temporären „Anpassungslags“ der nominalen Bruttolöhne und -gehälter der westdeutschen Arbeitnehmer an den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls gingen die realen Bruttolohneinkommen inflationsbedingt zumindest vorübergehend stärker zurück als die realen Bruttogewinneinkommen. Daraus resultierte eine temporäre Verschiebung der Verteilung des Volkseinkommens zu Gunsten der Bezieher von Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und zu Lasten der Bezieher von Bruttolohneinkommen.⁵²¹

Bei der personellen Verteilungsanalyse dieser inflationsinduzierten funktionellen Einkommensverteilungswirkungen müssen die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen des höheren inflationsinduzierten Rückgangs der realen Bruttolohneinkommen und des geringeren inflationsinduzierten Rückgangs der realen Bruttogewinneinkommen hinsichtlich ihrer Richtung und ihrer Stärke miteinander verglichen werden. Da die Selbständigen und die Unternehmen einen inflationsinduzierten Rückgang ihrer realen Bruttoerwerbseinkommen bzw. ihrer realen Bruttogewinne weitgehend vermeiden konnten, mussten die direkt belasteten Selbständigen und die indirekt belasteten privaten Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen lediglich einen geringen Rückgang ihrer realen Bruttoerwerbs- bzw. Bruttovermögenseinkommen hinnehmen. Aufgrund der Ungleichverteilung dieser Personengruppen zu Gunsten des oberen Nettoeinkommensbereichs wurden die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen überdurchschnittlich und die Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen lediglich unterdurchschnittlich belastet (vgl. Tabelle 20, 21 und 23). Diese Belastung wirkte vermutlich einkommensnivellierend, fiel aber vergleichsweise schwach aus. Dagegen belastete der inflationsinduzierte Rückgang der realen Bruttolohneinkommen der Arbeitnehmer überdurchschnittlich die Haushalte im mittleren Nettoeinkommensbereich. Diese Belastung fiel vergleichsweise stärker aus und wirkte weder eindeutig einkommensdifferenzierend noch eindeutig einkommensnivellierend.

⁵²⁰

Vgl. Molitor, B. (1973a), S. 86 f.

Insgesamt betrachtet hängt die Gesamtwirkung der inflationsinduzierten Verschiebung der funktionellen Einkommensverteilung im alten Bundesgebiet zu Lasten der Bezieher von Bruttolohneinkommen und zu Gunsten der Bruttogewinneinkommensbezieher auf die personelle Nettoeinkommensverteilung also von der Richtung und von der Stärke dieser beiden interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen ab. Es ist mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial leider nicht möglich, die Gesamtwirkung empirisch zu bestimmen.

8.1.1.7 Analyse der inflationsinduzierten interpersonellen Einkommensumverteilung zwischen den Beziehern staatlicher Sozialtransfers und den Beziehern von Bruttolohneinkommen in Westdeutschland

In Abschnitt 6.3.1 wurde festgestellt, dass der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet mit einer (temporären) Realabwertung nominal fixierter staatlicher Sozialleistungen an die westdeutschen privaten Haushalte verbunden war. Einerseits schlug sich der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls bei den automatisch dynamisierten Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung vorübergehend nur in einem unterproportionalen Anstieg der nominalen Rentenbeträge nieder. Andererseits erfolgte die diskretionäre Dynamisierung der nicht-automatisch dynamisierten Sozialleistungen in der Praxis lediglich unvollständig bzw. lediglich mit einer zeitlichen Verzögerung. Daraus resultierte eine (temporäre) interpersonelle Einkommensumverteilung innerhalb des privaten Sektors zwischen den Beziehern staatlicher Sozialtransfers und den Beziehern von Bruttolohneinkommen, da die unselbständig Erwerbstätigen den Inflationsausgleich trotz eines (temporären) „Lohn-Lags“ schneller und erfolgreicher durchsetzen konnten. Demzufolge fiel der inflationsinduzierte Rückgang der realen Bruttolohneinkommen (vorübergehend) geringer aus als der inflationsinduzierte Rückgang der realen Bruttotransfereinkommen.⁵²²

Bei der personellen Verteilungsanalyse dieser inflationsinduzierten interpersonellen Einkommensumverteilung müssen die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen des vergleichsweise geringen inflationsinduzierten Rückgangs der realen Bruttolohneinkommen und die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen des vergleichsweise starken inflationsinduzierten Rückgangs der realen Bruttotransfereinkommen hinsichtlich ihrer Richtung und ihrer Stärke miteinander verglichen werden. Dies ist nur ansatzweise möglich. Nach den Daten der Tabellen 20, 21 und 44 werden die Bruttoeinkommen aus öffentlichen Transferzahlungen überdurchschnittlich von Haushalten aus den unteren Nettoeinkommensklas-

⁵²¹ Vgl. Ziercke, M. (1970), S. 46 ff. und Groshen, E.L./Schweitzer, M.E. (1999), S. 275 ff.

⁵²² Vgl. Molitor, B. (1973a), S. 82 f. und Fricke, D. (1981), S. 145.

sen und die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit überdurchschnittlich von Haushalten aus dem mittleren Nettoeinkommensbereich erzielt. Daher belastete der inflationsinduzierte Rückgang der realen Bruttolohneinkommen überdurchschnittlich die Haushalte in den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen und der inflationsinduzierte Rückgang der realen Bruttotransfereinkommen überdurchschnittlich die Haushalte im unteren Nettoeinkommensbereich. Dies wirkte per Saldo vermutlich einkommensdifferenzierend, da die unselbständig Erwerbstätigen im Vergleich zu den Transferempfängern überdurchschnittlich in den mittleren Nettoeinkommensklassen vertreten sind. Allerdings wurde diese einkommensdifferenzierende Gesamtwirkung dadurch abgeschwächt, dass in Deutschland die nominalen Bruttotransfereinkommen nicht der „kalten“ Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs unterliegen, da die staatlichen Sozialtransfers von der Einkommensteuer befreit sind. Daher ist ein steuerinduzierter Rückgang der realen Nettotransfereinkommen bei Inflation nahezu ausgeschlossen, während die realen Nettolohneinkommen bei Inflation auch bei vollkommener Antizipation sinken.

8.1.1.8 Analyse der inflationsinduzierten interpersonellen Vermögensumverteilung zwischen den privaten Geldvermögensbesitzern und den privaten Sachvermögensvermögensbesitzern in Westdeutschland

Es wurde festgestellt, dass die privaten Kapitalanbieter den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls im alten Bundesgebiet zwischen 1991 und 1993 kurz- und mittelfristig nicht korrekt erwarteten und/oder nicht erfolgreich antizipierten. Deshalb hat sich der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls vorübergehend nur unterproportional in einem Anstieg des nominalen Kapitalmarktzinssatzes niedergeschlagen. Dadurch kam es (temporär) zu einer inflationsinduzierten Realabwertung nominal fixierter Vermögensanlagen zu Lasten der privaten Gläubiger und zu Gunsten der Schuldner dieser Vermögensanlagen.⁵²³

Demgegenüber blieb der Realwert des privaten Sachvermögens (Grundstücke, Haus- und Wohnungseigentum, sonstige Wertgegenstände) trotz des Inflationsimpulses unverändert, da der nominale Wert der Bestandteile des privaten Sachvermögens in der Praxis zumeist proportional zum Anstieg des allgemeinen Preisniveaus expandiert. Es ist sogar ein Realwertanstieg denkbar, wenn die privaten Anleger als Reaktion auf die inflationsinduzierte Realabwertung ihres nominalen Bruttogeldvermögens und ihrer nominalen Bruttozinserträge oder aus spekulativen Gründen ihre Nachfrage nach realwertgesicherten Sachkapital ausdehnen. Da dieser Nachfrageanstieg auf den Märkten der betroffenen Sachaktiva bei gege-

523

Vgl. Solveen, R. (1996), S. 4 und S. 8 f. und Jordan, T. (1994), S. 54 f.

benen Angebot einen Preisanstieg auslöst, expandiert der nominale Wert des Sachvermögens überproportional zum Anstieg des allgemeinen Preisniveaus.⁵²⁴ Daraus resultierte eine (temporäre) Verschiebung der personellen Vermögensverteilung zwischen den nicht realwertgesicherten privaten Geldvermögensbesitzern und den realwertgesicherten privaten Sachvermögensvermögensbesitzern.⁵²⁵

Bei der personellen Verteilungsanalyse dieser Verschiebung der personellen Vermögensverteilung werden zunächst die Daten der Tabellen 22 und 45 herangezogen. Nach den Daten der Tabelle 22 verteilte sich das Bruttogeldvermögen der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 ungleich zu Gunsten der Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen. Nach den Daten der Tabelle 45 war die Verteilung des Haus- und Grundbesitzes der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ebenfalls zu Gunsten der Haushalte im mittleren und oberen Nettoeinkommensbereich konzentriert. So steigt der schichtenspezifische Anteil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz an der Zahl der Haushalte pro Nettoeinkommensklasse mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen stetig von 19,7% auf 88,7% an. Außerdem ist der durchschnittliche Verkehrswert des Bruttogrundvermögens je Haushalt im mittleren und oberen Nettoeinkommensbereich deutlich höher als im unteren Nettoeinkommensbereich. Er erreicht in der obersten Nettoeinkommensklasse einen mehr als doppelt so hohen Wert wie im unteren Nettoeinkommensbereich.

Nach Berechnungen von Bedau (1998b) und Becker (1999b) übertrifft der Konzentrationsgrad der Verteilung des privaten Bruttogrundvermögens den Konzentrationsgrad der Verteilung des privaten Bruttogeldvermögens. So betrug der Gini-Koeffizient der Verteilung des privaten Bruttogeldvermögens am 31.12.1998 0,576 und der Gini-Koeffizient der Verteilung des privaten Bruttogrundvermögens am 31.12.1998 0,67.⁵²⁶ Außerdem steigt mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen der Anteil des Bruttogrundvermögens am gesamten Bruttovermögen stetig an, während der Anteil des Bruttogeldvermögens stetig sinkt. Dieser Verlauf ist darauf zurückzuführen, dass die privaten Haushalte mit einem niedrigen Nettoeinkommen sowohl geringere finanzielle Möglichkeiten zur Haltung realwertgesicherter Sachaktiva als auch eine geringere finanzielle Flexibilität zu einer Umschichtung ihres Bruttogeld-

⁵²⁴ Vgl. Wicke, L. (1975), S. 82 ff, 111 und S. 115 und Fricke, D. (1981), S. 174 ff. und S. 190.

⁵²⁵ Vgl. Hessler, H.-D. (1994), S. 411 ff. und Mückl, W. J. (1975), S. 103 und S. 147 f.

⁵²⁶ Vgl. Bedau, K.-D. (1998b), S. 85 und Becker, I. (1999b), S. 332 ff.

vermögens in Sachvermögen besitzen.⁵²⁷ Es lässt sich nicht empirisch überprüfen, ob die Verteilung des betrieblichen Sachvermögens auf die privaten Haushalte einen ähnlich hohen Konzentrationsgrad aufweist, da die EVS neben einigen Bestandteilen des Sachvermögens der privaten Haushalte (z.B. Gebrauchsvermögen) das gesamte betriebliche Sachvermögen (incl. landwirtschaftliches Vermögen) nicht erfasst. Nach herrschender Ansicht ist das betriebliche Produktivvermögen vermutlich noch stärker konzentriert.⁵²⁸

Tabelle 45: Verteilung des Bruttogrundvermögens der westdeutschen privaten Haushalte am 31.12.1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	Zahl der Haushalte mit Grundvermögen (in 1000)	Haushalte mit Grundvermögen in % der Zahl der Haushalte pro Klasse	Durchschnittlicher Verkehrswert des Grundvermögens je Haushalt in DM
unter 1000	290	19,7	303.245
1000 - 1600	726	26,4	302.559
1600 - 2000	747	29,5	319.557
2000 - 2500	1463	35,9	312.702
2500 - 3000	1443	45,2	330.706
3000 - 4000	2772	53,3	371.149
4000 - 5000	2372	63,1	412.144
5000 - 7500	3210	76,8	497.656
7500 - 35000	1325	88,7	742.723

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Wiesbaden 1997, Tabelle 1.20; eigene Berechnungen.

Insgesamt betrachtet deuten die statistischen Daten eindeutig darauf hin, dass die inflationsinduzierte Realabwertung des Bruttogeldvermögens die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen gegenüber den Haushalten aus den unteren Nettoeinkommensklassen absolut überdurchschnittlich belastete, während die potentielle inflationsinduzierte Realaufwertung des Sachvermögens die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen absolut überdurchschnittlich begünstigte. Demnach konnten die Haushalte mit einem niedrigen Nettoeinkommen die inflationsinduzierte Realabwertung ihres nominalen Bruttogeldvermögens nicht in dem Ausmaß durch eine inflationsinduzierte Realaufwertung ihres Sachvermögens kompensieren wie die Haushalte mit einem hohen Nettoeinkommen. Es ist sogar denk-

⁵²⁷ Vgl. Hessler, H.-D. (1994), S. 413 f. und Becker, I. (1999b), S. 332 ff.

⁵²⁸ Vgl. Faik, J./Schlomann, H. (1997), S. 119 ff.

bar, dass im oberen Nettoeinkommensbereich die inflationsinduzierte Realabwertung des Bruttogeldvermögens durch die inflationsinduzierte Realaufwertung des Sachvermögens überkompensiert wird. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Verschiebung der personellen Vermögensverteilung zwischen den Geldvermögensbesitzern und den Sachvermögensbesitzern als Folge des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet konzentrationsfördernd in Bezug auf die personelle Vermögensverteilung wirkte und darüber eine mittelbare differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung generierte, da die bereits existierende Ungleichverteilung der Bruttovermögenseinkommen der privaten Haushalte vermögensbedingt nochmals verstärkt wurde.

8.1.2 Materielle Inzidenzanalyse

In materieller Hinsicht können die formale Inzidenz und die effektive Inzidenz der in Abschnitt 8.1.1 dargestellten Wirkungsmechanismen des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet voneinander abweichen, wenn die betroffenen Personengruppen ihre inflationsinduzierte reale Last durch „aktive“ Anpassungsreaktionen (z.B. durch Steuervermeidungs-, Steuerumgehungs- und Steuerhinterziehungsaktivitäten oder durch Überwälzungsaktivitäten) und/oder durch „passive“ Anpassungsreaktionen (z.B. Steuereinholungsaktivitäten) auf Kosten des Staates oder auf Kosten anderer Marktteilnehmer erfolgreich verminderten.⁵²⁹ Bei der formalen Inzidenzanalyse in Abschnitt 8.1.1 wurden solche Anpassungsreaktionen zur Verlagerung realer Lasten noch nicht betrachtet. Bei der folgenden materiellen Inzidenzanalyse wird auf eine Analyse der inflationsinduzierten Realabwertung staatlicher Sozialleistungen in Westdeutschland verzichtet. In der Finanzwissenschaft wird die Meinung vertreten, dass die betroffenen Transferempfänger den inflationsinduzierten Rückgang ihrer realen Bruttotransfereinkommen vollständig tragen müssen.⁵³⁰

Bei der materiellen Inzidenzanalyse der deutschen Einkommensteuer in Abschnitt 7.2.2 wurde festgestellt, dass die legalen und illegalen Steuerentzugsmöglichkeiten der Steuerpflichtigen und ihre tatsächliche Inanspruchnahme in der Praxis ungleich zu Gunsten der Steuerpflichtigen mit einem hohen steuerbaren Bruttoeinkommen (v.a. zu Gunsten der Selbständigen und der Bezieher von Einkünften aus Kapitalvermögen) und zu Gunsten der nichtfinanziellen und finanziellen Unternehmen verteilt sind. Demnach verringern steuerpflichtige natürliche Personen mit einem hohen Bruttoeinkommen und Unternehmen ihre Steuerschuld

⁵²⁹ Vgl. Crane, S.E./Nourzad, F. (1986), S. 218 f. und S. 222 und Oberheide, R. (1998), S. 30 ff.

⁵³⁰ Vgl. Schwartz, G./Ter-Minassian, T. (2000), S. 344 und von Loeffelholz, H.-D. (1979), S. 179 f.

überdurchschnittlich und steuerpflichtige natürliche Personen mit einem niedrigen Bruttoeinkommen ihre Steuerschuld lediglich unterdurchschnittlich.

Deshalb ist es plausibel anzunehmen, dass die steuerpflichtigen natürlichen Personen mit einem hohen steuerbaren Bruttoeinkommen und die Unternehmen ihre reale Steuerbelastung aus der „kalten“ Progression, aus der „Scheinzinsbesteuerung“ und aus der „Scheingewinnbesteuerung“ überdurchschnittlich verminderten.⁵³¹ Dies wirkte vermutlich einkommensdifferenzierend, da der Rückgang ihrer realen Steuerbelastung die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen gegenüber den Haushalten aus den unteren Nettoeinkommensklassen entweder direkt oder indirekt überdurchschnittlich begünstigte. Dahinter steht die Ungleichverteilung der Selbständigen, der Bezieher von Einkünften aus Kapitalvermögen und der Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen zu Gunsten des mittleren und v.a. oberen Nettoeinkommensbereichs (vgl. Tabelle 20, 21 und 23). Wenn die Verminderung der realen Steuerbelastung der Selbständigen und Unternehmen zu Lasten von Arbeitnehmern ging, dann wurden die Haushalte aus den mittleren Nettoeinkommensklassen zugleich überdurchschnittlich belastet. Dies wirkte per Saldo vermutlich einkommensdifferenzierend, da die direkt begünstigten Selbständigen und die indirekt begünstigten privaten Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen sehr viel stärker dem oberen Nettoeinkommensbereich angehören als die direkt belasteten Arbeitnehmer. Bei einer Verminderung der realen Steuerbelastung zu Lasten der Konsumenten über höhere Güterpreise wird die materielle Inzidenz zusätzlich von der Verteilung der privaten Konsumausgaben für die im Preis gestiegenen Güter nach Nettoeinkommensklassen determiniert.

Insgesamt betrachtet zeigt die materielle Inzidenzanalyse zumindest, dass die einkommensdifferenzierende Wirkung der „kalten“ Progression effektiv vermutlich sogar noch stärker war als formal. Dagegen fiel die formal einkommensnivellierende Wirkung der „Scheingewinnbesteuerung“ und „Scheinzinsbesteuerung“ der nicht-finanziellen und finanziellen Unternehmen in materieller Hinsicht vermutlich schwächer aus. Dies gilt auch für die einkommensnivellierende Wirkung der „Scheinzinsbesteuerung“ der privaten Haushalte. Schließlich fiel auch die formal einkommensnivellierende Wirkung der Realabwertung staatlicher und privater Schultitel der nicht-finanziellen und finanziellen Unternehmen in materieller Hinsicht schwächer aus, wenn die Unternehmen ihre inflationsinduzierte reale Last durch Steuerentzugsaktivitäten auf Kosten des Staates verringerten oder zumindest partiell auf Arbeitnehmer verlagerten.

531

Vgl. Petersen, H.-G. (1977), S. 87 und die Ausführungen und Literaturhinweise in Abschnitt 6.2 und 6.3 und in Abschnitt 8.1.1.

8.2 Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet

Bei der personellen Verteilungsanalyse des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet sollen in Unterabschnitt (1) zunächst die wachstumsinduzierten Auswirkungen auf die funktionelle Verteilung des Volkseinkommens im Zeitraum 1990 bis 1993 genauer untersucht werden. Anschließend geht der Unterabschnitt (2) der Frage nach, in welcher Weise sich der wachstumsinduzierte Anstieg des Volkseinkommens und die wachstumsinduzierten funktionellen Einkommensverteilungswirkungen mittelbar auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet ausgewirkt haben.

(1) Analyse der funktionellen Einkommensverteilungswirkungen des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet

Im konjunkturellen Verlauf zeigen die Bruttogewinne der Unternehmen üblicherweise ein deutlich ausgeprägteres zyklisches Reaktionsmuster als die Bruttolohneinkommen der Arbeitnehmer, weil sie keine vertraglich abgesicherte Garantie besitzen, sondern ein Residuum zwischen den konjunkturreagiblen Umsätzen und Kosten sind. Im konjunkturellen Aufschwung und in der Frühphase eines konjunkturellen Booms steigen die Unternehmensgewinne im Vergleich zu den Bruttolohneinkommen überdurchschnittlich an, da die Personal- und Materialkosten der Unternehmen noch relativ stabil sind, die hohen Produktivitätszuwächse noch deutlich über den Bruttolohnsteigerungen liegen und die Durchschnittskosten mit der steigenden Kapazitätsauslastung zurückgehen. Außerdem hinkt das konjunkturbedingte Beschäftigungswachstum zeitlich hinter dem konjunkturbedingten Produktionswachstum hinterher, da die Unternehmen während eines konjunkturellen Aufschwungs zunächst den Auslastungsgrad ihrer vorhandenen personellen Produktionskapazitäten erhöhen. Vor diesem Hintergrund profitieren die Bruttogewinneinkommensbezieher von dem Anstieg des Volkseinkommens im konjunkturellen Aufschwung und in der Frühphase eines konjunkturellen Booms stärker als die Bruttolohneinkommensbezieher.⁵³²

In der Spätphase eines konjunkturellen Booms und während der folgenden konjunkturellen Abkühlung kehrt sich diese Wirkung um. Hier verlangsamt sich das überdurchschnittliche Wachstum der Unternehmensgewinne merklich, weil die Gewerkschaften die konjunkturbedingte Anspannung auf dem Arbeitsmarkt für höhere Nominallohnforderungen nutzen, weil die Produktivitätszuwächse nachlassen, und weil eine Erweiterung der Produktionskapazitäten nur noch zu höheren Bruttolöhnen und höheren Kapitalnutzungskosten möglich ist. Es

⁵³²

Vgl. Uhlmann, L. (1994), S. 5 ff. und Link, F.-J. (1995a), S. 18 f. und S. 25.

kommt sogar zu einem Rückgang der Unternehmensgewinne, wenn die am Markt durchgesetzten Preissteigerungen und die niedrigeren Produktivitätszuwächse nicht mehr zur Kompensation der steigenden Lohnkosten ausreichen. Dagegen steigen die Bruttolohneinkommen aufgrund des zeitlich verzögerten Anstiegs der Bruttolöhne und der Erwerbstätigenzahl noch kräftig an. Daraus resultiert immer dann eine Verschiebung der funktionellen Einkommensverteilung zwischen den Bruttogewinneinkommensbeziehern und den Bruttolohneinkommensbeziehern, wenn die Bruttogewinneinkommen im Vergleich zu den Bruttolohneinkommen nur noch unterdurchschnittlich ansteigen oder sogar absolut sinken.⁵³³

Im Folgenden wird nun überprüft, ob das zuvor abgeleitete generelle Entwicklungsmuster der funktionellen Einkommensverteilung im konjunkturellen Verlauf während des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet zwischen 1990 und 1993 tatsächlich empirisch relevant war. Dazu wird die Entwicklung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, der Bruttolohn- und Bruttogewinnquote, der strukturbereinigten Bruttolohnquote, der Arbeitseinkommensquote und der Unternehmensgewinne im Zeitraum 1989 bis 1994 genauer untersucht (vgl. Tabelle 46). Es bestätigt sich sowohl das abgeleitete konjunkturelle Entwicklungsmuster der funktionellen Einkommensverteilung als auch die These von der ausgeprägteren Konjunkturreagibilität der Bruttogewinneinkommen im Vergleich zur Konjunkturreagibilität der Bruttolohneinkommen. So verzeichnete die unbereinigte Bruttolohnquote während der Expansionsphase zwischen 1989 und 1990 einen Rückgang, während der Kontraktionsphase zwischen 1992 und 1993 einen Anstieg und war am Ende der Rezessionsphasen maximal. Demgegenüber entwickelte sich die Bruttogewinnquote gegenläufig dazu. Im Jahr 1991 veränderte sich der Wert der beiden Quoten nicht. Schließlich verzeichnete die strukturbereinigte Bruttolohnquote zwischen 1989 und 1990 einen Rückgang auf 64,9% und zwischen 1992 und 1993 ein Anstieg von 64,9% auf 67,0%.⁵³⁴

Bei einer Komponentenanalyse der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zeigt sich, dass sie sich weniger zyklisch entwickelten als die „echten“ Unternehmensgewinne. Nach empirischen Untersuchungen ist der Anteil der „echten“ Unternehmensgewinne am Volkseinkommen im Vergleich zur Bruttogewinnquote während der Expansionsphase zwischen 1989 und 1990 deutlich stärker angestiegen und während der Kontraktionsphase zwischen 1992 und 1993 deutlich stärker zurückgegangen. Diese Diskrepanz ist dar-

⁵³³ Vgl. Link, F.-J. (1995a), S. 19 und S. 25 und Zwiener, R./Stille, F. (1993), S. 120.

⁵³⁴ Vgl. Neubäumer, R. (1991), S. 242 f. und Zwiener, R./Stille, F. (1993), S. 128.

auf zurückzuführen, dass die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen neben den „echten“ Unternehmensgewinnen nicht-unternehmensbezogene konjunkturunabhängige Komponenten besitzen. Dazu zählen u.a. die staatlichen Bruttogewinneinkommen, die Bruttomiet- und Bruttozinseinkommen der privaten Haushalte und die Bundesbankgewinne.⁵³⁵ Daneben ist der wenig konjunkturreagible kalkulatorische Unternehmerlohn für die „fiktive“ Arbeitsleistung der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in Personenunternehmen eine Komponente der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Er stellt ebenso wie die Bruttolohneinkommen „Arbeitseinkommen“ dar.⁵³⁶

Tabelle 46: Indikatoren zur Verteilung des Volkseinkommens im alten Bundesgebiet zwischen 1989 und 1994

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Volkseinkommen (in Mrd. DM)	1738	1892	2042	2140	2122	2200
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme (Veränderung in %)	4,6	7,8	7,9	6,4	1,1	0,05
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Veränderung in %)	4,5	7,8	8,0	6,6	0,9	1,6
Bruttolohnquote (in %) ¹	70,3	69,6	69,6	70,8	72,1	70,7
Strukturbereinigte Bruttolohnquote (in %)	65,8	64,9	64,9	65,9	67,0	65,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Veränderung in %) ²	10,7	11,4	7,8	0,6	-5,0	8,9
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne staatliche Bruttogewinneinkommen) (Veränderung in %)	7,7	10,8	9,1	0,3	-3,2	9,2
Bruttogewinnquote (in %) ¹	29,7	30,4	30,4	29,2	27,9	29,3

¹ Bruttolohnquote (Bruttogewinnquote) = Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) in % des Volkseinkommens

² = Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck), der privaten Unternehmen und des Staates.

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1997/1998), Tabelle 29* und 33*; Schäfer, C. (2000), S. 745; eigene Berechnungen.

Insgesamt betrachtet zeigt die Entwicklung der Bruttolohn- und Bruttogewinnquote und ihrer Komponenten in Deutschland seit 1990, dass der vereinigungsbedingte reale Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet in den Jahren 1990 und 1991 tatsächlich eine Verschiebung der funktionellen Einkommensverteilung zwischen den Bruttolohneinkommensbeziehern und

⁵³⁵ Vgl. Link, F.-J. (1995b), S. 12, 14, 20 ff, 25 ff. und S. 29 ff; Zwiener, R./Stille, F. (1993), S. 128; Kalmbach, P. (1995), S. 274 und S. 282.

⁵³⁶ Vgl. Krämer, H. (1995), S. 350 und Kalmbach, P. (1995), S. 282 f.

den Bruttogewinneinkommensbeziehern zu Gunsten der Bruttogewinneinkommensbezieher generierte. Diese Verschiebung wird durch den Anstieg der Bruttogewinnquote nur unzureichend wiedergegeben, da er den tatsächlichen zyklischen Anstieg der „echten“ Unternehmensgewinne in den Jahren 1990 und 1991 nur unzureichend widerspiegelt. Da der expansive Nachfrageimpuls aus Ostdeutschland die Reifephase des westdeutschen konjunkturellen Aufschwungs bis zur deutschen Vereinigung faktisch hinauszögerte, stiegen die „echten“ Unternehmensgewinne gegenüber den Bruttolohneinkommen der Arbeitnehmer nochmals für zwei Jahre überdurchschnittlich an. Dies dokumentiert sich in der positiven Diskrepanz zwischen der Wachstumsrate der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat) und der Wachstumsrate der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme.

Demgegenüber war in der Spätphase des konjunkturellen Booms und während der konjunkturellen Abkühlung in 1992 und 1993 eine wachstumsinduzierte Verschiebung der funktionellen Einkommensverteilung zu Lasten der Bruttogewinneinkommensbezieher und zu Gunsten der Bruttolohneinkommensbezieher zu beobachten. Dies dokumentiert sich in dem Anstieg der Bruttolohnquote (strukturbereinigten Bruttolohnquote) von 69,6% (64,9%) in 1991 auf 72,1% (67,0%) in 1993 und in dem Rückgang der Bruttogewinnquote von 30,4% in 1991 auf 27,9% in 1993. Außerdem war die Wachstumsrate der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat) in 1992 mit 0,3% nur noch leicht positiv und in 1993 mit -3,2% sogar deutlich negativ. Da die westdeutschen Unternehmen als Folge der rückläufigen Nachfrageimpulse aus Ostdeutschland und der expansiven Lohnpolitik einen deutlichen Anstieg der Lohnkosten sowie einen Rückgang der abgesetzten Gütermenge und der Kapazitätsauslastung hinnehmen mussten und gleichzeitig nur noch geringe Produktivitätsfortschritte realisierten, ließ das starke Wachstum der „echten“ Unternehmensgewinne bereits in 1992 merklich nach. In 1993 erreichte es sogar einen negativen Wert. Dagegen war die Wachstumsrate der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme in 1992 mit 6,4% noch hoch und in 1993 mit 1,1% immerhin noch positiv, da die Bruttolöhne und die Erwerbstätigenzahl in der Spätphase des Booms und während der Abkühlung noch zeitlich verzögert expandierten.

(2) Personelle Analyse der wachstumsinduzierten funktionellen Einkommensverteilungswirkungen im alten Bundesgebiet zwischen 1990 und 1993

In diesen Unterabschnitt wird untersucht, wie sich die wachstumsinduzierte Verschiebung der funktionellen Einkommensverteilung im alten Bundesgebiet zwischen 1990 und 1993 auf die personelle Nettoeinkommensverteilung auswirkte. Dabei gilt es zu beachten, dass die beobachtbare Entwicklung der Bruttolohn- und Bruttogewinnquote nur bedingt Aufschluss über interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen gibt, weil die Individualeinkommen innerhalb der funktionellen Einkommensgruppen in der Regel vom Durchschnittseinkommen

dieser Einkommensgruppen abweichen, weil die Nicht-Erwerbstätigen ohne Kapitaleinkommen keiner funktionellen Einkommensgruppe angehören, und weil eine Veränderung der relativen Verteilungsposition der Arbeitnehmer und der Kapitalbesitzer in der Bruttolohn- und Bruttogewinnquote lediglich bedingt zum Ausdruck kommt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Bruttogewinneinkommen u.a. auch staatliche Bruttogewinneinkommen enthalten, dass die Bezieher von Bruttolohneinkommen auch Bruttogewinneinkommen erzielen („Querverteilung“), dass die Bruttolohnquote im konjunkturellen Verlauf üblicherweise eine entgegengerichtete Entwicklung zur Beschäftigungsentwicklung zeigt, und dass die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bruttolohnquote durch die Entwicklung der sektoralen Bruttolohnquoten und der Wertschöpfungsanteile der einzelnen Sektoren bestimmt wird. Bei einer ausgeprägten „Querverteilung“ unterschätzt die Bruttolohnquote die relative Verteilungsposition der Arbeitnehmer.⁵³⁷ Außerdem signalisiert die Entwicklung der Bruttolohnquote im konjunkturellen Verlauf nicht zwingend die Entwicklung der relativen Verteilungsposition der Arbeitnehmer, weil sie regelmäßig von einer Veränderung des Beschäftigungsgrades begleitet wird. So signalisiert ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Bruttolohnquote nicht zwingend eine verschlechterte relative Verteilungsposition der Arbeitnehmer, weil er allein darauf zurückzuführen sein kann, dass Branchen mit einer unterdurchschnittlichen Bruttolohnquote expandieren und Branchen mit einer überdurchschnittlichen Bruttolohnquote schrumpfen.⁵³⁸

Bei der folgenden personellen Verteilungsanalyse wird mit Hilfe der Daten aus Tabelle 20 und 21 versucht, die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen des wachstumsinduzierten Anstiegs der Bruttolohn- und Bruttogewinneinkommen, des wachstumsinduzierten Anstiegs der Beschäftigung und der wachstumsinduzierten Veränderung der funktionellen Einkommensverteilung im alten Bundesgebiet zwischen 1990 und 1993 abzuleiten. Es zeigt sich, dass die Gesamtwirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung weder eindeutig differenzierend noch eindeutig nivellierend war, da die einzelnen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen nicht quantifizierbar sind, zum Teil entgegengerichtet sind und nicht eindeutig empirisch abgeleitet werden können. So begünstigte der wachstumsinduzierte Anstieg der Bruttolohneinkommen überdurchschnittlich die Haushalte aus den mittleren Nettoeinkommensklassen, da die Arbeitnehmer hier überdurchschnittlich vertreten sind. Dies wirkte weder eindeutig einkommensdifferenzierend noch eindeutig einkommensnivellierend. Sodann ging von dem wachstumsinduzierten Anstieg der Beschäftigung vermutlich eine einkommensnivellierende Wirkung aus, da die Arbeitslosen und die am stärksten

⁵³⁷ Vgl. Hasslinger, F./Stöner, O. (1998), S. 224 und Kalmbach, P. (1995), S. 274 f. und S. 281.

⁵³⁸ Vgl. Link, F.-J. (1995b), S. 29 ff. und S. 35 ff. und Kalmbach, P. (1995), S. 274 f. und S. 281.

von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmer überdurchschnittlich dem unteren Nettoeinkommensbereich angehören. Demgegenüber wirkte der wachstumsinduzierte Anstieg der Bruttogewinne der westdeutschen Unternehmen im Zeitraum 1990 bis 1992 vermutlich einkommensdifferenzierend, da die indirekt begünstigten Haushalte der Eigentümer und Anteilseigner überdurchschnittlich im oberen Nettoeinkommensbereich vertreten sind. Umgekehrt dazu wirkte der wachstumsinduzierte Rückgang der Bruttogewinne der westdeutschen Unternehmen im Jahr 1993 vermutlich auf indirektem Wege einkommensnivellierend. Schließlich generierte die wachstumsinduzierte Verschiebung der funktionellen Einkommensverteilung zu Lasten der Bruttolohneinkommensempfänger und zu Gunsten der Bruttogewinneinkommensempfänger in 1990 und 1991 vermutlich eine einkommensdifferenzierende Wirkung, da die relativ begünstigten Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen im Vergleich zu den relativ benachteiligten Arbeitnehmern stärker den oberen Nettoeinkommensklassen und weniger stark den mittleren Nettoeinkommensklassen angehören. Mit der gleichen Argumentation lässt sich für die Jahre 1992 und 1993 eine einkommensnivellierende Wirkung plausibel ableiten, da die umgekehrte Verschiebung der funktionellen Einkommensverteilung die Eigentümer und Anteilseigner der Unternehmen auf indirektem Wege relativ benachteiligte und die Arbeitnehmer relativ begünstigte.

In empirischen Studien für die westeuropäischen Industrieländer wurde ebenfalls eine positive Korrelation zwischen dem realen Wirtschaftswachstum und der Ungleichheit in der personellen Nettoeinkommensverteilung festgestellt. In der USA und in Deutschland verstärkte das reale Wirtschaftswachstum im Zeitraum 1983 bis 1991 die Konzentration der personellen Nettoeinkommensverteilung. Daher ist zumindest für die Jahre 1990 und 1991 eine einkommensdifferenzierende Wirkung des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet empirisch gesichert. Nach den Studien verbesserte sich zwar die absolute Einkommensposition aller Bevölkerungsgruppen. Allerdings profitierten die Haushalte aus dem mittleren und oberen Nettoeinkommensbereich von dem Anstieg des Volkseinkommens relativ stärker als die Haushalte aus dem unteren Nettoeinkommensbereich. Diese vertikale interpersonelle Einkommensumverteilung dokumentierte sich darin, dass in beiden Ländern eine asymmetrische Verschiebung in der Besetzungszahl der einzelnen Nettoeinkommensklassen zu beobachten war. Sie war überproportional vom mittleren zum oberen Nettoeinkommensbereich und nur unterproportional vom mittleren zum unteren Nettoeinkommensbereich. Dies deutet darauf hin, dass das reale Wachstum die relative Einkommensposition der meisten Haushalte aus dem mittleren Nettoeinkommensbereich verbesserte.⁵³⁹

539

Vgl. Daly, M.C. u.a. (1997). S. 24 ff. und Burkhauser, R. V. u.a. (1998), S. 6 ff. und S. 19 f.

9. Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen in Westdeutschland aus der Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte

9.1 Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus der Inanspruchnahme der staatlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland durch westdeutsche Investoren

Bei der Analyse der interregionalen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme seit der deutschen Vereinigung in Hauptteil 1 zeigte sich, dass die öffentlichen Bruttofinanztransferträger hohe Bruttofinanztransfers zur Förderung privater Bau- und Ausrüstungsinvestitionen nach Ostdeutschland leisteten. Davon profitierten die privaten Investoren aus Deutschland durch eine Erhöhung der Rentabilität der geförderten Investitionsprojekte, durch eine Erhöhung ihrer Eigenkapitalbasis und Liquidität und durch eine Verbesserung ihrer Möglichkeiten zur Beschaffung von Fremdkapital und zur Besicherung aufgenommener Bankkredite. Daher stellte die staatliche Investitionsförderung für westdeutsche Investoren ein wichtiges Motiv zur Durchführung von Sachinvestitionen in Ostdeutschland dar.⁵⁴⁰ Des Weiteren waren die Erschließung des ostdeutschen Marktes und der osteuropäischen Märkte, die hohe Kapazitätsauslastung im produzierenden Gewerbe, die Notwendigkeit zur Erneuerung veralteter Produktionsanlagen und die Verfügbarkeit qualifizierter Facharbeiter und billiger Gewerbeflächen in Ostdeutschland wichtige Investitionsmotive für westdeutsche Investoren.⁵⁴¹ Aufgrund dieser Investitionsmotive war seit der deutschen Vereinigung ein kräftiger Anstieg der westdeutschen Bau- und Ausrüstungsinvestitionen in Ostdeutschland zu beobachten. Er war in den Bereichen Produzierendes Gewerbe, Verkehr/Nachrichtenübermittlung und Handel/Banken/Versicherungen besonders hoch.⁵⁴²

In diesem Abschnitt wird der Frage nachgegangen, in welcher Weise sich die Nutzung der staatlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland durch westdeutsche Investoren aus dem Haushalts- und Unternehmenssektor auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet auswirkte. Dazu werden in Unterabschnitt (1) zunächst die wichtigsten staatlichen Instrumente zur Förderung des privaten Kapitaleinsatzes in Ostdeutschland genauer dargestellt. Dadurch erhält man Aufschluss über die Art der Begünstigung der west-

⁵⁴⁰ Vgl. Institut für Weltwirtschaft (1995), S. 42 f. und Sinn, H.-W. (1994), S. 41 f. und S. 44 f.

⁵⁴¹ Vgl. Berteit, H. (1993), S. 107 ff. und Thimann, C. (1996), S. 104 f.

⁵⁴² Vgl. Heimpold, G. u.a. (1994), S. 61 f. und Gerstenberger, W./Neumann, F. (1997), S. 83.

deutschen Investoren. Es müssen allerdings diejenigen finanziellen Belastungen der westdeutschen Investoren gegengerechnet werden, die auf die trotz Subventionierung getätigten Fehlinvestitionen in Ostdeutschland zurückgingen. Diese führten dann auch in den Haushalten der Gebietskörperschaften zu Steuerausfällen. Dennoch verblieb per Saldo sicherlich eine finanzielle Begünstigung der westdeutschen Investoren. Anschließend analysiert der Unterabschnitt (2) die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der staatlichen Kapitalsubventionen an die westdeutschen Investoren.

Bei der folgenden Analyse wird jedoch nur untersucht, wie die staatlichen Fördermittel und die Steuerersparnisse zu Gunsten der westdeutschen Investoren die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet direkt beeinflussten. Damit bleiben diejenigen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen unberücksichtigt, die von der staatlichen Investitionsförderung auf indirektem Wege, nämlich über auf den vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls und seine funktionellen Einkommensverteilungswirkungen im alten Bundesgebiet, ausgingen. Diese Einkommensverteilungswirkungen kamen dadurch zustande, dass die Nutzung der investiven Bruttofinanztransfers nach Ostdeutschland durch west- und ostdeutsche Investoren über eine steigende Nachfrage nach westdeutschen Investitionsgütern positive Produktions-, Investitions- und Beschäftigungseffekte im alten Bundesgebiet generierte. Es lässt sich leider nicht statistisch ermitteln, in welchem Maße der vereinigungsbedingte reale Wachstumsimpuls investiv bedingt war. Er ging allerdings dominierend auf die steigende Konsumnachfrage nach der deutschen Vereinigung zurück. Da eine empirische Abgrenzung zwischen den direkten interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der staatlichen Investitionsförderung und ihren indirekten wachstumsinduzierten Einkommensverteilungswirkungen nicht möglich ist, bleiben letztere ausgeklammert.

(1) Instrumente der staatlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland

Bei der steuerfreien **Investitionszulage** erhielt der Investor eine Barzahlung in Höhe eines festen Prozentsatzes auf die Anschaffungs- oder Herstellkosten eines neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgutes des Anlagevermögens, wenn die Wirtschaftsgüter mindestens drei Jahre als Anlagevermögen eines Betriebes oder einer Betriebsstätte in Ostdeutschland gehalten und maximal zu 10% privat genutzt wurden. Dabei variierte der Fördersatz bis Ende 1992 mit dem Zeitpunkt des Investitionsbeginns und der Investitionsfertigstellung und seit 1993 mit der Branche und dem Wohnsitz des Investors. Im Gegensatz zu den Investitionszuschüssen besaß der Investor keinen Rechtsanspruch auf die Investitionszulage.⁵⁴³ Da die

⁵⁴³

Vgl. Weillepp, M. (1995), S. 117 f. und Funke, M./Willenbockel, D. (1992), S. 458.

Investitionszulage weder die Bemessungsgrundlage für die Abschreibung des Wirtschaftsgutes reduziert noch als Betriebseinnahme steuerpflichtig ist, entspricht der Fördersatz dem Subventionswert. Damit geht von einer Investitionszulage eine einmalige Senkung der Kapitalkosten des geförderten Investitionsobjektes und eine einmalige Stärkung der Liquidität des Investors aus. Allerdings wird der Liquiditätsvorteil erst zeitlich verzögert wirksam, weil der Staat die Investitionszulage erst nach Durchführung der Investition auszahlt.⁵⁴⁴

Bei den **Sonderabschreibungen** auf die Anschaffungs- oder Herstellkosten gewerblicher Bau- und Ausrüstungsinvestitionen und privater Bauinvestitionen gestattete der Staat dem Investor über die normale steuerliche Abschreibung hinaus eine erhöhte Abschreibung (bis Ende 1996 in Höhe von 50%). Dazu musste der Investor die erhöhte Abschreibung bei der Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer geltend machen und mit einer linearen Abschreibungsmethode kombinieren. Er besaß ein Wahlrecht, die Sonderabschreibung entweder im Anschaffungsjahr der Investition vollständig steuerlich abzusetzen oder auf fünf Jahre zu verteilen. Im Gegensatz zur Investitionszulage wurden durch die Sonderabschreibungen auch unbewegliche abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, gebrauchte Wirtschaftsgüter sowie Ausbauten und Erweiterungen an Gebäuden des Anlagevermögens gefördert. Dabei musste der Investor die förderfähigen beweglichen abnutzbaren Wirtschaftsgüter mindestens drei Jahre als Anlagevermögen seines Betriebes oder seiner Betriebsstätte in Ostdeutschland halten und durfte sie maximal zu 10% privat nutzen.⁵⁴⁵

Eine Sonderabschreibung bewirkt eine zeitliche Vorverlagerung des Abschreibungsaufwands und damit eine zeitliche Rückverlagerung des steuerpflichtigen Bruttogewinns des Investors, da sich die Steuerbemessungsgrundlage zunächst stärker und später schwächer verringert, als es dem tatsächlichen Wertverlust des Investitionsobjektes entspricht. Dadurch erzielt der Investor eine temporäre Steuerersparnis (Liquiditätsvorteil). Daneben erhöht der zinslose Steuerekredit des Staates die Rentabilität des geförderten Investitionsobjektes (Rentabilitätsvorteil).⁵⁴⁶ Diese Wirkungen stellen sich allerdings nur dann ein, wenn der Investor ausreichend hohe steuerpflichtige Bruttogewinne erzielt oder die Anfangsverluste der geförderten Investitionsprojekte in Ostdeutschland mit Bruttogewinnen aus anderen Investitionsprojekten verrechnen kann (Verlустаausgleich). Daher fällt der Subventionswert deutlich geringer aus, wenn der Investor mangels steuerpflichtiger Bruttogewinne und Verlустаausgleichsmöglichkei-

⁵⁴⁴ Vgl. Trojanus, K. (1995), S. 235 ff. und Heimpold, G. u.a. (1994), S. 7 ff. und S. 25 f.

⁵⁴⁵ Vgl. Köddermann, R. (1996), S. 7 ff. und Institut für Weltwirtschaft (1997), S. 29 f.

⁵⁴⁶ Vgl. Trojanus, K. (1995), S. 231 ff. und Heimpold, G. u.a. (1994), S. 13 und S. 50.

ten die Sonderabschreibungen faktisch nicht nutzen kann. Dies traf jedoch insbesondere für die ostdeutschen Investoren zu. Dagegen konnten die westdeutschen Investoren ihre Verluste aus Investitionsprojekten in Ostdeutschland nahezu problemlos mit ihren Bruttogewinnen aus rentablen Investitionsprojekten in Westdeutschland verrechnen.⁵⁴⁷

Bei den **Investitionszuschüssen** im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erhielt der Investor eine Barzahlung in Höhe eines festen Prozentsatzes auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten förderwürdiger Investitionsprojekte, wenn er in Regionen mit überdurchschnittlichen Struktur- und Beschäftigungsproblemen produzierte oder für den überregionalen Absatz produzierte. Gefördert wurden gewerbliche Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, Investitionen zum Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Erwerb stillgelegter bzw. von der Stilllegung bedrohter Betriebe. Der Förderhöchstsatz betrug bei Errichtungsinvestitionen 23%, bei Erweiterungsinvestitionen 20% und bei Rationalisierungsinvestitionen 15%. Im Vergleich zur Investitionszulage bestand kein Rechtsanspruch auf staatliche Investitionszuschüsse. Außerdem musste der Investor vor dem Beginn des Investitionsvorhabens einen Förderantrag stellen.⁵⁴⁸ Der Investor konnte nach der Auszahlung entweder den Zuschuss im Jahr des Zuflusses vollständig als außerordentlichen Ertrag bei der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer versteuern oder die Bemessungsgrundlage für die Abschreibung des bezuschussten Wirtschaftsgutes um den Zuschuss reduzieren. Daher variiert der Subventionswert negativ mit dem aktuellen und ggf. mit dem zukünftigen Grenzsteuersatz des Investors und negativ mit den aktuellen und ggf. mit den zukünftigen Bruttoeinkünften bzw. Bruttogewinnen des Investors. Bei entsprechend hohen negativen Bruttoeinkünften bzw. Bruttoverlusten des Investors kann der Investitionszuschuss effektiv steuerfrei bleiben. Ansonsten ist der Subventionswert niedriger als der Fördersatz. Es kommt über geringere Anschaffungsausgaben zu einer Senkung der Kapitalkosten des Investitionsobjektes und einer Stärkung der Liquidität des Investors.⁵⁴⁹

Bei der steuerfreien **Investitionsrücklage** konnte der Investor in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes der förderfähigen Investitionen eine steuerfreie Rücklage bilden, die er in den folgenden Jahren wieder gewinnerhöhend auflösen musste. Dieses Förderinstrument bewirkte ebenfalls eine Verlagerung des steuerpflichtigen Bruttogewinns in zukünftige Perioden. Dadurch erzielte der Investor im Jahr der Rücklagenbildung einen zinslosen Steuerkredit

⁵⁴⁷ Vgl. Sinn, H.-W. (1994), S. 46 ff. und Schneider, D. (1991), S. 1083.

⁵⁴⁸ Vgl. Institut für Weltwirtschaft (1997), S. 27 f. und Haas, B. (1996), S. 129 f.

⁵⁴⁹ Vgl. Schneider, D. (1991), S. 1081 ff. und Trojanus, K. (1995), S. 240 ff.

(Rentabilitätsvorteil) und eine temporäre Steuerersparnis (Liquiditätsvorteil). Dabei hängt der Subventionswert von dem Betrag der Rücklage sowie von der Höhe des steuerpflichtigen Bruttogewinns und der Höhe des Grenzsteuersatzes des Investors zum Zeitpunkt der Bildung und während des Zeitraums der Auflösung der Rücklage ab. Er ist nur dann positiv, wenn der Investor - unter Berücksichtigung eines Verlustvortrages oder Verlustrücktrages - steuerpflichtige Bruttogewinne in entsprechender Höhe erzielt. Nach dem „Gesetz zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der DDR“ waren diejenigen westdeutschen Steuerpflichtigen anspruchsberechtigt, die bis zum 31.12.1991 abnutzbare Wirtschaftsgüter in eine Kapitalgesellschaft oder in eine Wirtschafts- bzw. Erwerbsgenossenschaft in der DDR überführten und bei dieser Überführung durch die Aufdeckung stiller Reserven einen Gewinn realisierten. Des weiteren konnten nach diesem Gesetz westdeutsche Steuerpflichtige beim Erwerb einer Tochtergesellschaft in der DDR bis zum 31.12.1991 für Verluste im Jahr des Erwerbs und in den darauffolgenden vier Jahren eine steuerfreie Rücklage bilden. Nach dem Steueränderungsgesetz 1991 konnten zudem Steuerpflichtige für die vor dem 1.1.1992 begonnenen Investitionen in Ausrüstungen und Gebäude eine steuerfreie Rücklage bilden.⁵⁵⁰

Mit dem Steueränderungsgesetz 1991 und 1992 beschloss der Gesetzgeber **die Aussetzung der Vermögensteuer** und **die Aussetzung der Gewerbekapitalsteuer** in Ostdeutschland. Davon profitierten neben den natürlichen Personen mit Wohnsitz und den Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen mit Geschäftsleitung in Ostdeutschland auch nicht im Betrittsgebiet ansässige westdeutsche Betriebe mit gewerblichen Tochtergesellschaften, einer Betriebsstätte, Betriebsvermögen oder Grundbesitz in Ostdeutschland. Diese erzielten in Höhe der Steuerersparnis einen Liquiditätsvorteil und einen Substanzvorteil, da die eingesparten Steuern im Verlustfall aus der Substanz des Unternehmens hätten finanziert werden müssen. Außerdem stiegen in vollem Umfang die laufenden Nettoerträge der Investitionen an. Allerdings führte die Aussetzung der Gewerbekapitalsteuer bei der Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbeertragsteuer zu einer höheren Steuerschuld, da die Gewerbekapitalsteuerschuld bei diesen Steuern als Betriebsausgabe abzugsfähig ist.⁵⁵¹

Schließlich erhielten Investoren in Ostdeutschland vom Bund, vom Beteiligungsfonds-Ost, vom ERP-Sondervermögen, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und von der Deutschen Ausgleichsbank **Finanzierungshilfen** zur Existenzgründungs- und Wachstumsförderung, **Liquiditätshilfen** zur Liquiditätsverbesserung und **Konsolidierungshilfen** zur Sanierungsförderung. Dabei waren die zinsgünstigen Darlehen, die eigenkapitalähnlichen Darlehen und

⁵⁵⁰ Vgl. Trojanus, K. (1995), S. 233 ff. und Heimpold, G. u.a. (1994), S. 15 ff.

⁵⁵¹ Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (1991), S. A-8 und A-11 und Trojanus, K. (1995), S. 237 ff.

die Zuschüsse zu den betrieblichen Zinsausgaben am bedeutendsten. Diese Förderinstrumente verringerten die Nutzungskosten für längerfristiges Fremdkapital, stärkten die Eigenkapital- und Haftungsbasis der Unternehmen und erleichterten ihnen die Beschaffung von Fremdkapital und die Besicherung aufgenommener Bankkredite. Damit förderte der Staat sowohl Errichtungs-, Erweiterungs-, Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen in bestehenden Unternehmen als auch den Erwerb und die Gründung von Unternehmen bzw. Niederlassungen in Ostdeutschland. Da die Darlehensbeträge und die Zinszuschüsse bereits zu Beginn des Investitionsvorhabens verfügbar waren, fiel ihr Liquiditätseffekt besonders hoch aus.⁵⁵² Bei den zinsverbilligten Darlehen hängt der Subventionswert von der Differenz zwischen dem Darlehenszins und dem Kapitalmarktzins, von der vereinbarten Laufzeit, von einem evtl. eingeräumten fehlenden Zinsänderungsrisiko und von evtl. eingeräumten Tilgungs- und zinsfreien Jahren ab. Bei den Zinszuschüssen liegt der Subventionswert je nach Grenzsteuersatz unter dem nominalen Förderbetrag, da die Zinszuschüsse die steuerlich abzugsfähigen betrieblichen Zinsausgaben bei der Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbeertragsteuer vermindern und darüber den steuerpflichtigen Bruttogewinn erhöhen.⁵⁵³

(2) Personelle Verteilungsanalyse der staatlichen Kapitalsubventionen an westdeutsche Investoren

Bei der personellen Verteilungsanalyse der staatlichen Kapitalsubventionen an westdeutsche Investoren müssen die direkt begünstigten westdeutschen privaten Haushalte und die indirekt begünstigten Eigentümer und Anteilseigner der begünstigten westdeutschen Unternehmen auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet werden. Es wurde bereits abgeleitet, dass die Verteilung des privaten Bruttogeldvermögens und die Verteilung des privaten Bruttogrundvermögens jeweils zu Gunsten der Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen konzentriert sind. Diese Ungleichverteilung deutet darauf hin, dass die Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen aufgrund ihrer begrenzten Einkommens- und Vermögensverhältnisse lediglich unterdurchschnittlich an den westdeutschen Sachinvestitionen in Ostdeutschland beteiligt waren und damit die staatlichen Steuervergünstigungen und die staatlichen Fördermittel lediglich unterdurchschnittlich beanspruchten. Dagegen konnten die Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen und die westdeutschen Unternehmen die geförderten Sachinvestitionen in Ostdeutschland deutlich leichter finanzieren. Daher haben sie vermutlich überdurchschnitt-

⁵⁵² Vgl. Institut für Weltwirtschaft (1997), S. 30 f. und S. 39 ff. und Heimpold, G. u.a. (1994), S. 23 f.

⁵⁵³ Vgl. Weillepp, M. (1995), S. 123 f. und Heimpold, G. u.a. (1998), S. 7.

lich Sachinvestitionen in Ostdeutschland getätigt und damit die staatlichen Steuervergünstigungen und die staatlichen Fördermittel überdurchschnittlich beansprucht. Dies gilt insbesondere für Unternehmen mit hohen Bruttogewinnen und für steuerpflichtige Personen mit einem hohen „zu versteuernden Einkommen“. Sie konnten bei der Inanspruchnahme der Sonderabschreibungen und der steuerfreien Investitionsrücklage die Bruttoverluste bzw. die negativen Bruttoeinkünfte aus ihren Sachinvestitionen in Ostdeutschland mit ihren hohen Bruttogewinnen bzw. mit ihren hohen Bruttoeinkünften in Westdeutschland verrechnen. Da die finanziellen Vorteile der westdeutschen Unternehmen teilweise in den Unternehmen verblieben und teilweise in den Sektor der privaten Haushalte in Form höherer Bruttoerwerbs- und Bruttovermögenseinkommen ihrer Eigentümer und Anteilseigner geflossen sind, profitierten aufgrund der Ungleichverteilung dieser Personengruppen auf indirektem Wege überdurchschnittlich die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen und lediglich unterdurchschnittlich die Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen (vgl. Tabelle 20, 21 und 23). Daraus resultierte vermutlich eine einkommensdifferenzierende Wirkung.⁵⁵⁴

Insgesamt betrachtet ging von den staatlichen Kapitalsubventionen an westdeutsche Investoren also vermutlich unmittelbar eine direkte differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet aus. Dies gilt unter der Voraussetzung, dass sich die gesamten direkten und indirekten finanziellen Vorteile der privaten Haushalte ungleicher verteilten als das Nettoeinkommen. In quantitativer Hinsicht war diese einkommensdifferenzierende Wirkung durchaus bedeutsam, weil die staatliche Investitionsförderung für Ostdeutschland seit dem Jahr 1991 nach Berechnungen verschiedener Institutionen durchaus hohe Beträge erreichte. Nach Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft betrugen die Steuermindereinnahmen im gesamten Bundesgebiet aufgrund von Steuervergünstigungen für Ostdeutschland zwischen 1991 und 1996 insgesamt ca. 60,9 Mrd. DM. Da die Steuerauffälle in Ostdeutschland die Finanzkraft der ostdeutschen Länder und Gemeinden verminderten und daher ihren Finanzbedarf erhöhten, stellen sie ebenfalls einen Bruttofinanztransfer von West- nach Ostdeutschland dar. Hinzu traten die umfangreichen direkten Finanzhilfen an Investoren in Ostdeutschland, z.B. zinsverbilligte Kredite und Investitionszuschüsse. Diese Subventionen betrugen nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank zwischen 1991 und 1996 insgesamt ca. 79 Mrd. DM. Es lässt sich leider nicht statistisch ermitteln, in welchem Ausmaß davon tatsächlich westdeutsche Investoren profitierten.⁵⁵⁵

⁵⁵⁴ Vgl. in diesem Sinne Neubäumer, R. (1991), S. 241.

⁵⁵⁵ Vgl. Boss, A. (1998), S. 7; Deutsche Bundesbank (10/1996), S. 23, Deutsche Bundesbank (4/1998), S. 53.

Neben der direkten einkommensdifferenzierenden Wirkung der staatlichen Kapitalsubventionen an die westdeutsche Investoren haben die staatlichen Kapitalsubventionen zusätzlich die bereits bestehende Ungleichheit der personellen Vermögensverteilung im alten Bundesgebiet nochmals verschärft, da sie die Bildung von bereits konzentrierten Bruttogrundvermögen und Produktivvermögen weiter förderten. Daraus resultierte mittelbar eine weitere differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung, da sich eine stärkere Konzentration in der personellen Vermögensverteilung letztlich in einer stärkeren Ungleichverteilung der Bruttovermögenseinkommen der privaten Haushalte niederschlägt.⁵⁵⁶

9.2 Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus der Nutzung des staatlichen materiellen Infrastrukturangebotes in Ostdeutschland durch westdeutsche private Haushalte und Unternehmen

Im ersten Hauptteil dieser Studie wurde gezeigt, dass die Bruttofinanztransferträger im alten Bundesgebiet seit der deutschen Vereinigung umfangreiche Bruttofinanztransfers für die Modernisierung und für den Neuaufbau der öffentlichen Infrastruktur nach Ostdeutschland leisteten. Diese waren v.a. darauf zurückzuführen, dass der Bund nach der Integration der neuen Bundesländer in den bundesdeutschen Föderalstaat Infrastrukturleistungen in Ostdeutschland anbieten musste. Dementsprechend übernahm er zumindest teilweise die Kosten des staatlichen Infrastrukturangebotes im Beitrittsgebiet.

In Abschnitt 7.5.2.1 wurde abgeleitet, dass die privaten Haushalte und die Unternehmen von dem kostenlosen staatlichen Angebot der materiellen Infrastrukturleistungen durch geldwerte Vorteile aus der Nutzung profitieren. In regionaler Hinsicht begünstigte das staatliche materielle Infrastrukturangebot in Ostdeutschland aber auch die privaten Haushalte und Unternehmen im alten Bundesgebiet durch geldwerte Vorteile, da die materielle Infrastruktur in einem gemeinsamen Bundesgebiet nicht nur dem ostdeutschen Privatsektor für eine Nutzung zur Verfügung stand. Diese geldwerten Vorteile dokumentierten sich im westdeutschen Haushaltssektor in Form von Ausgabeneinsparungen und im westdeutschen Unternehmenssektor in Form von Kostenvorteilen und Produktivitätssteigerungen.

Nach den Erkenntnissen aus Abschnitt 7.5.2.1 wirkten die geldwerten Vorteile der westdeutschen Unternehmen aus der Nutzung der unternehmensbezogenen materiellen Infrastrukturleistungen des Staates in Ostdeutschland vermutlich differenzierend auf die personelle Nettoeinkommensverteilung. Aufgrund der Ungleichverteilung der indirekt begünstigten Eigen-

⁵⁵⁶

Vgl. Zerche, J. (1996), S. 140 f. und Thimann, C. (1996), S. 143 f.

tümer und Anteilseigner der Unternehmen zu Gunsten des oberen Nettoeinkommensbereichs profitierten nämlich auf indirektem Wege überdurchschnittlich die Haushalte aus den oberen Nettoeinkommensklassen und lediglich unterdurchschnittlich die Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen (vgl. Tabelle 20, 21 und 23). Diese erzielten in Höhe der weitergeleiteten geldwerten Vorteile höhere Bruttoerwerbs- und Bruttovermögenseinkommen.

Bei der Zurechnung der direkten geldwerten Vorteile der westdeutschen privaten Haushalte aus der Nutzung der haushaltsbezogenen materiellen Infrastrukturleistungen des Staates in Ostdeutschland auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen lässt sich weder eindeutig ein absoluter progressiver Gesamtbegünstigungseffekt noch ein absoluter regressiver Gesamtbegünstigungseffekt ableiten, da sich eine Vielzahl einzelner progressiver und regressiver Begünstigungseffekte gegenüberstehen und mit dem statistischen Datenmaterial nicht alle Wirkungen eindeutig empirisch ermittelt werden können. Außerdem impliziert selbst ein absoluter progressiver (regressiver) Gesamtbegünstigungseffekt nicht zwingend eine einkommensnivellierende (einkommensdifferenzierende) Wirkung, da die direkten geldwerten Vorteile der privaten Haushalte am Haushaltsnettoeinkommen relativiert werden müssen.

9.3 Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus der finanziellen Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des Volksvermögens der ehemaligen DDR

(1) Arten der finanziellen Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des Volksvermögens der ehemaligen DDR

(I) Finanzielle Begünstigungen durch die Reprivatisierung des DDR-Volkvermögens

Bei der Reprivatisierung des Volksvermögens der ehemaligen DDR erstattete die Treuhandanstalt die in der ehemaligen DDR durch staatliche Stellen enteigneten Vermögenswerte (v.a. Grundstücke und Wohnungen) und Betriebe bzw. Betriebsteile gemäß dem im Einigungsvertrag verankerten Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ an die früheren Eigentümer oder an ihre Erben zurück.⁵⁵⁷ Dabei hatten die Restitutionsberechtigten einen Anspruch auf Entflechtung. Bei der Restitution von enteigneten Betrieben übernahm die Treuhandanstalt ggf. noch die betrieblichen Altschulden und gewährte Ausgleichsleistungen für eine Verschlechterung der Ertrags- und Vermögenslage des Betriebes seit dem Zeitpunkt

⁵⁵⁷

Vgl. Köhler, C. (1995), S. 31 und Eckert, L. (1994), S. 96 ff. und 147 ff.

der Enteignung. Wenn eine Rückgabe aus sachlichen oder rechtlichen Gründen nicht möglich war, dann erhielt der frühere Eigentümer stattdessen eine finanzielle Entschädigung.⁵⁵⁸

(II) Finanzielle Begünstigungen bei der Neuprivatisierung des DDR-Volkvermögens

Bei der Neuprivatisierung des DDR-Volkvermögens konnte die Treuhandanstalt zunächst nur die nicht mit Rückgabeansprüchen von Alteigentümern belasteten Privatisierungsobjekte an einen privaten Investor verkaufen. Daher verabschiedete der Gesetzgeber später das Investitionsvorrang- und Hemmnisbeseitigungsgesetz. Diese Gesetze erstreckten sich auf alle mit Rückgabeansprüchen belasteten Betriebe und Vermögensobjekte, bei denen ein potentieller Käufer volkswirtschaftlich förderungswürdige Investitionen durchführen wollte. Wenn er gegenüber dem Alteigentümer ein überlegenes Investitionsvorhaben vorlegte, dann erhielt der Alteigentümer anstelle der Rückgabe eine finanzielle Entschädigung.⁵⁵⁹

Finanzielle Begünstigungen bei der Bewertung der Privatisierungsobjekte

Bei der Bewertung der Privatisierungsobjekte musste die Treuhandanstalt zunächst den aktuellen Verkehrswert der in ihren Besitz übergegangenen Vermögenswerte und Betriebe der ehemaligen DDR bestimmen. Er bildete die Basis für die Festlegung des Verkaufspreises der einzelnen zu privatisierenden Vermögensobjekte. Die Bewertung erfolgte in der Regel zum Substanzwert, da für die Mehrzahl der Betriebe kein aussagekräftiger Ertragswert berechnet werden konnte.⁵⁶⁰ Bei der Ermittlung des Substanzwertes korrigierte die Treuhandanstalt den im DM-Eröffnungsbilanzgesetz ausgewiesenen Verkehrswert der Vermögenswerte und Schulden um nicht-bilanzierte Risiken und Wertberichtigungen für unsichere zukünftige Zahlungsverpflichtungen der Unternehmen und für Unsicherheiten bei der Bewertung der Grundstücke und bei der Bewertung des Umlaufvermögens am Bewertungsstichtag. Diese Korrekturposten wirkten sich substanzwertmindernd und damit kaufpreismindernd aus. Im Gegenzug handelte die Treuhandanstalt mit den Käufern vertraglich verbindliche Klauseln aus (z.B. Altlasten-, Nachbewertungs- und Rückstellungsklauseln).⁵⁶¹

⁵⁵⁸ Vgl. Willgeroth, H. (1993), S. 241 f. und S. 251 ff. und Bekavac, J. (1997), S. 325 f.

⁵⁵⁹ Vgl. Brücker, H. (1995), S. 225 ff. und Willgeroth, H. (1993), S. 242, 244 f. und S. 248 ff.

⁵⁶⁰ Vgl. Brücker, H. (1995), S. 280 ff. und Dechant, U. (1999), S. 75 ff.

Finanzielle Begünstigungen bei Festlegung und Aushandlung der Verkaufspreise

Bei der Festlegung und Aushandlung der endgültigen Verkaufspreise räumte die Treuhandanstalt den potentiellen Käufern Preisabschläge für zukünftig anfallende und in ihrer Höhe unsichere Verluste und Kosten der Treuhandunternehmen (z.B. für Sanierungsinvestitionen bei ökologischen Altlasten oder für Sozialpläne beim Arbeitsplatzabbau) ein. Darüber hinaus zeigte sich die Treuhand bei der Preisfestlegung flexibel, wenn der Käufer eine erfolgsversprechende unternehmerische Konzeption für die Sanierung der Unternehmen vorlegte. Eine Kaufpreisermäßigung bekam der Käufer auch dann, wenn er sich zur Schaffung oder zum Erhalt einer festen Zahl von Arbeitsplätzen oder zur Investition eines bestimmten Kapitalbetrages verpflichtete.⁵⁶² Als Folge dieser finanziellen Vergünstigungen mussten die meisten Käufer einen Kaufpreis deutlich unterhalb des zugrundegelegten Substanzwertes und teilweise sogar nur einen symbolischen Kaufspreis von 1 DM zahlen. Es ergaben sich sogar negative Kaufpreise.⁵⁶³ Nach Abschluss der Privatisierungsverträge mit der Treuhandanstalt handelten viele Investoren nochmals bessere Vertragskonditionen aus (z.B. Kaufpreisminderungen oder geringere Beschäftigungszusagen).⁵⁶⁴

Finanzielle Begünstigungen durch die Sanierungstätigkeit der Treuhandanstalt

Schließlich stellten die Kosten der Treuhandanstalt für die „passive“ und „aktive“ Sanierung von Treuhandunternehmen eine finanzielle Begünstigung der Käufer der sanierten Treuhandunternehmen dar, wenn sie einen Kaufpreis unter dem sanierungsbedingt höheren Substanzwert zahlen mussten. Bei der „passiven Sanierung“ zwischen Frühjahr 1991 und Frühjahr 1992 übernahm die Treuhandanstalt eine unterstützende Rolle bei der Sanierung der nicht-privatisierungsfähigen aber sanierungsfähigen Treuhandunternehmen. Diese Strategie diente der Verbesserung der Privatisierungsfähigkeit der Betriebe und der Erhaltung ihrer Sanierungschancen.⁵⁶⁵ Dazu genehmigte die Treuhandanstalt nur investorneutrale Investitionen, die aus ihrer Sicht nach der Übernahme von jedem Investor zwingend vorgenommen werden mussten. Außerdem hatte der Investor ein tragfähiges Sanierungs- und Unternehmenskonzept vorzulegen. Die wichtigsten Sanierungsinstrumente waren personelle

⁵⁶¹ Vgl. Mayr, R. (1995), S. 28 f. und S. 34 f. und Dechant, U. (1999), S. 76 ff. und S. 79 f.

⁵⁶² Vgl. Kemmler, M. (1994), S. 259 ff. und Brücker, H. (1995), S. 299 f. und S. 302 f.

⁵⁶³ Vgl. Carlin, W. (1994), S. 141 und Mayr, R. (1995), S. 33.

⁵⁶⁴ Vgl. Rothfels, J. (1997), S. 435 ff. und Schmidt, K.-D. (1993), S. 230 f.

⁵⁶⁵ Vgl. Köhler, C. (1995), S. 29 f. und Kemmler, M. (1994), S. 302 f.

Hilfen, Maßnahmen zur Kostensenkung und zur Ausschaltung von Verlustquellen (z.B. Arbeitsplatzabbau oder Einstellung verlustbringender Produkte) und finanzielle Hilfen (z.B. Kreditbürgschaften sowie die Übernahme von Zinsverpflichtungen für Altkredite, von Altkrediten, von laufenden Verlusten, von Kosten für die Beseitigung ökologischer Altlasten oder von Kosten für Sozialpläne).⁵⁶⁶ Im Rahmen der „aktiven“ Sanierung führte die Treuhandanstalt in den sanierungsfähigen Betrieben selbst neue wettbewerbsfähige Produkte, effiziente Produktionstechnologien und moderne Marketing- und Vertriebsmethoden ein. Außerdem übernahm sie selbst eine finanzielle Beteiligung an Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen. Dazu unterstützte sie die Betriebe durch weitere finanzielle Hilfen (z.B. Eigenkapitalhilfen, Darlehen, Bürgschaften oder Zinszuschüsse) und durch Beratungsleistungen.⁵⁶⁷

(2) Gründe für die besondere finanzielle Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des Volksvermögens der ehemaligen DDR

Bei der Reprivatisierung des DDR-Volksvermögens profitierten ostdeutsche Alteigentümer von der Rückgabe enteigneter Grundstücke und Wohnungen nur zu ca. einem Drittel und westdeutsche Alteigentümer zu fast zwei Drittel.⁵⁶⁸ Bei der Neuprivatisierung des DDR-Volksvermögens kamen die kaufpreismindernden Vergünstigungen in der Phase der „passiven“ Privatisierung zwischen Juli 1990 und Frühjahr 1991 größtenteils westdeutschen Investoren zugute, da die Mehrzahl der Treuhandunternehmen in das Eigentum westdeutscher Investoren überging.⁵⁶⁹ In diesem Zeitraum reagierte die Treuhandanstalt nahezu ausschließlich auf die Kaufgesuche kaufwilliger Investoren für bestimmte Investitionsobjekte und handelte mit den Kaufinteressenten den endgültigen Verkaufspreis und die sonstigen Verkaufskonditionen ohne ein standardisiertes Verfahren frei aus („freihändiger Verkauf“).⁵⁷⁰ Im Zweifelsfall bevorzugte die Treuhandanstalt westdeutsche gegenüber ostdeutschen Investoren, da ein Verkauf an die westdeutschen Marktführer aus ihrer Sicht die beste Garantie für

⁵⁶⁶ Vgl. Dechant, U. (1999), S. 64 ff. und Kemmler, M. (1994), S. 302 f. und S. 305 f.

⁵⁶⁷ Vgl. Bös, D./Kayser, G. (1997), S. 77 ff.

⁵⁶⁸ Vgl. Zerche, J. (1996), S. 130 und S. 143 und Thimann, C. (1996), S. 148 f.

⁵⁶⁹ Vgl. Thimann, C. (1996), S. 23 f. und S. 143 ff. und Carlin, W. (1994), S. 131 und S. 135.

⁵⁷⁰ Vgl. Kemmler, M. (1994), S. 248 ff. und S. 259 ff. und Schmidt, K.-D. (1993), S. 217 ff.

eine schnelle Privatisierung und erfolgreiche Entwicklung des Betriebes bot. Diese Privatisierungsstrategie betraf v.a. den Verkauf von sogenannten „Filetstücken“ (z.B. Kaufhäuser).⁵⁷¹

Darüber hinaus war die ungleiche Verteilung des Nettoeinkommens, des Bruttogeldvermögens und des Sachvermögens zwischen West- und Ostdeutschland zu Gunsten des alten Bundesgebietes eine wichtige Ursache für die geringe Beteiligung ostdeutscher Investoren am Erwerb von Treuhandunternehmen, Unternehmensteilen oder Grundstücken in der Phase der „passiven“ Neuprivatisierung des DDR-Volkvermögens“. Nach Schätzungen der Bundesbank entfielen seit der deutschen Vereinigung über 90% der privaten Bruttogeldvermögensbestände und Bruttogeldvermögensbildung in Deutschland auf Westdeutschland.⁵⁷²

Des weiteren stellte die begrenzte ökonomische Kompetenz und Managementenerfahrung der ostdeutschen Bevölkerung ein Hindernis für eine stärkere Beteiligung ostdeutscher Investoren bei der Neuprivatisierung des DDR-Volkvermögens zwischen Juli 1990 und Frühjahr 1991 dar, da die Treuhandanstalt bei ihren Preisverhandlungen ein tragfähiges Unternehmenskonzept des potentiellen Käufers erwartete.⁵⁷³ Schließlich hatten die ostdeutschen Investoren in den Kaufverhandlungen mit der Treuhandanstalt faktisch Verhandlungsnachteile gegenüber westdeutschen Investoren, da die Treuhandanstalt für die Verhandlungen mit westdeutschen Interessenten häufig westdeutsche Manager als Privatisierungsagenten einsetzte. Diese leiteten mitunter illegal Informationen über die Angebote ostdeutscher Wettbewerber an ihre früheren oder künftigen westdeutschen Arbeitgeber weiter.⁵⁷⁴

In der Phase der „aktiven“ Neuprivatisierung des DDR-Volkvermögens seit dem Frühjahr 1991 profitierten westdeutsche Investoren immer noch überdurchschnittlich von den kaufpreismindernden Vergünstigungen und von den Sanierungsaufwendungen der Treuhandanstalt für die privatisierten Betriebe. Es kam also nach wie vor zu einem „Ausverkauf des DDR-Volkvermögens“ an westdeutsche Investoren, da die zuvor dargestellten Restriktionen in Ostdeutschland für eine stärkere Beteiligung ostdeutscher Investoren nach wie vor Bestand hatten und die Treuhandanstalt strikt an ihrer bisherigen Privatisierungsstrategie „Verkauf mit beschäftigungssichernden und investitionsfördernden Vertragsklauseln“ festhielt. Im

⁵⁷¹ Vgl. Kemmler, M. (1994), S. 250 f. und S. 286 und Börs, D. (1995), S. 57: In der Praxis wollten einige westdeutsche Investoren durch den Aufkauf ostdeutscher Konkurrenten und die spätere Schließung der ostdeutschen Produktionsstätten potentielle Wettbewerber ausschalten.

⁵⁷² Vgl. Busch, U. (1991), S. 21 ff. und Thimann, C. (1996), S. 135 ff. und 143.

⁵⁷³ Vgl. Börs, D. (1995), S. 60 f. und Schmidt, K.-D. (1993), S. 216 und S. 225.

⁵⁷⁴ Vgl. Brücker, H. (1995), S. 320 f.

Vergleich zur Phase der „passiven“ Privatisierung war die Beteiligung ostdeutscher Investoren aber immerhin höher, da die Qualität der angebotenen Treuhandunternehmen gesunken war und sich dadurch die Verhandlungsposition der Treuhandanstalt verschlechtert hatte. Außerdem hatten die wichtigsten Investitionsmotive der westdeutschen Investoren deutlich an Bedeutung verloren. Schließlich bezweckte die „aktive“ Privatisierungsstrategie der Treuhandanstalt eine stärkere Beteiligung ostdeutscher Investoren. Dazu zählte ein aktives Privatisierungsmarketing, die gezielte Suche potentieller Käufer in Ostdeutschland, die Entflechtung der Kombinate und die Erschließung neuer Käuferschichten in Ostdeutschland durch Einführung neuer Privatisierungsmethoden (z.B. Bietverfahren oder Auktionsverfahren).⁵⁷⁵ Ein weiteres neues Privatisierungsinstrument war das Management-buy-out, bei dem ostdeutsche Manager das eigene Unternehmen selbst kaufen konnten.⁵⁷⁶

(3) Personelle Verteilungsanalyse der besonderen finanziellen Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des DDR-Volkvermögens

Bei der personellen Verteilungsanalyse der finanziellen Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Reprivatisierung und Neuprivatisierung des DDR-Volkvermögens müssen wiederum die direkt begünstigten westdeutschen privaten Haushalte und die indirekt begünstigten Eigentümer und Anteilseigner der profitierenden westdeutschen Unternehmen auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen zugerechnet werden. Dabei müssen allerdings privatisierungsbedingte finanzielle Belastungen der westdeutschen Investoren gegengerechnet werden, weil sich ein Teil der finanziellen Begünstigungen bei der Bewertung der Privatisierungsobjekte und bei der Aushandlung der Kaufpreise und ein Teil der Sanierungshilfen letztendlich nicht als ein dauerhafter finanzieller Vorteil erwies. Es gab bei der Privatisierung der Treuhandunternehmen nämlich eine nicht unerhebliche Zahl von Käufern, die trotz der finanziellen Hilfen mit ihrem Unternehmen in die Insolvenz gingen. Dennoch verblieb per Saldo sicherlich eine finanzielle Begünstigung der westdeutschen Investoren.

Nach den Erkenntnissen aus Abschnitt 9.1 ist eine direkte differenzierende Gesamtwirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet plausibel. Es profitierten nämlich überdurchschnittlich die Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen und lediglich unterdurchschnittlich die Haushalte aus den unteren Nettoeinkommensklassen. Dafür spricht wiederum die ungleiche Verteilung des Bruttogeld- und Bruttogrundvermögens der privaten Haushalte, die sehr ungleiche Verteilung des betrieblichen

⁵⁷⁵ Vgl. Kemmler, M. (1994), S. 263, 265 ff, 268 f. und S. 271 ff. und Busch, U. (2000), S. 187 f.

⁵⁷⁶ Vgl. Bös, D./Kayser, G. (1997), S. 79 ff. und dazu genauer Barjak, F. u.a. (1996), S. 9 ff.

Sachvermögens und die ungleiche Verteilung der indirekt begünstigten Eigentümer und Anteilseigner der westdeutschen Unternehmen zu Gunsten der Haushalte aus den mittleren und v.a. oberen Nettoeinkommensklassen. Da die Haushalte mit einem geringen Nettoeinkommen zusätzlich zu ihrem geringen „Management-know-how“ nur unterdurchschnittlich Bruttogeldvermögen und Bruttogrundvermögen besitzen, konnten sie sich zwangsläufig auch nur unterdurchschnittlich an der Neuprivatisierung des DDR-Volkvermögens beteiligen. Dementsprechend profitierten sie auch nur unterdurchschnittlich von den finanziellen Vergünstigungen bei der Privatisierung und von den Sanierungsaufwendungen der Treuhandanstalt. Dagegen profitierten die westdeutschen privaten Haushalte aus den mittleren und oberen Nettoeinkommensklassen und die westdeutschen Unternehmen von den finanziellen Vergünstigungen jeweils überdurchschnittlich. Aufgrund ihrer größeren finanziellen Möglichkeiten war ihnen der Kauf der Privatisierungsobjekte bei noch immer hohen Kaufpreisen einfach leichter möglich.⁵⁷⁷ Angesichts der sehr vielfältigen Vorgehensweise der Treuhandanstalt bei der Reprivatisierung und Neuprivatisierung des DDR-Volkvermögens ist eine Quantifizierung der gesamten finanziellen Begünstigung westdeutscher Investoren und damit auch ihrer einkommensdifferenzierenden Wirkung im alten Bundesgebiet nicht möglich.

Darüber hinaus kam es auf indirektem Wege noch zu einer weiteren differenzierenden Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet, da die finanzielle Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des DDR-Volkvermögens die bereits bestehende Ungleichheit in der personellen Vermögensverteilung noch zusätzlich verschärfte. Eine stärkere Konzentration in der personellen Vermögensverteilung schlägt sich aber mittelbar in einer stärkeren Ungleichverteilung der Bruttovermögenseinkommen der privaten Haushalte nieder.⁵⁷⁸

⁵⁷⁷ Vgl. in diesem Sinne Ramanadham, V.V. (1995), S. 7 ff. und 15 f. und Bös, D. (1995), S. 60 ff.

⁵⁷⁸ Vgl. hierzu die Ausführungen in Abschnitt 9.1 sowie Thimann, C. (1996), S. 143 f. und Cook, P./Kirkpatrick, C. (1995), S. 36 f. und S. 44 ff.

10. Gesamtbilanz der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme seit der deutschen Vereinigung in Westdeutschland

10.1 Bilanz der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers

Bei der personellen Verteilungsanalyse der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers in Kapitel 7 und 8 zeigte sich, dass die Anpassungsreaktionen der unmittelbar und mittelbar betroffenen Wirtschaftsteilnehmer die formale Inzidenz der finanzpolitischen Maßnahmen und der Wirkungsmechanismen des vereinigungsbedingten Inflations- und realen Wachstumsimpulses nachträglich veränderten und daher eine mehr oder minder großen Abweichung zwischen der formalen und der materiellen Inzidenz generierten. Die induzierten Preis- und Mengenwirkungen auf den Güter- und Faktormärkten beeinflussten die personelle Nettoeinkommensverteilung sowohl unmittelbar über die Einkommensverwendung der privaten Haushalte als auch mittelbar über die Einkommenserzielung der privaten Haushalte und die Gewinnerzielung der Unternehmen. Wegen der Vielzahl verteilungsrelevanter Preis- und Mengenwirkungen ließen sich alle effektiv begünstigten und belasteten Personengruppen in dieser Studie weder eindeutig bestimmen noch detailliert auf die privaten Haushalte nach Nettoeinkommensklassen statistisch zurechnen.

In den Übersichten 1 und 2 wird ein Überblick über die formalen und materiellen Inzidenzergebnisse von Kapitel 7 und 8 gegeben. Eine exakte Berechnung der quantitativen Bedeutung der einzelnen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers seit der deutschen Vereinigung war mangels verfügbarer statistischer Daten leider nicht möglich. Außerdem sind einige der abgeleiteten interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen bereits in formaler Hinsicht hinsichtlich ihrer Richtung empirisch unbestimmt. Einige Einkommensverteilungswirkungen konnten mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial nur plausibel aber nicht eindeutig empirisch abgeleitet werden. Diese statistischen Erfassungsprobleme waren in materieller Hinsicht noch viel gravierender. Schließlich war selbst eine Bestimmung der wahrscheinlichen quantitativen Stärke der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen nicht in jedem Fall möglich. Daher lässt sich auch keine empirisch eindeutige Aussage darüber treffen, ob die Gesamtwirkung der diskretionären Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers und die Gesamtwirkung des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet jeweils nivellierend oder differenzierend waren. Demzufolge ist es auch nicht möglich zu überprüfen, ob der eingangs formu-

lierte Vorwurf einer „personellen Gerechtigkeitslücke bei der Finanzierung der deutschen Einheit“ letztendlich zutreffend ist oder nicht.

Trotz dieser statistischen Erfassungsprobleme bestätigen die abgeleiteten Inzidenzergebnisse aber die eingangs formulierte These, dass sich eine personelle Verteilungsanalyse der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers nicht nur auf eine Analyse der formalen Inzidenz einiger weniger diskretionärer finanzpolitischer Maßnahmen beschränken darf. Eine aussagekräftige personelle Verteilungsanalyse muss sich auf eine Analyse der materiellen Inzidenz des gesamten diskretionären Maßnahmenbündels und auf eine Analyse der materiellen Inzidenz der nicht-diskretionären Finanzmittelaufbringung erstrecken. Da die formale Inzidenz und die materielle Inzidenz bei fast allen finanzpolitischen Maßnahmen und bei fast allen Wirkungsmechanismen des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses voneinander abweichen, ist eine formale Inzidenzanalyse allein nicht hinreichend aussagekräftig. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet eine einkommensdifferenzierende Gesamtwirkung aus der diskretionären Finanzmittelaufbringung letztendlich abgeschwächt oder zusätzlich verstärkt haben. Daher reicht eine materielle Inzidenzanalyse der gesamten diskretionären Finanzmittelaufbringung allein auch noch nicht aus.

Inzidenzergebnisse aus der Analyse der diskretionären Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers in Kapitel 7 (vgl. Übersicht 1)

Bei der personellen Verteilungsanalyse der diskretionären Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers zeigte sich, dass die Erhebung des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer in materieller Hinsicht weniger stark einkommensnivellierend wirkte als üblicherweise in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion angenommen wird, weil die progressive Belastungswirkung der veranlagten Einkommensteuer in Bezug auf das steuerbare Bruttoeinkommen aus materieller Sicht deutlich schwächer ausfiel als aus formaler Sicht. Dagegen hatte die formal progressive Belastungswirkung der Lohnsteuer aus materieller Sicht weitgehend Bestand. Da die kumulierten Steuereinnahmen aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags zwischen 1991 und 1995 in Deutschland ca. 51,5 Mrd. DM betrugen, war die einkommensnivellierende Gesamtwirkung des Solidaritätszuschlags zumindest in formaler Hinsicht durchaus quantitativ bedeutsam.

Demgegenüber wirkten die diskretionären Erhöhungen indirekter Steuern in materieller Hinsicht weniger stark einkommensdifferenzierend als in Wissenschaft und Politik angenommen wird, da die Steuervermeidungsaktivitäten und die geringeren realen Konsumausgaben der Nachfrager zumindest temporär eine vollständige Vorwälzung der indirekten Steuern auf die Güterpreise verhinderten. Daraufhin mussten die anbietenden Unternehmen einen Teil der

Steuertraglast übernehmen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Unternehmen ihre nicht-vorgewälzte Steuerlast partiell auf ihre Beschäftigten verlagerten. Daraus resultierte für sich genommen vermutlich eine einkommensdifferenzierende Wirkung. In formaler Hinsicht ging von der 1%igen Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer zum 1.1.1993 eine proportionale Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet aus. In materieller Sicht wirkte sie dagegen wegen der unvollständigen Vorwälzung auf die Güterpreise einkommensnivellierend. Da die kumulierten Mehrwertsteuermehreinnahmen zwischen 1993 und 1995 schätzungsweise 35,5 Mrd. DM betrugen, war diese einkommensnivellierende Wirkung quantitativ durchaus bedeutsam. Sodann wirkte die zweimalige Erhöhung der deutschen Mineralölsteuer seit der deutschen Vereinigung in formaler Hinsicht insgesamt regressiv belastend. Dahinter stand die stark regressive Belastung des Haushaltsnettoeinkommens ab dem mittleren Nettoeinkommensbereich. Diese einkommensdifferenzierende Wirkung war quantitativ bedeutsam, da die Steuermehreinnahmen aus der zweimaligen Erhöhung der Mineralölsteuer im Zeitraum 1991 bis 1995 im Bundesgebiet ca. 74,8 Mrd. DM betrugen. Bei der Tabaksteuererhöhung vom 1.3.1992 war die abgeleitete formale einkommensdifferenzierende Wirkung nicht besonders stark, weil die Steuermehreinnahmen im Bundesgebiet zwischen 1992 und 1995 nur ca. 4,6 Mrd. DM betrugen. Dies gilt auch für die abgeleitete materielle einkommensnivellierende Wirkung der dreimaligen Erhöhung der Versicherungsteuerer seit 1991 mit Steuermehreinnahmen von ca. 15,7 Mrd. DM bis 1995.

Demgegenüber ging von den diskretionären Erhöhungen der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge seit 1991 in materieller Hinsicht eine stärkere einkommensdifferenzierende Wirkung aus als in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion angenommen wird, weil die selbständig Erwerbstätigen und die Arbeitgeber sozialversicherter Arbeitnehmer ihre formale Beitragslast deutlich stärker verringern konnten als die sozialversicherten Arbeitnehmer. In formaler Hinsicht waren die diversen Erhöhungen der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge seit 1991 mit einem bogenförmigen Belastungsverlauf in Bezug auf die personelle Bruttoeinkommensverteilung verbunden. Daraus resultierte insgesamt eine differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung aufgrund der stark regressiven Belastung des Haushaltsbruttoeinkommens im mittleren Nettoeinkommensbereich. Diese einkommensdifferenzierende Wirkung war quantitativ bedeutsam, weil die kumulierten Beitragsmehreinnahmen aus den diskretionären Beitragssatzänderungen zwischen 1991 und 1995 in Deutschland per Saldo ca. 86 Mrd. DM betrugen.

Bei der Analyse der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung zeigte sich, dass sie - entgegen der herrschenden Ansicht in Wissenschaft und Politik - nicht zwingend einkommensdifferenzierend wirkte. Es war mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial leider nicht möglich, die Gesamtwirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung empirisch

eindeutig zu ermitteln. Dafür sind die schuldeninduzierten interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen in ihrer Gesamtheit zu wenig gleichgerichtet und nicht vergleichbar. Außerdem gingen von der schuldeninduzierten Verschärfung der Konzentration in der personellen Bruttogeldvermögensverteilung, von den realwirtschaftlichen und inflatorischen Effekten der staatlichen Kreditmittelverwendung, von der Verwendung der schuldeninduzierten Bruttomehreincome und von der schuldeninduzierten Verdrängung privater Nettoinvestitionen im alten Bundesgebiet weitere nicht-messbare interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen aus. Aufgrund des hohen Betrages der gesamten vereinigungsbedingten Verschuldung zwischen 1990 und 1997 von ca. 545,8 Mrd. DM als Untergrenze scheint die Gesamtwirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung quantitativ bedeutsam gewesen zu sein. Dafür spricht auch der berechnete grobe Schätzwert für die zins- und mengeninduzierten Zinsmehreincome der gesamtdeutschen Kapitalanbieter im Zeitraum 1990 bis 1992 in Höhe von 743,68 Mrd. DM. Gegen einen wirklich spürbaren Einfluss auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet spricht allerdings, dass das quantitative Gewicht der Einkommenskategorie „Bruttoeinnahmen aus Geldvermögen“ am monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen im Durchschnitt aller Haushalte gering ist und in den einzelnen Nettoeinkommensklassen auf geringem Niveau zu wenig ungleich verteilt ist.

Bei den diskretionären Kürzungen staatlicher Ausgaben ist eine Einschätzung der quantitativen Bedeutung der einzelnen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen nur teilweise möglich, da bei den meisten Ausgabenkategorien die insgesamt vereinigungsbedingt eingesparten Ausgabenbeträge mangels statistischer Daten entweder gar nicht erfasst oder nur als Untergrenze grob geschätzt werden konnten. Immerhin ließ sich bei der Analyse der Kürzungen staatlicher Sozialleistungen eine einkommensdifferenzierende Wirkung eindeutig ableiten. Bei den Kürzungen staatlicher Sachausgaben für das Angebot unternehmensbezogener materieller Infrastrukturleistungen und bei den Kürzungen staatlicher Subventionen ist dagegen eine einkommensnivellierende Wirkung plausibel, ließ sich aber nicht empirisch nachweisen. Allerdings war diese Verteilungswirkung vermutlich nicht besonders stark, weil zwischen 1991 und 1994 die gesamten gekürzten Infrastrukturausgaben nur 7,7 Mrd. DM und die gekürzten Subventionen nur 10,8 Mrd. DM betrugen. Diese Verteilungswirkung fiel in materieller Hinsicht allerdings umso schwächer aus, je mehr die betroffenen Unternehmen die gekürzten geldwerten Vorteile bzw. den gekürzten Subventionsvorteil verringerten. Schließlich war die Verteilungswirkung bei den Kürzungen staatlicher Personalausgaben und staatlicher Sachausgaben für das Angebot haushaltsbezogener materieller Infrastrukturleistungen weder eindeutig einkommensdifferenzierend noch eindeutig einkommensnivellierend. Auch hier war die Verteilungswirkung aber vermutlich nicht besonders stark, weil das quantitative Gewicht der gekürzten Personal- und Sachausgaben vermutlich nicht sehr hoch war.

Übersicht 1: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen der diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen seit der deutschen Vereinigung aus formaler Sicht und aus materieller Sicht

Diskretionäre finanzpolitische Maßnahme des Staates	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkung aus formaler Sicht	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkung aus materieller Sicht (im Vergleich zum formalen Inzidenzergebnis)	Geschätzte quantitative Bedeutung
Solidaritätszuschlag (vom 1.7.1991 bis 30.6.1992 und in 1995)	einkommensnivellierende Wirkung (wegen der progressiven Belastung des steuerbaren Bruttoeinkommens durch die Einkommensteuer)	abgeschwächte einkommensnivellierende Wirkung (wegen abgeschwächter nivellierender Wirkung der veranlagten Einkommensteuer)	in formaler Hinsicht bedeutsam wegen kumulierter Steuereinnahmen zwischen 1991 und 1995 von ca. 51,5 Mrd. DM
Mehrwertsteuererhöhung (vom 1.1.1993)	einkommensneutrale Wirkung (wegen annähernd proportionaler Mehrbelastung des Haushaltsnettoeinkommens)	einkommensnivellierende Wirkung (wegen Steuervermeidung und bei unvollständiger Vorwälzung der Steuerlast von den Unternehmen auf die Konsumenten ohne Rückwälzung der nicht-vorgewälzten Steuerlast auf Arbeitnehmer)	in materieller Hinsicht bedeutsam wegen kumulierter Steuermehreinnahmen zwischen 1993 und 1995 von ca. 35,5 Mrd. DM
Mineralölsteuererhöhung (mehrfach von 1991 bis 1995)	einkommensdifferenzierende Wirkung (wegen stark regressiver Belastung des Haushaltsnettoeinkommens ab dem mittleren Nettoeinkommensbereich)	abgeschwächte einkommensdifferenzierende Wirkung (bei unvollständiger Weitergabe der Steuerlast von den anbietenden Unternehmen an die Konsumenten ohne Rückwälzungsaktivitäten der Anbieter)	in formaler Hinsicht bedeutsam wegen kumulierter Steuermehreinnahmen zwischen 1991 und 1995 von ca. 74,8 Mrd. DM
Tabaksteuererhöhung (in 1992)	einkommensdifferenzierende Wirkung (wegen durchgängig regressiver Belastung des Haushaltsnettoeinkommens)	abgeschwächte einkommensdifferenzierende Wirkung (bei unvollständiger Weitergabe der Steuerlast von den anbietenden Unternehmen an die Konsumenten ohne Rückwälzungsaktivitäten der Anbieter)	in formaler Hinsicht unbedeutsam wegen kumulierter Steuermehreinnahmen zwischen 1992 und 1995 von ca. 4,6 Mrd. DM
Versicherungssteuererhöhung (mehrfach von 1991 bis 1995)	einkommensneutrale Wirkung (wegen durchgängig proportionaler Belastung des Haushaltsnettoeinkommens)	einkommensnivellierende Wirkung (bei unvollständiger Weitergabe der Steuerlast an die Nachfrager ohne Rückwälzungsaktivitäten der Anbieter)	in materieller Hinsicht unbedeutsam wegen kumulierter Steuermehreinnahmen zwischen 1991 und 1995 von 15,7 Mrd. DM

Vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung (von 1990 bis 1997)	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	vermutlich bedeutsam wegen einer vereinigungsbedingten öffentlichen Gesamtverschuldung zwischen 1990 und 1997 von ca. 545,8 Mrd. DM als Untergrenze
Erhöhung der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge (mehrfach von 1991 bis 1995)	einkommensdifferenzierende Wirkung (wegen stark regressiver Belastung des Haushaltsbruttoeinkommens ab dem mittleren Nettoeinkommensbereich)	verstärkte einkommensdifferenzierende Wirkung (bei Verlagerung oder bei Verlagerung der Beitragslast der Arbeitgeber und der selbständig Erwerbstätigen auf die Arbeitnehmer oder auf Konsumenten)	in formaler und materieller Hinsicht bedeutsam wegen kumulierter Beitragsmehrnahmen zwischen 1991 und 1995 von ca. 86 Mrd. DM
Kürzungen staatlicher Personalausgaben (mehrfach von 1991 bis 1994)	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	keine Angabe möglich, vermutlich aber unbedeutsam
Kürzungen staatlicher Subventionen und staatlicher Sachausgaben für unternehmensbezogene materielle Infrastrukturleistungen (mehrfach von 1991 bis 1994)	vermutlich eine einkommensnivellierende Wirkung	vermutlich eine abgeschwächte einkommensnivellierende Wirkung (bei Verlagerung des gekürzten Subventionsvorteils bzw. der gekürzten geldwerten Vorteile der Unternehmen auf Arbeitnehmer oder Konsumenten)	vermutlich unbedeutsam, weil zwischen 1991 und 1994 das eingesparte Volumen bei den Subventionen nur ca. 10,8 Mrd. DM und bei den gesamten Infrastrukturausgaben nur ca. 7,7 Mrd. DM (allerdings jeweils als Untergrenze) betrug
Kürzung staatlicher Sachausgaben für haushaltsbezogene materielle Infrastrukturleistungen (mehrfach von 1991 bis 1994)	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	vermutlich unbedeutsam, weil das eingesparte Volumen bei den gesamten Infrastrukturausgaben zwischen 1991 und 1994 nur ca. 7,7 Mrd. DM (allerdings als Untergrenze) betrug
Kürzung staatlicher Sozialleistungen (mehrfach von 1991 bis 1994)	einkommensdifferenzierende Wirkung (wegen regressiver Belastung des Haushaltsbruttoeinkommens)	abgeschwächte einkommensdifferenzierende Wirkung (bei Überwälzung der Einkommensverluste der Transferempfänger auf Unternehmen)	keine Angabe möglich, vermutlich aber bedeutsam wegen der Vielzahl der Maßnahmen

Inzidenzergebnisse aus der Analyse des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses und realen Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet in Kapitel 8 (vgl. Übersicht 2)

Bei der Analyse des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses im alten Bundesgebiet zeigte sich, dass der unerwartete und unvollständig antizipierte Inflationsimpuls über vielfältige Wirkungsmechanismen letztendlich alle Einkommensbezieher und Vermögensbesitzer traf und komplexe Auswirkungen auf die funktionelle, sektorale und personelle Einkommensverteilung und auf die personelle und sektorale Vermögensverteilung ausübte.⁵⁷⁹ Im Prinzip war jede inflationsinduzierte Veränderung der relativen Preise von Gütern, Produktionsfaktoren oder Vermögensanlagen, der realen Erwerbs- und Transfereinkommen und der nominalen Steuerbemessungsgrundlagen seit der deutschen Vereinigung unmittelbar oder mittelbar verteilungsrelevant. Darüber hinaus waren die realwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Inflation in Westdeutschland verteilungsrelevant. Da die privaten Haushalte und Unternehmen in der Realität häufig gleichzeitig mehrere Vermögensarten besitzen, gleichzeitig Einkommen aus mehreren Quellen beziehen und zugleich Geldgläubiger und Geldschuldner sind, ließen sich alle Gewinner und alle Verlierer des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses auf allen Verteilungsebenen nicht exakt bestimmen.⁵⁸⁰

Des weiteren war eine Bestimmung der quantitativen Bedeutung der inflationsinduzierten und wachstumsinduzierten interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial größtenteils nicht möglich. In Übersicht 2 wird aber zumindest deutlich, dass bei den meisten inflationsinduzierten Wirkungsmechanismen eine einkommensnivellierende (einkommensdifferenzierende) Wirkung in materieller Hinsicht schwächer (stärker) ausfiel als in formaler Hinsicht, da die Steuerpflichtigen mit einem hohen steuerbaren Bruttoeinkommen und die Unternehmen ihre inflationsinduzierten realen Lasten überdurchschnittlich auf Kosten des Staates oder auf Kosten von Arbeitnehmern oder Konsumenten verringerten. Bei der „kalten“ Progression⁵⁷⁹ und bei der Realabwertung staatlicher Sozialleistungen konnte im Rahmen der formalen Inzidenzanalyse immerhin eindeutig eine einkommensdifferenzierende Wirkung abgeleitet werden. Da die Steuermehreinnahmen aus der „kalten“ Progression zwischen 1991 und 1993 ca. 37 Mrd. DM betrugen, war die einkommensdifferenzierende Wirkung der „kalten“ Progression in diesem Zeitraum quantitativ durchaus bedeutsam. Darüber hinaus generierten inflationsinduzierte interpersonelle Vermögensumverteilungswirkungen zwischen Geldvermögens- und Sachvermögensbesitzern

⁵⁷⁹ Vgl. Cassel, D. (1999), S. 338 f. und Fisher, S./Modigliani, F. (1978), S. 810 ff.

⁵⁸⁰ Vgl. Bulir, A./Gulde, A.-M. (1995), S. 17 f. und Cassel, D. (1999), S. 338 f.

über eine Erhöhung des Konzentrationsgrades der personellen Bruttogeldvermögensverteilung eindeutig eine mittelbare einkommensdifferenzierende Wirkung. Des weiteren ging von der inflationsinduzierten Verschiebung der funktionellen Einkommensverteilung in 1990 und 1991 (Lohn-Lag-Hypothese“) und von der inflationsinduzierten interpersonellen Einkommensumverteilung zwischen den Empfängern staatlicher Sozialtransfers und den Erwerbstätigen („Transfereinkommen-Lag-Hypothese“) zwar nicht empirisch eindeutig, aber vermutlich jeweils eine einkommensdifferenzierende Wirkung aus. Dagegen wirkte die „Scheingewinnbesteuerung“ der Unternehmen zumindest in formaler Hinsicht vermutlich einkommensnivellierend. Bei der Realabwertung staatlicher Personalausgaben und der Realabwertung staatlicher und privater Tilgungs- und Zinszahlungen sowie bei der „Scheinzinsbesteuerung“ konnte weder eine einkommensdifferenzierende Wirkung noch eine einkommensnivellierende Wirkung eindeutig empirisch abgeleitet werden. Schließlich zeigte die Analyse in Abschnitt 8.2, dass die funktionellen Einkommensverteilungswirkungen des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses in 1990 und 1991 mittelbar differenzierend auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet wirkten.

10.2 Bilanz der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte

Bei der personellen Verteilungsanalyse der Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte in Kapitel 9 zeigte sich, dass von der Inanspruchnahme der staatlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland durch westdeutsche Investoren und von der finanziellen Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des Volksvermögens der ehemaligen DDR jeweils eine konzentrationsfördernde Wirkung auf die personelle Vermögensverteilung ausging. Daraus resultierte eine unmittelbare und mittelbare differenzierende Wirkung auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet. Diese war bei der staatlichen Investitionsförderung in quantitativer Hinsicht durchaus bedeutsam, weil allein die kumulierten Steuerminderereinnahmen im gesamten Bundesgebiet aufgrund von Steuervergünstigungen für Ostdeutschland zwischen 1991 und 1996 mit ca. 60,9 Mrd. DM einen hohen Betrag erreichten. Demgegenüber konnte die Gesamtwirkung der geldwerten Vorteile der westdeutschen privaten Haushalte und Unternehmen aus der Nutzung des staatlichen materiellen Infrastrukturangebotes in Ostdeutschland auf die personelle Nettoeinkommensverteilung mit dem verfügbaren statistischen Datenmaterial nicht eindeutig empirisch abgeleitet werden. Insgesamt betrachtet ist eine differenzierende Gesamtwirkung aus der Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet aber plausibel.

Übersicht 2: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen des vereinigungsbedingten Inflationsimpulses und des vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpulses im alten Bundesgebiet aus formaler Sicht und aus materieller Sicht

Wirkungsmechanismus	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkung aus formaler Sicht	Interpersonelle Einkommensverteilungswirkung aus materieller Sicht (im Vergleich zum formalen Inzidenzergebnis)	Geschätzte quantitative Bedeutung
„Kalte“ Progression bei der Einkommensteuer	einkommensdifferenzierende Wirkung	verstärkte einkommensdifferenzierende Wirkung (wegen ungleicher Verteilung der Steuervermeidungsaktivitäten nach Nettoeinkommensklassen und bei Verlagerung der realen Steuermehrlast der Unternehmen auf Arbeitnehmer oder Konsumenten)	bedeutsam wegen Steuer-mehreinnahmen aus der „kalten“ Progression zwischen 1991 und 1993 von ca. 37 Mrd. DM
„Scheingewinnbesteuerung“ der Unternehmen	vermutlich eine einkommensnivellierende Wirkung	abgeschwächte einkommensnivellierende Wirkung (bei Verlagerung der realen Last der Unternehmen auf Arbeitnehmer oder Konsumenten)	keine Angabe möglich, vermutlich aber bedeutsam
Realabwertung staatlicher Sozialleistungen	einkommensdifferenzierende Wirkung	einkommensdifferenzierende Wirkung	keine Angabe möglich, vermutlich aber bedeutsam
Realabwertung staatlicher und privater Tilgungs- und Zinsausgaben	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	modifizierte formale interpersonelle Einkommensverteilungswirkung zu Gunsten der Haushalte des oberen Nettoeinkommensbereichs (bei Verlagerung der realen Last der finanziellen und nichtfinanziellen Unternehmen auf Arbeitnehmer oder Konsumenten)	keine Angabe möglich, vermutlich aber bedeutsam
„Scheinzinsbesteuerung“	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	modifizierte formale interpersonelle Einkommensverteilungswirkung zu Gunsten der Haushalte des oberen Nettoeinkommensbereichs (wegen ungleicher Verteilung der Steuerentzugsaktivitäten nach Nettoeinkommensklassen und bei Verlagerung der realen Steuermehrlast der finanziellen und nichtfinanziellen Unternehmen auf Arbeitnehmer oder Konsumenten)	keine Angabe möglich, vermutlich aber bedeutsam

Realabwertung staatlicher Personalausgaben	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	keine Angabe möglich, vermutlich aber unbedeut- sam
„Lohn-Lag-Hypothese“ in den Jahren 1990 und 1991	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung, ver- mutlich aber eine einkommensdifferenzierende Wirkung	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	keine Angabe möglich, vermutlich aber unbedeut- sam
„Transfereinkommen-Lag- Hypothese“	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung, ver- mutlich aber eine einkommensdifferenzierende Wirkung	einkommensnivellierende, einkommensneutrale oder einkommensdifferenzierende Wirkung	keine Angabe möglich, vermutlich aber bedeutsam
Interpersonelle Vermögens- umverteilung zwischen Geldvermögensbesitzern und Sachvermögensbesit- zern	mittelbare einkommensdifferenzierende Wirkung (wegen Verschärfung der Bruttovermögenskon- zentration)	mittelbare einkommensdifferenzierende Wirkung (wegen Ver- schärfung der Bruttovermögenskonzentration)	keine Angabe möglich, vermutlich aber bedeutsam
Vereinigungsbedingter realer Wachstumsimpuls in den Jahren 1990 und 1991	einkommensdifferenzierende Wirkung	einkommensdifferenzierende Wirkung	keine Angabe möglich, vermutlich aber bedeutsam

10.3 Gesamtwirkung der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme auf die personelle Nettoeinkommensverteilung in Westdeutschland

In diesem Abschnitt wird versucht, die Gesamtwirkung der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme auf die personelle Nettoeinkommensverteilung in Westdeutschland abzuleiten. Dazu werden die Inzidenzergebnisse aus den Abschnitten 10.1 und 10.2 in einer Gesamtbilanz zusammengestellt, da die Finanzierung der West-Ost-Bruttofinanztransfers einerseits und die Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte andererseits gleichermaßen relevant für die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet waren. Aufgrund der bereits geschilderten statistischen Grenzen bei der Ermittlung der interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen wird sich allerdings die Gesamtwirkung weder in formaler Hinsicht und erst Recht nicht in materieller Hinsicht eindeutig empirisch ermitteln lassen.

Nach den formalen Analyseergebnissen in Übersicht 1 und 2 war die Gesamtwirkung aus der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers auf die personelle Nettoeinkommensverteilung in Westdeutschland in formaler Hinsicht vermutlich differenzierend. Diese These ist plausibel, weil die quantitativ bedeutsamen einkommensdifferenzierenden interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen (aus der Mineralölsteuererhöhung, aus höheren gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen, aus der Kürzung staatlicher Sozialleistungen, aus der „kalten“ Progression“, aus der Realabwertung staatlicher Sozialleistungen, aus der interpersonellen Vermögensumverteilung zwischen Geld- und Sachvermögensbesitzern, aus dem vereinigungsbedingten realen Wachstumsimpuls) gegenüber den quantitativ bedeutsamen einkommensnivellierenden interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen (aus dem Solidaritätszuschlag, aus der „Scheingewinnbesteuerung“ der Unternehmen) eindeutig dominieren. Eine genauere Aussage ist allerdings nur dann möglich, wenn auch diejenigen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen berücksichtigt werden, die zwar quantitativ bedeutsam waren, aber in ihrer Richtung entweder empirisch unbestimmt oder nicht eindeutig empirisch ableitbar waren (z.B. aus der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung, aus der Realabwertung staatlicher und privater Tilgungs- und Zinszahlungen, aus der „Scheinzinsbesteuerung“, aus dem „Transfereinkommen-Lag“). Hinzu treten schließlich noch die quantitativ unbedeutsamen einkommensdifferenzierenden und einkommensnivellierenden Einkommensverteilungswirkungen.

In materieller Hinsicht fielen die quantitativ bedeutsamen einkommensnivellierenden interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus dem Solidaritätszuschlag und aus der „Scheingewinnbesteuerung“ sogar noch schwächer aus. Dagegen hielten sich bei den quantitativ bedeutsamen einkommensdifferenzierenden interpersonellen Einkommensvertei-

lungswirkungen die Verstärkungen einerseits (z.B. bei den höheren gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen und bei der „kalten“ Progression“) und die Abschwächungen andererseits (z.B. bei der Mineralölsteuererhöhung und bei der Kürzung staatlicher Sozialleistungen) ungefähr die Waage. Eine genauere Aussage zur effektiven Gesamtwirkung der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers auf die personelle Nettoeinkommensverteilung in Westdeutschland ist leider nicht möglich. Dazu ist die materielle Inzidenz bei zu vielen interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen letztendlich zu unbestimmt.

Es bleibt aber festzuhalten, dass die in Abschnitt 10.2 plausibel abgeleitete einkommensdifferenzierende Gesamtwirkung aus der Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte eine etwaige einkommensdifferenzierende (einkommensnivellierende) Gesamtwirkung aus der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers verstärkte (abschwächte). Daher ist die eingangs formulierte These einer „personellen Gerechtigkeitslücke“ sicherlich eher plausibel, wenn sie sich nicht ausschließlich auf die Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers bezieht, sondern auch die Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte berücksichtigt. Dieser Aspekt wurde in den bisherigen wissenschaftlichen Studien zu den interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme allerdings völlig vernachlässigt.

In einer umfassenden Inzidenzanalyse der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme müssten außerdem die bisher noch nicht analysierten „sekundären“ wachstumsinduzierten interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen berücksichtigt werden. Diese resultierten daraus, dass die diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen seit der deutschen Vereinigung, der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls, die staatliche Investitionsförderung für Ostdeutschland, die Nutzung des staatlichen materiellen Infrastrukturangebotes in Ostdeutschland durch westdeutsche Unternehmen und die finanziellen Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des DDR-Volkvermögens mittelfristig per Saldo vermutlich einen negativen Einfluss auf das reale Wirtschaftswachstum im alten Bundesgebiet ausübten und darüber die personelle Nettoeinkommensverteilung mittelbar beeinflussten. Nach den Analyseergebnissen aus Abschnitt 8.2 war die Gesamtwirkung dieser „sekundären“ wachstumsinduzierten funktionellen Einkommensverteilungswirkungen auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet vermutlich einkommensnivellierend.⁵⁸¹

581

Vgl. Neubäumer, R. (1991), S. 241 f. und DIW (Wochenbericht Nr. 32/1991), S. 451 ff.

Beispielsweise verminderten die Einführung des Solidaritätszuschlags und die Erhöhungen der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge das reale Wirtschaftswachstum, weil sie die Leistungsbereitschaft der Steuerpflichtigen und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen beeinträchtigten. Des weiteren ging von den Verbrauchsteuererhöhungen indirekt ein investitionsdämpfender Effekt aus, da sie die reale Kaufkraft der privaten Haushalte und darüber den privaten Konsum verminderten. Daraus resultierte ein multiplikativer restriktiver Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung und die private Investitionstätigkeit. Außerdem reagierten die Gewerkschaften auf die Verbrauchsteuererhöhungen mit einer expansiven Lohnpolitik und die Unternehmen auf die steigenden Lohnkosten mit Preiserhöhungen und mit einer Reduktion ihrer Sachinvestitionen. Daraufhin richtete die Deutsche Bundesbank ihre Geldpolitik restriktiver aus, wodurch zinselastische private Sachinvestitionen zusätzlich zurückgedrängt wurden. Gleichzeitig dämpfte die schuldeninduzierte Erhöhung des deutschen Kapitalmarktzinssatzes ebenfalls private Sachinvestitionen. Eine investitionsdämpfende Wirkung ging auch von den diskretionären Kürzungen staatlicher Subventionen und staatlicher Sachausgaben zur Erstellung materieller Infrastrukturleistungen und für das Angebot unternehmensbezogener Infrastrukturleistungen aus. Schließlich wirkte die staatliche Investitionsförderung für Ostdeutschland wachstumsdämpfend, weil die westdeutschen Investoren ihre Investitionen zumindest partiell nach Ostdeutschland verlagerten.⁵⁸²

Darüber hinaus hat der vereinigungsbedingte Inflationsimpuls das reale Wirtschaftswachstum im alten Bundesgebiet vermutlich beeinträchtigt. Ein negativer Einfluss ist nach Ansicht der meisten Ökonomen plausibel, weil bei Inflation die Absatz- und Ertragserwartungen der Unternehmen unsicherer werden, die Transaktionskosten der Erwartungsbildung ansteigen, die Informationsfunktion der Güterpreise über relative Güterknappheiten beeinträchtigt wird, das Risiko fehlerhafter Investitionsentscheidungen ansteigt, die Zinserwartungen der Marktteilnehmer ansteigen, die effiziente Allokation der Produktionsfaktoren gestört wird und die Anleger ihre Finanzaktiva in unproduktive realwertgesicherte Sachaktiva umschichten.⁵⁸³

⁵⁸² Vgl. Postlep, R.-D. (1992), S. 38 f. und Leis, G. (1994), S. 171 ff.

⁵⁸³ Vgl. Cassel, D. (1999), S. 336 f. und die Studien von Barro, R.J. (1996), S. 153 ff; Grimes, A. (1991), S. 631 ff; Ambler, S./Cardia, E. (1997), S. 89 ff.

11. Schlussbetrachtung

In der vorliegenden Arbeit wurden in Hauptteil 1 die interregionalen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland und in Hauptteil 2 die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme in Westdeutschland genauer analysiert. Bei der Analyse in Hauptteil 1 stand die Frage im Mittelpunkt, in welchem Ausmaß die öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme eine interregionale Einkommensumverteilung von West- nach Ostdeutschland generierten. Deshalb wurden zunächst in Kapitel 2 und Kapitel 3 die kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers umfassend definiert und statistisch erfasst. In Kapitel 4 zeigte sich, dass die umfassend definierten kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers die interregionale Einkommensumverteilung von West- nach Ostdeutschland näherungsweise erfassen, da sie den effektiv nach Ostdeutschland transferierten Teil des westdeutschen Volkseinkommens näherungsweise angeben und den ostdeutschen privaten Haushalten und Unternehmen effektiv zugute kamen. Dieser Teil des westdeutschen Volkseinkommens hätte in einem Referenzszenario ohne die deutsche Einheit nicht nach Ostdeutschland transferiert werden müssen und damit für eine Verwendung im alten Bundesgebiet zur Verfügung gestanden.

Dennoch eignen sich die umfassend definierten kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers nur bedingt zur Messung der tatsächlichen interregionalen Einkommensumverteilung von Westdeutschland nach Ostdeutschland. Erstens sind die nach Ostdeutschland geleisteten nicht-monetären Realtransfers des Bundes größtenteils und die Zinsausgaben der öffentlichen Bruttofinanztransferträger für die vereinigungsbedingte öffentliche Verschuldung überhaupt nicht enthalten. Dies ist nicht befriedigend, weil die öffentlichen Zinsausgaben für die übernommenen öffentlichen und privaten Schuldverhältnisse aus der ehemaligen DDR tatsächlich einen interregionalen Bruttofinanztransfercharakter besitzen. Zweitens war die Privatisierung des Volksvermögens der ehemaligen DDR mit einem Vermögenstransfer von Ostdeutschland nach Westdeutschland verbunden. Er wurde allerdings bei der Definition und Abgrenzung der umfassend definierten West-Ost-Nettofinanztransfers nur teilweise berücksichtigt. Das verfügbare statistische Datenmaterial reicht allerdings nicht, um die umfassend definierten kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers um die noch nicht erfassten West-Ost-Realtransfers des Bundes, um den kumulierten Ost-West-Vermögenstransfer und um die öffentlichen Zinsausgaben mit interregionalem Bruttofinanztransfercharakter zu korrigieren.

Bei einem Vergleich der institutionellen Berechnungsergebnisse zur Höhe der kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers mit den umfassend definierten kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers zeigen sich durchaus Unterschiede. Daher stellen die von verschiedenen

Institutionen berechneten kumulierten West-Ost-Nettofinanztransfers lediglich eine grobe Näherungsgröße für die tatsächliche interregionale Einkommensumverteilung von Westdeutschland nach Ostdeutschland dar. Diese Diskrepanz ist darauf zurückzuführen, dass die Institutionen die kumulierten West-Ost-Bruttofinanztransfers und den „Eigenbeitrag“ des Beitrittsgebietes zur Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers unterschätzen, da sie diese Größen weder exakt abgrenzen noch statistisch exakt erfassen können.

Bei der Analyse in Hauptteil 2 wurde überprüft, in welcher Weise die öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet beeinflussten. Dazu wurde in einem ersten Schritt in Kapitel 5 und 7 die formale und materielle Inzidenz der diskretionären Finanzierung der West-Ost-Bruttofinanztransfers und in Kapitel 6 und 8 die formale und materielle Inzidenz der nicht-diskretionären Finanzierung der West-Ost-Bruttofinanztransfers durch den vereinigungsbedingten Inflationsimpuls und realen Wachstumsimpuls im alten Bundesgebiet genauer analysiert. Dieser Ansatz unterscheidet sich wesentlich von den bisherigen Studien zu den interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Finanzierung der West-Ost-Finanztransfers. Diese beschränkten sich in erster Linie auf eine Analyse der formalen Inzidenz einiger ausgewählter diskretionärer finanzpolitischer Maßnahmen. Darauf aufbauend wurde in Wissenschaft und Politik des öfteren die provokante These aufgestellt, dass bei der Finanzierung der West-Ost-Finanztransfers eine „personelle Gerechtigkeitslücke“ aufgetreten sei. Nach Ansicht des Autors dieser Studie ist eine solche selektive personelle Verteilungsanalyse nur bedingt aussagekräftig, weil sie einen Teil der diskretionären Finanzierungsquellen, weil sie die inflationsinduzierte Finanzmittelaufbringung, und weil sie die privatwirtschaftlichen Anpassungsreaktionen an die Begünstigungen und Belastungen aus der Finanzierung der West-Ost-Bruttofinanztransfers überhaupt nicht berücksichtigt.

Anschließend wurden in einem zweiten Schritt in Kapitel 9 die interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen aus der Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte analysiert. Damit wurde berücksichtigt, dass die Inanspruchnahme der staatlichen Investitionsförderung für Ostdeutschland durch westdeutsche Investoren, die finanzielle Begünstigung westdeutscher Investoren bei der Privatisierung des Volksvermögens der ehemaligen DDR und die Nutzung des staatlichen materiellen Infrastrukturangebotes in Ostdeutschland durch westdeutsche private Haushalte und Unternehmen die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet ebenfalls beeinflussten. Dieser Aspekt stand bisher kaum im wissenschaftlichen Interesse. Es richtete sich fast ausschließlich auf eine Analyse der personellen Inzidenz der Finanzierung der West-Ost-Bruttofinanztransfers. Nach den Inzidenzerggebnissen in Kapitel 9 ist diese selektive Vorgehensweise jedoch unbefriedigend, da die Nutzung der investiven öffent-

lichen West-Ost-Brutto-finanzttransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte per Saldo vermutlich eine einkommensdifferenzierende Wirkung generierte und darüber eine etwaige einkommensdifferenzierende (einkommensnivellierende) Gesamtwirkung aus der Finanzierung der West-Ost-Nettofinanzttransfers tendenziell verstärkte (abschwächte).

Schließlich stellte sich bei der Ableitung der Gesamtwirkung der öffentlichen innerdeutschen Finanztransferströme auf die personelle Nettoeinkommensverteilung im alten Bundesgebiet in Kapitel 10 das zentrale Problem, dass das verfügbare statistische Datenmaterial letztendlich nicht ausreicht, um die Gesamtwirkung statistisch zu erfassen und zumindest ihre tatsächliche Richtung empirisch eindeutig abzuleiten. Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, dass die in Kapitel 7, 8 und 9 abgeleiteten interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen mangels exakter Quantifizierbarkeit nicht kardinal vergleichbar sind. Außerdem ist ihre Richtung zum Teil empirisch unbestimmt und zum Teil zwar plausibel, aber nicht eindeutig empirisch ableitbar. Daher konnte die These einer „personellen Gerechtigkeitslücke“ weder eindeutig bestätigt noch eindeutig widerlegt werden. Nach der Auswertung der Analyseergebnisse in Übersicht 1 und 2 war die Gesamtwirkung der diskretionären und nicht-diskretionären Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanzttransfers auf die personelle Nettoeinkommensverteilung in Westdeutschland in formaler Hinsicht vermutlich differenzierend, da die quantitativ bedeutsamen einkommensdifferenzierenden interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen gegenüber den quantitativ bedeutsamen einkommensnivellierenden interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen eindeutig überwiegen. Für eine genauere Aussage müssen allerdings auch diejenigen quantitativ bedeutsam interpersonellen Einkommensverteilungswirkungen berücksichtigt werden, die in ihrer Richtung entweder empirisch unbestimmt waren oder sich nicht eindeutig empirisch bestimmen ließen.

In materieller Hinsicht gestaltete sich die Bestimmung der Gesamtwirkung der Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanzttransfers auf die personelle Nettoeinkommensverteilung in Westdeutschland noch schwieriger. Aufgrund der zahlreichen und zum Teil entgegengerichteten Preis- und Mengenwirkungen auf den Güter- und Faktormärkten konnte weder die materielle Inzidenz der diskretionären und nicht-diskretionären Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanzttransfers noch die materielle Inzidenz der Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanzttransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte eindeutig abgeleitet werden. Außerdem ist die formale Inzidenz der vereinigungsbedingten öffentlichen Verschuldung, der diskretionären Kürzungen und inflationsinduzierten Realabwertung staatlicher Personalausgaben, der diskretionären Kürzungen staatlicher Sachausgaben für das Angebot materieller Infrastrukturleistungen, der inflationsinduzierten Realabwertung staatlicher und privater Tilgungs- und Zinszahlungen, der „Scheinzinsbesteuerung“ und der „Transfereinkommen-Lag-Hypothese“ empirisch unbestimmt. Dies gilt dann natürlich

erst Recht in materieller Hinsicht. Daher besteht hier - innerhalb des gegebenen Rahmens an verfügbaren statistischen Daten – durchaus ein weiterer Forschungsbedarf. Es bleibt letztendlich aber zumindest festzuhalten, dass die These einer „personellen Gerechtigkeitslücke“ sicherlich eher haltbar ist, wenn sie sich nicht nur auf die Finanzierung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers bezieht, sondern auch die Nutzung der investiven öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers durch westdeutsche Wirtschaftssubjekte berücksichtigt.

Anhang

Tabelle 1: Entwicklung des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit in West- und Ostdeutschland zwischen 1990 und 1997 (in Mrd. DM)

		1990 ¹	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Σ
Ausgaben	Ost	2,5	29,9	46,0	50,6	41,6	35,8	38,2	38,3	282,9
	West	41,4	42,0	47,5	59,0	58,2	61,3	67,4	64,4	441,2
Einnahmen	Ost	1,3	4,6	3,3 ³	3,6 ³	3,8	4,0	3,9	3,7	28,2
	West	40,7	65,6	76,4 ⁴	81,6 ⁴	85,9	86,2	87,9	89,4	613,7
Überschuss/Defizit	Ost	-1,2	-25,3	-42,7 ³	-47,0 ⁴	-37,8	-31,8	-34,3	-34,6	-254,7
	West	-0,7	23,6	28,9 ⁴	22,6 ³	27,7	24,9	20,5	25,0	173,2 ⁶
	Gesamt	-1,9	-1,7	-13,8	-24,4	-10,1	-6,9	-13,8	-9,6	-82,2
Bundeszuschuss	Ost	1,2 ²	1,7	13,8 ⁵	24,4	10,1	6,9	13,8	9,6	81,5

1) Für Ostdeutschland: 3.10. bis 31.12.1990

2) Anschubfinanzierung Ost für das 2. Halbjahr 1990 in Höhe von 1,2 Mrd. DM zum Defizitausgleich und Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit-West in Höhe von 0,7 Mrd. DM zum Defizitausgleich

3) exklusive Ostdeutschland zuzurechnendes Beitragsaufkommen in Westdeutschland von 4,2 Mrd. DM in 1992 und 7,5 Mrd. DM in 1993

4) inklusive Ostdeutschland zuzurechnendes Beitragsaufkommen in Westdeutschland von 4,2 Mrd. DM in 1992 und 7,5 Mrd. DM in 1993

5) inklusive 4,89 Mrd. DM Bundeszuweisung gem. Nachtragshaushalt 1991

6) Σ 1991-1997

Quelle: Deutsche Bundesbank (7/1994), S. 40 ff; Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik, Nürnberg, Jahreszahlen 1994 und 1995 (Übersicht 207), Jahreszahlen 1996 (Übersicht 199) und Jahreszahlen 1997 (Übersicht 195); Boss, A./Rosenschon, A. (1996), S. 15 f; eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Entwicklung des bereinigten Finanzierungssaldos der Bundesanstalt für Arbeit in West- und Ostdeutschland zwischen 1991 und 1997 (in Mrd. DM)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Σ
Bundesanstalt für Arbeit-Ost	-20,0	-38,0	-38,6	-29,6	-23,1	-26,6	-26,3	-202,2
Bundesanstalt für Arbeit-West	20,4	24,5	15,0	19,5	15,7	11,0	16,6	122,7
Bundesanstalt für Arbeit-Gesamt	0,4	-13,5	-23,6	-10,1	-7,4	-15,6	-9,7	-79,9

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht Nr. 45/1999), S. 815.

Tabelle 3a: Entwicklung des Haushalts der Gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland zwischen 1990 und 1997 (in Mrd. DM)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Einnahmen (insgesamt), darunter:	212,4	226,0	237,9	242,5	266,5	275,6	290,0	304,7
- Beiträge	174,9	183,3	193,3	196,4	215,8	225,3	236,0	248,5
- Bundeszuschuss nach § 213 SGB VI	29,7	32,7	38,7	40,6	46,8	46,8	49,2	53,7
Ausgaben (insgesamt), darunter:	202,9	215,3	231,2	248,3	265,8	278,6	288,0	294,9
- Renten	175,9	186,4	197,0	208,9	222,0	231,5	238,7	247,1
- Krankenversicherung der Rentner	11,0	11,3	11,8	13,1	14,4	14,9	15,3	15,9
- Finanzausgleich ² nach §218 SGB VI	-	-	3,6	6,0	7,9	8,9	9,9	9,9
Ausgaben ohne Finanzausgleich	202,9	215,3	227,6	242,3	257,9	269,7	278,1	285,0
Überschuss bzw. Defizit mit Finanzausgleich	9,5	10,7	6,7	-5,8	0,8	-3,0	2,0	9,8
Überschuss bzw. Defizit ohne Finanzausgleich	9,5	10,7	10,3	0,2	8,7	5,9	11,9	19,7

Tabelle 3b: Entwicklung des Haushalts der Gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1997 (in Mrd. DM)

	1990 ¹	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Einnahmen (insgesamt), darunter:	13,6	31,3	44,4	51,5	60,8	67,4	71,1	74,8
- Beiträge	9,2	25,6	32,6	36,1	40,9	45,0	46,6	48,9
- Bundeszuschuss nach § 213 SGB VI	3,6 ³	5,6	7,7	9,0	11,5	12,8	14,0	15,2
- Finanzausgleich ² nach §218 SGB VI	-	-	3,6	6,0	7,9	8,9	9,9	9,9
Einnahmen ohne Finanzausgleich	13,6	31,3	40,8	45,5	52,9	58,5	61,2	64,9
Ausgaben (insgesamt), darunter:	13,6	30,8	45,4	53,5	63,6	74,4	80,1	82,7
- Renten	12,3	28,5	39,9	46,8	55,0	63,8	68,4	70,5
- Krankenversicherung der Rentner	0,8	1,6	2,5	2,8	3,4	4,1	4,4	4,8
Überschuss/Defizit mit Finanzausgleich	0	0,5	-1,0	-2,0	-2,8	-7,0	-9,0	-7,9
Überschuss/Defizit ohne Finanzausgleich	0	0,5	-4,6	-8,0	-10,7	-15,9	-18,9	-17,8

1) 2. Halbjahr 1990

2) Finanzausgleich zwischen der Rentenversicherung der Angestellten in den alten Bundesländern und der Rentenversicherung der Arbeiter in den neuen Bundesländern.

3) Dieser Betrag setzt sich aus einem originären Bundeszuschuss von 2,3 Mrd. DM und einer Anschubfinanzierung aus dem DDR-Haushalt von 1,3 Mrd. DM zusammen.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht Nr. 45/1999), S. 815; Deutscher Bundestag (Hrsg.): Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Band 13, Drucksache Nr. 11290, Bonn, 1998, Übersicht I.16; eigene Berechnungen.

Tabelle 6: Berechnungen der Bundesbank zur Zweckbestimmung der öffentlichen West-Ost-Bruttofinanztransfers zwischen 1991 und 1997

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Bruttoleistungen in Mrd. DM, davon (in %):	139	151	167	169	185	187	183
- Sozialleistungen	40,3	45,0	46,1	43,8	42,7	44,9	44,3
- Subventionen ¹	5,8	6,7	6,6	10,1	9,7	8,0	7,6
- Investitionen	15,8	15,2	15,6	15,3	18,4	17,7	17,5
- Allgemeine Finanzzuweisungen	38,1	33,1	31,7	30,8	29,2	29,4	30,6

¹ ohne Steuervergünstigungen

Quelle: Deutsche Bundesbank (4/1998), S. 53.

Tabelle 17: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven 7,5%igen Solidaritätszuschlags auf die Steuern auf Einkommen und Vermögen im alten Bundesgebiet im Jahr 1993

(1) Monatliches Haushalts- nettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	(2) Haushalte pro Klasse (in 1.000)	(3) Durchschnittliches Haushaltsnet- toeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(4) Steuern auf Einkommen und Vermögen pro Mo- nat (in DM)	(5) Fiktiver Solidaritätszuschlag in Höhe von 7,5% auf die Steu- ern auf Einkommen und Ver- mögen pro Monat (in DM)	(6) Fiktives durchschnittliches Haus- haltsnettoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM) = (3)-(5)
unter 1000	371	800,33	(70,22)*	(5,27)*	(795,06)*
1000 - 1600	1.983	1.332,50	23,24	1,74	1.330,76
1600 - 2000	1.760	1.814,70	71,44	5,36	1.809,34
2000 - 2500	2.462	2.259,50	163,90	12,29	2.247,21
2500 - 3000	2.606	2.740,07	275,89	20,69	2.719,38
3000 - 4000	4.744	3.488,99	337,52	25,31	3.463,68
4000 - 5000	4.070	4.488,00	518,49	38,89	4.449,01
5000 - 7500	6.446	6.088,96	906,10	67,96	6.021,00
7500 - 35.000	4.476	10.393,41	2.032,28	152,21	10.241,20
alle Haushalte	28.917	4.821,88	690,53	51,79	4.769,59
Gini-Koeffizient	-	0,31788	-	-	0,31613

* ungesicherter Wert

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4, Tabelle 1.1; eigene Berechnungen.

Tabelle 24: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Pflichtbeitragszahlungen zur gesetzlichen Sozialversicherung im alten Bundesgebiet im Jahr 1993

(1) Monatliches Haushalts- nettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	(2) Haushalte pro Klasse (in 1.000)	(3) Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkom- men je Haushalt pro Monat (in DM)	(4) Pflichtbeitragszahlun- gen zur Sozialversi- cherung je Haushalt pro Monat (in DM)	(5) Fiktive Pflichtbeitrags- zahlungen zur Sozialver- sicherung je Haushalt pro Monat (in DM)*	(6) Fiktive Pflichtbeitrags- mehrzahlungen zur So- zialversicherung je Haushalt pro Monat (in DM)**	(7) Fiktives durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM) = (3)+(6)
unter 1000	371	800,33	37,15	36,78	0,37	800,70
1000 - 1600	1.983	1.332,50	77,69	76,92	0,77	1.333,27
1600 – 2000	1.760	1.814,70	150,32	148,83	1,49	1.816,19
2000 – 2500	2.462	2.259,50	253,42	250,91	2,51	2.262,01
2500 – 3000	2.606	2.740,07	359,90	356,34	3,56	2.743,63
3000 – 4000	4.744	3.488,99	441,41	437,04	4,37	3.493,36
4000 – 5000	4.070	4.488,00	603,32	597,35	5,97	4.493,97
5000- 7500	6.446	6.088,96	768,35	760,74	7,61	6.096,57
7500 – 35000	4.476	10.393,41	807,99	799,99	8,00	10.401,41
alle Haushalte	28.917	4.821,88	522,63	517,46	5,17	4.827,05
Gini-Koeffizient	-	0,31788107	-	-	-	0,31782605

* = tatsächliche Pflichtbeitragszahlungen zur Sozialversicherung je Haushalt pro Monat dividiert durch 1,01

**= tatsächliche Pflichtbeitragszahlungen zur Sozialversicherung je Haushalt pro Monat abzüglich fiktive Pflichtbeitragszahlungen zur Sozialversicherung je Haushalt pro Monat

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4, Tabelle 1.1; eigene Berechnungen.

Tabelle 27: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung des durchschnittlichen Guthabens in Staatsschuldpapieren je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet

(1) Monatliches Haushalts- nettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	(2) Haushalte pro Klasse (in 1.000)	(3) Durchschnittliches Haus- haltsnettoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(4) Durchschnittliches Guthaben in Staats- schuldpapieren je Haushalt pro Jahr (in DM)	(5) Fiktive Bruttozinsmehr- kommen aus Staatsschuld- papieren je Haushalt pro Monat (in DM)*	(6) Fiktive Einkommensteuer- zahlungen für die fiktiven schuldeninduzierten Brutto- zinsmehrereinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(7) Fiktives durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM) = (3)-(5)+(6)
unter 1000	371	800,33	14.824	18,53	1,43	783,23
1000 - 1600	1.983	1.332,50	19.917	24,90	0,38	1.307,98
1600 - 2000	1.760	1.814,70	19.321	24,15	0,84	1.791,39
2000 - 2500	2.462	2.259,50	24.805	31,01	1,89	2.230,38
2500 - 3000	2.606	2.740,07	26.401	33,00	2,70	2.709,77
3000 - 4000	4.744	3.488,99	25.494	31,87	2,52	3.459,64
4000 - 5000	4.070	4.488,00	26.881	33,60	3,09	4.457,49
5000 - 7500	6.446	6.088,96	30.627	38,28	4,48	6.055,16
7500 - 35.000	4.476	10.393,41	47.763	59,70	9,19	10.342,90
alle Haushalte	28.917	4.821,38	28.307	35,38	4,03	4.790,03
Gini-Koeffizient	-	0,31788	-	-	-	0,31924

* = 1,5% des durchschnittlichen Guthabens in Staatsschuldpapieren je Haushalt pro Jahr in DM dividiert durch zwölf

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftssrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 2 (Tabelle 1.12); Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4 (Tabelle 1.1); eigene Berechnungen.

Tabelle 29: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung des durchschnittlichen Sparguthabens je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet

(1) Monatliches Haushalt- nettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	(2) Haushalte pro Klasse (in 1.000)	(3) Durchschnittliches Sparguthaben je Haushalt pro Jahr (in DM)	(4) Fiktives durch- schnittliches Sparguthaben je Haushalt pro Jahr (in DM)*	(5) Fiktive Bruttozins- mehrereinkommen aus Sparguthaben je Haushalt pro Monat (in DM)**	(6) Fiktive Einkommen- steuerzahlungen für die fiktiven Bruttozinsmehr- einkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(7) Durchschnittliches Haushaltsnettoein- kommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(8) Fiktives durchschnitt- liches Haushaltsnetto- einkommen je Haushalt pro Monat (in DM) = (7)- (5)+(6)
unter 1000	371	7.214	7.107,39	8,88	0,46	800,33	791,91
1000 - 1600	1.983	8.235	8.113,30	10,14	0,11	1.332,50	1.322,47
1600 - 2000	1.760	9.211	9.074,88	11,34	0,27	1.814,70	1.803,63
2000 - 2500	2.462	10.799	10.639,41	13,30	0,54	2.259,50	2.246,74
2500 - 3000	2.606	11.857	11.681,77	14,60	0,80	2.740,07	2.726,27
3000 - 4000	4.744	12.720	12.532,02	15,67	0,83	3.488,99	3.474,15
4000 - 5000	4.070	13.192	12.997,04	16,25	1,00	4.488,00	4.472,75
5000 - 7500	6.446	15.391	15.163,55	18,96	1,49	6.088,96	6.071,49
7500 - 35.000	4.476	18.804	18.526,11	23,16	2,30	10.393,41	10.372,55
alle Haushalte	28.917	12.258	12.076,85	15,10	1,15	4.821,38	4.807,43
Gini-Koeffizient	-	-	-	-	-	0,31788107	0,31831983

* = durchschnittliches Sparguthaben je Haushalt pro Jahr in DM dividiert durch 1,015

** = durchschnittliches Sparguthaben je Haushalt pro Jahr in DM abzüglich fiktives durchschnittliches Sparguthaben je Haushalt pro Jahr in DM dividiert durch zwölf

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 2 (Tabelle 1.4);
Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4 (Tabelle 1.1);
eigene Berechnungen.

Tabelle 31: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung des durchschnittlichen Sparbriefguthabens je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet

(1) Monatliches Haushalt- nettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	(2) Haushalte pro Klasse (in 1.000)	(3) Durchschnittliches Haus- haltsnettoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(4) Durchschnittliches Sparbriefguthaben je Haushalt pro Jahr (in DM)	(5) Fiktive Bruttozinsmehr- einkommen aus Spar- briefen je Haushalt pro Monat (in DM)*	(6) Fiktive Einkommen- steuerzahlungen für die fiktiven Bruttozinsmehr- einkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(7) Fiktives durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM) = (3)-(5)+(6)
unter 1000	371	800,33	15.541	19,43	1,00	781,90
1000 - 1600	1.983	1.332,50	19.919	24,90	0,27	1.307,87
1600 - 2000	1.760	1.814,70	21.554	26,94	0,63	1.788,39
2000 - 2500	2.462	2.259,50	24.999	31,25	1,27	2.229,52
2500 - 3000	2.606	2.740,07	26.687	33,36	1,82	2.708,53
3000 - 4000	4.744	3.488,99	24.050	30,06	1,58	3.460,51
4000 - 5000	4.070	4.488,00	24.167	30,21	1,85	4.459,64
5000 - 7500	6.446	6.088,96	25.806	32,26	2,52	6.059,22
7500 - 35-000	4.476	10.393,41	33.546	41,93	4,31	10.355,79
alle Haushalte	28.917	4.821,38	24.924	31,16	2,37	4.792,59
Gini-Koeffizient	-	0,31788107	-	-	-	0,31893985

* = 1,5% des durchschnittlichen Sparbriefguthabens je Haushalt pro Jahr in DM dividiert durch zwölf

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 2 (Tabelle 1.12); Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4 (Tabelle 1.1); eigene Berechnungen.

Tabelle 35: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung des durchschnittlichen Guthabens in Investmentfondszertifikaten je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet

(1) Monatliches Haushalts- nettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	(2) Haushalte pro Klasse (in 1.000)	(3) Durchschnittliches Haushaltsnettoein- kommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(4) Durchschnittliches Gut- haben in Investment- fondszertifikaten je Haushalt pro Jahr (in DM)	(5) Fiktive Bruttozinsmehr- einkommen aus Invest- ment- fondszertifikaten je Haus- halt pro Monat (in DM)*	(6) Fiktive Einkommensteuer- zahlungen für die fiktiven Bruttozinsmehrereinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(7) Fiktives durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM) = (3)-(5)+(6)
unter 1000	371	800,33	41.772	52,21	4,02	752,14
1000 - 1600	1.983	1.332,50	14.792	18,49	0,30	1.314,31
1600 - 2000	1.760	1.814,70	16.308	20,39	0,71	1.795,02
2000 - 2500	2.462	2.259,50	18.049	22,56	1,38	2.238,32
2500 - 3000	2.606	2.740,07	17.622	22,02	1,81	2.719,86
3000 - 4000	4.744	3.488,99	19.035	23,79	1,88	3.467,08
4000 - 5000	4.070	4.488,00	17.794	22,24	2,04	4.467,80
5000 - 7500	6.446	6.088,96	24.092	30,11	3,52	6.062,37
7500 - 35.000	4.476	10.393,41	35.535	44,42	6,84	10.355,83
alle Haushalte	28.917	4.821,88	21.265	26,58	3,03	4.798,33
Gini-Koeffizient	-	0,31788107	-	-	-	0,31898189

* = 1,5% des durchschnittlichen Guthabens in Investmentfondszertifikaten je Haushalt pro Jahr in DM dividiert durch zwölf

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 2 (Tabelle 1.12); Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4 (Tabelle 1.1); eigene Berechnungen.

Tabelle 36: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung des durchschnittlichen Guthabens in sonstigen Wertpapieren je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet

(1) Monatliches Haushalts- nettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	(2) Haushalte pro Klasse (in 1.000)	(3) Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkom- men je Haushalt pro Monat (in DM)	(4) Durchschnittliches Guthaben in sonstigen Wertpapieren je Haushalt pro Jahr (in DM)	(5) Fiktive Bruttozinsmehr- einkommen aus sonstigen Wertpapieren je Haushalt pro Monat (in DM)*	(6) Fiktive Einkommensteuer- zahlungen für die fiktiven Bruttozinsmehreinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(7) Fiktives durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM) = (3)-(5)+(6)
unter 1000	371	800,33	/	0	0	800,33
1000 - 1600	1.983	1.332,50	(28.718)**	(35,90)**	(0,57)**	(1.297,17)**
1600 - 2000	1.760	1.814,70	18.063	22,58	0,79	1.792,91
2000 - 2500	2.462	2.259,50	22.066	27,58	1,68	2.233,60
2500 - 3000	2.606	2.740,07	15.553	19,44	1,59	2.722,22
3000 - 4000	4.744	3.488,99	19.828	24,79	1,96	3.466,16
4000 - 5000	4.070	4.488,00	20.786	25,98	2,39	4.464,41
5000 - 7500	6.446	6.088,96	26.147	32,68	3,82	6.060,10
7500 - 35.000	4.476	10.393,41	40.843	51,05	7,86	10.350,22
alle Haushalte	28.917	4.821,88	23.520	29,40	3,35	4.795,83
Gini-Koeffizient	-	0,31788107	-	-	-	0,31911509

* = 1,5% des durchschnittlichen Guthabens in sonstigen Wertpapieren je Haushalt pro Jahr in DM dividiert durch zwölf

** ungesicherter Wert

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 2 (Tabelle 1.12); Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4 (Tabelle 1.1); eigene Berechnungen.

Tabelle 38: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der Verzinsung der durchschnittlichen Kreditverpflichtungen bei Konsumentenkrediten je Haushalt am 31.12.1998 im alten Bundesgebiet

(1) Monatliches Haushalts- nettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	(2) Haushalte pro Klasse (in 1.000)	(3) Durchschnittliches Haus- haltsnettoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(4) Durchschnittliche Kreditverpflich- tungen bei Konsumentenkrediten je Haushalt pro Jahr (in DM)	(5) Fiktive Zinsmehrausgaben für Konsumentenkredite je Haus- halt pro Monat in DM* (in %**)	(6) Fiktives durchschnittliches Haushaltsfi- naleinkommen je Haushalt pro Monat (in DM) = (3)+(5)
unter 1.800	2.560	1.365	1.018	1,27 (0,093)	1.366,27
1.800 - 2.500	3.246	2.166	1.323	1,65 (0,076)	2.167,65
2.500 - 3.000	2.504	2.745	1.580	2,00 (0,073)	2.747,00
3.000 - 4.000	4.575	3.480	2.124	2,66 (0,076)	3.482,66
4.000 - 5.000	3.950	4.485	2.625	3,28 (0,073)	4.488,28
5.000 - 7.000	5.898	5.928	3.296	4,12 (0,070)	5.932,12
7.000 - 10.000	4.496	8.255	3.168	3,96 (0,048)	8.258,96
10.000 - 35.000	2.724	13.588	4.845	6,06 (0,045)	13.594,06
alle Haushalte	29.954	5.346	2.559	3,20 (0,060)	5.349,20
Gini-Koeffizient	-	0,33082415	-	-	0,33075770

* = 1,5% der durchschnittlichen Kreditverpflichtungen bei Konsumentenkrediten je Haushalt pro Jahr in DM dividiert durch zwölf

** in % des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Wiesbaden 2002, Heft 2 (Tabelle 13.7.1); Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Wiesbaden 2002, Heft 4 (Tabelle 7.1); eigene Berechnungen.

Tabelle 40: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Anstiegs der monatlichen Zinsausgaben der westdeutschen privaten Haushalte für Baukredite im Jahr 1993

(1) Monatliches Haushalts- nettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	(2) Haushalte pro Klasse (in 1.000)	(3) Durchschnittliches Haus- haltsnettoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(4) Zinsausgaben für Bau- darlehen und Ähnliches je Haushalt pro Monat in DM (in %*)	(5) Fiktive Zinsausgaben für Baudarlehen und Ähnli- ches je Haushalt pro Monat in DM** (in %*)	(6) Fiktive Zinsmehrausgaben für Baudarlehen und Ähn- liches je Haushalt pro Monat in DM (in %)**	(7) Fiktives durchschnitt- liches Haushaltsfinal- einkommen je Haushalt pro Monat (in DM) = (3)+(6)
unter 1000	371	800,33	/	/	/	800,33
1000 - 1600	1.983	1.332,50	/	/	/	1.332,50
1600 - 2000	1.760	1.814,70	6,39 (0,352)	6,30 (0,347)	0,09 (0,005)	1.814,79
2000 - 2500	2.462	2.259,50	7,26 (0,321)	7,15 (0,316)	0,11 (0,005)	2.259,61
2500 - 3000	2.606	2.740,07	15,48 (0,564)	15,25 (0,556)	0,23 (0,008)	2.740,30
3000 - 4000	4.744	3.488,99	44,70 (1,281)	44,04 (1,262)	0,64 (0,019)	3.489,63
4000 - 5000	4.070	4.488,00	84,27 (1,878)	83,02 (1,850)	1,25 (0,028)	4.489,25
5000 - 7500	6.446	6.088,96	235,02 (3,860)	231,55 (3,803)	3,47 (0,057)	6092,43
7500 - 35.000	4.476	10.393,41	673,69 (6,482)	663,73 (6,386)	9,96 (0,096)	10.403,37
alle Haushalte	28.917	4.821,88	178,37 (3,700)	175,73 (3,645)	2,64 (0,055)	4.824,02
Gini-Koeffizient	-	0,31788107	-	-	-	0,31804808

* in % des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens in DM

** = tatsächliche Zinsausgaben für Baudarlehen je Haushalt pro Monat in DM dividiert durch 1,015

*** = tatsächliche Zinsausgaben für Baudarlehen je Haushalt pro Monat in DM abzüglich fiktive Zinsausgaben für Baudarlehen je Haushalt pro Monat in DM

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4, Tabelle 1.1.

Tabelle 41: Interpersonelle Einkommensverteilungswirkungen eines fiktiven Rückgangs des durchschnittlichen Aktienguthabens je Haushalt am 31.12.1993 im alten Bundesgebiet

(1) Monatliches Haushalts- nettoeinkommen (von ...bis unter ...DM)	(2) Durchschnittliches Aktienguthaben je Haushalt pro Jahr (in DM)	(3) Fiktives durch- schnittliches Aktien- guthaben je Haushalt pro Jahr (in DM)*	(4) Fiktiver Verlust an Aktienguthaben je Haushalt pro Monat (in DM)**	(5) Fiktive Einkommensteuer- ersparnis für den fiktiven Ver- lust an Aktienguthaben je Haushalt pro Monat (in DM)	(6) Durchschnittliches Haushaltsnettoein- kommen je Haushalt pro Monat (in DM)	(7) Fiktives durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen je Haushalt pro Monat (in DM) = (6)+(4)-(5)
unter 1000	8.919	9.194,84	22,99	1,77	800,33	821,55
1000 - 1600	15.479	15.957,73	39,89	0,63	1.332,50	1.371,76
1600 - 2000	15.638	16.121,65	40,30	1,41	1.814,70	1.853,59
2000 - 2500	23.449	24.174,22	60,43	3,68	2.259,50	2.316,25
2500 - 3000	17.157	17.687,62	44,22	3,63	2.740,07	2.780,66
3000 - 4000	16.906	17.428,86	43,57	3,44	3.488,99	3.529,12
4000 - 5000	16.531	17.042,27	42,61	3,92	4.488,00	4.526,69
5000 - 7500	29.229	30.132,99	75,33	8,81	6.088,96	6.155,48
7500 - 35.000	48.912	50.424,74	126,06	19,41	10.393,41	10.500,06
alle Haushalte	24.592	25.352,58	63,38	7,22	4.821,88	4.878,04
Gini-Koeffizient	-	-	-	-	0,31788107	0,31638372

* = tatsächliches durchschnittliches Aktienguthaben je Haushalt pro Jahr in DM dividiert durch 0,97

** = tatsächliches durchschnittliches Aktienguthaben je Haushalt pro Jahr abzüglich fiktives durchschnittliches Aktienguthaben je Haushalt pro Jahr dividiert durch zwölf

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 2 (Tabelle 1.12); Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Wiesbaden 1997, Heft 4 (Tabelle 1.1); eigene Berechnungen.

Literaturverzeichnis

Aaron, H./Mc Guire, M. (1970): Public goods and income distribution, in: *Econometrica*, Jg. 38, Heft 6, 1970, S. 907-920.

Alcala, F./Sancho, J. (2000): *Inflation and factor shares*, Barcelona, 2000.

Allingham, M.G./Sandmo, A. (1972): Income tax evasion: A theoretical analysis, in: *Journal of Public Economics*, Jg. 3-4, Heft 11, S. 323-338.

Alm, J. (1988): Compliance costs and the tax avoidance-tax evasion decision, in: *Public Finance Quarterly*, Jg. 16, Heft 1, 1988, S. 31-66.

Ambler, S./Cardia, E. (1997): Testing the link between inflation and growth, in: Tif Macklem (Hrsg.): *Price stability, inflation targets and monetary policy*, Ontario, 1997, S. 89-116.

Andel, N. (1970): *Subventionen als Instrument des finanzwirtschaftlichen Interventionismus*, Tübingen, 1970.

Andel, N. (1993): Die Rentenversicherung im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Hansmeyer, K.-H. (Hrsg.): *Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit II*, Berlin, 1993, S. 63-111.

Andreoni, J. u.a. (1998): Tax compliance, in: *Journal of Economic Literature*, Jg. 36, Heft 6, 1998, S. 818-860.

Bach, S./Vesper, D. (2000): Finanzpolitik und Wiedervereinigung – Bilanz nach 10 Jahren, in: *DIW Vierteljahresberichte zur Wirtschaftsforschung*, Heft 2, 2000, S. 194-224.

Bäcker, G. (1986): Finanzielle und soziale Defizite der lohn- und beitragsbezogenen Sozialversicherung, in: Bieback, K.-J. (Hrsg.): *Die Sozialversicherung und ihre Finanzierung: Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Frankfurt am Main und New York, 1986, S. 186-252.

Bäcker, G. u.a. (2000): *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland*, Band 2, 3. Aufl., Köln, 2000.

Banaian, K. u.a. (1994): The inflation tax is likely to be inefficient at any level, in: *Kredit und Kapital*, Jg. 27, 1994, S. 31-40.

Barjak, F. u.a. (1996): *Management-Buy-Outs in Ostdeutschland*, Halle, 1996.

Barnes, M. u.a. (1999): Inflation and asset returns, in: European Economic Review, Band 43, 1999, S. 737-754.

Barro, R.J. (1996): Inflation and growth, in: Federal Reserve Bank of St. Louis Review, Jg. 78, Heft 5-6, 1996, S. 153-169.

Barth, J.R. u.a. (1991): The effects of federal budget deficits on interest rates and the composition of domestic output, in: Penner, R.C. (Hrsg.): The great fiscal experiment, Boston, 1991, S. 134-141.

Bedau, K.-D. u.a. (1987): Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur, Berlin, 1987.

Bedau, K.-D. (1998a): Senkung des Solidaritätszuschlags und Erhöhung der Mehrwertsteuer – Verteilungswirkungen per Saldo gering, Berlin, 1998.

Bedau, K.-D. (1998b): Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland, Berlin, 1998.

Becker, I. (1999a): Zur Verteilungsentwicklung in den 80er und 90er Jahren: gibt es Anzeichen einer Polarisierung in der Bundesrepublik Deutschland? Teil 1: Veränderungen der personellen Einkommensverteilung, in: WSI-Mitteilungen, Band 52, Heft 3, 1999, S. 205-214.

Becker, I. (1999b): Zur Verteilungsentwicklung in den 80er und 90er Jahren: gibt es Anzeichen einer Polarisierung in der Bundesrepublik Deutschland? Teil 2: Zum Ausmaß der Vermögenskonzentration, in: WSI-Mitteilungen, Band 52, Heft 5, 1999, S. 331-337.

Bekavac, J. (1997): Einfluss der Aktivitäten der Treuhandanstalt auf die Verteilung des Produktivvermögens in Ostdeutschland, in: Glatzer, W./Kleinhenz, G. (Hrsg.): Wohlstand für alle?, Opladen, 1997.

Berteit, H. (1993): Investieren in den neuen Bundesländern, in: Siebert, H. (Hrsg.): Die zweifache Integration: Deutschland und Europa, Kiel, 1993, S. 99-114.

Besley, T./Coate, S. (1991): Public provision of private goods and the redistribution of income, In: American Economic Review, 1991, Heft 9, S. 979-984.

Bierle, K. (1974): Inflation und Steuer, Saarbrücken, 1974.

Bischoff, I./Heck, S. (2001): Interpersonelle Verteilungswirkungen aus dem Angebot öffentlicher haushaltsbezogener Infrastruktur, in: Ifo-Studien, Jg. 47, Heft 2, 2001, S. 199-220.

Bishop, J.A. u.a. (2000): Redistribution through the income tax: The vertical and horizontal effects of noncompliance and tax evasion, in: Public Finance Review, Jg. 28, Heft 4, 2000, S. 335-350.

Black, R. u.a. (1997): On the costs and benefits of price stability, in: Tif Macklem (Hrsg.): Price stability, inflation targets and monetary policy, 1997, S. 303-342.

Blankart, C.B. (1998): Öffentliche Finanzen in der Demokratie: eine Einführung in die Finanzwissenschaft, 3. Aufl., München, 1998.

Bleaney, M. (1998): Inflation and public debt, in: Australian Economic Papers, Jg. 66, Heft 6, 1996, S. 141-155.

Böhm S./Pott, A. (1992): Verteilungspolitische Aspekte der Rentenüberleitung, in: Schmähl, W. (Hrsg.): Sozialpolitik im Prozess der deutschen Vereinigung, Frankfurt am Main, 1992, S. 166-229.

Bös, D. (1995): The impacts of privatization on distributional equity with special reference to East Germany, in: Ramanadham, V.V. (Hrsg.): Privatization and equity, New York, 1995, S. 49-67.

Bös, D./Kayser, G. (1997): Management Buy-Out as an instrument of privatization in East Germany, in: Bennet, A. (Hrsg.): How does privatization work?, London/New York, 1997, S. 77-85.

Bofinger, P. (1997): The German currency union of 1990: a critical assessment, in: Frowen, S. F. (Hrsg.): The German currency union of 1990: a critical assessment, Houndsmills, 1997, S. 203-221.

Bohnet, A. (1999): Finanzwissenschaft: Grundlagen staatlicher Verteilungspolitik, 2. Aufl., München, 1999.

Boss, A. (1998): How Germany shouldered the fiscal burden of the unification, Kieler Arbeitspapiere Nr. 851, Kiel, 1998.

Boss, A./Lorz, O. (1995): Die öffentliche Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, Jg. 46, 1995, S. 152-183.

Boss, A./Rosenschon, A. (1996): Öffentliche Transferleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit: Eine Bestandsaufnahme, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 269, Kiel, 1996.

Boss, A./Rosenschon, A. (1998): Subventionen in Deutschland, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 320, Kiel, 1998.

Bosworth, B. (1993): Saving and investment in a global economy, Washington, 1993.

Breuer, M. (1999): Zahlungswiderstände bei Beitrags- vs. Steuerfinanzierung in der Sozialversicherung: Wie groß sind die Unterschiede wirklich?, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Jg. 44, 1999, S. 45-67.

Bröcker, J./Raffelhüsch, B. (1997): Fiscal aspects of German unification: Who is stuck with the bill?, in: Transition in Eastern Europe, Beihefte der Konjunkturpolitik Nr. 45, 1997, S. 139-162.

Brücker, H. (1995): Privatisierung in Ostdeutschland, Frankfurt am Main/New York, 1995.

Bulir, A./Gulde, A.-M. (1995): Inflation and income distribution: Further evidence and empirical links, IMF Working Paper, 1995.

Büsching, T. (1996): Unabhängigkeit der Zinspolitik der deutschen Bundesbank im Prozess der deutschen Vereinigung, Frankfurt am Main, 1997.

Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik, Nürnberg, Jahreszahlen 1994 und 1995, Übersicht 207; Jahreszahlen 1996, Übersicht 199; Jahreszahlen 1997, Übersicht 195.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Sozialbericht 1997, Bonn, 1999.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1998, Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn, 1998.

Bundesministerium für Finanzen (Hrsg.): Finanzbericht 1992, Bonn, 1992.

Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Finanzbericht 1993, Bonn, 1993.

Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Finanzbericht 1994, Bonn, 1994.

Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Finanzbericht 1995, Bonn, 1995.

Bundesministerium für Finanzen (Hrsg.): Finanzbericht 2001, Bonn, 2001.

Burkhauser, R. V. u.a. (1998): How the fruits of growth were distributed among workingage families in the United States and Germany in the 1980s, in: DAAK (Hrsg.): Arbeitsmärkte in den USA und Deutschland, Bonn, 1998, S. 201-237.

Busch, U. (1991): Konsequenzen der Umgestaltung der Eigentums- und Geldordnung für die soziale Differenzierung in den neuen Bundesländern, in: Busch, U. (Hrsg.): Probleme der Einheit: Monetäre Probleme (Band 3), Marburg, 1991, S. 11-30.

Busch, U. (2000): Transfer West-Ost und Ost-West: Wer machte das große Geschäft?, in: Vilmar, F. (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik, Berlin, 2000, S. 161-190.

Caanen, C. (1993): Inflation and fiscal profit, in: EC Tax Review, Heft 1, 1993, S. 4-15.

Carlin, W. (1994): Privatization and deindustrialisation in East Germany, in: Estrin, S. (Hrsg.): Privatization in eastern europe, New York, 1994, S. 127-153.

Carlson, J.A. (1977): Short-term interest rates as predictors of inflation: Comment, in: American Economic Review, Jg. 67, 1977, S. 469-486.

Cassel, D. (1999): Inflation, in: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, 7. Aufl., 1999, München, S. 287-350.

Cassel, D./Thieme, H.-J. (1976): Verteilungswirkungen von Preis- und Kassenhaltungsinflationen, in: Cassel, D./Thieme, H.-J. (Hrsg.): Einkommensverteilung im Systemvergleich, Stuttgart, 1976, S. 101-121.

Cebula, R.J. (1997): Structural budget deficits and the ex-ante real long interest rate, in: Public Finance, Jg. 52, Heft 1, 1997, S. 36-49.

Cezanne, W./Manning, W. (1994): Zur Makroökonomik der Staatsverschuldung, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1994, S. 43-82.

Conrad, E.-A. (1997): Expenditure lags, inflation, and the real purchasing power of government, in: Blejer, M./Ter-Minassian, T. (Hrsg.): Macroeconomic dimensions of public finance, London, 1997, S. 235-263.

Cook, P./Kirkpatrick, C. (1995): The distributional impact of privatization in developing countries, in: Ramanadham, V.V. (Hrsg.): Privatization and equity, New York, 1995, S. 35-48.

Cornes, R.C. (1995): Measuring the distributional impact of public goods, in: Van De Walle, D.A. (Hrsg.): Public spending and the poor, 1995, S. 69-90.

Correia-Nunes, J./Stemitsiotis, L. (1995): Budget deficits and interest rates: Is there a link?, in: Oxford Bulletin of Economics and Statistics, Jg. 54, Heft 4, 1995, S. 425-449.

Cowell, F.A. (1985): Tax evasion with labour income, in: Journal of Public Economics, Jg. 26, 1985, S. 19-34.

Cowell, F.A. (1992): Tax evasion and equity, in: Journal of Economic Psychology, Jg. 13, 1992, S. 521-543.

Cox, H. (1991): Entflechtung, Privatisierung und Vermögenspolitik- Perspektiven des Umstrukturierungsprozesses in den neuen Bundesländern, in: Jens, U. (Hrsg.): Der Umbau, Baden-Baden, 1991, S. 113-130.

Crane, S.E./Nourzad, F. (1986): Inflation and tax evasion: An empirical analysis, in: Review of Economics and Statistics, Jg. 68, 1986, S. 217-223.

Daly, M.C. u.a. (1997): A new look at the distributional effects of economic growth during the 1980s: A comparative study of the United States and Germany, in: Economic Review, Federal Reserve Bank of San Francisco, Heft 2, 1997, S. 18-31.

Dechant, U. (1999): Management-Buy-Out als ein Instrument zur Privatisierung der ostdeutschen Industrieunternehmen, Berlin, 1999.

Dennerlein, R. (1982a): Die Belastungs- und Verteilungswirkungen der indirekten Steuern in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 1982.

Dennerlein, R. (1982b): Verteilungspolitische Gesichtspunkte der Kraftverkehrsbesteuerung und ihrer Reform, in: Finanzarchiv, Band 40, 1982, S. 76-98.

Derrick, F.W./Scott, C.E. (1998): Sales tax equity: Who bears the burden, in: The Quarterly Review of Economics and Finance, Jg. 38, Heft 2, 1998, S. 227-237.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Monatsbericht Dezember, laufende Jahrgänge, Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1991): Entwicklung der Staatsverschuldung seit Mitte der achtziger Jahre, in: Monatsbericht Nr. 8/1991, S. 32-42.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1991): Die westdeutsche Wirtschaft unter dem Einfluss der ökonomischen Vereinigung Deutschlands, in: Monatsbericht Nr. 10/1991, S. 15-21.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1992): Zum Zusammenhang zwischen Geldmengen- und Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Monatsbericht Nr. 1/1992, S. 20-29.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1993): Die Entwicklung des Steueraufkommens seit dem Jahre 1990, in: Monatsbericht Nr. 3/1993, S. 19-32.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1994): Die Finanzentwicklung der Gemeinden seit Beginn der neunziger Jahre, in: Monatsbericht Nr. 4/1994, S. 18-34.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1994): Die Finanzentwicklung der Bundesanstalt für Arbeit seit Beginn der neunziger Jahre, in: Monatsbericht Nr. 7/1994, S. 33-49.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1994): Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Westdeutschland 1960 bis 1992, Frankfurt am Main, 1994.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1995): Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung seit Beginn der neunziger Jahre, in: Monatsbericht Nr. 3/1995, S. 17-31.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1995): Zur Finanzentwicklung der Länder seit der Vereinigung, in: Monatsbericht Nr. 4/1995, S. 35-50.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1995): Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1994, Monatsbericht Nr. 5/1995, S. 26-43.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1996): Die Ausgaben für Sozialhilfe seit Mitte der achtziger Jahre, in: Monatsbericht Nr. 4/1996, S. 35-51.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1996): Zur Diskussion über die öffentlichen Transfers im Gefolge der Wiedervereinigung, in: Monatsbericht Nr. 10/1996, S. 17-31.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1996): Die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen seit Anfang der neunziger Jahre, in: Monatsbericht Nr. 11/1996, S. 17-31.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1997): Die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der deutschen Vereinigung, in: Monatsbericht Nr. 3/1997, S. 17-32.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1997): Zur Problematik der Berechnung struktureller Budgetdefizite, in: Monatsbericht Nr. 4/1997, S. 31-46.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1997): Die Bedeutung internationaler Einflüsse für die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt, in: Monatsbericht Nr. 7/1997, S. 23-40.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1998): Zur Wirtschaftslage in Ostdeutschland, in: Monatsbericht Nr. 4/1998, S. 41-54.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1998): Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1997, Monatsbericht Nr. 5/1998, S. 27-42.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2000): Die Entwicklung der Subventionen in Deutschland seit Beginn der neunziger Jahre, in: Monatsbericht Nr. 12/2000, S. 15-29.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Band 13, Drucksache Nr. 11290, Bonn, 1998.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1991): Vereinigung wirkt positiv auf Weltwirtschaft, in: DIW Wochenbericht Nr. 32/1991, S. 447-456.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1992): Deutsche Vereinigung prägt Subventionsentwicklung, in: DIW Wochenbericht Nr. 46/1992, S. 611-621.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1995): Hohe Subventionen in Ostdeutschland – wenig Abbau in Westdeutschland, in: DIW Wochenbericht Nr. 4/1995, S. 106-117.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1996): Mehrwertsteuererhöhung trifft die Haushalte unterschiedlicher Einkommenshöhe annähernd proportional, in: DIW Wochenbericht Nr. 38-39/1996, S. 625-631.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1997): Vereinigungsfolgen belasten Sozialversicherung, in: DIW Wochenbericht Nr. 40/1997, S. 725-729.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1997): Subventionspolitik: Umschichtungen nur ansatzweise gelungen, in: DIW Wochenbericht Nr. 50/1997, S. 953-963.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1998): Wie belastet die Mehrwertsteuererhöhung private Haushalte mit unterschiedlich hohem Einkommen?, in: DIW Wochenbericht Nr. 14/1998, S. 249-257.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1998): Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1997, in: DIW Wochenbericht Nr. 30/1998, S. 541-550.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1999): Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1998, in: DIW Wochenbericht Nr. 30/1999, S. 559-567.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1999): Weiterhin hohe Transfers an die ostdeutschen Sozialversicherungsträger, in: DIW Wochenbericht Nr. 45/1999, S. 813-817.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2000): Finanzpolitische Stabilisierung im föderalen Staat: Deutsche Erfahrungen aus den 90er Jahren, in: DIW Wochenbericht Nr. 38/2000, S. 615-623.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2000): Sozialversicherungshaushalt weiterhin mit hohen Überschüssen, in: DIW-Wochenbericht Nr.46/2000, S. 782-785.

Dieckheuer, G. (1978): Staatsverschuldung und wirtschaftliche Stabilisierung, 1. Aufl., Baden-Baden, 1978.

Dieckheuer, G. (1979): Zu den Wirkungen einer öffentlichen Kreditaufnahme auf die funktionelle und die personelle Einkommensverteilung, in: Finanzarchiv, Jg. 37, Heft 12, S. 1-24.

Dietrich, V. u.a. (1997): Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern, Halle 1997.

Doch, K. (1991): Budgetdefizite und Leistungsbilanz: eine theoretische Analyse, Wiesbaden, 1991.

Döpke, J./Pierdzioch, C. (1999): Financial market volatility and inflation uncertainty – an empirical investigation, Kieler Arbeitspapiere Nr. 913, Kiel, 1999.

Duschek, K.-J./Richter, H. (1993): Wer trägt die Mehrwertsteuerlast?, Heidelberg, 1993.

Duwendag, D. (1980): Monetäre Grenzen der Staatsverschuldung, in: Duwendag, D./Siebert, H. (Hrsg.): Politik und Markt: wirtschaftspolitische Probleme der 80er Jahre, Stuttgart und New York, 1980, S. 65-81.

Duwendag, D. (1983): Staatsverschuldung – Notwendigkeit und Gefahren, Baden-Baden, 1983.

Easterly, W./Fischer, S. (2001): Inflation and the poor, in: Journal of Money, Credit and Banking, Jg. 33, Heft 2, 2001, S. 160-178.

Eckert, L. (1994): Öffentliches Vermögen der ehemaligen DDR und Einigungsvertrag, Bonn, 1994.

Edey, M. (1994): Costs and benefits of moving from low inflation to price stability, in: OECD Economic Studies, Jg. 23, 1994, S. 109-131.

Elmendorf, D.W./Mankiv, N.G. (1998): Government debt, Cambridge, 1998.

Euler, M. (1991): Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1988, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 1991, S. 410-415.

Faber, M. (1986): Mikroökonomische Methoden der Präferenzermittlung bei Freizeiteinrichtungen, München, 1986.

Faik, J./Schlmann, H. (1997): Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland, in: Huster, E.-U. (Hrsg.): Reichtum in Deutschland: die Gewinner in der sozialen Polarisierung, 1997, S. 89-126.

Falkinger, J. (1988): Tax evasion and equity: A theoretical analysis, in: Public Finance, Jg.43, Heft 3, 1988, S. 388-395.

Fehr, H./Wiegard, W. (1998): Effizienzorientierte Steuerreformen – lässt sich die Verteilungsfrage vernachlässigen?, in: Krause-Junk, G. (Hrsg.): Die Steuersysteme der Zukunft, Berlin, 1998, S. 199-246.

Feldstein, M. (1994): Tax policy and international capital flows, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 130, 1994, S. 673-697.

Feldstein, M./Horioka, Ch. (1980): Domestic saving and international capital flows, in: The Economic Journal, Jg. 90, Heft 6, 1980, S. 314-329.

Feldstein, M./Eckstein, O. (1970): The fundamental determinants of the interest rate, in: The Review of Economic and Statistics, Jg. 52, 1970, S. 363-375.

Fernandez, R./Rogerson, R.D. (1994): Public education and income distribution, NBER Working Paper Nr. 4883, Cambridge, 1994.

Filc, W. (1992): Theorie und Empirie des Kapitalmarktzinses, Stuttgart, 1992.

Fischer, S./Modigliani, F. (1978): Towards an understanding of the real effects and costs of inflation, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1978, S. 810-833.

Fishlow, A./Friedman, J. (1994): Tax evasion, inflation and stabilization, in: Journal of Development Economics, Jg. 43, 1994, S. 105-123.

Föhl, C. (1956/1957): Das Steuerparadoxon, in: Finanzarchiv, Band 17, 1956/1957, S. 1-37.

Francke, H.-H./Nitsch, H. (1996): Der Beitrag der Währungsumstellung zur Finanzierung der deutschen Einheit, in: Hansmeyer, K.-H. (Hrsg.): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit IV, Berlin, 1996, S. 37-67.

Frerich, J. (1996): Sozialpolitik: das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., München, 1996.

Frey, R.L. (1970): Infrastruktur, Tübingen, 1970.

Fricke, D. (1981): Verteilungswirkungen der Inflation, Baden-Baden, 1981.

Friedman, B.J. (1978): Who puts the inflation premium into nominal interest rates?, in: The Journal of Finance, Jg. 33, Heft 3, 1978, S. 833-845.

Fritzsche, B. (1982): Auswirkungen des Steuer-Transfer-Systems bei steigenden Preisen und Einkommen, in: RWI-Mitteilungen, Jg. 33, S. 135-148.

Fritzsche, B. u.a. (1991): Perspektiven und Optionen der deutschen Finanzpolitik 1991 bis 1994, in: Wirtschaftsdienst, Heft 1, 1991, S. 19-32.

Fritzsche, B. u.a. (1995): Konsolidierungs- und Wachstumserfordernisse – Fiskalperspektiven der Bundesrepublik in den neunziger Jahren, in: RWI-Mitteilungen, Jg. 46, 1995, S. 1-21.

Fuest, W./Kroker, R. (1993): Die Finanzpolitik nach der Wiedervereinigung, Beiträge des Instituts der deutschen Wirtschaft zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Heft 213, Köln, 1993.

Funke, M./Willenbockel, D. (1992): Steuerliche Investitionsförderung in den fünf neuen Bundesländern – Maßnahmen und Auswirkungen, in: Finanzarchiv, Band 49, 1991/1992, S. 457-480.

Funke, S. (1994): Die öffentliche Verschuldung im Vereinigungsprozess, in: Leschke, M. (Hrsg.): Probleme der deutschen und der europäischen Integration, Münster/Hamburg, 1994.

Gandenberger, O. (1970): Öffentlicher Kredit und Einkommensverteilung, in: Finanzarchiv, Jg. 29, Heft 1, S. 1-16.

Gandenberger, O. (1979): Die Wirkung des öffentlichen Kredits auf die Einkommensverteilung, in: Nowotny, E. (Hrsg.): Öffentliche Verschuldung, Berlin, 1979, S. 138-144.

Gandenberger, O. (1980): Öffentliche Verschuldung, in: Albers, W. (Hrsg.): Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Stuttgart, 1980, S. 480-504.

Gawel, E. (1994): Die deutsch-deutsche Währungsunion: Verlauf und geldpolitische Konsequenzen, Baden-Baden, 1994.

Gebauer, W. (1982): Realzins, Inflation und Kapitalzins: eine Neuinterpretation des Fisher-Theorems, Berlin u.a., 1982.

Gern, K.-J. (1996): Ein Modell zur Simulation des deutschen Steuer- und Transfersystems, Kieler Arbeitspapiere Nr. 725, Kiel, 1996.

Gern, K.-J. (1998): Das Einkommensteuer- und Transfersystem der Bundesrepublik Deutschland – Ein Update, Kieler Arbeitspapiere Nr. 865, Kiel, 1998.

Gerstenberger, W./Neumann, F. (1997): Investitionen: Aufbau Ostdeutschlands vorangetrieben, in: Oppenländer, K.-H. (Hrsg.): Wiedervereinigung nach sechs Jahren, Berlin/München, 1997, S. 73-106.

Glaß, S. (1996): Zur gesamtwirtschaftlichen Problematik des Zusammenwirkens von Nominalzinsbesteuerung und Inflation, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 45, Heft 2, 1996, S. 135-160.

Gordon, R.H./Bovenberg, A.L. (1996): Why is capital so immobile internationally?, in: The American Economic Review, Jg. 86, Heft 5, 1996, S. 1057-1075.

Grant, D. (2001): A comparison of the cyclical behaviour of union and nonunion wages in the US, in: Journal of Human Resources, Band 36, Heft 1, 2001, S. 31-57.

Grimes, A. (1991): The effects of inflation on growth, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 127, Heft 4, 1991, S. 631-644.

Groser, M. (1994): Der Arbeitgeberbeitrag – eine sozialpolitische Illusion, in: Riesmüller, B./Olk, T. (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates, Opladen, 1994, S. 205-216.

Groshen, E.L./Schweitzer, M.E. (1999): Identifying inflation's grease and sand effects in the labor market, in: Feldstein, M. (Hrsg.): The costs and benefits of price stability, Chicago, 1999, S. 273-308.

Grossekettler, H. (1996): Die ersten fünf Jahre. Ein Rückblick auf die gesamtdeutsche Finanzpolitik der Jahre 1990 bis 1995, in: Finanzarchiv, Band 53, 1996/1997, Heft 2, S. 194-303.

Grüske, K.-D. (1978): Die personale Budgetinzidenz, Göttingen, 1978.

Grüske, K.-D. (1994): Verteilungseffekte der öffentlichen Hochschulfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Lüdeke, R. (Hrsg.): Bildung, Bildungsfinanzierung und Einkommensverteilung, Berlin, 1994, S. 71-91.

Gupta, K.L./Moazzami, B. (1996): Interest rates and budget deficits, London, 1996.

Haas, B. (1996): Ausländische Unternehmen in Ostdeutschland, Frankfurt am Main, 1996.

Hagedorn, R. (1991): Steuerhinterziehung und Finanzpolitik, Frankfurt am Main, 1991.

Haghani, S. (1999): Subventionseffizienz staatlicher Finanzpolitik, Wiesbaden, 1999.

Hahn, G. (1977): Inflation und Steueraufkommen, Baden-Baden, 1977.

Hanusch, H. (1977): Verteilung öffentlicher Leistungen. Eine Studie zur personellen Inzidenz, Göttingen, 1977.

Hardy, D.C. (1998): Anticipation and surprises in Central Bank interest rate policy: The case of the Bundesbank, in: IMF Staff Papers, Jg. 45, Heft 4, 1998, S. 647-671.

Hartig, R. (1990): Ökonomische und polit-ökonomische Aspekte des Einsatzes von Subventionen als Instrument der Wirtschaftspolitik, Berlin, 1990.

Hassler, U./Nautz, D. (1998): The link between German short- and long-term interest rates, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 217, Heft 2, S. 214-226.

Hasslinger, F./Stöner, O. (1998): Die Wiedererdeckung der Einkommensverteilung als zentraler ökonomischer Aspekt, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Einkommen und Vermögen in Deutschland- Messung und Analyse, Stuttgart, 1998, S. 215-255.

Hauser, H.J (1979): Verteilungswirkungen der Staatsverschuldung, Frankfurt am main, 1979.

Heilemann, U.: (1994): Konsolidierungs- und Wachstumserfordernisse: Fiskalperspektiven der BRD in der 90er Jahren, Essen, 1994.

Heilemann, U./Rappen, H. (1996): Was kostet uns die Einheit? in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Jg. 38, 1993, S. 85-110.

Heilemann, U./Rappen, H. (1997): Sieben Jahre deutsche Einheit: Rückblick und Perspektiven in fiskalischer Sicht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 40-41/1997, S. 38-46.

Heimpold, G. u.a. (1994): Die Effizienz der finanzpolitischen Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern, München/Halle, 1994.

Heimpold, G. u.a. (1998): Zulagen, Zuschüsse oder Darlehen? Zur Qualität regionalpolitischer Instrumente, in: Wirtschaft im Wandel, Heft 11, 1998, S. 4-8.

Helberger, C./Wagner, G. (1981): Beitragsäquivalenz oder interpersonelle Umverteilung in der gesetzlichen Rentenversicherung?, in: Herder-Dorneich, P. (Hrsg.): Dynamische Theorie der Sozialpolitik, Berlin, 1981, S. 331-393.

Hellner, U. (1996): Grenzen staatlicher Verschuldung, Frankfurt am Main u.a., 1996.

Henke, K.-D. (1975): Öffentliche Ausgaben und Verteilungswirkungen, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1975, S. 177-193.

Henke, K.-D./Leber (1993): Territoriale Erweiterung und wettbewerbliche Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung, in: Hansmeyer, K.-H. (Hrsg.): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit II, Berlin, 1993, S. 11-62.

Hessler, H.-D. (1994): Theorie und Politik der Personalsteuern, Frankfurt am Main, 1994.

Hickel, R./Priewe, J. (1994): Nach dem Fehlstart: Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung, 1994.

Hilzenbecher, M. (1990): Horizontale und vertikale Verteilungswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung, in: Konjunkturpolitik, Jg. 36, Heft 2/3, 1990, S. 63-79.

Hinterberger, F./Müller, K. (1988): Verteilungswirkungen der Einkommensteuertarifreform 1990, in: Zeitschrift für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften, Jg. 108, 1988, S. 355-369.

Hirte, G. (1997): Normative und positive Theorien öffentlicher Verschuldung: ein Überblick, Ingolstadt, 1997.

Hoffmann, L. (1993): Warten auf den Aufschwung: Eine ostdeutsche Bilanz, Regensburg, 1993.

Hofmann, U. (1996): Produktivitätseffekte der öffentlichen Infrastruktur: Messkonzepte und empirische Befunde für Hamburg, Frankfurt am Main, 1996.

Holden, S. (1997): Wage bargaining, holdout and inflation, in: Oxford Economic Papers, Band 49, 1997, S. 235-255.

Homburg, S. (1997): Allgemeine Steuerlehre, München, 1997.

Hornbach, H. (1987): Besteuerung, Inflation und Kapitalallokation, Frankfurt am Main, 1987.

Institut der deutschen Wirtschaft (1991): Investitionsförderung in den neuen Bundesländern, in: iw-Trends, Heft 1, 1991, S. A1-A17.

Institut der deutschen Wirtschaft (1996): West-Ost-Transfers: Steiniger Weg zum Abbau, in: iwd Nr. 24/1996 vom 13.6.1996, Köln, S. 4-5.

Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Köln, laufende Jahrgänge.

Institut für Weltwirtschaft (1995): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 12. Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 245, Kiel 1995.

Institut für Weltwirtschaft (1997): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 15. Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 286/287, Kiel 1997.

IFO-Institut (1999): Finanzpolitik und Konjunktur: Die automatischen Stabilisatoren in Deutschland, in: IFO Schnelldienst Nr. 29/1999, S. 14-20.

Institut „Finanzen und Steuern“ (1999): Ertragsbesteuerung und Geldentwertung – das Problems des Scheingewinns, Bonn, 1999.

Isensee, J. (1973): Umverteilung durch Sozialversicherungsbeiträge, Berlin, 1973.

Issing, O. (1993): Gesamtwirtschaftliche Folgen des deutschen Einigungsprozesses, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Auszüge aus Presseartikeln Nr. 55, S. 3-6.

Johnson, S. u.a. (1998): Regulatory discretion and the unofficial economy, in: American Economic Review, Papers And Proceedings, Heft 5, 1998, S. 387-392.

Jordan, T. (1994): Seigniorage, Defizite, Verschuldung und Europäische Währungsunion, Stuttgart und Wien, 1994.

Junkernheinrich, M. (1995): Infrastrukturaufbau in Ostdeutschland, in: Holthus, M. (Hrsg.): Elemente regionaler Wirtschaftspolitik in Deutschland, Baden-Baden, 1995, S. 155-176.

Junkernheinrich, M (1996): Gemeindefinanzen unter Vereinigungsdruck, in: Junkernheinrich, M. (Hrsg.): Neuordnung des Gemeindefinanzsystems, Berlin, 1996, S. 115-127.

Kaiser, H. (1992): Der Solidaritätszuschlag, in: WISU, Heft 6, 1992, S. 469-470.

Kaiser, H. (1987): Die Mehrwertsteuerbelastung privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 1987.

Kalmbach, P. (1995): Die Entwicklung der Lohnquote und die Entwicklung der Einkommensverteilung, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Jg. 40, 1995, S. 273-289.

Kamphausen, H. (1994): Makroökonomische Wirkungsanalyse der Stabilitätspolitik, Gießen, 1993.

Kampmann, C. (1995): Empirische Analyse der Verteilungswirkungen umweltpolitischer Instrumente am Beispiel einer erhöhten Mineralölsteuer, Bochum, 1995.

Kampmann, C./Wagner, G. (1996): Autofahren und Mineralölsteuererhöhungen – Ein empirischer Ost-West-Vergleich zur Wirkung und Akzeptanz, in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Jg. 9, 1996, S. 188-199.

Kantzenbach, E. (1991): Wirtschaftspolitische Probleme der Systemtransformation in Ostdeutschland und der deutschen Vereinigung, in: Jens, U. (1991): Der Umbau, Baden-Baden, 1991, S. 35-47.

Karl-Bräuer-Institut (1991): Zur Finanzierung von DDR-Hilfen, Wiesbaden 1991.

Karrenberg, H. (1993): Städtische Finanzen vor schweren Belastungen, in: Wirtschaftsdienst, Heft 11, 1993, S. 143-150.

Kasten, G. (2000): Untersuchungen zur Verschuldung und Deflation, Berlin, 2000.

Kellermann, K./Schlag, C.-H. (1998): Produktivitäts- und Finanzierungseffekte öffentlicher Infrastrukturinvestitionen, in: Kredit und Kapital, Band 31, Heft 3, 1998, S. 315-342.

Kellermann, K./Schlag, C.-H. (1999): Eine Untersuchung der Ersparnis-Investitions-Korrelation in Deutschland, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jg. 119, 1999, S. 99-119.

Kemmler, M. (1994): Die Entstehung der Treuhandanstalt, Frankfurt am Main und New York, 1994.

Kitterer, W. (1978): Die Belastung der privaten Haushalte mit indirekten Steuern, in: RWI-Mitteilungen, Jg. 29, 1978, S. 263-280.

- Kitterer, W. (1993): Rechtfertigung und Risiken einer Finanzierung der deutschen Einheit durch Staatsverschuldung, in: Hansmeyer, K.-H. (Hrsg.): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit I, Berlin, 1993, S. 39-76.
- Köddermann, R. (1996): Investitionen in Ostdeutschland: Struktur und steuerliche Förderung, München, 1996.
- Köhler, C. (1995): Der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in Ostdeutschland; Viereinhalb Jahre Treuhandanstalt, Berlin, 1995.
- Körner, J. (1987): Automatische Stabilisierungswirkungen des deutschen Steuersystems, München, 1987.
- Körner, J. (1996): Verbraucherreaktionen auf die Erhöhungen der Tabaksteuer, in: IFO-Schnelldienst Nr. 32, 1996, S. 27-35.
- Kousta, Z./Serletis, A. (1999): On the Fisher effect, in: Journal of Monetary Economics, Band 44, 1999, S. 105-130.
- Kramer, G. (1999): Eine positive Analyse von Steuersystemen: Theoretische Erklärungsansätze und empirische Untersuchung von Verteilungswirkungen, Göttingen, 1999.
- Krämer, H. (1995): Die Entwicklung von Verteilungsspielräumen, Einkommenszuwächsen und funktionaler Verteilung in der Bundesrepublik Deutschland von 1950-1994, in: Konjunkturpolitik, Jg. 41, Heft 4, 1995, S. 345-371.
- Krämer, J.W. (1996): Determinants of the expected real long-term interest rate in the G7-countries, Kieler Arbeitspapiere Nr. 751, Kiel, 1996.
- Krieger-Boden, C./Lammers, K. (1996): Subventionsabbau in räumlicher Perspektive: Wirkungszusammenhänge und Schlussfolgerungen, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 280, Kiel, 1996.
- Kroker, R./Lichtblau, K. (2000): Zehn Jahre Aufbau Ost: Erfolge, Defizite und Reformbedarf, in: iw-Trends, Nr. 3, 2000, S. 42-76.
- Kruber, K.-P. (1976): Verteilungswirkungen öffentlicher Güter – dargestellt am Beispiel „Hochschulbildung“, in: Cassel, D./Thieme, H.-J. (Hrsg.): Einkommensverteilung im Systemvergleich, Stuttgart, 1976, S. 193-206.

- Kurz, R. (1983): Interpersonelle und intertemporale Verteilungswirkungen öffentlicher Verschuldung, Tübingen, 1983.
- Kurz, R. (1984): Staatsverschuldung und Einkommensverteilung, in: Konjunkturpolitik, Jg. 30, Heft 4, S. 217-231.
- Lang, O. u.a. (1997): On income tax avoidance: the case of Germany, in: Journal of Public Economics, Jg. 66, 1997, S. 327-347.
- Lange, C. (1995): Seigniorage: eine theoretische und empirische Analyse des staatlichen Geldschöpfungsgewinns, Berlin, 1995.
- Lange, C./Nolte, F. (1998): Konsequenzen der Europäischen Währungsunion für den Geldschöpfungsgewinn der Mitgliedsländer, in: Kredit und Kapital, Heft 4, 1998, S. 494-519.
- Lange, T./Pugh, G. (1998): The economics of german unification, Cheltenham, 1990.
- Lanne, M. (2001): Near unit root and the relationship between inflation and interest rates: A reexamination of the Fisher-Effect, in: Empirical Economics, 2001, S. 357-366.
- Larbig, G.A. (1999): Seigniorage-Verteilung in der Europäischen Währungsunion, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Band 25, Heft 2, 1999, S. 199-221.
- Leis, G. (1994): Das deutsche Transferproblem der neunziger Jahre, Frankfurt am Main, 1994.
- Lemieux, T. u.a. (1994): The effect of taxes on labour supply in the underground economy, in: American Economic Review, Heft 3, 1994, S. 231-254.
- Link, F.-J. (1995a): Einkommensverteilung im Konjunkturverlauf, in: iw-Trends, Heft 1, 1995, S. 15-27.
- Link, F.-J. (1995b): Unternehmensgewinne, Konjunktur und Einkommensverteilung, Köln, 1995.
- Löbke, K. (1993): Strukturwandel in der Krise, Essen, 1993.
- Lucke, B. (1998): Econometric tests of Ricardian Equivalence: Results for Germany, in: Finanzarchiv, Band 55, Heft 3, 1998, S. 288-314.
- Maital, S. (1977): Öffentliche Güter und Einkommensverteilung, in: Mackscheidt, K. (Hrsg.): Budgetwirkungen und Budgetpolitik, Stuttgart und New York, 1977, S. 143-152.

Mackscheidt, K. (1976): Öffentliche Güter und Ausgabeninzidenz, in: Dreißig, W. (Hrsg.): Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung VI, Berlin, 1976, S. 59-129.

Mackscheidt, K. (1990): Finanzausgleichsmaßnahmen zwischen dem Bund und den Trägern der Sozialen Sicherung und zwischen den Trägern der Sozialen Sicherung untereinander, in: Schmidt, K. (Hrsg.): Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherung, Berlin, 1990, S. 145-182.

Mackscheidt, K. (1993): Die Transferaktivität der Bundesanstalt für Arbeit nach der deutschen Einigung – Dynamik und Effizienz, in: Hansmeyer, K.-H. (Hrsg.): Finanzpolitik der deutschen Einheit II, Berlin, 1993, S. 113 ff.

Mayr, R. (1995): Die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt, Stuttgart, 1995.

Meinhardt, V. u.a. (1995): Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen, DIW-Sonderheft Nr. 154, Berlin, 1995.

Merz, J. (2001): Was fehlt in der EVS?, Diskussionspapier Nr. 30, Universität Lüneburg, 2001.

Michl, T.R. (1991): Debt, deficits and the distribution of income, in: Journal of Post Keynesian Economics, 1991, S. 351-365.

Miller, S.M./Russek, F.S. (1991): The temporal causality between fiscal deficits and interest rates, in: Contemporary Policy Issues, Jg. 9, Heft 7, 1991, S. 12-23.

Mishkin, F.S. (1992): Is the Fisher effect for real?, in: Journal of Monetary Economics, Jg. 30, 1992, S. 195-215.

Molitor, B. (1973a): Verteilungswirkungen der Inflation, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Jg. 18, 1973, S. 78-94.

Molitor, B. (1973b): Öffentliche Leistungen in verteilungspolitischer Sicht, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 1. Halbband 1973, S. 147-158.

Mückl, W. (1975): Die Wirkungen der Inflation auf die Einkommens- und Vermögensverteilung, in: Mückl, W./Hauser, R. (Hrsg.): Die Wirkungen der Inflation auf die Einkommens- und Vermögensverteilung, Göttingen, 1975, S. 1-159.

Müller, G. (2000): Nutzen und Kosten für die westdeutsche Wirtschaft infolge der Wiedervereinigung, in: Brümmerhoff, D. (Hrsg.): Nutzen und Kosten der Wiedervereinigung, Baden-Baden, 2000, S. 48-59.

Müller, K. u.a. (1997): Mineralölsteuererhöhung und kompensatorische Einkommenssteuersenkung, in: Konjunkturpolitik, Jg. 43, Heft 2, 1997, S. 107-139.

Müller, K./Bork, C. (1998): Verteilung und Fiskus: Die Auswirkungen der Einkommensbesteuerung auf die Einkommensverteilung, in: Gahlen, B. u.a. (Hrsg.): Verteilungsprobleme der Gegenwart, Tübingen, 1998, S. 207-245.

Müller, L. (1993): Probleme der Staatsverschuldung vor dem Hintergrund der deutschen Vereinigung, in: Wirtschaftsdienst, Heft 3, 1993, S. 121-130.

Nagel, T. (1993): Umweltgerechte Gestaltung des deutschen Steuersystems: theoretische und empirische Analyse der Aufkommens- und Verteilungseffekte, Frankfurt am Main, 1993.

Nagel, T./Müller, K. (1992): Verteilungseffekte einer allgemeinen Verbrauchsteuer am Beispiel der Umsatzsteuer, in: Petersen, H.-G. (Hrsg.): Wirkungsanalyse alternativer Steuer- und Transfersysteme am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main und New York, 1992, S. 75-105.

Naggl, W. (1991): War der Zinsanstieg infolge der deutschen Vereinigung spekulativ überhöht?, in: Konjunkturpolitik, Band 37, Heft 5, 1991, S. 273-295.

Nautz, D./Wolters, J. (1999): The response of long-term interest rates to news about monetary policy actions: Empirical evidence for the U.S. and Germany, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Jg. 135, 1999, S. 397-412.

Neubäumer, R. (1991): Die Verteilungswirkungen des Aufbaus in den neuen Bundesländern, in: Wirtschaftsdienst, Heft 5, 1991, S. 239-245.

Neumann, M.J.M. (1977): Inflationserwartungen und andere Determinanten des Zinsniveaus, in: Konjunkturpolitik, Jg. 22-23, S. 216-241.

Neumann, M.J.M. (1985): Mehrwertsteuerüberwälzung und Faktorpreise, in: Hanusch, H. (Hrsg.): Staat und politische Ökonomie heute, Stuttgart und New York, 1985, S. 299-307.

Ni, S. (1999): National debt, savings and real interest rates in a neoclassical model with endogenous labour supply and knowledge-based growth, in: The Canadian Journal of Economics, Band 32, Heft 5, 1999, S. 1227-1244.

Nickell, S./Quintini, G. (2001): Nominal wage rigidity and the rate of inflation, London, 2001.

Nieder-Eichholz, M. (1995): Die Subventionsordnung, Berlin, 1995.

Oberhauser, A. (1963): Finanzpolitik und private Vermögensbildung, Köln/Opladen, 1963.

Oberhauser, A. (1983): Die Bedeutung der Verteilungszusammenhänge für die Geldtheorie und Geldpolitik - dargestellt am Beispiel der Staatverschuldung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 198, Heft 1, S. 3-19.

Oberhauser, A. (1988): Änderungen der Einkommensverteilung und Zinsbildung, in: Filc, W. (Hrsg.): Herausforderungen der Wirtschaftspolitik, Berlin, 1988, S. 97-111.

Oberheide, R. (1998): Die Bekämpfung der Steuerumgehung, Frankfurt am Main, 1998.

Parker, S.C. (1999): Income inequality and the business cycle: a survey of the evidence and some new results, in: Journal of Post Keynesian Economics, Jg. 21, Heft 2, 1998/1999, S. 201-225.

Pelaez, R.F. (1995): The Fisher Effect: Reprise, in: Journal of Macroeconomics, Jg. 17, Heft 2, 1995, S. 333-346.

Penner, R. (1988): The consequences of persistent large budget deficits, in: Cavanna, H. (Hrsg.): Budget deficits, Houndsmills, 1988, S. 41-75.

Petersen, H.-G. (1977): Personelle Einkommensbesteuerung und Inflation, Frankfurt am Main u.a., 1977.

Petersen, H.-G. (1984): Wer trägt die Einkommensteuerlast?, Stuttgart, 1988.

Petersen, H.-G. (1993): Finanzwissenschaft, Band 1, 3. Aufl., Stuttgart u.a., 1993.

Pfähler, W. u.a. (1995): Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung, in: Oberhauser, A. (Hrsg.): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit III, Berlin, 1995, S. 71-176.

Pfeiffer, D. (1989): Verteilungswirkungen der Alterssicherung, Regensburg, 1989.

Pilz, F./Ortwein, H. (1992): Das vereinte Deutschland, Stuttgart/Jena, 1992.

Postlep, R.-D. (1992): Einigungsbedingte Belastungen des Bundes, der alten Bundesländer und ihrer Gemeinden, in: Wirtschaftsdienst, Heft 1, 1992, S. 37-42.

Raab, M. (1992): Steuerarbitrage – Formen legaler Steuervermeidung und ihre Folgen, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Jg. 43, 1992, S. 416-431.

Ragnitz, J. (1994): Zinsstruktur und Wirtschaftswachstum, in: Kredit und Kapital, Jg. 27, 1994, S. 11-29.

Ragnitz, J. (1995): Wirtschaftliche Konsequenzen in Westdeutschland, in: Pohl, R. (Hrsg.): Herausforderung Ostdeutschland, Berlin, 1995, S. 437-451.

Ragnitz, J. (1997): Wechselbeziehungen zwischen Transfers und strukturellem Wandel: Eine Einführung, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.): Transferleistungen, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern, Halle 1997, S. 9-14.

Ragnitz, J. (2000): Was kostet die Einheit? Zur Bewertung der Transferleistungen für Ostdeutschland, in: Brümmerhoff, D. (Hrsg.): Nutzen und Kosten der Wiedervereinigung, Baden-Baden, 2000, S. 15-27.

Rajan, R.R./Asher, M.G. (1997): The macroeconomics of financing government expenditure, Sindapore, 1997.

Ramanadham, V.V. (1995): The impacts of privatization on distributional equity, in: Ramanadham, V.V. (Hrsg.): Privatization and equity, New York, 1995, S. 1-34.

Razin, A. (1997): Fiscal balance during inflation, disinflation and immigration: policy lessons from Israel, in: Tanzi, V. (Hrsg.): Macroeconomic dimensions of public finance, 1997, S. 440-468.

Renzsch, W. (1997): Budgetäre Anpassung statt institutionellen Wandels. Zur finanziellen Bewältigung der Lasten des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik, in: Wollmann, H. (Hrsg.): Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland, Opladen, 1997, S. 49-118.

Renzsch, W. (1998): Die Finanzierung der deutschen Einheit und der finanzpolitische Reformstau, in: Wirtschaftsdienst, Heft 6, 1998, S. 348-356.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1992): Wer finanziert die deutsche Einheit?, RWI-Konjunkturbrief Nr. 3/1992, Essen, 1992.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1997): Mehrwertsteuererhöhung und Senkung der Sozialabgaben: Beschäftigungs- und Verteilungseffekte, RWI Konjunkturbrief Nr. 3/1997.

Richter, H. (1994): Verteilungsmäßige und ökonomische Konsequenzen alternativer Steuermodelle zur Finanzierung der deutschen Einheit, in: Hüttig, C./Tidow, S. (Hrsg.): Die Finanzierung der deutschen Einheit, Loccum, 1994, S. 95-114.

Rose, D.C./Hakes, D.R. (1995): Deficits and interest rates as evidence of Ricardian equivalence, in: Eastern Economic Journal, Band 21, Heft 1, 1995, S. 57-66.

Rosinus, W. (2000): Die steuerliche Einkommensverteilung, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 2000, S. 456-463.

Rotfels, J. (1997): Die Nachverhandlungen zwischen der BVS und den Käufern von Treuhand-Unternehmen, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Jg. 23, Heft 4, 1997, S. 433-447.

Sachs, H. (1998): Einkommensbesteuerung in Deutschland und Frankreich: ein Vergleich der Konzeptionen gleichmäßiger Besteuerung, Frankfurt am Main, 1998.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten 1990/1991.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten 1991/1992.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten 1992/1993.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten 1993/1994.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten 1995/1996.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten 1997/1998.

Schaden, B./Schreiber, C. (1997): Öffentliche Finanztransfers: Spirale ohne Ende, in: Oppenländer, K.-H. (Hrsg.): Wiedervereinigung nach sechs Jahren, Berlin/München, 1997, S. 145-161.

Schäfer, C. (1999): Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe: Zur Verteilungsentwicklung 1998 und in den Vorjahren in: WSI Mitteilungen, Heft 11, 1999, S. 733-751.

Schäfer, C. (2000): Privater Reichtum um den Preis öffentlicher und privater Armut? Die Verteilungsentwicklung in 1999 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen, Heft 11, 2000, S. 744-764.

Scherf, W. (1994): Die Bedeutung der nicht ausgeschütteten Gewinne für die Koordination von Sparen und Investieren, 1994.

Scherf, W. (1998): Einkommen, Vermögen und Verteilung aus makroökonomischer Sicht, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Einkommen und Vermögen in Deutschland - Messung und Analyse, Stuttgart, 1998, S. 24-41.

Schimmack, W. (1990): Öffentlicher Kredit und Verteilung zwischen Generationen: eine kritische Analyse, Erlangen, 1990.

Schlesinger, H. u.a. (1993): Staatsverschuldung ohne Ende, Darmstadt, 1993.

Schmähl, W. (1980): Verteilungswirkungen des Rentenversicherungssystems (I), (II) und (III), in: WISU, Heft 1, 1980, S. 43-47, WISU, Heft 2, 1980, S. 93-97 und WISU, Heft 3, 1980, S. 145-148.

Schmähl, W. (1991): Alterssicherung in der DDR und ihre Umgestaltung im Zuge des deutschen Einigungsprozesses, in: Kleinhens, G. (Hrsg.): Sozialpolitik im vereinten Deutschland I, Berlin, 1991, S. 49-95.

Schmähl, W. (1992): Schätzungen des Finanzbedarfs im Bereich der Sozialversicherung, in: Langkau, J. (Hrsg.): Finanzierung der deutschen Einheit, Bonn, 1993, S. 43-50.

Schmähl, W. (1997): Alterssicherung – Quo vadis?, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 216, Heft 4+5, 1997, S. 413-435.

Schmidt, K.-D. (1993): Strategien der Privatisierung, in: Fischer, W. u.a. (Hrsg.): Treuhandanstalt – Das Unmögliche wagen, Berlin, 1993, S. 211-240.

Schneider, D. (1991): Sinn und Widersinn der steuerlichen Investitionsförderung für die neuen Bundesländer und des Solidaritätszuschlags, in: Der Betrieb, Jg. 44, Heft 21, S. 1081-1087.

Schneider, D./Enste, D. (2000): Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit, München, 2000.

Scholz, W./Drouin, A. (1998): Regelmäßige Anpassung finanzieller Parameter von Sozialschutzsystemen bei schwankenden Inflationsraten, in: Internationale Revue für Soziale Sicherheit, Band 51, Heft 1, 1998.

Schulz, W./Gramer-Muck, S. (1994): Methodology for calculating costs and benefits of national unification, in: Gerstenberger, W./Osterkamp, R. (Hrsg.): Economic problems of national unification, München, 1994, S. 1-32.

Schwartz, G./Ter-Minassian, T. (2000): The distributional effects of public expenditure, in: Journal of Economic Surveys, Jg. 14, Heft 3, 2000, S. 337-358.

Schwarze, J. (1999): Der Einfluss alternativer Konzeptionen von Alterssicherungssystemen auf Sicherungsniveau, Altersarmut und Einkommensverteilung: Ein Vergleich zwischen Deutschland und den USA, in: Hauser, R. (Hrsg.): Alternative Konzeptionen sozialer Sicherung, Berlin, 1999, S. 127-168.

Schwinn, O. (1997): Die Finanzierung der deutschen Einheit, Opladen, 1997.

Sell, A. (1997): Finanzwirtschaftliche Aspekte der Inflation, Heidelberg, 1997.

Siebe, T. (1993): Preis- und Produktionseffekte von Subventionskürzungen: eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 1993.

Siebert, H. (1970): Zur Frage der Distributionswirkungen öffentlicher Infrastrukturinvestitionen, in: Jochimsen, R./Simonis, E. (Hrsg.): Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, Berlin, 1970, S. 33-71.

Siebke, J./Willms, M. (1972): Zinsniveau, Geldpolitik und Inflation, in: Kredit- und Kapital, Jg. 5, 1972, S. 171-205.

Silber, J.G./Zilberfarb, B. (1994): The effect of anticipated and unanticipated inflation on income distribution, in: Journal of income distribution, Band 4, Heft 1, 1994, S. 41-49.

Simon, S. (2001): Umverteilung in der Sozialversicherung: Begründung, Analyse und Bewertung in gegenwarts- und zukunftsorientierter Perspektive, Frankfurt am Main u.a., 2001.

Sinn, H.-W. (1983): Die Inflationsgewinne des Staates, in: Wille, E. (Hrsg.): Allokationsprobleme im intermediären Bereich zwischen öffentlichen und privatem Wirtschaftssektor, Frankfurt am Main, 1983, S. 111-166.

Sinn, H.-W. (1994): Schlingerkurs: Lohnpolitik und Investitionsförderung in den neuen Bundesländern, in: Gutmann, G. (Hrsg.): Die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft, 1994, S. 23-60.

Sinn, H.-W. (1999): Inflation and welfare, CES Working Paper No. 179, München, 1999.

Solveen, R. (1996): Geldpolitik und Staatsverschuldung – Welche Rolle spielt die Unabhängigkeit der Notenbank?, Kieler Arbeitspapiere Nr. 750, Kiel, 1996.

Spiwoks, M. (1992): Bestimmungsgründe der Kapitalmarktzinsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von 1973 bis 1989, Baden-Baden, 1992.

Stalder, I. (1997): Staatsverschuldung in der Demokratie, Frankfurt am Main, 1997.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1999, Stuttgart/Mainz 2000.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.1 und 1.2 (Konten und Standardtabellen), Vorbericht und Hauptbericht 1992, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.2 (Konten und Standardtabellen), Hauptbericht 1996 und 1994, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997a): Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Wiesbaden 1997.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997b): Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Wiesbaden 1997.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997c): Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 5, Wiesbaden 1997.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002a): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Heft 2, Wiesbaden 2002.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002b): Wirtschaftsrechnungen; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Heft 4, Wiesbaden 2002.

Stein, P. (1994): Analyse des Träger- und Finanzierungssystems der Arbeitsmarktpolitik: zur Notwendigkeit seiner Weiterentwicklung, Berlin, 1994.

Stern, V. (2000): Steuern- und Abgabenbelastung in Deutschland, Wiesbaden, 2000.

Stiglitz, J.E. (1985): The general theory of tax avoidance, in: National Tax Journal, Jg. 38, 1985, S. 325-337.

Stille, F. (1997): Transfers und Infrastruktur, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.): Transferleistungen, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern, Halle 1997, S. 15-34.

Stützel, W. (1978): Ober- und Untergrenzen der öffentlichen Verschuldung, in: Kredit und Kapital, Jg. 11, Heft 4, 1978, S. 429-450.

Tanzi, V. (1993): The Fisher-effect and the term structure of interest rates, in: El-Agrea, A. (Hrsg.): Public and International Economics, New York, 1993, S. 225-241.

Tease, W. u.a. (1991): Real interest rates trends, in: OECD Economic Studies, Jg. 17, Heft 8, 1991, S. 107-144.

Teichmann, D./Zwiener, R. (1987): Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen von Mehrwertsteuererhöhungen, in: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (Hrsg.): Steuersystem und wirtschaftliche Entwicklung, Berlin, 1987, S. 137-153.

Teichmann, D./Meinhardt, V. (1993): Einflüsse steuer- und sozialpolitischer Maßnahmen auf die Einkommensverteilung, in: DIW Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Band 62, Heft 3, 1993, S. 131-149.

Theile, C. (1996): Die Belastungswirkung der Umsatzsteuer, in: Steuer und Wirtschaft, Heft 2, 1996, S. 154-164.

Thieme, H.-J. (1994): Währungsunion in Deutschland: Konsequenzen für die Geldpolitik, in: Gutmann, G./Wagner, U. (Hrsg.): Ökonomische Erfolge und Misserfolge der deutschen Vereinigung, Stuttgart, 1994, S. 131-158.

Thimann, C. (1996): Aufbau von Kapitalstock und Vermögen in Ostdeutschland, Tübingen, 1996.

Timm, H. (1980): Der Staat als Inflationsgewinner oder Inflationsverlierer, in: Finanzarchiv, Band 36, 1980/1981, S. 209-221.

Tödter, K.-H./Ziebarth, G. (1999): Price stability versus low inflation in Germany: An analysis of costs and benefits, in: Feldstein, M. (Hrsg.): The costs and benefits of price stability, Chicago, 1999, S. 84.

Tofaute, H. (1994): Verteilungswirkungen der Mehrwertsteuer auf private Haushaltseinkommen, in: WSI-Mitteilungen, Heft 10, 1994, S. 644-653.

Tofaute, H. (1995): Kosten der Einheit, in: Nolte, D. (Hrsg.): Wirtschaftliche und soziale Einheit Deutschlands: eine Bilanz, Köln, 1995, S. 161-194.

Tofaute, H. (1996): Die Belastung der privaten Haushaltseinkommen mit speziellen Verbrauchsteuern, in: WSI-Mitteilungen, Heft 10, 1996, S. 616-628.

Tofaute, H. (1997): Einkommenswirkungen von indirekten Steuern, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 48, 1997, S. 104-116.

Trojanus, K. (1995): Konzeptionen, Formen und Wirkungen der Subventionen zur Förderung der Transformation in Ostdeutschland, München, 1995.

Tullio, G. u.a. (1996): German wage and price inflation before and after unification, in: De Grauwe, P. u.a. (Hrsg.): Inflation and wage behaviour in Europe, Oxford, 1996, S. 3-29.

Uhlmann, L. (1994): Produktivität, Arbeitskosten, Beschäftigung und Verteilung im Konjunkturverlauf der Industrie, in: IFO-Schnelldienst Nr. 32, 1994, S. 3-9.

Ukpolo, V. (1997): Wage growth and inflation in the United States, in: The American Economist, Band 41, Heft 1, 1997, S. 53-58.

Vesper, D. (1995): Finanzpolitisches Handeln und Vereinigungsprozess - ein Rückblick auf fünf Jahre Deutsche Einheit, in: DIW-Vierteljahressheft zur Wirtschaftsforschung, 1995, S. 367-385.

van Essen, U. u.a. (1988): Verteilungswirkungen der Einkommensteuerreformen 1986-1990, Frankfurt am Main, 1988.

van Essen, U. u.a. (1994): Verteilung der finanziellen Lasten der deutschen Einheit, in: Hüttig, C./Tidow, S. (Hrsg.): Die Finanzierung der deutschen Einheit, Loccum, 1994, S. 115-124.

von Hagen, J. (1993): Monetary union, money demand and money supply, in: European Economic Review, Jg. 37, 1993, S. 803-836.

von Loeffelholz, H.-D. (1979): Die personale Inzidenz des Sozialhaushalts, Göttingen, 1979.

Wagner, H. (1983): Inflation und Wirtschaftswachstum, Berlin, 1983.

Wagner, H. (1992): Seigniorage und Inflationsdynamik, in: Kredit und Kapital, Heft 3, 1992, S. 335-352.

Wan Sik Hong (1998): Verfassungsrechtliche Schranken der Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen, Köln, 1995.

Wartenberg, U. (1979): Die Belastung der privaten Haushalte mit Steuern auf spezielle Güter, in: Wirtschaftsdienst, Heft 1, 1979, S. 34-39.

Weichenrieder, A.J. (1996): Mehrwertsteuer, Versicherungsteuer und Risikoallokation, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, Jg. 47, 1996, S. 62-78.

Weilepp, M. (1995): Instrumente der Regionalpolitik, in: Holthus, M. (Hrsg.): Elemente regionaler Wirtschaftspolitik in Deutschland, Baden-Baden, 1995, S. 115-128.

Weltring, S. (1997): Staatsverschuldung als Finanzierungsinstrument des deutschen Vereinigungsprozesses, Frankfurt am Main, 1997.

Wenke, M. (1994): Zur Elastizität der Kraftstoffnachfrage bei unterschiedlich spezifizierten Nachfragefunktionen und asymmetrischen Verbraucherreaktionen, in: RWI-Mitteilungen, Jg. 45, 1994, S. 39-59.

Wenzel, H.-D. (1992): Nutzen und Kosten der Staatsverschuldung zur Finanzierung der deutschen Einheit, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge (Hrsg.): Sozialpolitik und Wissenschaft, Frankfurt am Main, 1992, S. 336-353.

Wenzel, H.-D. (1993): Economic and fiscal aspects of German reunification and lessons for european integration, in: Engelhard, J. (Hrsg.): Ungarn im neuen Europa, Wiesbaden, 1993, S. 103-127.

Wicke, L. (1975): Die Gläubiger-Schuldner-Hypothese – Theorie und wirtschaftliche Realität, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Heft 2, 1975, S. 212-230.

Wiegart, W. (1984): Schwarzarbeit in Deutschland, Frankfurt am Main, 1984.

Willgeroth, H. (1993): Wiedereinsetzung der Alteilgentümer, in: Fischer, W. u.a. (Hrsg.): Treuhandanstalt – Das Unmögliche wagen, Berlin, 1993, S. 241-262.

Willms, M. (1988): Public debt and public debt policy in germany, in: Cavanna, H. (Hrsg.): Budget deficits, Houndmills, 1988, S. 102-119.

Wiswesser, R. (1993): Ein Vorschlag zur inflationsbereinigten Besteuerung von Löhnen und Gehältern, Heidelberg, 1993.

Wiswesser, R. (1996): Einkommens- und Gewinnbesteuerung bei Inflation: Analyse bestehender Steuersysteme und Entwicklung eines Reformvorschlags, Frankfurt am Main, 1996.

Wohlers, E. (1994): Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die Standortqualität Deutschlands, in: Kantzenbach, E./Mayer, O.G. (Hrsg.): Deutschland im internationalen Standortwettbewerb, Baden-Baden, 1994/1995, S. 91-108.

Wolters, J. (1996): On the term structure of interest rates – empirical results for Germany, in: Statistical Papers, Jg. 36, 1995, S. 193-214.

Wrede, M. (1993): Ökonomische Theorie des Steuerentzugs, Heidelberg, 1993.

Yaniv, G. (1999): Tax compliance and advance tax payments: A prospect theory analysis, in: National Tax Journal, Vol. LII, Heft 4, 1999, S. 753-764.

You, J.I./Dutt, K. (1996): Government debt, income distribution and growth, in: Cambridge Journal of Economics, Jg. 20, 1996, S. 335-351.

Zerche, J. (1996): Investitionen in den neuen Bundesländern und ihre verteilungspolitische Problematik, in: Hauser, R. (Hrsg.): Sozialpolitik im vereinten Deutschland III, Berlin, 1996, S. 129-150.

Ziercke, M. (1970): Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, Göttingen, 1970.

Ziffzer, S. (1980): Ökonomische Grenzen der staatlichen Kreditaufnahme, Berlin, 1980.

Zimmermann, H. (1976): Subventionen und Verteilung, in: Dreißig, W. (Hrsg.): Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung VI, Berlin, 1976, S. 9-55.

Zimmermann, H./Henke, K.-D. (1994): Finanzwissenschaft, 7. Auflage, München, 1994.

Zimmermann, J.A. (1996): Debt, deficits and long-term interest rates, in: Studies in Economics and Finance, Band 17, Heft 2, 1996, S. 63-80.

Zimmermann, W.J. (1987): Die Tabaksteuer, Frankfurt am Main u.a., 1987.

Zwiener, R. (1997): Public deficits and income distribution, in: Pantelis, C. (Hrsg.): Budgetary policy modeling, New York, 1997, S. 161-175.

Zwiener, R./Stille, F. (1993): Erklärungsansätze für die Veränderung der funktionellen Einkommensverteilung, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 1993, S. 117-130.

Erklärung:

“Ich erkläre an Eides statt: Ich habe die vorgelegte Dissertation selbständig, nur mit den Hilfen angefertigt, die ich in der Dissertation angegeben habe und ohne unerlaubte fremde Hilfe. Alle Textstellen, die wörtlich oder sinngemäss aus veröffentlichten oder nicht veröffentlichten Schriften entnommen sind, und alle Angaben, die auf mündlichen Auskünften beruhen, sind als solche kenntlich gemacht. Bei den von mir durchgeführten und in der Dissertation erwähnten Untersuchungen habe ich die Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis, wie sie in der Satzung der Justus-Liebig-Universität Gießen zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis niedergelegt sind, eingehalten.“